

2. III. 1917

* **Tauschverkehr.** Es ändert sich die Zeit und der Inhalt der Inserate ändert sich mit ihr. Im Anzeigenteil des „N. W. Z.“ lesen wir:

Gebe für 150 Kilogr. Speisepotatoffeln tabellos nähende Singermaschine. 15 B., Felberstraße 22, Parlerre, Tür 19.

Gebe Kohle für Erdäpfel. 15. Bez., Kannegasse 6, 3. Stock, Tür 26.

Graue Zigarettasche, Krokodilleber, mit ovalgefastem Silbermonogramm M. S., Sonntag mittags in der Nähe der Siefansküche verloren. Rinder wird gebeten, selbe gegen ein Prima Schinkenbein oder sonstige kulinari-sche Karität abzugeben Delikatessen-Handlung Stölzer, Richtenweg 5.

Glücklicher Kinder! — Auch die Hausfrau fehlt nicht, die „ein tüchtiges Mädchen“ sucht und ihm verspricht, daß es in dieser Anstellung „kein Anstellen“ gebe. Ob sich die Hausfrau selber anstellt oder ob „so was“ ihr Haushalt gar nicht nötig hat, wird nicht verraten.

3. III. 1918

4

der Enteisung der Donau die Zufuhren sich steigern und die Verhältnisse sich bessern werden. Der Ministerpräsident erklärte, nicht der Staat allein könne diese Fragen lösen, sondern nur der Staat und die Bevölkerung. Er verwies auf sein Programm, in welchem der Wille kundgegeben ist, den Weg zum Parlament zu finden. Er fügte hinzu, ich möchte dies heute wiederholen, in der aufrichtigen Hoffnung, daß dies bald möglich sei.

Graf Clam-Martinić hat ein Wort gesprochen, das sicherlich in den Kern der jetzigen sozialen Probleme eingreift. Er sagte, es solle ein Ausgleich gefunden werden zwischen Ueberfluß und Elend. Was sehen wir in diesem Kriege? Das Hinterland steht mit ernstester Fähigkeit des Duldens auf seinem Posten. Wir sehen, wie Lebensgewohnheiten umgestürzt werden und manches entbehrt wird, was notwendig zu sein schien. Aber nebenher sehen wir nicht unbedenkliche Auswüchse, sehen den Kriegsgewinn mit der vielfach auftretenden Rücksichtslosigkeit, mit manchen Formen der Lebensführung, die sich dem Ernste und der Bedeutung dieser Zeit nicht anpassen. Zwischen diesen beiden Gegensätzen muß vermittelt werden, weil sonst ein Gefühl der Zurücksetzung entstünde und weil die Verantwortung für eine Verschärfung nicht leicht getragen werden könnte.

Der Ministerpräsident hat als Programmpunkt bezeichnet, daß dem Volke billige Nahrungsmittel zur Verfügung stehen sollen. Für viele wird diese Ankündigung Trost und Hoffnung bedeuten. Denn weniger der Mangel, als die hohen Preise sind drückend, und der Aushungerungskrieg erleidet insofern eine völlige Niederlage, als die Nahrungsmittel selbst bei Sparsamkeit nur selten fehlen. Aber durch die Preise bleiben sie manchem unzugänglich und deswegen ist es Pflicht der Regierung, zu helfen und sozusagen von Amte wegen und ohne die Höchstpreispolitik, die Verwirrung brachte, den Armen Nahrung zu verschaffen. Denn alle bisherigen Lösungen haben nicht befriedigt. Der Höchstpreis bewirkt das Verschwinden, und die Versuche der Gemeinden konnten nicht mit den Mitteln unternommen werden, welche der Staat zu opfern vermag. Die Regierung hat ein weitgehendes Programm der Fürsorge entwickelt. Die Frage der Jugendfürsorge ist auf der Tagesordnung, woran die Kaiserin mit besonderer Anieiserung teilnimmt. Ein Jugendamt soll gegründet werden. Die Invalidenfürsorge, das Wohnungsproblem, die Sozialversicherung, der Kampf gegen die Verwahrlosung sind im Bereiche dieser Aktionen.

Aber für den Augenblick ist am bedeutsamsten das Eingreifen in der Nahrungsfrage. Der Gedanke ist einleuchtend, daß man nicht nur die Menge der Nahrungsmittel bestimmen, sondern auch dafür sorgen solle, daß diese Mengen in die Hände derer gelangen, denen sie gebühren. Die Rationierung ist gleichsam das Negative. Positiv ist, daß der Staat die Folge aus der Unmöglichkeit einer Erzwingung billiger Preise ziehe und daß er gleichsam zum Einkäufer wird, der den Schaden der Teuerung wieder gutzumachen sucht. Das Nähere der Durchführung ist noch unbekannt. Aber vielleicht kommt wieder, wie so oft in Oesterreich, aus hundert Unmöglichkeiten plötzlich die Möglichkeit. Vielleicht kann wirklich in dieser Kriegsnot der Staat noch etwas anderes, als durch Streckung und Beschränkung das Vergeuden der Nahrungsmittel zu verhüten. Es wäre sehr erfreulich, wenn Oesterreich in dieser Frage voranginge, und schon das Unternehmen als solches ist volkstümlich wie nichts anderes. Vielleicht wird die Erwartung nicht trügen, daß aus Menschenliebe und Mitleid ein Plan erwachsen werde, der die Nahrungsorgen lindert und das Volk in seinem Ausharren unterstützt. Die Bevölkerung verdient die Hilfe und die Initiative, aus der diese Aktion entsprungen ist, wird beispielgebend und befeuernd wirken.

Eine große Fürsorgeaktion für die Bevölkerung.

Auf Anregung des Kaisers und der Kaiserin.

Wien, 2. März.

Der Kaiser und die Kaiserin haben den Wunsch, daß der Bevölkerung in dem Lebenskampfe dieses Krieges Hilfe werde. Der Kaiser will nicht, daß die Regierung die Hände in den Schoß lege und nichts tue, um den Bedürftigen beizuspringen. Es kann nichts Volkstümlicheres geben als diesen Plan; als die Absicht, daß der Staat nicht nur im Sinne der Beschränkung, sondern auch im Sinne der Werk-tätigkeit sich zeige, und daß er dem Volke den Beweis gebe, daß seine Sorgen verstanden werden, daß alles, was es bewegt, sich in gültigen Herzen spiegelt. Die Regierung ist bereit, einen großen Betrag, vielleicht mehrere hundert Millionen, diesem Zwecke zu widmen. Sie will, wie Graf Clam-Martinić in seiner Rede sagte, sowohl dem Mangel an Lebensmitteln steuern, als auch verhindern, daß durch die Teuerung vielen die vorhandenen Nahrungsmittel entzogen werden. Wie soll dies geschehen? Darüber sind Einzelheiten noch nicht bekannt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß es sich in erster Linie darum handelt, den ärmeren Schichten billiges Fleisch zur Verfügung zu stellen. Es ist ferner aus der Rede des Ministerpräsidenten zu entnehmen, daß nach

3. März 1917

**Verbot des Besuches von Volksküchen durch
Militärpersonen.**

Wien, 3. März.

Der Besuch von Volks-, Kriegs- und anderen
dieser Art Küchen durch Unteroffiziere und Mann-
schafts personen wird, wie „Sirejleurs Militärblatt“
meldet, ausnahmslos verboten. Die Auszahlung
des Menagegeldes auf die Hand ist weitestgehend
einzuschränken. Im allgemeinen ist das Menagegeld
nur den längerdienenden Unteroffizieren, dann denjenigen
Unteroffizieren und Mannschafts personen auf die Hand zu er-
folgen, die verheiratet sind und welchen es möglich ist, um
das Menagegeld bei ihren Familienangehörigen verköstigt zu
werden, schließlich solchen Unteroffizieren und Mannschafts-
personen, welchen infolge ärztlich konstaterter Notwendigkeit
eine besondere Diät vorgeschrieben wird; endlich wenn die
Auszahlung durch obwaltende besondere Verhältnisse stich-
hältig begründet ist.

3. III. 1917

6

Hilfe für das Volk!

Wien, am 2. März.

Trotz aller Pessimisten, Raunzer, Kriegsspekulanten, Wucherer und sonstiger Unverbesserlicher — es ist doch eine neue Zeit, die da kommt. Schon kündigt sich ihr Wehen an, wie in einem frischen Morgenwinde, der an einem reinen Tage dem Sonnenaufgang vorhergeht. So sehr wir noch im Kampfe liegen mit dem Gewesenen, mit dem alten Adam des Oesterreichers, seinem schleppenden Bürokratismus, mit Gemächlichkeit und Schlamperei, so übel viele neue Erscheinungen der Kriegszeit sind, es regt sich doch in unzähligen Geistern die Sehnsucht, der Mut für eine Erneuerung aller Dinge, für ein großzügiges Anpacken lange liegengebliebener Aufgaben. Es ist ein furchtbarer Gang der Völker über den Feuerrost dieses Krieges, aber in dieser Zeit der Todesnähe und der schweren Prüfung weitet sich auch die Sehkraft unserer Augen, um in lang verschlossene Geistesbezirke zu dringen. Das Streben nach Zusammenfassung aller positiven Kräfte, der Wille für eine neue geistige Durchdringung der Monarchie, die Anwendung unseres gewaltigen Erlebens auf die Friedenszeit ergreifen alle Gutwilligen. Beschwingt aber werden diese erfreulichen Pläne durch das Beispiel des jungen Kaiserpaars, von dem wahrhaft ein neues Leben ausstrahlt.

Eine der ersten Handlungen Kaiserin Zitas war es, das Werk „Für das Kind“, für den körperlichen und geistigen Schutz unserer vaterländischen Jugend aufzunehmen. Kaiser Karl nahm sofort persönlichen Anteil an den Fragen der Kartoffel- und Kohlenbeschaffung und anderen dringenden Sorgen des Volkes. Es bleibt nicht bei Programmen. Im Ministerratspräsidium hat heute eine Besprechung mit einer Anzahl von Organisationsvertretern stattgefunden, in der Ministerpräsident Graf Clam-Martinic

mit wiederholter Berufung auf den Willen und die Absichten des Kaiserpaars für große soziale Arbeiten schon die Ackergrößen absteckte und das Dringlichste, die verbilligte Lebensmittelbeschaffung für die ärmeren Volksklassen, sofort durch eine Rundfrage über Vorschläge zum Thema einzuleiten begann. Man will handeln und im Einvernehmen mit der Bevölkerung handeln. In der heutigen Lage ist es schon eine gewisse Erleichterung, bei der Regierung Entschlossenheit und Bewegung zu sehen. Daß heute niemand so allmächtig ist, uns die Beschwerden der Belagerung zu nehmen, das weiß heute jeder und die Bevölkerung hat durch geduldiges und tapferes Standhalten auch gezeigt, daß sie sich bewußt ist, wofür sie Opfer bringt. Aber man wird ihr so manche Bitterkeit des Ertragens nehmen, wenn man sie überzeugt, daß alles Menschenmögliche geschieht, um unbillige Härten zu vermeiden und namentlich den Ärmsten die Last zu erleichtern.

Die Regierung will für die wirtschaftlich schwachen Schichten der Bevölkerung billige Nahrungsmittel beschaffen; zugleich damit ergibt sich aber auch die Frage, wie der Bezug billiger Nahrungsmittel den wirklich Bedürftigen zugänglich gemacht und die Wohltat der Staatshilfe vor Verschwendung und Protektion bewahrt werde. Denn damit hängt die Ausführbarkeit des ganzen Planes zusammen. Es ist durchaus notwendig, für die Beteiligung der wirklich bedürftigen Bevölkerungsklassen neue Wege zu finden. So wie unzählige Stücke des billigen Wildbrets, das die Gemeinde gelegentlich auf den Markt brachte, durchaus nicht in die Schüsseln der Ärmern gelangten, ebenso gewährt heute manche als gemeinnützig und gerade zugunsten der Schwächeren geplante Organisation ihre Wohltaten mindestens wahllos. Vor allem in den großen Städten kann es doch wohl nicht schwer fallen, mit Hilfe der Brotkartenkommisionen, die so viel Erfahrung gesammelt haben, und auf Grund des Steuerbogens der Familienvorstände jene Haushaltungen zu ermitteln, die am ersten die Fürsorge stattlich verbilligter Lebensmittel notwendig haben. Zweifellos sind sehr bedeutende Summen für eine einigermaßen fühlbare Erleichterung notwendig; die Schwere dieses Opfers und noch mehr der Gedanke, daß jedes Kilo Lebensmittel, das in die unrechte Küche kommt, unersehbar verloren ist für eine hungrige Familie, muß die größte Sorgsamkeit in der Auswahl der wirklich Bedürftigen rechtfertigen. Wir würden deshalb auch wünschen, daß die ärmeren Schichten der arbeitenden christlichen Bevölkerung bei künftigen Verhandlungen der Regierung eine eigene Berufsvertretung finden.

Dieses Werk der verbilligten Lebensmittelbeschaffung für die Notleidenden stellt an die Geschicklichkeit, die Organisationskraft und Unparteilichkeit einer Regierung so hohe Anforderungen, daß an deren Erfüllung auch die Fähigkeit für das große soziale Arbeitsprogramm, das heute uns entrollt wurde, zu ermessen sein wird. Der Ruf, der mit dieser Verkündigung sozialer Ziele und Pflichten in unsere Öffentlichkeit hinausgeht, wäre stark genug, einen Toten zu erwecken. Hoffentlich auch das Parlament. Ein Berg Arbeit wartet seiner.

**Nach Einkommen der Käufer abgestufte
Lebensmittelpreise.**

Die Lebenshaltung der minderbemittelten Volksschichten ist im Verlaufe des Krieges in steigendem Maße schwierig geworden. Die fortgesetzte Preissteigerung hat den Einwohnern mit geringem Einkommen die genügende Beschaffung der notwendigen Lebensmittel nahezu unmöglich gemacht und selbst den Einwohnern mit mittlerem Einkommen wesentlich erschwert. Um diesen Bevölkerungsschichten gleichwohl das Durchhalten wenigstens einigermaßen zu ermöglichen, wäre natürlich eine Herabsetzung der Preise für die hauptsächlichsten Nahrungsmittel das „einfachste“ Mittel. Aber wer soll für die Differenz aufkommen? Die Produktion? Der Handel? Dies hieße Unmögliches verlangen. Es gibt nur einen Weg: Vereinfachung und daher Verbilligung der Warenwanderung vom Erzeuger zum Verbraucher. Dies ist aber nur durch umfassende Organisationsarbeit erreichbar, die erst nach Friedensschluß möglich sein und viel Zeit beanspruchen wird. Die Bevölkerung kann nicht so lange warten. Es bleibt also nichts übrig, als bis dahin der minderbemittelten Bevölkerung im Wege der öffentlichen Verwaltung und auf deren Kosten billigere Lebensmittel abzugeben. So ist es wohl auch von der österreichischen Regierung geplant. Eine allgemeine Verbilligung der Preise unter die Selbstkosten würde die Finanzen zu sehr belasten und die Vergünstigung auch den Kreisen zugute kommen lassen, die ihrem Einkommen nach in der günstigen Lage sind, die hohen Preise bezahlen zu können. Das Richtige ist daher Regelung der Preise nach dem Einkommen der Bevölkerung. In einigen Städten Deutschlands hat man dieses System, so schreibt die Korrespondenz des „Volksvereines f. d. L. D.“, bereits zur Anwendung gebracht, und zwar in verschiedener Art. Anfänglich hat man sich damit begnügt, nur die Höhe der Einkommensunterschiede bei der Preisbemessung zugrunde zu legen; Familien bis zu einem bestimmten Einkommen erhielten Waren unter dem Einkaufspreis, höhere Einkommen zahlten entsprechende Preiszuschläge. Bei diesem System wurde jedoch nicht das gesamte Familieneinkommen, sondern nur das Einkommen des Haushaltungsvorstandes erfaßt, und vor allem wurde dabei nicht die Kinderzahl berücksichtigt. Gerechterweise müssen jedoch diese Verhältnisse berücksichtigt werden. In einigen Städten (Straßburg) hat man unter Berücksichtigung der verschiedenen Einkommensklassen die Lebensmittelkarten in verschiedenen Farben ausgegeben (1. Stufe bis 2400 Mark grüne Karte, 2. Stufe von 2400 bis 4200 Mark gelbe Karte, 3. Stufe über 4200 Mark rote Karte). Anderswo (Köln) hat man zu dem gleichen Zwecke die Markenhefte mit entsprechenden Abzeichen versehen. Es werden teils direkte Preisunterschiede festgesetzt, teils werden den Gruppen mit geringem Einkommen Gutscheine gegeben, die bei den Sparkassen eingelöst werden können. Jedenfalls dürfte das Mittel der Preisabstufung recht geeignet dazu sein, um der minderbemittelten Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern.

Ernährungsgemeinschaft.

Auf Initiative des Kaisers, dem die sozialen Kriegsfragen — wie eben erst vom Ministerpräsidenten hervorgehoben wurde — vor allem anderen am Herzen liegen, ist ein „gemeinsamer Ernährungsausschuß“ eingesetzt worden, in dem neben der Militärverwaltung auch die Zentralstellen beider Reichshälften vertreten sind. Es versteht sich von selbst, daß es sich hier nicht um eine staatsrechtliche Neuerung handelt. Wie die amtliche Mitteilung besagt, soll der gemeinsame Ernährungsausschuß nur ein „orientierendes und vermittelndes Organ“ sein und zur unmittelbaren Disposition des Kaisers stehen. Ein gemeinsames Verwaltungs- und Vollzugsorgan in Angelegenheiten der Volksernährung ist also mit dem neuen Ausschuß, so wichtige Dienste er auch sonst seinem Arbeitsplan gemäß leisten mag, noch nicht geschaffen. Noch nicht. Aber es darf bei diesem Anlaß wohl gesagt werden, daß es längst ein Wunsch unserer Bevölkerung ist, die Ernährungsfragen im Kriege zu einer „gemeinsamen Angelegenheit“ auch im technischen Sinne des Wortes erhoben zu sehen. Bei uns in Oesterreich würde auch niemand in diesem Punkte staatsrechtliche Bedenken haben. Daß die Kriegführung, die Verteidigung der Sicherheit unserer Gesamtreichsgrenzen, eine gemeinsame Sache Oesterreichs und Ungarns ist, das liegt nicht nur in der

Natur unserer engen staatlichen Verbindung, sondern ist auch durch die Pragmatische Sanction für immerwährende Zeiten grundgesetzlich festgestellt. Die besondere Natur des gegenwärtigen Krieges bringt es aber mit sich, daß die Volksernährung zu einem Stück Kriegführung geworden ist, vielleicht sogar zum allerwichtigsten Stück. Das ist freilich ein kriegswirtschaftliches Moment, das man im Zeitalter Karls VI. noch nicht voraussehen konnte, das man auch 1867, im Geburtsjahr der dualistischen Verfassung, noch nicht geahnt hat. Ja, das in seiner ganzen Bedeutung selbst im Juli 1914, unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges, wohl noch von niemandem erfasst wurde. Wenn aber der Zusammenhang zwischen Kriegführung und Volksernährung in früheren Zeiten auch weniger augenfällig war und erst in diesem Kriege so sichtbar und vollwirksam geworden ist, so sollten doch die Erfahrungen von drei Kriegsjahren genügen, um den Charakter dieser Angelegenheit als einer „gemeinsamen“ nunmehr theoretisch und praktisch außer Zweifel zu stellen.

Es bleibt allerdings die Frage offen, ob die Gemeinshaftstheorie in ihrer Anwendung auf die Volksernährung uns praktisch etwas nützen würde. Graf Tisza hat im ungarischen Abgeordnetenhaus aufs bestimmteste und feierlichste erklärt, daß Ungarn die Interessengemeinschaft mit Oesterreich nicht nur politisch und militärisch, sondern auch agrarwirtschaftlich voll anerkenne und daß Ungarn seine Verpflichtungen in letzterem Punkte auch restlos erfülle. Daß es zur Besserung der österreichischen Volksernährung nicht mit größerem Erfolg beitragen könne, daran sei nur der Minderertrag der letzten ungarischen Ernte schuld. An der Aufrichtigkeit dieser Erklärung des Grafen Tisza wird niemand zweifeln dürfen. Seine Worte beziehen sich aber nur auf die letzte Ernte und nur auf das engere Gebiet der Getreideversorgung. Daß jedoch in den beiden vorangegangenen Kriegsjahren die ungarische Bevölkerung wesentlich besser versorgt war als die österreichische, ist ebenso notorisch, als daß auch jetzt noch, was Fleisch, Fett, Eier, Kartoffeln betrifft, dieses Verhältnis fortdauert. Wir leugnen also gar nicht, daß wir an einer Ernährungsgemeinschaft mit Ungarn ein mehr als bloß theoretisches Interesse haben.

aber wir sind deshalb nicht etwa Bittsteller, die dabei nur empfangen und nicht geben würden. Ungarn erhält ja auch von uns Industrieerzeugnisse und Rohstoffe, ohne die es seine Kriegswirtschaft nicht zu erhalten vermöchte. Beide Staaten der Monarchie sind aufeinander angewiesen und kämpfen solidarisch um ihre gemeinsame Existenz. Der neugebildete gemeinsame Ernährungsausschuß ist kein Schritt zu einer gemeinsamen Ernährungsverwaltung, er ist nur ein neues Symbol einer alten Interessengemeinschaft. Wir möchten aber, da die Ernährungsfragen den Krieg wohl noch lange überdauern werden, die Gemeinschaft auf diesem Gebiete mehr als bloß symbolisch betont sehen.

Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses.**Auf Initiative und zur unmittelbaren Disposition des Kaisers.**

Wien, 3. März.

Das k. k. Ministerpräsidium teilt mit:

Auf Initiative Sr. Majestät des Kaisers wurde als orientierendes und vermittelndes Organ sämtlicher bei den Ernährungsfragen beteiligten militärischen und zivilen Behörden ein gemeinsamer Ernährungsausschuß aufgestellt.

Dieser steht zur unmittelbaren Disposition Sr. Majestät. Er hat seinen Sitz in Wien und besteht aus Vertretern sämtlicher in Frage kommenden Zentralstellen.

Zum Vorsitzenden wurde der Generalmajor Otto von Landwehr v. Pragenau ernannt.

Der gemeinsame Ernährungsausschuß wird Montag den 5. d. seine Tätigkeit aufnehmen.

„Lasset die Großen zu mir kommen!“

Oft vermag das geschriebene oder gesprochene Wort Situationen nicht so treffend zu kennzeichnen, wie eine bildliche Darstellung selbst in karikaturenhafter Verzerrung. Dies ist bekannt; daß aber der Stift des Zeichners seine Linien geradezu in die Richtung zukünftiger Ereignisse führt, ist ein Fall, der so selten vorkommt, daß er wohl verdient festgehalten zu werden. Als vor wenigen Wochen unter den Zeichnungen dieses Blattes die Gestalt jenes Richters erschien, der sich mit den traurigsten Erscheinungen des Lebens, mit dem Lebensmittelwucher und der Preistreiberei zu beschäftigen hat, war es nicht mehr als ein frommer Wunsch, dem man diesem Funktionär der Gerechtigkeit in den Mund legte, wenn man ihn sagen ließ: „Lasset die Großen zu mir kommen!“ Aber nur wenige konnten glauben, wie rasch diesem Ausruf

die ersuchte Tat folgen werde. Oberlandesgerichtsrat Dr. Altmann, der als interessante Figur diese Woche wieder die Karikaturenecke der vorliegenden Nummer schmückt, wird noch im Laufe dieses Monats eine Verhandlung leiten, aber nicht über kleine, armselige Übertreter des Preistreiber-Paragrafen, sondern diesmal über eine Anzahl Männer, die zu den Großen des Geldmarktes gehören und sich von der diffamierenden Anklage reinigen müssen, mit Lebensmitteln einen unerlaubten Handel betrieben zu haben. So verlockend es wäre, in die Besprechung des Falles selbst einzugehen, so soll jede Stimmungsmacherei im Zuge des Gerichtsverfahrens unterbleiben, denn in die Geheimnisse dieser Auswüchse eines Lebensmittelgeschäftes wird bald so hereingeleuchtet werden, daß selbst die dunkelsten Schlupfwinkel der Preistreiberei vor der Öffentlichkeit im hellen Lichte erscheinen werden. Allein, welcher Ausgang immer diesem Prozeß beschieden ist, ob die geschriebenen oder nur die ungeschriebenen Gesetze verletzt wurden, die eine Erkenntnis dringt schon überall durch, daß die Geschäftsmethoden, die als Folgeerscheinungen des Krieges da und dort sich bemerkbar machen, im Interesse der Volkswohlfahrt mit den wirkungsvollsten Mitteln bekämpft werden müssen. Man fühlt es förmlich, daß jenen Stellen, die berufen sind, die Sicherheit und Ordnung im Staate zu verbürgen, endlich die Lammsgebild gerissen ist, und daß man nun, wie Herr v. Koerber in seiner Warnung gegen den Lebensmittelwucher sich ausgedrückt hat, „entschlossen ist, die Widerstände zu brechen“.

Es war hoch an der Zeit, daß diesem langgehezten Entschlusse endlich die Tat folgte. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, denn dort, wo ein ernster Wille besteht, werden auch jene Ergebnisse zu erzielen sein, die man anstrebt, selbst wenn die Widerstände noch größer wären, als sie sind. Jene Mächte, gegen die der Kampf aufgenommen werden muß, zählten sich bis nunzu den treuesten Elementen des Staates, zu jenen Faktoren, die immer genannt wurden, wenn große Hilfsaktionen auf der Tagesordnung standen und die durch klingende Münze den noch tonlosen Namen zu hellem Klang zu bringen versuchten. Seit Ausbruch des Krieges trat eine Umgruppierung in den Mächteverhältnissen des Staates ein

und mit einem Male standen sie! an erster Stelle. Daß man ohne Geld nicht Krieg führen kann, ist eine Binsenweisheit, deren innere Wahrheit gewiß, besonders nach den Erfahrungen des Weltkrieges keinerlei Zweifel ausgesetzt ist. Dagegen ist es höchst zweifelhaft, ob der traurigste Zustand, in welchem sich ein Staat befinden kann, von einem Teile der Angehörigen des Landes zu Bereicherungszwecken mißbraucht werden darf. Aber es scheint, daß man dem

Worte Montecuccolis einen anderen Sinn beilegen will, indem man dem Grundsatz huldigt: Wenn der Staat Krieg führt, verdient man Geld, Geld und Geld! Der Unwille, der sich gegen die Ausbeutung unseres Waffenganges bemerkbar macht, ist so allgemein, daß man ohne Übertreibung von der Stimme des Volkes sprechen kann, die nicht zögert, ihr vernichtendes Urteil über jene auszusprechen, die ihre Kriegsbegeisterung von dem Steigen und Fallen ihrer Verdienstaussichten abhängig machen. Um nicht dem Vorwurf demagogischer Betätigung ausgesetzt zu sein, wollen wir die Entwicklung eines Bildes, das auf der einen Seite das Volk darstellt, das dem Staate

alles opfert, Wohlfahrt und Leben, und auf der anderen Seite jene Elemente, die in skrupelloser Ausnutzung einer Konjunktur im Kriege nichts anderes als das glänzende Geschäft sah, unterlassen. Es soll auch nicht allzu streng mit jenen Einzelercheinungen zu Gericht gegangen werden, von denen man eine höhere ethische Auffassung nicht verlangen kann, deren ganzes Leben in Tausch und Austausch sich abspielt, über deren preistreiberische Tätigkeit man nur einen Augenblick verärgert sein kann, weil man weiß, daß sie eigentlich nur die Exponenten jener Großen sind, ohne deren Hilfe ihre Übertretungen nicht möglich wären.

Die Großen aber, die eigentlich Schuldigen an der Vertenerung unserer Lebensmittel verdienen schonungslos an den Pranger der Öffentlichkeit gestellt zu werden als warnendes Exempel, daß die Not des Volkes nicht zu Ausbeutungsobjekten gemacht werden darf. Mit richtigem Instinkte urteilt das Publikum wesentlich verschieden über jene Geschäftsleute, die auch in Friedenszeiten sich mit Artikeln der Heeresindustrie beschäftigten und über jene, die ganz andere Betriebe führten, wesentlich verschiedenen Zweigen der Handelswelt angehörten und plötzlich mit angeborenem Spürsinn sich dorthin wandten, wo sie das gute Geschäft witterten.

5. II. 1917

15

Wiener Chronik.

Wien, 26. Februar.

Auch Geheimräte sprechen in diesen Tagen nur von Kohle, Kartoffeln und Mehl. Das ist kein erfreulicher, aber vielleicht ein ganz gesunder Zustand; vielleicht eine teuerbezahlte, aber doch eine gute Lehre. Wir haben subtil Menschen — die mächtigen und einflussreichsten vor allem — die so ganz abseits von der Notdurft des Daseins stehen, daß sie in normalen Zeiten garnicht wissen, wieviel Glück und Wohlfahrt vom Verfügbaren an normalen Dingen abhängt, wieviel Leid und Unglück ihr Nichtbestehen bedeutet. Das „Parhos der Distanz“ — in normalen Zeiten auch garnicht, sich mit der profanen Notdurft der Schlechtwegelommenen zu befassen — „denn ein Recht zu leben, Lump, haben nur, die etwas haben“ — und so könnte das Elend noch so laut zum Himmel schreien, die es hätten ändern können, hörten es nicht, fühlen es nicht, wollten nichts davon wissen. Nun lernen sie es selber kennen; noch nicht in dem vollen Ausmaße derer, die sich um ein paar Kilogramm Kohle, die sie noch obenrein Kilometerweit nach Hause schleppen müssen, Stundenlang anstellen, die weder Mehl noch Kartoffeln, aber auch kein Fleisch haben; aber sie erfahren doch, daß diese Dinge erst beschafft werden müssen, und daß es unzählige Leute gibt, achtbare, fleißige Leute, deren ganze Existenz darin aufgeht, sich für das Minimum dessen, was man grade zum Leben braucht, zu plagen. Das kann nicht spurlos auch an den verhärteten Gemütern der „Gutjohierten“ vorübergehen, und da obenrein die Millionen, die Jahre hindurch in Frost und Hitze im Trommelfeuer und im Gasangriff vor dem Feinde ausgehalten haben, schwerlich gesonnen sind, in der mit ihrem Blute verzeigten Heimat wieder das alte Elend der Unterernährung zu ertragen. So ist die Hoffnung wohl nicht unberechtigt, daß nach dem Siege der größte soziale Fortschritt einsehen wird, den bisher die Weltgeschichte kennt.

Die Erfüllung dieser Hoffnung wäre niemandem mehr zu gönnen als dem alten Ignaz von Pöpper, dem Dichter der „Phantasia eines Realisten“, dem Verfasser der „Allgemeinen Nährpflicht“ und so vieler anderen geistreichen, menschenfreundlichen Schriften, dessen 80. Geburtstag in der vorigen Woche die gesamte Wiener Presse — mit Ausnahme der Herikalen und alldeutschen natürlich — in seltener Uebereinstimmung des Urteils gefeiert hat. Josef Pöpper ist kein „Fiesler“. Er hätte ebensogut in Dessau oder Amsterdam geleben, denn sein Denken ist übernational, rein menschlich und wissenschaftlich. Aber doch hat Wien, das jüngstvergangene Wien der Billroth, Nothnagel, Suez und anderer liberaler Geister auf ihn abgefärbt in der milden, allberständigen Art selbst seiner Polemik. Er ist ein ganz Tapferer, der vor keiner sozialen Institution und vor keinem Vorurteil Halt macht. Aber wenn man ihn angreift und vorurteilt, erklärt er fr. noch

verzeihend aus ihrer eigenen Wesen heraus, wissend, daß kein Ding auf Erden ohne Grund und Ursache ist. Für die ganz große Wirkung fehlt ihm vielleicht grade ein bißchen Unerbittlichkeit, wie es der von ihm so verehrte Voltaire in seinem Kampfruf „écrasez l'infame!“ in die Welt geschmettert hat. Aber er ist uns auch so lieb in seiner milden vermittelnden Weisheit, der alte Herr, der lieber auf eine Stoßwirkung verzichtet, als er in seinem Urteil auch nur um Haarsbreite über das als recht und gerecht Empfundene hinausgeht. „Intellektuelle Redlichkeit“, die von Nietzsche (dem ihm wenig sympathischen Ultraaristokraten) so hoch geschätzte Eigenschaft, ist sein besonderes Kennzeichen; ein gutes Zeichen im neuen Zeitalter der herausziehenden expressionistischen, unumschränkten und unkontrollierten, jedem Charlatanismus offenstehenden Subjektivität.

Da grade von Voltaire die Rede war, dem Ignaz von Pöpper ein so Auges und redliches Schriftchen gewidmet hat, mag gleich über den großen Franzosen ein anderer Ausspruch hier angeführt werden. Der uns dieser Tage die Bruderarmäre ins Haus geschwemmt hat. Voltaire ist nicht bloß von Grund aus böse, er ist das Böse selbst, ja man fühlt sich versucht zu sagen: er ist der Böse in Person.“ Das über einen Heiden, der die letzten Jahre seines Lebens darangeht hat, den guten Ruf eines Unschuldigen wieder herzustellen, dessen tiefe Menschlichkeit nur verbergen kann, wer nicht wahrnimmt, daß er sich durch das Salz seines Lebens vor jeder Verwechslung mit den staatlich gekübelen Generalpächtern der sogenannten Nächstenliebe schützen wollte. Und wer schreibt diesen denunziatorischen Satz? Etwas ein Fastenprediger, der ja die Pflicht hat den gefährlichsten Gegner seiner Gesellschaft zum leibhaftigen Gottscheibens zu stampeln? Nein, Hermann Bahr in seinem öffentlich geführten „Tagebuch“ vom 20. Januar. Das letzte Mal hat er in diesem Tagebuch schon ein mit Inbrunst abgelesener Satz des heiligen Ignatius auf, der übrigens auch von einem anderen, ganz in seinem Werke aufgehenden Manne hätte stammen können und wohl nur zitiert war, um eben den heiligen Ignatius auch für die liberale Zeitung, in der das Tagebuch erscheint, zu kanonisieren. Nun noch die Stigmatisierung Voltaires, ohne den wir wahrscheinlich heute noch nicht frei denken, nicht geistig atmen dürften! Es ist rapid gegangen mit Hermann Bahr. Vom absolut autoritätslosen Anarchisten bis zum Herikalen Jesuiten, vom spöttischen „Amuseur“ zur Stütze der Gesellschaft. Das kommt eben vom unkontrollierten und unkontrollierbaren Expressionismus, von dem nie geordneten, stets eruptionsbereiten Chaos im Innern, bei dem von „intellektueller Redlichkeit“ schon deshalb nicht die Rede sein kann, weil Redlichkeit und Redlichkeit untrennbare Begriffe sind und ein Chaos nicht reinlich sein kann. Woher aber kommt ein solcher höher Menschennensch, der in jedem Zeitalter widerstandslos tönt: „Hörst du nicht, wie der Mut zum Dehnen her?“

6. III. 1917

16

Ausban des Ernährungsamtes.

Bestellung von Ernährungsinspektoren.

Amtlich wird verlautbart:

Eine heute erscheinende Verordnung des Amtes für Volksernährung befaßt sich mit der Bestellung eigener Organe, die den Titel Ernährungsinspektoren führen und berufen sind, eine ständige Fühlungnahme mit der Bevölkerung herzustellen. Zu Ernährungsinspektoren werden Beamte des politischen Verwaltungsdienstes oder sonst geeignete Personen bestellt werden, die in genau begrenzten territorialen Wirkungskreisen die Verhältnisse auf dem Gebiete des Ernährungswesens aus eigener Anschauung an Ort und Stelle kennenzulernen und die Abstellung von Uebelständen persönlich zu veranlassen haben. Sie sind dem Amte für Volksernährung unmittelbar unterstellt und erhalten von diesem Amt aus ihre näheren Dienstinstruktionen. Ihnen obliegt es, die Behörden und Aemter bei der Besorgung des Approvisionierungsdienstes zu unterstützen und durch ständige Berichterstattung dem Ernährungsamt Einblick in die Handhabung seiner Vorschriften zu verschaffen. Als beratende Mitglieder der Wirtschaftsräte und Aemter werden sie Gelegenheit haben, die nötigen Erfahrungen zu sammeln, außerdem sind sie mit besonderen Vorrechten ausgestattet, um als Exekutivorgane erster Instanz für Volksernährung auf dessen Antrag Erhebungen, Revisionen und sonstige Amtshandlungen vorzunehmen. An der Spitze dieses Ernährungsinspektorats steht der Generalernährungsinspektor Oberst des Generalstabskorps Wallentorfer, der dem Amt für Volksernährung angehört und über das gesamte Personal die unmittelbare Dienstaufsicht führt. Durch diese Organisation soll eine gleichmäßige Ausgestaltung des Approvisionierungsdienstes in ganz Oesterreich erzielt werden.

Außerungen des Generalernährungsinspektors Generalstabsobersten Wallentorfer.

Generalernährungsinspektor Generalstabsoberst Norbert Wallentorfer, der den Außendienst des Volksernährungsamtes in musterhafter Weise organisierte, hatte die Liebesswürdigkeit, einen Vertreter der „Zeit“ zu empfangen und ihm über Zweck und Bestimmung des Ernährungsinspektorats folgende Mitteilungen zu machen:

„Durch diese neue Dienstesorganisation beabsichtigen wir eine Verdichtung des Kontaktes mit der Bevölkerung herzustellen. Sollte es in irgendeiner Gegend in bezug auf das Ernährungswesen nicht klappen, so werden die Organe des Ernährungsinspektorates sofort eingreifen und entweder im eigenen Wirkungsbereich selbst oder aber durch Einschlagung des kürzesten Weges durch das Ernährungsamt Hilfe zu schaffen haben. Dieser Dienst ist nach dem Muster der Gewerbeinspektorate organisiert, nur werden die Ernährungsinspektoren weniger einem Kontroll- als vielmehr einem Organisationsdienst obliegen müssen. Es wurden 24 Inspektorate geschaffen, die sich über ganz Oesterreich erstrecken und je einen Inspektor und einen Stellvertreter haben werden.

Außer der Organisation des Ernährungsdienstes haben diese Inspektoren, zu denen geeignete Staatsbeamte oder aber auch Offiziere berufen werden können, auch unter der Bevölkerung aufklärend zu wirken, die praktische Anwendbarkeit der Verordnungen zu überprüfen und ständig an das Volksernährungsamt über alle Erscheinungen im Ernährungswesen zu berichten. Fallweise werden dann auch die Ernährungsinspektoren sämtlicher Kronländer nach Wien zu Konferenzen in das Volksernährungsamt einberufen, wo man durch den Meinungsaustrausch über praktische Erfahrungen, die in den einzelnen Kronländern im Ernährungswesen erzielt wurden, etwaige Anhaltspunkte für die weitere Ausgestaltung des Ernährungsdienstes gewinnen will. Diese Konferenzen dürften später allmonatlich einmal stattfinden.

Da den politischen Behörden auch die notwendigen Organe für den Außendienst im Ernährungswesen vielfach mangelten, hat das Volksernährungsamt auch die Enthebung von politischen Beamten, von Steuer- und Finanzbeamten und auch untergeordneten Organen angestrebt. Die aus diesem Titel entbundenen Steuer- und Finanzbeamten wurden aber von ihrem bisherigen Dienst vollständig abgelöst und haben nur dem Ernährungsdienst zu obliegen. Außer dem Außendienst haben diese Organe auch Kontrolldienst zu machen und die Einhaltung der diversen Lebensmittelvorschriften und der Verbote (Versütterung von Getreide, Kontrolle der Mühlen usw.) zu überwachen.

Um auch die Bevölkerung zur Mitwirkung am Ernährungsdienst heranzuziehen, wird das Volksernährungsamt in den Gemeinden eigene Gemeindegewirtschaftsämter durch die Gemeinden selbst und Gemeindegewirtschaftsräte mit ehrenamtlicher Funktion aufstellen. Zur Ausgestaltung des Netzes des Ernährungsdienstes werden dann auch an allen Ecken der politischen Bezirksbehörden Bezirksernährungsämter und Bezirkswirtschaftsräte, und zur Bervollständigung dieser Organisation und Zusammenfassung aller Kräfte Landesernährungsämter und Landesernährungsräte gebildet werden. Die Bezirks- und die Landesernährungsämter werden sich selbstverständlich innerhalb der Behörden selbst konstituieren. In den Sitzungen dieser Ernährungsräte werden auch die Ernährungsinspektoren teilnehmen. Vom Kriegsministerium, vom Landesverteidigungsministerium und vom Armeecorpskommando wurden dem Volksernährungsamt für die Organisation

des wichtigen Außendienstes auch eine Reihe geeigneter Offiziere beigelegt.

Beim Funktionieren dieses Dienstes wird auch eine gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte vor sich gehen können und das Abschließen einzelner Gemeinden und Bezirke unmöglich gemacht.“

6. III. 1917

19

Die Ernährungsaktion der Regierung.

Vom Direktor im Ernährungsamte Reichsratsabgeordneten
Dr. Robert Freißler.

(Aus einem Gespräche.)

Wien, 5. März.

Zur Verlaufe eines Gespräches mit einem unserer Mitarbeiter äußerte sich der Direktor im Ernährungsamte, Reichsratsabgeordneter Dr. Robert Freißler, über die jüngst in die Wege geleitete Ernährungsaktion der Regierung Clam-Martinić und über die Fleischversorgung in der nächsten Zeit:

„Das Grundprinzip der großangelegten Ernährungsaktion, die die Regierung eben eingeleitet hat, bildet die Zuführung von Summen, welche der Staatshaushalt bisher anderen Zwecken widmete, für die Ernährung der Bevölkerung. Es wird großen Schwierigkeiten begegnen, die Menge der zu unterstützenden Personen richtig zu erfassen, da diese nicht unter den Begriff „Arme“, sondern unter jenen der durch den Krieg Notleidenden oder notleidend Gewordenen fallen. Und dazu sind keineswegs nur die unorganisierten Arbeiter und Konsumenten, sondern auch die in kleiner Stellung befindlichen Firbesoldeten sowie verschiedene Kategorien geistig arbeitender Bevölkerungsschichten zu rechnen. Diese Personen haben nichts von einem Abbau der zu teuren Lebensmittel, selbst wenn sich dieser zum Beispiel beim Fleisch sogar auf ein bis zwei Kronen für ein Kilogramm belaufen sollte, da ihnen dasselbe auch dann noch nicht erschwinglich ist.“

Die beabsichtigten Zwecke können aber ohne eine großartige Lebensmittelerhebungs- und -verteilungsaktion nicht erreicht werden. Deshalb werden unter Anlehnung an die bestehenden Organisationen und mit offiziellem Einschlag Landesstellen gegliedert, die sich bezirksweise und nach Gemeinden untergliedern und Zahl und Art der unterstützungsbedürftigen Personen individuell erheben. Man kommt so vom Begriffe der Armut zu jenem des Notleidens. Er ist nicht nach allgemeinen Kriterien, die dafür noch nicht existieren, sondern individuell zu erfassen. Wir haben in Schlesiens bereits seit Kriegsbeginn eine ähnliche Organisation, die alle Einzelaktionen für die Kriegsfürsorge umfaßt, die aber keiner der bestehenden Fürsorgeaktionen angegliedert ist und daher von den Behörden nicht gefördert wurde.

Die Bevölkerung wird mit dem Approvisionnement auschuß in Zusammenhang gebracht werden und je nach Lage des Erreichbaren werden Lebensmittel, die heute eine zu hohe natürliche Preislage haben, wie Fleisch und Fleischderivate, mit Hilfe der auf jeden Landesteil entfallenden Quote aufgekauft und den einzelnen Ländern zugebilligt werden. Einem bedeutend größeren Teile der Bevölkerung als bisher Fleischnahrung zuzuführen, ist eine sehr wichtige Aufgabe, der sich die meisten Großverbände bereits mit Erfolg widmen.

Die Schwierigkeiten, die sich der Organisation entgegenstellen, hängen mit der Tatsache zusammen, daß die Einleitung aller dieser Aktionen mit dem ungünstigsten Zeitpunkt dafür zusammenfällt. Deshalb begegnen die Organisatoren auch jetzt, wo der Lebensmittelmangel drängend ist, viel Skepsis und Schwierigkeiten. Daher wird sich die Installierung von Kriegsküchen nur stufenweise vollziehen können. Die von der Gemeinde Wien eingerichtete Ausspeisung und die Kriegsküchen für die nichtorganisierte ärmste Bevölkerung werden trotz der Schwierigkeiten der zwei nächsten Monate möglichst aufrechterhalten bleiben. Die Lebensmittelverbände der Kriegsindustrie und die niederösterreichische Vita haben in ihrem Rahmen bereits Organisationen zur Einrichtung von Betriebsküchen in größerem Umfange — erst gestern wurde bei Warchalowski wieder eine solche eröffnet. Das zum Ankauf kommende Fleisch wird auch vorzugsweise den Betriebsküchen, ebenso wie dem Vereine „Gemeinschaftsküchen“ zugewiesen werden, da die Fleischnahrung für die Besucher dieser Küchen eine Notwendigkeit ist. Hand in Hand damit wird auch die Umgestaltung der bestehenden Beamten- und sonstigen Küchen (Ministerien, Banken, usw.) gehen, die in die Versorgung einbezogen werden sollen.

Die Aufhebung eines fleischlosen Tages, voraussichtlich des Mittwochs, ist bereits im Prinzip beschlossen.

Wichtig ist die Ausbringung der Mittel für die Ernährungsaktion, die weder vom Staate noch von der Gesellschaft allein angesprochen werden können. Eine gedeihliche Lösung ist nur durch Zusammenwirken beider Faktoren möglich. Mit den dreihundert Millionen, die schätzungsweise genannt werden, können die Zwecke der Aktion niemals erreicht werden. Diese Summen sind auf ein Jahr berechnet, können aber nach Lage der Verhältnisse in verschiedenen Quoten beansprucht werden, natürlich bei der momentanen Schwierigkeit viel stärker als zur Zeit, wo wir durch die rumänische Produktion und durch das sicher zu erwartende Wiederauftauchen von Kartoffeln, wenn der Frühjahrsaubau beendet ist, wieder in eine bessere Lage versetzt werden.

Durch Verbindung mit dem Approvisionnementssystem ist es ermöglicht, die Gesellschaft zwangsweise heranzuziehen durch Anwendung des Straßburger Systems, das die Gesellschaft in drei Klassen teilt: Es schreibt der vermögenden Klasse Ueberpreise vor, nimmt vom Mittelstande den effektiven Preis und führt der dritten Klasse durch Zuhilfenahme der Ueberchüsse und durch Heranziehung der vom Staatshaushalte dafür bestimmten Summen die billigen Lebensmittel zu. In Linz sind derartige Organisationsformen schon in bedeutenden Ansätzen vorhanden und in Schlesiens haben wir sie bei den Schwerarbeiterverbänden bereits durchgeführt.

Mit der Kriegszeit werden die Aufgaben auf diesem Gebiete noch lange nicht erschöpft sein und die Gesellschaft wird durch freiwillige Arbeit auf diesem Gebiete und mit Hilfe freiwilliger Selbstbesteuerung ihren sozialen Hilfswillen unbedingt bezeugen müssen. Die Selbstbesteuerung wird sich jeder Einsichtige nach Maßgabe seines Einkommens auferlegen, die Verteilung aber den Hilfsstellen überlassen

müssen, da schon die Fülle der jetzt bestehenden Organisationen vielfach das Uebel gezeitigt hat, daß viele Gelder, wie zum Beispiel der Großteil der für die Krüppelfürsorge gespendeten Summen, auf Sparkassengelder angelegt werden müssen, da nicht genug Rohmaterialien vorhanden sind, während doch momentan so reichliche Verwendungsmöglichkeit für große Summen zugunsten der Kriegsbetroffenen vorhanden wäre. Der Gedanke der Ernährungsfürsorge für die Kriegsbetroffenen wird sich erst im Frieden bis zu seiner Vollenbung weiter entwickeln.“

Das „Straßburger System“ in Oesterreich.

In unserer Nachmittagsausgabe vom Samstag wurde an dieser Stelle unter der Ueberschrift „Nach Einkommen abgestufte Lebensmittelpreise“ das sogenannte „Straßburger System“ des Lebensmittelverkaues in Städten während der Kriegsteuerung besprochen und an Beispielen (Straßburg, Köln) erläutert. In der Ende der vorigen Woche beim Ministerpräsidenten abgehaltenen Besprechung zur Einleitung einer „Hilfsaktion für die mindestbemittelten Volksschichten“ schilderte der Bürgermeister von Linz, RAbg. Dr. Dinghofer, die Ergebnisse der beiläufigen Anwendung des „Straßburger Systems“ auf Linzer Verhältnisse seit Herbst 1916. Dr. Dinghofer erzählte: Die Stadtgemeinde bildete drei Ausschüsse, von denen der eine die Erfassung der minderbemittelten Einwohner, der zweite den Verkehr mit den Lebensmittelhändlern und der dritte die finanziellen Angelegenheiten zu erledigen hat; den Ausschüssen wurde ein Bureau angegliedert, durch genaue Fragebogen wurde mit Hilfe der Brotkommissionen die Hilfsbedürftigkeit der Einwohner ermittelt. Als hilfsbedürftig wurden jene Familien erachtet, bei denen nicht mehr als 800 Kronen Einkommen per Kopf und Jahr (500 Kronen per Person unter 16 Jahren) insgesamt aber nicht mehr als 5000 Kronen Familieneinkommen ermittelt werden. Bei einer Bevölkerung von 80.000 ergaben sich annähernd 20.000, das sind 25% Minderbemittelte. Die Minderbemittelten wurden in drei Gruppen geteilt. Der ersten werden gewisse notwendige Artikel allein vorzugsweise reserviert, so zum Beispiel der von der Gemeinde selbst aus rumänischer Gerste erzeugte Kaffee, Holz, Feigwaren (per Kilogramm 1 Krone 40 Heller) usw. Der zweiten Gruppe werden gewisse Lebensmittel durch Vermittlung des Bureaus von den Lebensmittelhändlern billiger abgegeben, zum Beispiel Brot per 1260 Gramm um 56 Heller, statt um 66 Heller. Der dritten Gruppe endlich wird zum Kauf bestimmter Lebensmittel ein Geldzuschuß gewährt, zum Beispiel bei Fett pro Kilogramm 1 Krone 60 Heller, ferner werden Eier zum Preise von 10 Heller pro Stück, Kriegswurst zu 18 Heller das Kilogramm (man vergleiche damit den 2-Kronen-, bzw. den 6.40-Kronenpreis der von der „Dezeg“ in Wien verkauften Kriegswurst!) abgegeben usw. Solche Kriegswürste werden aus den im städtischen Schlachthof für Zivil und Militär vorgenommenen Schlachtungen sich ergebenden Abfällen, wie Blut, Kopf, Füße, Schlepp, ohne weitere Regie durch waffenunfähig gewordene Militärpersonen erzeugt und in den Kriegsküchen seit langem gerne genossen.

Ob, was in kleineren Städten ohne weiters durchführbar ist, auch in Millionenstädten binnen kurzer Frist verwirklicht werden kann, dafür fehlen die Erfahrungen. Zunächst einmal ist nicht zu übersehen, daß für die Zweimillionenstadt Wien ein Familieneinkommen von 5000 Kronen ganz beträchtlich weniger bedeutet als in Linz, weil das Wohnen und Leben in Wien ganz erheblich teurer ist. Auch die Feststellung der Einkommensverhältnisse erfordert in Wien eine Riesenarbeit. Zu all dem kommt, daß die Einkommensverhältnisse in Wien ungleich ungünstiger liegen als in Linz. Den Millioneneinkünften der obersten Schichte und den auskömmlichen Einkommen der Wohlhabenden steht eine Millionenarmee mit derzeit ganz unzulänglichem Einkommen gegenüber, in welcher die Arbeiterschaft nur einen Bruchteil und unter den

gegenwärtigen Verhältnissen nicht einmal den bedauerndwertesten darstellt. Trotz alledem sollte die Einbürgerung des „Straßburger Systems“ auch in Wien, wenigstens für einzelne Lebensmittel, bei denen die Anwendung leichter ist, versucht werden. Die täglich sich wiederholende Erfahrung, daß in Wien, wer über genügend Geld verfügt, alles haben kann, wonach sein Herz begehrt, und den mindestbemittelten Massen auch das Wenige, was ihnen allenfalls noch erschwänglich wäre, vor der Nase wegführt und verteuert, erbittert mehr als notgedrungene Entbehrungen. Entsprechende Preisunterschiede je nach den Einkommensverhältnissen der Käufer würden sicherlich regulierend wirken. Warum sollte jemand, der ein Millioneneinkommen hat, für Mehl und Brot, für Milch und Butter, für Gemüse und Kartoffel, für eine Wurst und für ein Ei, für einen Apfel und für Marmelade, usw. nicht um sovielmal mehr zahlen müssen, als sein Einkommen das eines „kleinen Mannes“ übersteigt? Von hoher Stelle wurde kürzlich gesagt, daß wir „in einer belagerten Festung leben“. Wohl! denn, in belagerten Festungen werden die Lebensmittel auf alle in möglichst gleicher Weise aufgeteilt, und aus der Belagerungsgeschichte von Przemyśl wissen wir, daß es der Festungskommandant General Kusmanek nicht besser haben wollte, als der geringste seiner Soldaten. Warum sollten es in der belagerten Festung Oesterreich-Ungarn gerade die Kriegsverdiener und Kriegsschmarotzer, die Multimillionäre, die ganze feiste Lebewelt, besser haben als die Millionen der Schwaffenden, bloß weil sich jene auf das fragwürdige Privileg ihres Geldtades berufen können?

7. III. 1917

109

Sitzung des Beirats des Kriegsernährungsamts.

Der Beirat des R. E. A. beriet am Sonnabend, 3. März, über den Wirtschaftsplan 1917/18 und die Neuregelung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der nächsten Ernte, wie sie vom R. E. A. in Anlehnung an das bekannte Gutachten der Hochschullehrer in Vorschlag gebracht waren. Aus den einseitigen Ausführungen des Präsidenten des R. E. A., von Batoeli, und seines Stellvertreters, des bayerischen Ministerialdirektors v. Braun, ist folgendes hervorzuheben:

Es werde beabsichtigt, der Reichsgetreidestelle neben der Bewirtschaftung des Brotgetreides vom Herbst ab auch die des Hafers, der Gerste und der Hülsenfrüchte zu übertragen; die Fruchtarten sollten einheitlich für die Kommunalverbände beschlagnahmt werden. Die Selbstwirtschaft der letzteren, insbesondere auch des als Kommunalverband für die Getreidewirtschaft anerkannten Königreichs Bayern, solle hinsichtlich Brotgetreide und, soweit es die Umstände zulassen, auch hinsichtlich der übrigen Getreidearten ungefähr in der bisherigen Weise gehandhabt werden. Gerste und Hafer seien auch bezüglich der Ablieferungspflicht mehr als bisher gleichzustellen.

Der Wirtschaftsplan, das heißt, Preis- und Ablieferungsbestimmungen für die Bodenerzeugnisse, sei im Vorjahre erst im Juni und Juli, nach Errichtung des R. E. A., bekanntgegeben worden.

Zur Sicherung einer möglichst großen Erzeugung

sei es unbedingt nötig, den Plan diesmal nicht erst unmittelbar vor der neuen Ernte, sondern schon vor der Frühjahrbestellung zu veröffentlichen. Eine durchgreifende Neuregelung der Preise, für die das Gutachten der Hochschulprofessoren in vieler Hinsicht eine brauchbare Grundlage gebe, müsse erfolgen, und zwar so, daß eine Steigerung der Gesamteinnahme der Landwirtschaft aus den abzuliefernden Erzeugnissen zum Nachteil der Verbraucher nicht eintrete. Es müßten die Preise der unmittelbar abzuliefernden Bodenerzeugnisse erhöht und die Schlachtviehpreise entsprechend gesenkt werden.

Gegen den Grundgedanken des Kriegsernährungsamts, einen Preisausgleich durch Heraufsetzung der Brotgetreidepreise und Herabsetzung der Viehpreise herbeizuführen, wurde nur vereinzelt Widerspruch erhoben. Im übrigen wurden von landwirtschaftlicher Seite die Erhöhung der Preise für Körner- und Hackfrüchte für erforderlich erachtet, gegen die Herabsetzung der Viehpreise aber mehrfach schwerwiegende Bedenken geltend gemacht. Auf der anderen Seite wurde von den Beiratsmitgliedern, die den Verbraucherinteressen näherstehen, mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß selbst der vom Kriegsernährungsamt vorgeschlagene Ausgleich eine Mehrbelastung der Verbraucher bedeuten würde, weil die im Preise herabgesetzte Fleischmenge dem Verbraucher nicht in so starkem Umfange zur Verfügung stehen würde, während umgekehrt Brot und Kartoffeln den Grundstock der städtischen Ernährung bildeten. Es müsse daher in jedem

Falle dahin gewirkt werden, daß die Erhöhung besonders des Roggenpreises, wenn sie unvermeidlich sei, in möglichst engen Grenzen gehalten werde. Dagegen sei die Herabsetzung der Fleischpreise eine selbstverständliche Forderung, wobei allerdings eine starke Verminderung des Rindviehbestandes nicht wünschenswert sei. Nach den Darlegungen des Kriegsernährungsamtes über die gesamte Wirtschaftslage scheine allerdings eine Verringerung des Schweinebestandes notwendig, um die erforderlichen Mengen an Brot und Kartoffeln der unmittelbaren menschlichen Ernährung zu sichern. Die Versorgung mit Brot und Kartoffeln sei in erster Linie sicherzustellen, die Fettversorgung, so wichtig sie auch für die Bevölkerung sei, könne erst an dritter Stelle stehen.

Zur Organisationsfrage wurden von einem Vertreter des Handels Vorschläge für stärkere Heranziehung der Händler gemacht.

Stadtjugend auf dem Lande.

Von

Rektor Rohstall-Spandau.

Zweifellos wird die Knappheit an Lebensmitteln sich am stärksten unmittelbar vor der neuen Ernte fühlbar machen. Nirgends werden die Schwierigkeiten stärker fühlbar werden als dort, wo die größte Menschenanhäufung sich zeigt, in Groß-Berlin. Andererseits sind vom Juni ab, wo die Heuernte beginnt, auf dem Lande die Arbeitskräfte am notwendigsten. Nun gehören zu den stärksten Essern gerade die Kinder etwa vom 12. Jahre an. In der Großstadt belasten sie den Haushalt als immer hungrige Verzehrter, auf dem Lande gibt es zu der angegebenen Zeit für sie überall Verwendung. Ich weise nur hin auf das Viehstall an Wegrainen, auf nicht umzäunten Weiden, an Lichtungen im Walde, wo noch so viel Gras ungenützt verkommt, ferner auf die Beförderung des Essens an weitab beschäftigte Arbeiter, dann auf Hilfe beim Heuen, beim Aufsehen von Garben, — alles Arbeiten, die auch ohne landwirtschaftliche Vorkenntnisse geleistet werden können.

Auf dem Bauernhofe gilt auch noch heute das Wort: Wo zeh'n essen, wird auch noch ein Elster satt. Der Bauer gibt nicht gern bares Geld her, auch mit seinen Fleischvorräten rückt er nicht gern heraus, aber selbst der kleine Besitzer ist bereit, einen oder zwei Jungen gegen geringe Vergütung oder ganz umsonst mit durchzusüttern, wie noch längst von Landwirten meiner westfälischen Heimat versichert wurde.

Darum heiße für die kritischen Monate die Losung: Hinaus mit unserer Jugend aufs Land, soweit das immer möglich ist. Zur Erreichung dieses Zieles werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Die Eltern sind aufzufordern, für diese Zeit nach Mäßigkeit ihre Kinder, besonders die vom 12. Jahre ab, aufs Land zu Verwandten und Bekannten zu schicken. Urlaub vom Schulbesuch auf längere Zeit, besonders vor den Ferien, ist nach Möglichkeit zu gewähren.
2. In Stadt und Land bilden sich Kommissionen, vor allem aus Lehrern und Geistlichen, die auch solchen Kindern den Landausenthalt zu vermitteln suchen, denen die Eltern diese Wohlthat nicht verschaffen können. Ein dankenswertes Feld ihrer Tätigkeit erwächst da vor allen den Lehrervereinen. (Die private Verschickung der Kinder durch die Eltern ist in jedem Fall vorzuziehen, da dann erstens die Kostenfrage sich am leichtesten regelt, zweitens die konfessionellen Verhältnisse sich am besten berücksichtigen lassen und drittens Verwandte und Bekannte leichter erzieherischen Einfluß ausüben können als Wildfremde.)
3. Die Eisenbahndirektionen sind um Ermäßigung der Fahrtkosten zu ersuchen. Solche werden gegen Bescheinigung durch die Schulen gewährt. Die Vereinfachung größerer Transporte zu Extrazügen ist zu erstreben.
4. In machen Fällen können auch Kriegerfrauen bewogen werden, für die angegebene Zeit mit ihren Kindern aufs Land überzusiedeln.
5. Die Kosten tragen im allgemeinen die Eltern der Kinder. In dringenden Fällen ist die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen. Vielleicht empfehle sich für dies Jahr eine Verlegung der Ferien, so daß die Sommerferien möglichst lang werden.

Was sich auf dem vorgeschlagenen Wege erreichen läßt, ist daraus zu entnehmen, daß, wie kürzlich in den Zeitungen zu lesen war allein ein oldenburgisches Amt über 900 Großstadtkinder aufzunehmen sich bereit erklärte.

Z. II. 1917

22

Das Anstellen.

Die Konkurrenz hat immer eine große Rolle im Wirtschaftsleben gespielt, nie aber eine so merkwürdige Rolle wie in der Kriegswirtschaft. Ehemals haben Erzeuger und Händler alle möglichen Künste angewendet, um einander die Kundschaft abzujaagen. Jetzt aber sind es nicht mehr die Verkäufer, die konkurrieren, jetzt sind es die Käufer, die sich um Ware drängen und stoßen. Die krassste Form dieses Wettbewerbes um Konsumware ist das Anstellen, das bereits zu den typischen Erscheinungen des städtischen Lebens im Kriege gehört. Diese Volksszenen, so wenig erfreulich sie sind, haben sich so eingebürgert, daß der beklemmende Eindruck, den sie anfangs machten, allmählich geschwunden ist. Man hat sich mit der Sache abgefunden, man betrachtet sie bereits als eine Einrichtung des Marktverkehrs, und da die wirtschaftlichen Verhältnisse, denen sie entspringt, noch geraume Zeit fortwähren und voraussichtlich den Krieg noch eine gute Weile überdauern werden, so wird es wohl geraten sein, in das nun einmal unvermeidliche Anstellen wenigstens Ordnung und Raison zu bringen. Es ist ja keine gleichgültige Sache, wenn Tausende und Tausende von Menschen täglich ein paar Stunden auf der Straße verbringen, um Kohlen oder Kartoffeln, Kraut oder Butter, Wurst oder Eier zu erhalten. Schon die Rücksichten der öffentlichen Gesundheits-

pflege erfordern hier ein ordnendes Eingreifen der Behörden. Abgesehen von den schädlichen Einflüssen der rauhen Witterung, ist es auch das lange Stehen an sich, das namentlich für die Gesundheit der Frauen — die ja die große Mehrzahl der „Angestellten“ bilden — äußerst nachteilig ist. Was nützt alle systematische Bekämpfung der Massenerkrankheiten, wenn man solche neue Gefahrenquellen entstehen läßt?

Es fragt sich nun, was geschehen könnte, um den Uebelstand wenigstens auf ein Mindestmaß schädlicher Wirkungen einzuschränken. Natürlich kann man niemandem das Anstellen verbieten, auch schwächlichen und kränklichen Personen nicht; es ist unmöglich, dafür Erlaubnisscheine auszugeben und die Erlaubnis etwa von einem ärztlichen Zeugnis abhängig zu machen. Andererseits ist es leider ebenso unmöglich, die vielbegehrten Konsumwaren in so reichlicher Menge auf den Markt zu bringen, daß dadurch alles Anstellen überflüssig würde. Aber Eines ist möglich: das jeweilige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wenigstens so weit zu berechnen, daß man damit die richtige Methode gewinnt, die Käufer in angemessener Zeit zu befriedigen, und Käufer, die nicht befriedigt werden können, von vornherein fernzuhalten. Mit anderen Worten: es handelt sich darum, die Zeit des Anstellens abzukürzen und den Andrang zu vermindern. Das kann aber sehr wohl geschehen, wenn man nur regelmäßig die Art des Verschleißes nach der Art der Ware einrichtet. Ist es ein Massenartikel, so muß der Verschleiß unbedingt, so weit es nur irgend angeht, dezentralisiert werden. Das beste Beispiel dafür sind die Tabaktrafiken. So gesucht der Tabak auch ist und so ungenügend die vorhandene Menge, so geht das Anstellen hier doch verhältnismäßig leicht und glatt, weil die große Zahl der Trafiken eine rasche Abwicklung des Verkehrs gestattet. Handelt es sich aber um einen Artikel, dessen beschränkter Vorrat den Massenabsatz ausschließt und dessen billiger Nachnahmspreis nur eine Begünstigung für unbedingte Käufer bilden soll — zum Beispiel Verkauf beschlagnahmter Wurstvorräte in der Markthalle —, so empfiehlt es sich, einen Verteilungsmodus durch Komitee oder Organisationen zu wählen, die den Absatz an die betreffende Konsumentenschicht, der die Wohltat zugebracht ist, sicherstellen. Es ist widersinnig,

derlei Waren in einer Weise zu verschleifen, die Tausende zum Anstellen verlockt und die Mehrzahl schließlich unbefriedigt und verärgert abziehen läßt. Ueberdies wird es in jedem Falle den überwachenden Organen zur Pflicht zu machen sein, sich von den Verschleißern genaue Auskunft über das Warenquantum zu holen und denjenigen Teil des wartenden Publikums, auf den nichts mehr entfallen kann, sofort aufzuklären und heimzusenden. In die Unordnung des Anstellens läßt sich also sehr wohl einige Ordnung bringen, wenn man die Sache nur planmäßig anfaßt. Es ist gewiß der Mühe wert, sich mit diesem Problem zu beschäftigen, und ein geschickter Verwaltungsmann, der hier die richtige allgemeine und detaillierte Regelung zu finden wüßte, würde damit viel Mißstimmung beseitigen und sich zugleich ein Verdienst um die Volksgesundheit erwerben.

7. III. 1917

* Lebensmittelübersichten in den Vororten. Eine Reihe von Groß-Berliner Vorortgemeinden hat eine zweckmäßige Einrichtung getroffen, die überall Nachahmung zu finden verdient. Die Gemeinden Charlottenburg, Wilmersdorf, Brix und Treptow veröffentlichen am Schluß jeder Woche eine amtliche Wochenübersicht über die in der nächsten Woche von der Gemeinde zu verteilenden Lebensmittel und sonstiger Nahrungsmittel, für die Karten bestehen oder die überhaupt in den Ortsgeschäften zu haben sind. Außer den Hauptnahrungsmitteln, Brot, Kartoffeln, Fleisch, Fett, Zucker usw., verteilen z. B. Charlottenburg in dieser Woche Sirup, Graupen, Del, Bouillonextrakt und Buddingpulver, Treptow Haferflocken, Bouillonwürfel, Flußfische, Milchmuscheln, Muschelfleisch in Gallert, gesalzene Schellfische, Brix Rüdeln, Leberwurstpastete, Scholle in Aspik, Heringe und Fruchtfreude. — Je mehr die Lebensmittelverteilung durch die Gemeinden in geregelte Bahnen gelenkt wird, desto festere und stetigere Formen finden auch die Mittel der Zuteilung, die Kartenregelung und die Anfündigung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel.

7. III. 1917

* Neue Grundsätze des Reichsgerichts über örtliche Höchstpreise. Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hat in einer neueren Entscheidung seinen früheren Rechtsstandpunkt, daß für örtliche Höchstpreise der Wohnsitz des Käufers maßgebend sei, aufgegeben. In dem neuen Urteil (I. D. 565/16), das die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts mitteilt, heißt es:

Für die Anwendbarkeit der Höchstpreissetzung kann nicht maßgebend sein, wo der Kaufvertrag geschlossen wird, sondern muß maßgebend sein, wo sich die verkaufte Ware befindet, von wo sie geliefert wird, und das ist regelmäßig der Ort, wo der Verkäufer seinen Wohnsitz oder seine Handelsniederlassung hat. Wenn in früheren Urteilen des Senats angenommen worden ist, daß der Ablieferungsort maßgebend sei, der Ort, an dem die Ware in den Besitz des Käufers übergeht, regelmäßig also der Wohnsitz des Käufers, so wird daran nicht festgehalten. Auf der Preisgestaltung am Bestimmungsort ist es ohne Einfluß, welche Preise für Waren erzielt werden, die von außerhalb eingeführt werden,

sofern der Verbraucher die Waren bezieht. Der Händler muß freilich den Preis der von auswärts eingeführten Waren nach dem dafür gezahlten Einkaufspreis berechnen, er kann aber nur von auswärts beziehen, wenn an seinem Wohnsitz keine Höchstpreise bestehen oder höhere als am Versendungsort, weil er sonst nur mit Schaden weiterverkaufen könnte. Besteht an seinem Wohnsitz kein Höchstpreis oder ein höherer als am Wohnsitz des Verkäufers, so kann er doch, wenn er den dort geltenden Höchstpreis überschreitet und dort die Preise treibt, nicht deshalb straflos bleiben, weil der von ihm gezahlte Preis an seinem Wohnsitz zulässig ist. Denn die vom Gesetz gemißbilligte schädliche Einwirkung auf die Preisgestaltung am Wohnsitz des Verkäufers bleibt bestehen, auch wenn am Wohnsitz des Käufers eine solche nicht eintritt oder nicht zu befürchten ist. Das Reichsgericht nimmt dann Bezug darauf, daß in einer Reihe kriegswirtschaftlicher Verordnungen des Bundesrats der Grundsatz zutage tritt, daß der Wohnort des Verkäufers für die Verteilung einer Höchstpreisüberschreitung maßgebend sein soll.

Vorsätze und Möglichkeiten.

Das Ernährungsprogramm des Ministerpräsidenten.

Das Programm, das der Ministerpräsident und der Minister für Volksernährung letzten Freitag entwickelt haben und das eine rasche und durchgreifende Abhilfe in unseren Ernährungsnöten bringen soll, hat einiges Aufsehen erregt. Die Regierung hat bei dieser Besprechung mit einem ausgewählten Kreise sozial interessierter Männer und Frauen die großen ernährungs- und sozialpolitischen Aufgaben der nächsten und ferneren Zukunft dargelegt, jene Aufgaben, die tatsächlich heute und auf lange hinaus auch als die wichtigsten politischen Gegenstände der Politik, die einzig wirklich politischen „Belange“ gelten und eine Volksvertretung in erster Linie beschäftigen müßten — wenn wir nur eine solche besäßen; der Ministerpräsident hat bei dieser Gelegenheit neuerdings versichert, daß man den Weg zum Parlament finden wolle. Es ist sehr zu bedauern, daß die gemachten Vorschläge sowie die Mittel zu ihrer Durchführung nicht den Gegenstand parlamentarischer Beratung und Beschlußfassung bilden konnten, es wäre sehr viel

mit Nutzen über sie zu sagen und von den Steuergebern, die das Volk zu diesen Zwecken aufbringen wird, hätte die Volksvertretung die Verwendung auch im einzelnen geregelt. Der improvisierte Beirat, dem das Programm der Regierung vorgetragen wurde, hat es beifällig zur Kenntnis genommen und selbst auch wertvolle Ratschläge zu dessen Durchführung gegeben — ein Parlamentssurrogat, das, wie alle Ersatzmittel, besser ist als nichts.

Man übersieht heute schon klarer die Ziele und die Grenzen der geplanten Hilfsaktion für das Ernährungswesen. Sie ist in zweifacher Hinsicht von allgemeinem Interesse.

Zunächst verfolgt die Regierung den Voratz, zur Behebung des Mangels an Brotfruchtmahrung das Fleisch zur Versorgung der breiten Volksmassen stärker heranzuziehen. Der Versuch und die Zwangslage, aus der er entstanden ist, können nicht ohne weiteres und nicht ohne Kritik hingenommen werden. Wir haben uns zu fragen, wie es zu dieser außerordentlichen Abhilfe kommen muß, wie wir von einem ähnlichen Vorhaben in Deutschland und anderen kriegsführenden Ländern nichts vernehmen. Deutschland hat sowohl seine Brotfrucht- wie seine Fleischvorräte systematisch aufgebracht und gleichmäßig auf das Jahr und auf die Einwohnerschaft aufgeteilt und also dürften unsere augenblicklichen Pläne den Deutschen nicht leicht verständlich werden. Wir haben den Jahreswirtschaftsplan entweder von vornherein vergriffen oder im Laufe der Zeit verfehlt; besser beides zugleich! Unser Getreideregime ist nicht voll wirksam geworden; wir haben zu wenig aufgebracht. Und der Grund ist, wir haben viel zu viel verfüttert. Das gebotene Verhältnis zwischen Ackerbau und Viehzucht ist nicht eingehalten worden, weil wir auf der einen Seite Getreide und Kartoffeln staatlich bewirtschaftet und im Preise gebunden, auf der anderen Seite aber die Vieh- und Fleischpreise empornwuchern lassen und Brotfrucht und Kartoffeln dem Viehland geopfert haben. Nun bezahlen wir diese Unvorsichtigkeit. Nun müssen wir die fleischlosen Tage einschränken, un- verhältnismäßig mehr Vieh zur Schlachtung bringen und auf die Fleischmahrung das Hauptgewicht legen. Heute weiß also jedermann, daß unsere öftmaligen Mahnungen nicht grundlos gewesen sind!

Diese Tatsache soll hier nur verzeichnet werden, denn heute schafft leider die Kritik des Vergangenen keinerlei Nutzen als den der Lehre für die Zukunft. Will und kann man bei uns aus Fehlern lernen, so wird man unverzüglich die Viehpreise abbauen. Man hat hiezu kaum eiliche Wochen Zeit; denn so

wie sie dieses Jahr unseren Wirtschaftsplan gestört haben, so müssen sie, wenn wir mit ihnen in die Anbauzeit eintreten, das organische Verhältnis zwischen Ackerbau und Viehzucht allmählich zerstören, müssen die Körnerfrucht zu Gunsten der Hackfrucht, den Acker zu Gunsten der Wiese, die Wiese zu Gunsten der Weide, ja das Großvieh zu Gunsten des Kleinviehs zurückdrängen und also unsere gesamte Bodenkultur um eine Kulturstufe herabdrücken. Noch einmal stellen wir das fest — so wenig wir hoffen können gehört zu werden, so gewiß sehen wir die Zeit voraus, wo außerordentliche und höchst kostspielige Maßnahmen nötig sein werden, um dieses Uebel, sobald es offenkundig geworden, mühsam zu beheben.

So notwendig und so dankenswert der Voratz der Regierung ist, die Ausfälle an Pflanzenkost durch tierische Mahrung zu ersetzen und an dem Vieh, das erst unsere Pflanzenkost weggefressen hat, diese Ungebühr mit einem Massenschlachten zu ahnden, ebenso schwierig ist das. Denn das ausgezeichnete Nahrungsmittel Fleisch kann nicht ganz an Stelle des Mehles und der Kartoffeln gesetzt werden. Dem stehen zwei Dinge im Wege, die Menge und der Preis. Hundert Zentner verfütterte Porealien geben eben nicht hundert Zentner Fleisch, sondern sehr, sehr viel weniger. Und unvergleichbar sind auch die Preise. Schon in Friedenszeiten können die Volksmassen das Fleisch als tägliche Kost nicht bezahlen — heute aber stellen sich die ungeheuerlichen Fleischpreise mit verdoppeltem Widerstand dem Versuch entgegen, das Fleisch zum allgemeinen Volksnahrungsmittel zu machen. Und so schlägt uns das Uebel noch ein zweitesmal! Weil wir das Fleisch nicht staatlich bewirtschaftet, weil wir seine Preise lange zügellos haben wuchern lassen, weil wir die Viehpreise viel zu spät und viel zu hoch festgelegt haben, weil also der Konsum den Fleischpreissinteressenten schon Millionen zu viel gezahlt hat, müssen nun Staatsmittel verwendet werden, um den Massen Fleisch zu erschwinglichen Preisen zuzuführen! So ist der fehlerhafte Zirkel geschlossen!

Nicht genug daran: Als endlich nach vieler Monaten der Verfallnisse die Viehpreise festgesetzt wurden, besetzte man sie so, wie sie sich zufällig in den einzelnen Landstrichen entwickelt hatten: in einigen Ländern niedriger, in anderen höher, in den Hauptkonsumorten am höchsten. Gewinne, die so automatisch bei der Verfrachtung des Viehs aus den Gebieten niedriger Uebernahmepreise in die Konsumorte gemacht werden, trägt der Staat zusammen in einen Millionenfonds noch ungewisser Bestimmung. Während er so aus unrationeller Verteuerung des Fleisches hohe Beträge aufschafft, gibt derselbe Staat nun zu gleicher Zeit Millionen Steuergelder ab, um den Minderbemittelten Fleisch billiger zur Verfügung zu stellen — finanzwirtschaftlich ein höchst sonderbarer Vorgang.

Zugegeben werden muß, daß das Amt für Volksernährung, wie es heute ist, und augenblicklich keinen anderen Ausweg hat und man ihm insofern Dank wissen muß, daß es wenigstens diesen Ausweg entschlossen ergriffen hat. Wie weit er zulange, werden die Umstände erst zu erweisen haben.

Das ist eine Seite des Ernährungsprogramms vom letzten Freitag. Die andere Seite der Ausführungen des Ministerpräsidenten und des Ministers Höfer zeigt uns eine gewisse Neuausrichtung in den Grundzügen des Verteilungssystems, die bisher wenig beachtet worden ist, die aufmerksame Beurteilung und Würdigung jedoch sehr verdient. Denn sie stellt die ganze Verteilungstechnik auf eine neue Grundlage. Bisher hat die Brotkarte mit ihren gleichen Abschnitten als Ideal der Verteilung gegolten — dieses Ideal der mechanisch gleichen Schablone erzeugt das Programm durch die durchaus andere Methode der Differenzierung und Individualisierung, durch das sogenannte Straßburger System. Und dieser Teil des Programms ist von so hohem Interesse, daß er einer besonderen Darstellung bedarf.

Berufung eines Richters in das Volksernährungsamt.

Der beim Zivilbezirksgericht Leopoldstadt amtierende Bezirksrichter Dr. Max Lambert Weiser ist zur Dienstleistung dem Amte für Volksernährung zugeteilt worden. Das Zivilreferat beim Bezirksgericht Leopoldstadt hat Bezirksrichter Dr. Anton Wladarz übernommen. — Bezirksrichter Dr. Weiser hat sich, wie kaum ein zweiter Richter Wiens, mit dem Studium der Preistreiberfrage befaßt. Leider konnte er, der bis zu seiner Berufung in das Volksernährungsamt nur in Zivilsachen zu judizieren hatte, sich nur theoretisch mit der Preistreiberfrage beschäftigen und das Ergebnis seiner umfangreichen Studien nicht in der Praxis als Strafrichter verwerten. Aus seiner

Jeder stammt die Schrift „Preistreiberei“, die die Preistreiberverordnung an der Hand der Judikatur kommentiert. Diese Abhandlung hat ebenso wie die zweite vor wenigen Wochen erschienene Schrift Dr. Weisers, „Regelung und Schutz der Bevölkerungsverforgung“, sowohl bei Richtern als auch bei politischen Beamten sehr viel Beachtung gefunden. Die mannigfachen Anregungen, die Dr. Weiser in seinen Abhandlungen den über Preistreiber urteilenden Strafrichtern gibt, haben sich als Richtlinien der Preistreiberjudikatur mit eingebürgert. Bezirksrichter Dr. Weiser wird auf seinem neuen Posten, mit dem er im Volksernährungsamte betraut wurde, seine Studien, die er auf dem Gebiete der Preistreiberbekämpfung während des Krieges gemacht hat, zum Schutze des konsumierenden Publikums nunmehr hoffentlich mit praktischem Erfolg verwerten.

Ernährungsverhältnisse in Krakau.

Aus Krakau, 1. d., wird uns geschrieben: Die Versorgung der Festungsstadt Krakau gestaltet sich immer schwieriger, hauptsächlich weil die Bevölkerungszahl bedeutend zugenommen hat und gegenwärtig über 240.000 (gegen 130.000 vor dem Kriege) beträgt. Zahlreiche Zentralstellen haben nämlich hier ihren Sitz genommen, ein großer Teil der Statthalterei, zahlreiche Verkehrs-, Einkaufs- und Aufbauämter; auch mehr Militär beherbergt Krakau

bekanntlich seit Kriegsbeginn als zur Friedenszeit. Am 25. v. M. hat die Approvisionierungskommission von Krakau unter Vorsitz des Delegierten des k. k. Statthalterers, Dr. Adam Federowicz, ihre 118. Kriegssitzung abgehalten, worüber mitgeteilt wird: Zunächst stellte der Delegat fest, daß im Krakauer Bezirk die Vorschriften hinsichtlich der Beschränkungen beim Fleisch- und Fettkonsum nicht eingehalten werden, was für die Approvisionierung der Stadt Krakau, ja selbst für Galizien sehr nachteilig sei. In der Erörterung wurden allerlei Beschwerden vorgebracht und die Verhältnisse in Krakau bezüglich einzelner Waren als durchaus nicht so günstig geschildert, wie sie vielfach dargestellt wurden. Insbesondere wurde über die Knappheit bei Kartoffeln, Mehl und Kohle Klage geführt. Es wurde beschlossen, daß sich das Stadtpräsidium sofort an das k. u. k. Rayonskommando mit der Bitte um eine entsprechende Dotierung des Krakauer Platzes wenden solle. Zum Schlusse wurde bekanntgegeben, daß k. u. k. Militärpersonen der Besuch der bürgerlichen Kriegsküchen seitens des k. u. k. Festungskommandos nicht gestattet wird. Am 27. Februar begann hier die Brotrationierung, hat sich aber aus verschiedenen Gründen bisher nicht recht bewähren können. — Das landwirtschaftliche Syndikat in Krakau hatte als Kommissionär für die Bezirke Krakau und Podgorce einen Auftrag um Beistellung von 2 Waggons Weizen, prima, ohne jedwede Beimischung, für Mazze erhalten, ihn aber nicht angenommen, da es keinen Weizen aufreiben kann.

Die agrarische Zentralstelle über die Ernährungsfragen.

In der am 24. v. M. abgehaltenen Sitzung des ständigen Ausschusses der „Oesterreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen“ wurde beschlossen, die Vollversammlung im Mai, jedenfalls aber vor Zusammentritt des Parlaments abzuhalten. Generalanwalt Dr. Freiherr v. Stöckl erstattete als Referent über die kriegswirtschaftlichen Fragen einen eingehenden Bericht, worin er bemängelte, daß seit November v. J. die Beiräte der verschiedenen kriegswirtschaftlichen Zentralen nicht mehr einberufen wurden, ja einzelne Beiräte noch gar nicht konstituiert sind. Ferner verlangte der Referent die Anstrengung gleicher Höchstpreise in Oesterreich wie in Ungarn, ferner eine gründliche Revision der Anbau-statistik und Ernteerhebungen durch landwirtschaftliche Fachmänner, öffentliche Rechnungslegung auch der dem Handelsministerium nicht unterstellten kriegswirtschaftlichen Zentralen, Festsetzung von Höchstpreisen für Industrie- und gewerbliche Artikel, die im landwirtschaftlichen Betrieb unentbehrlich sind (entsprechend der bekannten Forderung des Bundes der ungarischen Landwirte), rechtzeitige Beschaffung von Saatgut und Kunstdünger zur Hebung der Produktion.

In der Erörterung kritisierte Abgeordneter Soukup die Zusammensetzung des Direktoriums des Ernährungsamtes. Kaiserl. Rat Fergel forderte mehr Fürsorge für die gesamte arbeitende Bevölkerung, nicht nur für die, welche in der Kriegsindustrie beschäftigt ist; es gehe nicht an, daß nur sozialdemokratische Konsumvereine mit Zuweisungen bedacht werden, es müssen auch die Bedürfnisse der übrigen Bevölkerung, der Bauernschaft und Bürgererschaft ihre Deckung finden. Ueber Antrag des Ehrenpräsidenten der Zentralstelle R. v. Hohensblum wurde entsprechend dem Referate des Berichterstatters und den Anregungen in der Debatte von der Regierung die Ausgestaltung des Direktoriums des Ernährungsamtes durch Ernennung von Vertretern der landwirtschaftlichen Produktion aus den Sudeten- und Alpenländern, sowie volle paritätische Vertretung der Produzenten und Konsumenten im Ernährungsbeiräte, dessen Einberufung allerhöchstens zu erfolgen hätte, zu verlangen, beschlossen. Einhellig angenommen wurden auch folgende Beschlussträge des nämlichen Antragstellers:

„In Erwägung, daß Oesterreich und Ungarn ein einheitliches Zoll- und handelspolitisches Vertragsgebiet darstellen, in welchem die Freizügigkeit der Waren aus der einen Reichshälfte in die andere weder erschwert, noch irgendwie behindert werden sollte; daß durch den Wettbewerb der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion die österreichische Landwirtschaft unter normalen Verhältnissen, hauptsächlich bezüglich der Preisbildung ihrer Erzeugnisse wesentlich geschädigt wird; daß hingegen demalsten durch die Behinderung der Freizügigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zwischen den beiden Reichshälften die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit den notwendigsten Nahrungsmitteln wesentlich erschwert wird; daß diese gewiß beklagenswerte Tatsache im vollen Widerstreit mit den mit Ungarn vereinbarten Ausgleichsbestimmungen steht; daß die Ausfuhr der ungarischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse meist nur durch die Absperroversugungen der ungarischen Regierung, die leider auch bei uns Schule gemacht haben, ganz willkürlich gedrosselt wird; daß der Verkehr zwischen den beiden Reichshälften in landwirtschaftlichen Erzeugnissen schon dadurch fast unmöglich wird, daß die Höchstpreise in Ungarn für dieselben bedeutend höhere sind als die unsrigen, obwohl wir mit viel höheren Produktionskosten zu rechnen haben; endlich, da durch diese Ungleichheit in den Höchstpreisen der Schwindelspekulation des ungarischen Zwischenhandels Tür und Tor geöffnet wird und unsere Groß- und Kleinhändler durch falsche Provenienztangaben der von ihnen verkauften Waren unsere Höchstpreisbestimmungen ganz beliebig umgehen, die Regierung zu bitten alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit unsere Höchstpreise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit den in Ungarn geltenden in vollkommene Parität gebracht werden, um dadurch nicht nur einen Ansporn zur Erhöhung unserer österreichischen Bodenproduktion zu geben, sondern auch den Schwindelspekulationen mit ungarischen Waren auf Grund falscher Herkunftsangaben ein Ziel zu setzen.

Ein weiterer Beschluß bittet die Regierung dafür zu sorgen, daß „bei allen vorzunehmenden Requisitionen in Getreide und Kartoffeln den Landwirten nicht nur die zum Anbau und zur Ernährung des Hauspersonales erforderliche Menge an Getreide und Kartoffeln belassen, sondern auch eine bestimmte Menge an Getreide und Kartoffeln, welche zur Versorgung der Erntearbeiter benötigt wird, von der Requisition ausgenommen werde, weil auf eine entsprechende rechtzeitige Versorgung des letzteren Bedarfs nach den bisherigen Erfahrungen seitens der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht gerechnet werden kann und dadurch alle Erntearbeiten nicht nur sehr erschwert, sondern auch oft in katastrophaler Weise ganz unmöglich gemacht würden.“

Eine andere Entschließung wünscht Gleichstellung der Flachspreise mit den ungarischen und Beurlaubung der eingrückten Flachsbauer und -arbeiter zu Flachsanzbau und -ernte.

8. III. 1917

29

Das gemeinsame Ernährungsamt.**Unterredung mit dem Geheimen Rat Baron Kürthy.**

Präsident des ungarischen Volksernährungsamtes.

Von unserem Korrespondenten.

Budapest, 7. März.

Der Präsident des ungarischen Volksernährungsamtes Geheimer Rat Baron Kürthy äußerte sich Ihrem Korrespondenten gegenüber folgendermaßen über den gemeinsamen Volksernährungsausschuß:

„Ich meinerseits kann nur betonen, daß ich das Zustandekommen des Volksernährungsausschusses freudlichst begrüße. Es handelt sich um keine neue gemeinsame Institution, durch welche die selbständigen Wirkungskreise der österreichischen oder ungarischen Regierung bei der Erledigung der Ernährungsfragen berührt würden. Der hohe Wert der neuen Institution besteht darin, daß nunmehr den an dem Ernährungsproblem arbeitenden militärischen und Zivilbehörden beider Staaten ein vollkommener Einblick in die vorhandenen Vorräte und damit eine raschere Orientierung ermöglicht ist. Der neugewonnene Ueberblick wird dann naturgemäß die beschleunigte gegenseitige Anshilfe in den konkreten Fällen erleichtern. Namentlich Ungarn hat ein Interesse daran, daß sich die österreichischen Faktoren unmittelbar und aus persönlicher Anschauung über die Verhältnisse orientieren. Wir sind bei unseren Requisitionen im Lande geradezu mit unachtsamer Strenge vorgegangen, wie dies auch Ministerpräsident Graf Tisza in seiner jüngsten Rede im Abgeordnetenhaus hervorgehoben hat. Das große Ziel des gemeinsamen Durchhaltens ist unser Leitstern in der Ernährungspolitik. Der neue Ernährungsausschuß ist berufen, dieses Ziel dem angestrebten Ideal vielleicht noch näher zu bringen.“

Generalmajor Ottokar Landwehr, der zum Vorsteher des gemeinsamen Ernährungsausschusses ausersehen wurde, ist ein Mann von großer Umsicht. Er ist von Wohlwollen und Gerechtigkeit für die Sache erfüllt, an deren Spitze er steht. Meine Besprechungen mit den kompetenten österreichischen Faktoren haben ergeben, daß die Ernährungsschwierigkeiten auch in

Österreich — genau so wie bei uns — so ziemlich lokaler Natur sind. Haben wir drüben gibt es Gebiete, die gut, andere wieder, die minder gut, andere die unzulänglich mit Vorräten versorgt sind. Der Zentralisation der Orientierungs- und Vermittlungsmöglichkeiten in dem gemeinsamen Ernährungsausschuß, der unter der hochherzigen Initiative des Monarchen zustande gekommen ist, eröffnen sich die besten Aussichten.

8. III. 1917

30

**Deutscher Nationalverband.
Sonderauschuß für Ernährungs-
angelegenheiten.**

Der für die Behandlung der Ernährungsangelegenheiten vom Deutschen Nationalverband eingesetzte besondere Ausschuß setzte vorgestern seine Beratungen fort.

Abg. Dr. Schreiner erstattete das Referat betreffend die Getreidefrage. An der lebhaften Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Bacher, Dr. Groß, Marchl, Dr. v. Oberleitner, Dr. Damm, Ansförge, Kroj und Summer. Ein im Verlauf der Debatte gestellter Antrag, dahingehend, es sei die Regierung aufzufordern, den bereits im November vorigen Jahres erweiterten Ernährungsbeirat ehestens einzuberufen, wurde angenommen.

Darauf erstattete Abg. Summer den Bericht über die Kapitel Fleisch und Kartoffel. Er beantragte Maßnahmen, die sofort zu ergreifen wären, und solche, die sich auf die Sicherstellung und die Vergütung der nächsten Ernte beziehen. Unter den verschiedenen in Vorschlag gebrachten Maßnahmen kommt für die allernächste Zeit die Beschaffung billigen Fleisches als Ersatz einer etwa notwendig werdenden Verkürzung des wöchentlichen Mehlbezuges in Betracht. Der Berichterstatter führte diesbezüglich aus, daß im Falle sich Schwierigkeiten bei der unbeschränkten Honorierung der Mehlkarte ergeben sollten, ein Äquivalent an Fleisch unter Verminderung der Mehlration der betreffenden Woche zu beziehen sein müßte. Es käme etwa nach der Meinung des Berichterstatters ein halbes Kilogramm Fleisch für ein Viertekilogramm Mehl als Ersatz in Frage. Es dürfte jedoch der Preis dieser Fleischmenge zwei Kronen nicht überschreiten. Demnach wäre für die Veranschaffung ausreichender Fleischmengen und für dessen kontrollierte Ausschüttung für den Fall der Verkürzung der Mehlkarte Vorsorge zu treffen. Die Maßnahmen wären etwa für die nächste Zeit bis Mitte Mai bedacht, weil um diese Zeit als Ersatz für einen verringerten Mehlbezug andre Stoffe in Betracht kommen könnten. Schließlich wurden die Abgeordneten Dr. Groß, Bacher, Ansförge und Summer mit der Aufgabe betraut, die Beschlüsse des Sonderauschusses dem Ernährungsminister mitzuteilen und ihm auch die auf die Finanzierung der in Vorschlag gebrachten Maßnahmen Bezug habenden Anregungen zu unterbreiten.

Versteigerungen und kein Ende.**Marmeladen, Gurken, Käse, Kondensmilch usw. im Ostbahnhofe.**

Die Direktion der österreichischen Staatsbahnen (Ostbahnhof) ersucht um Verlautbarung der nachstehenden Angaben über eine öffentliche Versteigerung:

Am Ostbahnhof, 10. Bezirk, im Schuppen 8 (hinter dem Magazin II), findet am 10. d. um 10 Uhr vormittags die Versteigerung folgender Güter statt: 11 Pakete Zementtöpfe, 1 Reitattel, 1 Kiste Marmelade, 1 Kiste Esjetten, 1 Kabeltrommel, 1 Kiste Mokkaaschen, 1 Kiste Emailgeschirr, 1 Bund Körbe, 1 Kiste verkupfelter Eisendraht, 1 Kiste Küchengeräte. Am gleichen Tage im Eilgutabgabsmagazin um 3 Uhr nachmittags: Mehrere Partien Kolonialwaren und Lebensmittel, wie Gurken, Brimsenkäse, Suppenwürfel, Feigenkaffee, Rosinen, Haselnüsse, Paprika, Kondensmilch, Salz, 10 Fässer Heringe und Litr usw.

Vor einigen Tagen erst wurde in der „Österreichischen Volkszeitung“ aus Anlaß der Versteigerung von 36.000 Kilogramm Seisenerz im Wiener Nordbahnhof bemerkt: „Daß der Seisenerz, der schließlich den Verbrauchern zugetührt werden muß, durch die Versteigerung an den Meistbietenden, der natürlich auch noch Nutzen ziehen will, nicht preiswerter wird, ist klar. Weniger klar ist dagegen, aus welchem Grunde die Nordbahndirektion in der heftigen Zeit solche Versteigerungen veranstaltet, da doch zweifellos für sie die Möglichkeit besteht, sich mit Verbraucher, Betriebsorganisationen usw. direkt in Verbindung zu setzen!“

Das Gesagte gilt gewiß in noch höherem Maße für die angekündigte Versteigerung im Ostbahnhof, bei der es sich um ansehnliche Mengen wichtiger und heute vielbegehrter Lebensmittel handelt. Muß der Amtschimmel unbedingt auch im Kriege seinen alten Trab einhalten? . . .

5.7.1917

2

Der Ausgleich in der Ernährung.

Zwischen Ueberfluß und Elend einen Ausgleich zu schaffen, für die ärmsten Schichten billige Lebensmittel zu schaffen, das sind die zwei neuen Vorsätze der Regierung im Ernährungsdienst. Zur Durchführung dieses Planes soll der Staat Mittel zur Verfügung stellen, damit die Lebensmittel für die ärmsten Schichten der Bevölkerung sichergestellt und zu einem bedeutend billigeren Preise zugänglich gemacht werden.

Das Programm ist für den zentralen wie für den Ernährungsdienst in Wien tatsächlich neu. Denn bisher hat das Ernährungsamt wie die Gemeinde Wien fast ausnahmslos den Grundsatz der gleichen Ration und des gleichen Preises verfolgt. In den zwei wichtigsten Mitteln der Verteilungstechnik, in der Rayonierung und in der Bezugskarte, liegt die Verführung zu mechanischer Gleichmacherei. Es ist ja so unendlich bequem, sich an den formalen Schimmel der Kopfzahl und der Kopfquote zu halten, es ist sehr verlockend, auf diese zahlenmäßige Gleichheit zu pochen und sich mit solcher Begründung ob der völligen Gleichberechtigung aller zu brüsten. Ebenso kann man sich leicht selbst schmeicheln, mit der Rayonierung in der Stadt und der bezirksweisen Zuteilung auf dem Lande ein „lückenloses Versorgungsnetz“ geschaffen zu haben — es ist nur schade, daß sich das wirkliche Leben in Rayons-, Gemeinde- und Bezirkspregeln nicht fassen und sich die wirkliche Not mit gleicher Kopfquote nicht besiegen läßt.

Wir haben schon seinerzeit bei der Feststellung der Brot- und Mehleration und erst jüngst bei der Rayonierung vor der mechanischen Behandlung der Volksernährung gewarnt. Bei der Brotkarte hat man bloß zu Gunsten der sogenannten Schwerarbeiter unterschieden; unsere Leser erinnern sich wohl an die umfangreiche, mit vielen Zahlen ausgerüstete Denkschrift, die der Parteivorstand, die Gewerkschaftskommission und der Zentralverband der Konsumvereine im Herbst 1915 dem Ministerrat überreicht haben und worin die Differenzierung der Brotkarte sowohl nach sozialen Klassen wie nach Berufsgruppen begründet und gefordert wurde. Schon damals wurde darauf hingewiesen, daß die vermögenden Haushaltungen im Frieden kaum jemals 200 Gramm Mehl auf den Kopf verzehrt haben, daß nach Wohlhabensstufen der Verbrauch der Person von 120 Gramm bei den Wohlhabenden bis auf 1200 Gramm und mehr bei den Schwerarbeitern im Frieden geschwankt hat und daß demnach die Wohlhabenden durch die Durchschnittsbrotkarte eher eine Vermehrung als eine Verminderung des Brotfruchtverbrauchs erfahren haben! (Die Denkschrift ist in der Arbeiter-Zeitung vom 10. September 1915 abgedruckt.) Die mechanische Gleichstellung hat den reichen Fleischessern eher gegeben als genommen. Unsere Lebensmittelverwaltung hat den Fleischverbrauch gar nicht erfasst und dadurch die scheinbare Gleichheit in die furchtbarste Ungleichheit verwandelt. Denn der Minderbemittelte ist auf eine verringerte Brotfruchtmenge gesetzt, der Bemittelte genießt dazu Fleisch, Backwerk und sonstige freie Waren nach Belieben. Mit Recht spricht der Ministerpräsident davon, daß „manche Schichten noch im Ueberfluß leben“. Das ist leider auffällige, unbestreitbare Tatsache. Man denke nun, was es unter diesen Umständen heißt, im Namen der „Gleichheit“ arm und reich in der Woche um die gleiche Menge von einem Viertelfilogramm Mehl zu verkürzen!

Dasselbe, was für die Menge gilt, das trifft auch auf den Preis zu. Bei einem Einkommen von 2000 Mark wurden nach deutschen Friedenserhebungen 52,3, bei 5000 Mark Einkommen nur noch 36,2 Prozent für Nahrungsmittel verausgabt, bei Einkommen über 100.000 Mark kaum mehr als 10 Prozent. Preis

Getreidebäuer in die größte Gefahr kommt, schier ohne daß die Öffentlichkeit es merkt! Daß das neue Ernährungsprogramm, das letzten Freitag veröffentlicht worden ist, die öffentliche Aufmerksamkeit zu ziehen, ist sicher ein Versehen. Wollen wir nicht in der Zukunft ein Versehen nach dem anderen begehen, so müssen wir die Schablone des Rayons und der Ration überwinden und endlich in die individuellen Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen.

9. / M. 1917

36

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsverorgungsamt.

Lebensmittelabgabe.

Nach einer Bekanntmachung des Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes in der vorliegenden Ausgabe unseres Blattes über die Abgabe von Kartoffeln, Mehl, Stetrüben, Suppenmasse und Schmalz darf vom Sonntag, 11. März, im hamburgischen Stadtgebiet abgegeben werden:

Kartoffeln: Wöchentlich $1\frac{1}{2}$ Pfund.
Auf die Zusatzarten: $1\frac{1}{2}$ Pfund.

Brot und Mehl: Von Sonnabend, 10. März bis Montag, 12. März, darf auf die allgemeine Brotkarte, wenn bereits Gutscheine über 1000 Gramm abgetrennt sind, Brot nicht verabfolgt werden. Auf den Abschnitt G der Warenbezugskarte darf für die Woche vom 10. bis 16. März ab Dienstag, 13. März, 350 Gramm Brot entnommen werden. Auf die mit M überbrachten Abschnitte der Brotkarte 50 Gramm Mehl.

Stetrüben: Auf die Abschnitte E und F der Warenbezugskarte je 3 Pfund. Auf jede Kartoffelzusatzkarte weitere 3 Pfund.

Hafersfabrikate und Suppenmasse: 125 Gramm Hafersfabrikate. Auf den Abschnitt A der Warenbezugskarte 50 Gramm hochfertige Suppenmasse (von Knorr und anderen Fabriken).

Schmalz: Ab Donnerstag, 15. März bis Sonnabend, 17. März, 30 Gramm.

Im einzelnen sei auf die Bekanntmachung selbst verwiesen, die noch die Abgabe von Brot und Kartoffeln an Schiffer besonders regelt.

Verkauf von Feuerungsmaterialien.

Die heute zum Abdruck gelangende Bekanntmachung des Kriegsverorgungsamtes über die weitere Regelung des Verkaufs von Feuerungsmaterial unterscheidet sich von den früheren jetzt aufgehobenen gleichartigen Verordnungen des Kriegsverorgungsamtes insbesondere in zweierlei Hinsicht.

In § 1 der Verordnung wird die Vorschriften, daß alle Kohlenhändler, die auf Lagerplätzen Kohlenvorräte lagern haben, diese zum Verkauf zu bringen haben, auf 4 Stunden für den Tag bemessen, während ursprünglich 3 und zuletzt 2 Stunden für diesen Verkauf vorgeschrieben waren. — Durch diese Verordnung wird für die Bevölkerung der Bezug von Feuerungsmaterial ab Lager wesentlich erleichtert. — Dem Kriegsverorgungsamt ist es nicht möglich, vielfach an ihn herangetretenen Wünschen zu entsprechen, den Lagerverkauf auf noch mehr Stunden zu erweitern, denn es entstand dann die ernste Gefahr, daß eine Belieferung der unbedingt im öffentlichen Interesse zu beliefernden Betriebe, der Wägereien usw., den Kohlenhändlern nicht möglich sein würde.

Die zweite wesentliche Neuerung, die die Verordnung bringt, ist die, daß für die Folge Lieferungen ins Haus durch die Kohlenhändler für Häuser, die vorwiegend oder ausschließlich Wohnzwecken dienen, nur noch gemacht werden dürfen mit ausdrücklicher Genehmigung und nach Prüfung der Angemessenheit durch das Kriegsverorgungsamt. Infolgedessen müssen für die Folge alle jene, die für ihre Wohnung Feuerungsmaterial ins Haus geliefert wünschen, den auf den Polizeiwachen erhältlichen Vordruck ausfüllen und durch die Kohlenhändler beim Kriegsverorgungsamt einreichen.

Das Kriegsverorgungsamt war sich darüber klar, daß für weite Kreise unserer Bevölkerung diese Neuregelung große Unbequemlichkeiten nach sich führen wird. In einer Zeit aber, in der es Tausenden aus unserer Bevölkerung leider nicht möglich ist, die geringe auf Melbeschein abzugebende Menge Feuerungsmaterial zu erhalten, da andauernd die Zufuhren nach Hamburg gering geblieben und die in Hamburg lagernden Vorräte fast gänzlich erschöpft sind, mußte das Kriegsverorgungsamt eine wirksame Kontrolle dagegen schaffen, daß für die Folge nicht einzelne in der Bevölkerung übermäßig große Mengen noch erhalten. — Eine Aufhebung der einschränkenden Bestimmung wird erfolgen, sobald die Zufuhren an Feuerungsmaterial nach Hamburg wieder größer werden. Nach den heute vorliegenden Erklärungen der zuständigen Stelle ist zu hoffen, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr fern ist.

Die vorgeschriebenen Vordrucke sind noch nicht fertiggestellt, sie werden erst in den nächsten Tagen in den Polizeiwachen erhältlich sein. Bis dahin darf eine Lieferung ins Haus für Häuser, die ausschließlich oder vorwiegend Wohnzwecken dienen, nicht erfolgen.

Kartoffeln auf Zusatzkarten dürfen nicht verweigert werden.

Das Hamburgische Kriegsverorgungsamt schreibt uns:

Wie wir hören, weigern sich einige Händler, Kartoffeln auf Zusatzkarten zu verkaufen. Diese Weigerung ist unberechtigt. Jeder Verbraucher kann bei dem Händler, bei dem er als Kunde eingetragen ist, die ihm auf die Zusatzkarten zukommenden Kartoffeln erhalten. In den an die Händler gelieferten Mengen sind die auf die Zusatzkarten zu verabfolgenden Mengen mitberücksichtigt. Sollte ein Händler nicht alle seine Kunden befriedigen können, so muß er sofort unter Vorlage der von ihm eingenommenen Abschnitte der Kartoffel- und Zusatzkarten die Erhöhung seines Kontingents beantragen.

Äpfel nicht mehr vorhanden.

Aus wiederholten Zuschriften hat das Kriegsverorgungsamt ersehen, daß in der Bevölkerung die Ansicht vertreten ist, das Hamburgische Kriegsverorgungsamt besitze noch große Mengen von Äpfeln, die beschlagnahmt und enteignet worden sind. Diese Annahme ist irrig. Es konnten insgesamt nur etwa 5000 Zentner Äpfel beschlagnahmt und enteignet werden. Diese Äpfel sind im Laufe des Winters teils durch einzelne Verkaufsstellen zum Preise von 60 Pfg. für das Pfund an die Bevölkerung verteilt, teils zur Versorgung der Kriegsstücken und sonstigen gemeinnützigen Anstalten verwendet worden. Eine Abgabe der Äpfel an die Gesamtbevölkerung auf Warenbezugskarte war wegen der im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl außerordentlich geringen Menge nicht möglich. Aus dem gleichen Grunde war es auch unmöglich, sämtliche Kleinhändler an dem Verkauf zu beteiligen und auch nur annähernd den Bedarf der allgemeinen Bevölkerung zu befriedigen. Der Verkauf durch die Kleinhändler ist neuerdings ganz eingestellt, da nur noch ein geringer Rest vorhanden ist, der zur notwendigen Versorgung der Kriegsstücken und sonstigen gemeinnützigen Anstalten bis Ende dieses Monats verwendet wird.

* Ein teneres Rauchfleisch im Kaffeehause.
Im Café Rühn Hof, IX., Währingerstraße, hat sich vor kurzem eine jener Damen, die der Meinung sind, behördliche Verfügungen und Verbote hätten nur für die anderen, nicht aber für sie Gültigkeit, an einem Mittwoch Rauchfleisch verzehrt, das sie selbst mitgebracht hatte. Der Imbiss erwies sich als sehr kostspielig. Die Rauchfleischfreundin, Frau Dr. Jda Goldschläger, I., Belintagasse 9, wurde vom magistratischen Bezirksamte zu einer Geldstrafe von K. 1000 verurteilt.

9. III. 1917

Vom Volksernährungsamt.

Das Volksernährungsamt befaßt sich, wie uns mitgeteilt wird, mit einer Reihe wichtiger Fragen. Es schweben derzeit die Verhandlungen über die neue Festsetzung der Preise der einzelnen landwirtschaftlichen Produkte. Man will diese Preise in eine gewisse Relation zueinander bringen, um auf diese Weise Einfluß auf die Produktion der wichtigsten Artikel zu nehmen. Die Arbeiten dürften bald abgeschlossen werden, da man die Landwirte rechtzeitig von den neuen Preisen verständigen muß. — Das Ernährungsamt plant ferner eine großzügige Ausgestaltung der Aktion

zur Verwertung der Abfallstoffe, namentlich der Knochen. Diese Aktion soll auf die privaten Haushaltungen ausgedehnt werden. Man ist der Ansicht, daß man auf diese Weise große Mengen von Del und Kunstdünger gewinnen kann.

Aktuelle Ernährungsfragen.**Die Wege der Notstandsaktion.**

Die von der Regierung veröffentlichten Richtlinien der Notstandsaktion für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten überlassen es bekanntlich den einzelnen Statthaltereien und Landesregierungen, in ihrem eigenen Wirkungskreis jene Einrichtungen auszubauen oder zu treffen, die geeignet sind, der minderbemittelten Bevölkerung bessere Ernährungsmöglichkeiten zu bieten. Die hinsichtlich ihrer landwirtschaftlichen Produktion aktiven Länder werden es naturgemäß leichter haben, dieses Problem zu lösen, als jene Kronländer, die auf die Zufuhr von Agrarprodukten angewiesen sind.

Nach sachmännischen Beurteilungen würden für die Stadt Wien allein monatlich 12.000 Stück Rinder benötigt werden, sollte der Fleischbedarf der minderbemittelten Schichten halbwegs gedeckt werden können. Die Regierung hat daher auch die Absicht, andere Artikel, wie Gemüse, Käse, Geflügel, Eier u. dgl., für die Zwecke der Volksernährung in stärkerem Maße heranzuziehen. Wenn auch durch reichlichere Zufuhren von russisch-polnischen Gänsen und von serbischen Geflügelarten ein Großteil des für die Aktion benötigten Geflügelbedarfes gedeckt werden kann, so wird man nichtsdestoweniger aber auch nicht auf ungarische Geflügelzufuhren für diesen Zweck verzichten können. Es ist auch fraglich, ob die österreichische Eierproduktion allein imstande wäre, die zur Durchführung der Auspeisung der minderbemittelten Bevölkerung in Wien benötigten Eier aufzubringen. Ebenso wird es nicht so einfach sein, die nötigen Speisefettmengen für diesen Bedarf sicherzustellen, es sei denn, daß die vom Volksernährungsamt angeordnete Aufbringung der inländischen Fettstoffe mit aller Energie betrieben wird.

Nebenfalls wird der Statthaltereien und der Wiener Gemeindevertretung die Durchführung der Notstandsaktion keinesfalls allzu leicht werden.

Die Regelung der Kartoffelfrage.

Die von der Regierung angeordnete Erhöhung des Kartoffelpreises wird sicherlich die noch verfügbaren Kartoffelbestände an das Tageslicht der Märkte bringen. Der für die Kartoffeln festgesetzte Meterzentnerpreis von 15 Kronen ist entschieden derart bemessen, daß er den Landwirten auch einen Anreiz zum stärkeren Kartoffelanbau bieten wird. In ihrer gestrigen Sitzung hat sich auch die Handelspolitische Kommission mit der Kartoffelfrage eingehend beschäftigt.

Der Referent Kammersekretär Dr. Ziegler trat für die Festsetzung eines Herbst- und Frühjahrspreises für Kartoffeln ein. Im Interesse einer besseren Beschickung der Märkte sprach er sich auch dafür aus, daß den kleineren Kartoffelbauern ein Verfügungsrecht über bestimmte Mengen der in staatlicher Bewirtschaftung verbleibenden Kartoffeln zu belassen wäre; den Großgrundbesitzern sollte ein ähnliches Verfügungsrecht aber erst dann eingeräumt werden, wenn sie die Hälfte des Kartoffelernteertrages an die Zentrale abgeliefert hätten. Ferner hätte die Kartoffelzentrale rechtzeitig den Kartoffelbedarf des Militärs und der öffentlichen Anstalten festzustellen. Endlich wäre es auch in Erwägung zu ziehen, ob sich nicht auch die größeren Städte und Industriezentren ihren Kartoffelbedarf im Wege von Lieferungsverträgen mit landwirtschaftlichen Korporationen, ähnlich wie dies in Deutschland diskutiert wurde, sicherstellen sollen. Endlich möge auch der Preis für Frühkartoffeln derart festgesetzt werden, daß die Bauern nicht wie im Vorjahre heranreisende Spätkartoffeln aus der Erde nahmen, um sie noch als Frühkartoffeln zu verkaufen.

Der Präsident der Futtermittelzentrale Kammererrat Frh. Mendl, der in erster Linie die schwierigen Transportverhältnisse streifte, trat für eine lückenlose Bewirtschaftung der Kartoffeln und auch dafür ein, daß die Kartoffelpreise so festzusetzen wären, daß weder die Landwirte ein Interesse an deren Verfüterung noch aber die Industrie ein solches an ihrer Verarbeitung hätte; nur so werde es gelingen, die gesamte Kartoffelernte für die menschliche Ernährung sicherzustellen. Redner verlangte auch, daß das Einmieten der Kartoffeln lediglich durch sachkundige Personen besorgt werde. Kartoffelgroßhändler Schmid und Kommerzialrat Partik traten für die Freigabe des Kartoffel-

Der erstere bemerkte, daß infolge der

Frau Fr. v. Marcus, die namens der „Kohö“ an der Versammlung teilnahm, lehnte sich gegen die Verarbeitung der Kartoffeln in Brennereien. Eine andere Rednerin empfahl, nicht nur den Kartoffel-, sondern auch den gesamten Lebensmittelhandel unter das Kriegsdienstleistungsgesetz zu stellen. Dagegen lehnte sich B. ab.

Die Beratung der brennenden Frage der Gemüservversorgung Wiens verschob die Handelspolitische Kommission auf ihre nächste Sitzung.

9. III. 1917

64

Preispolitik.

Der Plan der Regierung, der auf eine verbesserte Ernährung der unbemittelten städtischen Volksschichten abzielt, ist selbstverständlich aufs wärmste zu begrüßen. Ehe aber der Plan zur Ausführung gelangt, muß sorgfältig erwogen werden, ob die bisher bekannt gewordenen Detailvorschläge auch wirklich geeignet sind, die Erreichung des angestrebten volksfreundlichen Zieles zu sichern. Es besteht, wie man hört, die Absicht, den unbemittelten Schichten als Ersatz für andere knapp gewordene Nahrungsmittel vor allem billiges Fleisch zu bieten; die Differenz zwischen den höheren Anschaffungskosten und dem niedrigen Verkaufspreis dieses Fleisches wäre aus Staatsmitteln zu decken. Wie niedrig der Verkaufspreis angesetzt werden soll, darüber fehlen vorläufig bestimmte Angaben. Es ist aber die Frage, ob der Preis — selbst die weitestgehende Liberalität des Finanzministers vorausgesetzt — so tief hinuntergehen kann, um wirklich aus dem Rindfleisch ein Volksnahrungsmittel zu machen. Das ist es bei uns zu Lande nie gewesen, auch nicht zu den Preisen der Friedenszeit. Der Rindfleischkonsum der unteren Schichten war in Oesterreich immer ein geringer, Fleisch war ihnen mehr Sonn- und Feiertagsgenuß, während ihre Werktagsnahrung in billigen, aber quantitativ ausgiebigen Lebensmitteln bestand: Brot, Kartoffeln, wohlfeile Gemüse, mindere Wurstsorten, dazu ein entbrechender Zusatz von Fett und Eiern.

Diese Verbilligung kann aber nicht durch eine Sonderbegünstigung, sondern nur durch eine allgemeine Herabsetzung der Viehpreise geschehen. Der längst ersehnte Abbau der Viehpreise — der bisher trotz ausreichend vorhandenen Vorrates an schlachtreifem Vieh nicht zu erreichen war — würde nicht nur die Ernährung der Mittelschichten, sondern die allgemeine Volksernährung wesentlich verbessern. Denn erstens würde ein Quantum vegetabilischer Nahrungsmittel, das bisher den städtischen Mittelschichten als Fleischersatz dienen mußte, für die unteren Schichten frei werden, und zweitens — was das Wichtigste ist: die sündhafte Verfütterung von Getreide und Kartoffeln an das Vieh würde aufhören, die spekulative Bevorzugung der Viehzucht und des Futteranbaues auf Kosten des Getreideanbaues würde schwinden, sobald die Verlockung der maßlos emporgetriebenen Viehpreise wegfiele! Die richtige Preisrelation zwischen den verschiedenen Nahrungsmitteln, besonders zwischen Korn und Fleisch, ist die Hauptsache, und wenn unser Volksernährungsamt in diesem Punkt endlich Wandel schafft, wird es auch einer richtigen Produktionspolitik die Wege ebnen. Damit wäre dem Volkwohl besser gedient als mit den größten staatsfinanziellen Aufwendungen zur billigen Fleischbeschaffung für Unbemittelte. Wenn das Fleisch, das den städti-

schen Unterschichten billig geliefert werden soll, den Agrariern teuer abgekauft wird, so wird damit der Abbau der Viehpreise, das nächste Ziel einer rationellen Preispolitik, nur wieder in weitere Ferne gerückt. Wir würden der Landwirtschaft die reichlichsten Zuwendungen aus dem Staatsäckel gönnen, wenn diese dem Zweck dienen, die Produktion vegetabilischer Volksnahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen zu fördern. Für die Mehrung unserer Getreide- und Kartoffelernte schiene uns kein Opfer zu groß. Aber die einseitige Begünstigung einer spekulativen Viehzucht durch die dauernde Festlegung hoher Viehpreise wäre eine verkehrte Produktions- und Preispolitik. Wenn die allgemeine Herabsetzung der Fleischpreise den bürgerlichen Schichten die Rückkehr zu ihren alten Ernährungsgewohnheiten halbwegs ermöglichte, und wenn die Vermehrung und Verbilligung der vegetabilischen Nahrungsmittel den Schichten, die vor allem auf quantitative Magenfüllung sehen, den gleichen Dienst erwiese, dann wäre allen geholfen, soweit sich eben zur Kriegszeit helfen läßt.

9. III. 1917

66

Die Versorgung mit Lebensmitteln.**Reichseinwirkung auf Absenkung von Fleisch- und Brotpreisen.**

Bei den Plänen einer einheitlichen Preisgestaltung für das nächste Wirtschaftsjahr ist ebenso lebhaft die Hoffnung des Kriegsernährungsamts zum Ausdruck gekommen, daß die Brotpreise der Hebung der Roggenpreise nicht zu folgen brauchen, wie die Befürchtung der Reichstagsparteien, daß die geplante Senkung der Schlachtviehpreise auf die Fleischpreise keinen Eindruck machen würde. Indes ist seitens der Kriegswirtschaftsbehörden offenbar eine planmäßige Einwirkung vorgesehen. Die Reichsfleischstelle teilt mit, daß sie eine eigne Abteilung für Preisprüfung eingerichtet habe, die sowohl die Viechandelspreise wie die Kleinhandelszuschläge für Fleisch zu prüfen und zu senken bestrebt sei. Ähnlich hat das Kriegsernährungsamt schon vor einiger Zeit eine Umfrage über Getreide- und Brotpreise und städtische Brotpreisbemessung in verwandter Absicht gehalten. Indes darf man nach gelegentlichen Erklärungen des Präsidenten des Kriegsernährungsamts und nach den Ausführungen der Reichsfleischstelle annehmen, daß von Reichs wegen kein befehlendes, schablonenmäßiges Eingreifen in den kommunalen Bereich der Preisfestsetzung von Fleisch und Brot geplant ist. Vielmehr wird die Einwirkung so zu denken sein, daß von Stadt zu Stadt die günstigsten Beispiele und Erfahrungen mit geringen Preisspannen und ihre Bewährung erfragt und festgestellt werden, daß dann das Vorbild der betreffenden Städte allen andern Städten mit verwandter Wirtschafts- und Bevölkerungszusammensetzung

zur Beachtung dringend empfohlen und als durchführbar gezeigt wird. Die jetzt bestehenden recht großen und schwer erklärlichen Unterschiede in der Zuschlagsbemessung lassen für die Mehrzahl der Kommunen eine günstigere Preisgestaltung als denkbar erscheinen.

Beschlagnahmte Lebensmittel.

Aus Salzburg wird dem „L. B.“ vom 8. d. telephoniert: In den letzten Tagen wurden am Bahnhof von Golling 16 Kisten mit Lebensmitteln beschlagnahmt. Sie wurden anlässlich einer Uebersiedlung von Abtenau nach Salzburg nach Golling gebracht, und da es an Fuhrwerk mangelte, einstweilen im Magazin des Bahnhofes in Golling aufbewahrt. Dem Magazineur erschien die Schwere der Kisten verdächtig. Er verständigte den Stationsvorstand, der eine der Kisten öffnen ließ. Es stellte sich heraus, daß alle Kisten vollauf mit Lebensmitteln, wie Kaffee, Mehl, Zucker usw. gefüllt waren. Der Tatbestand wurde zur Anzeige gebracht und die Lebensmittel beschlagnahmt. Ob dieselben von einer großen Hamsterei oder von einem größeren Diebstahl herrühren, ist noch nicht festgestellt.

10. II. 1917

66

Ernährungsfragen.

Aussagen des Generalmajors Höfer.

Minister für Volksernährung.

Wien, 9. März.

Der Minister für Volksernährung Generalmajor Höfer äußerte sich in einem Gespräche mit einem Vertreter unserer Redaktion über die aktuellen Fragen und die kommenden Probleme der Ernährung wie folgt:

„Die Ernährungsaktion der Regierung darf nicht dahin aufgefaßt werden, daß es sich einzig und allein darum handelt, den durch den Krieg notleidend Gewordenen gerade Fleisch zu billigeren Preisen und in ausreichender Weise zur Verfügung zu stellen, sondern das Bestreben der leitenden Kreise geht dahin, der Bevölkerung, die durch ausreichende Nahrung bei Kräften erhalten werden soll, hochwertige Nahrungsmittel, die nicht durch Kontingentierung bereits festgelegt sind, zu solchen Preisen zur Verfügung zu stellen, daß den breiten Massen die Ernährung erleichtert und verbessert wird.

Die Regierungsaktion erstreckt sich deshalb zuerst auf das Fleisch, weil es momentan leichter als andere Nahrungsmittel greifbar ist, weil die Mengen, deren man zu einer so großzügig angelegten Aktion bedarf, durch die Amtsvorgänge verhältnismäßig leichter als andere Nahrungsmittel sicherzustellen sind und weil wir für die Bevölkerung so wünschenswerten Abgabe von billigem Fleisch noch eine andere Aktion fördern, die Hintanhaltung der Verfütterung von Körnerfrucht, aber zugleich die Vergrößerung der Anbaufläche. Wir haben einen reichen Stand von Jungvieh, das wir für die Verabreichung von verbilligter Fleischmahlung in erster Linie in Betracht ziehen; denn wir wollen das starke Vieh schonen, um unseren Viehstand nicht zu schmälern. Die Schlachtung von Vieh in größeren Mengen durch amtlich kontrollierte Organe wird einen meiner Lieblingswünsche, die richtige Verwertung der Knochen, ermöglichen. Die Schonung der Körnerfrucht durch systematische, zielbewusste Abschichtung des Jungviehs wird zur Folge haben, daß mehr Edelmehl bei der Vermahlung gewonnen wird und daß auch die Anbaufläche für Grünfutter geringer wird. Es ist Sache des Ackerbauministeriums, darüber Klarheit zu schaffen, wieviel Fleisch und in welcher Gewichtszahl wir aufzubringen vermögen. Denn die Masse des schlachtreifen Viehs ist durchaus nicht leicht zu erfassen; da spielen Transport Schwierigkeiten eine große Rolle, die Aufbringung geht unter erschwerten Verhältnissen vor sich. Daher wird auch die Veräußerung von Fleisch zu billigen Preisen — die derart gedacht ist, daß der Konsument ein Drittel, die Regierung zwei Drittel der Gesteungskosten trägt — nicht von Woche zu Woche in gleichmäßigen Quantitäten, sondern nach Maßgabe der einkaufenden Schlachtungsergebnisse und unter Zugrundelegung der momentanen Bedürfnisse vor sich gehen.

Es ist klar, daß die Portionen rationiert werden müssen und daß von Amts wegen Vorsorge getroffen wird, daß nur jene Personen mit dem verbilligten Fleisch versorgt werden, die materiell allein nicht imstande sind, sich Fleisch-

nahrung zu erlauben. Zweck der Ernährungsaktion ist ferner, nebst oder statt Fleisch auch andere hochwertige Nahrungsmittel in die Hilfsaktion einzuschließen. Selbstverständlich kann es sich aber nur um solche Lebensmittel handeln, die nicht durch Kontingentierung bereits ihre Bestimmung erhalten haben. So werden der Bevölkerung in manchen Wochen Käse, Eier, auch Gemüse zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden, um einen Einklang und einen Ausgleich in der Ernährung zu schaffen. Gerade die nicht rationierten Lebensmittel waren bisher hauptsächlich den wirtschaftlich starken oder doch immerhin stärkeren Kreisen vorbehalten, die auf den Heller nicht zu schauen brauchen und die Höchstpreisverordnungen leicht umgehen können. Durch die Maßregeln der Regierung aber werden die Notleidenden auch in dieser Beziehung den Wohlhabenden gleichgestellt.

Es muß aber auch dem uferlosen Genuß von Fleisch, dem Schwelgen mancher Kreise in Fleisch und Fleischderivaten ein Ziel gesetzt werden, damit nicht etwa eine Schmälerung unseres Viehstandes herbeigeführt werde, damit auch ein proportionales Verhältnis in die Ernährung der einzelnen Bevölkerungsschichten gebracht werde.

Zu diesem Behufe werden bereits seit Wochen Erhebungen gepflogen, welche die Einführung der Fleischkarte zum Endzweck haben. Die Fleischportionen müssen rationiert werden, wobei ich aber keineswegs an eine Fleischkarte mit so geringem Gewichtsmaßstäbe denke, daß der Fleischgenuß zur Fiktion wird. Im Gegenteil, ich beabsichtige nach Erledigung aller Vorarbeiten und Feststellung aller Bestände die Einführung einer Fleischkarte, die allen Schichten — sei es durch Beschaffung von Fleisch zu den jetzt üblichen Preisen in den wohlhabenden Bevölkerungskreisen oder durch verbilligte Fleischverabreichung für die durch den Krieg notleidend Gewordenen dank der Aktion der Regierung — jenes Maß von Fleischgenuß sichern soll, das für die gesunde und kräftige Ernährung der Bevölkerung von Wichtigkeit ist und mir unerlässlich erscheint.

Wir können an die Einführung einer Fleischkarte mit Beruhigung schreiten, denn wir haben einen reichen Viehstand. Und nur jene Nahrungsmittel können wir dosieren und den Anspruch der Bevölkerung darauf durch Verausgabe einer Lebensmittelkarte behördlich sanktionieren, deren genügendes Vorhandensein die Verausgabe der Karte rechtfertigt.

Deshalb können wir vorderhand nicht an die Ausgabe von Kartoffelkarten denken, so notwendig sie auch wäre. Wir setzen aber alles daran und bereiten rechtzeitig jene Maßnahmen vor, die uns die Einführung der Kartoffelkarte nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse der neuen Ernte erlauben werden. Wir wollen dann — das ist allerdings noch Zukunftsmusik — die Kartoffeln wie Brot und Mehl rayonieren und sie wie alle kontingentierten Lebensmittel in den Detailgeschäften zum Verkaufe bringen. Doch wäre es mein großer Wunsch, die Bezüge abzustufen, um allen Schichten den im Frieden gewohnten Genuß zu gewährleisten. Denn die Kartoffel ist nicht nur ein Nahrungsmittel der Armen, sondern sie ist der Speisefolge aller Kreise als notwendiger Bestandteil einverleibt.

10. III. 1917

47

Konstituierung des österreichischen Ernährungsrates.

Wien, 9. März.

Der Ernährungsrat, der als Vermittlungsorgan zwischen dem Amte für Volksernährung und der Bevölkerung dient, wird in der nächsten Zeit einberufen werden. Der Ernährungsrat besteht statutengemäß aus sachkundigen, mit den besonderen Verhältnissen des wirtschaftlichen Lebens in den einzelnen österreichischen Ländern vertrauten Personen, die von dem mit der Leitung des Amtes für Volksernährung betrauten Minister ernannt werden. Der Präsident wird vom Kaiser ernannt; drei Vizepräsidenten wählt der Ernährungsrat aus seiner Mitte. In den Beratungen, die nicht öffentlich sind, können die Mitglieder des Direktoriums des Volksernährungsamtes, dann Regierungsvertreter sowie Vertreter der kriegswirtschaftlichen Zentralen und sonstige Sachleute, die nach Bedarf herangezogen werden sollen, teilnehmen.

Der Ernährungsrat tritt an die Stelle des bisherigen Approuvisionierungsbeirates des Ministeriums des Innern sowie der Beiräte der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und des Ackerbauministeriums für Futtermittelversorgung.

Der Kaiser hat zum Präsidenten des Ernährungsrates den Landtagsabgeordneten Dr. Johann Grafen Parisch v. Moenich, den bisherigen Präsidenten des Approuvisionierungsbeirates, ernannt. Vom Minister Generalmajor Höfer wurden 88 Persönlichkeiten in den Ernährungsrat berufen, und zwar neben Mitgliedern der bisherigen Beiräte für die Lebens- und Futtermittelversorgung vor allem neue Vertreter der Konsumentenkreise. Besonders bemerkenswert ist, daß in den Ernährungsrat auch Frauen berufen wurden, die sich bereits an der Spitze größerer Organisationen bewährt haben.

Pläne des Ernährungsministers.Fleischkarte — Kartoffelkarte —
Lebensmittellkarte.

In der „N. F. Pr.“ äußert sich Minister Generalmajor Höfer über seine Absichten hinsichtlich der Organisation der Volksernährung u. a. wie folgt:

Die Regierungsaktion erstreckt sich deshalb zuerst auf das Fleisch, weil es momentan leichter als andere Nahrungsmittel greifbar ist, weil die Mengen, deren man zu einer so großzügig angelegten Aktion bedarf, durch die Amtorgane verhältnismäßig leichter als andere Nahrungsmittel sicherzustellen sind und weil wir mit der für die Bevölkerung so wünschenswerten Abgabe von billigem Fleisch noch eine andere Aktion fördern, die Hintanhaltung der Verfütterung von Körnerfrucht, aber zugleich die Vergrößerung der Anbaufläche. Wir haben einen reichen Stand von Jungvieh; wir wollen das starke Vieh schonen. Die Schlachtung von Vieh in größeren Mengen durch amtlich kontrollierte Organe wird einen meiner Lieblingswünsche, die richtige Verwertung der Knochen, ermöglichen. Es ist klar, daß die Portionen rationiert werden müssen und daß von Amts wegen Vorsorge getroffen wird, daß nur jene Personen mit dem verbilligten Fleisch versorgt werden, die materiell allein nicht imstande sind, sich Fleischnahrung zu erlauben. Zweck der Ernährungsaktion ist ferner, nebst oder statt Fleisch auch andere hochwertige Nahrungsmittel in die Hilfsaktion einzuschließen. So werden der Bevölkerung in manchen Wochen Käse, Eier, auch Gemüse zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Es muß aber auch dem uferlosen Genuß von Fleisch, dem Schwelgen mancher Kreise in Fleisch und Fleischderivaten ein Ziel gesetzt werden, damit nicht etwa eine Schmälerung unseres Viehstandes herbeigeführt werde. Zu diesem Behufe werden bereits seit Wochen Erhebungen gepflogen, welche die Einführung der Fleischkarte zum Endzweck haben, die allen Schichten jenes Maß von Fleischgenuß sichern soll, das für die gesunde und kräftige Ernährung der Bevölkerung von Wichtigkeit ist. Wir setzen aber alles daran und bereiten rechtzeitig jene Maßnahmen vor, die uns die Einführung der Kartoffelkarte nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse der neuen Ernte erlauben werden. Wir wollen dann die Kartoffeln wie Brot und Mehl rationieren und sie wie alle kontingentierte Lebensmittel in den Detailgeschäften zum Verkaufe bringen. Doch wäre es mein großer Wunsch, die Bezüge abzustufen, um allen Schichten den im Frieden gewohnten Genuß zu gewährleisten.

Das Ideal wäre für mich die Einführung einer variablen Lebensmittellkarte, die demjenigen, der geringere Quantitäten von einem der kontingentierten Lebensmittel beansprucht, größere Mengen eines anderen rationierten oder kontingentierten Nahrungsmittels gestattet, so daß tatsächlich alle Bevölkerungskreise nach ihrem im Frieden gepflogenen Lebensgewohnheiten zu ihrem Rechte gelangen und daß ihnen trotzdem gleichmäßig eine gute, ausgiebige Nahrung nach individuellen Wünschen ermöglicht wird. Dazu werden wir aber erst dann imstande sein, wenn der neue Anbau, den wir nach neuen Gesichtspunkten leiten wollen, eine genügende Menge von Nahrungsmitteln zur Verfügung stellt, die ein Eingehen auf die Spezialwünsche und Bedürfnisse der verschiedenen Berufskreise gestattet.

Von ganz besonderer Wichtigkeit erscheint mir die ausgiebige Verwertung der tierischen Knochen und Küchenabfälle.

Es darf hier wohl daran erinnert werden, daß der Gedanke, durch Einführung einer Lebensmittellkarte für eine gleichmäßige, zweckentsprechende und möglichst wahlfreie Verteilung der verfügbaren Lebensmittel zu sorgen, zuerst in der „Reichspost“, und zwar schon in den ersten Kriegsmonaten, vertreten und später wiederholt empfohlen und an dem Triester Beispiel, das den Gedanken bei laufig verwirklicht, erläutert wurde. Angeregt wurde darnach die Bezugs- bzw. Verbrauchsberechtigung einer bestimmten Gewichtsmenge von Lebensmitteln innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (z. B. einer Woche); innerhalb dieser Gewichtsgrenze sollte jedermann die möglichst freie Auswahl je nach Geschmack, finanzieller Leistungsfähigkeit usw. gewahrt bleiben; bestimmte, für alle unentbehrliche Nahrungsmittel hätten sich auch in diesem Rahmen rationieren oder ihr Verbrauch doch so regeln lassen, daß jedermann ein Mindestmaß sichergestellt worden wäre. Die freie Auswahl in Verbindung mit der Gewichtsgrenze hätte nicht nur der Verschwendung von Lebensmitteln vorgebeugt, sondern auch eine gerechtere Verteilung auf Wohlhabende und Minderbemittelte automatisch bewirkt. Ob jetzt, da zweieinhalbjährige Koronastärke und Verschwendung bereits ihre Wirkung getan und an allem Knappheit herrscht, die Lebensmittellkarte noch wenigstens teilweise ihren Zweck zu erfüllen vermag, bleibt abzuwarten. Mit halbleeren Vorratskammern ist schwerer zu wirtschaften als mit vollen. Und wir hatten einst volle . . .

Zur Errichtung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses.

Dank der Arbeiterchaft für das Eingreifendes Kaisers.

Zu der über Initiative des Kaisers erfolgten Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses, wodurch der Forderung nach Behandlung der Gesamtmonarchie als einheitliches Kriegswirtschaftsgebiet wenigstens in einem beschränkten Maße Rechnung getragen wird, schreibt die heute erschienene Nr. 10 der „Christl. Arbeiterztg.“ unter Hinweis auf die von der christlichsozialen Arbeiterchaft in dieser Sache gefaßten Beschlüsse und unternommenen Schritte sowie auf die Hindernisse, die der publizistischen Vertretung des nun über Initiative des Kaisers verwirklichten Gedankens von der Zensur bereitet worden sind, folgendes:

„Die Nachricht hat in der breitesten Öffentlichkeit die denkbar freudigste Aufnahme gefunden, sie wirkte wie eine Erlösung aus tiefster Hoffnungslosigkeit. Was der Kaiser durch die Bildung des gemeinsamen Ernährungsausschusses geschaffen, das ist die allerhöchste Anerkennung eines Gedankens, der in diesem Kriege immer wieder die Bevölkerung bewegt und den sie erst aufgab, als es klar zu sein schien, daß er keine Verwirklichung finden werde. Der gemeinsame Ernährungsausschuß mit seiner Bestimmung, ein (orientierendes und vermittelndes Organ) zu sein, ist gewiß nicht die Monarchie als gemeinsames Ernährungsgebiet, nicht die letzte Konsequenz der durch den Krieg diktierten Ernährungspolitik. Wohl aber ist der gemeinsame Ernährungsausschuß mehr als ein erster Schritt diesem Ziele entgegen, er ist der Weg an dessen Ende nur dieses und kein anderes Ziel liegt. Müssen sich einmal die Vertreter des Ernährungsdienstes beider Länder an einem Tisch sehen, kommen sie so zur Aussprache und — was noch mehr bedeutet — zum Einblick und zur Erkenntnis der beiderseitigen Schwierigkeiten, dann ist dies allein schon ein überaus wertvoller Erfolg, der sich nur in Entscheidungen umsetzen kann, die der gemeinsamen Sache zum Segen gereichen. . . Heute, nach zwei Jahren des Kampfes und der schmerzlichsten Erfahrungen freuen wir uns des Erfolges und danken es dem Kaiser innig und warm, daß der gordische Knoten durch die Schaffung des gemeinsamen Ernährungsausschusses durchhauen wurde; möge der Segen dieser Tat bald in Erscheinung treten!“

Der Ernährungsrat.

Präsident: Dr. Graf Johann Parisch von Mönich.

Amtlich wird verlautbart:

Der Ernährungsrat, der als Vermittlungsorgan zwischen dem Amt für Volksernährung und der Bevölkerung dient, wird in der nächsten Zeit einberufen werden. Der Ernährungsrat besteht statutengemäß aus sachkundigen, mit den besonderen Verhältnissen des wirtschaftlichen Lebens in den einzelnen österreichischen Ländern vertrauten Personen, die von dem mit der Leitung des Amtes für Volksernährung betrauten Minister ernannt werden.

Der Präsident wird vom Kaiser ernannt; drei Vizepräsidenten wählt der Ernährungsrat aus seiner Mitte. An den Beratungen, die nicht öffentlich sind, können die Mitglieder des Direktoriums des Volksernährungsamtes, dann Regierungsvertreter sowie Vertreter der kriegswirtschaftlichen Zentralen und sonstige Fachleute, die nach Bedarf herangezogen werden sollen, teilnehmen.

Der Ernährungsrat tritt an die Stelle des bisherigen Approvisionierungsbeirates des Ministeriums des Innern sowie der Beiräte der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und des Ackerbauministeriums für Futtermittelversorgung. Für besondere Agenden sind fünf Sachausschüsse mit je 14 Mitgliedern vorgesehen, und zwar einer für Getreide, Kartoffeln und die sonstigen für die menschliche Ernährung dienenden Produkte, ein Ausschuss für Futtermittel, ein solcher für Vieh und tierische Produkte, ferner ein Ausschuss für die Ein- und Ausfuhr von Nahrungsmitteln und schließlich ein solcher für die Lebensmittelindustrien.

Der Ernährungsrat ist vor große Aufgaben gestellt, denn er wird nicht nur über die Versorgungsprobleme der Gegenwart und der nahen Zukunft zu beraten, sondern auch die Vorbereitungen für das nächste Erntejahr in Angriff zu nehmen haben. Dies soll schon jetzt geschehen, damit wir auch im kommenden Wirtschaftsjahr in der Lebensmittelversorgung vollkommen gelöst dastehen. Hieran sollen die Vertreter aller Bevölkerungskreise im Ernährungsrat mitarbeiten; das ist der Zweck und die Aufgabe des Ernährungsrates.

Der Kaiser hat zum Präsidenten des Ernährungsrates den Landtagsabgeordneten Doktor Johann Grafen Parisch v. Mönich, den bisherigen Präsidenten des Approvisionierungsbeirates, ernannt.

Vom Minister Generalmajor Söfer wurden 88 Persönlichkeiten in den Ernährungsrat berufen, und zwar neben Mitgliedern der bisherigen Beiräte für die Lebens- und Futtermittelversorgung vor allem neue Vertreter der Konsumentenkreise. Besonders bemerkt sei, daß in den Ernährungsrat auch Frauen berufen wurden, die sich bereits an der Spitze größerer Organisationen bewährt haben.

11. III. 1917

50

Günstige Ausblicke

(Von unierem Korrespondenten)

nk. Wien, 5. März 1917.

Der 2. März war ereignisreich. Am Vormittag fand beim Ministerpräsidenten Clam-Martinic eine Besprechung der von der Regierung geplanten großzügigen Hilfsaktion zur Erleichterung der Lebensführung der mindestbemittelten Volksschichten statt, der auch die Minister Dr. Baernreither, Generalmajor Höfer, von Spiz Müller und Freiherr von Georgi beiwohnten. Der Ministerpräsident betonte eine Tatsache, die ich an dieser Stelle schon oft hervorgehoben habe: Es läßt sich nicht leugnen, daß weite Schichten der Bevölkerung sehr schwer unter der Last der gegenwärtigen Verhältnisse leiden, daß aber auch andere nach wie vor im Ueberfluß leben. Es ist Aufgabe der Organisation und Pflicht der Regierung hier einzugreifen und zwischen Ueberfluß und Elend einen Ausgleich zu schaffen, denn wir leben heute gleichsam in einer Festung und müssen trachten durchzukommen. Wir werden aber durchkommen, wie der Ministerpräsident stolz und zuversichtlich zu verkünden in der Lage war, wenn auch für den einen oder andern noch schwerere Tage als bisher kommen mögen. Sehr richtig sprach der Ministerpräsident von zwei Arten von Elend, von jenem das durch zeit- und stellenweise eintretenden Mangel an Lebensmitteln entsteht und jenem weit bedenklicheren, wo zwar genügend Lebensmittel vorhanden sind, diese aber nur zu unerschwinglichen Preisen zu haben sind. Das erstere Elend ist gewissermaßen nur episodenhaft. Es ist häufig aus vorübergehenden Gründen höherer Notwendigkeit, wie Transport-schwierigkeiten, Wetter usw., unabwendbar. Das zweite Elend dagegen ist in jeder Hinsicht schwerer zu ertragen und weit gefährlicher, zumal an diesem vielfach nur gewissenlose, unmenschliche, alle höheren Pflichten vergessende selbstsüchtige Individuen schuld sind. Gegen die Preistreiber muß man unnachsichtlich vorgehen, und es ist daher sehr zu begrüßen, daß man kürzlich auch nicht davor zurückgeschreckt ist, einem bekannten Faiseur, dem Präsidenten der Allgemeinen Depositenbank, Dr. Josef Franz, gründlich das Handwerk zu legen und ihn unter Anklage zu stellen. Vielfach freilich sind die hohen Preise auch durch die bedeutenden Herstellungskosten erklärlich. Hier nun soll die Hilfsaktion der Regierung einsehen und es sollen durch Mittel, die der Staat zur Verfügung stellen müßte, die ärmsten Schichten der Bevölkerung in die Lage versetzt werden, die notwendigsten Lebensmittel zu halbwegs erschwinglichen Preisen kaufen zu können. Anschließend an diese Erörterungen entwickelte dann der Ministerpräsident das sozialpolitische Programm der Regierung, besprach die wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiete der Volkshygiene, der Jugendfürsorge, für welche die Kaiserin beispielgebend und begeisternd eintritt, sowie der Invalidenfürsorge. Das Resultat der Konferenz war, daß die Regierung unverweilt an die Landeschefs Weisungen erteilen wird, provisorische Maßnahmen zu treffen, während das Finanzministerium hierzu die notwendigen Geldmittel zur Verfügung stellen wird. Daß die Regierung nunmehr gesonnen ist, diesem Problem mit aller Energie gegenüberzutreten, gibt uns, zumal wenn wir an die reichen Schätze denken, die bei uns noch allenthalben „im Verborgenen stecken“ und an die weiteren, die uns die Donauschiffe, sobald das Eis geschmolzen sein wird, aus Rumänien herauszuschaffen werden, allen Grund, in dieser Hinsicht hoffnungsvoll in die Zukunft zu schauen.

Der gemeinsame Ernährungsausschuss.

Von Bartholomäus v. Szanyi,

Wirkl. Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Wenn auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung von einer zweckmäßigen und praktischen Verfügung überhaupt die Rede sein kann, so ist das ganz gewiß die Streitung einer gemeinsamen Ernährungscentrale. Schon vor Monaten, als nämlich die Errichtung des Central-Lebensmittelamtes in Angriff genommen wurde, haben wir darauf hingewiesen, daß die hochwichtige Frage der Lebensmittelvertheilung nur dann befriedigend gelöst wäre, wenn man auch eine solche Organisation ins Leben rufen würde, vermittels welcher die Befriedigung der Bedürfnisse der beiden Staaten der Monarchie und zugleich derjenigen des Heeres einheitlich erfolgen könnte. Die jüngst konstituirte gemeinsame Ernährungscommission hat die Aufgabe, in den Ernährungsverhältnissen der ganzen Monarchie Klarheit zu schaffen und auf eine gerechte und zweckentsprechende Vertheilung der verfügbaren Vorräthe zwischen Hinterland, der Steppe und der Front hinzuwirken. So ist denn nun die gewünschte Möglichkeit geboten, die dringenden Fragen des Nahrungswezens, hinsichtlich welcher die ungarische Regierung sowohl mit der österreichischen Regierung als auch mit den Militärbehörden auch bis jetzt langwierige Verhandlungen zu pflegen hatte, zukünftig in kurzem Wege zu erledigen.

Wie immer, wenn eine mehr oder weniger ungewohnte Regierungsmaßnahme getroffen wird, vernehmen wir auch diesmal — sowohl in Bezug auf die Entstehungsart als auch in Bezug auf das Wesen und den Wirkungskreis des gemeinsamen Ernährungsausschusses — die buntesten Bemerkungen und Einwendungen. Einer detaillirten Erörterung der in diesem Zusammenhange laut gewordenen staatsrechtlichen Bedenken fühlen wir uns enthoben: haben wir doch seinerzeit bereits nachgewiesen, daß es sich bei einer derartigen Kooperation, welche hier in Aussicht genommen wurde, um die Frage der praktischen Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit, nicht aber um eine Frage des Staatsrechts handelt. Wir leben jetzt in der Welt des Ausnahmestandes. Das höchste Ziel ist das Durchhalten im Kriege, um den Kampf ums Dasein zum siegreichen Ende zu bringen. Da heißt es, im Wege zweckentsprechender Organisation alle Kräfte zu verwerten, welche das auf dem Grundsatz des untheilbaren Besitzes und der gegenseitigen Vertheidigung beruhende Gefüge der Monarchie zusammenhält und welche außerdem das waffenbrüderliche Verhältniß zu den übrigen verbündeten Mächten bietet. Der Kräftekomplex besteht nicht bloß in der Waffentüchtigkeit des Heeres, sondern auch in der Fähigkeit der Bevölkerung, sowohl das Heer als auch sich selbst mit den nöthigen Lebensmitteln und sonstigen materiellen Bedürfnissen zu ver-

sehen und auf diese Weise die durch den Krieg und die lange Kriegsdauer aufgedrungene Nothlage, der Einheitlichkeit der Heeresaktion entsprechend, möglichst gleichmäßig zu überwinden. Und wenn es keinem Anstand unterliegt, ja sogar unumgänglich notwendig ist, die Heereskommandogewalt gegenüber den verschiedenen zusammengehörigen und verbündeten Streitkräften nach Maßgabe der praktischen Bedürfnisse zu konzentriren: so kann auch in der Hinsicht kein Hinderniß obwalten, daß auch mit den materiellen Kräften der zusammenwirkenden Theilnehmenden, insbesondere mit den Lebens- und sonstigen Nahrungsmitteln, ein Aehnliches geschehe. Immerhin haben wir es hier mit einer durch das Kriegsziel bedingten Ausnahmsverfügung zu thun, welche, sobald der Krieg beendet sein wird, außer Wirksamkeit tritt und für die Zukunft keine neue Gebundenheit und, speziell in Anbetracht des gegenseitigen Verhältnisses der beiden Staaten der Monarchie, keine neue gemeinsame Angelegenheit begründet.

Bei dieser Sachlage ist es belanglos, wer von den kompetenten Faktoren die Idee der hier besprochenen Kooperationsmodalität angeregt hat. Wir müssen annehmen — was übrigens auch kompetenterseits bestätigt wurde —, daß die Verfügung mit Beibehaltung der Formen der ministeriellen Verantwortlichkeit geschah; dies ist auch aus dem Umstand ersichtlich, daß in dem Ausschuss sowohl die ungarische Regierung, als auch das Central-Lebensmittelamt durch Delegirte vertreten ist. Im Uebrigen wird der Ausschuss weder entscheiden, noch aber irgendwelche Exekutivgewalt ausüben. Er soll bloß ein berathendes, konsultatives, mit einem Wort vorbereitendes Hilfsorgan sein. Aus dem Umstand, daß dieses Hilfsorgan angeblich zur unmittelbaren Disposition des Monarchen stehen wird, dürften keine nachtheiligen Folgerungen gezogen werden, weder in der Richtung, daß der Grundsatz, wonach sich der Monarch des Rathes seiner verantwortlichen Minister zu bedienen habe, durchbrochen, noch aber in der Hinsicht, daß ein autokratisches Entscheidungsrecht inaugurirt wurde; im Ausschuss sind ja doch — wie oben bemerkt — die Regierungen vertreten und ihre Einflußnahme auf die Arbeiten des Ausschusses und überdies ihre sonstige Meinungsäußerung ist durchaus nicht ausgeschlossen, was aber die Art der Entscheidung anbelangt, so wird diese in jeder Hinsicht in dem entsprechenden verfassungsmäßigen Rahmen vor sich gehen können, und zwar gegenüber einem jeden Staate der Monarchie in der Form von eigenen Verfügungen und gegenüber dem Heere im Wege der höchsten Kommandogewalt. In jedem Falle wird der Ausschuss den Kontakt und die Verständigung sämmtlicher mit Ernährungsfragen sich befassenden Faktoren erleichtern und die Mißverständnisse und Reibungen vermindern, welche bei der bisherigen Behandlungsweise unvermeidlich waren.

Die Angst vor dem Appetit.

Einst hatten wir große Sorge um unseren Appetit und noch mehr um den unserer Kinder. Wir gingen vor dem Nachtmahl schnell noch eine Stunde spazieren, nur um Appetit zu bekommen; wir fuhren aus dem gleichen Grunde Rad, wir schwammen und turnten, wir erlaubten den Kleinen sogar das Robeln trotz der nassen Füße, die sie sich dabei holten, bloß deshalb, weil sie aus der frischen Winterluft rote Backen und einen so wunderschönen Hunger mit nach Hause brachten. Die Sorge um die Eblust der Kinder ging so weit, daß man sie sogar durch die Aussetzung von Prämien reizte. „Geh' Wizzerl, schau, is noch das Stückl Schnitzel; wenn du es zusammenißt, kriegst du dann ein Riförzuckerl.“ Und die Wizzerl würgte das Fleisch der Lederei wegen hinunter. Ohne wirklichen Hunger. Die Mama gab ihr appetitanregende Tropfen und wartete ängstlich von einer Mahlzeit auf die andere, ob die Kleine etwas essen wird. Von dieser Sorge weiß man in den meisten Familien jetzt nichts mehr. Die Kinder sind wie ausgewechselt, und es gibt keines mehr, das keinen Appetit hat. Im Gegenteil, sie haben immer Hunger. Das Stück Brot ist ihnen zu klein, das Fleisch ist ihnen zu wenig, und sie raunzen, daß sie nur so selten ein Pakerl Mehlspeise bekommen. Der Vater aber sagt: „Buben, rennt nicht so herum, sonst kriegt ihr zu viel Appetit.“ Und in der Angst vor dem unzeitgemäßen Appetit hat man die Ausflüge eingestellt und läßt sich lieber auf der Elektrischen zerquetschen, als daß man eine halbe Stunde weit nach Hause geht; man hat ja ohnehin schon Appetit genug. Eine Behörde aber, die vor drei Jahren die ihr unterstehenden Anstalten anwies, in jeder Hinsicht die körperliche Erziehung der Jugend zu pflegen, mußte jetzt einen Erlaß hinausgeben, durch den verfügt wird, daß alles zu unterlassen ist, was geeignet

erscheint, das Nahrungsbedürfnis der Schüler zu fördern. Das ist der Präventivkampf gegen den Appetit. Man begnügt sich nicht mehr, ihn mit Kostbraten oder Knödeln zu bekämpfen, sondern unterbindet sein unerwünschtes Gedeihen durch Vermeidung aller appetitanregenden Dinge. So ist an die Stelle der Sorge um den Appetit die Angst vor dem Appetit getreten. Hoffentlich wird es einmal wieder anders.

Der Vorstand der Deutschböhmisches Bereinigung bei den Ministern Höfer, Spikmüller und Trnka.

Gestern und vorgestern unternahm der Vorstand der Deutschböhmisches Vereinigung die hinsichtlich der Ernährungsfrage beschlossenen Schritte in den zuständigen Ministerien. Zuerst erschien die aus den Abgeordneten Bacher, Dr. Koller, Magister Hummer, Sartl und Schreiter bestehende Abordnung im Ernährungsamt. Der Minister nahm die von den Abgeordneten vorgebrachten Wünsche und Beschwerden betreffend die Notlage der deutschen Gebiete Böhmens zur Kenntnis und entwickelte sein Programm für die nächste Zukunft. In Böhmen sollen acht Ernährungsinspektorate geschaffen werden, die in unmittelbare Fühlung mit der Bevölkerung zu treten haben. Ueber die Frage der Fürsorgeaktion und über die Verwendung des 300-Millionen-Kredits entspann sich eine längere Erörterung, wobei die Vorstandsmitglieder besonderes Gewicht auf eine rasche Hilfeleistung in den besonders rotleidenden Gebirgsgegenden und in den deutschen Industrie-

gebieten Böhmens legten. Auch die Frage des allfälligen Ersatzes von Mahlprodukten durch Fleisch in der Zeit bis zum reichlicheren Vorhandensein von Gemüse und Obst wurde eingehend erwogen.

Aus dem Ernährungsamt begab sich die Abordnung zum Finanzminister, um ihm auseinanderzusetzen, was auf dem Gebiete der Unterhaltsbeiträge entsprechend den herrschenden Preisverhältnissen aller Bedarfsartikel vorgelehrt werden muß. Dr. v. Spikmüller zeigte sich sehr entgegenkommend und anerkannte nicht nur die Notwendigkeit einer Erhöhung des Unterhaltsbeitrages, sondern auch, daß es billig sei, verschiedene Härten auszugleichen und in der Praxis ein gewisses Entgegenkommen walten zu lassen. Die Abordnung der Deutschböhmisches Vereinigung legte ihre Wünsche dar, und der Finanzminister sagte zu, daß er, soweit die Regelung bei der knapp bevorstehenden Erlassung abändernder Bestimmungen erfolgen müßte, die vorgebrachten Wünsche vertreten werde.

Samstag erschienen die Vertreter der Vereinigung beim Minister für öffentliche Arbeiten Freiherrn v. Trnka, der hinsichtlich der Kohlenversorgung ihnen vollkommenen Einblick in die augenblickliche Lage und die getroffenen Maßnahmen gewährte. Die von der Abordnung vorgebrachten Wünsche fanden die volle Würdigung des Ministers; insbesondere auch die Anregung, die Wasserwege zur Verfrachtung von Heizmaterialien zu benutzen, und die Forderung nach rechtzeitiger Verfüugung eines Anbotzwanges und von Höchstpreisen für Holz. Im Verlauf der Unterredung wurde auch die Ursache des herrschenden Kohlenmangels eingehend besprochen. Hierbei kam der Minister zu dem Schlusse, daß zwar für die Befriedigung des allernötigsten Bedarfes an Hausbrandkohle vorgesorgt werden wird, daß jedoch eine völlige Beseitigung des Mangels nicht zu gewärtigen ist. Die äußerste Grenze des Notwendigen sei die Fütterung zum Kochen der Nahrung. Wenigstens diese werde entsprechend den Wünschen der Abordnung durch die Kontingentierung und behördliche Kontrolle sichergestellt werden. Die Abordnung empfing den Eindruck, daß der Arbeitsminister es an gutem Willen nicht fehlen läßt und daß, soweit seine Kompetenz in Frage kommt, alles geschieht, was unter den herrschenden Verhältnissen zu tun möglich ist.

12. III. 1917

55

Die Anregung Kaiser Karls in der Ernährungsfrage.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 9. März.

Wenn der deutsche Reichsanzler in seiner letzten Rede gesagt hat, daß nicht nur die Kämpfer an der Front, sondern auch die Bevölkerung im Hinterlande an nichts anderes denkt als an die Vereinfachung der Mittel, die für das Erringen des Endzweckes erforderlich sind, so befindet er sich in voller Uebereinstimmung mit uns, den Bewohnern der Donaumonarchie. Auch wir empfinden die Notwendigkeit, alles dem großen Zwecke unterzuordnen, und verabsäumen nichts, um nach dieser Erkenntnis zu handeln. Wir haben das sichere Gefühl, daß die Frist, die uns von dem ersehnten Ziel trennt, nicht mehr allzulange währen wird, und nehmen daher die Opfer, die noch gebracht werden müssen, mit jenem Pflichtbewußtsein auf uns, das uns in den dreißig Kriegsmonaten schon so Schweres zu tragen ermöglichte. Es wäre Heuchelei, wollte man verhehlen, daß es in diesen mehr als zweieinhalb Jahre schon Augenblicke gegeben hat, in denen wir am Rande unserer Kräfte und unserer Geduld angelangt zu sein glaubten. Das war stets dann der Fall, wenn uns eines jener Beispiele wucherischer und gewinnstüchtiger Ausbeutung der Kriegskonjunktur bekannt wurde, die uns mitten in einer Zeit der bis zum äußersten gehenden Selbstopferlichkeit, die alles auf den Altar des Vaterlandes hingibt, darüber belehren, daß es leider nur allzu viele Individuen gibt, auf deren Egoismus die erzieherische Wirkung des Krieges ohne jeden Einfluß bleibt. Die natürlichen, die selbstverständlichen Folgen des Krieges in bezug auf die Knappheit und die Teuerung alles dessen, was zum täglichen Lebensbedarf gehört, wird jedermann hinnehmen als unvermeidliche Begleiterscheinungen der Wandlungen, die sich seit dem Sommer 1914 vollzogen haben. Die spekulative Ausnutzung des Fehlens von so vielem Notwendigen, ja die absichtliche und künstliche Verschärfung dieses Mangels, das gewissenlose Bekleugnen jedes Gemeinsums sind es, die aufreizend und verbitternd selbst auf solche Elemente wirken, denen patriotische Gesinnungsweise nicht beizutreten werden darf.

In dem bereits seit geraumer Zeit andauernden und bisher nur zu geringen positiven Erfolgen führenden Kampf um das wirtschaftliche Durchhalten ist nimmerehr in Oesterreich-Ungarn eine neue Phase eingetreten. Kaiser Karl begnügt sich nicht damit, sich über die Vorkehrungen, die getroffen werden, um den militärischen Sieg über unsere Feinde durch die Eintanhaltung einer wirtschaftlichen Katastrophe im Hinterlande zu sichern, genaues Bericht erstatten zu lassen, sondern es ist ihm ein Bedürfnis, in dieser Beziehung die Initiative zu ergreifen und die ganze Autorität des Trägers der Krone dafür einzusetzen, daß die Opferwilligkeit der Bevölkerung keine ungebührlichen Forderungen gestellt werden. Unvergessen wird es stets bleiben, wie der junge Herrscher in den Tagen, die ein bei uns mit solcher Strenge fast niemals auftretenden Winter beinahe unerträglich gestaltet hätte, persönlich eingriff, um der durch Transport-schwierigkeiten entstandenen Kohlennot zu steuern. Die an die Behörden erlangenen Verfügungen, die Bereitstellung von Militär-Panzenautomobilen nebst der entsprechenden Mannschaft, der Befehl an die Hofämter, Wagen und Pferdmaterial aus den kaiserlichen Remisen und Stallungen für die Kohlenzufuhr in die einzelnen Bezirke Wiens zur Verwendung zu bringen, haben, vereint mit dem großen Interesse, das Kaiser Karl gegenüber der plötzlich drohend gewordenen Gefahr

einer sehr weitgehenden Einschränkung des Betriebes der Wiener Elektrischen Straßenbahn an den Tag legte, außerordentlich viel für die Volkswirtschaftlichkeit des jungen Herrschers getan, der in so erster Zeit dazu berufen wurde, die Zügel der Regierung zu ergreifen. Aber auch der Ernährungsfrage selbst hat Kaiser Karl von allem Anfang an die ihr zukommende Aufmerksamkeit nicht versagt. In offizieller Form ist dies durch die Ausgestaltung des Ernährungsamtes zu einem selbständigen Ministerium geschehen. Aber auch sonst hat der Monarch es an Beweisen seiner Sorge für die Beschaffung der Mittel zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse nicht fehlen lassen. In weitere Kreise ist es insbesondere gedrungen, welchen Wert Kaiser Karl darauf lezte, daß nichts unverflucht bleibe, um die Bevölkerung mit den notwendigen Kartoffelmengen zu versehen. Der rege Anteil, den der Monarch an der Lösung der so wichtigen Ernährungsfrage nimmt, ist

der dankbarste Anerkennung. Es haben sich schon ganze Legenden um die Persönlichkeit Kaiser Karls gesponnen, die von ihm zu berichten wissen, daß er — manche dieser Erzählungen gehen noch weiter, indem sie auch die Kaiserin Zita an den Herrscherforten ihres Gemahls teilnehmen lassen — infognito, eine Art von modernem Harun al Raschid, die Lebensmitteläden der Reichshauptstadt besuche, um sich durch eigenen Augenschein von den dort herrschenden Verhältnissen zu überzeugen. Jedenfalls bezogen diese Anekdoten, ob sie nun auf Wahrheit beruhen oder nicht, daß die Bevölkerung zu dem jungen Herrscher volles Vertrauen hat und von seiner Anregung die Abstellung oder doch die Milderung mangelhafter Zustände erwartet, die nur zum Teil in den durch die lange Kriegsdauer geschaffenen Verhältnissen begründet sind.

Mit großer und aufrichtiger Befriedigung wird die soeben erfolgte Bekanntmachung der Errichtung eines gemeinsamen Lebensmittelausschusses für die gesamte Monarchie auf direkten Wunsch Kaiser Karls und zu dessen unmittelbarer Disposition begrüßt werden. Der sofortige Beginn der Tätigkeit dieses Ausschusses sowie die Ernennung einer militärischen Persönlichkeit, des Generalmajors der Landwehr v. Pragenau, zum Vorsitzenden, geben die Gewähr dafür, daß das angezielte Ziel so weit wie möglich erreicht werden wird. Es ist die Ueberzeugung vieler Sachverständiger, daß die Schwierigkeiten, die sich in der Versorgung der Bevölkerung ergeben haben, weit weniger auf die Knappheit der vorhandenen Vorräte als auf die nicht weniger als rationelle Verteilung und auf die wucherische, preistreibende Anhäufung der Lebensmittel zurückzuführen sei. Daß nicht von allem Anfang an die gesamte Monarchie als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet aufgefaßt und behandelt wurde, hat viele Umstände verschuldet, die leicht hätten vermieden werden können. Vor allem hat die strenge Abgrenzung Oesterreichs und Ungarns zu einer ungleichmäßigen Dotierung der Bevölkerung der beiden Reichshälften mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, mit Mehl, Fleisch, Fett und Eiern, geführt, ein Zustand, der dann noch dadurch verschärft worden ist, daß auch die einzelnen österreichischen Kronländer, ja selbst die einzelnen Bezirkshauptmannschaften sich voneinander durch Ausfuhrverbote absperreten. Dies alles wird nun hoffentlich anders werden, wenn der dank der Initiative Kaiser Karls geschaffene gemeinsame Ernährungsausschuß mit Ernst und Eifer seines Amtes zu walten beginnt.

Ortsgruppen der „Noch“. Karlsbad.

Mittwoch, den 21. Februar fand die Zentralversammlung der Ortsgruppe „Noch“ statt. Die Präsidentin der Ortsgruppe Frau Ebba Ritter eröffnete mit einer Begrüßung die Versammlung und übergab den Vorsitz an die Vizepräsidentin Fr. Dr. Wiedemann. Der Hauptversammlung ging ein Referat der Präsidentin der Zentrale Frau Karsti Freund-Marcus voran über das Thema „Anpassung der Haushaltungen an die Kriegswirtschaft“. Bei Behandlung des Themas wurde auf die unwägige Verschiebung der Wertehingerweise, auf den Zusammenhang zwischen Kaufkraft der Bevölkerung und den Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel, auf die vor dem Kriege geübte Vernachlässigung der Seefisch- und Hammelfleischnahrung, der Kleintier- und Geflügelzucht. Das Interesse, welches die Mitglieder dem Vortrage entgegenbrachten, zeugte für das Verständnis dieser schweren, wirtschaftlichen Probleme. Frau Professor Jerjancic-Gilla begrüßte die Ortsgruppe namens der Zentrale und der übrigen Ortsgruppen und sprach über die Zukunftspfähden der organisierten Hausfrauen. Frau Dr. Wiedemann eröffnete sodann die Hauptversammlung, wobei sie mit kernigen Worten den deutlichen Charakter der Organisation kennzeichnete. Hierauf folgte der Tätigkeitsbericht der verdienstvollen Schriftführerin Frau Klara Scherreich. Sie wies darauf hin, daß die Ortsgruppe, trotzdem ihre Entstehung in die Kriegszeit fiel, heute schon eine Zahl von 900 Mitglieder aufweist. Die Beschaffung der Lebensmittel zu billigen Preisen (Kondensmilch, Trockenmilch, Kartoffelgrieß usw.), die Verteilung von Kochrezepten, die Propagierung wertvoller Nährpräparate, die Veranstaltung von Vorträgen in Verbindung mit Probeessen und die erfolgreiche Propaganda der Kochliste und Obstbäume gehören in den Wirkungsbereich der „Noch“. Karlsbad war auf dem Gebiete der Kriegsküchen bahnbrechend und beispielgebend. Die Errichtung und der Ausbau der Kriegsküchen war nur durch die Zusammenarbeit aller Faktoren, durch die hingebungsvolle Arbeit der Frauen und Mädchen der Ortsgruppe Karlsbad, die für diese Kriegsdienstleistung ihre Kraft und Zeit der Allgemeinheit zur Verfügung stellten, möglich. Der herzlichste Dank sei diesen tapferen und wackeren Frauen ausgesprochen.

Wenn auch die „Noch“ während der Kriegszeit sich hauptsächlich mit Beschaffung billiger Lebensmittel befaßt, so muß doch betont werden, daß ihre eigentliche Aufgabe darin besteht, möglichst viel Einfluß auf die gerechte Preisbestimmung und Verteilung der Waren zu nehmen und die Konsumenteninteressen in jeder Hinsicht zu wahren. Es gelang der „Noch“, im Winter 1916 durch Verkauf von Fischen und Wild die Marktpreise dieser Lebensmittel günstig zu beeinflussen. Die „Noch“ hat durch das dankenswerte Einschreiten der Frau Mitmeister Kral ein eigenes Kartoffelfeld bebaut und die Ernte in den Kriegsküchen verwendet.

Gefuche an die Behörden, eine Vortragsreihe beim Statthalter von Böhmen (derselbe bewilligte eine Spende zur Vergrößerung der Kriegsküchen), sachmännliche Vorträge über wirtschaftliche Themen, Beteiligung an der karlsbader Fürsorgetätigkeit gehören in das Arbeitsgebiet der „Noch“.

Neuerdings stellte sich die „Noch“ dem wissenschaftlichen Komitee des L. u. L. Kriegsministeriums zur Verfügung, um Haushaltsrechnungen zu statistischen Zwecken in den Familien anzuregen und die nötige Anleitung dazu zu geben. Der Bericht schloß mit den Worten:

„Wir waren in diesem ersten Jahre ehrsich bemüht, nach besten Kräften zu arbeiten. Wenn wir Manches erreicht haben, so geschah es durch die Mithilfe vieler. Dafür möchten wir allen danken, unseren treuen Mitarbeiterinnen, die seit Jahr und Tag unermüdet und selbstlos in den Kriegsküchen tätig sind, für ihre Opferwilligkeit, unseren Mitgliedern für ihr Vertrauen, den wöhllichen Behörden für ihr wohlwollendes Entgegenkommen und der Presse für ihre wertvolle Unterstützung unserer Bestrebungen.“

Unser erstes Vereinsjahr war ein schicksalshweres Jahr. Unser alter Herr, großer Kaiser starb. Wir haben wehmütvoll seinen Demgang inmitten des großen Weltkrieges betrauert. Und Frauen aber ist Eines besichert worden, was wir seit langen Jahren in Österreich vermissen, eine Frau als Landesmutter, die voll Interesse für die Sorgen und Wünsche der Frauen und Mütter ein offenes Ohr für sie

haben wird. So will uns die Zukunft verhelfungsbold erscheinen, möge uns das neue Vereinsjahr das bringen, was wir alle herzlichst erhoffen, einen segensreichen, ehrenvollen Frieden, der uns zu ruhiger, geachtlicher Arbeit Gelegenheit bietet.“

Dann sprach noch Fel. Wildenstein der Organisation den Dank und die Anerkennung der Mitglieder aus und knüpfte daran den Antrag auf Wiederwahl der gesamten Ausschussmitglieder, die auch einstimmig erfolgte. Es erschienen demnach gewählt die Frauen: Vorsitzende: Ebba Ritter; Vorsitzende-Stellvertreterin: Frieda Wiedemann; 1. Schriftführerin: Klara Scherreich; 2. Schriftführerin: Paula Moser; Schriftführerin-Stellvertreterinnen: Josefine Stroetan, Alexandrine Menzel; 1. Kassierin: Grete Berzmann; 2. Kassierin: Elise Mader; Kassierin-Stellvertreterinnen: Ernestine Bösch, Paula Miers; Präsidialrätinnen: Ella Heller, Karoline Klemm, Ernestine Wehner, Emmy Pupp, Anna Stingl, Laura Sprögl. Zu Kassa-Überprüferinnen wurden ernannt: 1. Eugenie Doroschkin, 2. Mizzi Stainl; Stellvertreterinnen: Elise Rosenthal, Sidonie Schwalb.

Voranzeige: „Wirtschaftliche Hilfe für die Frauen im Erzgebirge“. Aber Anregung der Ortsgruppe Karlsbad wird im Rahmen der „Noch“-Zentrale und Ortsgruppen eine kleine Wanderausstellung von Erzgebirgsspielen veranstaltet werden. Die Kollektion geschmackvoller, neuer und preiswerter Spielmuster - (Tragen, Läufer, Deckchen, Notwe usw.) - ist bereits in Wien eingelangt und kommt demnächst für die Mitglieder der „Noch“ zur Verfügung. Die Aktion wird von den Frauen Oberrechnungsrat Scitlofsky und Gilla Jerjancic durchgeführt.

12/III. 1917

57

Die Lebensmittelversorgung in der Türkei.

Konstantinopel, 10. März. Die Kammer hat die bekanntlich seit einem Monat in Kraft stehende Verordnung betreffend die Errichtung einer Zentralkommission für das Ausfuhrwesen genehmigt.

Auf einige Anfragen antwortend, führte der Großwesir aus: Die Verordnung war notwendig geworden, um die Interessen der ottomanischen Produzenten zu wahren und den Preis der Ausfuhrartikel auf einem guten Niveau zu erhalten.

Der Großwesir befahte sich sodann mit den zwischen der Regierung und der österreichisch-ungarisch-deutschen Einkaufskommission zustande gekommenen Vereinbarungen hinsichtlich der Ausfuhr von Rohstoffen für Kriegsmaterial gegen Lieferung von Kriegsmaterial und Manufakturwaren, deren Ausfuhr nicht dem Wirkungsbereich der Kommission angehöre.

Hierauf verhandelte die Kammer die Gesetzesverordnung betreffend die Einrichtung einer unter dem Vorsitz des Ministers des Innern stehenden Untsabteilung zum Einkauf von Getreide und zur Sicherung der Lebensmittelversorgung Konstantinopels und der Provinzen.

Der Großwesir griff wiederholt in die Debatte ein, legte die Organisation des Amtes dar und zählte die Maßnahmen der Regierung auf, die, ohne Maximalpreise festzusetzen, beschlossen habe, die Preise indirekt dadurch zu beeinflussen, daß sie die Verteilung von Lebensmitteln und Petroleum zu billigen Preisen sowie den Verkauf von Fleisch, dessen Preis so auf normaler Höhe erhalten werden soll, organisiere. Die in Rumänien gemachte Beute werde die Aufgabe der Regierung erleichtern, da der auf die Türkei entfallende Anteil für zwei bis drei Jahre hinreiche.

Hierauf wurde die erwähnte Gesetzesverordnung angenommen.

12. III. 1917

58

**Versorgung der Bahnbediensteten an der Strecke
mit Lebensmitteln.**

Aus St. Pölten wird uns geschrieben: Bisher hatten die Bahnbediensteten an den Staatsbahn- bezw. Landesbahnstrecken den Brot- und Mehlbedarf von den Geschäftsleuten ihrer jeweiligen Dienstorte bezogen. Dies wurde mit 1. d. durch eine behördliche Verfügung geändert, die Bahnangestellten werden ihren Bedarf aus den Magazinen ihrer Betriebe beziehen. Den Gemeindevorstellungen ist aufgetragen worden, darüber strengstens zu machen, daß die Geschäftsleute der betreffenden Orte den Eisenbahnern diese Artikel nicht mehr ausfolgen. Auch im Bezirk Lilienfeld u. a. gilt natürlich diese Verfügung.

12. III. 1917

59

Eine Mahnung an die Groß-Berliner „Agrarier“.

Sobald das jetzt noch herrschende Frostwetter nachläßt, ist es an der Zeit, die Gärten und Acker allmählich zur Bebauung mit Gemüse und Frühkartoffeln vorzubereiten. Vor allem ist dazu notwendig, daß der Boden gründlich und tief mit Hacke und Spaten durchgegraben wird, damit die Frühlingwärme und die Sonnenstrahlen in den Boden eindringen und die in der Erde befindlichen Pflanzennährstoffe löslich und verdaulich machen helfen. Da aber die im Boden ruhenden Nährstoffe allein nicht ausreichen, um ein fröhliches Wachstum zu erzeugen, müssen dem Boden von außen her noch düngende Pflanzennährstoffe zugeführt werden. Dies geschieht entweder durch Unterschalen oder Untergraben des Stalldüngers von Pferden oder Rülhen, durch Gaben von Komposterde oder Jauche oder durch Einharfen von Kunstdüngemitteln, die am zweckmäßigsten in Form von Kalisalz, Thomasmehl und, wenn zu haben, auch schwefelsaurem Ammoniak gegeben werden.

Ist so ein gutes Saatbett geschaffen, so werden die Sämereien, die teilweise auch erst in Frühbeeten aufgezogen sind, dem Acker anvertraut. Als Gemüse kommen einstweilen Frühkohlrabi, Spinat, Radieschen, Bohnen, Salat, Erbsen, Möhren, Persille, Mairüben, Rhabarber usw. in Betracht. Bei schönem Wetter können diese Samen Ende März oder Anfang April ausgelegt werden. Von Mitte April an hat dann dem Wetter entsprechend das Auslegen der Frühkartoffeln, wie frühe Rosen, Kaiserkrone, sechs Wochen-Nieren, ovale Frühblau, Magdeburger Blau, Görsdorfer Sechswochen u. a. zu folgen. Sowohl an Gemüsesaat als an Saatkartoffeln ist der vorhandene Vorrat in diesem Jahre sehr klein und ist es deshalb die allerhöchste Zeit zur Beschaffung der Sämereien. Wer sich noch nicht eingedeckt haben sollte, wende sich an die Reichsstelle für Gemüse und Obst und an die Reichskartoffelstelle, durch deren Vermittlung vielleicht noch Saatgut bezogen werden kann.

Auf alle Fälle ist es dringend geboten, möglichst alles zur Verfügung stehende, einigermaßen gedüngte und vorbereitete Land mit zweckentsprechenden Früchten zu bebauen, damit die Pläne unserer Feinde an der Arbeitskraft und dem Arbeitswillen unseres gesamten Volkes zerschellen.

D.

13. III. 1917

61

Neuorganisation der Volksernährung in Württemberg.

W Stuttgart, 11. Febr. Auf Veranlassung des Ministers des Innern wird in Württemberg eine großzügig angelegte Neuorganisation auf dem Gebiete der Volksernährung zur Zeit in die Wege geleitet, um bei der ländlichen Bevölkerung die Bereitwilligkeit zur Ablieferung der vorhandenen Lebensmittel zu steigern. Die bisherigen Anordnungen auf diesem Gebiet sind erfahrungsgemäß nicht in dem Maße beobachtet worden, wie dies im Interesse eines geschlossenen Durchhaltens und der sparsamsten Verwendung der vorhandenen und noch zu erzeugenden Vorräte wünschenswert wäre. Die Neuorganisation will die restlose Sammlung und den vollen Ankauf aller irgendwie entbehrlichen Nahrungsmittel auf dem Lande sowie eine sorgfältige und gerechte Verteilung in den Städten und Gemeinden erzielen. Die Neuorganisation soll sich zwischen Verbrauchern und Erzeugern hineinschieben, um insbesondere die vielfach zutage tretenden Gegensätze zwischen Stadt und Land zu beseitigen und vor allem dem wilden Handel entgegenzutreten.

Die Organisation baut sich von unten auf. In jeder Gemeinde mit einigermaßen bedeutenderem landwirtschaftlichen Betrieb wird ein ordentlicher Kriegsausschuß gebildet mit dem Pfarrer oder Lehrer oder auch vertrauenswürdigen Frauen an der Spitze. Mit diesem Ausschuss ist eine Sammelstelle für die über den notwendigen Eigenbedarf des Erzeugers hinausgehenden Lebensmittel verbunden. Dabei werden die landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften und landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine mitwirken. Außerdem ist die Bildung von Bezirksausschüssen in den einzelnen Oberämtern und eines Landesauschusses in Stuttgart vorgesehen. In dem Landesauschuss werden die Ministerien, die Städte und Gemeinden, die Landwirtschaft, die Landeskirchen und die Schulbehörden vertreten sein. Die Tätigkeit des Landesauschusses erstreckt sich auf die Organisation, literarische Tätigkeit und die Beschaffung von Ausflüchtigkeitsstellen.

13. / III. 1917

62

Muß das so sein?

Aus Grazer christlichsozialen Kreisen wird der „Reichspost“ geschrieben: Die Berufung des Ernährungsbeirates, der eine freie Tribüne zur Beratung aller Lebensmittelfragen sein wird, ist gewiß freudig zu begrüßen, zumal damit bewiesen ist, daß die Regierung auf die Mitarbeit des Volkes reflektiert. Nur die Ernennungen haben ein gewaltiges Kopfschütteln verursacht. Man findet in der Liste nur sehr spärlich die Vertreter der Lebensmittelproduzenten, noch kärglicher ist aber die organisierte christliche Konsumentenschaft vertreten. Das christlichsoziale Wien ist nur durch Vizebürgermeister Hof, G. R. Landesauschuß Kunzschal, Gräfin Walterskirchen vertreten. Dagegen haben die sozialdemokratisch-freisinnigen Konsumorganisationen eine ganze Reihe von Mandaten, darunter die „Genossen“ Eidersch, Freundlich, Wilhelm, neben Frau Granitsch, Dr. Schwarzhiller usw. Noch schöner ist das aber für die Alpenländer. Es wurden u. a. die sozialdemokratischen Abgeordneten Abram (Innsbruck), Muchitsch (Graz) und Pittoni (Triest) berufen, also drei sozialdemokratische Arbeitervertreter, während die organisierte christlichsoziale Arbeiterschaft von Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien auch nicht einen Vertreter zugewiesen erhalten hat. Auch bei der Beratung der Hilfsaktion für die Minderbemittelten im Ministerratspräsidium waren wohl sozialdemokratische Vertreter aus Linz und Graz, aber kein einziger christlicher Arbeitervertreter aus den Alpenländern beigezogen worden. Gegen letzteren Vorgang hat der Bezirksverband christlicher Arbeitervereine in Graz einen energischen Protest an die Statthalterei gerichtet.

13. III. 1917

6

*** Was ist's mit den Kindernährmitteln?**

Auf einen Nebelstand, der eine Lücke in der Ernährungsgesellschaft bedeutet, weist die folgende an uns gerichtete Zuschrift hin, auf den Mangel an Nährmitteln für Kinder im zartesten und empfindlichsten Alter. In neuester Zeit sind diese zum Teil auch als Ersatz für fehlende Muttermilch unentbehrlichen Nährmittel vollständig verschwunden. Ihr Ausbleiben gefährdet die Kinder im betreffenden Alter, die bisher auf sie angewiesen waren, eine Gefahr, der die Eltern in peinlichster Hilflosigkeit gegenüberstehen. Der erwähnte Einsender schreibt uns: „Alle Aktionen zugunsten der Kinderfürsorge hatten einen überraschenden Gelderfolg. Alles gab, auch der Aermste. Jedermann war sich klar, daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, alles Menschenmögliche für unsere Kinder zu tun, weil ja diese die Zukunft unseres Staates sind. Was nützen die vielen aufgebrauchten Geldmittel, wenn die traurige Tatsache alltäglich zu verzeichnen ist, daß keine Kindernährmittel vorhanden sind. Es ist seit längerer Zeit schon ein Ding der Unmöglichkeit, Kindernährmehle, wie „Nestle“, „Kufese“, Kindergrieß und dergleichen zu erhalten, auf den Märkten gibt es kein Gemüse. Was soll aus unseren Kindern werden? An die maßgebenden Stellen ergeht darum die dringende Bitte, mit aller Entschiedenheit ohne Verzug einzugreifen und diesen auf die Dauer unhaltbaren Zuständen ein raschestes Ende zu machen. Ist es wirklich unmöglich, für die Kinder mehlfarte weißes Mehl zu geben? Damit wäre ein großer Schritt vorwärts getan. Aufklärungen darüber sind ein Gebot der Notwendigkeit. A. S., Wien, 17. Bezirk.“

Die Drofflung des Landaufenthaltes.

Praktische Wirkungen der Approvisionierungssperre für Sommerfrischler.

Nach den in unserem gestrigen Abendblatt angekündigten Maßnahmen des Volksernährungsamtes auf dem Gebiet der beschränkten Approvisionierung sommerlicher Erholungsorte wird die städtische Bevölkerung heuer auf den üblichen Sommerfrischenaufenthalt vollständig verzichten müssen, denn keine einzige Sommerfrische wird im Sommer auf eine vermehrte Zuweisung von Lebensmitteln zu rechnen haben. Aber auch der Besuch der Kurorte soll eng beschränkt werden. Nur ein amtsärztliches Zeugnis wird zum Aufenthalt in einem Kurort berechtigen. Ueber die Wirksamkeit der geplanten Sperrvorschriften wird sich wohl zuerst der Arzt zu äußern haben, der über die Kurbedürftigkeit des einzelnen zu entscheiden haben wird.

Die Auffassung in ärztlichen Kreisen.

Von geschätzter ärztlicher Seite erhalten wir hierzu folgende Mitteilungen:

„Das Volksernährungsamt wünscht für die bevorstehende Reisesaison eine reinliche Scheidung zwischen Kurort und Sommerfrische durchgeführt zu sehen. Diese Scheidung kann keinerlei Schwierigkeiten bereiten: Kurorte sind jene Plätze, die mit bestimmten kurärztlichen Mitteln und Einrichtungen ausgestattet sind, deren ein Kranker zu seiner Heilung bedarf. Um ein gemeinverständliches Beispiel zu wählen: Gastein ist ein Kurort; der Semmering ist kein Kurort. Auch hinsichtlich der Indikationsfrage wird der Arzt nicht in Verlegenheit kommen: die üblichen und typischen Leiden des Großstädtlers, die Nervosität, die Neurasthenie, Blutarmut und allgemeine Abspannung rechtfertigen nicht die Ausstellung einer amtsärztlichen Legitimation zum Besuch eines Kurplatzes. Hingegen wird das in Aussicht genommene amtsärztliche Zeugnis ohne weiteres ausgestellt werden müssen bei Tuberkulose, Diabetes, Nierenkrankheiten, Magen- und Darmkrankungen, Ernährungsstörungen, rheumatischen Leiden, Fettucht, mit einem Worte bei tatsächlichen Erkrankungen, die eine Behandlung mit Kurmitteln erfordern.

Bleibe nun die Frage offen, wie es sich mit der geplanten Gleichstellung zwischen Kurgästen und ständigen Einwohnern in Verpflegungsfragen handelt. Eine solche Gleichstellung könnte zum Beispiel in Karlsbad, wo dem Kurgast eine besondere Verpflegung gewährt wird, Schwierigkeiten bereiten. Auch in dieser Hinsicht aber wird das amtsärztliche Zeugnis alle berechtigten Sonderansprüche der Kranken legitimieren.

Daß der Ausfall des Sommerfrischlengenusses auf die breiten Schichten des erholungsbedürftigen Stadtpublikums eine besonders bedenkliche Rückwirkung ausüben wird, ist nicht zu befürchten. Hingegen kann es keiner Frage unterliegen, daß die vom Volksernährungsamt geplanten Sperrvorschriften für hunderte Sommerfrischen eine äußerst empfindliche wirtschaftliche Schädigung bedeuten.“

Ablehnung von Gästen in Aigen.

Aus Aigen bei Salzburg wird berichtet: Der Gemeindeausschuß von Aigen hat in seiner letzten Sitzung nach längerer Wechselrede beschlossen, bei eventueller Vermietung der Sommerwohnungen eine Verpflegung der Sommergäste abzulehnen, weil infolge der herrschenden Lebensmittelknappheit die eigene Bevölkerung kaum genügend versorgt werden kann.

14. Juni 1917

66

Hamburger Versorgungsragen.

† Erstenslicherweise hat die Kälte wieder nachgelassen. Wenn es tagsüber auch von den Dächern träuft und die Straßen an die Wasserdichtigkeit des Schutwerks die höchsten Ansprüche stellen, so sind wir doch noch recht weit davon entfernt, die Ströme und Bäche vom Eise befreit zu sehen, da der „Frühlings holder, belebender Wind“ immer noch auf sich warten läßt. Die Menschen kommen aber der Natur zu Hilfe, und wo nur eine Möglichkeit sich bietet, dem Eise durch Schlepper und Eisbrecher beizukommen, da verrichten sie ihre mühselige, Schollen zerspellende Arbeit gründlich. Unter der Voraussetzung des Anhaltens dieser Witterung wird auch die Kohlenzufuhr steigen. Auf der Oberelbe liegt eine Reihe von Fahrzeugen mit recht erheblichen Kohlenmengen, die so schnell wie möglich, wenn das Eis etwas mehr abgetrieben ist, an die Stadt zum Böschchen gebracht werden können. So groß aber auch diese Mengen sein mögen, sie werden nur die ersten Schwierigkeiten in unserer Kohlenversorgung beheben können, da unsere Vorräte völlig aufgebraucht sind und der Bedarf unserer Kriegsindustrie außerordentlich hoch ist. Aber es besteht Aussicht, fortlaufend der Verlieferung in kleinen Mengen Kohlen geben zu können. Auf der Alster sind die Arbeiten der Eisbrecher von gutem Erfolg. Der Winterhuder Streek, der Isebeckanal und der Dierbeckanal sind bald ganz eisfrei, so daß die Kohlenkutten wieder nach den Böschplätzen geschafft werden können. Aus den Flüssen reicht das Eis auch immer mehr nach der Elbe ab, so daß die Schleusen wieder ungehindert in Betrieb genommen werden konnten. Von heute auf morgen wird die Kohlenknappheit, die, wenn auch nicht in so scharfer Form wie bisher, noch lange trotz aller Transporte anhalten wird, natürlich nicht aus dem Kreis unserer Sorgen schwinden.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Kohlenhändler sich nicht weigern dürfen, einem Holer auf mehrere Meldescheine zugleich Kohlen zu verabsorgen. Es ist vom Kriegsversorgungsamt gerade auf diesen Weg des Heranziehens von Kohlen hingewiesen worden, um Kräfte und Zeit zu ersparen. Wer also Schwierigkeiten bei Vorlegung mehrerer Meldescheine hat, wende sich an die nächste Polizeiwache oder an die nächstgelegene Bezirksstelle des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes.

Wir haben in unserer Ausgabe vom Montag-Abend (Nr. 70 B) schon darauf hingewiesen, daß auch Hamburg sich die Lieferungsverträge zwischen Erzeugern und Konsumenten zu nähern. Es sind, wie wir erfahren, schon eine Reihe solcher Lieferungsverträge für Frühkartoffeln und Gemüse abgeschlossen worden, so daß eine Knappheit an Frühkartoffeln für uns kaum in Betracht kommen wird. Die schönsten Lieferungsverträge nützen aber Hamburg nichts, wenn sie nicht die Genehmigung des Kriegsversorgungsamtes in Berlin finden, denn dieses ist die Obrigkeit, von der es auch für das Hamburgische Kriegsversorgungsamt heißt, daß es ihm untertan sei. Die Versorgung mit Herbstkartoffeln, die der Reichsregierung wieder unterstehen werden und für die keine Lieferungsverträge zugelassen sind, hängt naturgemäß ganz von dem Ernteergebnis ab. Den Gemeinden ist durch den Abschluß von Anbauverträgen, deren Preise von den Höchstpreisen unberührt bleiben, eine günstigere Versorgung als je zuvor gewährt. Wenn diese Verträge auch gelobte Opfer erfordern, so bedeutet das ja nichts in einer Zeit, die mit Milliarden rechnet und man die Beobachtung machen mußte, daß die Früchte des Feldes um so reichlicher wachsen, je mehr Geld im Kasten des Bauern klingelt. Das soll kein Vorwurf sein, denn auch die Landwirtschaft zu betreiben, ist heute erheblich teurer als in Friedenszeiten, denn Sonnenschein und Regen allein besorgen das Feld nicht.

Im übrigen wird auch Hamburg so weit wie möglich sich selbst versorgen, dazu hilft die Anbaupflicht von ausreichenden Kartoffeln für den Eigenbedarf der gewerksmäßigen landwirtschaftlichen Betriebe und weiter die Befestigung des Geländes des Stadtparkes mit Kartoffeln und Gemüse. An diesen Erzeugnissen werden zunächst nur die Kriegsküchen teilhaben, aber dafür werden ja andere Mengen für die Allgemeinheit frei. Frühkartoffeln, die in Mistbeeten, Treibhäusern und besonderen gartenmäßigen Kulturen gezogen sind, bleiben wie im vorigen Jahr von der Festsetzung eines einheitlichen Höchstpreises für das Reichsgebiet und von der öffentlichen Bewirtschaftung frei und zwar bis zum 30. Juni.

Wie wir weiter hören, wird in diesem Jahr mehr Einmachezucker voraussichtlich zur Verfügung stehen. Es ist beabsichtigt, die Mengen schon im Mai durch die Haushaltungen anfordern zu lassen, damit im Juni und Juli frühlich „eingeweckt“ werden kann. Im großen Ganzen scheint es, als ob der diesjährige Kriegssommer uns eine bessere Lebensmittel-Organisation als die beiden vorigen bringen wird. Auf jeden Fall muß man den verantwortlichen Stellen aber das gleiche Recht zubilligen, wie uns selbst, da zabeln auch heute immer noch sehr viel leichter ist — als besser zu machen.

Preiserhöhung der Mineralwässer.

Wie wir erfahren, werden vom 15. d. ab die Preise sämtlicher Mineralwässer erhöht werden. Die Preissteigerung bewegt sich zwischen 10 bis 25 Prozent. Gießhübler, der bisher 78 Seller kostete, wird 1 Krone 2 Seller kosten, Karlsbader Mühlbrunnen wird erhöht von 92 Seller auf 1 Krone 14 Seller, Kronendorfer Sauerbrunn von 78 Seller auf 1 Krone 2 Seller, Biliner Sauerbrunn von 76 auf 88 Seller, Gleichenberger Emmaquelle von 78 Seller auf 1 Krone 10 Seller, Sarlehners Bitterwasser von 78 Seller auf 88 Seller. Gleichzeitig mit dieser Preiserhöhung werden jedoch auch die Rückzahlungen für die vom Käufer zur Abgabe gelangenden leeren Flaschen wesentlich erhöht. Während leere Mineralwasserflaschen bisher mit 4 bis 8 Seller vergütet wurden, beläuft sich ab morgen die Vergütung auf 8 bis 18 Seller, je nach der Größe der Flasche und der Stärke des Glasmaterials.

14./III. 1917

69

**Approbitionierungsfragen der deutschböhmi-
schen Städte.**

Die Abgeordneten Dr. Gerold, Knirsch und Kroy sprachen im Volksernährungsamt vor und gaben eine eingehende Darstellung der Lage im nordwestböhmischem Kohlenrevier. Des weiteren brachten sie die einzelnen in der letzten Sitzung der Deutschböhmischem Vereinigung bezüglich der Approbitionierung vorgebrachten Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis. Die Mitteilungen der Abgeordneten waren Gegenstand der ausführlichen Beratung, insbesondere mit Sektionschef v. Keller, der unter anderem darauf verwies, daß die hier in Betracht kommenden Fragen beim Volksernährungsamt in der Behandlung bereits soweit gediehen sind, daß die Landesbehörden schon mit der Durchführung der bezüglichen Maßnahmen beauftragt werden konnten und daß infolgedessen schon in der allernächsten Zeit den allerdringendsten Anforderungen der nothleidenden Bezirke wird entsprochen werden können. — Wie aus Prag gemeldet wird, hat der Ernährungsaußschuß der Deutschen Fortschrittspartei in der letzten Zeit wiederholt mit Erfolg gewirkt und mehreren deutschen Städten Böhmens die angesprochene Menge

von Nahrungsmitteln und Kohle dank dem Entgegenkommen, das er an den entscheidenden Stellen in Prag fand, vermittelt. Unter anderem wurden den Stadtgemeinden Weipert, Börfau, Winterberg, Lobositz, Niemes und Bürgstein Lebensmittel und Kohle zugewiesen.

Die Eisversorgung der Approvisionierungsgewerbe.

Unter dem Vorsitz des Vorstandes Vizebürgermeister R a i n fand vorgestern die Generalversammlung der Eisfabrik der Approvisionierungsgewerbe in Wien statt. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr ist zu entnehmen, daß der Betriebsführung mannigfache Hemmnisse und Schwierigkeiten im Wege standen, insbesondere waren es Personal- und Fuhrwerksmangel, unmögliche Beschaffung der notwendigen Materialien und enorme Lohn- und Preissteigerungen, die sich in einem der Länge des Krieges entsprechend verschärften Maße geltend machten. Der lokale Bedarf an Eis war durch die Kriegsverhältnisse bedeutend gesunken, viele Betriebe hatten gesperrt, viele andere einen weit geringeren Eisbedarf. Dagegen sind dem Unternehmen andere Absatzquellen entstanden, die den Ausfall durchaus wettmachten. Die Eislieferung für Milch- und Fleischtransporte, für die zahlreichen Kriegsspitäler, endlich für die vom Handelsministerium eingesetzte Kommission zur Versorgung mit Kunsteis, die die waggontweife Lieferung von Eis in die Provinz zu vermitteln hatte und deren Geschäftsführung der Direktion der Eisfabrik der Approvisionierungsgewerbe übertragen war, haben so bedeutende Eisquantitäten in Anspruch genommen, daß die Anlagen den ganzen Sommer hindurch voll beschäftigt waren und der Gesamtausstoß sogar den des Vorjahres überschritt. Die Fabrik hat insgesamt 1.100.700 Meterzentner (+ 95.662 Meterzentner) Eis verkauft und dafür 2.230.968 Kronen vereinnahmt. Der Betriebsüberschuß beträgt 219.034 Kronen. Die Unternehmung war gezwungen, zur Erhaltung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben im Laufe des Jahres die Eispreise zu erhöhen.

Die Sommerzeit 1917.

Vom 16. April bis 17. September.

Durch eine heute im Reichsgefehlblatt erscheinende Verordnung des Gesamtministeriums wird für die Zeit von Montag den 16. April 1917, bis Montag den 17. September 1917, durch Verlegung der Zeit um eine Stunde die Sommerzeit auch in diesem Jahre eingeführt.

Danach wird die Uhr am 16. April morgens um 2 Uhr der bisherigen Zeitrechnung um eine Stunde vorgestellt und am 17. September 1917 morgens um 3 Uhr der in dieser Verordnung festgesetzten besonderen Zeitrechnung (Sommerzeit) um eine Stunde zurückgestellt.

Von der demnach am 17. September 1917 zweimal vorkommenden Zeitangabe von 2 bis 3 Uhr morgens erhält zur Vermeidung von Verwechslungen die erste Stunde von 2 bis 3 den Zusatz A und die zweite Stunde von 2 bis 3 den Zusatz B.

Der Uebergang der Zeit in der Nacht vom Sonntag zum Montag und zwischen 2 bis 3 Uhr morgens ist in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung gewählt worden, weil zu der fraglichen Stunde der geringste Eisenbahnverkehr stattfindet und die Maßnahme sich am leichtesten durchführen läßt.

Die Sommerzeit und die Eisenbahnen.

Zur Sommerzeit äußerte sich der Stationsvorstand eines Wiener Hauptbahnhofs einem unserer Mitarbeiter gegenüber wie folgt:

Wir haben im Eisenbahnbetriebe mit der im Vorjahre durchgeführten Sommerzeit nur die besten Erfahrungen gemacht und dieselbe hat sich bei uns vollständig eingebürgert. Dies alles in einer Zeit, die an die Verkehrsabwicklung die stärksten Anforderungen stellt. Etwa acht Tage vor dem bestimmten Einführungsstermin geben wir ein regelrechtes Programm betreffend die geänderten, respektive richtiggestellten Fahrzeiten heraus und bis ins kleinste Detail ist jeder Zug selbstverständlich vorgelesen. Die frühe Morgenstunde erleichtert natürlich die Neuorientierung. Beim Zurückstellen der Uhren im Herbst haben wir etwas mehr interne Hemmungen zu ordnen. Tatsache ist, daß das Publikum sich nahezu sofort an die besondere Zeitrechnung gewöhnt hat und mit ihr rechnet. Unser Apparat ist darauf geschult, daß wir mit durchlaufenden Signalen auf die Minute am 16. April um 2 Uhr morgens die geänderten Verkehrszeiten durchführen werden. Wir halten die Sommerzeit in ökonomischer Beziehung für eine ebenso gesunde als dringende Maßnahme.

Die vorjährige Sommerzeit.

Wie erinnerlich, war die Sommerzeit bei uns im Vorjahre zum ersten Male eingeführt, und zwar von der Nacht des letzten April zum 1. Mai bis zur Nacht vom letzten September bis zum 1. Oktober, also durch gerade fünf Monate. In der letztgenannten Nacht erlebten wir den längsten Tag des Jahres. Diese Tatsache hing zwar mit der Sommerzeit zusammen, aber sie war merkwürdigerweise durch den Umstand bedingt, daß man von der Sommerzeit Abschied nehmen mußte, weil die schon früh hereinbrechende Finsternis doch zu sehr an den Winter gemahnte. Wir verfügt am Abschiedstage von der vorjährigen Sommerzeit über 25 Stunden, denn um 1 Uhr nachts wurden wir nochmals in die Mitternachtsstunde versetzt und dann erst konnten wir mit Fug und Recht sagen, daß der 30. September vergangen ist. Auf diese Weise erhielten wir die Stunde zurück, um die wir bei Beginn der Sommerzeit kamen, als die Uhren um eine Stunde vorgestellt werden mußten. Am 1. Oktober lebten wir wieder nach gewohnter Väterweise. Man stand um eine Stunde später auf, ging eine Stunde später an die Arbeit, nahm das Mittagessen ein, aber auch eine Stunde später war die Arbeit beendet und um eine Stunde später gingen wir schlafen als unter dem Beginn der Sommerzeit.

Die Erfahrungen in Wien.

Vor gerade einem Monat wurde mitgeteilt, daß der Statthalter den Bürgermeister eingeladen habe, sich über die Erfahrungen mit der Sommerzeit zu äußern. Die Erfahrungen der Gemeinde bezeichnete man im Rathause als ungünstige. Die städtischen Gaswerke hatten eine Ersparnis von 25.000 Kronen an öffentlicher Beleuchtung, aber einen Minderertrag von 400.000 Kronen infolge verringerten Gasverbrauches, die städtischen Elektrizitätswerke erlitten einen Ausfall an Gewinn von 1.300.000 Kronen und erwarten bei Beibehaltung der Sommerzeit eine Steigerung dieses Entganges bis zu zwei Millionen Kronen. Weiter wurde im Rathause festgestellt, daß durch die Sommerzeit der Ausflugsverkehr auf den städtischen Straßenbahnen günstig beeinflusst wurde.

Der Bezirksschulrat teilte mit, daß sich besondere Wirkungen der Sommerzeit im Schulbetrieb nicht spürbar gemacht haben. Die Handelskammer meinte, die Einführung der Sommerzeit habe sich durchaus bewährt. Der Magistrat erklärte schließlich, daß gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit im Jahre 1917 eine Einwendung nicht zu erheben wäre, vor einer bleibenden Einführung müßten jedoch die Wirkungen unter normalen Verhältnissen erprobt werden. Der Stadtrat schloß sich dieser Anschauung an.

Die Landwirte gegen die Sommerzeit.

Bemerkenswert ist, daß die vorjährige Sommerzeit in den Kreisen der Landwirte sowohl in Deutschland wie bei uns keine sympatische Aufnahme gefunden hat. In recht drastischer Weise wurde u. a. betont, daß, wie immer die Uhren gestellt werden, die Kuh sowohl wie die Kuhmagd sich vom gewohnten Erwachen am Morgen nicht abhalten lassen. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, hat der bayrische Landwirtschaftsrat sich im

Vorjahre direkt gegen die Beibehaltung der neuen Sommerzeit ausgesprochen. Sie habe keine Freude in der Landwirtschaft erregt, die Nachteile seien größer als die Vorzüge, eine Ersparnis an Licht sei nicht erzielt worden, sondern eher ein Mehrverbrauch. Eine Wiederholung dieser Zeiteinteilung sei unzumutbar und unvereinbar mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen. Die Sommerzeit sei auch unzumutbar mit Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, die nach der alten Zeit zwar mit der Arbeit beginnen, jedoch mit dem Stunden Schlag der neuen Zeit aufhören, und hinsichtlich des Schulbesuches, da die Landkinder zumeist einen langen Schulweg haben.

Auch der Landeskulturtrat von Niederösterreich hat sich in seiner letzten Sitzung gegen die Einführung der Sommerzeit ausgesprochen, da sie für die Landwirtschaft nur Nachteile, aber keine Vorteile bringe. Der landwirtschaftliche Betrieb könne nicht auf gewisse Zeiten eingestellt werden, der Landwirt kann sich nicht auf eine durch Stunden abgemessene Arbeitszeit beschränken und muß jede gelegene Zeit zur Arbeit, die ihm Jahreszeit und Wetter bieten, ohne Begrenzung benutzen können.

16. III. 1917

72

Die Frage der Sommersaison.

Aus Grein an der Donau wird geschrieben: Bei der am 10. d. abgehaltenen Sitzung des Gemeindeausschusses der Stadt Grein gelangte auch die Frage des Fremdenverkehrs der kommenden Sommerzeit zur Erörterung. Im großen und ganzen würde gegen den Fremdenverkehr keinesfalls Stellung genommen werden, wenn nicht vom Vorjahre Beweise vorliegen würden, daß es unter den Sommergästen so viele gibt, die sich nicht mit der Erlangung der für ihre eigene Person nötigen Lebensmittel zufrieden geben, sondern das Samstern und Wegschleppen im großen betreiben, wodurch die Approvisionierung stark beeinträchtigt und den Einheimischen Schaden zugefügt wird. Wegen der erforderlichen Maßnahmen gegen dieses Treiben sind Verhandlungen im Zuge. — Der Gemeindeausschuß von Maria-Pfarr im Tamsweger Bezirk im Salzburgischen hat in seiner letzten Sitzung ein Verbot beschlossen, wonach im heurigen Jahre Sommerparteien in der Gemeinde nicht aufgenommen werden dürfen. Das Verbot wird veranlaßt durch die Lebensmittelknappheit und durch die Notwendigkeit, die vorhandenen Lebensmittel in erster Linie für die heimische Bevölkerung sicherzustellen. — Der Gemeindeausschuß von Weher hat die folgende Verlautbarung erlassen: Infolge Gemeindeausschußsitzungsbeschlusses vom 1. d. wird in der Gemeinde Weher-Markt mit Rücksicht auf die ungenügende Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln und die hierdurch hervorgerufene Mißstimmung der Bevölkerung die Vermietung von Sommerwohnungen für das Jahr 1917 verboten.

16. III. 1917

73

Die Kolonialwarenhändler beim Ernährungsminister.

Vor einigen Tagen empfing der Minister für Volksernährung **W. Söfer** eine Abordnung des Vereins der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen, die ihm die Wichtigkeit der Mitwirkung des legitimen Lebens-

mittelhandels an der gerechten und gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Verbrauchsartikeln darlegte. Minister **Söfer** nahm die gemachten Ausführungen zur Kenntnis, insbesondere die Tatsache, daß der im Verein zusammengeschlossene Lebensmittelgroßhandel bei eigener Beschränkung auf den geringfügigsten Nutzen und der Warenverteilung an eine möglichst große Anzahl von Detailkäufern streng darüber wacht, daß die dem Kleinhandel bei Abgabe der Waren an die verbrauchende Bevölkerung vorgeschriebenen Preise nicht überschritten werden. Dadurch konnten die breiten Schichten der Bevölkerung im Rahmen der Möglichkeit mit notwendigen Bedarfsartikeln rationell befriedigt werden. Die Vereinsdelegierten vertraten den Wunsch, daß dem legitimen Großhandel im Ernährungsrat eine Vertretung eingeräumt und dem Verein durch ausgiebigere Warenzuweisungen der Zentralen Gelegenheit gegeben werde, den sich gestellten Aufgaben im Interesse der Gesamtbevölkerung noch nachhaltiger entsprechen zu können.

[Die Sommerfrischen gegen ihre Gäste.]
Aus Neumarkt bei Salzburg wird dem Salz. Volksbl. geschrieben: Der Gemeindevorstand hat in seiner am 10. d. abgehaltenen Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, infolge herrschender Lebensmittelknappheit und um die spärlich zugewiesenen Lebensmittel in erster Linie für Einheimische sicherzustellen, unter keinen Umständen Lebensmittel an allenfalls erscheinende Sommergäste abgeben zu können. Die Gemeindevertretung hat sich somit gegen eine Aufnahme von Sommergästen ausgesprochen. Die Gemeindevertretung der stark besuchten Sommerfrische Dörsenstein hat laut Sitzungsbeschluß vom 11. d. einen dringlichen Aufruf an alle Hausbesitzer erlassen, mit Rücksicht auf die herrschende Lebensmittelknappheit und die dadurch verursachte Mißstimmung der Bevölkerung von einer Vermietung der Wohnungen an Sommergäste für diese Saison Abstand zu nehmen.

Der Kaiser im Ernährungsamt.**Die Notstandsaktion für die Armen.**

Heute vormittags um 11 1/2 Uhr erschien der Kaiser in Begleitung des Flügeladjutanten Oberstleutnants Brougier im Ernährungsamt. Ueber diesen Besuch liegt uns folgender Bericht vor:

Im Vestibül wurde der Kaiser vom Leiter des Amtes, Minister Generalmajor Höfer, empfangen. Der Kaiser verfügte sich sodann ins Präsidium, wo der Minister dem Kaiser die leitenden Beamten und die Direktoren des Amtes vorstellte. Sowohl mit dem Minister als auch mit den beiden Vizepräsidenten Sektionschef v. Keller und Freiherrn v. Fries sowie mit dem Ministerialrat Dr. Loewenfeld-Kuß verweilte der Kaiser in längerem Gespräch.

Angelegentlich sprach der Kaiser sodann mit den einzelnen Mitgliedern des Direktoriums des Ernährungsamtes. Den Abgeordneten Dr. Freihler und Jodor Fink gegenüber drückte sich der Kaiser sehr lobend über die Approbationierungsvorkehrungen in den Kronländern Schlesien und Vorarlberg aus. Mit Dr. v. Kaczynski sprach der Kaiser über die Verhältnisse in Galizien. Dem Abg. Dr. Kerner zog er über die Verhältnisse der in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter ins Gespräch. Beim Direktoriumsmitglied Regierungsrat Dr. Goto mes erkundigte sich der Kaiser über die Verhältnisse der böhmischen Industrie. Mit dem neuernannten Direktoriumsmitglied Generaldirektor Ritter von Benzig-Franz besprach der Monarch die Verhältnisse in der Baumwoll- und Garnindustrie. Der Kaiser zog auch den Vertreter des deutschen Ernährungsamtes, Regierungsrat Decker, und den des ungarischen, Ministerialrat v. Kisseln, ins Gespräch. Sodann sprach der Kaiser auch die einzelnen Departementchefs des Amtes an.

Am Verlaufe des Cercles befundete der Kaiser auch großes Interesse über die vom Amte erzielten Fortschritte in Angelegenheit der seiner Initiative entsprungenen Notstandsaktion für die ärmeren Schichten der Bevölkerung. Auch eine Reihe von Konzeptbeamten und Kanzleihißkräften wurden vom Kaiser angesprochen, insbesondere jene Beamten, die eine Kriegsdecoration aufzuweisen hatten.

Beim Abschied sprach der Kaiser dem Minister Höfer seine Anerkennung über die Tätigkeit des Amtes aus und anerkannte die große Last der zu bewältigenden Arbeiten.

* (Der Landeskulturrat gegen die Sommerzeit.) Der niederösterreich. Landeskulturrat nahm in einer seiner letzten Sitzungen Gelegenheit, zur Frage der Sommerzeit Stellung zu nehmen; die Vor- und Nachteile einer derartigen Verfügung wurden eingehendst besprochen, das Resultat war, daß einstimmig die Anschauung zum Ausdruck gelangte, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in der Einführung derselben keinen Vorteil, sondern einen entschiedenen Nachteil erblickt. Der landwirtschaftliche Betrieb unterscheidet sich in seiner Struktur vom industriellen deshalb, weil die Betätigung der Landwirtschaft nicht auf gewisse Zeiten eingestellt werden kann, sondern lediglich in Beziehung zur Dringlichkeit der zu bewältigenden Arbeit gebracht werden muß. Anbau- und Erntearbeiten, die dringlichsten Einrichtungen der Landwirtschaft, lassen sich nicht terminieren, sondern sind in erster Linie von den Witterungsverhältnissen abhängig. Der Landwirt kann daher bei jenen sich nicht auf eine durch Stunden abgemessene Arbeitszeit beschränken, sondern muß

schaffen, solange die physische Arbeitskraft ausreicht und die Betriebsmittel vorhanden sind. Der Landwirt ist in seinem Betriebe von äußeren Einflüssen in dem Maße abhängig, daß er jede Gelegenheit zur Ausübung seines Berufes in weitestgehender Weise ohne Beschränkung der Zeit ausnützen muß, wenn er nicht Gefahr laufen will, daß er bei Einhaltung gewisser Arbeitsstunden oft die passendste Gelegenheit verläßt. Alle diese Erwägungen waren es, welche den Landeskulturrat bewogen, einstimmig den Beschluß zu fassen, bei der Regierung vorstellig zu werden, von der Einführung der Sommerzeit absehen zu wollen.

17. III. 1917

78

*** (Die Sommerfrischen im dritten Kriegsjahr.)**
Wir erhalten aus Linz, 14. d., folgende Zuschrift: Sehr geehrte Redaktion! Mit Rücksicht auf die vielen ständig einkommenden Anfragen ersuchen wir um Veröffentlichung der Erklärung, daß die Verpflegungsmöglichkeiten für Fremde in den oberösterreichischen Kurorten und Sommerfrischen, insbesondere außerhalb der eigentlichen Kuranstalten und der Hotels, vorläufig noch sehr unsicher sind und es jedenfalls dringendst anzuempfehlen ist, vor Einmietung in einer Sommerfrische sich bei dem betretenden Gemeindeamt über die Verpflegungsverhältnisse zu vergewissern, sowie den Tag einer Uebersiedlung schon einige Wochen vorher dem Gemeindeamt anzumelden. Hochachtungsvollst Landesverband für Fremdenverkehr in Oberösterreich. Der Präsident: F. R. Hauser m. p., Landeshauptmann. — Die Sommerfrischen Windischgarsten, Spital am Pyhrn, Hinterstoder und Klaus geben bekannt, daß sie infolge der Knappheit sämtlicher Lebensmittel nicht in der Lage sind, in der heurigen Saison Fremde zu verpflegen.

17. III. 1917

79

Die einheitliche Lebensmittelbezugskarte.

Neue Erhebungen, mit denen die Wiener Brot- und Mehl-Kommissionen betraut worden sind, geben zu der Voraussetzung Anlaß, daß man die schon oft angeregte Einführung einer allgemeinen Lebensmittelbezugskarte als „Haushaltungs-Einkaufskarte“ an Stelle der jetzt geltenden verschiedenen Karten in Erwägung ziehe. Den Kommissionen sind zunächst Feststellungen über die Zahl der in den Haushaltungen befindlichen Personen, von einem Mitgliede angefangen bis zur Gesamtzahl der dem jeweiligen Haushalte Angehörigen aufgetragen worden. Weiter sollen auch Daten über die Zahl der Einzelpersonen gesammelt werden, die nicht im Haushalte verpflegt werden und daher bei den erstgenannten Zusammenstellungen nicht in Betracht kommen.

Hiezu erfahren wir: Falls sich die bezeichneten Vorarbeiten auf die eventuelle vereinigte Lebensmittelbezugskarte beziehen, so würde dies das heutige System loser Karten, bei dem ein Verlieren einzelner Blätter häufig vorkommt, nur verbessern. In die allgemeine Bezugskarte würden wohl nebst Brot, Mehl, Milch, Petroleum usw. auch voraussichtlich die später noch zu rationierenden Artikel, Erdäpfelbezug und andere Warenvorkerkungen für den Bezug aufgenommen sein. In Deutschland ist dieses System schon teilweise durchgeführt.

Die Versorgungsfragen.

31 Ernährungsinspektorate.

In einer morgen zur Verlautbarung kommenden Verordnung werden für die bestellten Ernährungsinspektoren 31 Inspektionsbezirke festgesetzt. Davon entfallen auf Niederösterreich ohne Wien zwei, Steiermark und Tirol je drei, Mähren vier, Galizien fünf und Böhmen sechs Inspektionsbezirke. Die übrigen Kronländer sowie Wien bilden je einen Inspektionsbezirk. Für jeden Inspektionsbezirk wird ein Ernährungsinspektor bestellt werden, der seinen Amtssitz im Gebiete seines Bezirkes aufzuschlagen hat.

Die Inspektionsbezirke sind: Wien (5), Wiener-Neustadt, Linz, Salzburg, Graz, Leoben, Gilti, Klagenfurt, Salzburg, Triest, Pola, Innsbruck (2), Trient, Prag, Pilsen, Budweis, Pardubitz, Reichenberg, Brüx, Brünn, Jglau, Olmütz, Mährisch-Ostrau, Troppau, Kralau, Larnow, Nowy-Sacz, Lemberg, Sambor. Das Gemeindegebiet Wien ist ein besonderer Inspektionsbezirk. Der 2. Wiener Inspektionsbezirk umfaßt das Gebiet der Städte Wiener-Neustadt und Waidhofen an der Ybbs sowie die politischen Bezirke Amstetten, Baden, Bruck an der Leitha, Hiebing-Umgebung, Lilienfeld, Moll, Möding, Neunkirchen, St. Pölten, Scheibbs, Wiener-Neustadt. Der 3. Wiener Inspektionsbezirk: die politischen Bezirke Floridsdorf-Umgebung, Gänserndorf, Gmünd, Horn, Korneuburg, Krems, Mittelbach, Oberhollabrunn, Pöggastall, Tulln, Waidhofen an der Thaya, Zwettl. Die Länder Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Krain, Kärnten, Dalmatien, Schlesien stellen je einen Inspektionsbezirk dar. Eigene Inspektionsbezirke sind ferner: Das Gebiet der Stadt Graz und die politischen Bezirke Deutsch-Landsberg, Feldbach, Graz-Umgebung, Hartberg, Leibnitz, Radkersburg, Voitsberg, Weiz; die politischen Bezirke Bruck an der Mur, Gröden mit der Expositur Bad Aussee, Judenburg mit der Expositur Knittelfeld, Leoben, Leoben, Murau, Mürzzuschlag; das Gebiet der Städte Gilti, Marburg, Pettau sowie die politischen Bezirke Gilti mit der Expositur Praggberg, Gombitz, Lutzenberg, Marburg, Pettau, Rann, Windischgraz; das Gebiet der Städte Innsbruck und Bozen sowie die politischen Bezirke Bozen, Imst, Innsbruck, Landeck, Meran, Neutte, Schlanders, dann Vorarlberg; die politischen Bezirke Brigen, Bruned, Rißbüchel, Ruffstein, Sion, Schwarz; das Gebiet der Städte Rovereto und Trient sowie die politischen Bezirke Impezzo, Morgo, Cavalese, Gles, Mezzolombardo, Primiero, Riva, Rovereto, Tione, Trient; die politischen Bezirke Blatna, Bischofteinitz, Eger, Mattau, Kralowitz, Ladiz, Marienbad, Mies, Pilsen, Plan, Podersam, Prestitz, Hofitzan, Tachau, Taus, Tepl; die politischen Bezirke Budweis, Kamenitz a. d. Elbe, Kaplitz, Krumau, Moldauein, Mühlhausen, Neuhaus, Pilgram, Pils, Prachatz, Schüttenhofen, Strakonitz, Tabor, Wittingau; das Gebiet der Stadt Reichenberg und die politischen Bezirke Böhmisches-Weiß mit der Expositur Nemes, Braunau, Dauba, Deutsch-Gabel, Friedland, Gablonz a. d. Neiße, Hohenelbe, Jungbunzlau, Königshof a. d. Elbe, Münchengrätz, Neupaka mit der Expositur, Horitz, Reichenberg, Rumburg, Schludena, Semil, Starzenbach, Trautenau, Turnau, Wardsdorf; die politischen Bezirke Aussig, Brüx, Dux mit der Expositur Bilin, Elbogen, Falkenau, Grassitz, Joachimsthal, Raaden, Karlsbad, Komotau, Leitmeritz, Neudeck, Prahmitz mit der Expositur Weipert, Saaz, Teplitz-Schöndau, Tetschen mit der Expositur Böhmisches-Ramitz; das Gebiet der Städte Brünn und Ungarisch-Gradiß sowie die politischen Bezirke Auspitz, Bockowitz, Brünn, Gapa, Goding, Mährisch-Kromau, Nikolsburg, Tschonowitz, Ungarisch-Brod, Ungarisch-Gradiß, Wischau; das Gebiet der Städte Jglau und Znaim, sowie die politischen Bezirke Datschitz, Groß-Meseritz, Jglau, Mährisch-Budwitz, Neustadt, Trebitsch, Znaim; das Gebiet der Stadt Olmütz und die politischen Bezirke Bärn, Hohenstadt, Hohenelbe, Mährisch-Schönberg, Mährisch-Trübau, Olmütz, Proßnitz, Römernstadt, Sternberg; das Gebiet der Stadt Kremsier und die politischen Bezirke Kremsier, Mährisch-Ostrau, Mährisch-Weißkirchen, Miesel, Rentischein, Prerau, Wallachisch-Meseritz, Wietin.

19. III. 1917

82

Die neue Preispolitik des Kriegsernährungsamtes.

Am Donnerstag, 15. März 1917, fand unter Leitung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes eine Beratung der Minister der Bundesstaaten über Fragen der Kriegswirtschaft statt. Den Gegenstand der Beratungen bildete neben der Sicherung der Volksernährung für die nächsten Monate bis zur neuen Ernte der Preis- und Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr. Die Grundzüge für die Organisations-Zusammenfassung der Bewirtschaftung des gesamten Getreides und der Hülsenfrüchte in der Reichsgetreidestelle; Beschlagnahme aller Frucht im allgemeinen in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten werden soll; verantwortliche Witteranziehung der Gemeinden zur besseren Sicherung der Erfassung des Abzuliefernden; schärfere Ueberwachung der Wirtschaft der Gemeindeverbände und der Mühlen, weiterer Ausbau der Sammel- und Ablieferungsstellen für Butter, Eier, Gemüse usw. — fanden die Zustimmung der Versammelten. Die nötigen Verordnungen werden auf Grund der Beratungen nunmehr so vorbereitet werden, daß sie rechtzeitig vor Beginn der neuen Ernte in Kraft treten.

Auch die neuen Preisvorschläge des Kriegsernährungsamtes fanden grundsätzliche Zustimmung. Die Beschlüsse des Reichstagsausschusses für Volksernährung wurden der Beratung mit zu Grunde gelegt. Dessen Wunsch nach möglicher Vermeidung einer Verteuerung des Brotpreises infolge der Erhöhung der Roggen- und Weizenpreise fand vielfach Zustimmung. Die Verhandlungen über diesen Punkt werden fortgesetzt werden.

Der Bundesrat hat nunmehr nach Vorbereitung durch die zuständigen Ausschüsse die Preisvorlage des Kriegsernährungsamtes im wesentlichen unverändert angenommen. Danach wird für den Berliner Bezirk der Preis des Roggens auf 270 M., der des Weizens auf 290 M. für die Tonne erhöht. Die bisherigen Preisunterschiede zwischen dem Osten und Westen bleiben für diese Fruchtarten bestehen. Die Hafer- und Gerstepreise werden herabgesetzt. Die Preise für Hülsenfrüchte und Ölsrüchte für das nächste Jahr bleiben, wie bisher festgesetzt, bestehen, unter Abrechnung der bei einzelnen Sorten bisher bestehenden Pfennigbruchteile auf ganze Mark für die Tonne.

Ueber die Ablieferungsbedingungen ist erst später bei Feststellung der neuen Organisation Entscheidung zu treffen. Die Gerste soll dem Vorschlage des Reichstagsausschusses entsprechend, soweit es die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbetriebe zuläßt, der menschlichen Ernährung zugeführt werden. Der Zuckerrübenmindestpreis beträgt nach der schon bekanntgegebenen Bundesratsverordnung 2,50 M. für den Zentner. Der Kartoffelpreis, der im laufenden Jahr bekanntlich 4 bis 5 M., durchschnittlich etwa 4,50 M. beträgt, soll auf 5 M. erhöht werden. Dem aus West- und Mitteldeutschland auch von städtischen Kreisen lebhaft geäußerten Wunsche entsprechend, soll für Gegenden mit besonders hohen Friedenspreisen für Speisekartoffeln die Erhöhung des Preises bis höchstens auf 6 M. durch Anordnung der Landeszentralbehörde oder der von ihr zu bezeichnenden Stelle gestattet werden. Der Herbstkartoffelpreis tritt, statt wie bisher am 1. Oktober, schon am 15. September an Stelle des höheren Frühkartoffelpreises in Kraft und soll, um die Lieferung an die Bedarfsbezirke im Herbst möglichst zu steigern, zum Frühjahr nicht steigen, sondern das Jahr über unverändert bleiben.

Für Runkelrüben, Kohlrüben und Feldmöhren werden, um der Reizung, ihren Anbau an Stelle des Kartoffel- und Zuckerrübenanbaues allzusehr zu steigern, entgegenzuwirken, erheblich niedrigere Höchstpreise wie bisher, festgesetzt.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes bleibt berechtigt, soweit es zur zweckmäßigen Regelung der Ablieferungszeit nötig ist, zeitweilige Preiszu- und -abschläge in mäßiger Höhe für die Bodenerzeugnisse festzusetzen.

Hinsichtlich der Viehpreise hat der Bundesrat den Anregungen auf Erhöhung der Preise für einzelne Klassen und Gruppen, insbesondere auch der vom Reichstagsausschuß empfohlenen Gleichstellung der niedrigeren Klassen der Schweine bis zu 60 Kg. Lebendgewicht mit der nächsthöheren nicht zugestimmt, sondern die Vorschläge des Kriegsernährungsamtes angenommen. Das bedeutet gegen früher eine Preisminderung von 20 bis 25 v. H.

Infolge dieser Preisentung ist im April auf ein starkes Angebot von Schweinen zu rechnen, das auch zur Verhinderung der Verfütterung von für Ernährungszwecke gebrauchten Bodenerzeugnissen erwünscht ist. Deshalb werden die Rinderpreise nicht gleichzeitig, sondern erst zum 1. Juli gesenkt, um für die Monate Mai und Juni, wo wegen der Knappheit an sonstigen Nahrungsmitteln, ebenso wie im April eine verstärkte Lieferung von Schlachtvieh nötig sein wird, ein ausreichendes Angebot zu sichern und die wirtschaftlich besonders nachteiligen Zwangsenteignungen von Vieh nach Möglichkeit entbehrlich zu machen. Die Schlachtviehpreise bringen vom 1. Juli ab eine Preisentung gegen früher von rund 15 v. H.

Die neue Preisregelung bringt der Landwirtschaft als Gesamtheit annähernd dieselben Einnahmen aus den abzuliefernden Erzeugnissen wie bisher. Sie bewirkt aber eine Verschiebung nach zwei Richtungen. Durch die bisherige Preisregelung sind die hauptsächlich auf den Roggen-, Hafer- und Kartoffelbau angewiesenen Bezirke mit ärmeren Böden durchschnittlich benachteiligt und zum Teil in ihrer Leistungsfähigkeit gefährdet. Sie werden jetzt besser gestellt. Während die an Weiden und Wiesen reichen Betriebe und die Bezirke mit starkem Gerstebau, die trotz der fehlenden Gersteinfuhr eine starke Schweinezucht treiben konnten, weniger günstig als bisher stehen. Im einzelnen Betriebe bewirkt die Preisregelung, daß nicht wie bisher die Verfütterung, sondern die Ablieferung von Körnern und Kartoffeln für den menschlichen Genuß die günstigere Verwertung bringt und daß ferner das beste Futter und die beste Weide künftig weniger den Schlachtieren als dem Milchvieh zugewiesen werden. Freilich wird, um die bei der unvermeidlichen Einschränkung der Erzeugung fetter Tiere besonders nötig werdende Erzeugung von Milchfett zu fördern, der Milchpreis in denjenigen Bezirken, wo er zur Zeit nachweisbar erheblich unter den Erzeugungskosten liegt, erhöht werden müssen, was aber nicht allgemein, sondern nur in den einzelnen Wirtschaftsgebieten nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse zu geschehen hat.

Im Vergleich zum feindlichen Ausland bleiben unsere Preise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben auch nach der Erhöhung noch wesentlich zurück, während die Preise für Schlachtvieh, die bisher zum Teil erheblich höher waren, als die ausländischen, diesen mehr angenähert werden. Alles in allem bleibt der Erlös, den die deutschen Landwirte für ihre Erzeugnisse erhalten werden, nach wie vor wesentlich hinter dem in den meisten feindlichen Ländern zurück, deren Landwirte an sich auch im Kriege unter viel günstigeren Verhältnissen wirtschaften, wie die unsrigen. Trotzdem ist bei uns bei immer zunehmenden Erschwernissen der deutsche Ackerboden restlos bestellt worden, während in Frankreich und England die Regierung, um dieses Ziel zu erreichen, neben erheblich höheren Preisen für die Bodenerzeugnisse vergebens alle möglichen Prämien und Arzneimittel anwenden muß.

20. VII. 1917

83

Keine Sommerreisen.

Die Haltung des Ernährungsamtes.

Vom Ante für Volksernährung wird mitgeteilt:

Die Öffentlichkeit befaßt sich immer eingehender mit der Frage, wie sich der Besuch der Sommerfrischen und Bäder im kommenden Sommer gestalten werde. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Verhältnisse zu weiteren Einschränkungen der Reise-möglichkeiten führen können, daß insbesondere die Bewältigung des herkömmlichen Massenverkehrs zu bestimmten Zeiten (Zerianbeginn und -ende) ausgeschlossen sein wird, so ist doch ein allgemeines Reiseverbot gewiß nicht zu gewärtigen. Das Amt für Volksernährung richtet sein energisches Streben dahin, der Stadtbevölkerung, die unter den Entbehrungen schwer zu leiden hat, die notwendige Erholung zu ermöglichen. Für die Approvisionnement der Konsumzentren bedeutet es ja auch eine beträchtliche Erleichterung, wenn während des Sommers infolge Abwesenheit zahlreicher Bewohner die Menge derer, die versorgt werden müssen, erheblich geringer ist.

Freilich muß ernstlich davor gewarnt werden, daß sich Stadtbewohner in Sommerfrischen begeben, ohne sich vorher absolute Gewissheit über die dort herrschenden Approvisionierungsverhältnisse verschafft zu haben. Schon die Transportchwierigkeiten im Kriege würden den Zentralen die Verpflegung von Gegenden nicht leicht machen, die durch einen plötzlichen Massenbesuch von Sommergästen eine ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln aufzuweisen hätten. Das Ernährungsamt kann selbstverständlich eine Garantie für die Sicherstellung der Verpflegung der Sommerfrischen nicht übernehmen, wird aber andererseits mit größter Energie dafür Sorge tragen, daß die Allgemeinheit nicht durch sträflichen Egoismus Schaden leidet, daß insbesondere die Krankenkost der Kurorte nur wirklich Leidenden zugute kommt. Zur Vermeidung einer unzulässigen Doppelversorgung wird die Handhabung der Meldevorschriften mit besonderer Strenge erfolgen, in welcher Hinsicht noch ergänzende Maßnahmen getroffen werden sollen.

Unterredung mit Bürgermeister Straubinger.

Bürgermeister kais. Rat Karl Straubinger, der bekannte Besitzer des Hotels Straubinger in Bad-Gastein, hatte die Liebenswürdigkeit uns über die voraussichtliche Gestaltung der nächsten Kuraison in Bad-Gastein folgendes mitzuteilen:

Für die Kuraison im heurigen Sommer liegen bereits etwa 200 Anmeldungen von Kurgästen vor. Es befinden sich darunter viele alte Freunde unseres schönen Kurortes, die in der Unmöglichkeit, hierherkommen zu können, geradezu ihr Todesurteil erbliden würden. Diese Kurgäste sind bisher gewohnt gewesen, jährlich nach Bad-Gastein zu kommen, haben hier ihre Bäderkur gebraucht und dadurch eine solche Linderung ihrer arthritischen oder rheumatischen Leiden er-

fahren, daß sie den Winter gut verbringen konnten, da sich die wohltätigen Wirkungen der Kur bei ihnen vorteilhaft geltend gemacht haben. Würden sie einmal die Kur nicht gebrauchen können, so würde das für sie im Winter böse Folgen haben können, da ihnen dann die Widerstandskraft, die sie sich durch die gesunde Luft, durch die Ruhe und die Bäderkur erworben, fehlen würde.

Zweifellos werden heuer hinsichtlich der Kurgäste Beschränkungen eintreten müssen. Die Frage, ob es möglich sein wird, ein paar hundert Kurgäste zu verpflegen, ist bisher noch offen. Wir erwarten noch eine Nachricht vom Ernährungsamt in Wien, die bis Ende März eintreffen dürfte. Dann werden wir uns mit der Landesregierung in Salzburg in Verbindung setzen und die notwendigen Vereinbarungen bezüglich der Zuschüsse von Lebensmitteln treffen. Für die heimische Bevölkerung in der hiesigen Gegend ist ja soweit gesorgt. Wir kennen hier keinerlei Anstellen am Lebensmittel, da alle notwendigen Vorratsartikel rationiert sind. Es wurde eben von der Bezirkshauptmannschaft tüchtig Vorsorge getroffen. Hinsichtlich der Verpflegung der Kurgäste wird vom Landespräsidenten Schmitt-Gasteiger in Salzburg das Nötige vorgekehrt werden müssen.

Warnungen von Sommerfrischen.

Der steirische Landesernährungsbeirat hatte sich in seiner letzten Sitzung mit einem Antrag zu beschäftigen, der dahin ging, daß man die Statthalerei ersuchen möge, den Zugang von Sommergästen in die steirischen Sommerfrischen und Landorte für Bewohner anderer Kronländer für die Zeit von Juni bis einschließlich September gänzlich zu untersagen und den Besuch der steirischen Bäder nur jenen Personen anderer Kronländer zu gestatten, die mit einem ärztlichen Zeugnis nachweisen, daß der Gebrauch des betreffenden Kurortes für ihre Gesundheit notwendig ist. Gleichzeitig sollen solche Kranke nur eine Person als Begleiter mitnehmen. — In der letzten Sitzung des Gemeindevorstandes von St. Gilgen wurde die Angelegenheit des Fremdenbesuches in den Sommermonaten eingehend beraten und Eingaben an die Handelskammer in Salzburg zur Erlangung der nötigen Lebensmittel während des Aufenthaltes der meist ständigen Sommergäste verlesen. Nach eingeholter Information an kompetenter Stelle ist es der Gemeinde St. Gilgen bei eintem Zusammenhalten möglich, die nötige Milch und Butter bei normaler Frequenzierung der Sommerfrische im eigenen Gemeindegebiet aufzubringen. Der im vorigen Jahre im großen Maße geübten Damskerei und Doppelversorgung soll mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Weitere Schritte zur Ermöglichung des Fremdenzuzuges, der für St. Gilgen eine Lebens- und Existenzfrage bildet, werden so weit als tunlich unternommen und gefördert werden. — Infolge der schwierigen Lebensmittelbeschaffung hat der Gemeindevorstand von Grünburg beschlossen, sowohl die Vermieter von Sommerwohnungen als auch die Sommergäste auf diesen Umstand aufmerksam zu machen, da unter den obwaltenden Umständen keinerlei Gewähr für die Verpflegung der Sommergäste geboten werden kann. — Die Sommerfrischen Windischgarsten, Spital am Pyhrn, Sinterkoder und Klaus geben bekannt, daß sie infolge der Knappheit sämtlicher Lebensmittel nicht in der Lage sind, in der heurigen Saison Fremde zu verpflegen.

Die Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen gegen das Wohlleben auf dem Semmering.

Das Hinterland muß täglich neue Einschränkungsmaßnahmen über sich ergehen lassen und sich dem behördlichen Zwang fügen, der leider an einzelnen auserwählten Stätten nicht mit derselben Strenge geübt wird. So herrschte den ganzen Winter hindurch auf dem Semmering ein fahrigfrohes Treiben, das sich über alle Spormaßnahmen unbekümmert hinwegsetzte. Wie toll es oben herging, ist aus dem letzten Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen zu ersehen, das einige — allerdings nicht allzu strenge — Strafedikte gegen Hoteliers und Hotelinsassen auf dem Semmering wegen Uebertretung der behördlichen Approvisionierungs- und Beleuchtungseinschränkungsvorschriften enthält. So wurde die Besitzerin des Hotels Panhans wegen Nichterfüllung der Speisentarifs mit 200 Kronen, wegen Verabreichung von Fleischgerichten aus fünf Fleischgattungen mit 1000 Kronen, wegen Verabreichung von Fleischspeisen an fleischlosen Tagen mit 2000 Kronen, wegen Nichteinhaltung der Sperrstunde und endlich wegen Nichteinschränkung der Hotelbeleuchtung mit 5000 Kronen bestraft. Restaurateur Josef Dangel wurde wegen Verabreichung von Milchschokolade mit 200 Kronen, ferner wegen Verabreichung von Brot an Gäste, Verabreichung von Fleischspeisen aus mehr als zwei Fleischgattungen mit 5000 Kronen bestraft. Gräfin Julie Festetics erhielt wegen Nichteinhaltung der fleischlosen Tage eine Geldstrafe von 5000 Kronen, die Pensionsinhaberin Helene Lovajsy wegen der gleichen Uebertretung eine Strafe von 1000 Kronen.

Die Kriegsküchen.

Anstellen um Speiseportionen.

In der letzten Zeit hat sich bei den Kriegsküchen eine Erscheinung gezeigt, die vielfach zu Klagen des Publikums Anlaß gibt. Wie wir aus dem Rathaus erfahren, mußten einzelne Kriegsküchen der Gemeinde Wien infolge der Knappheit an Mehl, Fett, Kartoffeln und Hülsen-

früchten die Menge ihrer Speisen einschränken, so daß 30 bis 50 Personen, die später kamen, ihre Mahlzeiten nicht mehr erhalten konnten. Diese Leute ließen sich dies zur Warnung sein und stellten sich das nächste Mal vor dem Lokal schon um 10 Uhr an. Am nächsten Tag aber standen die Leute schon um 9 Uhr vor dem Lokal, um mittags sicher zu ihrer Suppe und zu ihrem Gemüse oder ihrer Mehlspeise zu kommen. Um dieses Anstellen zu vermeiden, müßten eben die Kriegsküchen genug Lebensmittel erhalten, so daß die armen Leute, die dort ihr Essen holen, sicher sind, nicht leer abziehen zu müssen. Die Zuweisung der Lebensmittel erfolgt zwar von der Kriegsküchenzentrale im Rathaus, jedoch nach Maßgabe der vom Ernährungsamt zur Verfügung gestellten Vorräte. Die Kriegsküchenzentrale hat nun in der letzten Zeit bereits an das Ernährungsamt Eingaben wegen größerer Zuweisung von Mehl, Fett, Hülsenfrüchten und Kartoffeln gerichtet, deren Erledigung noch ausständig ist.

Im Rathaus wird die Ausgabe von Nummern an die Besucher der Kriegsküchen in Erwägung gezogen. Die Zahl dieser Nummern würde der Zahl der vorhandenen Speiseportionen entsprechen. Ob sich durch eine solche Einrichtung das Anstellen vermeiden läßt, müßte erst praktisch erprobt werden. Weiter soll an die Kriegsküchen ein Rundschreiben mit der Frage zur Versendung gelangen, welche Wahrnehmungen bezüglich des Anstellens gemacht wurden, um die Zahl der unbefriedigten Kriegsküchenbesucher festzustellen.

Bestellung eines Kriegsküchenkommissärs für Wien.

Der Bürgermeister hat den Obermagistratsrat Dr. Jakob Dont als Kriegsküchenkommissär für den politischen Bezirk Wien bestellt. Gleichzeitig hat der Bürgermeister die Behandlung aller Angelegenheiten, die die Organisation und Beaufsichtigung der in Wien zu errichtenden Kriegsküchen betreffen, mit der Geschäftsführung hinsichtlich der Hilfsaktionen der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich, 1. Bezirk, Neues Rathaus, in einem Amte, mit dessen Leitung Obermagistratsrat Dr. Jakob Dont betraut wurde, vereinigt. Dieses Amt führt die Bezeichnung: „Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und die durch den Krieg in Not Geratenen und Kriegsküchenkommissariat“ und abgekürzt die Bezeichnung „Kriegsfürsorgezentrale und Kriegsküchenkommissariat“; es hat seinen Sitz im neuen Rathause.

Die Gewerkschaftseingabe im Kriegsernährungsamt.

Die bekannte Eingabe der Gewerkschaften und Angestelltenverbände an den Reichszentralrat und das Kriegsernährungsamt, die der tüchtige Herr v. Schorlemer im preussischen Abgeordnetenhaus, wo er der Resonanz sicher war, ein „Nachwerk“ nannte, hat nach einem von den Vertretern der Eingabe sehr ausgegebenen Bericht in der vorigen Woche zu einer mehrstündigen Aussprache im Kriegsernährungsamt Anlaß gegeben, an der die Herren v. Batocki, General Gröner für das Kriegsamt und der preussische Staatskommissar Dr. Michaelis teilnahmen.

Begründet wurde die Eingabe von Herrn Umbreit von der Generalkommission der Gewerkschaften, der namentlich auf den verhängnisvollen Einfluß hinwies, den das preussische Landwirtschaftsministerium auf die Preisregelung und die Verteilung der Lebensmittel zu gewinnen suche. Die einseitige Erzeugerpolitik des Landwirtschaftsministeriums sichere uns kein Mehr an Lebensmitteln. Nicht minder wichtig wie die Stimmung der Erzeuger von Lebensmitteln sei die Stimmung der Verbraucher und besonders der Arbeiter als Hersteller anderer ebenso wichtiger Verteidigungsmittel. Die Eingabe bezwecke nicht, den einen Landwirtschaftsminister durch den anderen zu ersetzen sondern die Unabhängigmachung des Kriegsernährungsamtes von den Landeszentralbehörden und dessen unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamt zur besseren Erfassung und gerechteren Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel. Zu fordern sei gleiche Rationierung für Stadt und Land und Verminderung der Spannungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen. Herr von Batocki hob in seiner Erwiderung hervor, daß das Kriegsernährungsamt eine Anreizpolitik niemals verfolgt habe, wies auf die höheren Getreide- und Kartoffelpreise im feindlichen Auslande hin und versicherte, was er schon vor kurzem gesagt hatte, daß das Landwirtschaftsministerium den Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes nicht entgegen gewirkt habe. Der Schleichhandel sei bedauerlich, werde aber überhäuft, die allgemeine Rationierung würde bei seiner Beseitigung noch nicht um 1 Prozent gewinnen. General Gröner erklärte die Vereinfachung des Kriegsamtbeschlusses, alle Maßnahmen zur Erfassung der Lebensmittel unterstützen zu wollen. Der preussische Staatskommissar Dr. Michaelis hob hervor, daß die Gründe für die Schaffung des preussischen Landesamtes im wesentlichen in der Behinderung der Ernährung durch die bisherigen landesbehördlichen Organisationen zu suchen sei. Gegenüber der im dritten Kriegsjahre unzweifelhaft zu beobachtenden Tatsache, daß in der Ernährung der Egoismus des Einzelnen das Gesamtinteresse außer acht lasse, müsse dieses Gesamtinteresse durch schärferes Zugreifen mehr als bisher gewahrt werden. Die Vorräte seien knapp, außerordentlich strenge Maßregeln daher erforderlich, um die Bevölkerung vor Not zu schützen. Im Anschluß an diese Ausführungen wies Herr von Batocki auf Grund der vorliegenden Bestandsberhebungen auf die schon angedeutete Notwendigkeit hin, besonders an Getreide ganz außerordentlich zu sparen; für etwaige Fehlbeträge daran solle der Bevölkerung mehr Fleisch und daneben möglichst Graupen, Erbsen, und Sauertohl geliefert werden. Zwischen den drei Zentralstellen bestehe vollständiges Einvernehmen über die Notwendigkeit schärferen Zugreifens. Herr Umbreit betonte, wenn weitere Einschränkungen der Nationen unvermeidlich seien, dann müsse umso mehr eine strenge Durchführung gleicher Rationierung für Stadt und Land gefordert werden. Von dem Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, Herrn Becker, wurde beklagt, daß das preussische Landwirtschaftsministerium eine Einwirkung mit moralischen Mitteln auf die Landwirtschaft habe vermiffen lassen. Hervorhebung verdient noch, daß namens des preussischen Landwirtschaftsministeriums Unterstaatssekretär von Falkenhäusen das Wort nahm, um „einmal Aug in Aug den Angriffen auf das von ihm vertretene Ressort entgegenzutreten zu können“. Der Landwirtschaftsminister sei gar nicht der Vater aller Widerstände, sondern er wolle mit der Hebung der Erzeugung vor allem den Verbrauchern dienen.

Bedauert wurde, daß Herr von Falkenhäusen alsbald nach dieser Rede die Konferenz verließ, so daß die Vertreter der Eingabe keine Gelegenheit zur Erwiderung fanden. Herr von Batocki faßte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die drei zuständigen Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preussischer Staatskommissar, einheitlich zusammen arbeiten und einmütig von der Notwendigkeit einer stärkeren Erfassung und Durchführung der Rationierung und Verteilung überzeugt seien, sowie daß alles getan werde, um die Ernährung der Arbeiterklasse sicherzustellen. Es dürfe er nicht verfehlt werden, daß die Vorräte außerordentlich knapp worden seien, daß die Erzeugung mit großen Schwierigkeiten kämpfen habe, und daß auf weitere Knappheit gerechnet werden müsse. Er hoffe, daß die mündliche Aussprache Vertreter der Gewerkschaften davon überzeugt habe, daß die verantwortlichen Stellen im Reiche sich des Ernstes der gegenwärtigen Lage voll und ganz bewusst seien.

28. III. 1917

87

Heimlicher Bezug von Lebensmitteln.

† Es gab einmal eine Zeit, und sie ist noch nicht lange vorbei, da kaufte dem künftigen fürbass Schreitenden, der sich schon des Tranes im Städtchen vor ihm freute, ein miltzweifarbig ungesüßig Sperrholz vor der Nase herab, und der Kaufbeamte fragte und prüfte um, ob er nicht etwa solche Sachen zu verzollen habe. Die Zeit ist dahin, die Alzisen sieben noch, aber sie dienen anderen als „wegelagerischen“ Zwecken. Im Deutschen Reiche konnte man gehen, wohin man wollte, und bei sich führen, was man wollte, Keinem fiel es ein, zu fragen, was man da habe. Heute hat sich die Zeit wieder gewandelt, wer auf der Landstraße dahin wagt, den Rucksack auf dem Buckel, kann sich darauf gefaßt machen, daß ihn ein Gendarm fragt, was er da trägt. Und auch auf den Bahnhöfen kann es geschehen, daß männiglich seine Pakete öffnen muß, um festzustellen, ob nicht aus dem Ort irgend etwas Ekbares fortgeschleppt wird.

Infolge einer Anregung von maßgebender Stelle möchten wir aber auch auf folgende Gesichtspunkte hinweisen:

Zwischen Stadt und Land bestand von jeher ein starker Austausch auf dem Wege des Privathandels. „Auf die Dörfer gehn“, das hieß so viel wie das Zusammentragen von allerlei den Leib erfreuenden Sachen. Diese Gepflogenheit hat sich zur Kriegszeit noch verstärkt. Aber was sonst jedermanns gutes Recht war, ist es heute nicht mehr, sondern ist eine Pflichtverletzung. Die Landwirtschaft, mag sie sein, wer will, in doch augenblicklich der Quell, aus dem wir all unsere Kraft schöpfen. Aber eines Quells Springkraft verliert sie in dem Maße, wie er Wasser versickern läßt, ehe es von dem zum Lichte drängenden Puls gefaßt und gehoben wird. Genau so ist es mit der Landwirtschaft. Wir wissen, wieviel Rindvieh, Schweine und sonstiges Getier wir haben, wir wissen, wieviel Tonnen Getreide uns gereicht sind. All das ist „erfaßt“. Aber manches kann nicht „erfaßt“ werden, was doch mit in die Rechnung gestellt ist. Zum Beispiel Eier. So und so viel Hühner haben wir, ergibt auf Grund früherer Lege-Ergebnisse so und so viel Eier. Aber — und das ist's Merkwürdige, das Guhn zur Kriegszeit ist legesaul geworden, es legt nicht mehr so viel — sagt der Bauer —, es fehlt an Futter, und soll nun neben jedes Huhn ein Gendarm gestellt werden, auf daß auch jedes Ei fein säuberlich reinkontrolliert werde? Das Beispiel ist scherzhaft, aber in der scherzhaften Schale sitzt ein etwiler Kern, es ist dar, daß einer auf die Gewissenhaftigkeit des andern angewiesen ist.

Eines wissen wir alle heute, wir werden nur haushalten können, wenn alles bis ins Feinste und Kleinste erfaßt werden kann und darum darf vom Lande nichts in die Stadt fließen, was nicht behördlich erfaßt ist. Wir haben, daß muß mit allem Nachdruck wiederholt werden, in Deutschland nicht so viel Lebensmittel, daß von ihnen hier und da etwas abfließen dürfte. Das Land ist die Kuh die uns alle nährt, und — um im Bilde zu bleiben — ein paar heimliche Euterstriche schmälern die Gesamtmenge Milch, auf die man rechnete. Was auf Umwegen und heimlichen Wegen vom Lande in die Stadt gelangt, ist nicht nur unrecht Gut, weil an ihm die Gesamtheit des Volkes teil hat, sondern es ist auch überzahltes Gut, denn der Bauer gibt es doch nur zu höheren Preisen ab, als er sonst erhält, denn welchen Grund hätte er sonst, es zurückzuhalten für den Gelegenheitskäufer? Käufer und Verkäufer vergessen, daß für beide Teile ein Ueberschreiten der Höchstpreise strafbar ist. Wer es gut mit sich und uns allen meint, der trete wo er kann, der Pascherei vom Lande in die Stadt entgegen. Muß diese Zeit, die so großes vor aller Welt von uns verlangt, bei uns daheim Kleinlichkeit und Schätzigkeit züchten? — Auf den Bahnhöfen wird auch in Hamburg jetzt eine strenge Aufsicht durchgeführt werden und besonders denen, die Sonntags die Dörfer heimsuchen, ein liebevolles Augenmerk schenken. Drücken wir aber vor diesem heimlichen Schleichhandel das Auge zu, so gleichen wir dem Manne, der sich einen Fuß abhackt, ob er gleich weiß, daß er zum Weltläufer antreten muß. Wollen wir solche Loren sein?

Zu dem gleichen Kapitel gehört aber auch der Handel über die Hintertreppe in der Stadt selbst; auch hier wird mehr gesündigt, als mancher Lust hat, abzuhähen. Beides muß aufhören. Wer Ohren hat, zu hören, weiß, daß nicht alles so rosig ist, wie manche sich vorstellen, und der Dratort kann

uns, nicht nur bildlich geredet, früher höher gehängt werden, als wir es uns denken. Wenn wir wirklich so viel Getreide haben, als wir bislang glaubten, hätten nicht die Zusatzbrotarten heruntergefaßt werden brauchen. Dies sollte allen zu denken geben, die heute noch meinen, wir wären bald über den Berg.

21. III. 1917

88

Änderungen in der Lebensmittelverteilung.

Wir haben bekanntlich wieder unsern Vorrat an Nahrungsmitteln nachgeprüft, um von den Ereignissen nicht überrascht zu werden, sondern ihnen mit rechtzeitigen Maßregeln zuvorzukommen. Besonders galt es, unsere Bestände an Getreide und Mehl und an Kartoffeln festzustellen. Eine unbedingte Sicherheit, daß man diesmal die Wahrheit herausbekommen hat, daß die Vorräte nicht größer und nicht kleiner sind, als sie angegeben worden sind, besteht natürlich nicht. Immerhin ist anzunehmen, daß die Mähdungen, in dieser entscheidungsvollen Zeit die vorhandenen Mengen möglichst sorgfältig zu berechnen und zu schätzen, von den Landwirten nicht unbeachtet gelassen sind. Jedenfalls müssen wir jetzt die Folgerungen aus dem Ergebnis ziehen, um für alle Fälle, auch den ungünstigsten, gesichert zu sein und bis zur neuen Ernte die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Wie man schon aus der ersten Rede des preussischen Staatskommissars für das Ernährungswesen, Dr. Michaelis, entnehmen konnte, sind unsere Getreidevorräte nicht mehr so reich, wie man bisher geglaubt hat. Woran das liegt, ob über die zugeteilten Mengen hinaus zuviel verbraucht worden ist, ob die ersten Schätzungen über die Wirklichkeit hinausgingen, das kann und soll hier nicht entschieden werden. Wir müssen uns mit der bitteren Tatsache abfinden, daß die Gesamtmenge an Getreide nicht mehr gestattet, daß der einzelne soviel Brot erhält wie bisher. Wir werden uns vom nächsten Monat an bis auf weiteres mit einer um ein Viertel geringeren Brotmenge begnügen müssen. Man darf sich nicht verhehlen, daß diese neue Einschränkung, die jetzt von unserm ohnehin schwer um sein Dasein kämpfenden Volk gefordert wird, ein großes Opfer bedeutet, daß sie nur von Menschen getragen werden kann, die um des höchsten Ziels wegen auch Schweres hinnehmen wollen, und die die festeste Zuversicht haben, daß ihr Dulden und ihr Aussharren in nicht allzulanger Zeit durch einen ruhmreichen Frieden geköhnt sein wird. Hätten wir nicht alle diesen Glauben, dann würde es schwerhalten, unserm Volk diese neue Entbehrung zuzumuten. Aber mit Recht könnte man antworten, daß auch mit der festesten Hoffnung, auch mit der patriotischsten Gesinnung ein Volk nicht satigemacht werden kann. Und deshalb hat sich die Regierung zur Einschränkung der Brotmenge nur entschlossen, weil die Aussichten für die Kartoffel- und Fleischversorgung bedeutend lichter geworden sind. Die lange Zeit der Kartoffel-Entbehrnis hat eine so beträchtliche Reserve geschaffen, daß man vom gleichen Zeitpunkt an, an dem das Brot verkürzt wird, jeder Person wieder wöchentlich 5 Pfund Kartoffeln liefern wird. Diese Lieferung soll unbedingt gewährleistet sein; sie wird der großen Menge des Volkes den Ausfall an Brot einigermaßen ersetzen. Außerdem wird die wöchentliche Fleischmenge, die dem einzelnen zufließt, verdoppelt, von 250 Gramm auf 500 Gramm erhöht werden. Die Sorge um die Preise soll der Bevölkerung möglichst abgenommen werden, da das Reich mit großen Zuschüssen einspringen wird. Die Regierung ist also willens, der Bevölkerung über die schwere Zeit, die ihr noch bevorsteht, mit wirksamen Mitteln hinwegzuhelfen. Ob nicht noch etwas darüber hinaus getan werden kann, das muß rechtzeitig untersucht werden. Jedenfalls werden Regierung, Staat und Volksganzes jetzt so uneingeschränkt für den einzelnen hinter der Front einzutreten haben, wie der einzelne an der Front jeden Tag von neuem für das Ganze sich einsetzt.

Die Versorgung des inneren Marktes und die Z. E. G.

N. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Die verstärkte Staats-Fausthaltskommission des Abgeordnetenhauses beriet am 13. und 18. März den Antrag von Heidebrand und Genossen, der Auskunft verlangt, wie bei der jetzigen politischen Lage die Versorgung des inneren Marktes durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft gefördert wird. Die Berichterstatter, die Abgg. Dr. Hoesch und Lippmann, brachten einzelne Beschwerdefälle gegen die Geschäftsführung der Z. E. G. vor. Im Anschluß an diese befragten sie die anwesenden Vertreter der Z. E. G. nach dem Verhältnis der Z. E. G. zu ihren Untergesellschaften, den Provinzialeinkaufs- und Bezirksstellen und den Reichsstellen, die sich mit der Verwaltung von Nahrungsmitteln beschäftigen. Sie fragten weiter nach den Grundsätzen der Preispolitik der Z. E. G. und nach der Einwirkung der Z. E. G. auf die Preispolitik ihrer sogenannten Untergesellschaften (Bezirkszentralen). Auch erbat man sie Auskunft, ob die Z. E. G. auch die innere Produktion ganz oder teilweise bewirtschaftet und Erläuterungen darüber, wie sich die Z. E. G. den Bestrebungen von Gemeinden und Behörden nach Selbstversorgung durch eigenen Import gegenüberstelle. Auch die Stellung der Z. E. G. gegenüber den Bestrebungen des freien Handels, selbst zu importieren, wurde von ihnen kritisiert und eine größere Heranziehung des freien Handels zu eigenem Import für wünschenswert erklärt. Für ebenso wünschenswert erklärten sie aber auch eine größere Hinzuziehung des freien Handels bei der Bearbeitung und Lagerung der von der Z. E. G. herangeschafften Waren. Die Heranziehung des freien Handels zu eigenem Import wurde von ihnen insbesondere auch mit Rücksicht auf die durch den Tauchbootkrieg geschaffene Lage empfohlen. Sie fragten auch nach der Tätigkeit der Z. E. G. in den besetzten Gebieten und erboten zum Schluß Aufklärung über die Höhe und Notwendigkeit der Geschäftskosten der Z. E. G. Aus der Mitte der Kommission wurde auch noch um Aufklärung über die Maßregeln der Z. E. G. zur Kriegsverordnung gebeten.

Hierauf gab Ministerialdirektor Müller und Geh. Regierungsrat Dr. Frisch, Geschäftsführer der Z. E. G., zunächst einen allgemeinen Überblick über die historische Entwicklung der Z. E. G. und kennzeichnete ihre augenblickliche Bedeutung für das Ernährungswesen. Sie stellten fest, daß wesentliche Teile der Einfuhr, wie z. B. Kartoffeln, Gemüse, Mele und Fette, mit Ausnahme von Butter und Schmalz, nicht unter die von der Z. E. G. einzuführenden Waren fallen. Sie legten ferner dar, daß die Verteilung nicht mehr Sache der Z. E. G. sei, vielmehr vom Kriegsernährungssamt und den ihm unterstellten Reichsstellen vorgenommen werde. Die innere Produktion bewirtschaftete die Z. E. G. überhaupt nicht mehr, ebenso habe sie keinen Einfluß auf die Produktion der besetzten Gebiete. Die Regierungsvertreter unterzogen ferner die Einfuhrverhältnisse aus den verschiedenen neutralen Staaten einer eingehenden, mit Zahlen belegten Besprechung. Sie berichteten auch über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse und die Valutafrage. Sie stellten fest, daß die Z. E. G. Gewinne nicht mache, aber allerdings darauf bedacht sei, Verluste, die sie durch risikoreiche Geschäfte etwa habe, auszugleichen.

Gesheimrat Frisch gab die Erklärung ab, daß die durch Vererb entstehenden Verluste verhältnismäßig nicht größer seien, als im Frieden und sich im handelsüblichen Rahmen hielten. Bei Krieg seien etwas größere Verluste eingetreten, bedingt durch die Qualität. Die Geschäftskosten seien so viel wie möglich herabgedrückt worden. Die Gehälter der Angestellten seien durchaus normal; eigentliche Direktorengehälter und Lantiamen würden überhaupt nicht gezahlt. Auch für die Notwendigkeit der Ermietung der jetzigen Geschäftsräume gab er eine erschöpfende Aufklärung. Bezüglich der Knappheit an Frisch erläuterte er, daß die außerordentlich ungünstigen Eisverhältnisse die Hauptschuld daran trügen und daß vom Januar ab die Einfuhren stark zurückgegangen seien. Die Regierungsvertreter erklärte, ferner, daß an den Bezirkszentralen und Provinzialeinkäufen, den sogenannten Untergesellschaften der Z. E. G., die Z. E. G. finanziell nicht beteiligt sei. Soweit diese Gesellschaften Abnehmer der Z. E. G. seien, dürften sie die von der Z. E. G. bezogenen Waren mit mäßigen Aufschlägen unter Aufsicht der lokalen Verwaltungsinstanzen weiter verreiben. Ueber die weiteren Geschäfte der Bezirkszentralen, die ihnen von den Landesbehörden übertragen seien, und über die Preispolitik dabei habe die Z. E. G. weder Kontrolle noch Verantwortung. Eine völlige Freilassung des Handels sei auch zur Zeit unmöglich, weil hierdurch auf den neutralen Märkten Verwirrung geschaffen würde, ohne daß die Ergebnisse besser würden als unter den gegenwärtigen Einfuhrverhältnissen. Im übrigen betonte er, daß der Fachhandel so gut wie möglich herangezogen würde, daß auf vielen Gebieten, z. B. auf dem Gebiete der Fischzufuhr ferner auch auf dem Gebiete der Lagerung und Abrechnung der eingeführten Konserven kooperative

Zusammenkünfte des Fachhandels gefördert worden seien. Auf anderen Gebieten dagegen sei es vielfach unmöglich gewesen, derartige Zusammenkünfte ins Leben zu rufen. Bei der Lagerung würde der Fachhandel, soweit er zugänglich gewesen sei, überall herangezogen werden. Die Bemühungen zur Heranziehung des Handels würden fortgesetzt werden. Die Wünsche der Gemeinden und Behörden, sich selbst zu versorgen, müßten im Interesse der allgemeinen Versorgung vorständig behandelt werden. Nur in besonderen Fällen dürfte hier die Z. E. G. eigene Einkäufe zulassen und auch dies nur im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungssamt und dem Reichsamte des Innern. Zu dem Antrage von Heidebrand und Genossen selbst erklärten die Regierungsvertreter, daß die Vermehrung der Einfuhr im Sinne dieses Antrages mit allen Mitteln gefördert werden würde.

Der anwesende Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst gab zu einigen von den Berichterstattern und aus der Mitte der Kommission erhobenen Beschwerden über den Geschäftsgang dieser Reichsstelle Erklärungen ab und sagte Abhilfe zu.

Von den Berichtstattern wurde schließlich folgender Antrag gestellt: Das Haus der Abgeordneten wolle folgendes erklären:

1. Die königliche Staatsregierung möge Sorge tragen, daß Grundsätze geschaffen werden, die die Verwaltung, Preisbildung und gesunde Handlung bei den Bezirks- und Provinzialstellen für die Lebensmittelverteilung regeln.

2. Es empfiehlt sich, daß die Zentraleinkaufsgesellschaft den örtlichen sachkundigen Handel mehr als bisher zum Einkauf und zur Lagerung einer Ware heranzieht. Damit ist auch für die Uebergangszeit nach dem Kriege die Ausnützung des freien Handels besser als bisher vorbereitet. Desgleichen erscheine, soweit dies irgend möglich, ist zur Zeit eine härtere Heranziehung des freien Handels zum Import aus den neutralen Staaten empfehlenswert.

Der Antrag wurde angenommen.

Die Gewerkschaftseingaben im Kriegs- Ernährungsamt und Kriegsamt.

Aus Anlaß der Eingaben der Gewerkschaften und Angestelltenverbände an den deutschen Reichskanzler und an das Kriegsernährungsamt fand am 13. März im Kriegsernährungsamt eine vierstündige Konferenz mit Vertretern der Verbände, die die Eingaben unterzeichnet haben, im Beisein der drei für das Ernährungswesen zuständigen Herren v. Batocki, General Gröner und Staatskommissar Dr. Michaelis statt, die sich eingehend und sachlich mit den Beschwerden und Vorschlägen der Eingaben beschäftigte und an der auch der Unterstaatssekretär des preußischen Landwirtschaftsministeriums v. Falkenhäusen, einige Vertreter des Kriegsamts und des Kriegsernährungsamts, ferner drei Vertreter der freien Gewerkschaften und je ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, deutscher Gewerksvereine, polnischen Berufsvereinigungen, der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und der Arbeitsgenossenschaft für einheitliches Angestelltenrecht teilnahmen.

Herr v. Batocki leitete die Aussprache ein mit dem Wunsche nach eingehender Information über die Beschwerden und Vorschläge der Gewerkschaften und nach einer Verständigung. Er ziehe eine mündliche Klärung der Abgabe einer schriftlichen Antwort vor, wolle aber vermeiden, auf die Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem preußischen Landwirtschaftsminister einzugehen. Herr Umbreit (General-Kommission) begründete die Eingaben in längeren Ausführungen. Das mit der Einsetzung des Kriegsernährungsamts erstrebte Ziel, die Einheitlichkeit und Schnelligkeit der Kriegsernährung zu sichern, sei nicht erreicht worden. Die Landeszentralbehörden ständen nach wie vor der einheitlichen Regelung und der Durchführung der Maßnahmen des Kriegsernährungsamts hindernd im Wege, vor allem suche das preußische Landwirtschaftsministerium einen verhängnisvollen Einfluß auf die Preisregelung und Verteilung der Lebensmittel zu gewinnen. Die Rationierung bestehe nur für die städtischen Verbraucher, den Erzeugern würden größere Mengen belassen, und auf dem Lande sei das Vorhandensein größerer Vorräte durch den Schleichhandel erwiesen. Der Landwirtschaftsminister suche die Landbevölkerung der strengen Rationierung zu entziehen und verlange eine Rücksichtnahme auf die Stimmung der ländlichen Erzeuger, die deren Gewissenhaftigkeit nur abschwächen könne. Die einseitige Erzeugerpolitik des Landwirtschaftsministers sichere uns kein Mehr an Lebensmitteln, weil die Voraussetzungen dafür — Boden, Dünger, Gelpans und Arbeitskräfte — nicht beliebig vermehrbar seien, und führe nur zu Verschiebungen in der Erzeugung zugunsten des lohnenderen Anbaues und zum Nachteil der durch Höchstpreis gesetzten Massenbedarfsmittel. Nicht minder wichtig als die Stimmung der Erzeuger von Lebensmitteln sei die Stimmung der Verbraucher, besonders der Arbeitermassen als Erzeuger anderer ebenso wichtiger Verteidigungsmittel.

Herr v. Batocki erwiderte, daß die Rationierung, soweit es sich um Lebensmittel handelt, deren Regelung das Reich übernommen habe, für alle gleich sei. Das Kriegsernährungsamt habe eine Anreizpolitik niemals verfolgt. Die Getreide- und Kartoffelpreise in den übrigen Ländern seien fast durchweg höher als in Deutschland. Das Landwirtschaftsministerium habe den Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes nicht entgegengewirkt. Wenn es in einzelnen Betrieben zu Streiks gekommen sei, so habe wohl auch die Lohnfrage dabei eine Rolle gespielt.

General Gröner erklärte, daß das Kriegsamt bereits heute in Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt und jederzeit zu dessen Verfügung stehe, ebenso auf Ersuchen des preußischen Staatskommissars für Ernährung bereit sei, alle Maßnahmen dieser Stelle zur Erfassung von Lebensmitteln zu unterstützen. Seit Amt sei jedoch so überlastet, daß nicht daran zu denken sei, ihm auch noch die Durchführung der Kriegsernährung mit zu übertragen. Der preußische Staatskommissar Dr. Michaelis erläuterte die Gründe, die zur Schaffung seines Amtes geführt haben. Sie liegen im wesentlichen in der Behinderung der Ernährung durch die bisherige landesbehördliche Organisation. Wir stehen im dritten Kriegsjahr ungewisshaft der Tatsache gegenüber, daß die Moral eines Teils der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande insofern gelunden ist, daß mancher glaubt, zunächst für sich sorgen zu müssen. Deshalb muß das Gesamtinteresse durch schärferes Zugreifen gewahrt werden. Was die Eingaben fordern, sei im wesentlichen durch die Einrichtung seines Amtes erreicht. Die Vorräte seien knapp, daher seien auch außerordentlich strenge Maßregeln erforderlich, durch die die Bevölkerung vor Not geschützt werden soll. — Herr v. Batocki ergänzt diese Ausführungen durch Darlegungen in bezug auf die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse der Erhebungen über unsere Lebensmittelvorräte, die noch nicht abschließend, aber doch als recht ernst zu bezeichnen seien. Es müsse besonders an Getreide ganz außerordentlich gespart werden; für etwaige Fehlbeträge daran werde der Bevölkerung mehr Fleisch und daneben möglichst Graupen, Erbsen und Sauerkohl geliefert werden. Zwischen den drei Zentralstellen bestehe vollständiges Einvernehmen über die Notwendigkeit eines schärferen Zusaffens.

Herr Cohen (General-Kommission) gab nähere Details über einige Arbeiterausstände und wies den engen Zusammenhang zwischen den hohen Lebensmittelpreisen und den Lohnforderungen der Arbeiter nach. Der illegale Handel sei doch ganz bedeutend, denn die Fabriken stellen ihren Arbeitern große Posten von Kraftnahrungsmitteln zur Verfügung, allerdings zu Preisen, für die selbst die gegenwärtig hohen Löhne noch nicht ausreichen. Redner interpelliert das Kriegsernährungsamt wegen der in Aussicht gestellten Besserung der Kartoffelration für Berlin und Umgegend. Man habe diesen die Fleischzulage entzogen, ehe die

verheißene Kartoffelversorgung zur Tatsache wurde. — Herr v. Batocki entgegnete, daß solche Maßnahmen wochenlang vorher eingeleitet werden müßten. Niemand habe damals die Wiederkehr der Frostperiode im März voraussehen können, die die Kartoffelzufuhr verhinderte.

Herr Legien wies auf die große Bedeutung der Ernährungsfrage für die Durchführung des Hilfsdienstes hin und rügte scharf die unzureichenden Löhne, mit denen viele Unternehmer ihre Arbeiter abspießen.

Unterstaatssekretär v. Falkenhäusen erklärt namens des preußischen Landwirtschaftsministeriums, er sei erfreut, einmal Aug in Aug den Angriffen auf das von ihm vertretene Ressort entgegenzutreten zu können. Der Landwirtschaftsminister sei gar nicht der Vater aller Überstände in der Ernährungsfrage, als der er betrachtet werde, sondern er wolle mit der Hebung der Erzeugung vor allem den Verbrauchern dienen. Von dem Wirken des Landwirtschaftsministeriums komme nur das Wenigste in die Öffentlichkeit, aber man dürfe versichert sein, daß das Zusammenarbeiten mit dem Kriegsernährungsamt keine Hemmnisse aufzuweisen habe. Gegenwärtig habe der Landwirtschaftsminister auf die Ernährungsfrage überhaupt nur geringen Einfluß und einen Teil seiner Befugnisse an das neue Staatskommissariat für Ernährungsweisen abgegeben.

General Gröner geht auf die Beschwerden des Herrn Legien näher ein und sagt eine Hilfe des Kriegsamts in der befriedigenden Regelung der Lohnfrage zu. Hinsichtlich der Ernährung sei damit zu rechnen, daß große Anforderungen an die Bevölkerung gestellt werden. Um so mehr komme es darauf an, die volle Nervenkraft zu bewahren, damit Deutschland siegreich bleibe. — Da Herr v. Falkenhäusen inzwischen die Konferenz wegen anderweitiger bringender Geschäfte verlassen hatte, stellte Herr Umbreit fest, daß er und seine Gewerkschaftsfreunde dem Vertreter des preußischen Landwirtschaftsministeriums gern erwidern hätten und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die Auseinandersetzungen hier unterblieben und an anderer Stelle ausgetragen würden.

Herr v. Batocki faßt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die drei zuständigen Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preußischer Staatskommissar, einheitlich zusammen arbeiten und einmütig von der Notwendigkeit einer schärferen Erfassung und Durchführung der Rationierung und Verteilung überzeugt seien, sowie daß alles getan werde, um die Ernährung der Arbeiterschaft sicherzustellen. Es dürfte aber nicht verkehrt werden, daß die Vorräte außerordentlich knapp geworden seien, daß die Erzeugung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe und daß auf weitere Knappheit gerechnet werden müsse. Er hoffe, daß die mündliche Aussprache die Vertreter der Gewerkschaften davon überzeugt habe, daß die verantwortlichen Stellen im Reich sich des Ernstes der gegenwärtigen Lage voll und bewusst seien.

Die Ernährungsinspektion.

Die Gewerbe-Inspektion ist durch eine Schwesterinstitution ergänzt worden, durch die Ernährungsinspektion. Im Trübel der Kriegseignisse und der großen Umwälzungen der Welt ist diese innere Reform fast unbemerkt geblieben, obschon sie an sich Beachtung verdiente. Wie die Gewerbe-Inspektion die arbeitenden Klassen im Produktionsprozeß zu schützen bestimmt ist, so das Ernährungsinspektorat im Konsum. Zunächst für die Dauer des Krieges eingeführt, wird dieses Amt auch im Frieden fortbauern, sofern sich nur der Staat auch in Zukunft seiner Pflichten gegen die arbeitenden Klassen bewußt bleibt. Allerdings wird es für die Friedenszeit mancher Aenderung und vielfacher Ausgestaltung bedürfen, vor allem der organischen Mitarbeit von Angehörigen der arbeitenden Klassen die alte, denen zu dienen das Amt berufen ist. Die erste Forderung, daß zur Gewerbe-Inspektion Arbeiter und Arbeiterinnen herangezogen werden, ergänzt sich so von selbst durch die Forderung ihrer Teilnahme an der Ernährungsinspektion.

Eine Verordnung des Volksernährungsamtes vom 15. d. schafft 31 Inspektionsbezirke, somit mehr, als wir Gewerbe-Inspektorate besitzen, und stellt jedem einen Ernährungsinspektor an die Spitze. Diese haben folgende Aufgaben:

Sie sollen zunächst in allen mit der Volksernährung mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Angelegenheiten eine stetige Fühlungnahme der Bevölkerung mit dem Amte für Volksernährung ermöglichen, auf dem Gebiet des Ernährungswesens die Verhältnisse im Lande kennen zu lernen suchen und die Abstellung von Uebelständen veranlassen. In Notstandsfällen aller Art ist nunmehr neben und über der politischen Bezirksbehörde der Ernährungsinspektor das vorerst anzuerkennende Organ.

Dieses hat zweitens über die Handhabung der einschlägigen Vorschriften und des Ernährungsdienstes überhaupt dem Amte für Volksernährung unmittelbar Bericht zu erstatten sowie die von diesem Amte angeordneten Erhebungen, Revisionen und sonstigen Amtshandlungen vorzunehmen. Da weite Gebiete des Staates noch heute die Vorschriften sehr lag handhaben und da außerdem die Behörden eine von Ort zu Ort sehr abweichende Praxis befolgen, erwächst diesen Organen ein weites Feld sehr dankenswerter Tätigkeit.

Die Ernährungsinspektion ist zugleich der erste Versuch einer regelmäßigen Verwaltungsinspektion im Rahmen unserer Behördenorganisation. Denn zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten haben die Ernährungsinspektoren mit den an die Befehle des Amtes für Volksernährung gebundenen Behörden und Beamten stets die engste Verbindung aufrecht zu erhalten und sind berechtigt, an den Sitzungen der in den einzelnen Ländern zu errichtenden oder schon bestehenden Wirtschaftsräte und Wirtschaftsamter mit beratender Stimme jederzeit teilzunehmen.

Die Befugnisse der Inspektoren gegen Private sind allerdings noch eng gezogen: Es ist jedermann verpflichtet, den Ernährungsinspektoren und den von ihnen beauftragten, gehörig legitimierten Organen Auskünfte über Vorräte, bezahlte, geforderte oder angebotene Preise und alle für deren Bestimmung wichtige Umstände zu geben. Von dieser Pflicht sind nur jene ausgenommen, die selbst einer strafbaren Handlung verdächtig sind.

Den Ernährungsinspektoren und den von ihnen beauftragten, gehörig legitimierten Organen ist der Zutritt zu den geschäftlichen Betriebs- und Vorratsräumen zu gestatten. Private Wohnungen und deren Nebenzimmer dürfen die Ernährungsinspektoren und ihre Organe nur dann betreten, wenn sie sich mit einem besonderen Auftrage des Amtes für Volksernährung ausweisen.

Wer den Ernährungsinspektoren oder ihren Organen den Zutritt in seine Betriebs-, Vorrats- oder sonstigen Räume oder die Erteilung von Auskünften verweigert oder unrichtige Auskünfte erteilt, wird von der politischen Behörde mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft.

Diese unzulänglichen Machtbefugnisse lassen sich neben denen der Fabriksinspektoren immerhin noch sehen.

Neuartig ist auch die Berufsungsweise geregelt. Bisher war Gepflogenheit, alle dem Statthalter nachgeordneten Beamten des Kronlandes aus dem Landesstatus zu nehmen und ihm mittelbar oder unmittelbar zu unterstellen. Die Ernährungsinspektoren jedoch ernannt der Leiter des Amtes für Volksernährung, sie unterstehen dem Amte für Volksernährung, von dem sie auch ihre näheren Dienstinstruktionen erhalten. Sie besitzen also alle gebührende Unabhängigkeit von den örtlichen und provinziellen Einflüssen.

Die Amtsbezirke der Inspektoren sind Wien für den Inspektionsbezirk Wien, Wiener-Neustadt für Niederösterreich rechts der Donau, Wien für das Land links der Donau, Johann Linz, Salzburg, Graz, Leoben, Gitsi, Klagenfurt, Laibach, Triest, Zara, Innsbruck (13. Inspektionsbezirk), Innsbruck (14. Inspektionsbezirk), Trient, Prag, Pilsen, Budweis, Pardubitz, Reichenberg, Brüx, Brünn, Jglau, Olmütz, Mährisch-Ostau, Troppau, Kroatien, Tarnow, Neu-Sandez, Lemberg, Sambor.

Nur an einer Stelle ist diese Bezirkseinteilung mangelhaft. Der 25. Inspektionsbezirk Mährisch-Ostau umfaßt nicht das ganze mährisch-schlesische Kohlenbecken, sondern nur den mährischen Teil desselben, obwohl dieses Gebiet aus hundert Gründen für den Ernährungsdienst als Einheit zu behandeln wäre. So schleppt auch diese neue Behördenerschöpfung den Kopf der feudalen Kronlandseinteilung weiter mit sich. Ihre Wirksamkeit wird von zwei Dingen abhängen, von der Art der Instruktionen, die sie vom Ernährungsamt mitbekommt, und von der Eignung der Beamten, die zu diesem heute wichtigsten Dienste berufen werden.

Aktuelle Ernährungsfragen.

Die Notstandsaktion der Regierung.

Die von der Regierung eingeleitete Notstandsaktion zur Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit wichtigen Nahrungsmitteln, vor allem mit Fleisch, wird sich in diesen Tagen schon in Wien bemerkbar machen. Volkswirtschaftlichen und öffentlichen Ausweiseaktionen erhielten bereits größere Fleischmengen zu diesem Behuf zugewiesen. Wie verlautet, soll pro Teilnehmer eine Ration von zehn Dekagramm Fleisch pro Mahlzeit vorgesehen worden sein. Dies sind die Gesichtspunkte zur Durchführung der provisorischen Aktion, der die definitive Notstandsaktion folgen wird. Da sich die Erfassung jener Kreise der Bevölkerung, die durch die Notstandsaktion bedacht werden sollen, sehr schwierig gestaltet, dürfte man in Wien die Anspruch erhebende Bevölkerung im Wege eines Aufrufes zur Anmeldung für Beteiligung aus dieser Notstandsaktion einladen. Diese Anmeldungen sollen dann durch eigene Kommissionen auf die Unterstützungswürdigkeit geprüft werden.

Ueber die Durchführung der Notstandsaktion in den einzelnen Kronländern erwartet das Volksernährungsamt Vorschläge seitens der einzelnen Statthalter und Landespräsidenten.

Für die provisorische Notstandsaktion in Wien hat die Großschlachterei A.-G. heute neuerdings 144 Stück Rinder zur Schlachtung erhalten. Dies ist schon die dritte billige Fleischzuweisung für die Kriegsvolkswirtschaftlichen und die öffentlichen unentgeltlichen Ausweiseaktionen.

22. III. 1917

83

Änderung in der Nahrungsmittelzuteilung.

Die für die verschiedenen Nahrungsmittel erhobenen Bestandsaufnahmen haben teils günstige, teils weniger günstige Ergebnisse gezeitigt, so daß sich für die nächsten Monate, da wir mit den knapperen Vorräten an einigen wichtigen Nahrungsmitteln haushalten müssen, zu einer erhöhten Zuteilung der reichlicheren Vorräte übergehen werden. Das Ergebnis der Getreidebestandsaufnahme im besonderen ist nach den vorangegangenen Ernteschätzungen weniger gut, als erhofft, ausgefallen. Würden wir in dem jetzigen Verbrauch an Brotgetreide fortfahren, so wäre die natürliche Folge ein Fehlbetrag in unseren Getreidevorräten, der im Interesse einer auf lange Zeit hinaus gesicherten Ernährung aber unbedingt vermieden werden muß. Das Ergebnis der Bestandsaufnahme steht zwar heute noch nicht endgültig fest. Infolge Mangels an Kohlen und Arbeitskräften sind die Drescharbeiten in vielen Bezirken noch sehr weit zurück, und die ungedroschenen Vorräte lassen sich nur schwer auch nur annähernd richtig schätzen. Für die nächste Zeit wird daher unter Zuhilfenahme militärischer Arbeitskräfte eine Nachprüfung der Schätzungen durchgeführt werden. Wie diese Nachprüfung aber auch ausfallen mag, auch wenn sie die Schätzung erheblich übertreffen sollte, so wird doch, bis die Zahlen endgültig feststehen, zu einer Einschränkung des Brotgetreideverbrauchs geschritten werden müssen.

Zur Erfassung der sämtlichen Bestände wird zu geeigneten Maßnahmen übergegangen werden. Alles Getreide, das der Erzeuger nach den Bestimmungen nicht für sich selbst für Speise oder Futterzwecke zu erhalten gerechtfertigt ist, wird ihm abgenommen und der Verteilung zugeführt werden. Die noch nicht ausgedroschenen Bestände werden mit behördlicher Unterstützung ausgedroschen werden. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß sich auf diese Weise die geschätzten Vorräte erheblich vergrößern werden, aber wie gesagt, können die verantwortlichen Stellen darauf ihren Verteilungsplan nicht aufbauen. Durch die Einfuhr aus Rumänien wird die Menge auch noch hinaufgesetzt werden können. Der Fehlbetrag hat seine Ursachen einmal darin, daß in verschiedenen Städten während der Frostperiode erhebliche Mengen Mehl mehr als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln verbraucht wurden, zum anderen in erheblichen aufgedeckten Brotartenfälschungen. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, in Essen die gesamte Mehlereserve durch Brotartenfälschungen verbraucht worden.

Die Kartoffelbestandsaufnahme vom 1. März hat erfreulicherweise ein weit günstigeres Ergebnis gezeitigt. Die Kartoffeln haben anscheinend im großen und ganzen unter dem Frost nicht so gelitten, wie vielfach befürchtet wurde. Es wird daher möglich sein, wenn eine Verminderung in der Brotzuteilung durchgeführt wird, die Kürzung durch erhöhte Zuteilung von Kartoffeln auszugleichen, ja sie soll nur unter der unbedingten Garantie dieser erhöhten Zuteilung überhaupt vorgenommen werden, wenn es möglich ist, die Wochenmenge von 5 Pfund zu geben.

Die Viehzählung, die am 1. März vorgenommen wurde, hat auch erfreuliche Zahlen, besonders was unseren Rinderbestand betrifft, ergeben, so daß wir ohne Befürchtungen die Fleischportionen erhöhen können. Es wird möglich sein, vom 15. April ab, wenn die Verringerung der Brotmenge in Kraft tritt, ein Pfund Fleisch pro Kopf und Woche zu geben. Das sozusagen als Ersatz für die Brotmenge gegebene halbe Pfund Fleisch soll durch Reichszuschuß zu einem Preise abgegeben werden, der ungefähr dem Wert der weggefallenen Brotmenge entspricht, so daß auch die minderbemittelte Bevölkerung sich das Fleisch erwerben kann.

Zu irgendwelchen Befürchtungen wegen der Einschränkung der Brotmenge ist gar kein Anlaß, da sie durch Zuteilung anderer hochwertigerer Nahrungsmittel zu niedrigen Preisen ausgeglichen wird und nur unter diesen Voraussetzungen überhaupt erfolgen soll.

Deutschlands Wirtschaftsplan.

Für die Ernte 1917.

Am 15. d. fand unter Leitung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes eine Beratung der Minister der Bundesstaaten über Fragen der Kriegswirtschaft statt. Den Gegenstand der Beratungen bildete neben der Sicherung der Volksernährung für die nächsten Monate bis zur neuen Ernte der Preis- und Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr. Die Grundzüge für die Organisationszusammenfassung der Bewirtschaftung fanden die Zustimmung der Versammelten. Die nötigen Verordnungen werden auf Grund der Beratungen nunmehr so vorbereitet werden, daß sie rechtzeitig vor Beginn der neuen Ernte in Kraft treten.

Auch die neuen Preisvor schläge des Kriegsernährungsamtes fanden grundsätzliche Zustimmung. Die Beschlüsse des Reichstagsausschusses für Volksernährung wurden der Beratung mit zugrunde gelegt. Dessen Wunsch nach möglichster Vermeidung einer Verteuerung der Brotpreise infolge der Erhöhung der Roggen- und Weizenpreise fand vielfach Zustimmung. Gegen die von einigen Seiten angeregte etwas höhere Bemessung der Preise für Gerste und Schlachtvieh wurden von anderen Seiten erhebliche Bedenken erhoben. Für Weizen, Roggen, Hafer und Gerste hat der Bundesrat die Preisvorlage des Kriegsernährungsamtes im wesentlichen unverändert angenommen. Danach wird für den Berliner Bezirk der Preis des Roggens auf 270 Mark, der des Weizens auf 290 Mark für die Tonne erhöht. Die Hafer- und Gerstenpreise werden herabgesetzt, und zwar der Preis des Hafers, der im vorigen Jahre 300 bis 360 Mark, im laufenden Jahre 300 Mark abfallend bis auf 270 Mark betrug, durchweg auf 270 Mark, der Preis der Gerste, die im vorigen Jahre bis 360 Mark und im laufenden Jahre, von geringeren Mengen billigerer Futtergerste abgesehen, zwischen 340 und 300 Mark kostete, gleichfalls durchweg auf 270 Mark. Die Preise für Hülsenfrüchte und Delfrüchte für das nächste Jahr bleiben, wie bisher festgesetzt, bestehen. Der Zuderrübenmindestpreis beträgt nach der schon bekanntgegebenen Bundesratsverordnung Mk. 2.50 für den Zentner. Der Kartoffelpreis, der im laufenden Jahre durchschnittlich etwa Mk. 4.50 beträgt, soll auf 5 Mark erhöht werden. Der Herbstkartoffelpreis tritt statt wie bisher am 1. Oktober schon

am 15. September an Stelle des höheren Frühjahrkartoffelpreises in Kraft und soll, um die Lieferung an die Bedarfsbezirke im Herbst möglichst zu steigern, zum Frühjahr nicht steigen, sondern das Jahr über unverändert bleiben. Für Runkelrüben, Kohlrüben und Feldmöhren werden, um der Neigung, ihren Anbau an Stelle des Kartoffel- und Zuderrübenanbaues allzusehr zu steigern, entgegenzuwirken, erheblich niedrigere Höchstpreise als bisher, nämlich Mk. 1.50 (bisher Mk. 1.80), beziehungsweise Mk. 1.75 (bisher Mk. 2.50) und Mk. 2.50 (bisher Mk. 4.—) für den Zentner festgesetzt. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes bleibt berechtigt, zeitweilig Preiszu- und -Abschläge in mäßiger Höhe für die Bodenerzeugnisse festzusetzen.

Sinsichtlich der Viehpreise hat der Bundesrat die Vorschläge des Kriegsernährungsamtes angenommen. Danach betragen vom 1. Mai an die Preise für Schlachtschweine bis zu 60 Kilogramm 53 bis 61 Mark und von 85 bis 100 Kilogramm 72 bis 80 Mark. Das bedeutet gegen früher eine Preisminderung von 20 bis 25 Prozent. Infolge dieser Preissenkung ist im April auf ein starkes Angebot von Schweinen zu rechnen. Deshalb werden die Rinderpreise nicht gleichzeitig, sondern erst zum 1. Juli gesenkt, um für die Monate Mai und Juni, wo wegen der Knappheit an sonstigen Nahrungsmitteln, ebenso wie im April eine verstärkte Lieferung von Schlachtvieh nötig sein wird, ein ausreichendes Angebot zu sichern. Die Schlachtviehpreise betragen vom 1. Juli an 1. für gering gemästete Rinder einschließlich Fressern 55 Mark; 2. ausgemästete Dähen und Kühe über sieben Jahre, Bullen über fünf Jahre und abgeflächte Dähen, Kühe, Bullen und Färken jedes Alters im Lebendgewicht von bis zu 55 Zentner 60 Mark und steigen bei Rindern von mehr als 115 Zentner auf 85 Mark; 3. für ausgemästete oder vollfleischige Dähen und Kühe bis zu sieben Jahren, Bullen bis zu fünf Jahren und Färken 90 Mark. Die Preissenkung gegen früher beträgt rund 15 Prozent.

Die neue Preisregelung bringt der Landwirtschaft als Gesamtheit annähernd dieselben Einnahmen aus den abzuliefernden Erzeugnissen wie bisher. Sie bewirkt aber eine Verschiebung nach zwei Richtungen. Durch die bisherige Preisregelung sind die hauptsächlich auf den Roggen-, Hafer- und Kartoffelbau angewiesenen Bezirke mit ärmeren Böden durchschnittlich benachteiligt. Sie werden jetzt besser gestellt, während die an Wäldern und Wiesen reichen Betriebe und die Bezirke mit starkem Gerstebau, die trotz der fehlenden Gersteinfuhr eine starke Schweinezucht treiben konnten, weniger günstig als bisher stehen. Im einzelnen Betriebe bewirkt die Preisregelung, daß nicht wie bisher die Verfütterung, sondern die Ablieferung von Körnern und Kartoffeln für den menschlichen Genieß die günstigere Bewertung bringt, und daß ferner das beste Futter und die beste Weide künftig weniger den Schlachtieren als dem Milchvieh zugewiesen werden. Im Vergleich zum feindlichen Ausland bleiben unsere Preise für Getreide, Kartoffeln und Zuderrüben auch nach der Erhöhung noch wesentlich zurück, während die Preise für Schlachtvieh, die bisher zum Teil erheblich höher waren, als die ausländischen, diesen mehr angenähert werden.

Die Probleme der Volksernährung.

Vom Generalmajor Anton Höfer, k. k. Minister und Leiter des Amtes für Volksernährung.*)

Närrische Entfernung erschwert jedes Urteil. Auch der Nachbar bleibt uns fremd, wenn wir nur durch eine offene Tür in sein Leben hineinschauen dürfen, wenn er uns nicht sagt, was ihn freut oder bedrückt. Wir vernehmen wohl durch die Wand gedämpfte Stimmen, abgerissene Worte ohne rechten Zusammenhang. Interesse und Neugier hören zu, und unwillkürlich beginnt die Phantasie daraus ein Bild des Nachbarn und seiner Lebensweise zu gestalten. Weil wir aber nur allzu leicht von der Richtigkeit und Klugheit unserer Gedanken überzeugt sind, lassen wir uns von einer verzeihlichen Eitelkeit gerne verleiten, unsere kleinen Erfahrungen und Vermutungen für Tatsachen zu nehmen.

Ein österreichischer Staatsmann hat einmal von der „Wiener Krankheit“ der österreichischen Zentralstellen gesprochen, die das Leben der Kronländer nach dem Wiener Beispiel verstehen und ordnen wollen, ein anderer hat aus Budapest wegen einer Aeußerung über Ungarn hören müssen, daß sein Urteil das eines „distinguished foreigner“ sei. Aus allen diesen kritischen Worten klingt der Vorwurf, die abgerissenen, aus der Ferne vernommenen Worte zur Grundlage eines Urteils verwendet zu haben, das nur auf eigener Anschauung, auf persönlicher Ueberzeugung hätte beruhen dürfen.

Dem großen Publikum hat der Krieg nebst vielem anderen auch das Reisen abgewöhnt. Kommt nun doch jemand über die Leitha zu uns, so bestürmt ihn alles mit Fragen: „Wie ist es dort? — Wie lebt man dort?“ Uebelwollen und Mißverständnis, die bösen Begleiter jedes Gerüchtes, entnehmen oft ganz harmlos gemeinten Worten, was ihnen gefällt oder mißfällt. Eine ganz bedeutungslose Erzählung wird von Mund zu Mund vergrößert und verschlimmert, zuletzt heißt es: „Ja da drüben, in Ungarn, die leben!“

In diesen Worten darf freilich nicht gleich eine Feindseligkeit gegen die ungarische Nation erblickt werden. Es ist ein Stück Aerger des Einzelnen, daß er nicht mehr so üppi leben darf, als in Friedenszeiten. Geklagt wurde in Oesterreich von jeher, und das hübsche Schimpfen ist schließlich ein Vergnügen, das bisher am wenigsten eingeschränkt wurde. Uebrigens hat Baron Rütthy in seinem in der „Monarchie“ erschienenen Artikel über „Mißverständnisse bei der Volksernährung“ unsere Entschuldigung durch sein freimütiges Geständnis, daß ja tatsächlich die Mehlerverbrauchsquote der landwirtschaftlichen Bevölkerung Ungarns verhältnismäßig höher gestellt ist, als die des österreichischen Bürgertums. Die wiederholte Klage über Ungarns Schwierigkeiten in der Versorgung mit Zucker, Kaffee und Petroleum, die kennen wir leider ebenso aus dem Munde unserer Landbevölkerung. Da fehlt dem großen Agrarier Ungarn dasselbe, wie jedem kleinen Agrarier Oesterreichs. Und bekanntlich erscheint uns stets am unentbehrlichsten, was uns mangelt.

Die Augen des Laien richten sich vor allem auf Ungarns Reichtum an Brotfrüchten, auf seinen Ueberschuß an Mehl. Daß von den entbehrlichen Vorräten jedoch ansehnliche Teile zur Deckung des Heeresbedarfes dienen, das wurde ausdrücklich und offiziell vom k. k. Amt für Volksernährung in Wien hervorgehoben. Wer aber ungarische Verhältnisse nicht näher kannte, dem fiel die Höhe der Mehlration der dortigen Landbevölkerung auf; während im Sinne der Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern vom 15. Jänner 1916 N. G. Bl. Nr. 15 der Verbrauch für den Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung 240 Gramm, beziehungsweise für Schwerarbeiter 300 Gramm Mehlerprodukte beträgt, belieh die Verordnung des königl. ung. Ministeriums vom 27. Dezember 1915 Z. 4586 „Individuen, die sich mit der Urproduktion befassen“, per Tag und Kopf 400 Gramm Mehl. Seither ist freilich auch in den Ländern der Stephanskrone an eine Kürzung der Mehleration geschritten worden. Wenn aber Geheimrat v. Navay betont, daß Brot ein Hauptnahrungsmittel der bäuerlichen Produzenten ist, so wird dieses Argument den minder reich besetzten Zuschauer nicht ganz überzeugen, gar wenn er ein österreichischer Bauer ist, und ganz ebenso wie sein ungarischer Berufsgenosse auf dieses sein Hauptnahrungsmittel schwört, in dessen Genuß er so sehr eingeschränkt wurde. Man wird ihm noch sagen müssen, daß kein gerinaer Unterschied in den Gewohnheiten besteht, daß

Ungarn vor allem ein Weizenland ist, daß es viel mehr Weizen baut. Während die Kopfquote an Weizen im Durchschnitt von 1909 bis 1913 in den österreichischen Kronländern nur 42,6 Kilogramm betrug, war sie in Ungarn 1912: 105,9 Kilogramm, im schlechteren Erntejahr 1909 noch immer 78,4 Kilogramm. Ein solcher Reichtum muß dem armen schlesischen Weber, der nur eine Kopfquote von 16 Kilogramm Weizen im Jahresdurchschnitt hat, dem Niederösterreicher mit seinen 35 Kilogramm schon in die Augen stechen. Der Lust an der Kritik in Oesterreich wird man aber noch eines zugewöhnen müssen: Die Schwierigkeit, ein Reich von so verschiedenem Landschaftscharakter gleichmäßig versorgen zu können. Ja Ungarn gibt es nicht viele Plätze, die nicht ihren Bedarf und weit mehr auf eigener Bodenenerzeugung zu bededen imstande wären. Wieviele Kronländer Oesterreichs waren aber schon in Friedenszeiten auf Einfuhr angewiesen. Die tapferen Söhne der Theisebene haben die alpinen Hochgebirge und den öden Karst kennen gelernt; sie werden heimkehren und den Thren von unfruchtbaren Steinböden, von wasserlosen Felsen erzählen und milder denken von den Menschen, die dort ihr karges Leben fristen und nicht auf reicherer Scholle tausendfältige Frucht ziehen können. Die Kinder werden die Augen erlaunt aufreißen, wenn sie hören, daß ein wenig Ackererde im Karst so kostbar ist, daß sie Gegenstand eines Diebstahls sein kann. Auch der arme Kleinhausler Ostgaliziens ist nicht verwöhnt. Er ist nicht das ganze Jahr über Brot. Vor der Ernte lebt er von Kräutern und unreifem Obst, von roten Rüben, Pilzen und Brennnesseln.

*) Aus der deutsch-ungarischen von Minister o. D. Doktor Sz. J. Cs. geleiteten Halbmonatsschrift „Die Monarchie“.

Noch eine traurigere Geschichte gibt es: Auch Ungarn mußte den Schmerz feindlicher Invasoren erdulden; wie lange wird es dauern, ehe in Galizien die Spuren der Russennot verschwunden sein werden? Wie viel schöner und jedem Oesterreicher teurer Boden wurde von den Geschossen der Italiener aufgerissen und verwüstet. Nicht wenige unserer Mitbürger mußten ihren guten Grund verlassen, müssen nun von dem Leben, was ihnen Treue und Mitleid zuwendet. Darum darf man mit unseren Rögglern nicht zu streng sein; sie stehen sich selber gerne beneiden.

Eigene Anschauung wird halb aller Ungerechtigkeit ein Ende machen. Schon hat die Mitarbeit der Vertreter des Wiener und des Berliner Ernährungsamtes in Budapest begonnen, schon haben wir Ungarns Vertreter bei uns begrüßt. Fruchtbare und gemeinsame Tätigkeit setzt ein. Dann wird die siegreichen Mitkämpfer nicht nur das ampfbewährte hohe Pflichtgefühl der Treue verbinden, sondern im so jeder das Gefühl richtigen Erkennens und vorurteilsloser Wertschätzung.

Ein Wirtschaftsplan.

Der Batockische Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1917/18, dessen Grundzüge kürzlich an dieser Stelle erörtert wurden, hat nun die Genehmigung des deutschen Bundesrates erhalten. Damit tritt in den wichtigsten Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft eine Preisverschiebung ein, die den Zweck verfolgt, die Erzeugung pflanzlicher Nährstoffe zu erhöhen, auch wenn dies mit einer Mindererzeugung tierischer Nährstoffe erkauft werden müßte. Die Erfahrung hat gelehrt, daß unter den gegebenen Preisverhältnissen der Kriegszeit für die Ernährung der städtischen Volksschichten vor allem Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchte in Betracht kommen, Fleischnahrung aber eine mindere Rolle spielt. Die außerordentliche Steigerung der Fleischpreise hat aber bewirkt, daß die Landwirtschaft sich gerade mit Vorliebe der Viehzucht zuwendete, also in einer Produktionsrichtung arbeitete, die mit den tatsächlichen Konsumbedürfnissen nicht parallel ging. Und das brachte den weiteren schweren Schaden mit sich, daß pflanzliche Nährstoffe, die vor allem der Menschenernährung hätten dienen sollen, in großen Mengen zur Tierfütterung verwendet wurden. Die Produktion auf den richtigen Weg zu bringen und der Verfütterung von Getreide und Kartoffeln ent-

gegenzuwirken, dazu gab es, da alle Vorschriften und Verbote sich als fruchtlos erwiesen, nur ein einziges erfolgversprechendes Mittel: die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse so einzurichten, daß dem Landwirt kein eigenes Interesse fortan gebieten würde, den städtischen Markt ausgiebig mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu versorgen. Die bisherige fehlerhafte Relation zwischen den Getreide- und Kartoffelpreisen auf der einen, den Viehpreisen auf der anderen Seite mußte also verbessert, das heißt, die ersteren mußten hinauf- und die letzteren herabgesetzt werden. Das ist die von Herrn v. Batocki vorgeschlagene, auf den sogenannten Preisreiz gegründete Produktionspolitik. Auf den von anderer Seite befürworteten Anbauzwang, auf die staatliche Zwangsregelung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion sich einzulassen, hat man vorläufig in Deutschland nicht rätlich gefunden. Wie es scheint, mit gutem Grunde. Denn es geht schließlich doch nicht an, hinter jeden Bauernpflug einen Polizisten zu stellen. Gerade in der landwirtschaftlichen Arbeit hängt so viel vom guten Willen und der individuellen Sorglosigkeit ab, daß hier von einem Uebermaß autoritären Eingreifens mehr Schaden als Nutzen zu erwarten wäre. Das Klügste im allgemeinen Interesse ist es also doch wohl, den Landwirt in Güte bei seinem eigenen Interesse zu fassen.

Der Batockische Wirtschaftsplan will die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft, die unter den gegenwärtigen Kriegsverhältnissen eine sehr hohe ist; im ganzen unberändert lassen. Es soll nur eine Rentabilitätsverschiebung eintreten, insofern die pflanzliche Produktion sich mehr, die tierische sich weniger rentieren wird als bisher. Die einseitigen Vertreter agrarischer Interessenpolitik eifern zwar bereits gegen die Herabsetzung der Viehpreise und erheben sich in düsternen Prophezeiungen über den künftigen Rückgang der Fleisch- und Fettversorgung. Die Erhöhung der Getreide- und Kartoffelpreise nehmen sie aber natürlich ohne jeden Einwand entgegen. Vom Standpunkt der städtischen Konsumenteninteressen ist es andererseits gewiß keine leichte Sache, sich mit einer abermaligen Verteuerung von Mehl und Kartoffeln zu befremden. Wir Städter haben es aber oft und schwer genug empfunden, daß es bei den Hauptartikeln unseres täglichen Nahrungsbedarfes nicht so sehr auf den Preis ankommt — selbst-

verständlich ein gewisses erträgliches Maß vorausgesetzt —, als vielmehr auf die Herbeischaffung. Kartoffeln zu bekommen ist uns wichtiger, als einen niedrigen Höchstpreis zu haben, bei dem die Ware dem Markte fernbleibt und in ländlichen Stallungen verfüttert wird. Das System des Herrn v. Batocki, dessen wichtigster Punkt die Herabsetzung der Viehpreise ist, scheint also durchaus empfehlenswert — wobei freilich auch sehr darauf zu achten sein wird, daß die Landwirtschaft in etwaigem Widerstreben gegen die neue Produktionspolitik nicht von anderer bürokratischer Seite bestärkt und ermuntert wird, wie das in Preußen durch den Landwirtschaftsminister v. Schorlemer geschieht. Ein Wirtschaftsplan kann nur dann zum Ziele führen, wenn die gesamte staatliche Verwaltungspolitik einheitlich darauf eingestellt wird. Unter solcher Voraussetzung kann auch für Oesterreich, wo die maßlos gesteigerten Viehpreise noch unheilvoller wirken als in Deutschland, die Nachahmung des dort gegebenen Beispiels nur wärmstens befürwortet werden. Der Batockische Wirtschaftsplan ist für das kommende Erntejahr gerade rechtzeitig fertiggestellt worden. Auch bei uns ist keine Zeit zu verlieren.

23. / III. 1917

87

Die Lebensmittelversorgung.

1 Pfund Fleisch und 5 Pfund Kartoffeln pro Woche auf den Kopf. — Kürzung der Brotration.

N. Berlin, 22. März. (Priv.-Tel.) Ueber die bevorstehende Erhöhung der Fleischrationen im ganzen Deutschen Reich haben wir bereits im II Morgenblatt vom Mittwoch berichtet. Die Fleischrationen werden pro Kopf um ein halbes Pfund erhöht werden, sodas also jeder Deutsche voraussichtlich vom 15. April ab ein Pfund Fleisch wöchentlich erhalten kann. Um den minderbemittelten Volksschichten zu ermöglichen, das sie die gesamte Fleischmenge auch kaufen können, wird für sie ein Reichszuschuß gewährt werden. Das Ergebnis der neuen Kartoffelbestandsaufnahme ist derart, das wieder mit einer vollen Belieferung von 5 Pfund auf den Kopf gerechnet werden kann.

Leider sind die Ergebnisse der Bestandsaufnahme über Brotgetreidevorräte nicht so günstig. Etwas Endgültiges läßt sich darüber natürlich noch nicht sagen, denn es sind noch die erforderlichen Nachprüfungen im Reich notwendig. Es hat sich bis jetzt bei den Bestandsaufnahmen meistens gezeigt, das zu niedrig geschätzt worden ist, und das ist bei Getreide um so leichter möglich, wenn ein Teil dieses Getreides noch nicht ausgedroschen ist. Aber immerhin hat die Bestandsaufnahme doch ergeben, das erhebliche Mengen von Getreide verfüttert worden sein müssen und, das auch sonst vielleicht mit dem Getreide nicht so vorsichtig gewirtschaftet worden ist, wie es notwendig gewesen wäre. Dadurch und durch das späte Frühjahr wird es notwendig sein, die vorhandenen Vorräte nach Möglichkeit zu strecken. Die steigende Einfuhr aus Rumänien wird dazu beitragen, die vorhandenen Vorräte zu vermehren, aber bei den immer noch schwierigen Transportverhältnissen sind sie doch ein unsicherer Faktor. Ebensovienig kann bei der Aufstellung des Verteilungsschlüssels bereits mit in Rechnung gestellt werden, das die Nachprüfungen auf dem Lande das Ergebnis der Bestandsaufnahme günstiger gestalten werden. Um vor jeder Ueberraschung sicher zu sein, müssen deshalb die verantwortlichen Stellen auf Grund des jetzt vorliegenden Ergebnisses die Verteilung des Brotgetreides neu regeln und das wird dazu führen, das die Brotrationen zunächst einmal um etwa 25 Prozent gekürzt werden. Sobald aber das Ergebnis der Nachprüfungen günstiger ausfallen sollte als die zur Zeit vorliegende Statistik, wird das selbstverständlich in der Zuteilung von größeren Brotmengen sofort zum Ausdruck kommen.

So bedauerlich es auch ist, das unsere Brotationen gekürzt werden müssen, so kann man es doch auf der anderen Seite begrüßen, das in der wesentlich erhöhten Belieferung mit Fleisch und der regelmäßigen Belieferung mit Kartoffeln ein Ausgleich geschaffen wird. Es wird vor allen Dingen auch Zustimmung finden, das aus Reichsmitteln den minderbemittelten Schichten auch der Kauf des zweiten halben Pfundes Fleisch ermöglicht werden soll. Dieses zweite halbe Pfund Fleisch soll den minderbemittelten Schichten nur die Summe ausmachen, die durch die Verringerung der Brotration für den Kopf eingespart wird; wenn also durch Verringerung der Brotration für den Kopf etwa 20 Pfg. gespart werden, dann soll für den minderbemittelten das zweite jetzt zugelegte halbe Pfund Fleisch nur auf jene 20 Pfg. zu stehen kommen. Es ist auch damit zu rechnen, das für den Wegfall der 25 Prozent der gegenwärtigen Brotration in absehbarer Zeit in einem gewissen Grade durch Frühliese wird Ersatz geschaffen werden können.

Christlich-soziale Versammlungen in Steiermark. Aus Graz wird uns berichtet: Dieser Tage weilte der Obmann der Parteivertretung der christlich-sozialen Arbeiterschaft Oesterreichs Dr. und N. Leopold Kunschak in Steiermark, um mit den leitenden Vertrauensmännern der christlich-sozialen Bewegung in Fühlungnahme in wichtigen Parteianglegenheiten zu treten. Bei dieser Gelegenheit fand Sonntag den 18. März in Donawitz bei Leoben eine Versammlung der christlich-sozialen Arbeiterschaft des obersteirischen Industriegebietes statt. Der große Saal des Donawitzer Arbeiterheimes war voll besetzt und war der Gegenstand herzlichster Kundgebungen. Seine Rede über die Aufgaben der christlich-sozialen Partei in der Notzeit, über die Ernährungsfragen und die Notwendigkeit der Fortsetzung der Organisationsarbeiten fand stürmischen Beifall. Nach ihm sprach Diözesanpräses Stadtpfarrer Karl Schwoyzer (Leoben). — Montag den 19. d. vormittags fand in Graz im Hotel „Rohr“ die Frühjahrskonferenz der organisierten christlichen Arbeiterschaft des Bezirksverbandes Graz unter dem Vorsitz des Obmannes des Bezirksverbandes Redakteur Fischer statt. Dem von Bezirkssekretär Herzog erstatteten Rechenschaftsberichte war zu entnehmen, daß der Bezirksverband in der abgelaufenen Berichtsperiode eine äußerst umfangreiche Tätigkeit entfaltet hat, zu allen Fragen des Ernährungsgebietes Stellung nahm und nichts unversucht ließ, um der in Steiermark vorhandenen Schwierigkeiten Herr zu werden. In der Besprechungsrede zum Berichte wurde vom Vorliegenden gegen die wiederholt vorgekommene Zurücksetzung der christlichen Arbeiterschaft gegenüber den Sozialdemokraten durch die Behörden protestiert. Im Anschlusse daran erstattete Dr. Kunschak einen Bericht über den Stand der Ernährungsfrage in Oesterreich. Auf Antrag des Bezirkskonsulenten Schw. Hofner wurde der Bezirksleitung der Forderung für ihre Mühewaltung ausgesprochen. — Abends 5 Uhr fand in der „Harmonie“ in Graz eine von den vereinigten christlich-sozialen Organisationen der steirischen Landeshauptstadt einberufene Versammlung statt, die einen erhebenden Verlauf nahm. Etwa 400 Personen waren in dem Saale zusammengedrängt, da wegen des Verbotes der Benützung größerer Lokalitäten ein größerer Saal nicht aufzutreiben gewesen war. Landesrath Dr. Kunschak hielt eine außerordentlich interessante Rede über den Stand der Friedensausichten und über die Vorarbeiten für den Uebergang von der Kriegszur Friedenswirtschaft. Am Schlusse seiner Ausführungen ermahnte er die Grazer Christlich-sozialen zu ausdauernder Organisationsarbeit und zur Verdienarbeit für die christliche Presse, die in dem kommenden Kampfe der Geister die wichtigste Waffe des christlichen Volkes sein werde. Das von der Versammlung begeistert aufgenommene Schlusswort hielt Chefredakteur Mire. Karl Schwoyzer. Im Anschlusse daran fand eine gefällige Zusammenkunft der Vertrauensmänner der Grazer christlich-sozialen Partei statt, in der Schriftleiter Fischer unter stürmischem Beifalle der zahlreichen Versammlung dem illustren Gaste den Dank für sein Erscheinen in der grünen Steiermark aussprach und der unzweifelhaften Treue aller Vertrauensmänner zur christlich-sozialen Partei besten Ausdruck gab. Dr. Kunschak dankte in bewegten Worten.

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt.

Was wir in der nächsten Woche bekommen.

Von den unter Kartenzwang stehenden Lebensmitteln dürfen in der Woche vom 24. bis 30. März abgegeben werden:

Brot und Mehl: Auf die Brotgutscheine der für die Woche vom 24. bis 30. März (also vom Sonnabend bis einschließlich Freitag) gültigen Brotkarte 1550 Gramm Brot, und zwar bis Montag, 26. März, einschließlich insgesamt höchstens 1000 Gramm auf die einzelne Brotkarte; auf die mit M bezeichneten Abschnitte entweder 300 Gramm Brot oder 300 Gramm Mehl. Ferner vom Dienstag bis Freitag (27. bis 30. März) auf die zusammenhängenden sieben Vollabschnitte der für die Woche vom 25. bis 31. März geltenden Kartoffelkarte 500 Gramm Brot. Sind von der Kartoffelkarte einzelne Abschnitte bereits abgetrennt, so dürfen auf jeden der übrigen Vollabschnitte nur 50 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden.

Auf Zusatzbrotarten über 1000 Gramm Brot nur 800 Gramm Brot, auf Zusatzbrotarten über 500 Gramm nur 400 Gramm Brot, auf Zusatzbrotarten über 250 Gramm nur 200 Gramm Brot.

Auf die Zusatz-Kartoffelkarte (und zwar auf Abschnitte A B C) 500 Gramm Brot und auf Abschnitte D E F der Kartoffelzusatzkarte drei Pfund Steckrüben.

Steckrüben: 6 Pfund, und zwar bis Montag, 26. März einschließlich, drei Pfund auf Abschnitt E und ab 27. März weitere drei Pfund auf Abschnitt F der für die Zeit vom 24. bis 30. März gültigen Warenbezugskarte.

Butter: 60 Gramm zum Preise von 40 Pfg., jedoch voraussichtlich erst von Mitte der Woche ab.

Margarine: 30 Gramm, jedoch voraussichtlich erst von Mitte der Woche ab.

Zucker: 150 Gramm.

Süßstoff (Sacharin): Auf den Abschnitt „Süßstoff“ der für die Woche vom 21. bis 27. April gültigen Warenbezugskarte (Nr. 10), soweit die vorhandenen Bestände reichen, ein Brieschen Süßstoff.

Eier: Ein Ei auf den Eier-Abschnitt der Warenbezugskarte der Woche vom 24. bis 30. März (Nr. 6).

Soweit auf den Eier-Abschnitt der Warenbezugskarte der Woche vom 17. bis 23. März (Nr. 5) ein Ei noch nicht bezogen ist, kann es noch nachbezogen werden.

Fleisch: 250 Gramm.

Mühlensfabrikate: Ab 26. März 125 Gramm Graupen auf den Abschnitt „Mühlensfabrikate“.

Mischkaffee aus den Beständen des Kriegsversorgungsamtes: ein achtes Pfund auf den Kaffee-Abschnitt.

Seife: Monatlich 250 Gramm Seifenpulver und 50 Gramm Feinseife

Marmelade, Kriegsmus und Speisestrup: Von Montag, 26. März, ab auf den Abschnitt „Marmelade“ der für die Woche vom 24. bis 30. März gültigen Warenbezugskarte (Nr. 6) 250 Gramm Kriegsmus oder Speisestrup, solange die vorhandenen Bestände reichen. Falls bei einzelnen Händlern noch künstlich vorhanden ist, kann dieser an Stelle von Kriegsmus, beziehungsweise Speisestrup geliefert werden. Unbenutzt gebliebene Marmeladeabschnitte der Woche vom 17. bis 23. März behalten für die kommende Woche ihre Gültigkeit.

Querst Produktionsförderung, dann erst Preispolitik!

Die Fehler, die gemacht wurden.

Eine beträchtliche Anzahl von volks- und kriegswirtschaftlichen Gassengelehrten, die bei uns in der Presse und anderswo mit ihren Weisheiten wichtig taten und bald die blinde mechanische Nachahmung der reichsdeutschen Methoden, bald überhaupt den völligen wirtschaftlichen Umsturz predigten — leider nicht ganz ohne „Erfolg“ — sollte man folgende Sätze eines Aufsatzes (Nr. 221) als Schlussbetrachtung zu den jüngsten ernährungspolitischen Auseinandersetzungen in den Berliner Parlamenten und in der reichsdeutschen Presse veröffentlichen; fast Wort für Wort paßt auch für unsere Verhältnisse. Den Lesern der „Reichspost“ bieten die Ausführungen freilich kaum etwas Neues, sondern nur die Bestätigung der Richtigkeit unserer, allem Demagogentum und allen Tagesströmungen gegenüber beharrlichen Mahnungen durch ein auf eine bald dreißährige Erfahrung zurückblickendes angesehenes reichsdeutsches Blatt. In dem Aufsatze heißt es:

„Das wichtigste und erste Gebot der Stunde lautet heute: Produktion und abermals Produktion. Nicht die Preisfrage kann jetzt mehr als das wichtigste Moment in den Vordergrund gestellt werden; den ungerechten Wucher zu bekämpfen, bleibt natürlich Pflicht, aber der Preisfrage allein kann heute vom Standpunkte der Verbraucher doch keine entscheidende Bedeutung mehr eingeräumt werden. Es ist jetzt nicht mehr von durchschlagender Bedeutung, ob für ein Pfund Lebensmittel ein oder mehrere Pfennige mehr bezahlt wird. Die Tatsache, daß er genügend Kartoffel erhält, wäre auch für den Arbeiter wichtiger und für die Ernährung des Volkes bedeutungsvoller als ein Streit um den Preis eines knapp gewordenen Produkts. Heute wären viele Arbeiter froh, wenn sie auch zu einem etwas höheren Preise ein Mehr von Kartoffeln sich beschaffen könnten. Es war wohl ein Fehler des Kriegsernährungsamtes, die Ernährungs-

frage mit der Preisfrage zu beginnen, anstatt mit der Erzeugungsfrage. Es war ein Fehler, erst Preis, Verteilung und Verbrauch regeln zu wollen, ehe man daran dachte, mit allen Mitteln die Erzeugung zu fördern, auf daß überhaupt genug zum Verteilen und zum Verzehren da war. Ist die Hebung der Erzeugung gelungen, dann ist es nachher nicht allzu schwierig, den Preis in angemessenen Grenzen zu halten. Weshalb ist nicht rechtzeitig für genügend Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gesorgt worden? Weshalb hat man die Frage der Beschaffung von Düngemitteln und Saatgut nicht mit dem nötigen Ernste behandelt? Man begnüge sich damit, Preisgrenzen — endgültig auf Grund der Ernteergebnisse — festzusetzen, deren Ueberschreitung Wucher wäre. Auch dem Bauer gewähre man ein vernünftiges Preisverhältnis. Mute man ihm nicht zu, für vier Mark seine Kartoffeln veräußern, und für dreizehn Mark oder noch teurer dieselben Kartoffeln als Saatgut zurückkaufen zu müssen. Achte man dabei auch auf die Preise der Futtermittel, die der Bauer kaufen muß. Entzignet man dem Bauer die Kartoffeln für vier oder fünf Mark, während er für minderwertige Futtermittel selbst das vier- oder mehrfache bezahlen muß, dann kann ihn keine Verordnung und keine Strafe zu der Uebersetzung bringen, daß er bei Ueberschreitung des Vier-Mark-Kartoffelhöchstpreises Wucher treibe. Der Gedanke der Zwangsproduktion in der ganzen Landwirtschaft muß als undurchführbar abgetan werden. Er wird anscheinend nur noch von jenen Kreisen betrieben, die sich auch heute noch mit dem Gedanken tragen, eine zwangsweise Massenspeisung in allen Städten Deutschlands durchzuführen.“

Das Kölner Blatt, das gewiß nicht im Auge eines Organs zur Vertretung agrarischer Interessen steht, erwähnt noch das Diktum eines „Vertreters des Ueberzöialismus“, der da erklärt habe: „Die Lebensmittelfrage wird erst dann in Deutschland gelöst sein, wenn das letzte Hühnerneß und das letzte Kuhheuter unter Staatsaufsicht gestellt ist.“ Zu solchen Verrücktheiten führt der Doktrinarismus des Verbraucherdemagogentums. Schließlich würde hinter jeder Henne ein Gendarm als Wachtposten stehen und für jede Ziege ein behördliches Ueberwachungsorgan bestellt werden müssen; und die Zahl der Zentralen würde größer werden als die Zahl unserer Scheunen und Ställe. Die Lebensmittelfrage wäre dann freilich großartig „gelöst“, nämlich losgelöst von der Möglichkeit, das zum Leben Notwendige zu erhalten.

Die Versorgung des Industriegebietes von Knittelfeld. Eine Abordnung aus allen Schichten des Knittelfelder Gebietes überreichte heute unter der Führung der Abgeordneten Panz und Renner dem Ernährungsamt eine Denkschrift über die dortigen Ernährungsverhältnisse und wurde vom Sektionschef Feiler und Minister Höfer empfangen. Bei diesem Anlaß erzählt man, daß diese Gemeinde seit Juni 1916 eine Lebensmittelabgabe für Minderbemittelte besitzt, die für die Verhältnisse Außerordentliches leistet. Ohne staatliche Hilfe hat die Gemeinde die Geldmittel hierzu aufgebracht, indem sie die eigenen Finanzen, den Bezirk, die vermögenderen Leute und die Firmen des Ortes dazu heranzog, ferner von den Geschäftsleuten, die zur Abgabe berufen sind, regelmäßige Beiträge einhob und außerdem auch den Brotpreis differenzierte. Die Minderbemittelten erhalten das Brot zu billigerem Preis, die Bemittelten zum Höchstpreis, wobei

die Gemeinde eine Erübrigung erzielt. Bei allen Artikeln, wo sich die Möglichkeit bietet, verfolgt die Gemeinde den gleichen Grundgedanken. Knittelfeld gehört sicherlich nicht zu den reichsten Gemeinden Oesterreichs, noch wohnen dort die meisten reichen Leute, trotzdem hat die Stadt diese Einrichtung frühzeitig und ohne erst von oben herab gestochen zu werden, eingeführt. Dieses neuerliche Beispiel zeigt, wie viel in Wien verfaumt worden ist. Die Knittelfelder leiden jetzt unter allgemeinem Mangel an Vorräten, ohne die das beste System versagt. Der Abordnung wurde die innlichste Berücksichtigung zugesagt.

24. III. 1917

102

Die Ernährungsverhältnisse im Salzkammergut.

Seit jeher ist das von der Natur so herrlich gestaltet und so arm ausgerüstete Salzkammergut in seiner Ernährung ganz von Zufuhren abhängig und daher kann es nicht wundernehmen, daß die Lebensverhältnisse dieses Gebietes jetzt außerordentlich ernst geworden sind. Das Salzkammergut ist nicht nur ein Hauptplatz des Fremdenverkehrs, sondern vor allem eines unserer wichtigsten Industriegebiete, das eine seit Jahrhunderten ansässige, sehr tüchtige Arbeiterbevölkerung beherbergt, die Salinen- und die Staatsforstarbeiter. Diese leiden seit jeher unter dem Zustrom der Fremden, der ihnen das Leben verteuert, und aus diesem Grunde haben sie sich ihre eigenen Konsumvereine schon zu einer Zeit geschaffen, wo sonst der Sinn für solche Organisationen lange nicht rege war. Im letzten Sommer haben die Kurgäste den Einheimischen Milch, Butter, Eier und sämtliche Landesprodukte zu jedem Preise weggekauft und überdies durch die landesübliche Wöllerei der Wohlhabenden die bedrückten Leute so herausgefordert, daß behördliche Abhilfe nötig wurde. Mit größter Sorge sieht die Arbeiterschaft des Salzkammergutes dem Sommer entgegen, da schon jetzt die Aufrechterhaltung ihres bescheidenen Haushaltes beinahe unmöglich ist. Sie hat darum eine Abordnung aus drei Vertretern, **P a i e r** (Ebensee), **P a h n e r** (Gaisern) und **S w o b o d a** (Joch), ins Amt für Volksernährung entsendet, um für den Augenblick Abhilfe und für die Zukunft Sicherheit zu erlangen. Direktor **P a i e r** führte sie zunächst dem Vizepräsidenten Sektionschef **v. K e l l e r** vor, der die Wünsche und Anregungen einzeln zur Kenntnis nahm und sofort Verfügungen traf, um die Lage der minderbemittelten Bevölkerung zu verbessern. Minister **D ö f e r** empfing sodann die Abordnung, nahm die Berichte der drei Arbeiter mit lebhaftem Interesse entgegen und erkundigte sich genau um die Zustände, die ihm übrigens aus früheren dienstlichen Verwendungen wohl vertraut waren. Er besprach insbesondere die Einrichtung einer gerechten Verteilung in ländlichen Industrieorten und versicherte den Erschienenen, daß das Amt für Volksernährung auf die Versorgung der arbeitenden Klassen immer das größte Gewicht lege. Nachmittags sprach die Abordnung bei dem alpenländischen Kurortekommissär **Grafen P a c h t a** vor, dem sie versicherte, daß die Arbeiterschaft nichts wünsche als die Sicherung ihres eigenen Lebens, daß sie an sich dem Fremdenverkehr nicht feindlich sei, aber auf absonderter Versorgung bestehen und verlangen müsse, daß die einheimische Bevölkerung weder in den verfügbaren Vorräten noch in den Preisen beeinträchtigt werden dürfe. Es sei Sache der Behörden, zu entscheiden, ob dies im dritten Kriegsjahr möglich ist oder nicht. Graf **P a c h t a** teilte mit, daß die Entscheidung über diese Frage noch vorbehalten sei. — Wie wir vernehmen, hat das Amt für Volksernährung eine unmittelbare Hilfsaktion für das Salzkammergut eingeleitet.

24. III. 1917

103

Die neuen Lebensmittelraten.**Mehr Fleisch — weniger Brot.**

Amlich wird jetzt bekanntgegeben: Wie bereits mitgeteilt wurde, muß mit Rücksicht auf das Ergebnis der Getreidebestandsaufnahme, das erheblich niedriger, als erwartet wurde, ausgefallen ist, zu einer Einschränkung des Brotgetreideverbrauches geschritten werden. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidestelle in seiner Sitzung am 23. März mit Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 15. April d. J. beschlossen:

Herabsetzung der täglichen Mehlration von 200 Gramm auf 170 Gramm.

Herabsetzung der von Selbstversorgern zu verbrauchenden Getreidemenge von 9 Kilo auf 8½ Kilo monatlich.

Kürzung der den Kommunalverbänden für Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen zugewiesenen Mehlmenge um 25 Prozent. Streichung der Jugendlizenzzulagen.

Es ist Vorsorge getroffen, daß, wenn diese Einschränkungen Platz greifen, die Kartoffelzufuhr wieder völlig den Vorschriften entsprechend geregelt ist, nach denen auf den Kopf und Tag ¼ Pfund und für die von der Reichskartoffelstelle festgesetzte Zahl von Schwerarbeitern weitere ¼ Pfund den Gemeinden zur Verteilung überwiesen werden. Soweit wider Erwarten in einzelnen Fällen sich gleichwohl noch Störungen zeigen sollten, werden zum Ausgleich für fehlende Kartoffeln wie bisher besondere Mehlzuweisungen stattfinden. Im übrigen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn die Verringerung der Brotzulagen in Kraft tritt, ½ Pfund Fleisch pro Kopf und Woche mehr gewährt werden wird, und zwar infolge des zu erwartenden Reichszuschusses zu einem Preise, daß auch die minderbemittelte Bevölkerung der erhöhten Fleischzuweisung teilhaftig werden kann.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst gibt bekannt: Verschiedene Nachrichten lassen erkennen, daß über die Verteilung der Gemüsekonserven vielfach noch Unklarheiten in der Bevölkerung bestehen. Es sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß die Verteilung der Gemüsekonserven in die Wege geleitet ist, daß jedoch zunächst die erforderlichen Vorbereitungen und Erhebungen durch die Kommunalverbände stattfinden müssen und daß vorerzeit jedenfalls der Absatz von Gemüsekonserven nach wie vor verboten ist und Zuwiderhandlungen mit Strafe bedroht sind.

Durch Verordnung des Reichslanzlers wird bestimmt, daß Kartoffeln im Betriebsjahr 1916-17 auf Branntwein nur verarbeitet werden dürfen, soweit sie sich zur menschlichen Ernährung nicht eignen und nicht in einer in unmittelbarer Nähe befindlichen Trockenanlage oder Stärkfabrik verarbeitet werden können.

Richtpreise für Gemüsepflanzen.

Nach Mitteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hat ein von der Vertreterversammlung der Brandenburgischen Obst- und Gartenbauvereine ernannter Ausschuss Richtpreise für Gemüsepflanzen festgesetzt. Diese Richtpreise sind von der Landwirtschaftskammer als durchaus angemessen bezeichnet: sie betragen für 100 Stück:

	aus dem Frühbeet:	aus dem freien Lande:
Rotkohl	1,00 Mark	0,60 Mark
Rohrabi	1,00 "	0,60 "
Salat	0,50 "	0,30 "
Blumenkohl	2,00 "	1,00 "
Grünkohl	—	0,40 "
Rohrübren	—	0,40 "
Sellerie	1,00	—

Für pikirierte Pflanzen ist ein Aufschlag von 20 v. H. festgesetzt.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfallen auf den Abschnitt 51 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Mehl und auf den Abschnitt Nr. 52 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Maisgrieß. Die Abschnitte sind am 24., 25. und 26. März

in den gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften abzugeben. Die Ware wird nach Ablauf der üblichen Frist bei den Kleinhandelsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbcheinigungen zur Verfügung stehen.

In Wilmersdorf können bis Sonntag auf Abschnitt L der roten Bezugskarte für Einzelpersonen 200 Gramm Roggenmehl entnommen werden.

24. III. 1917

104

„Warum die Lebensmittel knapp werden.“

Zur gleichnamigen Notiz vom 20. März wird uns geschrieben: Wenn nur die Gemeinde Schwarzau im Gebirge allein aus fruchtbarem Ackerland und Biehweidegrund in ein Jagdrevier verwandelt worden wäre, so könnte sich das der reiche Staat Oesterreich noch leisten. Aber daß die bei der Koralpe beginnenden alpinen Jagdreviere in ununterbrochener Reihenfolge bis zum Arlberg sich hinziehen, das ist selbst für das reiche Oesterreich zu viel. Wo noch vor wenigen Jahren munteres Geläute des Almviehs zu hören war, gibts jetzt nur Jungwald und Wild. Die noch stehen gelassenen Bauernhäuser dienen den Jägern als Wohnung und die verfallenen Almhütten beherbergen allerlei Raubgetier. Die Zeiten, wo jedem Bergwanderer in den weiten Almrevieren zwischen Koralpe und Arlberg in jeder Hütte freundlich Milch und Butter geboten wurde, sind vorbei. Wie gut wären jetzt diese Gaben zu brauchen! Die säftigsten Kräuter, die als Futter früher die vorzüglichste Almmilch lieferten, müssen ungenützt verderben. Hier wäre der Hebel anzusetzen und wir hätten schon im Sommer das uns so dringend notwendige Fett in Ueberfluß. Die gesetzliche Handhabe besteht ja schon seit Frühjahr 1915, die besagt, daß jeder Grund und Boden der Nahrungsmittelerzeugung durch Anbau oder wenigstens Biehweide gewidmet werden muß. In den zwei vergangenen Jahren ist aber nichts geschehen und der gefeite Naturschutzpark zwischen Koralpe und Arlberg blieb unberührt. In beiden Kriegssommern 1915 und 1916 mußten viele Hunderttausend Zentner Heu in den Alpenländern allein unbenützt verderben. Wird das Volksernährungsamt hier Wandel schaffen und unsere Milchproduktion heben? Dr. J. D.

24. / III. 1917

105

Die neue Nahrungsmittelverteilung.

Wie bereits bekanntgegeben, muß mit Rücksicht auf das Ergebnis der am 15. Februar ausgeführten Getreidebestandsaufnahme, das erheblich niedriger als erwartet wurde, ausgefallen ist, bis die Zahlen der angeordneten Nachprüfung endgültig feststehen, zu einer Einschränkung des Brotgetreideverbrauches geschritten werden. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidestelle in seiner Sitzung am 23. März mit Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 15. April d. J. beschlossen:

- 1) Herabsetzung der täglichen Mehlration von 200 Gramm auf 170 Gramm.
- 2) Herabsetzung der von Selbstversorgern zu verbrauchenden Getreidemenge von 9 Kg. auf 6½ Kg. monatlich.
- 3) Kürzung der den Kommunalverbänden für Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen zugewiesenen Mehlmengen um 25 v. H.
- 4) Streichung der Jugendlitzenzulagen.

Es ist Vorsorge getroffen, daß, wenn diese Einschränkungen Platz greifen, die Kartoffelzufuhr wieder völlig den Vorschriften entsprechend geregelt ist, nach denen auf den Kopf und Tag ¼ Pfd. und für die an der Reichskartoffelstelle festgesetzte Zahl von Schwerarbeitern weitere ¼ Pfd. den Gemeinden zur Verteilung überwiesen werden. Soweit wider Erwarten in einzelnen Fällen sich gleichwohl noch Stockungen zeigen sollten, werden zum Ausgleich für fehlende Kartoffeln wie bisher besondere Mehluweisungen stattfinden.

Im übrigen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn die Verringerung der Brotzuteilung in Kraft tritt, ½ Pfd. Fleisch auf den Kopf und die Woche mehr gewährt werden wird, und zwar infolge des zu erwartenden Reichszuschusses zu einem Preise, daß auch die Minderbemittelte Bevölkerung der erhöhten Fleischzuteilung teilhaftig werden kann.

24. III. 1917

106

Bekanntmachung

über Abgabe von Brot, Mehl, Steckrüben, Mühlensfabrikaten und Marmelade im hamburgischen Stadtgebiet.

1.

Abgabe von Kartoffeln.

In der Woche vom 25. bis 31. März 1917 werden keine Kartoffeln verteilt; daher werden auf die allgemeinen Kartoffelarten Kartoffeln bei den Kleinhändlern auf Grund der Kundenlisten nur noch insoweit abgegeben, als diese Bestände haben, und zwar auf jeden vollen Abschnitt $\frac{1}{2}$, auf jeden halben Abschnitt $\frac{1}{4}$ Pfund.

2.

Abgabe von Brot.

Von Sonnabend, den 24. März, bis Montag, den 26. März darf auf allgemeine Brotarten, von denen bereits Gutscheine über 1000 Gramm Brot abgetrennt sind, kein weiteres Brot verabsolot und entnommen werden. Der Rest der Brotkarte darf erst von Dienstag, den 27. März, an zum Anlauf von Brot verwendet werden.

Von Dienstag, den 27. März, an darf ferner auf die sieben vollen Abschnitte der für die Woche vom 25. bis 31. März geltenden Kartoffelkarte insgesamt 500 Gramm Brot verabsolot und entnommen werden, wenn alle sieben Abschnitte gleichzeitig in einem Stück von der Kartoffelkarte abgetrennt werden. Sind von der Kartoffelkarte einzelne Abschnitte bereits abgetrennt, so dürfen auf jeden der übrigen Abschnitte nur 50 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden.

Auf jeden Kartoffelabschnitt der Reichslebensmittelliste für Binnenfahrer dürfen 250 Gramm Brot, auf jeden Kartoffelabschnitt der von den Hafenämtern ausgegebenen Schifferkarte 50 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden.

Die Bestimmung, daß auf die über 50 Gramm lautenden Abschnitte der Zusatzbrotarten nur 40 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden dürfen, bleibt unverändert.

Auf die zusammenhängenden Vollabschnitte a, b und c der Zusatzkartoffelkarte dürfen insgesamt 500 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden, wenn sie gleichzeitig in einem Stücke von der Zusatzkartoffelkarte abgetrennt werden. Die Abgabe von Brot auf einzelne Abschnitte der Zusatzkartoffelkarte ist nicht zulässig.

3.

Abgabe von Mehl.

In der Woche vom 24. bis 30. März dürfen auf jeden mit M bezeichneten Abschnitt der allgemeinen Brotkarte und der Schifferbrotkarte statt 40 Gramm 50 Gramm Mehl abgegeben und entnommen werden. Mehlabchnitte, auf die 50 Gramm Mehl abgegeben sind, sind getrennt von den sonst vereinnahmten Gutscheinen in besonderen Umbüllungen und mit der Bezeichnung „Mehlabchnitte über 50 Gramm“ unter Angabe der Stückzahl an die Kontrollstelle, Kohlböfen 22, einzuliefern.

4.

Abgabe von Steckrüben.

In der Woche vom 24. bis 30. März 1917 dürfen auf Abschnitt E und F der Warenbezugskarte je 3 Pfd. Steckrüben abgegeben und entnommen werden. Von dieser Menge darf an den ersten drei Tagen (vom Sonnabend bis Montag einschließlich) die eine Hälfte und an den letzten vier Tagen die andere Hälfte abgegeben und entnommen werden.

Auf jede Zusatzkartoffelkarte dürfen 3 Pfund Steckrüben abgegeben und entnommen werden, und zwar auf die Abschnitte d, e und f. Der volle Abschnitt gilt über 1 Pfund, der halbe Abschnitt über $\frac{1}{2}$ Pfund.

Die Abschnitte der Kartoffelzusatzkarte, auf die Steckrüben verabsolot sind, sind nach den für die Abgabe der Kartoffelgutscheine geltenden Vorschriften bei der Kartoffelstelle Neuerwall 10, einzureichen.

5.

Abgabe von Mühlensfabrikaten

Von Montag, den 26. März 1917, an dürfen auf den Abschnitt „Mühlensfabrikate“ der Warenbezugskarte 125 Gramm Graupen abgegeben und entnommen werden. Der Preis wird festgesetzt wie folgt:

125 Gramm	8 Pfg.
250	15
375	23
500	30
625	38
750	45
875	53
1000	60
1125	68
1250	75

6.

Abgabe von Marmelade (Kriegsmus) und Speisefirup.

Von Montag, 26. März, ab dürfen auf den Abschnitt „Marmelade“ der für die Woche vom 24. bis zum 30. März gültigen Warenbezugskarte Nr. 6 250 Gramm Kriegsmus oder Speisefirup abgegeben und entnommen werden, solange bei den Kleinhändlern oder Verkaufsstellen der Konsumvereine Bestände vorhanden sind. Sollte bei einzelnen Händlern noch Kunsthonig vorhanden sein, so kann dieser an Stelle von Kriegsmus oder Speisefirup geliefert werden. Unbenutzt gebliebene Marmelade-Abschnitte der Woche vom 17. bis zum 23. März bleiben bis zum 30. März gültig.

Schiffer erhalten vom 26. März ab gegen Vorlage ihrer Lebensmittelkarten auf den Hafenämtern Bezugsscheine, auf welche die in Absatz 1 bezeichnete Menge abgegeben werden darf. Unbenutzt gebliebene Bezugsscheine für die Zeit vom 19. bis zum 23. März bleiben bis zum 30. März gültig.

Die Verkäufer haben die einbehaltenen Abschnitte und Bezugsscheine in der Zeit vom 2. bis zum 7. April ihrem Großhändler in räumlich geschlossenen Umbüllungen einzuliefern. Die Großhändler haben die Umbüllungen ungeöffnet und gesammelt in der Zeit vom 9. bis zum 14. April auf der Zudeckung des Kriegsverorgungsamtes, Börsebrücke 2a, Hochparterre, einzuliefern.

Die Preise sind wie folgt festgesetzt:

bei Abgabe von	Kriegsmus	Speisefirup	ausgewaschen oder in Pappschachteln einwickelbar	Kunsthonig in runden Dosen aus Hartpapier zu je 500 Gramm	in Gläsern zu je 500 Gramm
	ausw. Gefäße sind vom Käufer mitzubringen	ausw. Gefäße sind vom Käufer mitzubringen	Verpackung	Reininhalt einschließlich Verpackung	Reininhalt einschließlich Glas
Reinengewicht	Pfd.	Pfd.	Pfd.	Pfd.	Pfd.
250 Gramm	28	22	28	—	—
500	55	44	55	60	65
750	83	66	83	—	—
1000	110	88	110	120	130
1250	138	110	138	—	—
1500	165	132	165	180	195
1750	193	154	193	—	—
2000	220	176	220	240	260
2250	248	198	248	—	—
2500	275	220	275	300	325

Die Vorschriften der §§ 5, 7, 8 und 9 der Bekanntmachung des Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes vom 17. d. Mts. (Amtsblatt Seite 523) finden entsprechende Anwendung.

Hamburg, den 23. März 1917.

Hamburgisches Kriegsverorgungsamt.

25. III. 1917

207

Man muß sichs einrichten . . .

Wie lebt man heute in Wien und wie halten unsere tapferen Wiener Hausfrauen, trotz aller Widrigkeiten und nicht immer notwendigen Schwierigkeiten, ihre Haushaltungen aufrecht? Wir geben zu diesen Fragen fünf Familienmüttern das Wort, die verschiedenen Gesellschaftsschichten angehören.

Eine Bureaubienersfrau: Mein Mann verdient bei einer Aktiengesellschaft im 1. Bezirk 150 Kronen im Monat. Mit kleinen Voreingängen und Vertretungen seiner Kollegen noch etwa 20 Kronen monatlich extra. Da meine Mutter in Margareten wohnt, wohnen wir ihr zuliebe dort, trotzdem die Zinse hoch sind. Für Zimmer und Küche müssen wir monatlich 40 Kronen ausgeben. Da mein Mann, wenigstens am Morgen, die „Elektrische“ benützt, bleiben mir für alle unsere Lebensbedürfnisse kaum 100 Kronen im Monat. Ich habe früher genährt, seit der Geburt des ersten Kindes darf ich auf Rat des Krankentrassenarztes nicht mehr außer in der Hauswirtschaft arbeiten. Meine beiden Mädeln sind acht und vier Jahre alt. Bedienungen könnte ich mehrfach erhalten, da aber meine Mutter oft bettlägerig ist und aus ihrer eigenen Wohnung nicht ausziehen will, kann ich die Kinder nicht allein lassen. Sie und da helfe ich an Nachmittagen bei einem Oberteilherrlicher aus und lege Schuhe. Die Kinder kann ich mitnehmen. Für diese Arbeit werden zwei Kronen für den Nachmittag bezahlt. Wir essen aus einer von der Gemeinde errichteten Kriegsküche und ich koche nur Frühstück und Pause. Zum Nachtmahl hat früher mein Mann immer Abfallkäse gebracht und die Kinder haben oft bis 9 Uhr abends auf ihn gewartet. Jetzt langt es nur auf Tee. Sonntag mittags koche ich zuhause, wenn mein Mann da ist. Er ist wegen seiner Augen vom Militärdienst befreit. Schuhe und Kleider haben wir seit zwei Jahren nicht mehr angeschafft, gestern erhielt ich eine Anweisung für drei Paar Schuhe von der Schuhzentrale.

Eine Zuckerverkaufersfrau: Mein Mann ist im Jahre 1915, im August, eingezogen und in italienischer Gefangenschaft. Er hatte früher niemals gebient. Da ich Verkäuferin in einer Währinger Konditorei war, habe ich nach Kriegsbeginn ein leerstehendes Gefrorenesgeschäft mit dem Rest meiner Ersparnisse eingerichtet, das seit ungefähr einem Jahr mir beiläufig sechs Kronen täglich rein trägt. Mein Mann war Agent in Uer-Glücklichtneben. Ich habe drei Kinder, zwei Buben mit 13 und 10 Jahren, ein Mädchen mit sieben Jahren. Der älteste Sohn ist Zuckerverkäufer in einem Kino, er lernt sehr brav und will immer studieren. Wir wohnen in einem Zimmer neben dem Geschäft. Da ich mich nicht anstellen kann, müssen das die beiden jüngeren Kinder besorgen, jetzt ist es schon bedeutend besser damit. Seitdem die Preise für Schokolade und Zuckerverkauferswaren so gestiegen sind, habe ich wenig Ware. Da ich täglich sechs Kronen verbrauchen kann, so essen wir nur an Sonntagen Fleisch. Frühstück bekommen meine Buben in der Schule, der zweite wird in einer Stiflung ausgespeist. Extragene Kleider für meine Kinder bekomme ich durch Vermittlung eines Trödlers. Da ich fast gar nicht heizen kann, habe ich mir einen Rheumatismus zugezogen.

Eine Oberrententensgattin: Mein Mann dient 25 Jahre und hat 3600 Kronen Gehalt und 1700 Kronen Quartiergeld. Früher haben wir wegen unserer zwei Kinder auf dem Lande gewohnt, jetzt wohnen wir in Unter-Döbling. Vom Zinsgeld können wir uns etwa 400 Kronen jährlich ersparen. Mein Mann kauft alles in seinem Konsumverein ein und bringt es nachmittags mit; da er leidend ist, mußte er eine Nebenbeschäftigung in einem Darlehenskonstitut ausgeben. Wir lassen uns seit dem ersten Tag unserer Ehe auf keine Raten ein. Unsere beiden Kinder sind 18 und 15 Jahre alt. Unser jetzt achtzehnjähriger Sohn macht heuer die letzte Realschulklasse, bei der Musterung wurde er als untauglich befunden. Unsere fünfzehnjährige Tochter besucht eine Fortbildungsanstalt im 8. Bezirk. Trotz bedeutender Gehaltsabzüge müssen wir für das etwas kränkliche Kind 13 Kronen monatlich Schulgeld erübrigen. Auch die täglichen Fahrspesen. Unsere einzige Zerstreuung sind Spaziergänge, seit Kriegsbeginn habe ich kein Dienstmädchen mehr, bloß eine alte Bedienerin. Seit diesem Jahre hat mein Mann etwa 80 Kronen monatlich Teuerungszulage, die wir für die unentbehrlichsten Nachschaffungen an Kleider und Wäsche benützen. Verwandtenbesuche sind jetzt sehr erschwert, hier und da geht mein Mann ins Kaffeehaus. Mit Zeit ist stets Sorge, mit dem etwas verbilligten Rindfleisch ist doch schon etwas geholfen; das Land ersparen wir hier, Kohlen haben wir hinlänglich zu Regiepreisen vom Institut meines Gatten. Unlängst hat uns eine Doktorrechnung etwas aus dem Geleise gebracht.

Eine Kaufmannsgattin: Mein Mann ist ein größerer Paritewarenhändler. Wir haben fünf Kinder zu ernähren und zu belcheiden. Trotzdem sich das Einkommen meines Mannes gebessert hat, haben wir große Mühe, unsere zahlreiche und immer jungrige Familie zu erhalten. Die Kinder bekommen wenig Fleisch, desto mehr Gemüse. Mit der Milch geht es gerade aus, nur nach Butterbrot wird immer wieder verlangt. Die fleischlosen Tage werden bei uns sehr streng eingehalten, die Wahl des Nachtmahls ist häufig sehr erschwert. Das Dienstmädchen ist oft unzufrieden, obwohl sich seine Nahrung von der unseren in nichts unterscheidet.

Die Gattin eines Rates: Wir wohnen im 9. Bezirk und zahlen 2200 Kronen Zins jährlich. Mein Mann gibt mir 300 Kronen wöchentlich, davon muß ich alles bestreiten. Unser einziger Sohn ist Einjähriger in Brud a. L., eine Tochter ist unverheiratet, die zweite habe ich mit zwei Kindern, einem Dienstmädchen und einer Amme bei uns aufgenommen. Ihr Mann, ein Bankbeamter, ist in Albanien beim Militär. Wir sind zusammen, da ich auch ein Dienstmädchen habe, neun Personen. Kartoffeln fehlen uns, mit Rest helfen uns hier und da Verwandte aus. Für die Kinder würden wir oft mehr Butter und Eier benötigen. Ich gebe auch an fleischlosen Tagen für den Einkauf bei 30 Kronen aus. Die Amme muß sehr reichlich verköstigt werden — aber wie? Vom Andrang abgesehen, bietet die Großmarkthalle noch die besten und billigsten Einkaufsmöglichkeiten. Seit der Rationierung haben es die Einkäufer viel besser, Güsse sehen wir nie bei uns. Vergnügungen suchen wir erst, bis unser Sohn wieder zurück ist. Bei Neuausschaffungen legen wir uns Reserven auf — mein Mann ist kein Kriegsgewinner. Kohlen bekommen wir jetzt wieder von unserem Lieferanten, auf die Sommerwohnung haben wir schon zweimal, in den Jahren 1915 und 1916, verzichtet.

Zugehellen an das Kriegsversorgungsamf.

Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände im Beirat des Kriegs-ernährungsamtes, Dr. Köhler, Hamburg, hat, wie uns geschrieben wird, dem Präsidenten des Kriegs-ernährungsamtes, von Batocki, in einem Schreiben die Wünsche der hinter ihm stehenden Verbände hinsichtlich der jetzigen und zukünftigen Ernährungspolitik mitgeteilt. Aus dem Schreiben geht hervor, daß die A. K. V. angefordert worden war, die parlamentarisch umstrittene Eingabe der Gewerkschaften mit zu unterzeichnen, es aber ablehnte, weil sie die in der Gewerkschaftseingabe geordneten Einzelheiten nicht immer mit vertreten wollte. Dr. Köhler geht in seiner Eingabe davon aus, daß unter der mangelnden Versorgung der städtischen Bevölkerung am empfindlichsten der unselbständige Mittelstand, die Angehörigen, leiden, da ihre Einkommensverhältnisse sich gegen Friedenszeit kaum merklich verbessert haben. Der Vorstand der A. K. V. glaubt, daß an sich genügend Lebensmittel in Deutschland auch jetzt noch vorhanden seien. Das Kriegs-ernährungsamt wird deshalb dringend gebeten, rücksichtslos durchzugreifen, damit die überflüssigen Lebensmittel aller Art, die heute noch, wohl hauptsächlich bei der ländlichen Bevölkerung, vorhanden sind, auch wirklich der Gesamtheit zugute kommen.

Die Eingabe gibt weiter die Anregung, wenn möglich, einen gewissen Produktionszwang für die Landwirtschaft durchzuführen, vielleicht auf Grund der Sachlieferungen; ferner strengste Überwachung des Verfüterungsverbotens und energische Bekämpfung des Schleichhandels anzuordnen. Die statistischen Angaben sollten gegebenenfalls durch Reichskommissare in den einzelnen Provinzen und bei allen Produzenten auf ihre Richtigkeit hin nachgeprüft werden. Den Konsumenten sei im Falle der Beschwerde zu bedenken, daß sie die Strenge solchen Vorgehens schließlich selbst verschuldet hätten. Mit Entschiedenheit wendet sich die Eingabe gegen eine weitere Erhöhung der Brotgetreidepreise. Eine Milderung der Preiserhöhung durch ökonomische Unterstützung — wie von der wirtschaftlichen Seite vorgeschlagen — wird von den kaufmännischen Verbänden abgelehnt. Zum Schluß seiner Ausführungen weist Dr. Köhler auf die Verbitterung hin, die die vielfach sehr willkürliche Zuteilung von besonderen Rationen anschwerver- und schwerstarbende unter den Angestellten herbeigeführt hat; während diese selbst, obgleich mit Arbeiten überlastet und viel schlechter entlohnt als die Arbeiter mit ihren hohen Alfordlöhnen, grundsätzlich leer ausgehen.

110

Besuchszeit im Amte für Volksernährung.

Die Eingaben und insbesondere die persönlichen Besuche bei den einzelnen Referenten haben so zugenommen, daß es nicht nur im Interesse der geregelten Geschäftsführung, sondern auch in dem der Besucher gelegen ist, die Besuche im Amte für Volksernährung auf eine bestimmte Zeit, und zwar auf die Stunden von

10 bis 12 Uhr täglich zu beschränken. Durch die Einhaltung dieser Besuchszeit wird sich das Publikum das lästige, oft stundenlange und manchmal unvermeidlich vergebliche Warten auf die mit Arbeit in und außer Haus überhäuften Referenten ersparen. Im Interesse einer beschleunigten Erledigung wird die Öffentlichkeit auch darauf aufmerksam gemacht, daß die in Ernährungssachen zunächst berufenen Stellen folgende sind: in Wien die Approvisionierungsreferenten des Magistrats, erforderlichenfalls der niederösterreichischen Statthalterei; in den Kronländern die Gemeindeämter und Bezirkshauptmannschaften; in höherer Instanz die Landesstellen und die bei diesen vielfach schon bestehenden Ernährungsräte und Ämter.

M2

Das Ernährungsamt an das Publikum.

Es wird verkannt: Das rege Interesse der Öffentlichkeit an allen Fragen des Ernährungswesens gibt sich durch einen überaus starken schriftlichen und persönlichen Verkehr mit dem Amt für Volksernährung kund. So erfreulich Anregungen, Beschwerden und Mitteilungen aller Art sind, die an der schwierigen Lösung der Provisionsierungsfragen teilzunehmen beabsichtigen, so haben doch diese Eingaben und insbesondere die persönlichen Besuche bei den einzelnen Referenten so zugenommen, daß es nicht nur im Interesse der geregelten Geschäftsführung, sondern auch in dem der Besucher gelegen ist, die Besuche im Amt für Volksernährung auf eine bestimmte Zeit, und zwar auf die Stunden von 10 bis 12 Uhr täglich, zu beschränken.

Durch die Einhaltung dieser Besuchszeit wird sich das Publikum das lästige, oft stundenlange und manchmal unermüdlich vergebliche Warten auf die mit Arbeit in und außer Haus überhäuftesten Referenten ersparen. Bei diesem Anlaß sei auch bemerkt, daß an das Amt für Volksernährung sehr oft mit Angelegenheiten unmittelbar herangetreten wird, die in erster Linie in den Wirkungskreis anderer Stellen gehören. Im Interesse einer beschleunigten Erledigung wird daher die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß die in Ernährungsfragen zunächst berufenen Stellen folgende sind: in Wien die Provi-

sionsierungsreferenten des Magistrats, erforderlichenfalls der niederösterreichischen Statthalterei, in den Kronländern die Gemeindeämter und Bezirkshauptmannschaften, in höherer Instanz die Landesstellen und die bei diesen vielfach schon bestehenden Ernährungsräte und -ämter.

113

Die Christlichsozialen im Grazer Ernährungsdienste.

Aus Graz wird der „Reichspost“ geschrieben: Zu den Städten, die mit großen Ernährungsschwierigkeiten zu kämpfen haben, gehört die steirische Landeshauptstadt. Zu einer Zeit, wo in anderen Städten die Lebensmittelfrage den Mittelpunkt der Beratungen bildet, verfügt Graz über keinen Gemeinderat, sondern wird seit der infolge der sozialdemokratischen Obstruktion erfolgten Auflösung des Gemeinderates von einem Regierungskommissär verwaltet. Die Grazer politischen Parteien, darunter auch die christlichsoziale Partei, haben sich für die Wiedereinsetzung des Gemeinderates ausgesprochen. Dies schon deshalb, weil zu erwarten ist, daß den Forderungen der Stadt bezüglich der Lebensmittelversorgung dann mehr Gehör geschenkt werden wird.

Die Grazer organisierten Christlichsozialen haben die Lebensmittelfrage seit jeher lebhafteste Aufmerksamkeit geschenkt. Statthalter Graf Clary schuf im Jahre 1915 die Abgabestelle für billige Lebensmittel. Den minderbemittelten Personen werden Lebensmittel zu stark ermäßigten Preisen abgegeben, für Kinder und Kranke auch Milch zu Friedenspreisen. Diese Aktion führt der steiermärkische Frauenhilfsausschuß, dem auch die katholische Frauenorganisation angehört. Dieser Frauenausschuß leitet auch vier mustergültige Kriegsküchen. Die Statthalterei hat für die Abgabe der billigen Lebensmittel einen eigenen Beirat eingesetzt, dem von christlichsozialer Seite die Herren Schriftleiter Christian Fischer und Korrektor Ferdinand Herzog angehören. Die Aktion ist derart angewachsen, daß jetzt 32.000 Personen daran Anteil nehmen und billige Lebensmittel erhalten. In den letzten Wochen mußten die Portionen stark eingeschränkt werden, da sich die Lebensmittelknappheit auch bei dieser Wohlfahrtsaktion stark bemerkbar macht. Im Beiratsrat zur Abgabe der billigen Lebensmittel haben die Christlichsozialen wiederholt Anträge zur Umgestaltung der Aktion gestellt. Auf diese Anträge ist das Schülerrühstück in den Grazer Schulen, die Vermehrung der Fahrkäfen usw. zurückzuführen. In der letzten Zeit sind über diese Einrichtungen Klagen laut geworden, an deren Beseitigung nunmehr gearbeitet wird.

Als im Sommer des Vorjahres die Versorgung von Graz mit Lebensmitteln immer größere Schwierigkeiten bereitete, erschien eine Abordnung der christlichsozialen Arbeiterschaft beim Statthalter Grafen Clary, um die Abstellung der ärgsten Uebelstände zu verlangen. Gleichzeitig wurde die Schaffung eines Landes-Ernährungsbeirates in Anregung gebracht, der leider erst am 16. Februar d. J. in Aktion trat. Demselben gehören von christlichsozialer Seite die Herren Abg. Sagenhofer und Schriftleiter Fischer an. Letzterer richtete in der Sitzung eine Anfrage an den Statthalter über die Gehahrung und die Verwendung des Reingewinnes bei den wirtschaftlichen Anstalten der Statthalterei in Graz.

Die Stadt Graz besitzt seit Mitte November ebenfalls einen Beirat für den städtischen Ernährungsdienst. Dieser hält regelmäßig jeden Donnerstag Sitzungen ab, um die laufenden Angelegenheiten zu beraten. Die Christlichsozialen besitzen leider nur zwei Vertreter, und zwar Hoforgelbaumeister Konrad Hopperwieser und Schriftleiter Fischer. Seit der Schaffung dieses Beirates haben die christlichsozialen Vertreter eine Reihe von Anträgen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung von Graz gestellt, einen energischen Kampf gegen Wucher und Betrug geführt und gegen die ungleiche Behandlung der Stadt

gegenüber Schwesterstädten protestiert. Daß die Anträge der Christlichsozialen Vertreter im Ernährungsbeiratsrat am Platze waren, beweist am besten die Tatsache, daß sämtliche christlichsozialen Anträge einstimmig angenommen wurden.

Um so unverständlicher ist es, daß die Stadt Graz im Beiratsrat des Amtes für Volksernährung wohl durch je einen sozialdemokratischen und deutschnationalen Mandatar vertreten sein wird, während die steirischen Christlichsozialen kein Mandat erhielten. Liegt darin Abzicht?

Mh

Die Eröffnungssitzung des Ernährungsrates.

Im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landtages fand am 27. d. die Eröffnungssitzung des Ernährungsrates statt. Außer den Mitgliedern — fachkundigen Vertretern und Vertreterinnen der Produzenten- und Konsumentenkreise — nahmen daran die Vertreter der Ministerien, des Amtes für Volksernährung und der großen Wirtschaftszentralen teil.

Der Präsident des Ernährungsrates, Dr. Graf L a r i s c h - M o e n n i c h begrüßte den mit der Leitung des Amtes für Volksernährung betrauten Minister G. M. S ö f e r, die Vertreter der Ministerien, des deutschen Kriegs- und des ungarischen Landesernährungsamtes, besprach die Schaffung des Amtes für Volksernährung, dessen bisherige Leistungen und die Aufgaben des Ernährungsrates, der diesem Amt als fachlicher Berater in allen Approvisionierungsfragen beistehen soll. Mit einer Huldigung für das Kaiserpaar, die von der Versammlung stehend angehört wurde und in einem dreimaligen Hoch ausklang, schloß der Präsident seine Ansprache.

In knapper auf präzise Schlagworte aufgebaute Rede besprach hierauf Minister S ö f e r die bisherigen Maßnahmen der Regierung, den derzeitigen Nahrungsmittelstand, die wirtschaftlichen Aussichten für die kommenden Monate und die überaus zahlreichen Probleme, die auf dem Gebiete der Volksernährung noch der Erledigung harren, so die Erfassung der künftigen Ernte, die Aenderung des bisherigen Ausbringungsverfahrens, die Anbahnung einer gerechten Preispolitik, ferner die sozialen Maßnahmen, wie die Hilfsaktion für die mindestbemittelten Bevölkerungsschichten und das Kriegskücheneisen. Auch die Fragen der Verbrauchsregelung, der Belieferung der Kriegsindustrien und der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft fanden Erwähnung.

Nachdem die Wahl der Vizepräsidenten, der Geheimen Räte Dr. F o r t und Dr. S c h r e i n e r und des B. S o ß per acclamationem vorgenommen war, konstituierte sich der Arbeitsausschuß und die fünf Fachausschüsse des Ernährungsrates: der Ausschuß für Getreide, Kartoffeln und die sonstigen für menschliche Nahrung dienenden Bodenprodukte, die Ausschüsse für Futtermittel, für Vieh und tierische Produkte, für die Ein- und Ausfuhr von Nahrungsmitteln und für die Lebensmittelindustrien.

Lebensmittelvorsorge für Sommerfrischen

Kein Einsichtiger wird sich den Mahnungen zum Verzicht auf überflüssige Reisen verschließen und die Bestrebungen der Behörden, den Eisenbahnverkehr auf ein eben noch erträgliches Mindestmaß einzuschränken, grundsätzlich bekämpfen; jeder hat in diesem bösen Winter am eigenen Leibe gefühlt, wie sehr wir darauf angewiesen sind, mit der Kohle zu sparen, jeder begreift, daß im dritten Kriegsjahr Zahl und Beschaffenheit der Lokomotiven und Bahnwagen sich verringert haben muß, niemandem entgeht, daß die Reihen der Bahnbediensteten aller Art sich stark gelichtet haben. Mit der Losung: „Keine überflüssigen Reisen!“ wird darum jeder einverstanden sein. Aber hier stock ich schon. Welche Reisen sind „überflüssig“? Gewiß, in Friedenszeiten ist gar manche Reise unternommen worden, zu der keine dringende Veranlassung vorlag, aber ein großer Teil solcher Reisen hat mit dem Kriege selbst aufgehört, und ihre Zahl hat sich mit jedem Kriegsjahr weiter verringert. Heutzutage, in der Zeit der Lebensmittelarten, diesem Symbol einer Versorgungsnot bei uns und einer Versorgungsunsicherheit außerhalb des ständigen Wohnsitzes, begibt sich — von allem andern ganz abgesehen — nicht leicht jemand auf Reisen, der nicht eine dringende Veranlassung dazu hat, sei sie geschäftlicher oder familiärer Art, sei es, daß es sich darum handelt, einen Kurort aufzusuchen. Ja, aber die bloßen Vergnügungsreisen! wird eingewendet. Vergnügungsreisen? Gibt es das für uns und bei uns heute noch? Die großen Weltvergnügungsorte, die vor dem Kriege Tausende und Tausende von Deutschen lockten, sind uns verschlossen, Reisen nach Monte Carlo, nach Paris, nach Florenz, nach Biarritz, zu den Pyramiden, nach Ceylon und Indien, nach Madeira und Japan sind zur Unmöglichkeit geworden. Was uns außerhalb unserer sehr ernsthaft und mühsam gewordenen deutschen Heimat gebietet ist, sind ein paar Höhenstationen und Wintersportplätze in der Schweiz und in Skandinavien, und die paar Duzend Leute, die aus Sportlust unbeirrt durch Paß- und sonstige Schwierigkeiten diesen Reisezielen zustreben, fallen nicht ins Gewicht.

bleiben also die Erholungsreisen. Die aber wird man doch nicht verbieten oder auch nur unnötig erschweren wollen; sie müßte man verständigerweise auf jede Art fördern und erleichtern. Denn Erholung bedeutet Gewinn an Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Körperlicher und geistiger, und weiß Gott, wenn Deutschland jemals gesunde, körperlich und geistig leistungsfähige Menschen gebraucht hat, so ist es jetzt in dieser Zeit, wo die Wüste unseres Volkes zu Hunderttausenden dahingemäht wird, andere Hunderttausende mit gebrochener Gesundheit von den Fronten zurückkommen und in der Heimat der Letzte Mann aufgeboten wird, seine Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Und was von den Erwachsenen gilt, in noch höherem Maße von unseren Kindern, dem Nachwuchs der Nation, den wir gesund und frisch erhalten müssen, wenn unser Volk sich von dem ungeheuren Überlaß dieses Krieges rasch und nachhaltig erholen soll. Den Kindern dürfen die Erholungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt, ihnen müssen sie womöglich noch erweitert, unter allen Umständen aber gesichert werden. Die große Reisezeit für die Kinder sind die Sommerferien, für diese gilt es also jene Vorarbeiten zu treffen, welche den Kindern und selbstverständlich auch den sie begleitenden Angehörigen die Reise nach dem Erholungsort möglichst erleichtern und dort eine ausreichende Verpflegung verbürgen.

Selbstverständlich geht es nicht an, den Gemeindevorkontrollen der Sommerfrischen die Sorge zu überlassen, wie sie für ihre Sommergäste die Lebensmittel beschaffen sollen, vielmehr ist es die Aufgabe der Ernährungs-Zentralbehörden, durch Zuweisung der entsprechenden Lebensmittelmengen

an die Sommerfrischen diese in den Stand zu setzen, ihre Gäste ausreichend zu verpflegen. Dazu bedarf es einer Organisation, deren Aufgabe es wäre, die Lebensmittelmengen, die auf jede einzelne in die Sommerfrische reisende Person entfällt, von deren ständigem Wohnort an den zeitweiligen Aufenthaltsort, die betreffende Sommerfrische, zu verschieben. Jeder, der die Absicht hat, mit seinen Kindern eine Sommerfrische aufzusuchen, hätte dies einige Wochen vorher mit genauer Angabe des Reisetages, des Reisezieles und der Aufenthaltsdauer bei der Ueberweisungsstelle anzumelden. Die Ueberweisungsstelle hätte dann dafür zu sorgen, daß die auf die angemeldeten Personen entfallenden Lebensmittel, soweit sie der Rationierung unterliegen, für die Zeit der Reise der betreffenden Sommerfrische mit ausdrücklicher Bezeichnung der Bezugsberechtigten überwiesen werden. Auf diese Weise würde erreicht werden, daß die Einwohner der Sommerfrische durch den Zugang von Sommergästen in ihrer eigenen Ernährung nicht beeinträchtigt, die Sommergäste in ihrer Ernährung gesichert, die Gesamtbestände des Reichs an rationierten Lebensmitteln in keiner Weise verringert würden. Damit wäre einerseits den Städtern, zumal den Stadtkindern, die Erholungsmöglichkeit während der Ferien gesichert, andererseits dem Verfall des Fremdenverkehrswezens, das im Wirtschaftsleben ungezählter deutscher Gemeinden eine überaus wichtige Rolle spielt, wirksam vorgebeugt.

Eine solche Ordnung der Dinge würde allerdings nur jene Ferienreisenden berücksichtigen, die ihre ganze Erholungszeit an einem im voraus bestimmten Orte zuzubringen gedenken, nicht aber die, die größere Wanderungen mit wechselnden Standquartieren planen. Aber die große Mehrzahl der Ferienreisenden und ganz besonders die Familien mit Kindern pflegen sich auch schon in Friedenszeiten während ihrer Erholungszeit an einem bestimmten Orte festzusetzen, und für diese muß im öffentlichen Interesse in allererster Reihe Vorkehrung getroffen werden. Umso mehr, als die Berücksichtigung dieser Gruppe von Ferienreisenden auch den auf den Fremdenverkehr angewiesenen Orten ganz besonders zugute kommt, ein wichtiges gesundheitliches Interesse von Hunderttausenden mit einem nicht zu unterschätzenden volkswirtschaftlichen Interesse von Hunderten deutscher Gemeinden in allen Teilen unseres Vaterlandes sich deckt. Soll aber die Lebensmittelzuweisung an die deutschen Sommerfrischen für die Zeit der großen Ferien in gutem Gang kommen, dann darf mit der Schaffung der hierzu erforderlichen Organisation nicht gezögert werden. Hier winkt der Umsticht und Tatkraft unseres Lebensmittelinspektors Herrn v. Batocki ein verdienstvolles Feld — möge er nicht zögern, es in Angriff zu nehmen, und es ihm gelingen, die rechten Leute auf den rechten Platz zu stellen, auf daß das Zuweisungsamt (oder wie sonst man diese Organisation benennen will) ehestens ins Leben treten und seine wichtige Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit lösen kann. H. B.

Ernährungsfragen im Reichstags-Ausschuß

N. Berlin, 27. März. (Priv.-Tel.) Der Ernährungsausschuß des Reichstages beriet über die neuen

Maßnahmen des Kriegsernährungsausschusses und des Bundesrates.

Ministerialdirektor Freiherr v. Braun führte aus, die Verordnung vom 22. März 1917 sieht vor, daß die zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft und zur Ernährung notwendigen Mengen, in Händen der Erzeuger und Selbstversorger verbleiben. Zur Nachprüfung der Bestandaufnahme vom 15. Februar und zur Erfassung der ermittelten Vorräte an Getreide und Hülsenfrüchte sind folgende Maßnahmen getroffen worden: Die Reichslängelerbestimmung vom 22. März ist der erste Fall der Ausübung der dem Reichslängler durch die Bundesratsverordnung vom 22. Mai 1916 erteilten Befugnis, die im Reiche vorkommenden Lebensmittel für die Ernährung des Volkes in Anspruch zu nehmen. Die dem Erzeuger verbleibenden Mengen sind teils in Uebereinstimmung mit den bestehenden Bundesratsverordnungen teils davon abweichend festgesetzt worden. Bei Brotgetreide ist die Herabsetzung der Selbstversorgungsquoten um 25 pSt. vorgesehen. Bei Hafer und Rübenfrüchte sind im wesentlichen für Verfütterung, für Saat und sonstigen Verbrauch die bisherigen Sätze aufrecht erhalten worden. Bei Gerste ist die Freilassung von 40 Prozent der Ernte im Mindestbetrag von 20 Zentner aufgehoben und alles in Anspruch genommen, was nicht nur zur Ernährung der Selbstversorger und der im Betrieb gehaltenen Tiere unbedingt erforderlich ist. Zur Nachprüfung und Inanspruchnahme sind in jedem Kommunalverband Ausschüsse zu bilden, die unter Herbeiführung von Militärpersonen, die von dem stellvertretenden Generalkommando zugewiesen werden, in jedem landwirtschaftlichen Betriebe Vorräte aufnehmen. Den Ausschüssen sollen die Unterkommissionäre der Reichsgetreidestelle, Reichsgerstegesellschaft und Reichshülsenfrüchtelestelle angehören, ferner Sachverständige, die nicht aus der gleichen Gemeinde stammen, in der die Erhebung durchgeführt wird. Die Bestände sind genau aufzunehmen und die Mengen frei anzusetzen, die für den eigenen Verbrauch bestimmt sind. Die ablieferungspflichtigen Mengen sollen wenn möglich sofort, gegen Aushändigung des Anerkennungscheines in ein von der Gemeinde zu stellendes Lager gebracht werden. Dabei ist auch der Uebernahmepreis zu vereinbaren. Lieferer der Betriebsinhaber nicht freiwillig, so geht der Vorrat mit der Aussonderung in das Eigentum des Kommunalverbands über. Die Festsetzung des Uebernahmepreises erfolgt in diesem Falle durch die zuständige Behörde. Ist die sofortige Ueberführung der Vorräte in das Gemeindelager nicht möglich, so hat der Inhaber die Vorräte zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Das trifft insbesondere für noch nicht ausgebrochenes Getreide und Hülsenfrüchte zu. Der Ausschuß kann eine Frist für den Ausbruch setzen, muß aber dann im Bedarfsfalle für die Bereitstellung der Dreschplätze und der Kriegsamtsstellen Sorge tragen. Die Gemeinde hat die Vorräte zu pflegen und zu bewachen, bis diese von den Kommissionären übernommen sind. Von Brotgetreide darf der Kommunalverband nur soviel für sich behalten als zur Ernährung der Versorgungsberechtigten bis zum 13. August nach der jetzt festgesetzten Nation erforderlich ist. Gerste und Hülsenfrüchte sind vollständig an die betreffenden Stellen abzuliefern. Den Landwirten sind auch die Mengen zu belassen, die zur Ernährung der Stadtkinder notwendig sind, zu deren Aufnahme sich der Landwirt verpflichtet hat. Verheimlichte oder versteckte Vorräte verfallen ohne Entschädigung zu Gunsten des Kommunalverbandes. Außerdem wird in solchen Fällen mit der Strafverfolgung vorgegangen. Die Durchführung der Verordnung obliegt den Landeszentralbehörden, und dem Staatskommissar für Volksernährung. Sie soll möglichst beschleunigt werden, damit man bald ein richtiges Bild über den tatsächlichen Vorrat an Getreide und Hülsenfrüchten bekommt. Den Ausschüssen soll in ähnlicher Weise auch die Aufnahme der Kartoffelvorräte übertragen werden. Ein Sozialdemokrat führte aus, daß die Erfahrungen der Vorjahre nicht genügend benutzt worden sind, und daß die Erregung in der Bevölkerung über die einander folgenden Krisen groß sei. Das Ergebnis der Ernte wurde zunächst als gut bezeichnet, später als mäßig, die Nachprüfung ergab nur noch einen Fehlbetrag über 1 Million Tonnen. Das ist nicht ohne weiteres zu erklären, auch nicht durch Brotkartenschiebungen und mangelhafte Volkszählung. Es muß also viel verfüttert worden sein. Ausgedroschenes Getreide wurde nicht abgeholt, da es nicht zeitig ausgebrochen wurde, wodurch die Verfütterungsgesamtheit verzögert wird. Die Vertreter der Landwirtschaft und auch manche Ernährungsstellen haben die Enttäuschten gespiegelt, wenn solche Warnungen ergingen. Die Behörden hätten sich sichlos durchgreifen müssen, hoffentlich wird die Bestandaufnahme der Kartoffeln die Möglichkeit ergeben, fünf Pfund Kartoffeln zu gewähren. Die Sicherungsmaßnahmen gegen Kartoffelverfütterung müssen rücksichtslos durchgeführt werden. Die rumänische Zufuhr sollte restlos der menschlichen Ernährung dienen.

Ein bayerischer Zentrumsabgeordneter bestritt den Umfang der Verfütterungen. Die Verringerung des Wirtschaftsplanes treffe Bayern am schwersten. Ein Nationalliberaler erwähnte, daß in Hessen Brotgetreide in nennenswerter Weise nicht verfüttert worden ist. Sie und da hat man das vielleicht getan, ohne sich eines Unrechtes bewußt zu werden. Das Getreide hat sich in Halmen und Blättern gut entwickelt, aber die schlechte Blütezeit hat den Korntrag herabgemindert. Die Ernte ist schlechter ausgefallen als man erwartet hatte. Man hat nicht überall gleichmäßig durchgegriffen. Mit den Zusatzarten ist man haufieren gegangen und hat sie den Leuten aufgedrängt. Hunderttausende von Zentnern Mehl sind unterzlagen worden. Der Medner wünschte Auskunft, ob gegenüber Neutralen mit Mehl freigebig umgegangen worden sei, und er rügte die Mehlzuweisungen an die Zwiebackfabriken. Wenn die geparkt hätten, sollte man das ersparte Brot nicht wegnehmen.

Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte, nicht zu begreifen, wie man noch von einer Verringerung der Viehbestände reden könne, wo die Fählung ihre Vermehrung ergeben habe. Die Verantwortung für die erünte Situation trügen diejenigen, die eine vernünftige Verminderung des Viehbestandes verhindert hätten. Dieser sei jetzt noch erheblich höher als 1912 und 1913. Die schlappen Ausführungen der Verfügung des Kriegsernährungsamtes, insbesondere in Preußen, seien Schuld an der ernsten Lage. Was Unterstaatssekretär Michaelis gesagt habe, treffe zu. Die Schlappkontrolle der Mühlen gab viel zu der heutigen Situation beigetragen. Man hätte zeitig die Konsequenzen aus der schlechten Kartoffelernte ziehen und die Schweine vermindern sollen. Die von der Reichsgetreidestelle Verfertigten sind erheblich schlechter bedacht als die Selbstversorger und würden es auch nachher noch mehr sein. Die Vagen- und Puttermilch müsse mehr als bisher der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

In der fortgesetzten Beratung des Ernährungsausschusses des Reichstages rügte ein Sozialdemokrat, daß der nationalliberale Medner wieder eine Tür offen halten wolle, damit die Landwirte weiter Brotgetreide verfüttern und sich selbst übermäßig versorgen könnten. Bei der Zusammenbringung der Vorräte dürften die Landwirte keinen Einfluß haben. Mit der Bevorzugung einzelner Firmen bei der Verteilung der Nahrungsmittel müsse ein Ende gemacht werden.

Präsident von Batocki

führte aus: Der Bedarf des Heeres ist zum Teil gedeckt durch die besetzten Gebiete. Die Ungenauigkeiten der Volkszählung seien noch nicht endgültig festgestellt. Im ersten und zweiten Kriegsjahre habe man die Ernte unterschätzt, in diesem Jahre überschätzt. Das habe sich jedoch erst Anfang 1917 herausgestellt. Alle Beteiligten sollten den Ernst der Situation erkennen, das würde am meisten nützen. Die Schweineabschlachtung solle beschleunigt werden. Der gute Wille aller Beteiligten sei unerlässlich.

Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte, die Grundlage der Ernährungspolitik sei von Anfang an falsch gewesen. Die Auffassung sei zu optimistisch gewesen. Das Wort des Reichslänglers von dem „Schmachtrienem“ habe lebhaften Widerspruch gefunden. Der Medner bezweifelte, daß Kartoffeln in der in Aussicht gestellten Menge vorhanden seien. Er verweise auf die Dezemberdenkschrift der Fortschrittlichen Volkspartei. Die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen trage das Großagrariertum, das seine Spitze im preussischen Landwirtschaftsministerium habe. Obgleich die hohen Viehpreise zur starken Verfütterung von Brotgetreide und Kartoffeln angereizt hätten, habe man diese falsche Politik weiter getrieben. Das Kriegsernährungsamt habe nicht die nötige Energie ausgebracht. Eine Herabsetzung der Schweinepreise ab 1. April sei zu erwägen. Die Herabsetzung der Brotration habe ungünstig im Auslande gewirkt. Die fleischlosen Tage könnten aufgehoben, die erhöhte Fleischration müsse zunächst durch Schweinefleisch gedeckt werden.

Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitersgemeinschaft rügte gleichfalls die mangelhafte Kontrolle und machte Vorschläge für die Gewährung von Zu-

schüssen zu den Fleischlosen. Der Schleichhandel, so widerwärtig er sei, bedeute für das ganze Volk, aber er wirke auf den Behalten entgegen. Die Norddeutsche Bank-Aktien: beide Kosten, 60 Mill. auf Norddeutsche Bank-Aktien: beide Kosten, 100 Mill. auf Schaffhausen, Interessengebiete die Ueberläufer Bank nördlich hier. Von vortier an dem Institut namhaft beteiligt war und den Anstalt in Leipzig künftlich überlassen wurde, die bereits Zilian an die herrenschende Alchemie Deutsche Credit-Zentralbank an Aktien der Ueberläufer Bank in weiter um 1,8 auf 2,6% Mill zurückzuziehen, weil Die beteiligten Banken und Bankfirmen sind

Gesellschaft. Soda und der Aktien der Bolgarischen Nationalen Bankwerke. Kassenscheine, Illuz am 1. Oktober 1916, der neuen Aktien der (schiedet) Böhrler, der Osnabrücker Kupferwerke, Gelsenkirchen, Rheinischen Stahlwerke, Hoesler Brannkohlwerke, (Holzwerk, Wagnersabrik, Vermoren Köln-Holzwerke, Lütverhaken, Rheinischen Westfälischen Sprengstoff Assurances Union von 1897, Hamburg-Bremer Feuer Versicherungs Gesellschaft, Transport-Versicherung-V.-G., Kreditbank in

29. III. 1917

M

Ein neues System der Ernährung.

Nach Professor Dr. Klemens Freiherrn v. Birquet.

Im Rahmen der Vortragsveranstaltungen für die Frequentantinnen der Bildungsanstalt für Koch- und Haushaltungsschullehrerinnen in Wien finden derzeit im Vortrags- und Demonstrationssaale der Baron Birquet'schen Kinderklinik vom Dozenten Dr. Bela Schick abgehaltene Vorträge über das von Professor Baron Birquet in Vorschlag gebrachte und bereits mit bestem Erfolg erprobte neue Ernährungssystem statt, dem nicht, wie bisher, die sehr unständliche und mannigfache Unklarheiten einschließende Kalorienzahl des Eiweiß-, Fett- und Kohlehydratgehaltes der Nahrung, sondern die Milch als Nahrungseinheit zugrunde gelegt erscheint.

Während das bisher geübte Verfahren dem nicht vollständig in die Frage Eingeweihten kein plastisches Bild des Nahrungswertes gibt, ist der Begriff der Milch so populär, daß die Summe einer Mahlzeit in Milchwert ausgedrückt, leicht verständlich ist. Wenn wir wissen, daß das Mehl fünfmal und die Butter 12mal so viel Nahrungswert in jedem Gramm haben wie die Milch, ist der Austausch gleichwertiger Speisen auch dem Laien ohne Schwierigkeit möglich. Der zweite Teil des Systems bezieht sich auf die Berechnung des für jeden einzelnen Menschen in einem Tage notwendigen Wertes der zuzuführenden Nahrung. Das geschieht in sehr einfacher Weise unter Zugrundelegung der Größe der verdauenden Fläche des Darmes und der Berücksichtigung der Arbeitsleistung und anderer Funktionen des Körpers. Verschiedene Tafeln und Maßstäbe ermöglichen die Bestimmung der Nahrungswerte ohne jede Rechnung, durch einfaches Ablesen sowie auch die Auswahl einer rationell zusammengesetzten und dabei möglichst billigen Kost.

Dieser große Vorteil gegenüber der bisherigen Art der Nährwertberechnung wird voraussichtlich in kurzer Zeit einen bedeutungsvollen Einfluß auf unser gesamtes Verköstigungswesen ausüben. Die vorbezeichneten interessanten Vorträge wurden außer den im Prüfungsstadium befindlichen Kandidatinnen für das Lehramt an Koch- und Haushaltungsschulen den Lehrkräften dieser Anstalten, ferner Leiterinnen von großen Auspeisungsstellen und schließlich auch einer beschränkten Zahl weiterer Interessenten zugänglich gemacht.

M8

Der Ernährungsrat.

Schon im ersten Parlament des allgemeinen Wahlrechtes wurde von der Vertretung des Proletariats gefordert, daß unseren Produktionsministerien für Ackerbau und Industrie ein Ministerium für Volksernährung beigeordnet werde. Erst im Kriege, erst nachdem die österreichische Ernährungspolitik vollständig verfahren und die zunehmende Desorganisation der Lebensmittelversorgung unhaltbar geworden war, wurde endlich das Volksernährungsamt geschaffen. Das Amt vermag als bloße bürokratische Einrichtung nicht voll zu wirken, es muß ihm zu jeder gedeihlichen Arbeit die Kritik und die Mitarbeit der Bevölkerung gesichert sein; denn nichts ist für eine gedeihliche Volksernährung so unentbehrlich, als daß die Bevölkerung nicht bloßes Objekt, sondern auch mitwirkendes Subjekt der Fürsorge ist. In anderen Staaten besorgt dieses Amt der Kritik und der anregenden Führung das Parlament; bei uns, im Lande des Erlasses, arbeitet auch hier das Ersatzmittel: der Ernährungsrat. Er stellt in seiner jetzigen Zusammensetzung die Vereinigung des Beirates der Kriegs-Getreidegesellschaft, des Approvisionierungsbeirates und mehrerer Fachbeiräte dar, umfasst die Vertreter fast aller Parteien, Nationen, Agrarier, Kaufleute und Konsumenten. Seine Arbeit gliedert sich nach fünf großen Gruppen in Ausschüssen mit je einundzwanzig Mitgliedern, die mit den verschiedenen Einzelfragen befaßt sind. Der erste Verhandlungstag hätte in einer großen Generaldebatte die Vertreter des Amtes und der Bevölkerung einander näherbringen, die Pläne der Behörde und die Anregungen aller Interessanten zusammenfassen sollen. Minister Höfer hat in einem sehr sachlichen, lediglich auf Tatsachen aufgebauten Bericht die Aufgaben und die Pläne zusammengefaßt, die das neue Amt beschäftigen. Die schmucklose Einfachheit der Rede, die nicht wirken will und nur zu unterrichten sucht und Schwierigkeiten nicht verhüllt, hat dem Sprecher viel Sympathien gewonnen. Er hat sicher in sein neues Amt viel guten Willen mitgebracht, wenn sich auch die Schwierigkeiten nun zu Bergen türmen und der Wille, auch der beste Wille nicht mehr durchzukommen vermag. Der taubereite Eifer richtet auf, zumal wenn er erkennt und auch bekennt, wie sehr er nun die Sünde alter Versäumnisse zu büßen hat.

Die Debatte selbst hat leider nicht viel mehr als eine Sammlung einzelner Beschwerden gebracht, neue Richtlinien sind spärlich sichtbar geworden. Die Agrarier haben ihren ganzen Wunschzettel aufgezählt und die grüne Fahne der Landwirtschaft ist wieder einmal hoch im Winde geflattert. Baron Ehrenfels hat seine ostelbische Rückständigkeit vor allem mit der Bemerkung eingeleitet, daß die Landfrauen hier nicht vertreten seien, da sie andere Arbeit zu leisten haben, daß sie dahinter bei den natürlichen Aufgaben der Frauen bleiben und nicht in Ernährungsräten mitarbeiten können. (Sollten wirklich untern adeligen Großagrarien so unerbittlich auf der Feldarbeit ihrer Gattinnen bestehen, daß sie ihnen nicht einmal einen Urlaub von ein paar Tagen für eine Beiratsstagnation gönnen?) Uebrigens forderte Baron Ehrenfels selbst eine Vertretung der Landwirtinnen — eine solche wäre auch uns sehr erwünscht. Er sprach sich entschieden gegen die staatlichen Eingriffe in die Produktion aus, die er und seine Partei ablehnen müßten. Der Abgeordnete Zuksch stellte die Forderung, daß die österreichischen Höchstpreise mit den Höchstpreisen in Ungarn in Einklang gebracht werden müssen, weil nur dann eine Versorgung der österreichischen Bevölkerung möglich sei. Sofort aber hat er die Forderung angeschlossen, daß die österreichische Landwirtschaft in jeder Weise unterstützt werde, damit sie ihre Produktion steigern und Oesterreich allein ohne Ungarn und seine Hüfe versorgen könne. Daß man dieses Ziel nach den Perioden rumänischen Maisbrotens noch mit dem Mittel österreichischer Agrarpolitik erreichen will, zeigt, daß man entweder Tatsachen nicht sehen will oder sie nicht erkennen kann. Erschütternd waren die Schilderungen der galizischen Vertreter über die Ernährungsverhältnisse in Polen, wo der Krieg und seine Ereignisse am fürchterlichsten wirken konnten. Abgeordneter Seleniger hat in einer bedeutenden Rede die Frage der Konsumenten- und der Produktionspolitik angerollt. Er hat den Agrariern das Schlagwort, daß sie die Ernährer des Volkes sind, einmal vom Standpunkt des Arbeiters zergliedert und ihnen gesagt, daß sie keine Kohlen, kein Petroleum, keine Geräte und keine Kleider hätten, wenn die Arbeiter nicht wären. Wenn die Bauern nicht auf das Niveau der Pflanzbauern herabsinken, sondern als Kulturmenschen leben wollen, dann bedürfen sie des Industrievolkes so, wie dieses das Landvolk nicht entbehren kann. Wenn wir es einmal auf den Versuch ankommen lassen, dann würden die selbstschaffenden Landwirte einsehen, daß sie mit dem Industrievolk gemeinsam Politik machen müssen. Wenn die Bergarbeiter aus Entkräftung nicht in die Grube fahren können, muß auch der Bauer frieren. Nachdrücklich wurde von Seleniger auf die Notwendigkeit hingewiesen,

daß die Verhandlungen des Ernährungsrates der Öffentlichkeit ebenso ausführlich mitgeteilt werden wie die Reden der Minister, die allen Blättern zugehen. Das Volk muß wissen, was wir hier tun. Die Kreisrelationen und die Organisations- und Wirtschaftsämter sind nun die wichtigsten Aufgaben des Ernährungsdienstes. Bei den Wirtschaftsämtern müssen die Arbeiter ausreichend vertreten werden, denn sonst kann eine gedeihliche Aufbringung und Verteilung des noch Vorhandenen unmöglich erzielt werden. Der Abgeordnete Kunschak, der eine scharfe Rede gegen die Jagdbesitzer hielt und auch die zunehmende Kindersterblichkeit in deutlichen und mahnenden Zügen warnend kommentierte, hat leider nicht mitgeteilt, wie wenig der niederösterreichische Landtag, den die Partei des Herrn Kunschak beherrscht, gegen die Jagdherren und Bauernleger getan hat, von der Bevölkerungspolitik und deren Aufgaben nicht zu reden. Abgeordneter Diamand, dessen treffende Kritik der unzulänglichen Maßnahmen der Regierung Stürggh mit lebhafter Zustimmung begleitet wurde, hat sehr eindringlich über die Hilfe gesprochen, die aus den russisch-polnischen Gebieten und aus Galizien erwartet wird, deren Ausmaß und Unkosten für Aufbringung und Transport in keinem Verhältnis steht. Weil die Transportchwierigkeiten und die Gefahr des Kohlenmangels immer größer werden, wurde von ihm die Schaffung eines sechsten Ausschusses beantragt, der sich nur mit diesen Fragen befassen soll. Die Transportchwierigkeiten sind nun eine europäische Krise und in jedem Staate sind sie geradezu die Lebensfrage. Wenn das Ernährungsamt auch nicht an sich kompetent sei zur Lösung dieser Frage, sei es dringend, sich mit allen Fragen zu beschäftigen, die in irgend einer Weise mit der Ernährung zusammenhängen.

Als erste Frau, die in einer öffentlichen Körperschaft Oesterreichs als gleichberechtigtes Mitglied zum Wort kam, hat Emma Freundlich unter der regen Aufmerksamkeit aller gesprochen. Sie hat die Ursachen unseres mangelhaften Ernährungsdienstes in drei Dingen gesehen. Vor allem in der Beschränkung der öffentlichen Kritik und der öffentlichen Mitarbeit durch die Ausschaltung des Parlaments; darin liege die größte Gefahr für die Volkstimmung. Wenn das Volk sieht und aus den Debatten lernt, welche Schwierigkeiten vorhanden sind; wenn es die Hoffnung hat, daß seine gewählten Vertreter Widerstände überwinden und besiegen können, dann hat es mehr Vertrauen zu den Maßnahmen und erträgt erkannte Notwendigkeiten leichter. Der Ernährungsrat ist kein Ersatz des Parlaments, denn ihm fehlt die Legislative. Wir können nur raten, das aber kann die Tat, den Gesetzesbeschluß nicht ersetzen. Der zweite Grund unseres Veragens ist die mangelnde Organisation unserer bürokratischen und autonomen Verwaltung. Eine Preisfrage ist es, wer mehr ver sagt hat: Staat oder Autonomie; wir glauben hier an die Geschichte vom Rabbi und vom Wächter erinnern zu müssen. Unsere gesamte Verwaltungsorganisation, unsere sozialen Fürsorgeeinrichtungen sind nicht so weit entwickelt, daß sie die Lasten des Krieges tragen könnten. Hier muß vor

allem eingesezt werden, namentlich nun, wo die mangelhaft vorbereitete Aktion für die Minderbemittelten gedeihlich durchgeführt werden soll. Unser strategischer Plan muß geändert werden. War früher die gleiche Portion das Mittel der sozialen Fürsorge, so muß nun die Nation und der Preis differenziert werden. Nun wo der Staat Mehl und Brot verteilt, müssen die Frauen auch dabei mitarbeiten. Produktionspolitik müssen wir treiben, aber auch Konsumentenpolitik ist Produktion, sie soll das wertvollste Produkt erzeugen, den Menschen und seine Arbeitskraft. Nach Schluß der Generaldebatte gehen nunmehr die Ausschüsse an ihre Arbeit. Sie wird gewiß geraume Zeit beanspruchen. Die Ergebnisse der Ausschussarbeiten sollen gegen Schluß der Woche im Plenum erledigt werden.

29. III. 1917

ME

Erster Wiener Konsumverein.

Infolge der dieswöchigen Zuweisungen kann der Verein an die erste Gruppe der Mitglieder nur ein Drittel Weizenmehl und zwei Drittel Maisgrieß oder ein sonstiges Mahlprodukt, je nach Vorrat, abgeben. Die zweite Gruppe der Mitglieder, die am vergangenen Freitag teilweise ausschließlich Mahlprodukte und gar kein Weizenmehl erhielt, wird diesmal zur Hälfte Weizenmehl und zur anderen Hälfte Maisgrieß oder ein anderes Mahlprodukt zugewiesen bekommen. Die Eierabgabe für die zweite Gruppe findet Freitag statt. Zur Abgabe gelangen nur ungarische Eier, und zwar ein Stück per Person.

Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs.

Morgen Donnerstag, 7. Bezirk, Neubaugasse 31, geschlossen.
 2. Bezirk: Die roten Nummern von 2144 bis 2693, die die Eier gestern nicht abholten, können dies morgen nachholen. Weiter: Zucker und Suppenmasse von 9 bis 12 und von 3 bis 5 Uhr.
 9. Bezirk: Inneereien und Preiselbeermarmelade (Bezüge mitbringen!) von 9 bis 12 und von 3 bis 5 Uhr.
 13. Bezirk: Eier für die roten Nummern von 2734 bis 3000. Weiter: Wurst von 9 bis 12 Uhr. Nachmittags geschlossen.
 10. Bezirk: Wurst und Rosinen nur von 9 bis 12 Uhr. Nachmittags geschlossen.
 17., 18. und 19. Bezirk: Zucker und Suppenmasse von 9 bis 12 und von 3 bis 5 Uhr.

29. III. 1917

120

Ernährungsfragen im Ausschuss.

Der Ernährungsausschuss des Reichstages legte gestern seine Beratungen fort.

Ein Zentrumsredner erläuterte an einem Beispiel aus der eigenen Wirtschaft, wie leicht eine unrichtige Ernteschätzung zustande komme. Hieraus sei die Differenz von 2 Millionen Tonnen zurückzuführen. Erfahrungsgemäß schütte das Getreide in nassen Jahren schlecht. Es liege nahe, die Schuld auf vermeintliche Verfütterung zu schieben, wie es der preussische Staatskommissar getan habe. Es sei auch nicht richtig, daß der Ernährungsbeitrag in seiner Mehrheit und der Ausschuss sich auf den Standpunkt gestellt hätten, Fett und Fleisch gehe vor Brot. Schweine lassen sich bis zu einem gewissen Gewicht auch ohne Verfütterung menschlicher Nahrungsmittel heranziehen, Rindvieh sich mit Heu und Stroh erhalten. Die Herabsetzung der Brotration sei notwendig, werde aber auf dem Lande größere Schwierigkeiten machen, weil dort der Arbeiter vom Arbeitgeber betöstigt werde, und wenn die bessere Beföstigung auf dem Lande wegfalle, bestehe die Gefahr der vermehrten Abwanderung und der Gefährdung der Produktion.

Ministerialdirektor v. Braun gab Auskunft über die Verteilung von Nahrungsmitteln in den einzelnen Monaten. Wegen Kohlenmangels waren die Lieferungen nicht regelmäßig, jetzt sind sie es wieder. Ob bei den Bezirkstellen zu große Reserven vorhanden sind, muß nachgeprüft werden.

Ein Redner der Deutschen Fraktion erklärte, der Beweis für Verfütterung von Brotgetreide usw. sei nicht erbracht. Von einer Verringerung des Nährwertes des Brotes durch die verstärkte Ausmahlung könne keine Rede sein. Der Redner wünscht eine größere Energie bei der Heranschaffung der Vorräte aus Rumänien.

Ein Nationalliberaler warnt davor, die Viehbestände zu ruinieren, und wünscht, daß nur soweit eingegriffen werde, als absolut notwendig sei. Ein Teil des eingeführten Kraftfutters sei im Frieden als Luxusfutter verbraucht worden. Der Redner sucht nachzuweisen, daß das Vieh und die Schweine nicht mit Brotgetreide, sondern mit allerlei Ersatzfuttermitteln erhalten worden seien.

Ein Sozialdemokrat beschwerte sich über den Mangel in den Großstädten. In Hamburg gebe es seit fünf Wochen keine Kartoffeln. Der Milchmangel sei zum Teil auf mangelhafte Verteilung zurückzuführen. Wenn man schon im Herbst die notwendigen Abschlächtungen vorgenommen hätte, dann wären die Menschen und der Rest des Viehs besser ernährt. Auch nach der Kürzung der Ration bliebe dem Landarbeiter noch mehr als den städtischen Arbeitern. Den Kommunalverbänden sollten die Fehlbeträge nachgeliefert werden.

Ein Zentrumsredner wünschte Auskunft über die Lieferung von Getreide an Oesterreich und wies darauf hin, daß in Ungarn die Brotkarte erst zwei Jahre später als bei uns eingeführt wurde.

Präsident v. Batocki wiederholt, daß

Brot und Kartoffeln am nötigsten

seien, erst dann komme Fett und Fleisch. Mit dieser Auffassung sei die Mehrheit des Beirats und des Ausschusses bisher nicht einverstanden gewesen. Vier Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe seien kleine und Mittelbetriebe, es sei daher nicht möglich, diese von den Maßnahmen zur Erfassung der Vorräte auszunehmen. Wenn ein Großbetriebsinhaber die Verordnungen übertrete, sei das noch verwerflicher, als wenn es ein Kleiner täte. Er würde sich freuen, wenn alle Missetäter gefaßt werden könnten, die kleinen wie die großen. Es werde nicht möglich sein, die Preise für Schweine noch vor dem 1. Mai herabzusetzen, auch nicht, die Abschächtung zu beschleunigen. Der Redner hat Vertrauen zur Bevölkerung, daß sie die Wahrheit vertragen könne, er habe immer die Wahrheit gesagt und werde sie sagen und nichts verschleiern. Wenn die Schätzung unrichtig war, so ist das ein Schätzfehler, der ertragen werden muß.

30. / III. 1917.

M

Ernährungsfragen.

In der bevorstehenden Woche beginnt der Kartoffelverkauf schon am Montag, so daß Freitag das Alphabet erledigt sein wird, worauf der Samstag für die Nachzügler bleibt. Die Zufuhren haben sich etwas gebessert; doch steht einer Erhöhung der Wochenmenge das Bedenken gegenüber, daß in der Osterwoche Verkehrsschwierigkeiten unabweidlich sind, somit Störungen eintreten können. Jedenfalls wird darüber beraten, ob eine Erhöhung der Wochenmenge möglich sei.

Von morgen an ist die Verordnung der Stallhalterei über den Milchverbrauch in Niederösterreich außerhalb Wiens wirksam. Bezüglich der Selbstversorger bestimmt die Verordnung nur, daß die Bezirksbehörden ermächtigt sind, deren Verbrauch einzuschränken. Von der Art, wie die Bezirksbehörden von dieser Ermächtigung Gebrauch machen, wird es abhängen, ob die Verordnung auf die Zufuhren nach Wien den beabsichtigten günstigen Einfluß ausüben wird.

In der nächsten Woche beginnt der Mehlerkauf erst am Mittwoch. Wenn die Sinausschiebung

so fortgeht, werden die Behörden die Mehlabgabe einer ganzen Woche ersparen. Die Ausgabe von zur Brotbereitung bestimmtem Mehl verzögert sich zuweilen, so daß manchmal ein und der andere Bäcker nicht backen kann.

Erschwerter Grenzverkehr mit Ungarn.

Von der ungarischen Grenze wird uns geschrieben: Die Absperrmaßregeln Ungarns gegen Oesterreich werden der beiderseitigen Grenzbevölkerung immer lästiger und unerträglicher. Den österreichischen Grenzorten entsprechen, meist durch die Grenzflüsse getrennt, ungarische, zwischen welchen im Laufe der Zeiten sich rege verwandtschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse entwickelt haben. Durch Heirat, Kauf, Erbschaft und dergleichen wurde in den beiderseitigen Grenzgebieten Realbesitz erworben. Die neuesten ungarischbehördlichen Verfügungen machen die Bewirtschaftung der in Ungarn befindlichen Grundstücke fast unmöglich, namentlich für die kleineren Besitzer mit Kuhgespann. Diese dürfen nicht mehr mit ihrem Kuhgespann über die Grenze nach Ungarn und Pferdegespann ist nicht erhältlich. Besonders bei kleineren Besitzern, die oft ihre sämtlichen Grundstücke in Ungarn haben, wird dieses Verbot zu einer wirtschaftlichen Kalamität führen. Begründet wird diese Maßregel mit dem völligen Aufhören des Viehverkehrs mit Oesterreich.

Außer diesen Härten wird der gegenseitige Grenzverkehr durch die Finanzwachorgane, die die Kontrolle ausüben und an entsprechender Instruktion zu leiden scheinen, immer schwieriger und unerträglicher.

Die Hilfsaktion für die Mindestbemittelten.

Ueber die Durchführung der Hilfsaktion für die Mindestbemittelten in Steiermark wird berichtet, daß vor wenigen Tagen nach einer Sitzung in der Statthalterei die Zweigstelle der Viehverwertung den Auftrag erhalten hat, für eine Erweiterung der Abgabe von billigem Fleisch im Monat April Rinder anzufordern und zu beschaffen. Der Preis des Fleisches in Graz wird mit zwei und vier Kronen pro Kilogramm bemessen sein. Rindfleisch zum Preise von 2 Kronen erhalten die wirklich Armen, alle Familien mit Einkommen bis zu 4000 Kronen können das Rindfleisch zum Preise von 4 Kronen das Kilogramm beziehen. Drei Viertel aller Grazer Familien kommen unter den genannten Bedingungen für den Fleischbezug in Betracht. Die Bezugskarten sollen in Graz durch die städtischen Bezirksvorstellungen abgegeben werden. — Ähnliche Ent-

schließungen wurden bereits für Salzburg gefaßt. Und Niederösterreich - Wien? Wir haben „Volksrindfleisch“ zu 8 Kronen, das heißt wir haben es immer seltener.

Der Abend
31. III. 1917

47³¹

125

Wenn die Hirsche Menschen fressen.

Eine Gerichtsverhandlung in Riefing.

„Es gibt Gegenden in Schottland, wo kein Mensch leben kann; das Hochwild frisst ihm die Nahrung weg.“

Bericht eines englischen Parlamentsauschusses.

Der Wirtschaftsbefitzer Karl Granl in Großhöfing-Graben bei Breitenfurth wurde angezeigt, daß er 90 Kilogramm Gerste der Fehjung 1916, die er an die Bezirkshauptmannschaft Riefing und Umgebung hätte abführen sollen, eigenmächtig an sein Vieh verfüttert hatte. Der Beschuldigte, welcher sich heute deswegen vor dem Strafgericht beim Bezirksgerichte Riefing Dr. Arlow zu verantworten hatte, gab den Tatbestand ohne weiteres zu.

Er gab aber zu seiner Rechtfertigung an, daß er nicht anders handeln konnte, obwohl er sich der Gesetzeswidrigkeit bewußt war.

„Ich habe“, gab er an, „Gerste angebaut, obwohl ich es im Frieden nicht tat, weil ich es für patriotisch hielt. Aber das Wild der angrenzenden k. k. Forste, hat alles zertreten. Seit Jahren ist nichts abgeschossen worden, wie das Getreide herauskommt, fressen es die Hirsche und Rehe ab, nicht einmal Erdäpfel bleiben uns. Wir müßten ja anbauen, denn wir haben guten Grund und wir könnten auch viel Getreide abliefern und hätten selbst noch genug, aber es ist alles umsonst wegen der Vieher. Ich habe im Vorjahr 100 Kilogramm Gerste angekauft und fast nichts gefressen. Dafür habe ich als Wildschaden den Bezug von Laubstreu für das ganze Jahr erhalten, was höchstens 13 Kronen ausmacht. Ich möchte gerne darauf verzichten, wenn ich meine Gerste erhalten könnte, deswegen habe ich von den 120 Kilogramm Gerste meiner Ernte die 90 Kilogramm verfüttert, statt abzuführen, weil ich mein Vieh nicht verhungern lassen will. Der Förster tut nichts, das Arar hat die Jagd weiterverpachtet an einen Baron und einen Doktor in Wien und die kümmern sich nicht darum.“

Der Kriegseinkaufskommissionär Polsterer bestätigte diese traurigen Verhältnisse der Breitenfurter Bauern, wegen des überhandnehmenden Wildes; er habe neuerlich an die Bezirkshauptmannschaft berichtet, daß ein Abschluß angeordnet würde, da die Leute fürchterlich leiden und verzweifelt sind, weil sie sich Jahre lang umsonst plagen.

Der Gutsverwalter Schreiner gab eine ähnliche Schilderung der Verhältnisse, daß die Leute nicht einmal Kartoffel bauen können, weil das Wild die Früchte zerstampft oder ausgräbt.

Dr. Arlow verhängte über den Angeklagten eine Geldstrafe von 10 K und führte aus, daß er zwar einen Schuldspruch fällen mußte, weil Granl das Gesetz durch die Nichtablieferung übertreten habe. Wie sich aber aus der verhängten Strafe, welche nach dem Gesetze von einer Woche bis sechs Monaten Arrest betragen soll, ergibt, ist das Gericht der Anschauung, daß an der Gesetzesübertretung nicht so sehr der Bauer schuld ist, als die Umstände, welche ihn zur Tat trieben. Statt durch den Abschluß des Wildes dem Volke billiges Fleisch, dem Landmann die Freude an der Arbeit und den Erfolg der Arbeit zu sichern, den Menschen Brot zu geben und selbst — der Jagdbesitzern das Vergnügen und den Ertrag der Jagd zu verschaffen, werden durch die Saumseligkeit und falsche Auffassung der vermeintlichen Herrenrechte die Verhältnisse natur- und vernunftwidrig umgekehrt. Es sei zu hoffen und zu erwarten, daß der Schritt des Polsterer den entsprechenden Erfolg zeitigen werde.

Fortschrittliche Anträge zur Ernährungsfrage.

Im Ernährungsausschuß des Reichstags haben die fortschrittlichen Abgeordneten Fegter, Hoff und Dr. Strube zwei Entschlüsse eingebracht. Die erste Resolution fordert den Reichskanzler auf:

1. die Viehhandelsverbände anzuweisen, Schweine aller Altersklassen, für die nach Maßgabe des Verfütterungsverbots für Kartoffeln, Getreide und Hülsenfrüchte keine genügenden Futtermittel zur Verfügung stehen, sofort abzunehmen;

2. die Kommunalverbände anzuweisen, die Viehhalter von dieser Anordnung in Kenntnis zu setzen und sie dringend aufzufordern, die in Frage kommenden Schweine sofort den Viehhandelsverbänden zur Verfügung zu stellen;

3. bei der in Aussicht genommenen Nachprüfung, bezw. Beschlagnahme der Getreide-, Hülsenfrucht- und Kartoffelbestände die Befolgung der unter 2. erwähnten Aufforderung nachzuprüfen.

Die zweite Resolution lautet:

1. die pflanzlichen Nahrungsmittel: Brot, Kartoffeln, Nahrungsmittel, Gemüse bilden die unentbehrliche, durch nichts zu ersetzende Grundlage der Volksernährung. Ihre ausreichende Bereitstellung und rechtzeitige Zuführung ist allen anderen Maßnahmen — auch der Fleisch- und Fettversorgung — voranzustellen. Diese pflanzliche Grundlage der Volksernährung ist wirksamer als bisher vor jeder unrechtmäßigen Inanspruchnahme sicherzustellen;

2. bei der Tierhaltung ist zunächst für eine ausreichende Fütterung der Spanntiere Vor Sorge zu treffen. Die Nutzvieh, insbesondere die Schweinebestände sind den dann noch vorhandenen Futtermitteln in der Weise anzupassen, daß eine ausreichende Fütterung des Viehs und damit ein möglichst großer Nugertrag an Fleisch, Fett und Milch für die menschliche Ernährung gewährleistet wird;

3. die Verfütterungsverbote und Verfütterungsbeschränkungen sind rückhaltlos durchzuführen;

4. die Kontrolle der Kommunalverbände und der Selbstversorger in der Verwendung, bezw. Zuteilung der Nahrungsmittel ist wirksam zu gestalten. Die Mühlen, insbesondere auch die für die Selbstversorger arbeitenden, sind einer strengen Aufsicht zu unterwerfen.

31. III. 1917

M7

* Notlage beim Verlust von Lebensmittelkarten. Uns wird mitgeteilt: Die in Berlin herrschende Praxis, Lebensmittelkarten, die durch Verlieren oder Diebstahl abhandlungsgelassen sind, gar nicht oder nur zum Teil zu ersetzen, führt zu großen Härten gegenüber allen Mitgliedern der Haushaltung. Es wird lebhaft darüber Klage geführt, daß selbst die Bescheinigung der Kriminalpolizei über erfolgte Anzeige bei der Brotversorgungsstelle nicht beachtet und die Antragsteller abgewiesen werden. So wurden einer Hausfrau, der in einer Briestaste sämtliche Karten für ihre fünfstöpfige Familie gestohlen wurden, zunächst Ersatzkarten vorenthalten. Nun auf schleunige Veranlassung des Oberbürgermeisters Bermuth wurde die Familie vor schwerer Hungersnot bewahrt. — Nach Glaubhaftmachung des Diebstahls (eidesstattliche Versicherung usw.) sollten unverzüglich Ersatzkarten gegeben werden. Daß heute tatsächlich viel Lebensmittelkarten gestohlen werden, beweisen doch die zahlreichen Fälle, die zur Ermittlung und gerichtlichen Aburteilung kommen.

Der Ernährungsrat.

Der gestrige Tag war ausschließlich der Ausschussberatung gewidmet. Wenn auch in der Kürze der Zeit eine eingehende Beratung aller Fragen nicht möglich war, wurde doch eine Fülle von Material zur Verfügung gestellt und viele Anregungen gegeben.

Der Ausschuss für Getreide und Kartoffeln

erörtert die Mittel zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Zur Sicherung der Arbeitskräfte wird von agrarischer Seite verlangt, daß Kriegsgefangene, Flüchtlinge beigelegt und vermehrte Erntelaube gewährt werden. Ein Antrag **Leidel**, verschärfte Strafbestimmungen über Flurdiebstähle zu erlassen, wird abgelehnt. **Strud** verlangt, daß die Reingewinne der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion verwendet werden; **Eldersch** verlangt, daß diese Ueberschüsse vor allem den **Sonjumenten** gehören. **Dr. Novak** verlangt höhere Getreidepreise und die Verbilligung der Produktionsmittel wie Holz, Eisen, Leder etc. Die Kunstdüngerzeugung ist leider nicht gesteigert worden, so daß wir im Bezug von Stickstoff ganz von Deutschland abhängen.

Der Ausschuss für Ein- und Ausfuhr

nimmt den Bericht des Generaldirektors **Le m b e r g e r** über die Tätigkeit der „Dezeg“ entgegen, an den sich eine eingehende Debatte anschließt. Abgeordneter **Pittoni** verlangt das Statut der Anstalt und Einsicht in den Organisationsplan der „Dezeg“ sowie über das Verhältnis zu den anderen Zentralen, wie Kaffee-, Fett- und Delzentrale und fragt, ob Vorbereitungen für die Regelung der Einfuhr von Lebensmitteln nach Friedensschluß bereits getroffen wurden. Sekretär **Wihelm** verlangt Auskunft über die Organisation und Tätigkeit aller Zentralen, die für die Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln in Betracht kommen, insbesondere über die Kaffee-, die Fett- und Del- und die Zuckerkentrale, über den Verteilungsschlüssel der eingeführten Waren, der Vorlage der Statuten, der Organisationspläne, der Betriebsführung, der einschlägigen Verträge mit den einzelnen Regierungen etc. **Le m b e r g e r** erwidert auf die vorgebrachten Beschwerden und sagt die Vorlage der Statuten, Einfuhrsverordnungen und der regelmäßig erscheinenden Berichte über die Tätigkeit der „Dezeg“ zu. Er bespricht ausführlich die Schwierigkeiten, die sich der Einfuhr aus den neutralen Ländern entgegenstellen, die vorwiegend auf die vielen erlassenen Ein- und Ausfuhrverbote der neutralen Länder und den niedrigen Stand der Valuta zurückzuführen sind. Aus gleichen Ursachen konnten noch keine Vorbereitungen für die Einfuhr nach dem Kriege getroffen werden.

Zur Ausschuss für Ernährungsindustrien

entwickelt **Sofrat Löwenfeld** den Stand unserer Ernährungsindustrien. Die Erzeugung der Alkoholindustrien (Spiritus und Bier), der Konservenindustrie, der Zucker- und Scharinindustrie ist bedeutend zurückgegangen, indes gleichzeitig der Bedarf und die Zahl der Verbraucher bedeutend gestiegen und die Verwendungsarten sich vermehrt haben. Der Regierungsvertreter gab einen kurzen Überblick über die von der Regierung zur Regelung und Vorbeuge ergriffenen Maßregeln.

Ausschussmitglied **Medlich** berichtet über die Lage der Zuckerindustrie und stellt einen einstimmig angenommenen Antrag, die Zuckererzeugung möge bei der Kohlenbeteiligung zu den bevorzugten gehören, da sonst die Raffinierung und die Erzeugung von Rohzucker gefährdet sei.

Ueber das **Sacharimonopol** gab Sektionschef des Finanzministeriums **Mühlwenzel** Auskunft. Abgeordneter **Diamand** vertrat seinen bekannten Standpunkt und besprach die aus der Monopolverordnung neu bekannt gewordenen Bestimmungen. Nach dem Preisstafel kostet eine Menge, die einem Kilogramm Zucker gleichwertig ist, in Detailpackung 1.43 Kronen, während in großer Packung der Preis auf 1.69 Kronen falle. Das Verhältnis sollte umgekehrt sein, ebenso in Rücksicht auf den Stammschlüssel wie auch darauf, daß die kleinen Packungen direkt vom Verbraucher verwendet werden, während die großen Packungen für Liqueur-, Marmeladenfabrikanten und solche von Erfrischungsgetränken bestimmt seien, die eine eventuelle Süßstoffverbilligung in ihrem Endprodukt nicht zur Geltung kommen lassen werden. Ebenso ist es mit dem Ausschank von Kaffee. Der Gewinn der Zwischenhändler sei übermäßig bis 30 Prozent des Preises. Sektionschef **Mühlwenzel** versichert, es wären Kinderkrankheiten des Monopols, die bei der Vergrößerung der Erzeugung im Sinne Diamands werden beboben werden.

Nachmittags tagte das Hauptcomité, der

Arbeitsausschuss des Ernährungsrates.

Zum ersten Punkt, der Aktion für Minderbemittelte, teilt **Sofrat Gasteiner** mit, welche Richtlinien zur Durchführung an die Statthaltereien hinausgegangen sind. Die Höchstgrenze der Unterstützungsberechtigten soll 4000 Kronen betragen, die Höchstgrenze für das Monatseinkommen 60 Kronen für ein Mitglied des Haushalts. Vorerhand soll billiges Fleisch in den öffentlichen Speisestellen und in den Bänken der Großschlachtereien verkauft werden. In der Debatte sprechen von unseren Vertretern, **Kenner**, **Eldersch**, **Seligler** und **Emmy Freundlich**. Sie rügen die mangelhafte Vorbereitung der Aktion, die alte Sünden heilen soll. Es muß rationaler gemittelt werden, als es hier geschieht. Erst löst man die Lebensmittelpreise ins Ungemessene steigen, dann nimmt man Steuer Gelder und sichert damit die hohen Preise. Die Voraussetzung der Aktion sei, daß mit ihr Hand in Hand die energische Aktion zum Abbau der Preise gehe und daß eine durchgreifende Organisation zur differenzierten Erfassung der Bemittelten gehe. Nach einer eingehenden Debatte wird **Genossin Freundlich** zur Referentin für das Plenum bestellt und beauftragt, Richtlinien auszuarbeiten, die vom Ernährungsrat als Grundlage der Organisation für diese Hilfsaktion bestimmt werden sollen. **Genossin Freundlich** wird außerdem beauftragt, eine Zusammenstellung der Minderbemitteltenaktionen in Deutschland und in der Schweiz für den Ernährungsdienst auszuarbeiten. Zum zweiten Punkt, der Organisation des Ernährungsdienstes, erstattet **Sofrat Fries** das Referat. Er schildert die Zusammensetzung der Wirtschaftsämter und die Ernennung der Ernährungsinpektoren, die nun die Regelung der Verordnungen und des Ernährungsdienstes durchführen sollen. **Seligler**, **Kenner** und **Diamand** schildern die vielseitige Desorganisation des Ernährungsdienstes in einzelnen Ländern und erwarten, daß die Verbindung von Laien und Bürokratie eine bessere Regelung bringen werde. Ein Antrag **Schwarz-Hiller**, der angenommen wird, erklärt, die neue Einrichtung zur Kenntnis zu nehmen, und wünscht für die nächste Sitzung eingehende Berichte.

Was sie kochen.

Unter der Ueberschrift „Was kochen wir?“ teilt das „N. W. Z.“ den morgigen Speisezettel seiner Leute (also „unserer Leut“) mit:

E i n f a c h e (!) Speisefolge:

Mittags: Falsche Griessuppe, Schweinsbraten mit Kraut, Haselnußmakronen.

Abends: Rindroulard mit roten Rüben.

Bessere Speisefolge:

Mittags: Schlicktrapsensuppe, gebratenes Perlhuhn mit Kopfsalat, Obstpastete.

Abends: Selschfleischtrapsersn und Rehporckelt mit Kartoffeln.

Wohl bekomms! Nur Kraut und Kartoffeln sehen wir nicht gern in dieser Liste. Wer Schweinsbraten und Rindroulard, Perlhühner, Selschfleisch und Reh an einem einzigen Tage auf seinem Tische hat, könnte füglich auf Kartoffeln und Kraut zugunsten jener vielen Zehntausende, die sich einmal gerne an diesen Dingen satt essen möchten, verzichten.

Das Ende der Hamsterfahrten.

Die von uns im gestrigen Abendblatt angekündigte Verordnung gegen die „Hamsterreisen“ aufs Land liegt nunmehr im Wortlaut vor. Der Oberbefehlshaber in den Marken leitet sie mit folgendem Aufzusaß an die Bevölkerung Berlins und der Marken ein:

„Seit einer Reihe von Wochen sind immer weitere Kreise der großstädtischen Bevölkerung dazu übergegangen, selbst auf das Land hinauszufahren, um Lebensmittel unmittelbar vom Erzeuger zu erwerben und mit nach Hause zu nehmen. Obwohl dieses Vorgehen den bestehenden Ausfuhrverboten zuwider, mehr und mehr auch auf die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Lebensmittel (Kartoffeln, Butter, Eier usw.) übergriff, ist ihm nicht nach der vollen Schärfe des Gesetzes entgegengetreten worden, solange es sich in erträglichen Grenzen und in ruhigen Bahnen hielt. Nach den mir jetzt zugegangenen Meldungen hat die Bewegung aber Formen angenommen, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit auf dem Lande gefährden und die ordnungsmäßige Führung der landwirtschaftlichen Betriebe in Frage stellen. Die den beteiligten städtischen Verbrauchern bisher bewiesene Rücksicht muß nunmehr unbedingt zurücktreten vor dem höheren Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherung der Lebensmittelversorgung der Gesamtheit. Ich sehe mich daher genötigt, einzugreifen. Ich vertraue, daß der gesunde Sinn der Bevölkerung sich der Verordnung sofort und unbedingt unterwerfen wird. Ich werde der Durchführung meine besondere Aufmerksamkeit zuwenden und nötigenfalls mit allen mir zu Gebote stehenden Machtmitteln eingreifen.“

Belanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

Lebensmittel, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, insbesondere Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Speck, Milch, Butter und Eier, darf außerhalb seines Wohnortes nur derjenige vom Erzeuger fordern oder erwerben, der von dem für den Erzeugungsort zuständigen Landrat (in Stadtkreisen den Magistrat) hierzu schriftlich zugelassen ist.

Der Erzeuger darf die bezeichneten Lebensmittel an nichtortsangehörige Personen nur gegen Vorlegung der nach Absatz 1 erforderlichen schriftlichen Zulassung abgeben.

Diese Vorschriften beziehen sich nicht auf den Erwerb und die Abgabe von Lebensmitteln ohne Entgelt oder in einer gewerblichen Verkaufsstelle oder zum sofortigen Verzehr.

Die zur Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel von den zuständigen Behörden erlassenen Vorschriften werden von diesen Bestimmungen nicht berührt.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Lebensmittel, die entgegen dem Verbot des § 1 erworben sind, unterliegen der Beschlagnahme durch die Polizeibehörde. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. April 1917 in Kraft.

Wie wir vernehmen, hat man vor der Veröffentlichung der Bekanntmachung das Gutachten des Berliner Magistrats nicht eingeholt.

31. *III.* 1917*NR***Zur Regierungsaktion für die Minderbemittelten.**

Aus Trieste wird uns berichtet: Da die zur Durchführung dieser Aktion nötigen Vorarbeiten noch einige Wochen in Anspruch nehmen dürften, die Bevölkerung aber unter der herrschenden Gemüseknappheit sehr leidet, gibt die hiesige höchst verdiente Approvisionierungskommission über Wunsch des Statthalters Baron Fries-Sene schon seit Beginn dieser Woche an die gesamte Bevölkerung per Kopf je 200 Gramm Schweinefleisch zum Preise von Kronen 3.— bis Kronen 5.60 für das Kilogramm ab. Vom nächsten Samstag ab gelangt serbisches Rindfleisch zu ermäßigtem Preise zum Verkaufe. In der Milchfrage wurde, wenigstens für den Bedarf der öffentlichen Anstalten, Säuglinge, Kranken, 60- bis 70jährigen Personen usw., ein befriedigender modus vivendi geschaffen.

1. IV. 1917

132

Verlorenegegangene Lebensmittelkarten.

Die Anträge auf Ersatz verlorenegegangener Lebensmittel- und Bezugskarten haben in letzter Zeit ganz außerordentlich zugenommen. Von einem großen Teil der Antragsteller wird, wie das Kriegsverorgungsamt leider hat wahrnehmen müssen, der Verlust der Karten unwahrheitsweise behauptet, um in den Genuß einer erhöhten Lebensmittelmenge zu gelangen. Das ist in manchen Fällen durch Nachprüfung festgestellt, erhellt auch ohne weiteres daraus, daß die Zahl der Anträge, die zu erledigen sind, wenn die Woche zu Ende geht, die Wochenkarte mit- hin fast verbraucht ist, die Zahl der an den übrigen Tagen zu erledigenden Anträge fast um das Zweifache übersteigt.

Da weitaus die meisten Verlustanzeigen Brotkarten betreffen, und da die zur Verfügung stehenden Getreidevorräte nur gestatten, daß jede Person einmal bei der Brotverteilung Berücksichtigung findet, wird die Allgemeinheit durch dieses Treiben schwerer geschädigt. Aber auch die Zahl der Antragsteller, die ihre Karten wirklich verloren haben, ist unverhältnismäßig groß. Auch in diesen Fällen besteht die Gefahr, daß sich die Zahl der zur Verteilung gelangenden Nationen durch Ausgabe einer Ersatzkarte in unzulässiger Weise erhöht, da der Finder der Karten in die Lage versetzt wird, die gesunde Karte neben der ihm zustehenden zu gebrauchen. So wird auch häufig verfahren, denn die Zahl der abgelieferten gesunden Karten steht in keinem Verhältnis zu der Zahl der Karten, von denen anzunehmen ist, daß sie verloren gegangen sind.

Um die Lebensmittelversorgung Hamburgs nicht durch den mit den Verlustanzeigen getriebenen Mißbrauch und durch die Ausgabe von Ersatzkarten für wirklich in Verlust geratene Karten zu gefährden, hat sich das Kriegsverorgungsamt, wie aus der im heutigen Anzeigenteil veröffentlichten Bekanntmachung ersichtlich ist, zum Erlaß einer den Ersatz verlorenegegangener Lebensmittel- und Bezugskarten neueregelnden Verordnung gezwungen gesehen. Hiernach wird in Zukunft für verlorenegegangene Karten, auch wenn der unverschuldete Verlust glaubhaft nachgewiesen ist, nur noch in besonderen Ausnahmefällen Ersatz geleistet. Vorläufiger Ersatz durch die in den Schulen eingerichteten Bezirks-Ausgabestellen, bei denen Ersatzanträge auch in Zukunft anzubringen sind, wird überhaupt nicht mehr gewährt werden. Es werden vielmehr über alle Ersatzanträge, die nicht, wie das die Regel bilden wird, ohne weiteres abgelehnt werden, zunächst polizeiliche Ermittlungen angestellt, nach deren Erledigung erst darüber entschieden werden wird, ob ein besonderer Ausnahmefall vorliegt, in dem eine Ersatzkarte zu verabsolgen ist.

133

Die Durchführung der Aktion.

Ueber die Details der Notstandsaktion erfahren wir: Nach Ueberprüfung der Angaben der Unbemittelten werden Gut- oder Bezugsscheine auf Lebensmittel ausgegeben, die für die Bezugsberechtigten an bestimmten Stellen zu einem billigen Preis erhältlich sein werden. Die Differenz auf den vollen Kaufpreis wird aus dem von der Regierung zur Durchführung dieser Aktion ausgetworfenen Kredit bezahlt werden, von dem das Volksernährungsamt an die Gemeinde Wien bereits einen bedeutenden Betrag überwiesen hat. Vorläufig ist die Abgabe von billigem Fleisch geplant, das ohnehin jetzt schon durch zwei Wochen an Wiener Kriegs- und Volkstüchen sowie öffentliche Auspeisestationen zur Zuteilung gelangt. Aber auch Eier, Wildbret, Fische, Käse und andere jeweilig in größeren Mengen verfügbare Lebensmittel

sollen in den Bereich der Notstandsaktion gezogen werden. Die zum Genuß zugelassenen Unbemittelten werden je nach der Höhe des Einkommens in vier Klassen eingeteilt. Für die ganz unbemittelten ist sogar geplant, Lebensmittelzuweisungen gratis erfolgen zu lassen.

134

Agrarier gegen Merkantilisten.

Landwirtschaft und Banken in Ungarn.
 Redner des Geheimen Rates des Reichs,
 Mitglied des Magnatenhauses, Direktionspräsident
 der Kaiser Ungarischen Kommerzbank.

Seit kurzem sind die ungarischen Großbanken heftigen Angriffen von Seiten agrarischer Korporationen und agrarischer Politiker ausgesetzt. Man erhebt gegen die Banken den Vorwurf, daß sie Grund und Boden erwerben, den ungarischen Grundbesitzer um sein Hab und Gut bringen und eine international merkantilistische Wirtschaftspolitik treiben wollen. Wenn auch diese Anschuldigungen oft in leidenschaftlichem Ton vorgebracht werden und in Form und Wesen über die Grenzen der Kritik hinausgehen, sind sie doch durchaus unbegründet, und es kann nur von Vorteil sein, wenn auch außerhalb Ungarns, wohin die Klagen und Anklagen drangen, ein richtig-ermittelt Wort der Erwiderung vernommen wird.

Vor allem sei konstatiert, daß die ungarischen Großbanken nicht daran dachten, nicht daran denken und niemals daran denken werden, den ungarischen Boden in fremde Hände zu spielen. Was sie wünschen, wollen und durchzuführen werden, ist die finanzielle Prästigiung der Landwirte, der Großgrundbesitzer ebenso wie der Kleingrundbesitzer.

Wenn sie Grund und Boden zu hohen Preisen erwerben, geschieht dies aus verschiedenen Ursachen. Sie wollen unter anderem weite Territorien, die oft irrational bewirtschaftet werden, mit Hilfe reicher Kapitalien fruchtbarer und ergiebiger gestalten, Felder an verlässliche, mit allen modernen Ertragsmaschinen auf agrarischem Gebiet vertraute Pächter abgeben und auch, wo dies möglich ist, eine nationale Bazarzellenungspolitik verfolgen, die den Ackerboden den Bewohnern des Landes sichert, aber in erster Reihe an die Heranziehung solcher Kräfte denkt, die dem Schlagwort: „Landwirtschaftliche Mehrproduktion“ praktische Erfüllung garantieren können.

Von agrarischer Seite hört man seit Jahren Reklamationen darüber, daß die ungarischen Banken sich mit der Frage des landwirtschaftlichen Kredits nicht beschäftigen. Es sei betont, daß auch solche Behauptungen irrig sind, denn der Landwirt kann in Ungarn so viel Wechsel- und Hypothekenkredit finden, als er soliderweise überhaupt auf Grund seines Vermögens beanspruchen darf. Wären unsere Gesetze nach dieser Richtung weiter ausgebaut — wie etwa in Frankreich der Crédit Agricole —, dann könnten die Banken noch weiter gehen und konfliktloser sein. Doch wenn sie jetzt der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit schenken wollen und die landwirtschaftliche Produktion zu heben und zu fördern bestrahlt sind, so können sie auf anderen Wege den Grundbesitzern und Bankern entgegen und verdienen hierfür nicht Tadel, sondern Anerkennung.

Niemand wird behaupten, daß viele Latifundien in Ungarn einen geradezu minimalen Ertrag liefern und die fruchtbarsten Gegenden Ungarns Ernteergebnisse aufweisen, die hinter den Resultaten zurückbleiben, die in Deutschland auf viel schlechterem Boden erzielt werden. Durch die Aktionen der Banken können alle jene kostspieligen Einrichtungen, denen das Ausland eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu danken hat, auch bei uns eingeführt werden. Dadurch muß jeder einzelne Landwirt und insbesondere die Allgemeinheit Nutzen ziehen, ebenso wie die Banken selbst, die allerdings nicht mehr als einen normalen Gewinn bei diesen agrarischen Transaktionen anstreben.

Die Bodenreform ist eine der wichtigsten Fragen Ungarns. Daß an ihrer Lösung die Großbanken teilnehmen wollen und werden, versteht sich eigentlich von selbst. Schwer verständlich erscheint es dagegen, daß jetzt im Kriege wieder der antiquierte Zwist zwischen Agrariern und Merkantilisten provoziert werden soll, wo doch ein Gebot des Patriotismus, aber auch der klugen Wirtschaft es geradezu erheißt, daß alle Kräfte vereint zusammenwirken möchten, um die materiellen Grundlagen Ungarns zu stärken.

1./IV. 1917

135

Konsumverein der Bankangestellten.

Kommende Woche findet der Verkauf von $\frac{1}{8}$ Uhr früh bis 1 mittags und von 3 Uhr nachmittags bis $\frac{1}{2}$ Uhr abends statt. Samstag den 7. April findet der Verkauf nur im Lokale, I. Hochgasse, von $\frac{1}{8}$ Uhr früh bis 12 Uhr mittags statt. Verkaufseinteilung; Montag Nr. 1 bis 800, Dienstag Nr. 801 bis 1600, Mittwoch Nr. 1601 bis 2400, Donnerstag Nr. 2401 bis 3200, Freitag Nr. 3201 bis 4100, Nr. 4101 bis 5000 im Zweiglokal. Zur Ausgabe gelangen: Im Lokale, I., Schottenbastei 10: Mahlprodukte lt. Rationierungsvorschrift das volle Quantum, Zucker, Kaffee gegen Zuckerartenstamm, Salz, Butter, Fett, böhmische gekochte Eier, Parafinkerzen, dänische sterilisierte Milch, Sardinen und Nüsse. Im Lokale, I., Hochgasse 2: Sardinen Nüsse, Weißwein, div. Konserven, Dörrgemüse, Marmeladen, Käse, Bürste usw.

Verband deutscher Hausfrauen Oesterreichs.

Dienstag, den 2. April werden für die Mitglieder des 7., 8., 9., 16., 17., 18. und 19. Bezirkes in der Verkaufsstelle Florianigasse 39, Ecke Fuhrmannasse, von 3 bis 6 Uhr folgende Waren abgegeben: Reibtücher, Zwiebeln, Gänsefett, Bänder, Kaffeezusatz, Suppenwürfel, Suppenkonserven, Seife und Sardinen. Dieselben Waren gelangen Donnerstag, den 4. April in der Verkaufsstelle Rainergasse 13, 1. Stock, von 1 bis 5 Uhr, für die Mitglieder der übrigen Bezirke zum Verkauf.

Lebensmittellager des Handelsministeriums.

In der nächsten Mehlartenperiode d. i. vom 2. bis einschließlich 14. d., gelangen in allen Zweigstellen zur Abgabe: Mehl und andere Mahlprodukte, Zucker, Kaffee, Bichorienkaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Salz, Suppenwürfel, Zwiebel, verschiedene Dörrgemüse, Dörrpflaumen, Bowidl, schnittfeste Marmelade, Nüsse, Rosinen, Oelfardinen, gefalzene Sardellen, Petroleum, Kerzen, Zündhölzer und Kryallsoda, außerdem in der 1. Woche noch Schweinefett, in der 2. Woche Butter und Kondensmilch. Am Karfreitag werden die Verkaufsstellen um 12 Uhr mittags, am Ostermontag um 11 Uhr vormittags geschlossen.

Reichswirtschaftsbund der Festangestellten.

In der nächsten Woche kommt Weizenlockmehl, Kartoffelmehl, Maizgrieß, Bouillon und Oelfardinen, Zucker, mähr. Wurst und Selchwaren, Bichorie, Butter, an die Mehlbezieher nach der Kopfzahl, und die übrigen Artikel der Vorwoche zum Verkauf. Die Mitglieder von 1-5000 können in dieser Woche leere 1-Literflaschen abgeben, um neuerlich Brennspiritus zu beziehen.

136

Frauen als Gewerbeinspektoren.

Weibliche Aufsichtsbeamte in gewerblichen und industriellen Betrieben.

In den letzten Tagen meldeten die Blätter, daß das k. k. Handelsministerium beabsichtige, zur Inspektion der Fabriken und Werkstätten, in denen Frauen arbeiten, mehr als bisher weibliche Beamte zu beschäftigen. Der Beruf der Fabrik- und Gewerbeinspektorin ist kein neuer. Das Ueberhandnehmen der weiblichen Arbeiterschaft hat für diese nicht nur in rein wirtschaftlicher, sondern auch in hygienischer, sozialer und moralischer Hinsicht Uebelstände mit sich gebracht, welche durch das Bestehen der Arbeiterchutzgesetze allein nicht beseitigt werden konnten und auch der männliche Inspektionsbeamte der die Befolgung dieser Gesetze durchführen sollte, stand dem Kreis von Bedürfnissen, welche unter der weiblichen Arbeiterschaft sich ausbilden, zu fremd gegenüber, um in allen Fällen die praktische Ergänzung zu den gegebenen Vorschriften und Bestimmungen bieten zu können. Diese Tatsache bewog schon 1904 das Handelsministerium, den Gewerbeinspektoraten auch weibliche Beamte zu unterstellen. Fünf für ganz Oesterreich. Davon sind im Laufe der Jahre zwei durch Ableben ausgeschieden, die übrigen drei versehen ihren Dienst bis zur Gegenwart. Die Vorbereitungen zur Aufnahme als Gewerbeinspektorin waren und sind nicht eigentlich festgelegt. Der „Wegweiser zur Berufswahl für Mädchen“ (herausgegeben vom Bund österreichischer Frauenvereine, 1912), sagt darüber folgendes: „Es befähigt zu diesem Amt gute Schulbildung, praktische gewerbliche Betätigung als Betriebsleiterin, auch theoretisches Studium der Nationalökonomie sowie Seminararbeiten über gewerbliche Betriebe auf Grund eingehender Studien in Fabriken und anderen Betrieben.“ Das genannte Büchlein sagt aber weiter: „Das Amt der Gewerbeinspektorin besteht im Inspizieren der Fabriken, Anordnung behördlicher Maßregeln zum Schutze der weiblichen Arbeiterschaft, Untersuchung, ob diesen Folge geleistet, schriftliche Berichtserstattung an das Gewerbeinspektorat.“ Daraus nun ergibt sich mit eindeutiger Klarheit, daß das Amt der Gewerbeinspektorin Aufgaben zu erfüllen hat, die wohl etwas mehr als guten Willen und sogenannte Allgemeinbildung erfordern. Auch Kanzenlehre ist bei diesem Beruf nur etwas Formales, Nebensächliches. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt in der kritischen Beurteilung der Arbeitsverhältnisse in Fabrik und Werkstatt und in der Anordnung geeigneter und gebotener Maßnahmen. Die kritische Beurteilung aber ist nur möglich auf Grund der genauen Kenntnis der Arbeiterchutzgesetze und ihrer Handhabung, sie bedingt ebenso ein ausreichendes Wissen in Hygiene und Volkshygiene, sie verlangt endlich einen durch praktische Erfahrung geübten Scharfblick, der aus Andeutungen, aus Einzelerscheinungen sich ein klares, richtiges Bild des Ganzen zu konstruieren weiß. Die Anordnung zweckmäßiger und durchführbarer Maßnahmen muß wieder ruhen auf den Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, und auf der Kenntnis der gesamten Wohlfahrtspflegeorganisation, die im Bedarfsfalle herangezogen werden soll. Eine all diesen Erfordernissen angepaßte Berufsausbildung kann also für das Amt der Gewerbeinspektorin nicht umgangen werden. Die sozialen Frauenberufe, in deren Kategorie die Gewerbeinspektorin zählt, haben mit der Entwicklung des öffentlichen Fürsorgewesens ihre Begründung gefunden; sie sind seither um so mehr mit immer größerem Nachdruck betont worden, als sie Tätigkeiten umspannen, die sich nicht nur vornehmlich mit weiblicher Klientel zu befassen haben, sondern auch einen starken Einschlag des Fürsorglichen, Charitativen tragen und dadurch wohl dem Wesen und der Natur der Frau besonders entsprechen.

Bedrängt durch die gesteigerten Notwendigkeiten der Kriegszeit hat in den letzten Jahren auch die behörd-

liche Öffentlichkeit ihr Interesse der sozialen Beamtin zugewendet: Das städtische Jugendamt bildet Jugendfürsorgerinnen aus, das Ministerium des Innern beabsichtigt die Errichtung von (Tuberkulosen-) Fürsorgestellen, in denen Schwestern mit sozial erweitertem Aufgabekreis tätig sein werden, die Landes-Berufsvorbereitungsbildung beschäftigt Fürsorgerinnen usw. — Das bedeutet eine erhebliche Förderung dieser ganz neuen Berufskategorie, allerdings nur dann, wenn mit der beruflichen Einstellung eine geregelte Vor- und Ausbildung verbunden ist. — Auch die Vermehrung der weiblichen Aufsichtsbeamten in Gewerbe und Fabrik kann solche Förderung nur bedeuten, wenn auf die Erfordernisse der Vorbildung dabei Bedacht genommen wird. — Sehr unangebracht aber sind kurzweilige Schnellkurse, die nur ein mangelhaftes, dünn aufgetragenes Wissen vermitteln, welches vielleicht vor einer ebenso flüchtig sondierenden Prüfung standhält, nicht aber zur Ausübung des ziemlich selbständigen und verantwortungsvollen Berufes genügt. — Aus dem über das Amt der Gewerbeinspektorin Gesagten ergibt sich auch, daß diese Beamtin nicht schablonenhaften Dienst zu tun hat, daß ihre Tätigkeit sich nicht in dem ganz unpersönlichen Verkehr erschöpft, wie er etwa durch den Rahmen des Schalters den Beamten und der Partei ihre Geschäfte abwickeln läßt, sondern daß mit der ersten Erfüllung dieses Dienstes auch stets eine soziale Mission verknüpft ist, eine weitgehende Einflußnahme der Fürsorgerin, die bis in die Familienverhältnisse der Pflanzschaftspartei hineinreicht. In solch verantwortungsvoller Dienstleistung christlich gesinnte Frauen eingestellt zu sehen, Frauen, die nicht nur aus juristischem und hygienischem Wissen helfen wollen, sondern auch imstande sind, das feste Fundament des Volkes im Volke zu erhalten, die sittlich-erzöglerische Grundlage, muß wohl ein unablässig verfolgtes Streben der christlichen Frauenbewegung sein.

Die „Katholische Frauenorganisation“ hat diese Tendenz auch nie aus dem Auge gelassen. Die Landesorganisation Niederösterreichs hat den Zeitpunkt erfaßt und bereits im Oktober 1916 eine sozial-charitative Frauenschule ins Leben gerufen, die vornehmlich dem Zweck diene, in eingehender Schulung katholische Frauen und Mädchen für soziale Frauenberufe vorzubereiten. Der Lehrplan des nunmehr abgelaufenen Schuljahres umfaßte im ersten Trimester neben gründlicher häuslicher Ausbildung theoretischen Unterricht in: Bürgerkunde, Erziehungslehre, Haushaltungskunde, Handfertigkeit, Nähen, Hygiene, Buchführung (amerikanische), im zweiten Trimester Vorlesungen über: Jugendpflege, Fürsorgeverwaltung, Armenwesen, Volkshygiene, Moralspädagogik, Volkswirtschaft, Literatur, Geldverkehr, außerdem aber gründliche praktische Schulung durch Hospitierungen in Fürsorgeanstalten. Das dritte Trimester bietet Spezialkurse in Säuglings- und Krankenpflege.

So war die Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich rechtzeitig auf Posten und kann gegenwärtig geschulte katholische Frauen dem k. k. Handelsministerium für den Dienst als Gewerbeinspektorinnen zur Verfügung stellen. Es steht wohl zu erwarten, daß diese christlichen Bewerberinnen, die allen Ansprüchen in bezug auf Schulung aemigen können, nicht hinter anderen Bewerberinnen zurückstehen müssen.

Dr. S.

1./IV. 1917

038

Das Hilfswert für die Mindestbemittelten.

Welpflicht aller, die den billigen Bezug anstreben.

Der Statthalter von Niederösterreich hat folgende Kundmachung erlassen: Jenen Bevölkerungsteilen, die mangels ausreichender Mittel nicht in der Lage sind, sich bei der herrschenden Teuerung angemessene Ernährung zu verschaffen, wird der Bezug von Lebensmitteln nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte zu billigen Preisen ermöglicht werden. Zur Erfassung dieser Gruppen der Bevölkerung wird angeordnet: Alle jene Personen, die den Bezug von Lebensmitteln zu billigen Preisen für sich und ihre Familienangehörigen anstreben, werden aufgefordert, sich bei ihrer zuständigen Brot- und Mehlartenkommission persönlich zu melden und eine dort aufliegende Erklärung abzugeben. Die erste Abgabe dieser Erklärung wird am 10. April abgeholt. In der Erklärung sind die Anzahl der Familienangehörigen und das eigene Einkommen sowie jenes jeder dieser Personen wahrheitsgetreu anzugeben. Als Familienangehörige haben folgende im Haushalte verköstigte Personen zu gelten: Frau „oder sonstige Lebensgefährtin (!)“ des Haushaltsvorstandes, Kinder (auch uneheliche, Adoptiv-, Pflege- und Kostkinder), sonstige schon bisher im Haushalte verköstigte Verwandte, ferner Diensthoten und die im Haushalte vertragsmäßig verköstigten gewerblichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge. Die Höhe des Einkommens, bis zu welchem jemand als mindestbemittelt angesehen werden kann und die Einteilung in Klassen wird durch die politischen Bezirksbehörden kundgemacht werden. Die Zuerkennung des Lebensmittelbezuges zu billigen Preisen kann nur in jenen Gemeinden erfolgen, die im Anhang zur Statthaltereiverordnung, vom 8. Februar 1917 verzeichnet sind (Verzeichnis der Städte, Märkte und Industriestandorte, für welche die einmalige Verbrauchsmenge von 1 Kilogramm Zuckers Geltung hat) oder nach nachträglich in dieser Liste aufgenommen werden. Die Begünstigung des Lebensmittelbezuges zu billigen Preisen ist eine öffentliche vorübergehende Hilfsmäßregel; der Beginn und die Dauer dieser Hilfsmäßregel sowie das Ausmaß des Bezuges bleibt vorbehalten. Die Abgabe einer unrichtigen Erklärung oder Täuschung wird mit Geldstrafe bis zu 2000 Kronen eventuell mit Arrest bis zu 3 Monaten bestraft.

134

Die Verforgung der Urlauber.

Auf der Kartenstelle der Kommandantur.

In dem schlicht schönen Schinkelschen Backsteinbau der alten Bau-Akademie herrscht, seitdem die Kommandantur fast ganz von ihm Besitz genommen hat, ein reges Treiben, das kurz vor dem Scheiden des alten Jahres noch bedeutend zugenommen hat.

Zeit dem 23. Dezember erfolgt nämlich von hier aus die Verforgung der Militär-Urlauber, die nach Groß-Berlin kommen, mit den nötigen Lebensmittelkarten. Es war dies gewissermaßen ein Weihnachtsgeschenk. Man wollte nicht, daß unsere Feldgrauen von der kurzen Erholungszeit, die ihnen gegönnt war, noch durch Gänge zur Brotkommission etwas einbüßten. Auch konnte auf den Brotkommissionen selber nicht immer alles nach den Wünschen der Militärurlauber geregelt werden. Es war nicht leicht, die richtigen Einrichtungen zu treffen. Oberleutnant Gähler und Magistrats-Ärztin Dr. S i m m nahmen sich nach mancherlei Vorbereitungen die Einrichtung der Kölner Festungskommandantur zum Vorbilde, die natürlich den Groß-Berliner Verhältnissen angepaßt werden mußten. Die Gemeinden Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg bilden in dieser Beziehung ein einheitliches Ganze; ihre Brotkommissionen haben mit den Militärurlaubern nichts zu schaffen. Die nötigen Lebensmittelkarten für diese werden in der Kartenstelle am Schinkelplatz verausgabt. Hier sind täglich einige zwanzig, mitunter sogar dreißig Damen, die im Dienste des Berliner Magistrats stehen, nebst zwei Unteroffizieren mit den einschlägigen Arbeiten beschäftigt.

Die Brotkarte erhält der Urlauber sofort wenn er in Berlin eintrifft, die Fleischkarte tritt erst einen Tag, nachdem er hier eingetroffen ist, in Kraft, außerdem bekommt er für die fleischfreien Tage keine Fleischkarte. Auf eine Butterkarte hat er erst nach dem fünften Tage Urlaub Anspruch und so gibt es noch mehrere Bestimmungen, die alle bei der Zusammenstellung der Lebensmittelkarten berücksichtigt werden müssen. Es werden immer je zwanzig Karten zusammengelegt und dabei alles sorgfältig kontrolliert. Man stellt nun Lebensmittelkarten für 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8 usw. Tage zusammen. Selbstverständlich bevorzugt man die Zusammenstellungen, die am häufigsten gebraucht werden. Die zusammengestellten Lebensmittelkarten kommen dann in Umschläge mit entsprechenden Aufschriften.

Täglich zur selben Zeit holt ein Auto für die einzelnen Bahnhöfe die voraussichtlich nötigen Lebensmittelkarten ab. Jeder Bahnhof hat seinen besonderen Koffer, in diesen kommen die Lebensmittelkarten, dann wird der Koffer zugeschlossen, der diensthabende Unteroffizier auf dem Bahnhof selber besitzt ebenfalls einen passenden Schlüssel. Ihm stehen auf den Bahnhöfen Damen vom Hilfsbund „Mein Deutschland“ in ehrenamtlicher Tätigkeit beim Ausstellen der Lebensmittelkarten zur Seite. In Schränken, die den Postfächern gleichen, sind die Umschläge mit den Lebensmittelkarten untergebracht, die dem Urlauber je nach der Dauer seines Urlaubs zugeteilt werden. Nicht nur einfache Mannschaften, auch die Offiziere, werden von den Bahnhöfen aus versorgt, aber nur die eigentlichen Militärurlauber; die Arbeitsurlauber für Munitionsfabriken und für Landarbeit erhalten nur für den ersten Tag die Brotkarten. Als Bahnhöfe kommen in Betracht: der Schlesiſche, Alexanderplatz, Friedrichstraße, Zoologischer Garten, Charlottenburg, Lehrter, Stettiner, Görliger, Anhalter und Potsdamer. Die meisten Urlauber, nämlich 21 v. H., treffen auf dem Schlesiſchen Bahnhof ein; es folgt der Anhalter mit 20 v. H., Alexanderplatz mit 15 v. H., der Zoologische Garten mit 9, Potsdamer 6,5, Stettiner 2,5, Görliger 2 v. H. Zieht man nur die Offiziere in Betracht, so steht in erster Reihe Bahnhof Friedrichstraße, es folgt Zoologischer und Anhalter. Die höchste Zahl der Urlauber traf in der Weihnachtswoche ein, und zwar 53 000. Auch während der Urlaubssperre erreichte die Zahl der Urlauber in der Woche 15 000, und ist auch jetzt schon wieder in

einer der letzten Wochen auf 26 547 gestiegen mit 160 853 Verpflegungstagen. In der Weihnachtswoche betrug die Verpflegungstage bei 53 000 Urlaubern 376 944. So erhält man auf der Kartenstelle auch sofort eine Uebersicht über die ganze Urlaubsbewegung.

Die Urlauber, die Kommandantur und auch die Gemeinden Groß-Berlins, die später ja mit den betreffenden Reichsstellen, wie Reichsgetreidestelle und Reichsleischstelle auf Grund dieser von der Kommandantur getroffenen Kontrolle abzurechnen haben, sind mit der neuen Einrichtung vollauf zufrieden.

K. J.

2. / IV. 1917

No

Die Lebensmittel der belgischen Unter- stützungskommission.

B. Berlin. 31. März. Das Wolffsche Bureau meldet: Die Ankünfte von Lebensmitteln für die belgische Unterstützungskommission in Rotterdam sind vor Mitte Februar 1917 zum Stillstand gekommen. In englischen Häfen liegen 15 für die Kommission bestimmte Schiffe mit rund 70.000 bis 80.000 Tonnen Lebensmitteln. Die englische Regierung hat durch Vermittlung des neutralen Auslandes die deutsche Regierung verständigt, daß sie diese Schiffe würde entladen lassen, wenn nicht bis zum 2. März 1917 von der deutschen Regierung das Auslaufen und die Ueberfahrt nach Rotterdam durch den Kanal gestattet und sichergestellt würde. Daraufhin hat die deutsche Regierung die Ueberfahrt der Schiffe sichergestellt unter der Bedingung, daß vorher genaue Angaben über die Anzahl und die Namen der Schiffe sowie über deren Ladung und Liegeplätze gemacht würden, ein Verlangen, das nicht nur in der derzeitigen Art der Seekriegsführung, sondern auch darin seine volle Begründung findet, daß eine Garantie für die sichere Ueberfahrt der Schiffe nur dann übernommen werden kann, wenn den deutschen Seestreitkräften die vorerwähnten genaueren Angaben vorher zugänglich gemacht werden können. Dem Verlangen ist bisher nur für vier Schiffe der Hilfskommission entsprochen worden. Hinsichtlich dieser Schiffe ist der Kommission sofort bekanntgegeben worden, zu welcher Zeit und auf welchem Wege sie sicher nach den Niederlanden gelangen können. Im übrigen hat die englische Regierung es abgelehnt, diese Angaben zu machen. Die deutsche Regierung ist daher nicht in der Lage, die gewünschte Sicherheit zu gewährleisten und lehnt die Verantwortung für das weitere Schicksal jener Schiffe und ihrer Ladung und die weiteren Folgen ab, es sei denn, daß über diese Frage neu aufzunehmende Verhandlungen die Angelegenheit zu einem befriedigenden Abschluß führen sollten.

M

* Das „Anstellen“ und das Täfelchen „Ausverkauft!“ wollen aus dem Stadtbilde Wiens nicht verschwinden. Kaum ist das Anstellen um Mehl und Brot, Zucker und Kaffee beseitigt worden, kaum ist man auch beim Kartoffelverkauf auf dem besten Wege die Polonoisen überflüssig zu machen, kann man seit einigen Tagen und besonders in den Morgenstunden des gestrigen Sonntags beobachten, wie sich die Leute in langen Reihen um Fleisch und Sauerkraut anstellen müssen. Die Notwendigkeit, die sich seit einigen Tagen ergeben hat, auch um das Fleisch sich anzustellen, ist um so weniger einzusehen, als man noch vor kurzer Zeit versicherte, es wäre Fleisch genug da, so viel sogar, daß man in der Lage sei, einen fleischlosen Tag aufzuheben. Dies ist nun mittlerweile auch geschehen, nur schade, daß jetzt kein Fleisch da ist. Ähnlich geht es mit dem Täfelchen „Ausverkauft!“. Wo haben wir das nicht schon überall gesehen. Beim Greisker, bei der Milchfrau, bei den Weinfhialen, beim Zuckerbäcker und seit einigen Tagen auch bei einzelnen Fleischlauern. Seit dem gestrigen Sonntag prangt das Täfelchen nun glücklich auch an den Eingangstüren fast aller Apotheken: „Saccharin ausverkauft!“ Kaum ist der Bevölkerung durch die Zeitungen mitgeteilt worden, daß sie nunmehr das Saccharin in den Apotheken beziehen könne, ist es auch schon überall wieder

ausverkauft. Wo ist es hingekommen? Oder wurde den Apothekern so wenig zugewiesen? Da muß doch wieder ein Mangel in der Organisation liegen. Man überträgt den Apothekern den Verkauf und kaum ist ein Tag vorüber, kann man die Ware in keiner Apotheke mehr bekommen. So kann das auf die Dauer nicht weitergehen.

M2

[Gepäcksrevisionen bei Reisenden aus Ungarn nach Wien.] Der Präsident des Landesernährungsamtes hat am 23. und 24. März auf den Eisenbahnstrecken Raab-Brud und Galanta-Marchegg die übliche Revision des Handgepäcks in sämtlichen Waggons gleichzeitig vornehmen lassen. Bei diesen Revisionen wurden große Mengen von Lebensmitteln konfisziert. Die Ausfuhr von Lebensmitteln im Handgepäck bildet eine Uebertretung, die mit Arrest bis zu acht Monaten und mit Geld bis zu 600 K. bestraft wird und demgemäß wurde gegen die Eigentümer der Vorräte auch das Strafverfahren eingeleitet. In Einkunft wird auf sämtlichen Bahnstrecken eine verschärfte Kontrolle des Handgepäcks durchgeführt werden.

3. IV. 1917

143

Schaffung von Wirtschaftsräten. Regelung und Ueberwachung des Ernährungs- wesens.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Bei der Bedeutung der Ernährungsfrage und dem täglich zunehmenden Umfange der Agenden des Ernährungsdienstes können die mit der Regelung und Ueberwachung des Ernährungswesens betrauten Organe der öffentlichen Verwaltung keinesfalls der freiwilligen und zweckmäßig organisierten Mitwirkung aller Schichten der konsumierenden Kreise entzogen werden. Wenngleich schon bisher in manchen Fällen private Vereinigungen und Einzelpersonen ihren Rat in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben, so fehlt es doch an einer grundlegenden einheitlichen Organisation. Die weitesten Kreise der Bevölkerung müssen zur fruchtbringenden Tätigkeit herangezogen werden.

Das Amt für Volksernährung ist nunmehr an die Regelung dieser wichtigen Frage herangetreten. Ein an die politischen Landesstellen ergangener Erlaß befaßt sich mit der Organisation der freiwilligen Mitwirkung der Bevölkerung. Wirtschaftsräte werden den kompetenten Organen zur Seite

gestellt, die den Behörden in generellen und wichtigeren Einzelfragen des Ernährungsgebietes als Beiräte an die Hand gehen sollen. Dadurch wird es den Behörden ermöglicht, sich vor Fällung gewichtiger Entscheidungen stets des Rates und der sachkundigen Unterstützung der Vertreter jener Bevölkerungskreise zu bedienen, die durch diese Entscheidungen betroffen werden.

Die Bestellung der Mitglieder.

Im Sinne des erwähnten Erlasses werden bei den politischen Landesbehörden Landeswirtschaftsräte, bei den politischen Bezirksbehörden Bezirkswirtschaftsräte und bei den Gemeinden mit eigenem Statut und den übrigen größeren Gemeindeverwaltungen Gemeindegewirtschaftsräte errichtet werden.

Hinsichtlich der Bestellung der Mitglieder wurde den Behörden freie Hand gelassen und nur die besondere Berücksichtigung der Konsumenten, vor allem der arbeitenden und minder bemittelten Klassen zur Vorschrift gemacht. Auch die Heranziehung von Frauen hat das Ernährungsamt als wünschenswert bezeichnet. Die Mitgliedschaft ist ein Ehrenamt.

Der Wirkungskreis der Räte.

Diesen Räten, deren Mitgliederzahl im einzelnen Falle die politische Behörde festsetzt, wird die beratende Mitwirkung in folgenden Materien zukommen:

1. Produktion, Produktionssteigerung der Lebens- und Futtermittel und wichtigsten Bedarfsartikel; Beschaffung von Arbeitskräften und Betriebsmitteln.
2. Erfassung der Lebens- und Futtermittel sowie der wichtigsten Bedarfsartikel.
3. Verteilung dieser Produkte.
4. Ueberwachung des Handels mit diesen Artikeln, Verhinderung der Preistreiberei und des Wuchers.

Ihren ganzen Einfluß auf die Bevölkerung werden die Wirtschaftsräte ausüben haben, damit die übermäßige private Ansammlung von Vorräten eingeschränkt wird, da die staatliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebens- und Futtermittel die unbedingte Sicherheit des Durchhaltens bietet. Ebenso werden sich diese Räte der Hebung des Gemeinns der Bevölkerung und ihrer Aufklärung über bessere Produktionstechnik, über zweckentsprechende Aufbewahrungsmethoden für Vorräte, über Konsumbeschränkungen, Verwendung von Surrogaten u. dgl. widmen haben.

Mh

Schiebungsvorwürfe. Die Presse der Mittwoche ist wenig entzückt davon, daß zurzeit eben jene Presse, deren Presse sie ist, im Gerichtssaal einer so indiskreten Beleuchtung ausgesetzt werden. Die „N. Fr. Pr.“, deren Gerichtsassessoren noch am ersten Tage die „Angeklagten“ in bloß „Beschuldigte“ umzumodeln gewagt hatten, versucht es am Sonntag unter dem Eindruck der Verhaftung des Bankdirektors und Generalbevollmächtigten des Hauses Meises, des kaiserlichen Rates Schönwald mit einem Appell an die Tränensäcke. Aber soviel kann über den tragischen Ausgang einer großangelegten Bentejagd selbst in Interessentkreisen gar nicht gemeint werden, als das Treiben der vielen Kriegsschmarotzer der Bevölkerung schon Tränen abgepreßt hat. Für das gute Herz gibt es fürwahr würdigere Objekte als die Leute, über deren Verhängnis man in der Flötengasse gerüht ist. Daß man übrigens dort heute am Schluß einer demselben anregenden Stoff gewidmeten Betrachtung zur Erkenntnis kommt, daß „der Handel mit Lebensmitteln in großen Banken schon jetzt verurteilt ist“, sei als erfreuliches Zeichen des Fortschritts angemerkelt. Berwegener betreibt die Schieberei schon das Scharfsche Montagsblatt, obwohl es selbst findet, daß es „aus rein preßpolitischen Gründen mißratthast wäre, sich heute schon in Details des Prozesses einzulassen“. Es bekennt, daß Doktor Franz „kein Drauer, sondern nur ein einfacher Kaufmann ist“, bagatelisiert die „bloß 5% Provision“, die ihm beim der Depositenbank zugehanden wurden, rühmt die Geschicklichkeit des Dr. Franz, der dem Bankherrscherverband „ein unliebbarer Konkurrent auf dem Gebiete der Bervorteuerung“ geworden sei und daß dieser Verband „hinter der ganzen Preßkampagne stand und sich dieses Vorspanns bediente“, um sich der Konkurrenz zu entledigen. Nimmt der Abend diese Behauptung des Scharfblattes ruhig hin? In seinem „Schottentring“-Abteil schüttet das Blatt dann ohne viel Zurückhaltung das Bankensetz aus:

Es weht in einem Teil der kritischen Publizität ein etwas heftigerer Wind gegen die Banken überhaupt. Es gibt zweifellos manche Exzesse im *Bankwesen* (1) und anderseits ist es außerordentlich schwierig, gerade jetzt eine durchwegs reinliche Scheidung der einzelnen *Erwerbsindividuen* (2) vorzunehmen. So viel Recht aber fest, daß unsere Großbanken vom Pfad jener *Bürgerlichen Tugenden* (3) und die sie als Richtschnur der geschäftlichen Praxis auf Grund der Statuten und der Tradition gewählt haben, ganz bestimmt nicht abgewichen sind.

Trotz dieser „bürgerlichen Tugendhaftigkeit“ hält der Montagscharf mit Rücksicht auf die Volkstimmung dafür, daß es seitens der Bankleitungen und der Verwaltungsräte ein Akt der Ringheil und Opportunität wäre, dem wirtschaftlichen Zustande, in welchem sich das ganze Land und breite Schichten der Bevölkerung befinden, durch ausgedehntere praktische und greifbar in die Erscheinung tretende Fürsorgeakte Rechnung zu tragen. Wenn sich die Direktoren und Verwaltungsräte mit einem entsprechenden Zelle ihrer Kriegstantikemen an die Spitze einer solchen Aktion stellen würden, so müßte das entschieden einen sehr guten Eindruck in der Öffentlichkeit machen und den widerwärtigen Kritiken gewiß auch die giftige Spitze abbrechen. Vielleicht werden dann alle anderen wirtschaftlich gleichgestellten Personen sich zu der im Kriege immerhin dringend notwendigen Auffassung anschließen, daß im *Wohlfahrt* (4) ein selbst finanziell begründetes *Sinnesgeschäft* liegen kann.

Das „Sinnengeschäft des Wohltuns“! Die „Wohltuenden“, die über jeden Saker, den sie spenden, Buch führen und ihn in ihrer Presse der Öffentlichkeit vorrühmen, könnten nicht treffender konstatiert werden. Man versteht jetzt, warum die Finanzpresse über jede vollgewordene Million der bei ihr angerufenen Spenden die Leitartikelkassettrommel rührt. Hunderte von Millionen werden im Handumdrehen stillschweigend „verdient“ — eine Million wird mit lautem Getöse als Spende auf den Opferaltar geschleudert, damit das Volk vor Göttern auf seine geleerten Taschen vergesse.

Die nächsten Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe ist diesmal nicht Samstag, sondern Freitag. Samstag den 14. d. werden die Brot- und Mehllisten, die Fett- und Butterkarten, die Zuckerkarten für Mai und Juni, ferner die Brotbezugskarten und die Milchkarten ausgegeben werden. Da die ordnungsmäßige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der Freitag genau einzuhalten. Karfreitag nachmittag und Ostersonntag bleiben die Amtsräume der Brot- und Mehllistenkommissionen geschlossen, Ostermontag wird nur ein Dienst für unaufschiebbare Amtshandlungen gehalten.

4. / IV. 1917

Nrb

Die Tagung des Ernährungsrates.

Abchluss der Beratungen.

Die erste Tagung des Ernährungsrates endete am 30. März, nachdem alle Fragen einer eingehenden Beratung und endgültigen Schlussfassung unterzogen worden waren.

Das Nahrungsmittel System.

Als Referentin über die Hilfsaktion zur Erleichterung der Lebensführung der mindestdemittelten Volksschichten durch Beistellung billiger Lebensmittel ergriff Frau Emmi Freundlich das Wort. Nach ihrer Anschauung hätte man die Hoffnungen zu groß werden lassen, die nach Ankündigung der Aktion entstanden. Nunmehr könne gründliche Hilfe nur geboten werden, wenn man den Preis der Hilfsbedürftigen möglichst eng begrenze. Dringlichst empfahl sie ein System, das Nahrungsmittel schon kurz nach Kriegsausbruch eingeführt hat: eine Schichtung der Lebensmittelpreise nach Vermögensverhältnissen. Bei diesem System beschafft die Gemeinde die Lebensmittel für die Gesamtheit und gibt sie den einzelnen solcherart ab, daß der Mindestdemittelte die Artikel unter dem Regiepreis erhält, der Minderdemittelte zum Regiepreis, während dem Wohlhabenden ein Aufschlag berechnet wird, der die Regieauslagen für die billiger abgegebene Ware deckt.

Hintanhaltung unrationeller Wirtschaft.

Handelskammersekretärstellvertreter Dr. Lausch richtete die Aufforderung an das Volksernährungsamt, es möge, da auch für die Schichte der nichteinbezogenen Bevölkerung die Versorgung vielfach schwieriger sei, die Erzeugung, die Aufbringung, den Verbrauch und den Verkauf wichtiger Nahrungsmittel so zu regeln trachten, daß jeder unrationelle Verbrauch, besonders durch Verderben der Ware beim Detailverfleißer oder im Gastgewerbebetriebe, hintangehalten wird.

Verschiedene Anregungen.

Frau Granitsch trat für eine vernünftige Besteuerung der Nahrungsmittel ein. Ein Antrag des Finanzsekretärs Gargitter auf Einbeziehung aller derer in die Klasse der Minderdemittelten, deren Einkommen das der neunten Mangelklasse nicht übersteigt, wurde angenommen, während ein Antrag des Rechtsrates Dr. Mussoni nicht die Zustimmung des Ernährungsrates fand. Dieser Antrag ging dahin, alle Gegenstände des täglichen Bedarfs — auch Brennmaterial, Bekleidung und Schuhe — in einem einheitlichen Rahmen der Bewirtschaftung zu bringen und einen Abbau der Zwischenpreise dadurch anzustreben, daß Gemeinde und Länder die Bedarfsgegenstände vom Erzeuger übernehmen und zu billigen Preisen an die Bevölkerung abgeben. Dagegen wurde im Sinne eines Dringlichkeitsantrages des Revidenten der I. I. Staatsbahnen Wilek ein Subkomitee des Arbeitsausschusses eingesetzt, das sich speziell mit der Hilfsaktion für die Erleichterung der Lebensführung der minder- und mindestdemittelten Volksschichten zu befassen hat.

Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion.

Das Referat über die Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion in der kommenden Wirtschaftsperiode erstattete Minister a. D. Dr. Schreiner. Er schilderte die Bedeutung der Beistellung notwendiger Arbeitskräfte, sei es durch ausreichende Beurlaubung im Felde stehender Landwirte, sei es durch Zuweisung von Kriegsgefangenen. Wichtig sei ein einheitliches Vorgehen aller Organe bei der Aufbringung, wichtig nicht minder eine Anregung der landwirtschaftlichen Produktion durch Prämien. Was die Abnahme des Viehes betrifft, solle nur jener Nachwuchs zur Schlachtung zugeführt werden, der im Laufe der letzten Zeit zur Ausnützung der Preiskonjunktur angeschafft wurde. Prof. Dr. Nowak ergänzte diese Forderung noch durch das Begehren nach einer Festsetzung von Höchstpreisen für landwirtschaftliche Bedarfsartikel und nach dem Freibleiben der für den Landwirtschaftsbetrieb notwendigen Vorräte an Leder, Eisen und Werkholz von Requisitionen.

Alle diese Anträge gelangten zur Annahme, ebenso die Anträge der Frau v. Burkhne auf Beistellung von Hafernährmitteln für werdende Mütter und des Landesauschussespräsidenten Rutschal auf Sicherstellung und Verteilung von Weizenmehlpräparaten für Kinder bis zu zwei Jahren, eine Fürsorge, die

nach dem Berichte des Landtagsabgeordneten Andratschke in Schlesien bereits seit Beginn des Jahres 1916 durchgeführt ist.

Die Futtermittelfrage.

Eingehende Erörterung fand die für die Landwirtschaft besonders wichtige Futtermittelfrage. Dr. v. Seidl referierte über einen Antrag des Reichsratsabgeordneten Ritter v. Panz, der die Zuweisung von Futtermitteln in einer gewissen Reihenfolge auf jene Betriebe beschränkt wissen will, deren Aufrechterhaltung in erster Linie erforderlich ist. Der Futtermittelvorrat der Zentrale sei möglichst zu erhöhen, sowohl durch Beistellung von Melasse als durch die staatliche Bewirtschaftung von Heu und Stroh.

Angenommen wurde ein Antrag des Kommerzialrates Redlich über die Versorgung der Zuckerindustrie mit Kohle und des Reichsratsabgeordneten Pittoni, der verlangte, daß den Mitgliedern des Ernährungsrates alle Berichte, Erlässe, Verordnungen und Organisationsfassungen, die sich auf seine Aufgaben beziehen, sofort nach der Drucklegung zukommen. Einem Antrag des Reichsratsabgeordneten Dr. Diamond auf Wahl eines ständigen Ausschusses für Transportfragen und Kohlenversorgung hatte schon der Arbeitsausschuss grundsätzlich zugestimmt; er wurde im Prinzip angenommen, die Wahl jedoch auf später verschoben.

Schlußwort des Ministers Höfer.

Am Schluß der Tagung ergriff Minister Generalmajor Höfer das Wort, der für die vielen Anregungen und die objektive Beurteilung der Regierungsmaßnahmen den Dank im Namen des Amtes für Volksernährung abstatte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Ernährungsrat bald wieder zu einer Tagung zusammenzutreten könne. Hierauf schloß Präsident Dr. Graf Latisch-Mocnich die erste Tagung des Ernährungsrates.

*** Schutz des Edelkastanienbaumes.** Eine morgen erscheinende Verordnung verfügt, daß jeder, der einen Vorrat von mehr als 5 Festmetern Edelkastanienholz besitzt, ihn dem Kriegsministerium (Lebergruppe) bis zum 15. Mai anzugeben hat. Erzeuger von Edelkastanienholzextrakt haben am 1. jeden Monats eine Anzeige über die Veränderung ihrer Vorräte zu erstatten. Ferner haben die Besitzer von Edelkastanienwäldern oder von größeren forstmäßig bewirtschafteten Beständen der zuständigen politischen Bezirksbehörde bis zum 15. Mai eine Anzeige über das in diesen Wäldern oder Beständen stockende Holz zu erstatten. Das Handelsministerium kann zur Wahrung öffentlicher Interessen die Abgabe von Vorräten an bereits geschlägertem Edelkastanienholz zu von ihm zu bestimmenden Preisen anordnen. Die Fällung von Edelkastanienbäumen, die als forstmäßig bewirtschaftete Frucht-bäume im Einzelstande, in Hainen oder Gruppen vorkommen, ist gegen eine bloße Anzeige an die zuständige politische Bezirks-behörde nur dann gestattet, wenn sie offensichtlich faul, be-schädigt oder nicht mehr volltragend sind oder, in Brust-höhe gemessen, mehr als 240 Zentimeter Stammumfang besitzen. Dagegen dürfen Edelkastanienbäume, wo sie Wälder oder größere, forstmäßig bewirtschaftete Bestände bilden, nur auf Grund einer besonderen Bewilligung gefällt werden, die dann, wenn das gewonnene Holz zur Gerbstoffextrakt-erzeugung Verwendung finden soll, vom Ackerbau-ministerium im Einvernehmen mit dem Handels- und Kriegsministerium, in allen anderen Fällen aber — dem-nach insbesondere dann, wenn es sich um die Gewinnung von Holz zur Befriedigung des Lokalbedarfes an Brenn-holz, Hebstählen usw. handelt — von der zuständigen politischen Bezirksbehörde erteilt wird. In der Vegetations-zeit, vom 1. April bis zum 15. Oktober, ist eine Schläge-rung von Edelkastanienbäumen überhaupt nur auf Grund einer besonderen Bewilligung des Ackerbauministeriums gestattet. Die Verordnung trifft Vorsorge für eine Nach-pflanzung der nach dem 1. August 1914 gefällten Edel-kastanienbäume.

Regelung des Verkehrs mit Edelkastanienholz. Um zu verhüten, daß die inländischen Bestände an Edelkastanienholz über das unbedingt notwendige Maß vermindert werden, hat die Regierung angeordnet, daß jeder, der einen Vorrat von mehr als 5 Festmeter Edelkastanienholz besitzt, ihn dem Kriegsministerium, Ledergruppe (Wien, I., Kolowratring 14), bis zum 15. Mai anzuzeigen hat. Erzeuger von Edelkastanienholzextrakt haben überdies an jedem Ersten eine Anzeige über die Veränderung ihrer Vorräte zu erstatten. Ferner haben die Besitzer von Edelkastanienwäldern oder von größeren forstmäßig bewirtschafteten Beständen der zuständigen politischen Bezirksbehörde ebenfalls bis zum 15. Mai eine Anzeige über das in diesen Wäldern oder Beständen stockende Holz zu erstatten. Das Handelsministerium kann zur Wahrung öffentlicher Interessen die Abgabe von Vorräten an bereits geschlägertem Edelkastanienholz zu von ihm zu bestimmenden Preisen anordnen. Die Fällung von Edelkastanienbäumen, die als forstmäßig bewirtschaftete Frucht bäume im Einzelstande, in Gainen oder Gruppen vorkommen, ist nur dann gestattet, wenn sie offensichtlich faul, beschädigt oder nicht mehr volltragend sind oder, in Brusthöhe gemessen, mehr als 240 Zentimeter Stammumfang besitzen. Dagegen dürfen Edelkastanienbäume, wo sie Wälder oder größere, forstmäßig bewirtschaftete Bestände bilden, nur auf Grund einer besonderen Bewilligung gefällt werden. In der Vegetationszeit, das heißt vom 1. April bis zum 15. Oktober, ist eine Schlägerung von Edelkastanienbäumen überhaupt nur auf Grund einer besonderen Bewilligung des Forstbauministeriums gestattet. Die Verordnung trifft endlich Vorkehrungen für eine entsprechende Nachpflanzung der nach dem 1. August 1914 gefällten Edelkastanienbäume.

5. / 11. 1917.

Moll

Morgenröte.

Zwei große Dinge haben sich gestern ereignet: die Vereinigten Staaten von Nordamerika, noch vor kurzem die Hoffnung der friedliebenden Demokratie, sind zu den Feinden des Deutschen Reiches gestoßen, und im Prozesse gegen Dr. Kranz und Genossen — Genossen der Tat und der Sühne — wurde das Urteil gesprochen. Sicherlich ist das große politische Ereignis für uns wichtig, da es für unseren Bundesgenossen so bedeutungsvoll ist; wie kommt es nun, daß es fast unbeachtet blieb und alles nur Anteil für den Spruch des Gerichtes hatte? Offenbar weil man sich sagte, daß die schlimmen Folgen des politischen Ereignisses, die sicherlich jeder bedauert und niemand unterschätzt, vorübergehen, während die gegenseitigen des Gerichtsverfahrens bestehen bleiben. Ohne Angst vor dem neuen äußeren Feinde, freute man sich des errungenen Sieges über den inneren.

Unter den furchtbaren Greueln, die der Krieg mit sich führt, gehört sicherlich die Entfittlichung zu den schlimmsten; der Unrat dieser Strafsache kann an Schrecken mit den Untaten sengender, brennender Herden, die in das Grenzland einfallen, verglichen werden. Freuen wir uns, daß es an Mut und Kraft nicht gemangelt hat, den schlimmen Feinden, die das Hinterland verwüsten, entgegenzutreten. Der Entschluß mag nicht leicht gewesen sein, denn die Verbündeten dieses Feindes und vor allem der stärkste Gegner jedes Fortschrittes, das Borurteil, werden der Teufel mehr als einen an die Wand gemalt haben; aber daß alles aufgedeckt wurde, ohne falsche Schonung und ohne Furcht vor den Folgen, zeigt, daß man mit dem kühnen Wagemut, der in entscheidenden Fragen mehr gilt als die ängstlich zaudernde Weisheit des Alters, entschlossen ist, das erkannte Übel zu bessern.

Man hat mit dem Grundsatz gebrochen, Übel seien nicht vorhanden, wenn man sie nicht sieht oder nicht sehen will. Der tüchtige Arzt wird es zunächst mit milderen Heilmitteln versuchen; ist aber die Wunde so übergroß geworden, daß sie den ganzen Körper bedroht, dann heißt es kraftvoll und entschlossen in das Geschwür hineinschneiden. Es mag schmerzen, aber es hilft. Das erleichterte Aufatmen, das Schwinden des Fiebers zeigen deutlich, daß die Operation gelungen ist.

Gewiß mußte man sich fragen und hat sich gefragt, was das Ausland dazu sagen werde; im Gefühle der Sicherheit, daß ein männlich-mutiger Entschluß schon vor der gelungenen Tat gibt, sagte man sich offenbar, das Ausland kann uns — möge es das befreundete mit dem wohlwollenden Urteil oder das feindliche sein — von dem als nützlich und notwendig Erkannten nicht abhalten. Die Hauptsache ist nicht, daß man gut von uns spricht, sondern daß es uns gut geht, daß das Volk für die vielen Entbehrungen entschädigt werde durch ein Zugeständnis an seinen Hunger nach Gleichheit vor dem Gesetze.

Freuden gibt es wenige. Freuen wir uns, daß die inneren Feinde nicht länger plündern können. Wir werden der äußeren leichter Herr werden, da wir nun der inneren ledig werden. Es kämpft sich anders, wenn man weiß, daß es dem helleren Lichte entgegengeht und daß nicht für das nach schweren Opfern siegreiche Volk das Wort Nichtes gilt: „Wenn sich nun hinterher doch zeigte, daß es nicht wert gewesen wäre, wenn nach der Errettung im Kampfe abermals die Selbständigkeit der Nation dem Vorteile der Herrscherfamilie aufgeopfert würde; wenn sich zeigte, daß der Herrscher zwar wollte, daß für seine Herrschaft das edelste Blut seines Volkes flöße, er dagegen für die Selbständigkeit desselben seine Herrschaft nicht wagen wollte, so könnte unter einem solchen der Vernünftige durchaus nicht bleiben. . . Ein solcher Staat befindet sich im Zustande der Verstockung und hat öffentlich das Siegel der Verwerfung sich selbst aufgedrückt.“

Solcher düsterer Sorgen ledig, vor der Habgier der inneren Feinde besser als bisher geschützt, dürfen wir hoffnungsvoller auf den Weg blicken, der uns aus der greuelvollen Nacht des Krieges dem Lichte des sozialen Fortschrittes entgegenführen soll. Täuschlichen sehnüchtigen Wünsche den Blick, oder ist, was wir sehen, das Morgenrot der Freiheit?

Die Organisation der Ein- und Ausfuhr von Nahrungsmitteln.

In der kürzlich unter dem Vorsitz des Mitgliedes Landesauschusses Herr *Kuno Sonntag* und dessen Vertreters *Kais. Rates Alois Mareš* abgehaltenen Sitzung des Ausschusses IV des Ernährungsrates in Angelegenheit der Ein- und Ausfuhr von Nahrungsmitteln berichtete der leitende Verwaltungsrat der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft (Dezeg) Generaldirektor *Le m b e r g e r* über die Organisation, den Wirkungsreis und die Leistungen der Gesellschaft; er schilderte eingehend die bei Beschaffung ausländischer Lebensmittel sich fortlehrend vermehrenden Schwierigkeiten, gab Aufklärungen über die auf Weisung des Volksernährungsamtes erfolgende Verteilung der Lebensmittel an die Landesapprovisionierungsstellen, an Konsumenten- und Händlerorganisationen, und verwies im besonderen auf die Hindernisse, welche durch den Mangel an ausländischen Zahlungsmitteln der Vermehrung der Einfuhren im Wege stehen. — In der sich hier anschließenden Debatte, an welcher sich die Mitglieder *Abg. Billovi*, *Frau Pachert*, *Revident Bilek*, *GR. Dr. Schleicher*, *Sekretär Wilhelm* und *GR. Dr. Schwarz-Giller* beteiligten, wurde die Notwendigkeit der Zentralisation der Lebensmitteleinfuhren hervorgehoben. Der Regierungskommissär der Dezeg, *Sektionsrat v. Horrat*, gab Aufklärungen auf verschiedene Anfragen und stellte dem Ausschusse die Statuten, sowie die Geschäftsordnung der Gesellschaft zur Verfügung.

18A

Der neue deutsche Ernährungsplan.**Erklärungen Batockis im Reichstagsauschuß.**

Der Ausschuß des Reichstages für Ernährungsfragen setzte am Dienstag die Beratung der neuen Maßnahmen des Kriegs-ernährungsamtes fort. Nachdem von Regierungsseite nochmals ein Ueberblick über die neuen Maßnahmen und eine Begründung der Beschloßnahme gegeben worden war, wies ein sozialdemokratischer Abgeordneter darauf hin, daß die Erfahrungen der Vorjahre nicht genügend genützt worden sind und daß die Erregung in der Bevölkerung über die einander folgenden Krisen groß sei. Das Ergebniss der Ernte wurde zunächst als gut bezeichnet, später als nicht mittel. Die Nachprüfung ergäbe nun noch einen Fehlbetrag von mehr als einer Million Tonnen. Das sei nicht ohne weiteres zu erklären, auch nicht durch Brotkartenziehungen und mangelhafte Volkszählung, die ja eine vermehrte Ernährung ermöglichen würde. Es sei also viel versüttert worden sein. Die Reichsbehörden hätten rücksichtslos durchgreifen müssen. Hoffentlich werde die Bestandsaufnahme der Kartoffeln die Möglichkeit ergeben, 5 Pfund Kartoffeln zu gewähren. Die Sicherungsmaßnahmen gegen Kartoffelversüttung müßten rücksichtslos durchgeführt werden. Die rumänische Zufuhr sollte restlos der menschlichen Ernährung dienen.

Ein nationalliberaler Redner wies auf die verschiedenen Gebräuche in den einzelnen Bundesstaaten hin, manche versütterten seit altersher Brotgetreide, manche, darunter Hessen, überhaupt nichts, so sei auch die Verminderung des Viehbestandes in Hessen zu erklären. In vielen Fällen seien Futtermittel geradezu aufgedrängt worden, auch höre man, daß an das neutrale Ausland in freierhandiger Weise Mehl verteilt worden sei. Aus Rumänien sei wenig nach Deutschland gekommen.

Präsident v. Batocki erklärte, der für die Kürzung der Brotrationen in Aussicht genommene Ausgleich sei gewiß unvollkommen, aber eine andere Lösung gebe es nicht. Die Ernte sei zum erstenmal überschätzt worden, diese Tatsache widerspreche allen bisherigen kriegswirtschaftlichen Erfahrungen. Leider sei die Ueberschätzung reichlich spät bekanntgeworden. Der Ernst der Lage rechtfertigt weder eine scharfe Kritik noch utopistische Vorschläge. Die Frage der Aufhebung der fleischlosen Tage werde geprüft. Die Schweinebestände reichten für die notwendigen Abschachtungen nicht aus, daher müsse tief in die Rindviehbestände eingegriffen werden. Die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für die Zusatzfleischrationen seien so gedacht, daß die besser situierten Gemeinden etwa 75 Pfund, die ärmeren bis zu 90 Pfund erhalten würden. Eine Steigerung der Landwirtschaftlichen Erzeugung sei schon wegen Mangel an menschlichen und tierischen Arbeitskräften unmöglich, ganz abgesehen von den Transport Schwierigkeiten. Es sei vollständig unmöglich und aussichtslos, die Beschloßnahme und Wegnahme der Lebensmittel bei der Landwirtschaft aufzuhalten. Es sei gewiß schwer, ohne genügend Fett auszukommen, aber ganz unmöglich, ohne Brot und Kartoffeln zu leben. Das müsse sich die Landwirtschaft klarmachen; in den nächsten Jahren, einerlei ob Krieg oder Friede, werde es auch so bleiben.

Eine Deputation der Kaufleute beim Ernährungsminister.

Bogner¹ erschien eine Deputation der Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs, geführt vom Präsidenten *Kas*, bei Minister *Söfer*, um ihn in Vertretung der Interessen der gelehrten mittelständischen Kaufmannschaft mit den Wünschen dieser großen wirtschaftlichen Standesgruppe bekanntzumachen. Präsident *Kas* überreichte dem Minister eine Denkschrift über die gegenwärtige schwierige Lage des Detailhandels durch die mangelhafte Warenversorgung sowie über die sprunghafte Preisbildung und die Maßnahmen zur Eindämmung des Kettenhandels und schilderte ausführlich den Kampf und die Sorgen derjenigen Geschäftsfrauen, deren Männer gefallen oder noch jetzt im Felde stehen. Bezüglich der Handhabung der Preistreiberverordnung machte Präsident *Kas* auf die immer mehr platzreisende Rechtsunsicherheit aufmerksam und machte praktische Vorschläge, wie sich jeder legitime Kaufmann in Zukunft vor Zufällen schützen kann. Der Minister erklärte, daß er es

begrüßen würde, wenn die Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs ihre Anregungen in einer gemeinsamen Konferenz mit dem Referenten des Ernährungsamtes durchberaten und ehestens zur Durchführung bringen würde. Der Minister erklärte sich auch bereit, dieser Konferenz persönlich beizutreten. Es wurde beschlossen, die Konferenz kurz nach Ostern abzuhalten.

Ernährungs Wünsche der Postbeamtenschaft.

In Vertretung der im Reichsbund deutscher Postler Oesterreichs organisierten Postangestellten sprachen vorgestern der Obmann und die Schriftführerin, Postkontrolleur Paul Pogatschnigg und Postmeisterin Adele Schreiber, beim Minister für Volksernährung Generalmajor v. Höfer vor. Obmann Pogatschnigg schilderte die schwere Lage der Postler, die manchmal schon um 5 Uhr früh ihren Dienst antreten müssen und um diese Zeit, da andere erst aufstehen, das begreifliche Verlangen nach einem weiteren Stück Brot haben. Angesichts der sich ergebenden bevorstehenden Notwendigkeit, die zu verarbeitenden Mehlmengen noch mehr als bisher einzuschränken, war die Erwirkung einer allgemeinen Mehlgutskarte für Postangestellte derzeit nicht zu erreichen. Aus eigenem Antrieb machte jedoch der Minister der Abordnung den Vorschlag, ihm eine Denkschrift zu übermitteln, die bei einer halbwegs sich ergebenden Besserung der Ernährungsverhältnisse zunächst berücksichtigt werden wird. Die Vertreter des Reichsbundes deutscher Postler berichteten über die Wahrnehmung, daß gerade aus dem tschechischen Teil Böhmens auffallend viele Brotsendungen eingingen. So wurde bei einem Wiener Postamt festgestellt, daß unter 200 Postpaketen sich 50 Brotsendungen aus tschechischen Gebieten Böhmens befanden, ein Beweis, daß in jenen Gegenden kein Mangel an Mehlvorräten herrsche. Obmann Pogatschnigg bat den Minister, solange es nicht möglich sei, ein gemeinsames Österreichisch-ungarisches Ernährungsgebiet zu schaffen, sich wenigstens für eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel in ganz Oesterreich einzusetzen. Ein großer Uebelstand für die an verschiedene Amtsstunden gebundenen Postler sei auch die von gewissen Geschäftsleuten mit böser Absicht geübte Einschränkung der Verkaufszeiten. Diese Beschwerde bezeichnete der Minister als in die Kompetenz der Stadtgemeinde fallend. Zum Schluß der Unterredung kamen die Vertreter des Reichsbundes auf den Ersatz mittelschwerer zu sprechen, worauf ihnen Generalmajor v. Höfer erwiderte, daß er im Ernährungsamt einen aus berufenen Chemikern bestehenden Ueberprüfungsausschuß bilden wolle.

Der Abend
6./IV. 1917

75

155

Die Neu-Zuteilung.

Bei der Brot- und bei der Milcheinteilung wurde für die Gültigkeit der Bezugskarten ein achtwöchiger Zeitraum bestimmt, nach dessen Ablauf die Bezugskarten erneut werden sollen. Dieser Zeitpunkt wird am 14. d. M. gekommen sein. Ursprünglich bestand die Absicht, mit den neuen Bezugskarten auch neue Bestellkarten auszugeben, um den Verbrauchern zu ermöglichen, neue Bezugsquellen zu wählen, wenn sie dies wünschen. Manchem Haushalt wäre diese Möglichkeit sehr willkommen gewesen, aber der Magistrat wollte die Umstände, welche aus einer Neuwahl der Bezugsquellen entstanden wären, vermeiden und hat verfügt, daß die Einteilung bei einer neuen Bezugsquelle nur aus besonderen Gründen und nur mit Zustimmung des magistratischen Bezirksamtes im Wohnbezirke des Verbrauchers stattfinden dürfe. Solche besondere Gründe sind: Übersiedlung des Verbrauchers, Übersiedlung oder Sperrung

des Geschäftes, welches als Bezugsquelle diente, endlich anhaltende Gründe zu gewichtigen Beschwerden. Da eine allgemeine Neueinteilung nicht beabsichtigt ist, werden mit den Bezugskarten nicht wieder Bestellkarten, sondern an deren Stelle Kontrollscheine ausgegeben.

6./IV. 1917

156

Kakaoschalen. Ein Leser schreibt uns: Ich staune stets von neuem, daß der erbärmliche Schwindel mit dieser Ware ungestört fortgeht; den Gipfelpunkt bilden wohl die Anzeigen in den Blättern, worin diese Ware offen angeboten wird, und ein Schaufenster auf dem Graben, wo man Kakaoschalenpulver um etwa 8 Kronen für das Kilogramm sieht. Hierzu möchte ich als ehemaliger Nahrungsmittelschemiker folgendes bemerken: Kakaoschalen sind als Nahrungs- oder Genußmittel völlig wertlos; Nupelschalen sind noch genießbar, allenfalls kann man daraus sogar Marmelade oder Essig bereiten; Walnußschalen mögen zu brauchen sein, weil sie sich schwer ganz vom Kern trennen lassen, also noch etwas von der Nuß darin fieden kann; wer aber einmal geröstete Kakaobohnen in der Hand hatte, weiß, daß sich die Schale leicht vollständig von der Bohne trennen läßt. Die Schale hat etwa so viel Wert wie die Schote reifer Erbsen oder Bohnen. Das heißt also, als Feuerungs- oder Düngemittel. Obendrein wurde in einer etwa im Dezember erschienenen Abhandlung in der „Oesterreichischen Chemikerzeitung“ angeführt, daß sie nach dem Kochen beim Stehen einen ekelhaften Geruch verbreiten. Meines Wissens ist in Deutschland die Verwendung von Kakaoschalen im Lebensmittelgesetz überhaupt verboten, vielleicht auch in Oesterreich. Aber was macht man alles aus Kakaoschalen: man verschmiert damit guten Kakao und täuscht die Käufer über den Gehalt und Preis, man macht daraus Erfschaulichkeiten wie „Kakao“ und man verkauft sie sogar ungemischt um 8 Kronen! Dabei wollte es mir bei einer Probe Kakaoschalen einmal sogar bedünken, daß sie mit Erdnußschalen vermengt waren, also eine Verfälschung der Verfälschung. Die Verwendung von Kakaoschalen zu etwas anderem als zur Feuerung oder zur Düngung wäre überhaupt zu verbieten oder zu bestrafen.

6. / IV. 1917

158

Generalversammlung des Ersten Wiener Konsumvereins.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Generaldirektors Alois Traut fand vorgestern die diesjährige Generalversammlung des Ersten Wiener Konsumvereins statt. In dem zum Vortrag gebrachten Geschäftsbericht wird unter anderem ausgeführt: Auf weiten Gebieten ist die selbständige Warenbeschaffung durch obrigkeitliche Zuweisung verdrängt. Die Versorgung mit Mehl und die Broterzeugung war von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt abhängig. Die Mehllieferungen blieben um einiges hinter den vorjährigen Bezügen und um mehr als 58 Waggons hinter jenen des Jahres 1914 zurück, obwohl die Zahl der Mitglieder, die sich beim Konsumverein mit Mehl versorgten, stetig zunahm. Erst die Durchführung der Rationierung brachte mehr Ordnung in die Mehllieferung. Die Broterzeugung des Vereins verzeichnet gegenüber dem Vorjahr einen mäßigen Anstieg. Dem starken Ausfall von Mäherzeugnissen und Hülsenfrüchten stand ein empfindlicher Rückgang an Fettstoffen zur Seite. Die Beschaffung von Schweinefleisch war zumeist unmöglich, da sich der Konsumverein zu der vielseitig geliebten Ueberschreitung der Höchstpreise nicht verstand. Der allgemeine Rückgang der Zufuhren nach Wien verminderte die Abgabe von frischer Milch auf die Hälfte des Vorjahres. An Eiern beschaffte der Verein zwei Drittel der vorjährigen Menge. Eine Zusammenstellung der Preisbewegung mehrerer Nahrungs- und anderer Verbrauchsartikel seit Beginn des Krieges zeigt, wie die Teuerung fortgeschritten ist. Eine Kundfrage des Konsumvereins bei großen Konsumvereinen Ungarns, des Deutschen Reiches und der Schweiz läßt gleiche, wenn auch teilweise nicht so scharf ausgeprägte Erscheinungen erkennen. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich um 1273, am Schluß des Jahres 1916 bezifferte sich der Mitgliederstand mit 61.367. Die Barlosung für abgegebene Waren stieg um fast 3¼ Millionen auf 31.614.595 Kronen. Der Bruttoertrag beträgt 3.883.175 Kronen, abzüglich der Regiekosten im Betrag von 2.352.243 verbleibt ein Gebahrungsiüberschuß von 1.530.932. Von dem Gebahrungsiüberschuß werden als Rückvergütung für die Genossenschaftler, und zwar 4 Prozent auf den Warenbezug von 30.405.057 Kronen, 1.216.202 Kronen verwendet. 5 Prozent werden dem Reservefonds, 5 Prozent als Lantieme den Vorstandsmitgliedern und 4 Prozent als Lantieme der Geschäftsleitung überwiesen. Nach kurzer Debatte wurde dem Vorstand einhellig das Absolutorium erteilt.

Z./IV. 1917

159

Neue Ernährungsbestimmungen in Bayern.

München, 6. April. (Priv.-Tel.) Die bayerische Landesfeststelle in Bayern hat nun die Preise für Milch, Butter und Käse für das Land neugeregelt. Die Werkmilch, d. h. die zur Käse- und Buttergewinnung bestimmte Milch, wird von 190 auf 210 Mark für 1000 Liter erhöht. Dem entsprechend und unter Berücksichtigung der höheren Ausbeute der Sammelmilch wird der Erzeugerpreis um je 10 Mark, für Mollereibutter auf 208 Mark, für Landbutter auf 180 erhöht, der Preis für Butterschmalz von 210 auf 230 den Zentner. Der Kleinverkaufspreis beträgt für das Pfund 2.80, 2.10 und 2.70 Mark. Ebenso wurden die Käsepreise erhöht und zwar beim Kleinverkauf im Pfund bei Schweizerkäse auf 1.40 Mark, bei Tilsiter auf 1.30 Mark, bei Limburger auf 80 Pfennige. Da der Werkmilchpreis erhöht wurde, mußten natürlich die Frischmilchpreise entsprechend erhöht werden, für München z. B. um einen Pfennig für den Liter. Auch in Augsburg und Nürnberg ist mit einer entsprechenden Erhöhung des Frischmilchpreises zu rechnen, doch nicht durchweg für alle Landesstellen, da die Verhältnisse zu verschieden gelagert sind. Zugleich wurde die Kopfration für Fett für die betroffenen Gebiete von 82½ in der Woche auf 75 Gramm erhöht. Die neuen Bestimmungen treten am 8. April in Kraft.

Durch die Tätigkeit der Landesfeststellen, die man befriedigende Ergebnisse erzielen, ist die Reserve so gestaltet worden, daß die festgesetzte Quote auch ohne Unterbrechung gewährt werden kann; auch der Frischmilchbezug darf als für das Notwendigste sichergestellt betrachtet werden. Nicht zufrieden sind die Allgäuer Sennern und Käser mit den Bestimmungen, die die Landesfeststelle getroffen hat. Sie klagen, daß im Gegensatz zu Friedenszeiten ihnen ihre Käseerzeugnisse als Halbfabrikate abgenommen und den Händlern zur Weiterbehandlung bis zum Fertig- oder Reifefabrikat übergeben werden. Ihnen entgeht dadurch die amtlich festgesetzte Preiszwischenschstufe zwischen Halb- und Fertigfabrikat, so daß ihr Betrieb weder voll ausgenutzt noch rentabel sei, während die Händler erhöhte Gewinne zugewiesen bekommen, die ihnen nicht gebühren. Die Sennern des Allgäus haben sich zur Wahrung ihrer Interessen bereits zusammengeschlossen und sind dabei, ihre Organisation einzurichten und auszubauen. Die Landesfeststelle behauptet nach Anhörung beider Teile unter Berücksichtigung einzelner besonders gelagerter Verhältnisse bei ihrer Anordnung zu bleiben.

Die versprochene Gewährung von 5 Pfund Kartoffeln für die Woche kann in Bayern nicht durchgeführt werden, da die Vorräte zu knapp sind. Wenn die Reichskartoffelstelle die fehlende Menge nicht liefern kann, werden die Verbraucher in Bayern durch die Belassung des bisherigen Brot- und Mehlquantums entschädigt werden. Die gleichmäßige Durchführung des Einheitsbrotes für ganz Bayern ist angeordnet auf der Basis, daß zur Brotbereitung nur ein auf 94 Prozent ausgemahltes Mehlgemisch aus Weizen Roggen und Gerste verwendet werden darf. Dabei wird ein besonderes Haushaltungsmehl von besonderer Beschaffenheit hergestellt, das nicht von den Bäckern zum Verkauf gebracht und nur als Speisemehl verwendet werden darf, natürlich im Rahmen der zugewiesenen Gesamtquanten pro Kopf. In ganz Bayern ist bis Mitte April die Einführung einer Gastkarte zu erwarten. Die Gastkarte soll verhindern, daß den im Gasthaus Speisenden eine Doppelversorgung in Mehl, Kolonialwaren, Zucker, Kartoffel und Fett wie bisher zuteil wird. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Reich sind gescheitert, diejenigen mit Baden und Württemberg noch nicht abgeschlossen. Die Ausgestaltung dieser Einrichtung im Einzelnen soll den Kommunalverbänden überlassen bleiben. Auch die generellen Bestimmungen für diese Neueinrichtung sind noch nicht ganz festgesetzt. Jetzt schon haben natürlich die Gastwirte gegen die Neueinrichtung, die erhebliche Schwierigkeiten auch für die Reisenden mit sich bringt, Stellung genommen. Sie verlangen zum mindesten die Einführung für das ganze Reich.

Unstatthafte Neueinführung im Ersten Wiener Konsumverein?

Unter vorstehender Ueberschrift veröffentlichte die „Reichspost“ (Nachmittagsausgabe Nr. 157 vom 4. d.) eine Zuschrift aus Mitgliederkreisen des Ersten Wiener Konsumvereines, worin darüber Klage geführt wurde, daß im Konsumverein gewisse Waren nur mehr an Mitglieder abgegeben werden, die dort auch das Mehl beziehen, welche Neueinführung im Wesen auf einen Kampf gegen die Städtischen Mehlabgabestellen hinausläuft. Insbesondere wird darauf verwiesen, daß sogar der Bezug städtischer Marmelade an Mitglieder, welche nicht im Verein Mehl beziehen, verweigert wird. — Hierzu wird uns vom Verein geschrieben: „Wir gestatten uns hierauf zu erwidern, daß es richtig ist, daß wir gewisse Waren und insbesondere städtische Marmelade nur an solche Mitglieder abgeben, welche auch für Mehl beim Konsumverein rationiert sind, da wir die betreffenden Artikel von den verschiedenen Zentralen ausdrücklich nur in dem Ausmaße zugewiesen erhalten, als wir nachweisbar Mitglieder für den Mehlbezug bei uns rationiert haben, was auch insbesondere bei der Zuweisung der städtischen Marmelade zutrifft. Es handelt sich daher nicht um einen Kampf gegen die Städtischen Mehlabgabestellen, der uns ganz ferne liegt, sondern lediglich um die Durchführung der uns gegebenen Vorschriften. Wir sind überzeugt, daß Sie bei Ihrem allgemein bekannten loyalen Vorgehen diese Nichtigstellung in geeigneter Weise in Ihrem geschätzten Blatte veröffentlichen werden. Mit vorzüglicher Hochachtung usw.“

Durch vorstehende Darlegung des Vereines erscheint der Sachverhalt, der den Anlaß zur Beschwerde bot, hinlänglich aufgeklärt. Aber es ergibt sich daraus die notwendige Folgerung, daß die gleichen Vorschriften, wie sie den Konsumvereinen gegeben werden, allgemein Gültigkeit erhalten, daß also erstens alle jene Waren, welche den Konsumvereinen zugewiesen und von diesen an die Mehlbezieher ausgefolgt werden, im entsprechenden Ausmaße auch allen Städtischen Mehlabgabestellen zugeteilt werden und zweitens, daß auch die Städtischen Mehlabgabestellen dazu verhalten werden, solche Waren nur an die bei ihnen vorgemerkten Mehlbezieher abzugeben. Ansonsten gehen viele Nichtkonsumvereinsmitglieder und solche Konsumvereinsmitglieder, die ihren Mehlbezug aus irgend einem Grunde nicht beim Verein sondern bei einer Städtischen Abgabestelle angemeldet haben, leer aus. Der Zweck der Neuordnung ist aber doch die möglichst gleichmäßige Versorgung der ganzen Bevölkerung und nicht die Bevorzugung beziehungsweise Benachteiligung einzelner Schichten. Mögen jene Zentralstellen, welche die hier in Betracht kommenden Waren auteilen, die Ursache der Beschwerden

aus dem Wege räumen! Es genügen ein paar Federstriche.

161

Die Verwirtschaftung der Lebensmittel

nimmt, so unglaublich es klingt, in dieser schweren Zeit, in der man die vorhandenen Vorräte mit der größten Sorgfalt vor dem Verderben bewahren sollte, mehr zu, statt ab.

So berichtet das „Agr. Tgbl.“, daß dieser Tage für die Versorgung Agrams gegen zwanzig Waggons Maismehl von der „Union“-Mühle eingetroffen sind. Als man das Mehl untersuchte, stellte es sich heraus, daß der größte Teil desselben verjähmet und unbrauchbar war. Dasselbe Blatt bringt einen langen Artikel über die trostlose Milchversorgung der Stadt, in dem es u. a. heißt: Es ist nicht genug, wenn die städtische Approvisionnement eine Dame der Gesellschaft als Verwalterin der städtischen Molkerei anstellt. Mit solchen Neußerlichkeiten wird man die Milchfrage nicht lösen. Man beschaffe vor allem gute Milch und investiere das Allernotwendigste in die städtische Milchwirtschaft, die sich in einem bedauerlichen Zustande befindet. Wer diese Unordnung, diese verrosteten Maschinen, dieses alte Gerümpel gesehen hat, wer ermessen kann, was da alles fehlt, und wie unzulänglich alles eingerichtet ist, der könnte alles eher glauben, als eine Molkerei vor sich zu haben. Man muß geradezu die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen, wenn man hört, daß z. B. die städtische Approvisionnement die beiden großen Reservoirs, welche zum Auswaschen der zahlreichen Milchkannen dienen, jetzt mit Karpfenaugen gefüllt hat, welche von dort auf den Markt gebracht werden. Selbstverständlich werden die Reservoirs sehr schwer den Fischgeruch verlieren, und die Milch der armen Abonnenten wird wahrscheinlich in der nächsten Zeit nach Fisch riechen und schmecken. Solche „Fackelleute“ haben wir bei der Stadt für die Milchwirtschaft!

Der „Reichenbg. Hg.“ wurde kürzlich von einem ihrer Berichterstatter aus Melnik geschrieben, daß sich im dortigen Lagerhause Unmengen verfaulten Zwiebeln befinden. Er bemerkte staunend, daß an einer Wand von zwei Meter Höhe Leute damit beschäftigt waren, mit Hacken und Schaufeln die verfaulten Zwiebeln loszuhaben. Es sah

aus wie in einem Steinkohlenbergwerk; so tief schwarz waren die Zwiebeln zusammengebunden, während an der oberen Schicht sich ein grünendes Feld von wachsenden Zwiebelstauden zeigte. Die zweispännige Fuhrte wurde mit 5 Kronen als Dünger an die Bauern verkauft. Sie kamen im November 1916 in 206 Waggons an, und mußten schleunigst ausgeladen werden, da das Standgeld riesig anwuchs. Die Folgen der unzweckmäßigen Einlagerung zeigten sich in den nächsten Wochen. Wohl wurden große Mengen nach allen Trocknungsanstalten verladen, aber der Verwesungsprozeß war nicht mehr aufzuhalten. Der Schulbtragende soll der Direktor einer großen mährischen Mühle sein.

Sausdurchsuchung bei der Böhmisches Industrialbank.

Wie wir erfahren, erschien zu Beginn dieser Woche eine gerichtliche Kommission in den Räumen der hiesigen Filiale der Böhmisches Industrialbank in der Wipplingerstraße und nahm eine gründliche Sausdurchsuchung vor. Die Direktoren und andere Funktionäre der Bank wurden einvernommen. Die Untersuchung erfolgte wegen des Verdachtes der Teilnahme an preistreiberischen Geschäften und am Kettenhandel.

(Geschäfte mit dem Flüchtlingslager.) Der Triester Großkaufmann Oskar Kraus war nach Ausbruch des Krieges mit Italien nach Wien gekommen und suchte sich hier Lieferungsanträge für das Flüchtlingslager in Wolfsberg (Steiermark) zu verschaffen. Unter andern wollte er zwei Waggons Hefe, die er um 2 K. 90 S. erworben hatte, zum Preise von 3 K. 10 S. pro Kilogramm liefern, doch kam der Abschluß nicht zustande. Kraus, der sich beim Bezirksgericht Josefstadt wegen versuchter Breiübertreterei zu verantworten hatte, wurde vom Richter freigesprochen. Dagegen erhob der Staatsanwaltschaftliche Funktionär die Verurteilung, über welche gestern ein Appellsenat unter Vorsitz des Landesgerichtsrates Dr. Gottfried zu entscheiden hatte. Der Gerichtshof hob auf Grund der Ergebnisse des Beweisverfahrens den Freispruch auf und verurteilte Oskar Kraus zu einem Monat Arrest und zu tausend Krone Geldstrafe.

Nds

Sausdurchsuchungen bei der Böhmisches Industrialbank.

Wie verlautet, haben bei der Böhmisches Industrialbank Sausdurchsuchungen stattgefunden. Sie sollen mit der Beschuldigung des Netzenhandels und der Preistreiberei im Zusammenhang stehen.

Die Böhmisches Industrialbank besteht seit dem Jahre 1893 und hat ihren Sitz in Prag. Der Verwaltungsrat besteht aus den folgenden Mitgliedern: Präsident Wladimir Starba, Vizepräsident Josef Houbek, die Mitglieder des Verwaltungsrates sind der gewesene Handelsminister Dr. Franz Fiedler, Abgeordneter Heinrich Wastalla, ferner Richard Sezel, Ottokar Kevajil, Johann Novotny, Josef Lvrsky und Franz Pavra. Die Direktion besteht aus dem Oberdirektor Johann Novotny und den Direktoren Franz Hanus und Anton Spitalsky (der letztere in Wien). Die Bank hat eine Filiale in Wien und weitere Filialen in Brünn, Göding, Jungbunzlau, Mladno, Krafau, Nutenberg, Laibach, Laun, Nachod, Pteran, Preibeam, Rakonitz, Raudniz, Taus, Troppau, Ungarisch-Gradijsch und Wischau. Das Aktienkapital beträgt 40 Millionen Kronen. Vor dem Kriege hat die Böhmisches Industrialbank mehrere Jahre Dividenden von 6 Prozent bezahlt. Im ersten Kriegsjahre 1914 war die Dividende auf 3 Prozent, im zweiten Jahre auf 4 Prozent herabgesetzt worden. Die Warenabteilung in Prag hat den kommissionsweisen Verkauf von Zucker, Kaffee, Holz, Ziegeln, Granit und Syenit inne. Die Bank hat 4 1/2-prozentige Schuldverschreibungen ausgegeben, von denen rund 20 Millionen Kronen im Umlaufe sind. Die letzte Bilanz zeigte Sparanlagen von 27 1/2 Millionen Kronen.

8. IV. 1917

Ndo

Durchhalten bis zur Ernte!

Unterredung mit General Landwehr v. Pragenau.
Vorsitzendem des gemeinsamen Ernährungsausschusses

Im Flur des Hauses Guckhausstraße Nr. 16 trägt in einer bescheidenen Ecke eine kleine unscheinbare Tafel die Aufschrift: „Gemeinsamer Ernährungsausschuß, 2. Stoc.“ Dort hat seit einiger Zeit der auf Initiative des Kaisers ins Leben gerufene Ausschuß sein Domizil aufgeschlagen.

Der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses, General Ottokar Landwehr v. Pragenau, der dort in einem schlichten Bureau eines der gegenwärtig bedeutendsten Aemter der Monarchie leitet, hatte gestern die Liebenswürdigkeit, einem unserer Redakteure in einer längeren Unterredung über Ernährungsfragen der Gegenwart und nächsten Zukunft folgende interessante Mitteilungen zu machen:

„Der gemeinsame Ernährungsausschuß hat sich gegenwärtig mit einer Fülle aktueller Fragen zu befassen. Zu diesem Zweck hält der Ausschuß, der aus ungefähr dreißig Personen besteht, einmal in jeder Woche seine Sitzungen ab. Was sich da an Material ergibt, muß dann in der Zwischenzeit aufgearbeitet werden. Aufgabe des Ausschusses ist es ja, die Balance zwischen den Approvisionierungsverhältnissen Oesterreichs und Ungarns zu halten, und so eine Uebereinstimmung der gegenseitigen Maßnahmen herbeizuführen. Die Tätigkeit des gemeinsamen Ernährungsausschusses bewegt sich daher vor allem in der Richtung, daß wir bezüglich der großen und prinzipiellen Fragen der gegenseitigen Ernährungsverhältnisse auf Grund unserer Wahrnehmung die nötigen Anregungen geben. Ich kann, rückblickend auf die verhältnismäßig noch kurze Dauer unserer Tätigkeit, ein rüstiges Vorwärtsschreiten unserer Arbeit feststellen. Immer größer wird die Ver tiefung des gegenseitigen Verhältnisses und des gegenwärtigen Vertrauens in den sowohl Oesterreich als auch Ungarn betreffenden Ernährungsfragen.“

Demnach muß es auch beiderseits anerkannt werden, daß ein Staat dem anderen im Rahmen der Mäßigkeit beizubringen trachtet. Mit Dank muß ich es anerkennen, daß die ungarische Nation, die viel zu reif und viel zu klardenkend ist, als daß sie nicht tun würde, was unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, der österreichischen Approvisionierung bisher stets hilfreich zur Seite gestanden hat und, wie man annehmen kann, dies noch in bedeutenderem Maße in Zukunft tun wird.

So kann ich denn auch sagen, daß wir die kritischste Zeit bereits überwunden haben. Nach und nach werden jetzt die Zuschübe von Nahrungsmitteln reichlicher fließen. Die Krisis in unseren Ernährungsverhältnissen erfährt eine allmähliche Entspannung, da es nicht mehr

nötig sein wird, jeden gerade angekommenen Waggon mit Lebensmitteln sofort auf den Markt zu werfen. Es wird vielmehr möglich sein, ein kleines Reservoir anzulegen, über dessen Lebensmittelbestände man dann auch die entsprechenden Dispositionen treffen können.

Es darf jedoch daraus keineswegs die Schlussfolgerung gezogen werden, daß unsere Approvisionierungsverhältnisse sich soweit gebessert haben, um etwa eine Vermehrung der bisher bei den einzelnen Lebensmittel ausgegebenen Quoten tunlich erscheinen zu lassen. Im Gegenteil, man wird gut daran tun, und es wird der Notwendigkeit entsprechen, wenn die größte Sparfahigkeit nach wie vor der leitende Gedanke bei unserer Approvisionierung sein wird. Wir müssen ja daran denken, daß wir mit unseren Lebensmittelbeständen bis zur nächsten Ernte unter allen Umständen auszukommen haben. Aber es wird jetzt alle Mühe daran gesetzt werden, um eine geordnetere Einteilung der vorhandenen Lebensmittelvorräte zu treffen. Die Bevölkerung wird wenigstens die Sicherheit haben, daß sie die, wenn auch knapper fixierten Quoten ungekürzt erhalten wird. Was insbesondere die Fleischversorgung betrifft, so muß gesagt werden, daß durch die Fleischaktion eine Verbesserung der Approvisionierungsverhältnisse und eine Erleichterung besonders für die minderbemittelte Bevölkerung erlangt wurde. Fleisch ist gewiß nicht im Ueberfluß vorhanden. Aber zu etwaigen Bedenken gibt die Lage unserer Fleischversorgung gewiß gar keinen Anlaß. Der klarste Beweis hierfür ist ja die Durchführung der Fleischaktion gerade mit Fleisch.

Bei allseitigem guten Willen kann man demnach mit ruhigem Gewissen behaupten, daß das Durchhalten bis zur nächsten Ernte eine fraglos gesicherte Sache ist. Guter Wille wird aber wohl bei jedem vorhanden sein, der weiß, daß das Durchhalten den Erfolg dieses Feldzuges bedingen wird. Welcher Ernst und welche Wichtigkeit gerade jetzt den Ernährungsfragen zukommt, ist am besten daraus zu ersehen, daß der junge und energische Monarch mit beispielloser Pflichttreue sich dieser Sache widmet, und es dürfte kaum jemand im Staate tiefer über die Bedeutung dieser Frage nachdenken und ein größeres und tiefergehendes Interesse an diesen Dingen nehmen als gerade der Kaiser.

„Ich möchte also nicht,“ schloß der General, „unsere Zukunft in Ernährungsfragen als gar zu rosig bezeichnen. Aber durchhalten, das, wie gesagt, müssen wir und werden wir auch!“

S. III. 1917.

167

Ein Osterartikel des Grafen Stefan Tisza.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza hat für das Volksblatt Igazmondó einen Osterartikel geschrieben, dessen wesentlichen Inhalt wir im folgenden wiedergeben:

Aus dem Anfang des Artikels spricht die Hoffnung, daß die Flamme, die den Himmel Rußlands rot färbt, den nahenden Morgen verkündet. Wir stehen fest an allen Fronten, und was in Rußland geschieht, und dessen erste Vorzeichen auch von anderswo zu uns dringen — schreibt der Ministerpräsident —, erweckt in uns die Hoffnung, daß wir siegen werden. Unser Sieg aber bedeutet den gerechten und dauernden Frieden, und da hierzu in Folge unseres Verhaltens der Weg weit offen liegt, ist es nicht denkbar, daß die feindlichen Völker sich auch weiterhin noch zur Schlachtbank schleppen lassen.

Dann spricht der Ministerpräsident von den der Bevölkerung des Landes harrenden Aufgaben. Dieser Teil seines Artikels lautet wie folgt:

Die so oft erprobte Fähigkeit des ungarischen Volkes zu entbehren und zu dulden, müssen wir in erhöhtem Maße in Anspruch nehmen und müssen im Interesse des Erfolges unserer heiligen Sache mit unerbittlicher Strenge von jedem verlangen, daß er für das gefährdete Vaterland tapferen Herzens alle Entbehrungen ertrage.

Niemand möge glauben, daß wir verständnislos, mit kalter Seele, gleichgültig dem Volke die schweren Folgen der gegebenen miltlichen wirtschaftlichen Zustände auferlegen. Wir wissen, daß das Brot knapp ist. Aus tiefstem Herzen empfinden wir die ganze bittere Wirklichkeit, die sich in diesen paar schlichten Worten birgt. Wir fühlen alle Leiden und alle Kummernisse des Volkes, das die Entbehrungen der mangelhaften Ernährung ertragen muß. Wir würden unser Leben daran setzen, wenn wir die Nation davor bewahren könnten.

Doch es muß so sein. Wir, die wir in diesen ernstesten, großen Zeiten für die Nation verantwortlich sind, müssen dafür sorgen, daß sie siegreich alle Prüfungen dieses furchtbaren Ringens bestehe. Wir müssen dafür sorgen, daß die Lebensmittel bis zum neuen Brot reichen; daß die Hungersnot der Hand der Nation nicht das Schwert entwinde, mit dem sie siegreich die Angriffe der nach ihrem Leben trachtenden Räuber zurückschlägt.

Diese Pflicht erfüllen wir. Wir werden die wirtschaftlichen Vorbedingungen des militärischen Ausharrens sichern, doch um dies zu können, müssen wir die Nation um die Erduldung von Entbehrungen und Leiden bitten, die jene der früheren Jahre übersteigen werden. Die Dabeingeblichen stehen jetzt vor der schwersten Kraftprobe. Möge die Nation auch zu dieser Anstrengung Kraft aus dem Bewußtsein schöpfen, daß dies im Interesse des einen Kampf um Sein oder Nichtsein kämpfenden Vaterlandes so sein müsse und daß uns nach dem heldenmütigen Ertragen einiger Monate voll Darben und Entbehren die neue Ernte winkt.

Andere Ernährungsfragen.

Von

Professor Dr. J. Soos.

Wird der Beginn des Weltfriedens an die früheren Gewohnheiten unserer Lebenshaltung anknüpfen oder gar ihre unzulässigen Mißstände fortsetzen oder umgekehrt eine radikale Ummä-
 lung, eine Reform an Haupt und Gliedern mit sich bringen?

Um das notwendige Augenmaß für die Beurteilung des zukünftigen neuen Lebensstiles im allgemeinen und im besonderen des Ernährungsstiles zu gewinnen, muß die Vorfrage Antwort suchen: Wie hat der Krieg bisher auf unseren Volkkörper gewirkt? Zweifellos haben die Entbehrungen, denen wir ausgesetzt waren, einzelne, weniger widerstandsfähige Teile unseres Volkes nach dem Gesetze der Selektion geschädigt und für Krankheiten, namentlich die schlimmste Geißel der Menschheit, die Lungentuberkulose, empfänglicher gemacht. Blutarmut, Abmagerung, Unterernährung, Verdauungsstörungen sind sicherlich häufigere Vorkommnisse als in der Vorkriegszeit geworden.

Auf der anderen Seite ist es eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß sich der Weltkrieg in hygienischer Richtung doch auch als Wohltäter der Menschheit erwiesen hat. Gesundheitsstörungen, die dem raffinierten Gaumenkitzel ihre Entstehung verdanken, sind entchieden seltener geworden, ja es hat den Anschein, daß Krankheiten wie die Blinddarmentzündung, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten mehr und mehr zu einer unheimlichen Volkspestidemie auszuwachsen schien, unter dem mittelbaren oder unmittelbaren Einfluß der einfachen Kriegskost eine auffallende Neigung zum Abstieg erkennen läßt. Auch für zwei andere Volkskrankheiten, welche nicht weniger an dem Marz unseres Lebens litten, die frühzeitige Arteriosklerose und die viel erörterte Neurasthenie, ist allen ärztlichen Erfahrungen nach eine langsame Abminderung zu konstatieren. Was deutet darauf hin, daß die Friedensernährung der letzten zwei Dezennien durch die zahlreichen in ihr enthaltenen Reizstoffe zu vorzeitiger Abnutzung unseres Organismus, zur Selbstvernichtung regulatorischer Kräfte geführt, und daß der Weltkrieg mit seiner auf Zwang gestellten einfachen Ernährungsformel umgekehrt eine Art innerer Abhärtung, eine Stärkung regulatorisch wirkender Abwehrkräfte geschaffen hat.

Das weist den Weg zur rationalen Besserung. Das gesundheitlich möglichste Moment liegt in der Vermeidung der Über- und Luxusernährung, in der Vereinfachung der Nahrungszubereitung, in der Ausschaltung schädlicher Reizsubstanzen, in der Reduktion der animalischen Nahrungsmittel, in dem Fortfall der sogenannten Fein- und Luxusgebäude gegenüber dem unendlich nahrhafteren und zuträglicheren Roggenbrot und endlich in dem kausalen Abbau des Alkoholkonsums, speziell seitens der heranwachsenden Jugend. Auf der anderen Seite soll nicht verkannt werden, daß die Kriegsnahrung in Bezug auf ihren Fettgehalt durchaus unzureichend gewesen ist, und daß es daher die Hauptaufgabe der zukünftigen Volkswirtschaft sein wird, die Fettversorgung des Volkes mit allen Mitteln der Technik zu steigern. Hindenburg mit seiner Forderung: „Mehr Fett für die Munitionsarbeiter“ hat damit den Befähigungsnachweis als Dr. med. honoris causa aufs glänzendste erbracht.

Hat die Kriegszeit dem deutschen Volke in einem dreißährigen praktischen Anschauungsunterricht eine einfache und rationale

Nahrungshygiene vermittelt, deren Lehren ihm nicht sobald verloren gehen werden, so erwarten wir eine weitere günstigere Wirkung von der Erhaltung und Veredelung des Familienlebens. Der Weltkrieg hat mit Blut und Eisen die Freundschaft von Millionen von Menschen besiegelt, die im Frieden verständnislos Ansehen gegenüberstanden, durch Schranken von Bildung, Gesinnung, Reichum, Konfession hoffnungslos getrennt. Ein derart festgefügt und die Friedenszeit überdauernder Zusammenhalt zahlloser Menschengruppen kann gar nicht anders als seinen Schwerpunkt in einem vornehm gepflegten Familienleben suchen. Ist dies der Fall, dann werden auch unsere Ansprüche an Erholung, Vergnügen, Anregung, Unterhaltung, Geselligkeit einen neuen Inhalt gewinnen. Die läppigen Dinners, bei denen der Geist friert und der Körper erhitzt wird, werden nicht mehr ihre frühere Zerberbertheit über unsere Jugend in den gemeinsamen Erlebnissen der Kriegsjahre über Anziehungsmittel ganz anderer Art verfügt.

Damit soll beileibe nicht einer freudlosen Astele das Wort geredet werden. Was wir für die Zukunft der Jugend ersehnen und erstreben, ist die Veredelung des bloß animalischen Genusses durch die Verinnerlichung und Verfeinerung unserer gesamten Lebensformen.

8.7.1917

169

Kriegsküchenzettel mit Kochvorschriften.

Von Luise Holle.

Sonntag: Kostbraten im Kartoffelrand mit Salat von eingemachten Bohnen (Vorschrift bekannt). Rote Rhabarberspeise.

Kostbraten im Kartoffelrand. Man löst das abgelegene Kostbratenfleisch — etwa 600 bis 750 Gramm von den Rippen, klopft es gut und bestreut es mit Pfeffer und Salz. In einem genau für das Fleisch passenden und festschließenden Kochgeschirr brät man eine feingeschnittene Zwiebel in etwas Öl gar, legt das Fleisch hinein, bestäubt es mit wenig Mehl, brät es rasch von allen Seiten bräunlich, gießt 1 Glas roten Wein und wenig Brühwürfelbrühe daran und dünstet es fest verschlossen unter einmaligen Wenden gar. Die Tunke wird mit wenig glattgerührtem Mehl verköcht, über den Kostbraten gefüllt und dieser mit samt seiner Tunke im Kartoffelrand angerichtet.

Kartoffelrand. 1 Kg. Kartoffeln kocht man in der Schale am Tage vor ihrem Gebrauch, zieht sie ab und reibt sie am folgenden Tage, mischt 2 Teelöffel Eierparpulver mit 2 Eßlöffeln Magermilch glatt gerührt, eine geriebene Zwiebel, Salz und etwas Muskatnuß unter die geriebene Kartoffelmasse und füllt sie in eine eingefettete Randform. Man bäckt den Kartoffelrand in etwa 20 Minuten in mäßig heißem Ofen lichtbraun.

Rote Rhabarberspeise. 500 Gr. Rhabarber schneidet man in Stücken, wäscht sie und kocht sie in $\frac{1}{4}$ Liter Wasser mit etwas Zitronenschale weich. Man rührt den ganz weich gekochten Rhabarber mit großem Holzlöffel fein, nimmt das Obst vom Feuer, süßt es mit künstlichem Süßstoff und gibt 16 Gr. halb weiße, halb rote Gelatine an den Rhabarber. Man füllt die Speise zum Erstarren in eine Glasschale und reicht eine aus Tunkenpulver bereite Vanilletunke dazu.

Montag: Ungarischer Gemüsetopf. Rudeplätzchen mit Fruchtunke.

Ungarischer Gemüsetopf. Die ausgelösten Rippenknochen des Kostbratens hat man am Tage vorher feingehackt, angekocht und über Nacht in den Gaslocher gefüllt, am folgenden Tage sieht man die Brühe durch. Einen ziemlich großen Topf setzt man am Boden gründlich ein und füllt ihn bis zum Rande schichtweise mit feingeschnittene Weißkohl, Kartoffeln, Möhren- und Zwiebelscheiben, wobei man zwischen die einzelnen Lagen Salz, etwas Pfeffer und Kümmelkörner streut. Man gießt nun 3 Tassen der Knochenbrühe an und schmort nun die Gemüse gut verschlossen langsam weich. Am praktischsten ist es, sie 20 Minuten anzukochen und dann 3 Stunden in den Gaslocher zu stellen, man gebraucht dann nur 2 Tassen Brühe. Beim Anrichten stürzt man den Gemüsetopf auf eine vertiefte Schüssel.

Rudeplätzchen mit Fruchtunke. 150 Gramm Nudeln bricht man möglichst klein, kocht sie 25 Minuten in Salzwasser, läßt sie abtropfen und breitet sie auf einer flachen Schüssel ganz dicht aus. Wenn die Nudeln erkalten sind, kann man sie mit einem Glase zu runden Plätzchen ausstechen. Man wendet die Plätzchen in glattgerührtem Eierparpulver und geriebenem Schwarzbrot, brät sie unter behutsamem Wenden in etwas Fett auf beiden Seiten lichtbraun und gibt eine Obstsaftunke oder auch geschmortes eingemachtes Obst dazu.

Dienstag: Bürgerauflauf von Kostbratenresten und Milzig-Kunstfleisch. Annes Lieblingspeise.

Bürgerauflauf. Kleine Reste des Kostbratens und eine halbe Dose Milzig Kunstfleisch dreht man nebst einer Zwiebel durch die Fleischhackmaschine und gibt etwas Knochenfleischbrühe darunter nebst Salz und Pfeffer, so daß eine geschmeidige Masse entsteht. 500 Gramm Kartoffeln kocht man in der Schale, zieht sie ab, schneidet sie in Scheiben und schwenkt sie in ganz wenig heißer Fleischbrühe durch. Auch kocht man 500 Gramm Sauerkraut weich, kann auch schon am Tage vorher geschehen. In einer mit Öl ausgestrichenen Form füllt man abwechselnd Kartoffelscheiben, Fleischmasse und Sauerkraut. Zuletzt verrührt man eine Tasse Knochenfleischbrühe mit 1 Eßlöffel Mehl, wenig Pfeffer und zwei Teelöffel Eierparpulver, gibt etwas gebaute Petersilie daran und gießt dies über die eingeschichteten Zutaten. Man bäckt den Auflauf 30 bis 40 Minuten und reicht ihn in der Form zu Tisch.

Annes Lieblingspeise. Den Inhalt eines Literglases sterilisierter Pflaumen schüttet man zum Abtropfen auf ein Sieb, nimmt die Steine aus den Pflaumen und streicht sie durch, mengt sie mit dem abgetropften Saft, fügt 1 Glas Apfelwein bei und rührt, wenn die Masse kocht, etwa 75 bis 100 Gramm Grieß hinein. Man kocht ihn mit den Früchten gar, mischt noch 10 Blatt rote aufgelöste Gelatine daran und gibt die Puddingmasse in eine große Schüssel. Sie wird mit dem Schaumbesen ununterbrochen geschlagen, bis sie dick und schaumig geworden ist. Dann füllt man sie in Glasschalen. Eine Vanilletunke gibt man dazu.

Mittwoch: Maisgriechpolente mit trockenen Pfifferlingen und Tomatentunke. Rotgelbe Speise.

Maisgriechpolente mit Pfifferlingen. 375 Gramm Maisgriech übergießt man mit reichlich kochendem Wasser, deckt den Maisgriech zu, läßt ihn einige Stunden ruhig stehen und gießt dann das Wasser ab. Man gibt $\frac{1}{2}$ Liter leichte Brühwürfelbrühe nun kochend über den Maisgriech und kocht ihn in etwa 15 Minuten unter Rühren zu steifem Brei. Unter diesen Brei mischt man weichgeschmorte trockene Pfifferlinge. Diese müssen mit

lauwarmem Wasser gründlich gewaschen, zwei bis drei Stunden geweicht und mit etwas Fett und einer feingeschnittenen Zwiebel im Beichwasser mindestens 2 Stunden schmoren. Die mit den Pilzen vermengte Polente bestreut man beim Anrichten mit etwas geriebenem Kräuterkäse und gibt eine einfache Tomatentunke, deren Bereitung bekannt sein dürfte, dazu.

Rotgelbe Speise. Von $\frac{1}{2}$ Liter Fruchtsoß und rotem Fruchtwein bereitet man mit acht Blatt roter aufgelöster Gelatine eine Fruchtsoß, die man so lange kalt stellt, bis sie anfängt, dick zu werden, und dann schlägt, bis man eine schaumige Masse hat. Aus einem gelben Mandelpudding bereitet man einen nicht zu steifen Pudding, läßt ihn erstarren und sticht dann ziemlich große Stücken von ihm ab. Sie werden abwechselnd mit dem Sulzschaum bergförmig auf einer Schüssel angerichtet.

Donnerstag: Suppe von Apfelsaft oder Apfelwein mit Grieß (Vorschrift bekannt). Gebadene Kohlrübenspeise.

Gebadene Kohlrübenspeise. 2 Kg. gepuhte Kohlrüben schneidet man in feine Stücke und kocht sie in leicht gesalztem Wasser weich, gießt sie trocken ab und reibt sie durch die Maschine. In etwas leichter Fleischbrühe müssen 75 Gr. Gersten- oder Haferflocken an heißer Herdstelle langsam ausquellen, worauf man die dicken Kloden mit dem Rübenbrei mischt, etwa 20 Gr. zerlassenes Fett, eine geriebene Zwiebel und Salz und Pfeffer hinzusetzt. Man füllt die Masse in eine vorgerichtete Form, bäckt sie eine halbe Stunde und gibt eine braune Würztunke zu dem Gericht.

Freitag: Gebratene frische Heringe ohne Fett mit Sauerkrautklopsen.

Ohne Fett gebratene frische Heringe. Die frischen Heringe müssen ganz besonders sorgfältig gereinigt, wiederholt gewaschen werden und am besten diesem Wasser etwas übermangansaures Kali zugesetzt, damit dadurch der den frischen Heringen anhaftende strenge durchdringende Geruch entfernt wird. Man salzt die vorgerichteten Fische, wendet sie in Mehl und legt sie auf ein eingestrichenes Backblech. Man schiebt sie in den heißen Bratofen damit und brät sie langsam lichtbraun und gar. Diese Heringe schmecken gut mit Rostrichtunke, zu Kartoffelsalat und sehr fein auch zu Sauerkrautklops. 500 Gr. Sauerkraut schmort man dazu am besten am Tage vorher gar, auch kocht man 500 Gr. Kartoffeln mit der Schale, zieht sie ab und läßt sie erkalten, bevor man sie durch die Maschine reibt. Man mischt die Kartoffeln mit dem Sauerkraut, gibt eine geriebene Zwiebel, Salz, Pfeffer und ein Eigelb daran und fügt, wenn nötig, noch etwas Mehl zur Bindung bei. Von der Masse werden Klopse geformt und in Fett gebraten.

Sonnabend: Bunte Gemüsesuppe. (Vorschrift bekannt.)

Rhabarbergrauen mit heißer Tunke. Rhabarbergrauen: 250 Gr. grobe Graupen weicht man nach gründlichem Waschen in Wasser über Nacht und kocht sie am andern Morgen mit Wasser, Salz und etwas feingeschnittener Vanille weich. 500 Gr. in kleine Stücke geschnittene Rhabarber kocht man mit einem halben Liter Wasser und Zitronenschale ganz weich und mengt dann den Rhabarber unter die Graupen, die mit ihm noch eine halbe Stunde an heißer Herdstelle ziehen sollen, damit sie den Obstgeschmack völlig aufnehmen. Man richtet die Rhabarbergrauen recht heiß an und überfüllt sie beim Anrichten mit folgender dicker Tunke. $\frac{1}{4}$ Liter Rogermilch rührt man mit ein Eßlöffel Mehl glatt, bringt sie unter Rühren ins Kochen und gibt zwei Eßlöffel Rum und etwas Zucker an die Milch, worauf man sie mit einem Teelöffel Eierparpulver zuletzt noch durchkocht.

10. / IV. 1917

MA

Beginn der neuen Brot- und Milchrationierungsperiode.

In den städtischen Brot- und Mehlkommissionen herrschte auch während des Ostermontags regste Tätigkeit. Am 14. d. läuft die erste achtwöchentliche Periode der Brotbezugs- und Milcheinkaufskarten ab und die Ausfertigung der bereits eingelangten neuen Karten nebst der Einfüllung der neuen Brot- und Mehl- sowie Zuckerkarten hat begonnen.

Die Erfahrungen der ersten Rationierungsperiode waren, wie wir erfahren, günstige. Das Publikum hat sich an die Rationierung gewöhnt. Eine Umschreibung ist diesmal ausgeschlossen, es wäre denn bei Umzug der Partei oder mit spezieller Bewilligung der Lebensmittelkartenzentrale.

Die neuen Brot- und Milchbezugscheine sind von grüner Farbe. Die Brotbezugskarten enthalten keinen „Bestellabschnitt“ mehr, sondern einen Kontrollcoupon, der vom Brot-

verkäufer dem aufbewahrten „Vertragsabschnitt“ von früher angeheftet wird. Neu ist auch die Verzeichnung des Ausstellungstages der Karten durch die Kommission. Bei vorfallenden Änderungen auf der Bezugskarte wird fortan eine spezielle Anweisung an den Verkäufer der Partei mitgegeben. Als sehr zweckmäßig wird es bezeichnet, wenn Urlaubern oder zu kurzem Aufenthalte Eintreffenden allgemeine Lebensmittelkarten für Brot, Mehl, Milch usw. zusammen ausgestellt werden könnten, um zahlreiche Schreibereien zu ersparen. Die neuen Milcheinkaufskarten enthalten keinen „Bestellcoupon“ mehr. Die Milchkarten für Kinder bis zu zwei Jahren sind rot, die für Kinder von 2 bis 6 Jahren lilafarbig. Die ganze neue Rationierungsperiode dauert vom 15. April bis 9. Juni 1917.

Sehr wichtig ist die Behütung der neuen Bezugsscheine vor Verlust oder Diebstahl. Während Lebensmittelkarten, wenn sie abhanden kommen, in der Regel überhaupt nicht ersetzt werden, ist für die Wiederanstellung abhanden gekommener Bezugskarten ein neues, äußerst umständliches und strenges Verfahren angeordnet worden, das aber ganz geeignet erscheint, den Leichtsinns abzusprechen. Ein mit 2 Kronen gestempeltes Gesuch an die Brotkommission muß den Grund des Abhandenkommens, Namen und Adresse, sowie die Bestätigung der Bezugsberechtigung überhaupt enthalten. Zudem muß eine Bestätigung des Brotverkäufers vorliegen, daß über den Verlusttag hinaus nichts verkauft wurde, ebenso eine Bestätigung der Polizei über die erstattete Anzeige. Nur erst entscheidet das magistratische Bezirksamt über das Schicksal des Gesuches. Ein zweites Mal wäre die Bewilligung einer neuen Karte nur in ganz außerordentlichen Fällen denkbar. Vororge gegen Mißbrauch einer Duplikatskarte ist auf alle Fälle getroffen.

Neuerungen weisen auch die neu auszugebenden Zuckerkarten auf. Sie haben nicht mehr links und rechts die Abschnittstreifen, sondern beide Reihen rechts und links den Stamm. Veranlaßt ist diese „Reform“ dadurch, daß manche Verkäufer die „linken“ Abschnitte nicht honorieren wollten, wenn zuerst die „rechten“ fehlten oder umgekehrt.

Die Gerüchte, daß diesmal auch Fleischkarten zur Ausgabe gelangen sollen, sind, wie wir erfahren, falsch. Näher liegt wohl die Einführung der Kartoffelkarte, doch wird auch diese diesmal noch nicht ausgegeben werden. Man hofft, daß überhaupt schon das nächste Mal ein anderer Modus der Lebensmittelkarten aktuell werden dürfte.

Bemerkenswert ist das zweijährige Jubiläum der Erstausgabe der Brotkarten, das auf den übermorgigen Tag fällt. Am 11. April 1915 traten die ersten Wiener Brotkarten in Kraft.

M72

Weltkrieg und Welthungersnot.

Von einem Getreidefachmann.

Der in unserer vorigen Nummer wiedergegebene Bericht des amerikanischen Ackerbaubüros vom 7. d. M. bedeutet angesichts des Weizenmißwuchses in Argentinien und der schlechten Ernten der Union, sowie Canadas und der europäischen Ententegebiete geradezu eine Katastrophe für unsere zahlreichen Feinde. Danach beträgt nämlich der Durchschnittsstand des Winterweizens der Vereinigten Staaten nur 63,4 pCt. gegen 78,3 pCt. im Vorjahre und 83,8 bzw. 95,6 pCt. in den Jahren 1915 und 1914 — wobei der Hauptstaat Kansas, der in Normaljahren bis 2 700 000, 1914 sogar 4 300 000 Tonnen erzeugte, nur mit 45 pCt. gegen 80, resp. 89 und 96 pCt. in den drei letzten Jahren figuriert. Die Gesamtschätzung der Winterweizenenerträge der Union stellt sich nach dem Washingtoner Bericht auf 11 600 000 Tonnen. Wird hierzu eine gute Normalernte in Frühjahrweizen gerechnet, so kommt man auf einen Gesamtbetrag von nur achtzehn Millionen Tonnen Weizen. Der Erntebeginn findet überdies keine Vorräte im Lande vor. Denn schon am 1. März, wo die alte Ernte noch für mindestens 4½ Monate herreichen müßte, betragen die in den Händen der Farmer vorhandenen Vorräte nur noch 15,8 pCt. Alles übrige war bereits aufgebraucht oder exportiert.

Wie ernst auch die Amerikaner selbst ihre Lage ansehen, beweisen die Preissteigerungen seit 28. Februar: von Kansasweizen um 35 cents p. bush. oder fast 60 M. per 1000 Kilo, von Northern I um 36 cents p. bush. oder circa 61 M., sowie die sensationelle Höhe des begehrtesten Weizenstreckmittels, des Malses, der seither um 28 cents auf 146½ cents p. bush., d. h. um das 2½fache seines Friedenspreises, gestiegen ist. Dazu kommen noch für den Export wegen des verschärften U-Boot-Krieges wesentlich erhöhte Frachten und Versicherungsprämien, so daß sich wohl keine amerikanische Weizensorte heute unter 500 M. per 1000 Kilo nach Europa stellt, mithin fast das Doppelte unseres heimischen Weizens kostet. Der Washingtoner Bericht dürfte einen Höchstexport von zwei Millionen Tonnen Weizen für das Jahr aus der Union gestatten, wobei für die Versorgung der von ihr aufzustellenden Heere und die mit ihrem Wachstum sich stetig mehrenden Ansprüche derselben keine Reserven vorgesehen sind. Während im Frieden die durchschnittliche Jahresausfuhr der Vereinigten Staaten und Canadas circa 5 000 000 Tonnen betrug, stieg sie in den Kriegsjahren 1914/15 auf 9 900 000 Tonnen und 1915/16 gar auf 11 000 000 Tonnen, auch für 1916/17 wird trotz der schwachen Ernten beider Länder, wegen der sehr bedeutenden, noch aus den Erträgen von 1915 stammenden Bestände, mit einem Export von 6 500 000 Tonnen gerechnet.

Inwieweit diese Annahme stimmt, werden wir wohl erst nach dem Frieden erfahren, da England seit Februar dieses Jahres die Veröffentlichung der Berichte über die wöchentlichen Weltverschiffungen nicht mehr zuläßt. Der letzte erschien am 27. Januar 1917. Laut ihm betragen bis dahin die Verschiffungen seit August 1916, also in nicht ganz sechs Monaten, zirka 6 500 000 Tonnen, woran die Vereinigten Staaten und Kanada bereits mit 4 300 000 Tonnen beteiligt waren. Kanadas größte Ernte — die von 1915 — betrug 10 150 000 Tonnen, und seine Ausfuhr aus derselben zirka 7 750 000 Tonnen, während das gesamte Ernteresultat in 1916 sich auf nur 6 000 000 Tonnen belief und nach dem Mitte Januar 1917 erschienenen Berichte des Census and Statistics Office von Ottawa das kanadische neu besetzte Areal über 18 pCt. geringer als im Vorjahre ist und sein Durchschnittsstand nur 76 pCt. gegen 88 bzw. 97 pCt. beträgt. Kommentar überflüssig!

Dazu kommt eine argentinische Ernte, die in Weizen überhaupt keinen Export gestattet und in Mais nur einen äußerst geringen, ebenso wie auch die Maisernte in der Union nicht unbeträchtlich unter Durchschnitt ausgefallen ist und von den Viehmästern Amerikas (der Fleisch- und Fettenahrung halber) derart in Anspruch genommen wird, daß für den Export weit weniger als bei gleichem Ertragnisse im Frieden übrig bleiben dürfte. Und dabei braucht Europa einen jährlichen Zuschuß von 15 Millionen Weizentonnen!! Woher ihn erhalten und womit ihn strecken?? Von Indien ist im besten Falle auf einen Jahresexport von einer Million Tonnen Weizen zu rechnen. Nur Australien besitzt Weizen! Es soll zirka 17 Millionen Quarters geerntet und noch zirka 10 Millionen Quarters Bestände haben. Zieht man hiervon den Eigenverbrauch ab, so verbleiben zirka 4½ Millionen Tonnen zur Ausfuhr. Aber wo den nötigen Schiffsraum während des Krieges hierfür finden?

Angesichts der langen Reisedauer und der stetig wachsenden Unlust der neutralen Reeder, durch die deutsche Sperrzone zu fahren, würden unsere Feinde froh sein, wenn sie die Hälfte des verfügbaren Quantum binnen Jahresfrist zu verfrachten und auszuführen vermöchten. Diese für ihre Versorgung verzweifelte Lage wird noch wesentlich verstärkt durch die trüben Saatenstandsberichte Englands, Italiens und zumal Frankreichs, wo der Durchschnittsstand am 1. Februar 1917 60 gegen 70 im Vorjahre betrug (hierbei bedeutet 80 einen guten, 100 einen sehr guten Stand) und die Anbaufläche gegen die bereits im Vorjahre reduzierte um weitere 15 pCt. abgenommen hat.

Wir stehen also, wenn sich keine Wunder ereignen, einer absoluten Versorgungsmöglichkeit Europas gegenüber — wenigstens, solange die Dardanellen geschlossen bleiben — und es mag sich erfüllen, was wir bereits am 9. September 1916 schrieben: „Es kann in 1917 leicht dahin kommen, obschon es heute wie eine Utopie anmutet, daß das Gespenst der Hungersnot unseren seebeherrschenden Aushungerern entgegenstarrt, und daß das seit Kriegsausbruch verfolgte Feindesziel zu unseren Gunsten bei ihnen erreicht wird.“

Damals aber zogen wir einen „verschärften“ U-Boot-Krieg noch gar nicht einmal in Betracht!

Während so der Hufschlag des furchtbarsten der apokalyptischen Reiter bereits in den Ohren unserer Gegner dröhnt, reißt uns und unseren Verbündeten — sollten selbst unsere Ernten, was hoffentlich nicht der Fall sein wird, weniger befriedigend ausfallen — auf den fruchtbaren Gefilden Rumaniens, Serbiens und Bulgariens reicher Zusehuf an Brot- und Futtergetreide heran, zu dessen Transport wir nicht auf den durch Minen und Unterseeboote gefährdeten Seeweg angewiesen sind, sondern auf die von diesen Schrecken freie Donau. Und wenn ein hoffentlich nicht mehr allzuferner Friede uns wieder den Verkehr mit Rußland gestattet, so wird dieser sichere Weg einem nicht unbedeutenden Teile des Getreides der Steppen des Dneistr, Dnjepr und Don ebenfalls offen stehen und so den knappen und kostbaren Dampferraum für diesen wichtigsten aller Rohstoffe ersparen helfen!

Lebensmittelsuche auf dem Lande.

Abgefangene Lebensmittel.

Man schreibt uns:

„Sehr geehrte Schriftleitung! Übermittle anbei einen kurzen Bericht über einen Vorfall der sich am 4. d. M. im Warteraum der Südbahnstation Spielfeld abgespielt hat, zur Warnung aller armen Teufel, die sich auf dem Lande mit Lebensmitteln versorgen wollen:

Am 4. April l. J., um etwa 8 Uhr abends, waren im Warteraum des Spielfelder Bahnhofes ungefähr zweihundert Personen versammelt, welche auf die Züge nach Süden, bzw. nach Norden warteten, und zwar der größere Teil auf den Wiener Personenzug Nr. 32, welcher fahrplanmäßig um 8 Uhr 43 Minuten von Spielfeld abfahren soll.

Um 8 Uhr 15 Minuten erschien ein Herr in Zivil, begleitet von einem Wachmann. Vor den Türen des Warteraumes wurde je ein militärischer Posten aufgestellt. Nun begann ein lautes Befehlen: „... alle Reisetaschen, Körbe, Rucksäcke usw. öffnen“. Diejenigen Personen, welche Kartoffeln, Mehl, Fijolen oder Fette bei sich hatten, wurden auf eine Seite beordert, alle übrigen auf eine andere Seite. Nach erfolgter Durchsicht wurde den beanstandeten Personen alles beschlagnahmt. Jedes Kilo Kartoffeln, Mehl, Fijolen wurde ihnen abgenommen.

Zurückbare Aufstiege folgten nun. Arme abgehärmte Frauen, halbverhungerte Kinder, darunter einzelne barfüßig, trotz ziemlicher Kühle, weinten und schluchzten. Jeder hatte 5 bis 10 Kilo Kartoffeln, 1 bis 2 Kilo Fijolen etwas Mehl, kurzum jodelt eben in einem Rucksack mitgebracht werden kann. Alles wurde weggenommen. Ohneardon. In ganz kurzer Zeit gab es ein fürchterliches Flehen, Bitten und Weinen, diese Szene war so ergreifend, daß auch andere Personen, welche dies zusehen mußten, mitweinten. Eine Frau fiel vor dem angeblichen Kommissär auf die Knie und bat, man möge ihr wenigstens einige Kartoffeln von ihren 15 Kilogramm zurückgeben, sie habe 12 Kinder, ihr Mann sei im Felde, die letzten 5 Kronen habe sie für die Bahnfahrt geopfert, weil sie in Graz nichts bekomme. Alles war umsonst, man blieb unbarmherzig.

Ein etwa zehnjähriger Bub aus Marburg hat von seiner Tante in Mureck 10 Kilogramm Kartoffeln geschenkt erhalten, auch ihm wurde alles abgenommen, er weinte jämmerlich, seine Mutter sei krank, fünf Geschwister ohne Essen, der Vater im Felde gefallen — alles half nichts, er bekam seinen leeren Rucksack. Einige Herren und Damen wollten ihm durch Geldspenden behilflich sein, jedoch der Kleine verweigerte die Annahme mit der Bemerkung, man bekomme ja auch um das Geld nichts zum Essen, er wolle nur seine Kartoffeln.

So und ähnlich ging es allen, die angeblich eine Verordnung übertreten haben und ohne eine von der Bezirkshauptmannschaft ausgestellten Bescheinigung Kartoffeln „ausführen“ wollten.“

Soweit die uns eingesendete Schilderung. Der Vorfall ist sicherlich sehr traurig und steht gewiß nicht vereinzelt da. So traurig es aber ist, nichts hilft uns über die zwingende Notwendigkeit hinweg, daß die Abspernung der einzelnen Bezirkshauptmannschaften nötig ist, weil sie den Behörden wenigstens einigermaßen eine Übersicht über die Lebensmittelbewegung ermöglicht. Es

kommt aber darauf an, wie sie gehandhabt wird. Sie darf selbstverständlich nicht darauf hinauslaufen, daß die Bezirkshauptmannschaften sich luftdicht abschließen und unter keinen Umständen Lebensmittel amtlich freigeben wollen, wie es von manchen Bezirken behauptet wird. Wir sind der Meinung, daß es möglich sein muß, Lebensmittel amtlich freizugeben, wenn sie auf dem Wege der privaten Requisition durch verzweifelte Lebensmittelsucher aufgebracht werden können.

10./IV. 1917

175

Hamburgs Lebensmittelversorgung.

† In der Ostersonntag-Morgenausgabe des „Hamburger Fremdenblattes“ (Nr. 97.) hat der Vorsitzende des Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes Senator Dr. Diestel einen Rückblick auf die einjährige Tätigkeit des Kriegsverorgungsamtes gegeben. Er hat den dritten Kriegswinter mit Recht als den bisher schwersten bezeichnet und zum Schluß seiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß das kommende Frühjahr und der Sommer Schwereres uns nicht, wohl aber eine wesentliche Erleichterung bringen können. Wohl, das hoffen auch wir. Der Winter ist jetzt, wenigstens kalendermäßig, vorbei, die letzten Nachhutgefechte, die er dem eindringenden Frühling liefert, werden auch zu Ende gehen, und wärmere Tage werden die Erde segnen und sprossende, keimende Kraft erwecken. Aber auch damit werden wir nicht über den Berg unserer Ernährungsschwierigkeiten sein, die, es wäre vermessen und töricht es zu leugnen, unsere ernsteste Betrachtung verlangen. Es ist allen für unsere Lebensmittelversorgung verantwortlichen Stellen nicht leicht geworden, uns die Protration ab 15. April zu beschneiden. Aber es ist ein Gebot höchster Notwendigkeit und sich ihm zu verschließen, hieße geschlossenen Auges einem Abgrund zuzuschreiten.

Es ist kein Geheimnis, daß unsere Lebensmittelversorgung 1916 — 1917 durch den schlechten Ausfall der Kartoffelernte 1916, trotz der um 23 000 Hektar vermehrten Anbaufläche, in eine besonders schwierige Lage gekommen. Eine Kartoffel-Bestandnahme war allerdings vorgenommen worden. Sie gehört aber zu den schwierigsten Arbeiten, weil man sich, wenn sie nicht unmittelbar nach der Ernte vorgenommen wird, die Frucht also sichtbar ist, nur auf Schätzungen verlassen kann. Sind die Kartoffeln noch in der Erde, oder schon wieder eingemietet, so fehlt naturgemäß jeder Ueberblick. Auf die Kartoffeln haben wir aber am meisten gerechnet, und mit ihr rechnen wir auch wieder, um über die am 15. April beginnende kritische Zeit hinwegzukommen. In Hamburg hat schon 1915 — 1916 dank der ohne Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse von der Reichs-Kartoffelstelle in Berlin viel zu entfernten zugewiesenen Lieferungsgebiete eine Kartoffelnot bestanden, die sich steigerte, als die neue Ernte so viel zu wünschen übrig ließ. Auch jetzt ist die Versorgung Hamburgs mit Kartoffeln wieder so schlecht wie irgend möglich, und Senator Dr. Diestel hat in seinem Rückblick auch klar ausgesprochen, daß wir trotz der Herabsetzung der Protration am 15. April die von Herrn von Batoeki zugesicherten Wochenlopfmenge von fünf Pfund Kartoffeln nicht erhalten werden, weil dem Kriegsverorgungsamt die für diese Verteilung notwendige Wochenmenge von 50 000 Zentnern nicht zur Verfügung steht.

Der Vorsitzende des Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes spricht auch davon, daß die bei uns häufig vertretene Ansicht, nach der Hamburg bei der Verteilung durch das Reich oft zu kurz komme, nicht richtig sei. Mit Verlaub, dieser Ansicht kann man sehr wohl sein, wenn man bemerkt, daß in anderen Städten Kartoffeln verteilt werden können, und in Hamburg nicht. Berlin verteilt seit etwa vierzehn Tagen schon wieder eine Wochenlopfmenge von drei Pfund, bei uns in Hamburg in dieser Woche nur 1½ Pfund; Groß-Berlin verteilt in der Woche vom 9. bis 15. April bereits eine Wochenlopfmenge von fünf Pfund Kartoffeln und wir in Hamburg haben die Aussicht ab 15. April nicht einmal die versprochenen fünf Pfund zu bekommen. Nur Berlin-Lichtenberg kann in der genannten Woche keine Kartoffeln verteilen, bietet dafür aber 500 Gramm Gebäck und 300 Gramm Mehl; eine Ausfallbedeutung, an die wir in der kartoffellosesten Zeit nicht einmal denken dürfen. In Berlin wurde vom Kriegsernährungsamt in der vergangenen Woche schon der Verkauf von Gemüseserven freigegeben, in Hamburg hat man noch nichts davon gehört, daß es bei uns Gemüseserven gibt. Groß-Berlin verteilt in der Woche vom 9. bis 15. April 350 Gramm Fleisch, wir begnügen uns mit 250 Gramm.

Wir wollen nicht trümpfen, sondern die gegen uns Verhältnisse als nicht anders möglich hinstellen. Wir wissen, daß wir wohl Stidstoff zur Düngung, nicht aber Kartoffeln aus der East gewinnen können. Was wir aber wollen, das ist, daß das Hamburgische Kriegsverorgungsamt rechtzeitig dafür sorgt, uns für die in der Wochenlopfmenge von fünf Pfund Kartoffeln erleidende Einbuße Ersatz an Brot und Mehl zu schaffen, wie es das Berliner Kriegsernährungsamt zugesichert hat. Die Hamburgische Bevölkerung hat bisher mit wunderbarer Fassung alle Not getragen, sie wird sie weiter tragen mit der Würde und Einsicht in das Nötige, auf die man immer bei ihr rechnen kann. Herr Senator Dr. Diestel hat in seinem Rückblick ausgeführt, daß keine Stadt und keine Provinz in Ernährungsfragen heute einen Vorzug vor anderen Städten und anderen Provinzen haben soll, dazu gehört aber, daß uns in Hamburg, wenn wir ab 15. April nicht die vorgesehenen Kartoffeln haben, für die ausfallende Menge ein Ausgleich durch Brot geschaffen wird.

Die Lieferungs-geschäfte in Demecser.

Staatliche „Investitionen“ in der Höhe von 35 Millionen.

Budapest, 9. April.

Auf die Nachricht von dem Selbstmord des Fürsten Odescalchi in Demecser hat der Budapest „Az Est“ seinen Mitarbeiter Tarjan nach dem Ort der Tat entsendet. Dieser referiert nun seinem Blatte ausführlich über seine Wahrnehmungen. Der weiteren Öffentlichkeit, auch in Oesterreich, dürfen diese Vorgänge nicht verschwiegen werden, um so mehr, als es sich um gemeinsame Gelder handelt. Nachstehend die Einzelheiten, wie sie der genannte Mitarbeiter des „Az Est“ schildert:

„Wir bereisten das Reich des Fürsten Odescalchi im Szabolcser Komitat. Wohin uns nur die Schmalspurbahn oder der Bauernwagen führte: Kettőz, Zbrany, Nagyhallasz, Demecser — überall Fabrikschlote, wie hohe Stöcke ragen sie zum Himmel empor. Die gewohnte Ruhe der endlosen ungarischen Felder wird hier vom Lärm der Maschinen, vom Brummen der Schöte unterbrochen. Hier ist ein kleines Industrieland, in welchem Ackerbau und Industrie enge miteinander verbunden sind. Der Schöpfer dieser mit den Kulturerregenschaften Westeuropas oder Amerikas gesegneten Ackerbau- und Industrieanlagen ist der arme Fürst Board Odescalchi, der in der vergangenen Woche sein Leben mit einem Revolverschuß beschloffen hat, dessen Leiche jetzt mit seinen gewagten und hochtrabenden Plänen zusammen in einem Metallfarg ruht . . .

Fürst Odescalchi war einer der interessantesten ungarischen Magnaten. Als Leutnant stand er in Nyiregyhaza. Damals lebte er, seinen Vermögensverhältnissen entsprechend, bescheiden und in Ruhe. Er heiratete Palma v. Longay und verließ nach seiner Hochzeit die militärische Laufbahn, um die Bewirtschaftung der Güter seiner Gattin im Szabolcser Komitat zu übernehmen. Die Herren in der Szabolcs meinten, daß er die Longay-Güter auf eine schiefe Bahn bringen werde. Zum allgemeinen Erstaunen geschah das Gegenteil. Fürst Odescalchi ging eifrig daran, die Güter aufzurichten. Er ließ Kanalisierungen vornehmen, neue Betriebseinrichtungen anschaffen und in kurzer Zeit erhöhte er die Rentabilität der Güter.

Die Sauerkrautanlagen.

Zu Ausbruch des Krieges kam Fürst Odescalchi als Oberleutnant auf den südlichen Kriegsschauplatz. Später wurde er Rittmeister und in dieser Eigenschaft erhielt er eine Einteilung im Kriegsministerium, in die XII. Abteilung (Wirtschaftliche Sektion). Er genoß hier das unbegrenzte Vertrauen des Leiters dieser Abteilung, des General-Chefintendanten Ludwig Jarzebiecki, der auf Vorschlag des Fürsten in dem an die Güter des Fürsten grenzenden Demecser eine ärarische Krauteinlegefabrik errichten ließ. Fürst Odescalchi wurde der militärische Kommandant dieser Fabrik. Er erhielt vom Generalchefintendanten Jarzebiecki eine schriftliche Vollmacht, die ihm unbegrenzte Verfügungsfreiheit sicherte. Auf Grund dieser errichtete er im ersten Kriegsjahre mit mehreren Millionen Kosten die ärarische Sauerkrautfabrik.

Odescalchi sah mit einer bei Magnaten ganz ungewöhnlichen Routine dazu, die ärarische Industrieanlage in Gang zu bringen. In Demecser, dem Landesmittelpunkte des Krautbaues in Ungarn, schloß er mit den Produzenten Verträge, welche diese auf die Dauer von sechs Jahren verpflichteten, dem Acker das Kraut per Waggon für 600 Kronen zu liefern. Vor Einrichtung der Krautfabrik in Demecser errichtete Odescalchi nur eine Fabrik, die Hauffabrik in Kettőz, die sein Eigentum war.

Weitere drei Fabriken.

Da man im Kriegsministerium mit der Leistungsfähigkeit der Krautfabrik in Demecser sehr zufrieden war, unterstützte man von dort im Laufe des Krieges jene Vorschläge Odescalchis, daß man auf seinem Besitze in Nagyhallasz eine Kartoffelverarbeitungsfabrik, eine Gemüsekonservierungsfabrik, Schweinezuchtanstalten und in Antaloc im Komitate Ung (wo Odescalchi einen Wald von zehntausend Joch Ausdehnung besaß) eine Fab-

rik errichte. Jede der Fabrikanlagen wurde mit einer Schmalspurbahn versehen, damit die Fabriken mit der nächsten Bahnstation eine Verbindung erhalten. Von Antaloc nach Ungvar zum Beispiel führt eine Schmalspurbahn in der Länge von 35 Kilometern, die der Fürst erbauen ließ. Auf seinen Gütern in der Szabolcs kreuzen einander dichte Linien von Schmalspurbahnen, die Linie von Nagyhallasz läuft sogar auf einer ehemaligen Landstraße.

Diese Betriebe beschäftigten stets 5000 bis 6000 russische Gefangene. Bei solch gewaltigem Betrieb bedurfte man natürlich auch zahlreicher intellektueller Kräfte: Ingenieure, Beamten, Betriebsleiter. Diese Stellen besetzte der Fürst mit sorgfältig ausgesuchten Männern. Es fanden sich Advokaten, Budapest Hausbesitzer, Gutsbesitzer aus der Provinz, die in ihrer militärischen Eigenschaft gerne in die unter dem Kommando des Fürsten stehenden militärischen Betriebe einrückten, nur um keinen Dienst an der Front tun zu müssen. In der Nagyhallasz Schweinezuchtanstalt zum Beispiel war ein Budapest Hausherr — Rechnungsprüfer. Aus allen Teilen des Landes kamen derartige geschickte Leute und boten dem Fürsten ihre treuen Dienste an. Der Fürst, vermöge seiner Stellung meldete seiner vorgesetzten Behörde kurz an, daß die betreffenden in staatlichen Betrieben verwendet sind und an maßgebender Stelle wurde dies einfach zur Kenntnis genommen.

Der Gerechtigkeit halber stellen wir fest, daß der Fürst für derartige leichtere Diensteseinteilungen von niemanden Geschenke oder Belohnungen erhielt, ihn leitete bei der Anstellung solcher sich bei ihm meldender Intelligenter nur das Ziel, daß diese Leute in staatlichen Betrieben brauchbarer sind, als in der Front.

35 Millionen für militärische Betriebe.

Das Kriegsministerium hat im ganzen etwa 35 Millionen Kronen für den Bau der Betriebe auf den Gütern des Fürsten Odescalchi investiert. Wenn eine Anlage fertig war, erschien stets vorchriftsmäßig eine militärische Kommission, welche den Betrieb besichtigte. Nicht nur einmal wurden an den Verfügungen des Fürsten Schönheitsfehler entdeckt. So war auch aufgefallen, daß das Gebäude der Schweinezuchtanstalt in Nagyhallasz vierzehn Rauchfänge hatte. Wozu in einer Schweinezuchtanlage Rauchfänge?

Es kam heraus, daß in der Schweinezuchtanstalt vierzehn Arbeiterfamilienwohnungen erbaut waren mit je einem Vorzimmer, Zimmer und Lebensmittelkammer. Aufgefallen war auch, daß im Anfang an die Kartoffelfabrik und Gemüsekonservierungsfabrik in Nagyhallasz ein Dienstbotengebäude entstanden war, aber nicht in der Nähe der Fabriken, sondern in der Mitte der Wirtschaftsanlagen des Fürsten in Nagyhallasz.

Für jeden Sachverständigen war es klar, daß der Fürst mit der Genialität eines Bankdirektors nicht nur deshalb 35 Millionen in die auf seinem Grund und Boden errichteten staatlichen Betriebe investieren ließ, um den Interessen der Kriegsverwaltung zu dienen, sondern sicherlich auch von dem Ziele geleitet war, durch das Erbauen von Schmalspurbahnen und Fabrikanlagen seine eigenen Güter auf diese Weise in außerordentlicher Art zu heben.

M/W 1917

76

Die Lieferungsgeschäfte in Demeser. 11. IV. 1917

77

Die Faszfabrik in Antaloc.

Diese Absichten erhellen am deutlichsten aus dem Bau der Faszfabrik in Antaloc. In Antaloc besaß der Fürst achttausend Joch Gebirgswald. Dieser Urwald sah noch kaum jemals eine Art. Man konnte dort deshalb keine Fällungen vornehmen, weil mangels Rutschen das Holz nicht von den Bergen geschafft werden konnte, andererseits weil die nächste Bahnstation in einer Entfernung von 35 Kilometern war: Ungvar. In diesem Zustande war ein Joch Wald höchstens 100 Kronen wert.

In Antaloc entstand nun die Faszfabrik. Das notwendige Holz war vorhanden, dort war der Wald von Antaloc, zu welchem der Fürst noch 2000 Joch dazu kaufte.

Das Aerar ließ Holzrutschen bauen. Nach Ungvar wurde eine schmalspurige Eisenbahn gebaut, jetzt kann die Exploitation des Waldes schon gründlich erfolgen, dessen Joch in diesem Zustande auch zweitausend Kronen wert ist.

Das Aerar hat eigentlich mit der Faszfabrik in Antaloc kein schlechtes Geschäft gemacht, denn Odescalchi gab den Raummeter Holz um zwei Kronen billiger als die staatlichen Forste. Aber auch bei diesem Preise bedeutete für den Fürsten die Ausbeutung des Waldes einen unerwarteten Gewinn, denn ohne Rutschen und Eisenbahn hätte er überhaupt kein Holz produzieren können.

Anonyme Anzeigen beim Kriegsministerium.

In Szabolcser und Unger Komitat tuschelte man viel über die volkswirtschaftliche Tätigkeit des Fürsten. Scheelen Auges sah man es, daß der Fürst mit solch schwindelnder Schnelligkeit sein Vermögen mehren. Die Reider richteten anonyme Briefe an das Kriegsministerium und lenkten die Aufmerksamkeit auf das schnelle Reichwerden des Fürsten. Die Briefe hatten keinen Erfolg: alles blieb beim alten; die volkswirtschaftliche Tätigkeit des Fürsten vermochte niemand zu stören.

Bergangenen Montag erschien eine zwanzig-gliedrige militärische Kommission mit einem Feldmarschalleutnant an der Spitze in Demeser, um die vom Fürsten Odescalchi ins Leben gerufenen Anlagen zu untersuchen. Die Kommission erhielt von Allerhöchster Stelle Auftrag hierzu.

Es heißt, daß anlässlich des Franz-Prozesses man an Allerhöchster Stelle auch von den mit unbeschränkter Gewalt erfolgten Investitionen in der Höhe von 35 Millionen Kronen, die Fürst Odescalchi unternommen hat, Kenntnis erhalten habe. Es kam die Auffassung zum Durchbruch, daß der Fürst, der auch Magnatenhausmitglied ist, dadurch, daß er staatliche Gelder in der Höhe von 35 Millionen Kronen auf seinen eigenen Besitzungen investieren ließ, um damit den Wert seiner eigenen Güter zu heben, sowohl mit seiner Stellung als auch mit seinem Range inkompatible Handlungen vorgenommen hat.

Sonntag war der Fürst ins Kriegsministerium befohlen und wurde dort verhört. Niedergeschlagen kehrte er heim. Zu seinem größten Erstaunen fand er, in Demeser angekommen, dort bereits die militärische Kommission vor. Er stellte sich vor und erklärte sich für alle seine Tätigkeit auch materiell verantwortlich. Die hohen Offiziere empfingen den Fürsten außerordentlich kühl. Inzwischen wurde seine Beamtenchaft verhört. Der Fürst erfuhr natürlich von alledem und war niedergebrosen. Ganz verbittert war er, als er erfuhr, daß die Kommission seine Einladung zum Diner nicht angenommen hatte. Dies konnte er nicht ertragen. Nachmittags machte er auf einer Wiese mit einem Frommer-Revolver Schießübungen; seine Leute mußten bereits, was dies zu bedeuten habe. Abends um halb 7 Uhr schoß er sich eine Kugel in die rechte Schläfe, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. . ."

Die Verteuerung der Lebenshaltung.

In seinem soeben erschienenen Geschäftsberichte gibt der Erste Wiener Konsumverein u. a. auch eine interessante Zusammenstellung der Entwicklung der Preise der wichtigsten Bedarfsartikel des Haushaltes. Es kostete im Ersten Wiener Konsumverein:

Ware	Menge	Preise in Schellern			
		1. Juli 1914	1. Jänner 1916	1. Juli 1916	1. Jänner 1917
Weizenmehl, feinst	1 Kg.	46	74	120	120
Weißspeisen	1 "	100	200	356	—
Bohnen	1 "	40	108	108	90
Erbfjen	1 "	56	—	—	124
Hollaerfte	1 "	44	—	68	78
Butter, feinst	1 "	328	880	892	1230
Schweinefett	1 "	166	780	—	—
Pflanzenfett	1 "	160	480	—	—
Eier	10 Stück	80	260	280	380
Kartoffeln	1 Kg.	20	15	48	18
Kaffee, billigst	1 "	360	480	880	800
Kakao, billigst	1 "	400	900	1200	2200
See, billigst	1 "	600	1200	1400	2000
Steintohle	50 "	193	254	271	341

11. IV. 1917

779

Hamburgs Versorgung ab 15. April.

‡ Zu unserer Freude können wir mitteilen, daß der 15. April, dem wir wegen der Herabsetzung der Brotmenge mit einiger Sorge entgegenzusehen, uns nicht, entgegen aller Erwartung, eine Verschlechterung unserer Lebensmittelversorgung, sondern eine gewisse Verbesserung bringen wird, dank der wirklich anerkennten Besonnenheit des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes, die Not nicht größer werden zu lassen, als es die Umstände erheischen.

Aus den Bekanntmachungen in der heutigen Morgenausgabe des „Hamburger Fremdenblattes“ (Nr. 99A) haben sich unsere Leser über die Preisberechnung der außerordentlichen Fleischzulage und des neuen Brotes unterrichten können. Der Preis für die Fleischzulage ist so niedrig gehalten, daß jeder, selbst der sonst seine Reichsfleischkarte nicht immer benutzen konnte, sich Fleisch leisten können. Der Preis für das Brot ist dem Gewicht nach unverändert, er mußte nur für das einzelne Brot, das nicht mehr in den Gewichtslagen von 500 Gramm, 1000 Gramm und 2000 Gr. für Einheitsbrot und 1000 Gramm und 2000 Gramm für Schwarzbrot hergestellt wird, entsprechend dem geringeren Gewicht von 400 Gramm, 800 Gramm und 1600 Gramm für Einheitsbrot und 800 Gramm und 1600 Gr. für Schwarzbrot gesenkt werden.

Was werden wir also ab 15. April vorläufig bekommen?
Brot: 1480 Gramm oder 1240 Gramm
Brot und 180 Gramm Mehl;
Kartoffeln: 3 Pfund.
Fleisch 1 Pfund.

Außerdem, weil die vom Kriegsversorgungsamt in Berlin zugesicherte Wochenkopfmenge von fünf Pfund Kartoffeln nicht verteilt werden kann: 360 Gramm Brot. Sineu kommen möglicherweise die in den letzten Wochen ziemlich regelmäßig verteilten Teigwaren und Mühlenfabrikate in gewohnter Menge.

Zieher wir in Betracht, daß wir in den letzten Wochen oft genug bei 1850 Gramm Brot keine Kartoffeln und dafür nur 500 Gr. Brot besonders erhielten, so stellt sich unsere Versorgung gegenüber der jüngsten Vergangenheit wie folgt:

Brot: (einschließlich der Zuweisung von 860 Gramm für fehlende Kartoffeln, wobei aber zu bedenken ist, daß sich diese Sonderzuweisung an Brot entsprechend der größeren oder geringeren zugewiesenen Kartoffelmengen verändern wird) 1840 Gramm Brot oder 1600 Gramm und 180 Gramm Mehl. Das bedeutet gegen die Vorwochen einen Ausfall von 10 Gramm Brot oder 60 Gramm Mehl.
Kartoffeln: zunächst 3 Pfund.
Fleisch: 1 Pfund.

Es wäre Unrecht, bei verständiger Würdigung aller unsere Ernährung einengenden Schwierigkeiten dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt die Anerkennung für diese einsichtige Regelung zu versagen. Was gegeben werden kann, wird und soll gegeben werden, das müssen wir uns immer vergegenwärtigen.

Von einschneidender Bedeutung ist allerdings, daß die besonderen Zuweisungen an die Jugendlichen wegfallen werden, was für Familien mit einigen Kindern naturgemäß sehr bedeutsam ist. Ebenso werden die Zusatzbrotarten für Schwer- und Schwacharbeiter um ein Viertel gekürzt werden. Aber dazwischen müssen sich die davon Betroffenen finden in der Gewißheit, daß von dieser Anordnung die Allgemeinheit gleichermaßen berührt wird.

Wir haben im gestrigen Abendblatt darauf hingewiesen, daß die von Herrn Senator Dr. Diestel in seinem Artikel über die einjährige Tätigkeit des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes hervorgehobene Gleichheit in der Belieferung durch die Reichsstellen in Berlin in einem ziemlich bedenklichen Licht erscheint, wenn man Berlin und Hamburg miteinander vergleicht. Wenn nun auch dadurch, daß in Berlin mit seinen zwei Millionen Einwohnern nur 200 000 Personen die Kriegszivilen in Anspruch nehmen, während es in Hamburg mit seiner viel geringeren Einwohnerzahl 300 000 Personen sind, die täglich ihre Hauptmahlzeit den Kriegszivilen entnehmen, die verhältnismäßige Menge der für die Allgemeinheit verbleibenden Menge an Lebensmitteln in Berlin größer ist, als in Hamburg, und daher die Zuweisungen höher als hier bemessen werden können, so bleibt doch bestehen, wie wir gestern durch Beispiel erhärteten, daß Berlin besser daran ist, als Hamburg. Wie kann Berlin sonst in dieser Woche 350 Gramm Fleisch verteilen, wie konnte es sonst in der Woche vor Ostern Gemüsekonserven bieten, die wir erst in etwa zehn bis vierzehn Tagen haben werden? Und, so fragen wir, warum wird Berlin eine monatliche Kopfmenge von 1250 Gramm Teig- und Mühlenfabrikate von den Reichsstellen zugewiesen, wenn Hamburg nur 1000 Gramm bekommt? Wirklich, die von Herrn Senator Dr. Diestel gepriesene Gleichheit scheint doch bei näherer Betrachtung an Fadenständigkeit zu gewinnen. Daß Berlin für die Verteilung das Bestellsystem hat, wonach jeder die festgesetzte Menge zwar bestellen kann, ohne damit aber die Gewähr zu haben, die festgesetzte Menge auch zu erhalten, ist an sich belanglos, da die Rationierung der Lebensmittel nur die Grenze der Verteilung festlegt, aber für den Erhalt keine Garantie bietet.

Wie dem nun auch sei, wir in Hamburg wollen uns freuen, daß uns der 15. April

keine Erschwerung unserer Lebenshaltung, sondern, wie schon erwähnt, gewissermaßen eine Erleichterung bringt.

Neue Kolonäsen.

Die Anstellerei um Brot, Mehl und Milch ist durch die Rationierung der Abgabe dieser Artikel endgültig aus dem Stadtbild gebannt. Die Kartoffelanstellerei nimmt infolge der Rationierung der Abgabe dieser wichtigen Knollenfrüchte ab, dagegen sind in den letzten Tagen neue Kolonäsen vor den Fleischer- und Seldherläden aus dem Boden gewachsen. Die gegenwärtige Knappheit an Fleisch und Fleischwaren bringt es mit sich, daß die betreffenden Geschäfte schon in den Morgenstunden von Kauflustigen umstanden werden, und das trotz der hohen Fleischpreise, die das Niveau der gesetzlichen Höchstpreise in den meisten Fällen noch um Bedeutendes überragen. Neu ist auch das Anstellen um Sauerkraut und Eier auf den Märkten. Sogar die ehemals viel verlästerten Brufen haben jetzt, falls sie zum Angebot kommen, schon ihre eigene Kolonäse, ebenso neuestens das Saccharin. Auch um Bier stellen sich bei denjenigen Gastwirtschaften, die noch Bier über die Gasse abgeben, jetzt die Dienstmädchen mit Gläsern in der Hand an. Das Anstellen um Butter, Fett und Innereien in der Großmarkthalle nimmt täglich zu. Auch Zucker ist jetzt vielfach nur auf diesem Wege zugänglich, sogar um Kaffeeurrogate muß man sich hin und wieder anstellen. Diese Zeichen der Knappheit könnten wesentlich gemildert werden, wenn die Rationierung und Rationierung der Lebensmittelabgaben noch weiter ausgebaut werden würden.

Nährstoffverwüstung.

Die strengen Verordnungen gegen Preistreiberei und Kettenhandel und die immer schärferen Strafbestimmungen, zu denen sie fortschreiten, entsprechen durchaus den Wünschen der städtischen Konsumentenkreise. Aber der angestrebte Zweck, der Teuerung entgegenzuwirken, kann durch eine Steigerung der Strafen allein nicht bewirkt werden: dazu gehört auch eine Steigerung der Vorratsmengen, die auf den Markt gelangen. Würde die ländliche Produktion dem städtischen Konsum mehr Lebensmittel liefern, so wäre dies das einfachste und sicherste Mittel, den Lebensmittelhandel zur Ermäßigung der Preise zu bestimmen. Aus der Knappheit der Vorräte, die nicht immer nur auf natürlichen, die oft genug auf künstlich geschaffenen Voraussetzungen beruht, ergeben sich erst alle schlimmen Mängelheiten spekulativer Ausnützung. Den städtischen Methoden der Preistreiberei wird durch die ländlichen Methoden der Vorratsminderung erst der Boden geebnet. Dabei ist das, was in der Stadt geschieht, noch immer durchsichtiger und der öffentlichen Beobachtung und Ueberwachung zugänglicher als die ökonomischen Geheimnisse des weltabgeschlossenen Bauernhofes. Daß die abgelieferten Getreidemengen regelmäßig hinter den errechneten Mengen weit zurückbleiben, wird auf die bekannte, von keiner Seite mehr ernstlich geleugnete Tatsache zurückgeführt, daß noch immer, trotz aller Verbote und Ab-

maßnungen, beträchtliche Getreidemengen an das Vieh verfüttert werden. Nach dem neuen Wirtschaftsplan des deutschen Ernährungsamtes soll diesem Mißbrauch durch eine veränderte Preisrelation — Erhöhung der Brotfruchtpreise und Herabsetzung der Viehpreise — gesteuert werden. Aber nicht nur mit Getreide, auch mit Kartoffeln werden ähnliche Praktiken geübt. Es wird von troken Kartoffelvorräten berichtet, die man absichtlich so weit verderben ließ, daß sie aufhörten, für den menschlichen Genuß geeignet zu sein: als tierisches Futtermittel waren sie aber gottlob noch immer brauchbar, und — zufällig — war eben diese Verwendungsart die rentablere. Auch mit Rind- und Schweinefett soll vielfach Ähnliches geschehen sein. Warum? Weil diese Fettstoffe, wenn in verdorbenem Zustand für industrielle Zwecke verwendet, hier bessere Preise erzielen als die Höchstpreise, die für menschliche Nährfette festgesetzt sind. Das Stärkste auf dem Gebiete der Nahrungsmittelverwüstung wurde aber in einigen deutschen Landbezirken geleistet, wo erwiefsenmaßen von den Landwirten friische Butter zur heimlichen Erzeugung von Hausseife verwendet wurde. Seife ist für den Bauer eine teure Sache, Butter ist für ihn billig. Und so nimmt er unbedenklich den schwächsten Fettstoff, nach dem der Städter sich oft vergeblich sehnt, und verdirbt ihn zu ordinärer Seife.

Wie oft und an wie vielen Orten solche Dinge sich zgetragen haben mögen, wer kann das feststellen? Aber die Gleichheit der bäuerlichen Anschauungen und Lebensgewohnheiten läßt vermuten, daß auf dem Lande, was in so- und so viel Fällen beobachtet wurde, vieltausendfach geschieht. Die Kostbarkeit, man möchte sagen: die Heiligkeit menschlichen Nährstoffes, die dem städtischen Konsumenten durch die schmerzlichen Erfahrungen der Kriegswirtschaft so nachdrücklich eingeprägt wird, ist dem Landwirt noch immer fremd. Er steht noch auf dem rein privatwirtschaftlichen Standpunkt der Friedenszeit, daß die Erzeugnisse seines Bodens, ob Nahrung- oder Futtermittel, einfach sein Eigentum und seine Ware sind, und daß er sie nach freiem ökonomischen Belieben so oder so verwerten kann. Der Bauer ist der schrankenloseste wirtschaftliche Individualist.

soziales und staatliches Gemeinschaftsmpfinden liegt ihm, dem absoluten Herrn auf seinem Hof und Grund, viel ferner als den dicht zusammenwohnenden, zu vielerlei gegenseitigen Rücksichten erzogenen Städtern. Dieser Besonderheit bäuerlicher Anschauungsweise, die für die Solidaritätsbedürfnisse der Kriegswirtschaft eine ernste Gefahr bildet, dürfte durch bloße Belehrung schwerlich beizukommen sein. „Ohne Zwang geht's nicht,“ wie auch der den Landwirten gewiß wohlgeciigte Sündenburg zugeben mußte. Und wenn die schärfsten Zwangsmittel angewendet werden, um den städtischen Handel in angemessenen Grenzen des Geschäftsgeistes zu halten, so wird man auf die nämlichen Mittel nicht verzichten dürfen, wo es gilt, aus der ländlichen Produktion herauszuholen, was sie leisten kann, und das Gemeininteresse gegen die Nährstoffverwüstungen des Privatinteresses zu schützen.

* **Lebensmittelversorgung.** Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfällt auf Abschnitt 61 der Berliner Lebensmittelkarte je $\frac{1}{2}$ Pfund Sauerkraut. Der Abschnitt ist nur in den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern, und zwar spätestens am 14. April.

Demnächst kommt auch wieder Kriegsmus, und zwar voraussichtlich in einer Menge von 250 Gr. auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Klagen, die bei der vorigen Verteilung gegen den Geschmack dieses Brot-auffstrichmittels vorgebracht wurden, haben bekanntlich den Magistrat veranlaßt, eine eingehende Untersuchung über die Zusammensetzung des Kriegsmus anzustellen. Diese hat ergeben, daß vom gesundheitlichen Standpunkt aus nichts einzuwenden war. Allerdings läßt der Geschmack infolge mangelhafter Verarbeitung der Rüben bei einem Teil der Ware zu wünschen übrig. Für die neue Verteilung sind die Fabriken, deren Erzeugnisse bemängelt wurden, von der Lieferung ausgeschlossen worden. Der Geschmack des Kriegsmus kann übrigens je nach Belieben durch Zusatz von Zitronensaft (mit dem zusammen das Mus unter Umständen noch besonders aufgekocht werden kann) verändert werden.

itung

terreich.

er nachmittags.

Abonnementbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich 60 h.
monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.50
Zum Abholen in den Filialen, in allen
Ladestrafken und Geschäftsstellen:
Monatl. K 2.60.
Broschur und Ungarn:
Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein
angehör. Länder: Vierteljähr. K 16.—.
Abonnement werden angenommen
in der Administration, V. Rechte
Ziingasse 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 18, Telefon 9191
II. Bognerstraße 30, Tel. 40228
X. Stadlerplatz 5, Telefon 58244
XIV. Blumengasse 6, Tel. 20128
XVI. Mariahilfergasse 24, Telefon 24145
XVII. Badnerstraße 22, Telefon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Anstalten oder
Veranstaltungen bezahlten Beiträge ist kein
wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind vorbehalten.

XXIX. Jahrgang.

Bescheidene Anmerkungen zu ungarischen Reden.

Die Grafen Andrássy und Tisza haben in der Montags-Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses das ungarische Ernährungssystem in seinem Verhältnis zu Oesterreich und zu den Verbündeten lebhaft erörtert. Diese Debatte liegt nunmehr im „Bester Lloyd“ zu jedermanns Einsicht vor und mit Recht wird jeder Oesterreicher überrascht sein, die Dinge, die uns alle angehen, die bei uns seit vielen Monaten von Mund zu Mund getragen, aber niemals in der Presse erörtert worden sind, auf dem Wege über Budapest endlich offiziell zu vernehmen. Man muß es dem Grafen Andrássy Dank wissen, daß er Stimmungen, die ganz allgemein sind, die wegen dieser Allgemeinheit für Gegenwart und Zukunft nicht unbedenklich sind, einfach als vorhanden festgestellt hat. Wir haben keineswegs die Absicht, uns in den Kampf der ungarischen Parteien einzumengen und aus diesem U. u. L. a. F. Partei zu ergreifen, auch nicht, die Fragen der Volksernährung, die uns an sich, bei kaltblütigstem Verstand, ungeheuer schwierig werden, zur Erregung von Leidenschaften zu mißbrauchen, die im Augenblick unsere Lage nur noch erschweren müßten. Für alle solche Erörterungen wird die Zeit hoffentlich kommen. Aber nachdem das Wort einmal gefallen ist, kann und muß bestätigt werden, daß Graf Julius Andrássy seinem Vaterland Ungarn einen großen Dienst getan hat, indem er es auf die Stimmungen aufmerksam gemacht hat, die das ungarische Ernährungsregime in Oesterreich bei aller Welt hervorgerufen hat. Ungarn und wir haben uns bei dem Preßregime des Grafen Stürggh dafür zu bedanken, daß zwei volle Jahre der österreichischen Öffentlichkeit jede Möglichkeit genommen war, sich mit der ungarischen Öffentlichkeit ruhig und ernst auseinanderzusetzen, Mißverständnisse sofort an ihrem Beginn auszutragen und Uebelstände durch gegenseitigen Ratsschlag aus der Welt zu schaffen, bevor sie sich eingewurzelt haben.

Heute sagt Graf Tisza: „Viele Zweifel und Beschuldigungen wären entfallen, wenn man richtig informiert gewesen wäre.“ Es ist nicht Schuld der österreichischen Presse, daß von ihr weder die Oesterreicher noch die Ungarn über die ungarischen Ernährungsfragen informiert werden konnten, und wenn Tisza von vielen Zweifeln und Beschuldigungen redet — in der österreichischen Presse hat er noch keinen Bormurf gelesen. Leider hat er sich zu lange damit begnügt, daß ihm die Borsehung der Zensur erspart hat, Bormürfe zu lesen. Heute weiß er, daß das gesprochene Wort, das ohne Kontrolle des gedruckten sich schrankenlos ausbreitet, unter Umständen weit mächtiger und gefährlicher wird als das geschriebene. Und so mächtig ist es geworden, daß Graf Tisza es durch die stärkste Polemik gegen einen Oppositionsredner in seinem Lande so ohne weiteres nicht mehr besiegen kann.

Wir halten die temperamentvolle Beschwörung, die Graf Tisza an den Grafen Andrássy richtet, mag sie im Saale der ungarischen Gesetzgebung rednerisch noch so prächtig wirken, außerhalb dieses Saales für ganz wirkungslos. Tisza sagte Montag:

Wenn der Herr Abgeordnete seine eigene Rede noch einmal durchliest, wird er zugeben müssen, daß einer, der auch sonst schon über die Haltung Ungarns in der Lebensmittelfrage aufgeregt ist, aus ihr nichts anderes herauslesen kann als eine Bekräftigung dieser Beschuldigungen. Wenn der Herr Abgeordnete, was ich ihm glauben will, nicht dies sagen wollte, so ist die Sache sehr einfach: dann soll er aufstehen und bekennen, daß dies nicht der Fall ist. Und wenn Graf Andrássy sagt, er kann das nicht erklären, da er die Dinge nicht kennt, so antworte ich ihm: er gebe mir eine Stunde, oder zwei, oder so viel er dazu braucht, und ich werde ihm allemäßig die erschöpfendsten Aufklärungen geben. Dann aber soll er klipp und klar sagen, ob die ungarische Regierung Oesterreich und Deutschland gegenüber in der Lebensmittelfrage ihre Pflicht getan hat: ja oder nein. Hier handelt es sich um so wichtige Interessen der ganzen ungarischen Nation, daß der Herr Abgeordnete die Antwort nicht schuldig bleiben, nicht das Stillschweigen hüten darf.

Graf Tisza beschwört stark — aber das „Ja oder Nein“ des Grafen Andrássy, die zwei, drei

Stunden Spezialaufklärung, die er an den Grafen Andrássy wenden will, das sind die Dinge nicht, worauf es jetzt ankommt. Es handelt sich durchaus nicht um das, was Andrássy denkt oder nicht denkt, es handelt sich um die ganze konsumierende Welt Oesterreichs, und Tisza kommt uns vor wie der Mann, der den Donner zum Schweigen bringen wollte und Steine an die Felswand warf, von der er bloß widerhallte. Andrássy war ein getreues Echo und vermutlich wollte er sonst nichts sein.

Graf Tisza ist eine durch und durch polemische Natur, ein gewaltiger Wortstreiter, und beinahe jedes seiner Worte scheint uns nicht für heute oder morgen gesprochen, sondern als Nachwort von gestern. Es ist nicht verwunderlich, daß ein zwanzigjähriger tiefer Groll immer in seiner Rede miltönt — der Mann hat eben seine Geschichte und kommt von ihr nicht los. Man hat den Eindruck, daß er dem Morgen niemals mehr unvoreingenommen gegenüber treten wird — denn er führt noch immer den alten Prozeß fort, auch wenn er längst entschieden ist, auch wenn sich seine Prozeßgegner längst abgefunden haben und sich neuen Aufgaben zuwenden wollen. So biegt er denn alles, was ihm widerfährt, sofort auf den persönlichen Gegensatz seiner Parteigegner zurecht und leitet aus ihm viel zu weitgehende Forderungen ab. So meint er, irgend welche heiläufige Aeußerungen der Oppositionsmänner hätten die Stimmung verdorben. Hören wir ihn selbst: „Leider sind in Ungarn Aeußerungen gefallen, aus denen gegen die ungarische Regierung und ferner im Ausland — dort allerdings nicht bei den Regierungen — auch gegen den ungarischen Staat die galligsten, ungerechtesten und grundlosesten Beschuldigungen und Hypothesen nähren konnten.“

Das ist doch parlamentarischer — Aberglaube! Tisza sollte wirklich ganz Oesterreich für so wenig informiert halten, daß es seine Erkenntnisse über das ungarische Ernährungswesen aus den Budapester Parlamentsprotokollen schöpft? Dieser Aberglaube könnte Tisza verleiten zu der irreführenden Hoffnung, eine parlamentarische Berichtigung in Budapest könnte die vorwaltenden Mißverständnisse auswärts zerstreuen, die Tisza doch beseitigen will, die er so ernst nimmt, daß er sie als „die galligsten, ungerechtesten und grundlosesten Beschuldigungen und Hypothesen“ bezeichnet. Er kennt also die Gefährlichkeit dieser Hypothesen, muß also ihren wahren Quellen nachforschen und diese verstopfen.

Ueber Ungarns Ernährungswesen sind die allerbreitesten Schichten Oesterreichs genau unterrichtet. Beginnen wir beim österreichischen Hochadel. Er hat zumeist auch in Ungarn Güter und vermag also den Unterschied haargenau zu beurteilen. Unsere großindustrielle und kaufmännische Bourgeoisie hat seit unvorordenlichen Zeiten so innige Geschäftsbeziehungen zu Ungarn, daß sie das Land gut kennt; sie hat Gelegenheit genommen, diese Geschäftsbeziehungen durch die gewohnten Mittelpersonen, die bei allen Stuhlrichtern und Bizegespanen seit jeher aus und ein gehen, auch im Kriege in der nutzbarsten Weise fortzupflegen und die large Nation, die einem Oesterreicher bemessen ist, so entsprechend aufzubessern. Auch der Mittelstand kennt Ungarn: Unsere Fleischfelder haben das Land geraume Zeit recht eifrig bereist. Was aber die Massen betrifft, so haben viele Hunderttausende Oesterreicher das Land nach allen Richtungen durchzogen und nicht nur in Nachtmärschen, sondern auch bei Tage, mit offenen Augen. Wir möchten uns erlauben, sofort zehntausend Zeugen dafür aufzurufen, wie der ungarische Landwirt im Banat, in der Bacsta, an der oberen Theiß lebt. Und das mag dem Grafen Tisza zur Beruhigung dienen — sagte er doch selbst: „Je besser sich die richtige Erkenntnis der Verhältnisse durchsetzt, um so besser für uns.“ Es ist für die eingehende Erkenntnis der Verhältnisse schon gesorgt, nur sind die Sachkundigen bisher nicht zu Worte gekommen — bis das der Fall sein wird, muß alles besser werden.

Darum möge sich Graf Tisza unverzagt an Oesterreichs Öffentlichkeit selbst wenden. Des Wortes mächtig wie kaum einer, möge er etwa in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte in Wien oder, wo er sonst meint, über Ungarns Ernährungssystem Aufklärung

2./III. 1917

3

Die Ersatzstoffversorgung.

Von Professor Dr. Karl Brabek,
Sekretär der n.-ö. Handelskammer.

Die Teuerung und die Knappheit der Lebensmittel und Gegenstände des Haushaltungsbedarfes hat die Aufmerksamkeit der berufenen Amtsstellen und der Verbraucherkreise auf den Verkehr mit Surrogaten gelenkt. Nach einer amtlichen Mitteilung, welche vor kurzer Zeit in den Tagesblättern veröffentlicht wurde, sind die Zentralstellen gewillt, die technische Ueberprüfung der im Verkehr befindlichen Ersatzstoffe zu veranlassen. Seit der Wirksamkeit des Gesetzes über den Verkehr mit Lebensmitteln, also seit zwanzig Jahren, obliegt die technische Untersuchung der Lebensmittel und gewisser Gebrauchsgegenstände, insbesondere auch der kosmetischen Mittel, den staatlichen oder behördlich anerkannten Untersuchungsanstalten; ihre Befunde und Gutachten sind die Grundlagen des Richterspruches im Lebensmittel-Strafverfahren. Das von einer Spezialkommission nunmehr gänzlich vollendete Nahrungsmittelbuch, der Codex alimentarius austriacus, bietet durch die Festsetzung von einheitlichen Untersuchungsmethoden und Grundsätzen für die Klassifikation der Beantwörungen die Voraussetzungen für eine gleichförmige Beurteilung der objektiven Tatbestände. Die Kommission ließ sich, getreu den Intentionen des Gesetzgebers, bei ihren Arbeiten in erster Linie von dem Gesichtspunkte des Verbraucherschutzes leiten. Bedrohungen der menschlichen Gesundheit und vermögensrechtliche Schädigungen wurden, soweit sie nicht schon nach den Vorschriften des allgemeinen Strafgesetzes Deliktcharakter besitzen, durch das Lebensmittelgesetz als strafbare Tatbestände qualifiziert; durch das Nahrungsmittelbuch soll dem Richter die Beurteilung der Tatbestände vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkte nähergerückt werden. Die Wahrnehmung, daß die Produktions- und Handelsverhältnisse jedes Lebensmittel registriert und gewürdigt werden und den Gebräuchen des realen Verkehrs uneingeschränkte Anerkennung zuteil wird, läßt erkennen, daß die Kommission ihre Aufgabe nicht einseitig gelöst hat, sondern auch die mit dem Verbraucherschutz vereinbarlichen Interessen der Erwerbstätigen zu schützen bestrebt war. Besonders deutlich tritt die Absicht, den Verbraucher ebenso wie den redlichen Händler gegen Auswüchse des Verkehrs zu schützen, in den Vorschriften über die Bereitung und Bezeichnung von Lebensmitteln hervor, welche auf die Uebungen des redlichen Verkehrs Bezug nehmen und diesen die unlauteren Verfahrensarten und mißbräuchlichen Benennungen gegenüberstellen.

Es ist eine durchaus zutreffende Erwägung, daß die Fürsorge für eine ordnungsmäßige Approvisionnementierung jede Konzeption an die Industrie und den Handel rechtfertigt, welche die Existenzbedingungen dieser Stände sichert, „ohne die Gesundheit oder das Vermögen der Verbraucherkreise zu bedrohen“. Dieser „Nachsatz“ soll in seiner Anwendung auf die Beurteilung von Surrogaten doppelt unterstrichen werden. Es darf über der zweifellos großen Gefahr gesundheitlicher Benachteiligung und vermögensrechtlicher Uebervorteilung die ökonomische Bedeutung der Surrogate nicht übersehen werden, insbesondere für Waren von hohem Handelswerte der minderkräftigen Bevölkerung Ersatz zu bieten; eine Aufgabe, welche in Kriegszeiten, wo die Dürftigkeit des Marktes die zureichende Versorgung aller, auch der bemittelten Kreise erschwert, von besonderer Wichtigkeit ist.

Im Codex alimentarius wurde den Surrogaten, soweit sie bisher schon marktgängig waren, eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende, objektive Beurteilung zuteil. Fern von Ueberschätzung ihres Wertes, aber auch weit entfernt von der Absicht, extremen Ernährungsmaximen die Ersatzstoffversorgung zu opfern, wurden, ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes, die im realen Verkehr mit Surrogaten bestehenden Uebungen und Gebräuche festgelegt, welche die rechtliche Grundlage der Surrogatwirtschaft bilden. Die Surrogate stellen sich regelmäßig als die Nachbildung eines Naturproduktes dar. Es ist daher stets zu untersuchen, was nach der Auffassung des realen Verkehrs im Hinblick auf den verwendeten Stoff als ordnungsmäßige Erzeugung anzusehen ist. Der Zusatz von Stoffen zu einem Lebensmittel begründet, wenn er eine Täuschung über dessen Zusammensetzung bewirken kann, eine Fälschung. Die Einschlebung von Ersatzstoffen ist also nur dann zulässig, wenn in den Verkehrskreisen über ihre wirkliche Beschaffenheit kein Zweifel bestehen kann. Es ist daher für die bekannten Surrogate die herkömmliche stoffliche Zusammensetzung vorgeschrieben und alles verpönt, was zur Verschleierung der wirklichen Beschaffenheit oder zur Verdeckung des tatsächlichen Quantitätsverhältnisses der Stoffmischung dienen könnte. Daß der Zusatz gesunderheitschädlicher Stoffe untersagt ist, bedarf keiner besonderen Erklärung. Bei Surrogaten besteht aber in erhöhtem Maße die Gefahr, daß zwar gesunderheitsunschädliche, jedoch vollkommen wertlose Füllstoffe lediglich zum Zwecke der Gewichts- oder Quantitätsvermehrung Verwendung finden. Der Zusatz solcher Stoffe beeinträchtigt nicht nur den Ernährungszweck, sondern beinhaltet auch die Gefahr einer erheblichen vermögensrechtlichen Schädigung des Verbrauchers. Diesen Gefahren wird der Deklarationszwang und die Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Bezeichnung entgegengesetzt, wodurch am besten das Vorurteil bekämpft wird, dem die Surrogatverpflügung allenthalben begegnet. Der Surrogatmarkt hatte seit jeher besonders unter

Schädigungen zu leiden, welche ihm durch unlautere Manipulationen und wahrheitswidrige Anpreisungen zugefügt wurden. Der Codex alimentarius fordert daher, daß durch die Bezeichnung des Surrogates vollkommene Klarheit über seine Zusammenlegung geschaffen wird: So wird beispielsweise für die Kaffeesurrogate der Grundsatz aufgestellt, daß in erster Linie ihrer Bezeichnung Beachtung zu schenken ist; diese müsse der tatsächlichen Beschaffenheit der Ware entsprechen. Phantasiennamen, deren Konstruktion offenbar auf die Täuschung der Käufer berechnet ist, werden abgelehnt und nur die herkömmlichen Bezeichnungen dieser Art als zulässig erklärt. Die Vorschriften über Biersurrogate stützen sich auf die Ministerialverordnung vom 2. April 1900, wonach hierähnliche Getränke derart zu bezeichnen sind, daß hieraus die etwaige Verwendung von Darmmalz- oder Hopfensurrogaten ersichtlich ist. Für Obst-, Beerens- und Malzwein ist die Deklaration der Fruchtgattung, aus welcher die Bereitung erfolgte, vorgeschrieben. Die in normalen Zeiten äußerst selten wahrgenommenen Zusätze bei der Brotbereitung aus Roggen- und Weizenmehl, wie beispielsweise Leguminosenmehl, Fleischnmehl, Hafermehl, Reismehl und Kartoffelbrot, sind deklarationspflichtig.

Die Orientierung über die Beschaffenheit des Surrogates ermöglicht dem Käufer die Beurteilung seiner wirtschaftlichen Werte und verhindert die übertriebene Bewertung. Wo die Gefahr der Täuschung über den tatsächlichen Ernährungswert in erhöhtem Maße besteht, wurden durch Spezialgesetze besondere Maßnahmen zum Schutze der Verbraucher getroffen. Es sei hier nur auf die Bestimmungen des Margarinegesetzes vom Jahre 1901 verwiesen, welches nicht nur die genaue Erkennlichmachung dieser Surrogate, sondern auch eine weitgehende Kontrolle ihrer Herstellung vorschreibt.

So sehr die eben erörterten Grundsätze eine verlässliche, den Interessen der realen Handelskreise und der Verbraucher dienliche Beurteilung der bekannten Surrogate verbürgen, so reichen sie doch zur Entscheidung über die Zulässigkeit neuer, dem Verkehr bisher gänzlich fremder Ersatzstoffe nicht aus. In Kriegszeiten, wo die Gefahr unlauterer Machenschaften illegitimer Kreise und spekulativer Ausnützung nahrungswirtschaftlicher Neuerungen in erhöhtem Maße besteht, muß eine unsichere Ernährungspolitik außerordentliche Schutzmaßnahmen vorsehen. Gegenwärtig spielt außer der den Gesundheits- und Ernährungsrücksichten entsprechenden Herstellungsweise die Preisfrage eine hervorragende Rolle. Gegenüber dieser verliert das Quantitätsverhältnis der zur Vermischung gelangenden Stoffe an Bedeutung; die Deklaration ist wohl insofern wesentlich, als sie die Orientierung des Käufers über die Beschaffenheit der Ware und ihren Ernährungswert erleichtert. Eine wesentliche Erfolgsbedingung der auf die Ersatzstoffversorgung gerichteten Bestrebungen bildet jedoch die Erstellung angemessener Preise. Die bekannten Schwierigkeiten des Preisproblems spielen auch in die Frage der Surrogatversorgung hinein. Ja, sie treten hier in verschärfter Weise hervor, weil für die Beurteilung der Preisangemessenheit von Ersatzmitteln, die dem Verkehr bisher fremd waren, die Grundlage des Vergleiches zwischen dem Friedenspreis und dem Kriegspreis fehlt. An die Lösung der Preisfrage muß mangels jeglicher Erfahrung behufsam herangetreten werden. Von ihrer richtigen Lösung hängt zum großen Teile die Ertragsfähigkeit der Surrogatwirtschaft ab. Vor allem müssen zwei allgemein zutreffende Gesichtspunkte auch hier festgehalten werden: Die Ertragsfähigkeit des Preises und die Rentabilität der Fabrikation. Ueberdies ist die Herstellung einer vernünftigen Relation zwischen dem Ernährungswert und dem Preise des Surrogates unerlässlich. Diese Voraussetzungen erfordern die Prüfung der Marktverhältnisse im allgemeinen, sowie der besonderen Verhältnisse, welche die Herstellungskosten und Betriebskosten der Surrogatherstellung beeinflussen; des Anschaffungspreises der Stoffe, welche bisher vielfach anderen Zwecken dienten, der Investitionskosten für technische Neuerungen des Betriebes, der außerordentlichen Produktions- und Betriebskosten, Deklaration der Beschaffenheit, wahrheitsgemäße Bezeichnung und behördliche Preisfestsetzung werden die beste Empfehlung für Surrogate sein. Wird überdies für Fälle, wo die analytische Bestimmung des Quantitätsverhältnisses der Beimischungen auf Schwierigkeiten stößt, die behördliche Kontrolle der Fabrikation vorgeesehen, dann wird der Konsum den Surrogaten nicht mit Mißtrauen begegnen. Surrogate, welche nicht mit diesen Kautelen ausgestattet sind, werden als zweckloser Ballast des Verkehrs empfunden werden. Im Deutschen Reiche wurde die Bundesratsverordnung über die „äußere Kennzeichnung der Waren“ durch Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers ergänzt, welche in vielen Beziehungen auf den erörterten Prinzipien fußen: Konserven von Fleisch, Gemüse, Obst und Milch, Fleischextrakte, Kaffeemischungen, Kakaoersatzmittel, Kunsthonig und sonstige Fetterersatzstoffe sollen in der Packung in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise den Namen der gewerblichen Betriebsstätte enthalten, in der die Ware hergestellt wurde, ferner die Zeit der Herstellung und der Füllung, die handelsübliche Bezeichnung des Inhaltes, das Mindestgewicht der Konservengrundlage, also bei Gemüse- und Obstkonserven das zur Zeit der Füllung vorhandene Mindestgewicht des Gemüses oder Obstes ohne Einrechnung der der Konserven zugesetzten Flüssigkeit, und schließlich die Angabe des Kleinverkaufspreises. Die Bedeutung dieser Deklarationspflicht darf keineswegs unterschätzt werden, ebensowenig die unausgesetzte Bemühung der „Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise“ von um die Erstellung angemessener Preise für Surrogate.

Man hat in Oesterreich die technische Ueberprüfung der Surrogate angeordnet. Erfolg verspricht nur eine umfassende Organisation der Ersatzstoffversorgung in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Eine Rede des Ministerpräsidenten.

Lebensmittel zu herabgesetzten Preisen.

Gestern vormittags fand, wie bereits kurz berichtet, beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic eine Besprechung in Angelegenheit der von der Regierung geplanten Konfiskation zur Erleichterung der Lebensführung der mindestens bemittelten Volksschichten statt. Anwesend waren: Minister Dr. Baernreither, Minister für Landesverteidigung Generaloberst Freiherr v. Georgi, Finanzminister Dr. v. Spitzmüller, Minister Oth. Höfer, Statthalter Freiherr von Bieleben, Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Obermagistratsrat Dost, Polizeipräsident Freiherr v. Gorup, Frau Emmy freundlich, Frau Helene Granitsch, Gräfin Gertrude Walterskirchen, Frau Berta Weiskirchner, Maschinenmeister Becher, die Reichsratsabgeordneten Dr. Dinghofer, Ederich und Dr. Freißler, Gemeinderat Gruber (Ding), Gewerkschaftssekretär Muchitsch, Vizepräsident Kaske (Brünn), Oberlandesrat Dr. Neuner, die Reichsratsabgeordneten Dr. Kerner, Dr. Smeral und Banek sowie Kanzleidirektor Dr. Buh.

Das Programm des Ministerpräsidenten.

Die Linderung der Existenzsorgen.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinic eröffnete die Besprechung mit folgenden Ausführungen:

„Ich gestatte mir, die verehrte Versammlung namens der Regierung zu begrüßen und Ihnen, geehrte Damen und Herren, für Ihr Erscheinen wärmstens zu danken.

Der Grund, der die Regierung beranlaßt hat, Sie aufzufordern, heute hier zu erscheinen, ist folgender: Der Kampf ums Dasein hat Formen angenommen und Erscheinungen gezeigt, denen die Regierung nicht mit verschrankten Armen zusehen kann noch will. Es ist Pflicht der Regierung, in dieser schwersten aller Zeiten, jenen, auf denen die Existenzsorgen am schwersten lasten, zur Seite zu stehen, so gut sie irgendwie kann. In dem fürchterlichen Verteidigungskampfe, den wir durchzuführen haben, hat nicht nur der Mann im Schützengraben das Allerbeste getan an Erfüllung der Pflicht gegenüber dem Vaterlande, auch das Hinterland hat Großartiges geleistet in nicht rastender Arbeit und im geduldigen Ertragen aller schweren Opfer. Und da läßt sich nicht leugnen, daß es heute weite Schichten der Bevölkerung gibt, für die das Ertragen aller Entbehrungen und Erschwernisse ungemein drückend geworden ist; und dies wirkt um so härter, als es andererseits feststeht, daß manchenorts wieder nicht nur von keinem Darben gesprochen werden kann, sondern daß manche Schichten noch im Ueberflusse leben. Hier ist es meines Erachtens heute Pflicht der Regierung, einzugreifen, um zwischen Ueberfluß und Elend einen Ausgleich zu schaffen.

Zwei Arten von Elend.

Ich glaube, daß man hier von zwei Arten von Elend sprechen muß. Erstens von jenem, das durch zeit- und stellenweise eintretenden Mangel an Lebensmitteln entsteht, und hier muß die Staatsverwaltung soweit als möglich durch Beschaffung von Lebensmitteln helfen.

Aber wir haben speziell eine zweite Kategorie von Elend vor Augen, nämlich jenes, das dort herrscht, wo zwar genügend Lebensmittel vorhanden, dieselben jedoch nur um solche Preise zu erhalten sind, daß sie für breite Schichten der Bevölkerung unerschwinglich und infolgedessen für sie nicht zu haben sind. In diesen Fällen wäre die Möglichkeit vorhanden, dadurch abzuheilen, daß durch Mittel, die der Staat zur Verfügung stellen müßte — und ich kann Ihnen mitteilen, daß Seine Excellenz der Herr Finanzminister sich dazu bereit erklärt hat —, jene Lebensmittel für die ärmsten Schichten der Bevölkerung sichergestellt und zu einem bedeutend herabgesetzten Preise zugänglich gemacht würden, so daß die Lebensführung dieser Kreise wesentlich erleichtert würde.

Die Organisation der Hilfeleistung.

Nun handelt es sich um zwei Fragen:

1. Wie werden jene Kreise der Bevölkerung erfaßt, die diese staatliche Hilfe am dringendsten brauchen, wobei auch die weitere Frage zu beantworten sein wird, auf welche Gebiete sich diese Fürsorge zu erstrecken habe?; und

2. auf welche Art und Weise wird in der früher erwähnten Richtung für die Bezugserleichterung und für die Verbilligung der Lebensbedürfnisse am zweckentwackendsten vorgehrt?

Ueber diese Fragen möchten wir heute Ihre Ansicht, Ihren Rat hören, wobei ich bemerke, daß im weiteren Verlauf der Besprechung der Herr Finanzminister sich erlauben wird, Ihnen seine Vorschläge in der Angelegenheit der Unterhaltsbeiträge vorzubringen.

Die erwähnten zwei Fragen sind von allergrößter momentaner Wichtigkeit und die Regierung hofft, wenigstens eine ziemliche Besserung in diesen Belangen erzielen zu können.

Aufgaben der sozialen Fürsorge.

Aber, verehrte Versammlung, das sind zwei Fragen, herausgenommen aus dem ganzen großen Komplex, den wir als unser sozialpolitisches Programm bezeichnet haben. Und wenn ich heute die Gelegenheit habe, vor einer größeren Anzahl von Vertretern des öffentlichen Lebens zu sprechen, so sei mir gestattet, etwas näher darauf einzugehen. Lassen Sie mich die wichtigsten Aufgaben der sozialen

Fürsorge, die, im Kriege zu so eminenter Bedeutung herangewachsen, in den Zeiten nach dem Kriege erst in ihrer ganzen Schwere und ihrem ganzen Gewicht an uns herantreten werden, einmal zusammenfassend gruppieren.

Dies sind die Fragen der Volkshygiene, der Jugendfürsorge, der Invalidenfürsorge, der Sozialversicherung, der Wohnungsfürsorge und des Arbeitsmarktes.

Bezüglich der Volkshygiene möchte ich nur auf den Kampf gegen die Volksleiden hinweisen und die hohe Wichtigkeit der Tuberkulosebekämpfung erwähnen; ein Gebiet, auf dem die Folgen des Krieges wohl lange nachwirken werden und wo mit aller Energie zuzugreifen nicht nur unsere Pflicht, sondern auch eine der dankenswertesten Aufgaben ist.

In der Jugendfürsorge ist uns Ihre Majestät, unsere allergnädigste Kaiserin, beispielgebend und begeisternd vorgegangen. Es wird ein neues Jugendamt gegründet werden, dessen Arbeitsgebiet sich auf die gesamte Jugendfürsorge vom Säuglingsschutz bis zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend und zum Kampfe gegen die Verwahrlosung der Jugend erstrecken wird.

Und da lassen Sie mich etwas sagen, was sich nicht nur auf die Jugendfürsorge bezieht; das gilt für alle Gebiete der sozialen Fürsorge: Das sind Aufgaben, die nicht der Staat allein und die nicht das öffentliche Leben allein lösen können. Nur das Zusammenwirken beider kann eine gedeihliche Arbeit verbürgen. Und dieses Zusammenwirken wollen wir eifrig anstreben. So sollen alle vereinsmäßigen und gesellschaftlichen Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge zusammengefaßt und in engen Kontakt gebracht werden mit der diesbezüglichen staatlichen Tätigkeit. Der Kaiserin Rita-Jugendfürsorgefonds soll das Zentrum werden für die diesbezügliche Betätigung der öffentlichen Wohltätigkeit.

Was die Invalidenfürsorge betrifft, so nenne ich als ihre wichtigsten Aufgaben nur die Nachbehandlung und Schulung der Invaliden, deren Berufsberatung, die Arbeitsvermittlung und die Ansiedlung in Kriegerheimstätten.

Auversichtliche Ausblicke.

Und wenn ich noch einige Worte über die Sozialversicherung sagen darf, über die Notwendigkeit ihrer Reform und ihres Ausbaues, über die Wichtigkeit der Alters- und Invalidenversicherung — wenn ich aus den Fragen der Wohnungsfürsorge die Förderung des Baues von Kleinwohnungen, die Frage der Kriegerheimstätten, aus den Fragen des Arbeitsmarktes die Regelung der Auswanderung, die Ausgestaltung der Arbeitsvermittlung heraushebe, so bleibt mir nur noch ein großes Gebiet zu erwähnen — das ganze Gebiet der Ernährungs politik.

Heute leben wir in einer Notlage und müssen trachten, durchzukommen; und wir werden durchhalten — zwar mit großen Entbehrungen und Opfern, aber wir werden durchkommen, und endlich „es muß doch Frühling werden“ — und die Donau wird offen sein, und rumanisches Getreide wird kommen und mit ihm, so Gott will, eine bedeutende Erleichterung der Ernährungsfrage.

Aber endlich wird der Friede doch kommen, und da dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, daß mit diesem Augenblick die Nahrungsfragen gehoben sein werden. Da wird es dann heißen, eine vernünftige Produktionspolitik mit einer ebensolchen Konsumpolitik in Einklang zu bringen. Auch das ist ein Gebiet unermesslich großer Aufgaben.

Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen mit kurzen Worten eine Zusammenfassung der sozialpolitischen Aufgaben der Regierung zu entwerfen. Wir gehen an diese Aufgaben mit dem uns stärkenden Bewußtsein, daß die gedeihlichste Lösung dieser Fragen Seiner Majestät, unserem allergnädigsten Kaiser, im Interesse der Bevölkerung vor allem anderen am Herzen liegt. Alle diese Fragen werden von der Regierung mit eifrigem Eifer bearbeitet, und wenn wir bisher nicht viel davon gesprochen haben, so kommt dies daher, daß wir unsere Zeit zum Arbeiten brauchen. Aber so, wie ich früher erwähnt, daß die einzelnen sozialen Fragen nicht vom Staate allein und nicht von der Gesellschaft allein, sondern nur von beiden zusammen gelöst werden können, so kann die Regierung aus ihrem Arbeitszimmer heraus auch nicht allein an die Lösung aller dieser Probleme schreiten. Sie kann dieselben nur lösen mit der Bevölkerung zusammen, und gestatten Sie, daß ich Sie noch einmal an die von uns bei Uebernahme der Regierung abgegebene Erklärung erinnere, die sagte, daß wir den Weg zum Parlament finden wollen, und ich möchte dies heute wiederholen mit der aufrichtigen Hoffnung, daß dies bald möglich sein wird.“

Nach dieser Ansprache des Ministerpräsidenten entwickelte sich über die zur Erörterung gestellten Fragen eine eingehende Debatte, an der sich alle Erschienenen lebhaft beteiligten.

Provisorische Maßnahmen der Landesregierungen.

Am Schlusse der Sitzung resümierte der Ministerpräsident die zum Ausdruck gebrachten Meinungen und stellte in Aussicht, daß die Regierung an die Landesregierungen unterteilt in dem Sinne Weisungen ergehen lassen wird, daß sie an der Hand des Ergebnisses der Besprechung und nach Fühlungnahme mit der betreffenden bestehenden Organisation unmittelbar provisorische Maßnahmen zu dem Zwecke treffen, um den durch den Krieg am schwersten betroffenen Schichten der Bevölkerung, speziell in der nächsten Zeit die Versorgung mit Lebensmitteln, namentlich mit Fleisch, zu erleichtern. Die hierzu notwendigen Geldmittel werden den

Landesregierungen vom Finanzminister zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der Schaffung der definitiven Organisation, die vom Amte für Volksernährung bereits eingeleitet ist, werden die Landesregierungen ihre Vorschläge binnen vierzehn Tagen der Regierung zu erstatten haben.

Wuse Kriegskost nach österreichischem Geschmack.**Käse als Ersatz von Speck zum Spicken.**

Der Speckmangel macht sich in der Küche oft sehr schwer fühlbar, besonders bei verschiedenen Braten, welche man gewöhnt ist zu spicken. Wenige werden aber wissen, daß vollfetter Käse den gleichen Dienst tut, es ist dies ein alter Küchenkniff. Man kann dazu ganz gut den holländischen Goudakäse, den Gibamer oder auch den Schweizerkäse verwenden. Die Streifen werden etwas dicker wie der Speck geschnitten. Wenn man jeden Käsestreifen der Länge nach schräge durchschneidet, bekommt man zwei keilförmige Teile, möglichst fingerlang. Dieselben werden, indem man mit einem spitzen Messer tiefe Löcher in das betreffende Fleisch macht, dort hineingesteckt; man kann auch den Käse vorher etwas in gestohlenen Gewürz walzen. Selbst Neulinge kann man mit dünnen Käseplatten umwinden und sie dadurch zarter und saftiger machen, ebenso Fleisch und Gase damit spicken.

Bohnenschnitten.

15 Delagramm Bohnen kocht man weich. Damit sie schneller weich werden, weicht man sie über Nacht ein oder kauft sie auch nach vorherigem Vorkochen über Nacht in die Kochtöpfe geben. Man passiert sie durchs Sieb. 4 Delagramm Butter mit 1 Dotter, 10 Delagramm Zucker, Zitronensaft und abgeriebene Schale von einer halben Zitrone abreiben, die passierten Bohnen dazu und zulezt den Schnee von einem Ei, ein halbes Backpulver dazu. Eine längliche Biskuitform gut ausschmieren und mit Mehl oder Bröseln austauben und backen. Man kann dann, nachdem es gebacken und gestürzt ist, je zwei und zwei Schnitten mit Marmelade füllen oder zuckern.

Zweischichtenstrudel.

Reichgelochte entkernte gedörrte Zweischichten, vermischt mit etwas Meizen und Hirnt, sowie Staubzucker, füllt man in einen ausgewalkten Erdbäpfeleig, welchen man ohne Ei bereiten kann. Man rollt ihn zusammen, gibt ihn in eine Serviette, beizen Enden man zusammenbindet, und kocht den Strudel in Salzwasser. Er wird beim Anrichten in Stücke geschnitten und mit Hirnt und Zucker bestreut.

Rosa R.

Kartoffelkrapfen.

Masse: 2 Delagramm Butter, 2 Eier, 1 Delagramm Gern, etwas Salz, 18 Delagramm gelochte Erdbäpfeln heiß durch die Presse treiben, 18 Delagramm Kartoffelmehl, 3 Eßlöffel aufgelöste Trockenmilch oder Kondensmilch. Milch, Butter und Eier werden nun abgetrieben, dann kommen die passierten

Erdbäpfel dazu, die in der Milch gelöste Gern und zum Schluß das Mehl. Nun werden kleine Knödel geformt, die man nochmals auf dem Brette zugedeckt gehen läßt. In Fett herausbacken, mit Fruchtstift servieren.

Erdbäpfelstrudel Nr. 1.

2 Delagramm Zucker, 2 Dotter, 17 Delagramm passierte gelochte Erdbäpfel, eine Handvoll gedörrte geschnittene Mandeln, ein paar Rosinen und Vanillezucker. Nun verarbeitet man einen gewöhnlichen Strudelteig, füllt ihn zur Hälfte, betropft ihn mit kalter zerlassener Butter und bäckt ihn im Rohr.

Erdbäpfelstrudel Nr. 2.

Es wird ein gewöhnlicher Erdbäpfelteig bereitet, dann ausgewalkt und mit gedörrten gezuckerten Bröseln bestreut. Nun rollt man den bestreuten Teig wie einen Strudel zusammen, legt ihn in eine Serviette, kocht ihn 15 Minuten und serviert ihn mit Butter. Serviert wird er schneckenartig zusammengerollt.

Gelbe Rüben nach Eugenburg-Mod.

In einer Kasserolle läßt man etwas Fett heiß werden, gibt nudelig geschnittene Rüben hinein und staubt sie leicht. Rührt sie so lange, bis das Mehl kofien bleibt, vergießt sie dann mit kaltem Wasser und gibt etwas Salz und feingehackte Zwiebeln hinein. Dies läßt man nun weichdünsten. Vor dem Anrichten gibt man nun einige Löffeln aufgelöste Trockenmilch, die mit ein paar Tropfen Zitrone wie Rohm hergerichtet wurde, dazu. Die Rüben verlieren dadurch den stählischen Geschmack vollständig und schmecken wie gedünstete Schwämme.

Ella E.

Weisse zu überlegen, was mit dem Engländer anzufangen sei; dann aber wurden langsam und sehr vorsichtig die Seeventile geöffnet und nach acht Stunden war der Dampfer von der Meeresfläche verschwunden. Die Berechnung der Deutschen war auch in diesem Falle sehr richtig, denn hätten sie dem Dampfer einen Torpedo geschickt oder Bomben in ihn gelegt, so wäre alles im Umkreis von vielen Meilen — und darunter auch das deutsche Schiff selbst — durch die Explosion der riesigen Pulverladung zerstört worden.

Am 9. Dezember wurde der in Liverpool beheimatete Dampfer „Cambrian Rongs“ versenkt, der mit Stüdgut und 28 Mann Besatzung von Baltimore nach Liverpool unterwegs war; am nächstfolgenden Tage bereits kam der der White Star Line gehörige „Georgie“ in Sicht, der außer 7000 Tonnen Stüdgut gegen 1200 Pferde geladen hatte. Der deutsche Kreuzer feuerte vier scharfe Schüsse ab, bevor der englische Dampfer, der sich auf der Fahrt von Philadelphia nach Brest befand, endlich abstoppte. An Bord des Engländer's schien eine unbeschreibliche Panik ausgebrochen zu sein, denn gegen 50 Mann, die anscheinend geschlafen hatten, eilten wie besessen auf Deck und stürzten sich im bloßen Hemd ins Meer; dabei hatte ihnen bis dahin niemand auch nur das geringste getan. Es stellte sich in der Folge heraus, daß das Schiff in der Hauptsache Baumwolle geladen hatte; es sank deshalb, trotz der Deffnung der Ventile, sehr langsam und bekam nach Verlauf von fünf Stunden einen Torpedo zugesendet. Bei dessen Aufschlag rissen sich selbstverständlich sämtliche Pferde los und suchten schwimmend den deutschen Kreuzer zu erreichen; sie erreichten ihn teilweise auch und hieben in ihrer Todesangst gewaltsam mit den Hüfen gegen die Schiffswände, wie Aufnahme begehrend, ein, es konnte ihnen jedoch nicht geholfen werden; sie verblieben samt und sonder's im Atlantic . . .

Am 11. Dezember tauchte endlich der englische Dampfer „Narrowdale“ auf, der mit Stüdgut auf der Fahrt von Philadelphia nach Havre begriffen war und gewiß nicht ahnte, welches Schicksal seiner mitten im Atlantischen Ozean wartete. Inzwischen hatten sich auf dem deutschen Kreuzer von den in der Zwischenzeit versenkten Schiffen gegen 500 Mann angesammelt; dieser Belastung wollte sich der Kreuzer geru entledigen und er folgte deshalb zwei Tage lang dem „Narrowdale“, der sich der Verfolgung vergeblich zu entziehen suchte.

Das Wetter war vorerst außerordentlich ungünstig; als es sich jedoch langsam gebessert hatte, schickte der deutsche Kapitän zwanzig Mann zum „Narrowdale“ hinüber und zwang das Schiff auf diese Weise, sich dem Kurs des deutschen Kreuzers anzuschließen. Nach einigen Tagen tauchte dann der Kohlendampfer „Saint-Theodore“ aus London auf, der der Dritte im Bunde wurde, selbstverständlich nachdem er eine entsprechende Prisenbesatzung erhalten hatte . . .

Die Norweger wurden sodann zusammen mit einer Anzahl anderer Seeleute an Bord des „Narrowdale“ gebracht, den Leutnant zur See v. Bassewitz bekanntlich am Sylvestertag in Swinemünde einbrachte.

Ueber den Aufenthalt an Bord des gelaperten Schiffes und dessen Führer äußert sich der Norweger folgendermaßen:

Einen so merkwürdigen Menschen wie den Führer dieses Schiffes habe ich meiner Lebzeit nicht gesehen, und ich wundere mich heute noch, wie er überhaupt zu leben vermochte. Er schlief überhaupt niemals. Von dem Tage an, an welchem er das Kommando übernahm, bis zu dem Augenblick, wo wir das Schiff in Swinemünde verließen, blieb er harträchtig an Deck, und das einzige, was er sich an Ruhe gönnte, war, daß er ab und zu für einige Augenblicke in seinem Sessstuhl einnickte. Dieser Mann, aus dem eine rücksichtslose Energie sprach, schien wirklich nicht Kleinkrieger zu sein . . .

Wir steuerten an der Südküste von Island vorüber auf Norwegen zu und erlebten, als wir uns mit der Zeit den deutschen Gewässern näherten, noch das merkwürdige Schauspiel, zwei junge Engländer, die von einem bewaffneten Handelsdampfer stammten, im bloßen Hemd über Bord springen zu sehen, und zwar mitten in der Nacht. Sie fürchteten, wie sie später aussagten, in Deutschland zu harten Strafen verurteilt zu werden; ein deutsches Patrouillenschiff, das sich dem „Narrowdale“ mittlerweile angeschlossen hatte, fischte beide auf, und es hatte den Anschein, als wären sie ganz froh gewesen, dem zu dieser Zeit ziemlich kühlen Meer wieder auf eine so glimpfliche Weise entronnen zu sein.

Am 31. Dezember lief der „Narrowdale“, von allen Seiten auf das freudigste begrüßt, in Swinemünde ein; wir wurden jedoch erst dort, dann aber in Neustrelitz untergebracht und konnten erst am 27. Jänner nach Erledigung von mannigfachen Formalitäten in die Heimat zurückkehren. Daß wir froh sind, hier nach Ueberwindung von mancherlei Fährlichkeiten wieder angelangt zu sein, bedarf wohl kaum erst einer besonderen Erwähnung.

Aus Wiener Arbeiterhaushalten.

Nochmals die Untersuchungen des Arbeitsstatistischen Amtes.

Die Arbeiter-Zeitung hat die vom Arbeitsstatistischen Amt herausgegebene Schrift: „Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien in den Jahren 1912 bis 1914“, die kürzlich erschienen ist, bereits besprochen. Das statistische Sonderheft zur „Sozialen Rundschau“ und die reiche Arbeit, die in ihm ruht, rechtfertigen es aber, wenn wir noch einige Blicke in dieses Werk tun. Es ist das Ergebnis jahrelanger Sorge und Arbeit. Der Band faßt das Schicksal von 119 Arbeiterfamilien zusammen, und zwar wirtschaftlich stehender Wiener Arbeiter, so wie es sich vor dem Kriege dargestellt hat. Um dies zu erreichen, war es nötig, daß diese 119 Arbeiter und mit ihnen noch viele andere, deren Wirtschaftsrechnungen vorläufig unbearbeitet blieben, ein ganzes Jahr hindurch Tag um Tag genaueste Aufschreibung über alle ihre Einnahmen und Ausgaben führten, und jahrelang saßen dann die Bearbeiter der Rechnungen darüber, um

Die Arbeiter zur Lebensmittelfrage.

Gegen den preußischen Landwirtschaftsminister.

Die verschiedenen Deutschen Gewerkschaften — Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.), Politische Berufsvereinigung, Arbeitsgemeinschaft für das Einheitliche Angestelltenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände — haben gemeinsam an den Reichskanzler und den Präsidenten des Kriegsernährungsamts Eingaben gerichtet, die sich gegen die völlig unbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit wenden; die Ursachen dafür sind nicht lediglich in der Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte zu finden. — Die Erklärung für diese unzureichenden Maßnahmen ist darin zu suchen, daß das Kriegsernährungsamt zu sehr von der Durchführung seiner Maßnahmen seitens der Bundesregierungen abhängig ist und besonders durch den Widerstand des preußischen Landwirtschaftsministers gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger beengt wird. Diese Hindernisse einer gerechten Regelung der Ernährung werden von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung mit wachsender Sorge und Erbitterung verfolgt und müssen den bringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamtes, die es unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungszweige macht, nahelegen. — Dem Reichskanzler werden folgende Wünsche unterbreitet:

Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird je eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnis erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamtes mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnehmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterämter des Kriegsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Aufgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Durchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Verkehrs von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückbehaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

In der Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes wird auf die wachsende Erregung der minderbemittelten Bevölkerung hingewiesen. Es heißt dann weiter:

Diese Erregung wendet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich schwieriger gestaltenden Erzeugung die Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Art der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter Leidenden Volkschichten herausfordern muß.

Diese Verteilung entbehrt der strengen und gerechten Ordnung, die in der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbe-

handenen Zustandes soll ich nun der Verbrecher sein, der das Reichsamt des Innern, das Kriegsernährungsamt und die verschiedenen Reichsstellen an Maßnahmen gehindert hat, die im Interesse der Verbraucher sich als notwendig ergeben haben. Das ist keineswegs der Fall. Wieweit meine Kompetenzen noch gehen, möge die bisher unwidersprochen gebliebene Zeitungsnachricht beweisen, wonach im Regierungsbezirk Trier für die Kartoffeln bereits der Anbauzwang eingeführt sein soll. (Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Ich bin als Landwirtschaftsminister für Preußen hiernach nicht gefragt worden (Stürmisches Hört, hört! rechts und im Zentrum), und ich habe mich genötigt gesehen, mich an den Regierungspräsidenten in Trier mit der Frage zu wenden, ob die Nachricht richtig und auf Grund welcher Bestimmungen eine solche Verordnung erlassen ist. (Sehr gut! rechts und im Zentrum. — Zurufe im Zentrum: Sie ist richtig!) Ich mußte das erwähnen, um dem albernem Märchen entgegenzutreten, daß ich derjenige bin, der Maßnahmen von Reichsressorts unmöglich macht. (Sehr gut! rechts.) Auf die Angriffe des Abg. Scheidemann im Reichstage hat der Reichsminister zu meiner Befriedigung sofort geantwortet, und ich tröste mich mit der Erwägung, daß glücklicherweise, wenigstens gegenwärtig noch,

der Deutsche Reichstag nicht in der Lage

ist, preußische Staatsminister zu berufen oder abzusehen. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts und im Ztr.) Ich kann dem Abg. Scheidemann von dieser Stelle aus versichern, daß ich auf meinem Platze ausharren werde (Stürmischer Beifall rechts und im Ztr.), nicht solange es mir beliebt, sondern solange mir der Wille meines Königs und das Vertrauen der Landwirtschaft das Verbleiben ermöglichen. (Erneuter stürmischer Beifall rechts und im Ztr.)

Einen Beweis für den weitgehenden Einfluß und die engen Beziehungen zwischen dem preußischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Stellen im Reich bildet die Eingabe der deutschen Gewerkschaften an den Reichsminister und das Kriegsernährungsamt. Sie ist datiert vom 21. Februar und ist am 23. Februar in die Hände des Reichsministers und des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes gelangt. Ich habe von dieser Eingabe gestern durch die Nummer des „Vorwärts“ vom 4. März Kenntnis erhalten. (Stürmisches Hört, hört! rechts und im Zentrum. — Bewegung.) Diese Eingabe ist die Fortsetzung von Behauptungen, die ich kürzlich bereits mehr oder weniger ausführlich in der „Vossischen Zeitung“, der „Frankfurter Zeitung“, dem „Berliner Tageblatt“ und natürlich in den sozialdemokratischen Blättern lesen konnte. Ich würdige die schwere und schwierige Lage, in der sich die Bewohner der großen Städte und vor allem die industriellen Arbeiter befinden. Ich habe das nie verkannt und vertenne das auch heute nicht, und ich kann ehrlich versichern, daß alle Bemühungen meiner Verwaltung nicht in erster Linie die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger und deren privatrechtlichen Ansprüche, sondern die Interessen der Verbraucher und den Gesichtspunkt im Auge gehabt haben, wie die Lage der Arbeiter und der Städter gebessert und wie ihnen mehr und dauernd Nahrungsmittel und Lebensmittel zugeführt werden können. (Zustimmung rechts und im Ztr.) Wenn ich von diesem Gesichtspunkt auch die Klagen verstehe, die in der Eingabe der Gewerkschaften zum Ausdruck kommen, so kann ich es nicht für gerechtfertigt halten, daß sich diese Klagen zu einer

Anlage gegen mein Ressort und meine Person,

gegen die Regierung, die Wohlhabenden und die Landwirte verichten. Die Eingabe verkennt ganz die eigentlichen Gründe, weshalb wir in diese schwierige Lage geraten sind: die Wirkung des Kriegszustandes, die Schwierigkeiten, unter denen die landwirtschaftlichen Erzeuger arbeiten, und vor allem die bedenkliche Situation, in die uns der teilweise gelungene Auslieferungssplan Englands und seiner Verbündeten gebracht hat. Es hätte mich als Vaterlandsfreund und Wahrheitsfreund viel sympathischer berührt, wenn die Gewerkschaften auf diese Ursachen unserer gegenwärtigen Lage hingewiesen und davon Abstand genommen hätten, die Landwirtschaft zu verdächtigen und für Dinge verantwortlich zu machen, an denen ganz andere Ursachen schuld sind. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Wie recht ich habe, beweisen die Ausführungen in der Eingabe über die Kartoffelversorgung. Sie spricht von einer Einschränkung der Anbaufläche und von einer schlechten Bewirtschaftung. Diese Darstellung der Eingabe über die Gründe unserer Kartoffelnot ist ungetrübter durch jede Sachkenntnis und jede Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. (Sehr richtig! rechts.) Die Anbaufläche ist 1916 im Vergleich zu 1915 um über 20 000 Hektar gestiegen. (Hört, hört! rechts.) Was die schlechte Bewirtschaftung anlangt, so hätte jeder Landwirt dem Verfasser der Eingabe sagen können, worauf die schlechte Kartoffelernte zurückzuführen ist. Wenn man aber den Landwirten den Vorwurf schlechter Bewirtschaftung macht, deren größter Teil im Schützengraben steht, während die Frau daheim mit Befangenen und oft ohne jede andere Hilfe sich bemüht, den Acker zu bestellen, so ist das nicht allein unverständlich, sondern auch sehr bedauerlich. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Eingabe fordert weiter Abstandnahme von jeder Herabsetzung der Kartoffelration, wendet sich gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln und sagt, daß so bald als irgend möglich eine Bestandesaufnahme an Kartoffeln durchzuführen und ein Fütterungsverbot von Kartoffeln für Schweine erlassen wird. (Lachen rechts.) Der Verfasser scheint gar nicht zu wissen, daß eine Bestandesaufnahme für den 1. März bereits seit Wochen angedeutet war, und daß ein vollständiges Fütterungsverbot für Kartoffeln seit dem 24. Oktober 1916 besteht. (Zustimmung.) Aber er tut so, als wenn er erst die Regierung auf diese Dinge bringen müßte. Ich kann für diese Eingabe keine andere Bezeichnung finden als den harten Ausdruck, daß ich es ehrlich und tief bedauere, daß die Gewerkschaften und vor allem die christlichen Gewerkschaften sich dazu haben verleiten lassen,

ein solches Nachwort

(Lebhafte Zustimmung rechts) mit zu unterzeichnen, das in seinen Erfolgen nicht das Ziel erreichen kann, das ich dem Verfasser bona fide zubillige, nämlich eine Besserung der gegenwärtigen Zustände, sondern das verheerend wirken muß in der Stimmung zwischen Stadt und Land. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich bin der festen Überzeugung, daß wenn man diese Eingabe auf dem Lande verbreiten würde, die Landwirte erkaunt und ersäret sein würden über die Unkenntnis, mit der die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande durch Vertreter der Verbraucher und Arbeiter beurteilt werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Eingabe behauptet weiter, ich hätte den Städten verboten, mit den Mastorganisationsverträge abzuschließen. Ich kann den Städten etwas Derartiges überhaupt nicht verbieten und habe es auch nie getan. (Hört, hört! rechts.) Die Bemerkung wird hervorgerufen sein durch einen Schriftwechsel meines Ressorts mit der Stadt Berlin über die Frage, ob der Mastvertrag mit den Mastorganisationsverträgen weiter zur Ausführung kommen könne. Das Landesfleischamt hatte nämlich erklärt, daß die Fortführung in der bisherigen Weise nicht möglich wäre. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, daß trotz der entstandenen Schwierigkeiten Berlin in der Lage geblieben ist, seine Mastverträge mit den pommerischen Mastorganisationsverträgen zur Ausführung zu bringen, selbstverständlich unter dem Vorbehalt, daß die ihm von den Mastorganisationsgesellschaften Stücker auf die übrigen Fleischlieferungen angerechnet werden. Wie wenig ich städtischen Wünschen und Ansprüchen gegenüber feindselig aufgetreten bin, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß ich der Stadt

Tagliche Landmaschad 7. III. 1917 93 20

Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus.

Der Standpunkt der Agrarier kommt heute bei der Beratung der landwirtschaftlichen Verwaltung mit aller Schärfe zum Ausdruck. Herr v. Kardorff eröffnet den Reigen. Er ist deutlich: Wenn der Kartoffelpreis von 4 auf 8 M. stiege, dann wären Kartoffeln, wenn der Butterpreis stiege, dann wäre Butter in Hülle und Fülle da. Die Blöße dieser Stellungnahme scheint der Redner nicht zu empfinden. Gesteht er doch damit zu, daß an der Knappheit der Lebensmittel nicht die Unmöglichkeit der Erzeugung, sondern nur die Preisfestsetzung schuld sei.

Heute ist der Landwirtschaftsminister anwesend. Er hält die schon gestern erwartete Rede. Natürlich weist er zunächst die Angriffe gegen seine Person und sein Amt mit allgemeinen Wendungen zurück, aber er klagt zugleich, daß sein Einfluß durch die vielen Kriegsorganisationen geschwächt sei und ihm der nötige Ueberblick bereits unmöglich wäre. Er werde oftmals gar nicht mehr gefragt. Mit Stolz und Befriedigung stellt der Minister die Unfähigkeit des Deutschen Reichstages fest, preußische Minister abzusehen. Beseidigt fühlt sich der Minister durch den Umstand, daß ihm die Kundgebung der Gewerkschaften zur Ernährungsfrage nicht direkt, wie den anderen Ämtern, zugestellt worden ist. Die Kundgebung selbst hält er für ein Verbrechen, das unabsehbare Folgen durch Erregung ungerechtfertigter Erbitterung haben könne. Wir hören ferner aus dem Munde des Ministers das herbe Wort von dem „teilweisen Gelingen“ der englischen Hungerungspläne. Der Minister setzt sich dann mit den gestrigen Ausführungen des Sozialdemokraten Brown auseinander, und es folgen schließlich Aufklärungen und Richtigstellungen über allerlei einzelne Vorurteile und Gebiete.

Eine hochbedeutsame Rede von großer politischer Tragweite, die sich bei aller Vorsicht doch bedingt gegen den Landwirtschaftsminister richtete, hielt der neue preußische Staatskommissar für Ernährungsfragen, Unterstaatssekretär Michaelis. Er nimmt die verbrecherische Verfühlung von Brotgetreide als erwiesen an. Da werde er fest zuzufassen, da ihm das Amt der Exekutive auf diesem Gebiet zustehe. Kein Minister droht irgendein Ressort ohne ihm hierin Widerstand leisten. Weitere kräftige Worte fallen: „Ich werde ein Schwert nur gebrauchen, wenn es scharf ist. Wer will mir in den Arm fallen?“ Sachlich droht der Staatskommissar mit Zwangsmahregeln bis zur zwangsweisen Entziehung der Selbstbewirtschaftung. Die energische und programmatische Rede des Staatskommissars findet lebhaften Widerhall im Hause. Als aber der Abg. Hoffmann verlangt, daß im Protokoll „Stürmischer Beifall“ stehen müsse, erhebt sich heftiger Widerspruch auf der rechten Seite des Hauses.

Nach dem Staatskommissar spricht der Sozialdemokrat Hofer, der Renommiergutsbesitzer seiner Partei, in ruhiger Weise über landwirtschaftliche Einzelfragen.

75. Sitzung. Mittwoch, 7. März.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Präsident Graf Schwerin-Böwisch eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Meyer-Frankfurt den Wortlaut seiner neulichen Ausführungen über den Kohlenmangel fest.

Hierauf wird die Beratung des

Stabs der landwirtschaftlichen Verwaltung

fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Darüber, daß große Knappheit an Lebensmitteln herrscht, sind wir einig, nicht aber über die Ursachen. Es bestehen sozial Kriegsorganisationen, daß man von Pontius zu Pilatus geschickt wird. An den leitenden Stellen glaubt man, daß man alles organisieren könne. Bei der Kartoffel treten die Fehler besonders in die Erscheinung. Trotz der Ernte von 52 Millionen Tonnen 1915 hatten wir vom Oktober 1915 bis Juli 1916 in den Städten und in den Industriezentren eine chronische Kartoffelnot. Man mußte an das Saatgut herangehen. Damit wurde die jetzige schlechte Ernte verschuldet. Der Preis von 2,50 M. war eben unzureichend. Man hat daraus nichts gelernt. (Sehr richtig.) In diesem Jahr haben wir dieselben Verhältnisse. Man erhöhe den Kartoffelpreis von 4 auf 8 M., dann wird das Unmögliche möglich. (Hört, hört! links.) Der Fehler liegt im System. Mit Zwangsforderungen erreicht man nichts. Der Landrat kann die Erzeuger nicht an die Stippe legen, wie der Fabrikbesitzer seine Arbeiter. Man kann das Wirtschaftsleben nicht jahrelang auf der Selbstlosigkeit aufbauen, sondern nur auf den Vorteil, in jedem Menschen steckt ein Stück Egoismus. Man hat durch schöne Worte und Ber-

sprechung billiger Preise die dauernde Not in den Städten organisiert, hat gegen die ländliche Bevölkerung gehandelt, aber keine Lebensmittel beschafft. Die Arbeiter würden gern hohe Preise zahlen, wenn sie jetzt etwas hätten. Der Wucher mit der Konservenbüchse spotet jeder Beschreibung. Die Lebensmittel, an denen die Landwirtschaft nichts verdient, sind es gerade, die am schlimmsten gestiegen sind. Das Gutachten der Professoren läßt bereits auf eine gewisse Einschränkung schließen und auf Umkehr hoffen. Meinem Kreise ist eine so große Heutlieferung abgefordert worden, daß ich erschrocken bin; dann las ich, daß General Owen erklärte, er könne sich gar nicht lassen vor dem vielen Heu, das ihm angeboten werde. Vor einer Inangriffnahme des Saatgutes kann nicht dringend genug gewarnt werden. Wenn man sich zu einer Erhöhung des Butterpreises entschließt, wird man Butter genug haben! Die Herabsetzung der Viehpreise bedauern wir. Der Milchpreis ist auch heute noch billig. Der Abg. Lippmann hat aus dem Ansehen der Güterpreise geschlossen, daß es der Landwirtschaft gut gehe. Das ist ein Trugschluß. Daraus kann man höchstens folgern, daß es anderen Leuten sehr gut geht, die gern Rittergutsbesitzer werden wollen. Von der Landwirtschaft hat der Abg. Scheidemann, der ja glauben mag, mit seiner Politik die Interessen der hinter ihm stehenden Kreise zu vertreten, gar keine Ahnung. Wenn seine Politik besolgt würde, dann wären wir nicht einmal in der Lage, seine Kriegsziele zu erreichen. Dann ist es mit dem „Jeder trage seine eigene Last“ zu Ende, dann müssen wir selbst die Last der anderen tragen, und dann wäre Scheidemann der Totengräber deutscher Macht und Würde. (Zurufe links.) Wir vertreten die Interessen der Arbeiter besser; auch wir wissen, daß ohne den deutschen Arbeiter der Krieg nicht zu gewinnen ist. Wir arbeiten mit unserer Ernährungspolitik für ihn, Sie (nach links) geben ihm Versprechungen, leere Worte und Bitterkeit; wenn man unsere Politik befolgt hätte, würde der Arbeiter Lebensmittel haben. Die Zahl derer, die jetzt nicht das Geld haben, um sich Kartoffeln zu kaufen, ist gering. (Widerpruch links.) Wenn das Militär heute ausreichend versorgt ist, so ist das ein Verdienst des Landwirtschaftsministers. Segen einen Fehler ist er nicht durchgedrungen. Hoffentlich machen unsere Verhandlungen einen ernsten Eindruck auf die gesamte Staatsregierung. Hoffentlich werden auch die Widerstände, die der Landwirtschaftsminister — es ist ja bekannt — beim Reichsamt des Innern und beim Kriegsernährungsamt gefunden hat, beseitigt. (Beifall rechts.) Diese Instanzen und vor allen Dingen der neu ernannte Staatskommissar mögen sich in allen Fällen des sachverständigen Rates der landwirtschaftlichen Verwaltung bedienen. (Beifall rechts.) Damit vertreten wir keine agrarischen Sonderinteressen, sondern die großen gemeinsamen Interessen des Landes. Es handelt sich nicht um die deutsche Gegenwart, sondern um die ganze deutsche Zukunft. Um den Aufbau eines größeren und neuen Deutschlands. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer:

Die Aussprache in diesem Hause hat sich ausnahmslos in ruhiger und sachlicher Bahnen bewegt, und eine solche Aussprache kann nur förderlich sein. Ich danke den Vorrednern auch für das meiner Amtsführung ausgesprochene Vertrauen und benutze diese erste Gelegenheit, um die in aller Deffentlichkeit gegen mein Ressort und gegen meine Person gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen. Die fortgesetzten Angriffe gegen die landwirtschaftliche Verwaltung in Preußen müssen, wenn sie unwidersprochen in das Land hinausgehen, nicht nur ein falsches Bild von der Tätigkeit meines Ministeriums, sondern auch von der Tätigkeit der preußischen Landwirtschaft im Kriege überhaupt geben. Deshalb sind diese Vorwürfe nicht nur bedauerlich, sondern geradezu verhängnisvoll. (Sehr richtig!) Die Kreise, von denen diese Angriffe und Vorwürfe ausgehen, übersehen vollständig, wieweit sich der Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers gegenwärtig noch erstreckt. Ich soll nicht nur das Reichsamt des Innern, sondern auch das Kriegsernährungsamt völlig meinem Willen unterworfen, und ich soll bei meiner Tätigkeit die Interessen der Konsumenten völlig außer acht gelassen haben. Die zahlreichen Kriegsorganisationen, die das „Berliner Tageblatt“ in den letzten Tagen ja in so übersichtlicher Weise zusammengestellt hat, haben den Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers, seine Mitwirkung bei zahlreichen Maßnahmen nicht allein auf dem Gebiete der Volksernährung, sondern auch auf dem Gebiete der Erzeugung in weitestem Maße abgeschwächt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich kann, ohne zu übertreiben, versichern, daß die Dinge gegenwärtig schon so weit gediehen sind, daß mir der nötige Ueberblick über unsere gesamte wirtschaftliche Lage und die Prüfung der Frage, wieweit die Erzeugung auf die Bedürfnisse der Konsumenten einzustellen ist, sehr erschwert, wenn nicht geradezu unmöglich gemacht ist. (Stürmisches Hört, hört! rechts.) Angesichts dieses tatsächlichen vor-

Die Arbeiter gelten nichts in Böhmen.

Böhmische Approvisionnement.

Aus Böhmen wird uns geschrieben:

Am 14. Jänner wurde die Verordnung des Ernährungsamtes über die „Versorgung der Bevölkerung mit Molkereiprodukten und mit Schweinefett“ kundgemacht und damit die methodische Aufbringung und Verteilung der Fettstoffe zur Ernährung der Bevölkerung in die Wege geleitet. Die Verordnung bestimmt, daß in die öffentliche Bewirtschaftung auch das Fett von jenen Schweinen mit einbezogen wird, die vor dem Wirksamkeitsbeginn der Verordnung, in der Zeit nach dem 31. Oktober geschlachtet worden sind. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Hausfleischschlachtungen, die in Böhmen namentlich um die Weihnachtszeit in sehr starkem Maße erfolgen. Die Weihnachtszeit bringt in Böhmen vielen Zehntausenden wohlgenährten Schweinen den Tod, und der allgemeinen Fettnot, unter der das Industrie- und Stadtvolk hierzulande bitter zu leiden hat, hätte recht erheblich gesteuert werden können, wenn die kluge Voraussicht der Verordnung praktisch wirksam geworden wäre. Aber den Bestreben der von den hausgeschlachteten Schweinen gewonnenen Fettvorräte blieb und bleibt noch hinreichend Zeit, sie in aller Gemächlichkeit und ohne Hast resolos aufzuzehren zu können. Denn erst am 24. Februar, also nach einem sehr reichlichen Monat, schickte sich die Statthalterei in Prag an, etwas zu tun, das so aussieht wie der erste Schritt zur Ausführung der Fettverordnung des Ernährungsamtes. An diesem Tage ließ sie durch die Prager Filiale des Korrespondenzbüros der Presse eine Mitteilung zugehen, die folgendermaßen lautet: „Die Statthalterei hat das Syndikat der tschechischen und der deutschen Wirtschaftszentrale gemeinsam mit anderen interessierten Korporationen mit der Organisation und Durchführung der Aufbringung, Aufbewahrung und Verteilung der Butter und des Schweinefettes beauftragt.“ Das heißt also: Die Statthalterei hat das Syndikat der beiden bezeichneten Wirtschaftszentralen als Landesfettstelle im Sinne des § 8 der Fettverordnung ernannt. Wer die sonstigen „interessierten“ Korporationen sind, die noch zugezogen wurden, davon hat die Öffentlichkeit in Böhmen bisher nichts erfahren können. Vielleicht ist das auch nur — im Höchstfall eine pikante — Nebenache; denn die Erhebung des bezeichneten Syndikats zur Landesfettstelle sagt ohnehin alles und ist so typisch für die Auffassung der Prager Statthalterei von ihrer Wirksamkeit in der Ernährungspolitik, daß sie weiter keiner Kennzeichnung bedarf.

Ein reichlicher Monat ist vom Tage der Fettverordnung des Ernährungsamtes bis zu dieser Ernennung verfloßen. Aber es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß in dieser Zeit gar nichts in Böhmen geschehen wäre. Im Gegenteil: Es ist um die Fettzentrale ein zwar stiller, aber um so heftigerer Kampf hinter den Kulissen geführt worden, aus dem nun das Syndikat, wie man sieht, siegreich hervorgegangen ist. Es gibt nun sicherlich in solchen Fragen zwei Standpunkte, von denen aus die

Lösung angestrebt werden kann: erstens, wie kann man den vorangestellten Zweck am vollkommensten erreichen? — und den anderen, den man vielleicht am besten mit der Frage kennzeichnen kann: wer soll dabei verdienen? Welche von den beiden Anschauungen in diesem stillen Kampfe mehr zur Geltung kam, das läßt sich ohne genauere Kenntnis der Einzelheiten freilich nur sehr schwer bestimmen. Eines ist nur sicher: Das Syndikat ist eine agrarische Gründung und steht heute noch, obwohl durch eine organisatorische Umbildung auch städtisch-bürokratische Elemente beigezogen wurden, unter starkem agrarischen Einfluß. Und damit ist über das Schicksal der Fettverordnung in Böhmen eigentlich auch schon alles gesagt und man braucht sich weiter keinen Täuschungen über die „Mengen“ an Fettstoffen hinzugeben, die etwa aufgebracht werden, und noch weniger über die Art, wie sie an diejenigen verteilt werden, die sie am notwendigsten brauchen und dabei gar nichts mitzureden haben.

Von berufener Seite ist in der Arbeiter-Zeitung seinerzeit sehr treffend ausgeführt worden, worauf es bei der Fettverordnung ankommt: auf die Organe, die zur Durchführung berufen sind. Das gilt ja von allen ähnlichen Vorschriften über öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln, nur ließ sich das an der Regelung der Fettaufbringung und der Verbrauchsregelung am schärfsten darstellen. Und daß hier alles auf das Zusammenwirken der staatlichen Behörden mit den in allererster Linie „Interessierten“, den Verbrauchern, ankommt, kann doch auch bei der Statthalterei in Prag nach allen Erfahrungen, die hierzulande schon gemacht wurden, nicht mehr gänzlich unbekannt sein. In anderen Ländern wird diese Tatsache beherzigt. In der Steiermark werden zur Besorgung der Ernährungsaufgaben Korporationen gebildet, in die Vertreter der Verbraucher, selbstverständlich auch der Arbeiterschaft berufen werden, die ja dort ein beträchtliches Kontingent der Verbraucher darstellt. Von keiner solchen Korporation werden die Vertreter der Arbeiterschaft ausgeschlossen. Dasselbe ist in Oberösterreich, in Niederösterreich und in anderen Kronländern der Fall. Auch in Böhmen ist die Arbeiterschaft in hohem Maße an der Frage der Fettregelung interessiert, in viel höherem Maße vielleicht als anderwärts, denn hier ist sie in dieser Beziehung am schlimmsten dran. Eine gerechte Zuteilung der Landbutter findet nur in einem geringen Bruchteil der Gemeinden statt. Und was da gegeben wird, zwei Dekagramm, drei Dekagramm für die Person und Woche, und häufig die nicht einmal, ist so wenig, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Inlandsbutter, von der gegenwärtig nicht unbeträchtliche Mengen vorhanden sind, kostet in den Industriebezirken 16 bis 20 Kronen, hat also einen für die Arbeiter unerschwinglichen Preis. Ab und zu werden den Bezirken ungarische Fettschweine zugeteilt, aber eine geregelte Verteilung und gleichmäßige Aufteilung erfolgt nicht. Die Fleischer, durch die der Rohspeck von diesen Schweinen abgegeben wird, sehen sich den Teufel um Fettarten und Vorschriften der Behörden, sie geben wem sie wollen und wieviel sie wollen, und daß derjenige, der genug Geld zum Preisüberzahlen hat, auch reichlich Fett bekommt, steht unter diesen Umständen außer Frage. So sind die Arbeiter in Böhmen in der Fettstoffversorgung ärger dran als sonstwo. Der Statthalterei in Prag sind diese Dinge nicht unbekannt, sie sind wie oft schon neben anderen Klagen der Gegenstand bitterer Beschwerden im Beirat der Statthalterei und bei deputativen Vorstellungen gewesen. Nun soll endlich Ordnung gemacht werden, die Organisation der Fettaufbringung und Fettverteilung wird in Angriff genommen — den Arbeitern wird aber jegliche Vertretung in der wichtigen Zentralstelle versagt, ihre Mitarbeit wird stillschweigend abgelehnt! Dagegen werden unbekannt „interessierte“ Korporationen berufen.

Niemand im Lande Böhmen hat ein so starkes Interesse an einer ordentlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel wie die Arbeiter. Das trifft insbesondere bei der Fettstoffen zu, die möglichst vollkommene Durchführung der Fettverordnung ist ein wahrhaftiges Lebensinteresse der Arbeiter in Böhmen. Schließlich bedeutet die Arbeiterklasse in Böhmen, selbst auch nur rein zahlenmäßig in Betrachtung zu den anderen Klassen genommen, doch im Lande etwas; die Statthalterei muß das doch wohl auch verstehen. Weshalb diese Mißachtung, die wie eine Herausforderung wirkt? Wer ist denn das Syndikat, wer sind die Wirtschaftszentralen, die man einer auf gerechter Grundlage zusammengesetzten Vertretung aus der Bevölkerung heraus vorzieht? Es sind private Handelsgesellschaften, von den Agrariern ins Leben gerufen, die sich mit dem Handel von allerhand „Landesprodukten“, darunter Kaffee, Gerlingen z., befassen. Wer sind die Leute, denen die Statthalterei ein so wichtiges Amt in die Hand gibt? Wessen Vertrauen besitzen sie? Vorläufig jedenfalls nur dasjenige der Statthalterei, denn sonst kennt die Leute in Böhmen niemand. Wenigstens was die deutsche Wirtschaftszentrale anlangt, so weiß wohl in Deutschböhmen davon niemand mehr als die Firmenbezeichnung.

Und doch wäre besonders in Böhmen eine andere Art der Bildung der Fettzentrale schon deshalb am Platze gewesen, um eine ordentliche Durchführung der Verordnung zu sichern. Warum schließt die Statthalterei die Arbeiterschaft von der Mitarbeit an dieser für sie so wichtigen Frage aus, wozu die Ernennung des Wirtschaftssyndikats allerdings als der bequemste Weg erschien? Das ist nicht eine bloße Fahrlässigkeit, ein zufälliges Versehen oder Nichtverstehen der Dinge, darin liegt Methode. Wie im großen, so ist es ja in Böhmen auch im kleinen. Es sind nur einzelne Bezirke und einzelne Gemeinden, in denen den Arbeitern die Mitwirkung an der Approvisionnement zugestanden wurde. Dort, wo es geschah, ist es den Arbeitern gelungen, eine gewisse Gleichmäßigkeit in der Zuteilung der öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel durchzusetzen; in diesen Bezirken und Gemeinden funktioniert die Approvisionnement auch allgemein ganz in Ordnung. Wo die Arbeiter ausgeschlossen sind, haben sich die ärgsten Mißstände ergeben. Die Statthalterei vermochte aber in diesen Bezirken und Gemeinden die Mitwirkung der Arbeitervertreter nicht

Der Landtag über das Ernährungsproblem.

Sitzung vom 8. März. Fortsetzung.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Die

zweite Lesung des Landwirtschaftsetats

wird fortgesetzt.

Abg. Stull (Str.) fortfahrend: Einer zwangsweisen Fortnahme des Viehs müssen wir uns widersetzen. Die Tatsache, daß die Arbeiter für die Hindenburgspende höhere Preise zahlen mußten, als die Landwirte erhalten haben, hat in weiten Kreisen Bewunderung und Aergernis erregt, zumal viele Landwirte den Spick umsonst abgeben haben. Die jetzige Aussprache war ein Wendepunkt in den Anschauungen unserer kriegswirtschaftlichen Politik. Die Kriegsorganisationen sollten alle Reden aufmerksam lesen und endlich der Produktion freie Bahn geben. Viele Städte kennen die Landwirtschaft nur von Sonntagsausflügen. Die Organisationen haben uns bisher durchgeholt, aber ihr Abbau ist sobald als möglich zu betreiben, weil man sich in diesem Labrynth nicht mehr zurechtfindet. Der Staatskommissar hat uns gestern ein trübes Bild entworfen. Ein Widerstreit mit dem Landwirtschaftsminister müßte ausgeschlossen sein, da er erst durch die Produktion die Vorbereitungen für die Tätigkeit des Staatskommissars schaffen soll. Das schärfste Schwert wird nicht zum Hofstaat, wenn unsere Felder erst so abgewirtschaftet sind, daß sie zum Felsen geworden sind. Einen Mannaregen haben wir aber nicht zu erwarten. (Zuruf links: Warum nicht?) Weil ihn die heutige Menschheit nicht verdient. (Heiterkeit.) Stadt und Land müssen zusammengehen, den Nutzen hat das ganze Land. In der Eingabe der Gewerkschaften liegt ein ungeheuerlicher Vorwurf gegen die Landwirtschaft. Das gegenseitige Verstehen wird dadurch nicht gefördert. Nur durch eine weitgehende Förderung der Erzeugung können wir unsere Waffen schmieden und das Heer ernähren. Das dient auch den Verbrauchern. Die Landwirtschaft zu fördern, das sollte die einzige Sorge des Landwirtschaftsministers sein. Ein Landwirtschaftsminister, der nicht von morgens früh bis abends sich darum sorgt, der sollte keine Entlassung eritreichen. (Sehr richtig! rechts und im Str.) Die Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister waren ganz unangebracht. (Beifall rechts und im Str.)

Alle Landwirtschaftsministerien in Deutschland haben ihre Pflicht getan. Wir haben gestern Wertwürdiges über die Beziehungen zwischen dem Reiche und den Landesregierungen gehört. Schade, daß der Reichsminister nicht da war. Dann hätte er seinen Minister in Schutz nehmen müssen. (Sehr gut! i. Str.) Durch die vielen Organisationen sind wir zu einer Desorganisation gekommen. Wir brauchen eine Inmediatkommission zur Regelung der Verhältnisse der hohen Staatsämter. Die Dinge liegen ganz anders, als sie immer dargestellt werden. Hätte der Staatskommissar auf den Landwirtschaftsminister gehört, dann stände es besser mit uns. (Sehr richtig! rechts.) Im „Berliner Tageblatt“ wird heute Herr v. Schorlemer aufgefordert, sich anderswo zu betätigen. (Hört! Hört! rechts u. i. Str. — Abg. A. Hoffmann: Das ist die reine Angst bei Ihnen!) Des Burgfriedens wegen will ich nicht darauf eingehen. Das ist aber keine Konsumtenpolitik. Es ist ganz verkehrt, jetzt das Ministerium zu schwächen, in dessen Hand unsere Produktion liegt. (Sehr richtig! rechts und im Str. — Abg. A. Hoffmann: Stull mit dem Rettungstahl) Jetzt gilt das Wort: Erstens Produktion, zweitens Produktion, drittens Produktion! (Beifall rechts u. i. Str.)

Minister Frhr. v. Schorlemer:

Auf diese beachtenswerten und interessanten Ausführungen gehe ich erst später ein. Eine Eingabe des Vereins deutscher Reichswirte zur Förderung der Produktion ist mir vorliegt. Ich hoffe, daß das Kriegsernährungsamt ihre Rechnung tragen wird. Mit den Ausführungen des Abg. Stull kann ich mich einverstanden erklären. Abg. Defer hat nicht behauptet, daß ich den Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes oder der Reichsregierung Widerstand geleistet hätte, sondern nur, daß ich die Durchführung dieser Verordnung nicht erleichtert, daß ich die Versorgung der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht genug eingeschränkt, und daß ich Feststellen nicht errichtet hätte. Ich bedaure, daß diese Angabe zu allgemeiner Art sind, als daß ich darauf näher eingehen könnte. In allen diesen Fällen kommt aber nicht meine Verantwortung, sondern die der Herren Vorredner in Frage. (Hört, hört! rechts.) Die Einrichtung von Feststellen ist eine Sache der Reichs- und Landesbestimmungen, und wenn Frankfurt ohne Butter geblieben ist, so ist daran nicht der Minister schuld, sondern das beruht auf der Organisation und Zentralisation, die, wie ich immer behauptet habe, bei Lebensmitteln sich nicht bewährt. (Sehr wahr! rechts.) Abg. Defer hat gemeint, ich hätte gestern eine Flucht in die Öffentlichkeit gemacht und dadurch das Vertrauen zu den Behörden nicht gefördert, sondern erschüttert. Es ist eine etwas eigentümliche Situation. Nicht nur im Parlament, sondern auch in einem großen Teil der hauptstädtischen und Provinzialpresse, kommt sie die Richtung der Linken vor, bin ich nicht einmal, sondern verschiedene Male, ebenso auch in der Denkschrift der Gewerkschaften angegriffen worden, daß ich die Interessen der Konsumenten nicht berücksichtigt, und daß ich eine einseitige, mit der Anschauung des Kriegsernährungsamtes und des Herrn Reichsministers in Widerspruch stehende Ressortpolitik zugunsten der Erzeuger verfolgte. Wer ruhig und objektiv meine gestrige Rede zur Sprache betrachtet, wird sich davon überzeugen, daß sie in zwei Punkten gipfelt. Ich habe zunächst zu meiner Entlastung gegenüber den gegen mich erhobenen Vorwürfen angeführt, daß ich in einer ganzen Reihe von Fällen sowohl durch die Errichtung des Kriegsernährungsamtes, wie auch durch sonstige Reichsstellen ausgeschaltet, und daß ich infolgedessen gar nicht in der Lage sei, den Einfluß auszuüben, der als nachteilig von meinen Gegnern bezeichnet worden ist. Und zweitens habe ich mich dahin geäußert, daß ich auf den Gebieten, die nach meiner entscheidenden Mitwirkung unterliegen, in keiner Weise die Interessen der Konsumenten geschädigt (na, na! links) und getroffenen Maßnahmen entgegengehandelt haben. Können Sie mir verdenken, daß ich nicht allein berechtigt war, sondern auch die Pflicht empfunden habe, gerade vor diesem hohen Hause und an der Stelle, der ich Rechenschaft schulde, die Situation so darzustellen, wie sie ist? (Sehr richtig! rechts.)

Ein Angriff auf die Linke.

In Uebereinstimmung mit dem Abg. Stull kann ich offen aussprechen, daß es sich in Wirklichkeit nicht um die Beseitigung eines Landwirtschaftsministers handelt, der in der Ernährungsfrage den Interessen der Konsumenten nicht Rechnung getragen hätte. Für so — verzeihen Sie mir das harte Wort — unverständlich gegenüber den jetzigen Verhältnissen halte ich den größten Teil meiner Gegner auch nicht. Rechnen, es sollte die passende

Gelegenheit benutzt werden, den Mann aus dem Staatsministerium zu entfernen, von dem man glaubt, daß er vielleicht noch länger bleiben und die Minister in einem Sinne beeinflussen könnte, der der Linken Seite dieses Hauses nicht paßt. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. — Große Unruhe und Erregung links.)

Weniger in der gestrigen Debatte, als heute in der Presse wird es so dargestellt, als habe ich mich mit dem Reichsminister, dem Kriegsernährungsamt und sonstigen Reichsstellen in Widerspruch gesetzt. So liegen die Dinge nicht. Ich habe gestern gegen niemand Vorwürfe erhoben, weil auch ich der Meinung bin, daß manche Unzulänglichkeiten auf dem System beruhen. Ich mußte nur gegenüber der Forderung der Landwirtschaft, ihre Interessen mit allen Kräften wahrzunehmen, mit allem Nachdruck betonen, daß mir diese Wahrnehmung in vielen Punkten nicht mehr möglich ist. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Aus diesem Grunde habe ich auch den Anbau von Kartoffeln im Regierungsbezirk Trier erwähnt, von dem ich heute noch nicht weiß, wer ihn angeordnet hat. (Hört, hört! rechts.) Zuruf im Zentrum: Das Generalkommando! Wenn ich gestern weiter hervorgehoben habe, daß ich von der Eingabe der Gewerkschaften erst am 4. März durch den „Vorwärts“ Kenntnis erhalten habe, so sollte auch das kein Vorwurf sein gegen den Reichsminister und das Kriegsernährungsamt. (Lachen links.) Ich bin durchaus der Meinung, daß der Inhalt dieser Eingabe sich nicht dazu eignet, sich nun heute auf morgen mit ihm Rechenschaft zu machen. Ich glaube auch, daß der Abg. Stull Recht hatte, als er über diese Eingabe ein scharfes Urteil fällte. Sie wäre tatsächlich im Interesse der Gewerkschaften besser nicht veröffentlicht worden. (Sehr richtig! rechts.) Ich wollte nur sagen, daß das preussische Landwirtschaftsministerium und ich als Landwirtschaftsminister durch den Gang der Entwicklung von der leitenden Stelle in der Ernährungsfrage abgerückt sind und daß die Situation augenblicklich die ist, daß auch eine solche Eingabe von den Gewerkschaften nur zufällig und gelegentlich zur Kenntnis des Landwirtschaftsministers kommt, der eben in diesen Fragen nicht mehr zu einer entscheidenden Mitwirkung berufen ist. (Hört, hört! rechts.) Ich kann wohl noch einen Rat geben, aber Entschlüsse kann ich nicht herbeiführen. (Hört, hört! rechts.)

Die Interessen der Konsumenten.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, die Debatte möge ohne Mißklang enden und in einem verständnisvollen Zusammenarbeiten der verschiedenen Berufe ausmünden. Diesen Gesichtspunkt glaube ich mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht zu haben. (Sehr richtig! rechts.) Trotzdem gewisse Blätter nicht zu beharren sind, hebe ich nochmals hervor, daß ich bei meinen gestrigen Ausführungen und in meiner ganzen bisherigen amtlichen Tätigkeit niemals die einseitigen Interessen der Erzeuger, sondern immer das Wohl des Ganzen, und vor allen Dingen auch die Interessen der Konsumenten im Auge gehabt habe. (Beifall rechts.) Ich bin nicht allein erkant, sondern anerkannt, daß das „Berliner Tageblatt“ in seinem heutigen Leitartikel alle alten Vorwürfe nochmals wiederholt. (Hört, hört! rechts und im Str.) Man möge mir doch nur einen einzigen Fall nachweisen, in dem ich gegen die Interessen der Konsumenten gehandelt, in dem ich Maßnahmen zugunsten der Konsumenten ausgefallen oder nicht zur Ausführung gebracht habe. Ich sehe einer derartigen Beweisführung mit der größten Ruhe entgegen, die mir mein gutes Gewissen gewährleistet. (Beifall rechts und im Str.) Dieser Beweis wird niemals erbracht werden können. Man wird mir die Antwort auf diese Frage schuldig bleiben, und man wird gleichwohl auf der Gegenseite immer wieder betonen, daß ich der Vater aller Hindernisse in der Ernährungsfrage war, bin und bleiben werde. Demgegenüber erkläre ich, daß ich meinen bisherigen Grundgedanken auch in Zukunft treu bleiben werde. (Stürmischer Beifall rechts und im Str.) Ich bin mir wohl bewußt, daß ich mich möglichst bemühen werde, in Uebereinstimmung mit dem Kriegsernährungsamt und den anderen Stellen zu arbeiten, denen die Angelegenheiten der Volksernährung anvertraut sind. (Bravo.) Die Vertreter der Konsumenteninteressen müßten mir eigentlich Dank wissen, wenn ich im Rahmen der mir noch verbleibenden Befugnisse auch für die Produktion Sorge trage und mich bemühe, rechtzeitig auf Bedenken hinzuweisen, wenn Maßnahmen in Aussicht genommen sind, denen nicht allein vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Erzeugung, sondern auch vom Standpunkt einer richtigen Vertretung der Konsumenteninteressen entgegengetreten werden muß. (Beifall rechts.) Ich würde nicht allein meine Pflicht als Landwirtschaftsminister, sondern auch als Staatsminister verlegen, wenn ich anders handeln würde. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Das bedeutet keine Gegenseitigkeit zwischen Reichs- und Landesressorts, der beunruhigend wirken würde. Von einem Mann, der seine eigene Ansicht hat, kann man unter allen Umständen erwarten, daß er diese Ansicht auch zur Geltung bringt. Ich würde aber den Pflichten meines Amtes nicht entsprechen, wenn ich eine einmal beschlossene Maßnahme durch eine Gegenmaßnahme von mir in ihrer Ausführung beschränken oder hindern würde. Daß ich das getan habe, wird mir niemand beweisen können. (Sehr richtig! rechts.) Im Übrigen kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß in wirtschaftlichen Fragen eine Uebereinstimmung der Ansichten auf allen Gebieten nicht zu erzielen ist. Gleichwohl dürfen wir mit Erwägungen und Ueberlegungen nicht zu viel Zeit verlieren. (Allseitige Zustimmung.) Hoffentlich haben Sie mit mir den Eindruck gewonnen, daß auch in Zukunft die landwirtschaftlichen Interessen durch das Landwirtschaftsministerium in der Weise im Auge behalten werden, wie es der unbedingt notwendigen Weiterverwertung von Lebensmitteln entspricht. (Beifall rechts und im Zentrum.) In diesem Augenblick kommt es nicht mehr und nicht allein darauf an, vorhandene Lebensmittel zu verteilen (Widerspruch links), sondern die Hauptfrage ist, neue Nahrungsmittel zu erzeugen. Ich hoffe, mit dieser Anschauung Ihre Unterstützung zu finden. (Stürmischer, wiederholter Beifall rechts und im Zentrum. Große Unruhe links.)

Ein Schlußantrag.

wird gegen die Stimmen der Linken und einiger Zentrumsgedorderter angenommen. (Große Unruhe links.)

Abg. Dr. Paschke (Vpt.): Es wird im Lande nicht verstanden werden, daß nach einer Rede des Landwirtschaftsministers, die den hochpolitischen Charakter seiner letzten gestrigen Rede noch unterstrichen hat, die Debatte abgebrochen wird. (Sehr richtig! links.) Die Mehrheit hätte uns in die Lage versetzen müssen, unsere Anschauungen denen des Ministers entgegenzustellen. (Sehr richtig! links.) Weiter ist es mindestens ungewöhnlich von der Mehrheit, die Debatte zu schließen nach Angriffen und Bormärschen, wie sie der Abg. Stull gegen die Linke gerichtet hat. (Sehr richtig! links, Zurufe links: Unerhört!) Durch den Schluß der Debatte können wir uns nicht gegen den Vorwurf verwehren, als ob wir die Frage der landwirtschaftlichen Produktion unter parteipolitischen Gesichtspunkten behandelten. (Lebhafte Zustimmung links und Zurufe: Unerhört!) Uns letzten nicht parteipolitische, sondern ausschließlich sachliche Rücksichten. (Sehr wahr! links.)

Wir bedauern, nicht ausführlicher zu können, daß gerade gegenwärtig eine Einheitsfront in der Ernährungsfrage zu den dringendsten politischen Notwendigkeiten gehört. (Stürmische Zustimmung links), und daß wir es bedauern, daß Ressortgegenseitigkeit derart in die Öffentlichkeit gebracht worden sind, wie es durch den Landwirtschaftsminister geschehen ist. (Erneute Zustimmung links.) Nach Lage der Sache hat die Mehrheit in der Tat nicht wohl daran getan, den Schluß zu beschließen. (Zustimmung und Bewegung links.)

Abg. Giesberts (Str.): Auch ich bedaure, daß der Schluß der Debatte eingetreten ist. (Hört, hört! links und Zurufe: Ihre eigenen Freunde haben für den Schluß gestimmt!) Gerade das bedauere ich. Die Ausführungen des Abg. Stull und des Ministers müssen im Lande lebhaft Beunruhigung hervorrufen. Das aber wollen wir vermeiden, die wir in dieser schweren Zeit alles daran setzen müssen, um die arbeitenden Schichten bei diesen erbärmlichen Ernährungsverhältnissen zur Pflichterfüllung anzuhalten und die Wollen im Rahmen zu halten. (Hört, hört! links.) Ich bedaure außerordentlich, daß keine Korrektur der Ausführungen des Ministers über die Eingabe der Gewerkschaften erfolgt ist. (Sehr richtig! links.) Es hätte gefast werden müssen, wie diese Eingabe zustande gekommen ist, und daß ihre wichtigsten Forderungen durch Ernennung des Staatskommissars und der Durchführung einer gefunden Preisrelation längst erfüllt sind. (Hört, hört! links.) Eine solche Eingabe darf man nicht als Nachwort bezeichnen. (Stürmische Zurufe links.) So wenig ich mich mit allen Einzelheiten der Eingabe identifiziere, so sehr muß ich hervorheben, daß diese Eingabe geboren ist aus der Not der Zeit, und daß sie die Anschauungen von Männern wiedergibt, deren Verantwortung wahrlich groß genug ist. (Sehr richtig! links.) Die Gewerkschaften müssen jedenfalls die Verantwortung für diese Entwidlung ablehnen. Was aus der Sache wird, werden die nächsten Tage zeigen. (Hört, hört! und Beifall links.)

Abg. v. Heydebrand (Lnf.): Die Herren haben ja in ihren Bemerkungen zur Geschäftsordnung schon alles gesagt. (Große Unruhe links.) Im übrigen gibt es ja eine dritte Lesung. Die Rede des Ministers war nur die Antwort auf die Angriffsrede eines Redners der Fortschrittlichen Volkspartei. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Die Sache muß endlich ein Ende nehmen, damit wir vorwärts kommen. (Große Unruhe links.)

Abg. Stull (Str.): Ich habe nicht Mitgliedern des Hauses vorzugeschrieben, daß sie die Frage der landwirtschaftlichen Erzeugung parteipolitischen Zwecken dienstbar machen, sondern habe auf die Leitartikel der gesamten liberalen Presse von heute Bezug genommen. Ich hätte nichts gegen eine Fortsetzung der Debatte einzuwenden gehabt. (Zurufe links: Sie haben aber dafür gestimmt.) Ich nicht, nur meine Partei. (Lachen links.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.): Sie haben den Minister um die Gelegenheit gebracht, das gewünschte Material zu erhalten. Es ist unzulässig, wenn ein Minister gesprochen hat und noch dazu in dieser aggressiven Art, die Ansprache zu schließen. Sie haben die Debatte nur geschlossen, weil die ganze Aufführung eine geschickte Regie, eine Rettungsmanöver war. (Sehr richtig! links, Lachen rechts.)

Abg. Dr. Paschke (Fortstr. Vpt.): Eine Antwort bei der dritten Lesung genügt uns nicht. Es kommt darauf an, hier zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, ehe die entscheidenden Entschlüsse gefast sind. (Sehr richtig! links.) Wir hatten nicht Gelegenheit, die gegen unsere Partei gerichteten Angriffe zurückzuweisen. Die Presse trägt ihre Verantwortung allein, aber zur Verteidigung der Partei mußten Sie lokalweise einem Vertreter der angegriffenen Partei das Wort gestatten. (Sehr richtig! links.)

Der Antrag Dr. Witt (Str.), der Landwirtschaft nicht kriegsverwendungsfähige Mannschaften des Heeres und Kriegsgefangene zur Saubestellung und Ernte zuzuführen, wird angenommen.

Der gestern eingebrachte konservative Antrag fordert, jede nur mögliche Förderung der Nahrungsmittelherzeugung in der einheimischen Landwirtschaft und den erforderlichen Einfluß für die sachkundigen Behörden, die mit der Produktionsförderung vor jeder betraut waren, und die Ablehnung einer Zwangsüberweisung landwirtschaftlicher Betriebe.

Abg. Dr. Friedberg (Nlf.) erklärt, daß seine Freunde für den Antrag stimmen würden. Doch dürfe man aus der Zustimmung zu dem zweiten Teile nicht auf einen Abschied des Vertrauens oder Mißtrauens zu einer Zentralbehörde schließen.

Der Antrag wird angenommen. Der Haushaltsplan der Anstaltungskommission wird ohne Erörterung genehmigt.

Die Geflügelverwaltung.

Abg. v. Dersgen (Str.): Die Preise für Warmbluthengste sind sehr gestiegen. Wenn die Geflügelverwaltung keine Preise zahlt, die die Züchterkosten decken, so müssen sich die Züchter minderwertigen Schlägen zuwenden. Wir werden den Bedarf an Heerespferden decken können. Für die Landwirtschaft brauchen wir ein gutes Pferd mit einem Einschlag von Halbblut. Wir dürfen vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückweichen, damit die Warmbluthengste nicht gehindert werden.

Abg. du Maire (Lnf.): Kein Mittel darf unversucht bleiben, um die landwirtschaftliche Erzeugung zu heben. Über eines der größten Hindernisse ist der Mangel an Arbeitspferden. Ohne durchgreifende Maßnahmen hiergegen, muß die Erzeugung zurückgehen. Um die Erzeugung zu steigern, brauchen wir eine tiefe Pflugschne. Dazu ist ein schweres Pferd erforderlich.

Abg. Schmilian (Vpt.): Durch den Pferdemangel werden auch die Transportverhältnisse in den Städten außerordentlich beeinträchtigt. Allen Maßnahmen, die geeignet sind, der Verminderung des Pferdebestandes nach dem Kriege entgegenzuwirken und unseren guten Pferdebestand wiederherzustellen, stimmen wir zu. Maßnahmen dazu sind ergreifen. Allerdings werden nicht dazu Pferde aus dem Westen eingeführt, damit die Landwirtschaftskammern bei ihrer Verteilung sich einen besonderen Gewinn verschaffen. Verteilungen sollten möglichst vermieden werden, da bei ihnen der mittlere und kleine Besatz ganz läßt wegkommt. Bedauerlich ist es, daß die Militärverwaltung bei den von ihr überlassenen Pferden Verteilungen fordert. Der Minister will ja Abhilfe anstreben, wir unterstützen ihn darin. Bei der Requisition von Pferden darf nicht ignoralisch vorgegangen sondern muß den Verhältnissen der einzelnen Wirtschaften Rechnung getragen werden. Auf Grund ihrer Kriegserfahrungen will die Militärverwaltung nach dem Kriege in der Hauptfrage die Warmbluthengste durch billige Abgabe von Warmblutpferden fördern, dagegen bei der Abgabe von Kaltblutpferden herausfahren, was möglich ist. Wir halten es für richtig, daß bei beiden die gleichen Grundzüge befolgt werden. Unbedingt müssen solche sanitäre Vorkehrungen getroffen werden, daß die Pferde in der Heimat vor Verseuchung geschützt werden.

Bekanntmachung

über die

Abgabe von Kartoffeln, Brot, Mehl, Steckrüben, Mühlenfabrikaten, Suppenmasse und Schmalz im hamburgischen Stadtgebiet.

1. Abgabe von Kartoffeln.

In der Stadt Hamburg darf von Sonntag, den 11. März 1917, an bis zu weiteres auf jede Kartoffelkarte eine Menge von 1 1/2 Pfund Kartoffeln wöchentlich abgegeben und entnommen werden. Jeder volle Abschnitt gilt für 1/2, jeder halbe Abschnitt für 1/4 Pfund.

Von der Wochenmenge dürfen an den ersten vier Tagen der Woche (von Sonntag bis Mittwoch einschließlich) auf jede Karte zusammen höchstens 1 Pfund, von Donnerstag bis Sonnabend jeder Woche höchstens 1/2 Pfund abgegeben und entnommen werden.

Auf die Zusatzkartoffelkarte dürfen vom 11. März 1917 an höchstens 1 1/2 Pfund wöchentlich abgegeben und entnommen werden, und zwar auf die Abschnitte a, b, c. Der volle Abschnitt gilt für 1/2 Pfund, der halbe Abschnitt für 1/4 Pfund. Auf die Abschnitte d, e und f dürfen Kartoffeln weder abgegeben noch entnommen werden.

Die nach den Kontrollbüchern der Kleinhändler zugekauften Mengen werden auf 1/10 ihres Betrages herabgesetzt. In Wirtschaften (Gast- und Speisewirtschaften, Hotels, Mittagstischen, Kantinen, Volks- und Kriegsküchen), Krankenhäusern, sonstigen öffentlichen und gemeinnützigen Anstalten ist auf die Kartoffelkarte entsprechend weniger zu verabsoldein und zu entnehmen. Für diese Betriebe werden die Kontrollbücher auf 1/2 ihres Betrages herabgesetzt.

Die Abschnitte der allgemeinen und der Zusatzkartoffelkarten sind voneinander getrennt unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften bei der Kartoffelstelle, Neuerwall 10, I., einzureichen. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Bekanntmachung betr. Kartoffelabgabe in der Stadt Hamburg vom 2. September 1916 unverändert.

2. Abgabe von Brot und Mehl.

Von Sonnabend, den 10. März, bis Montag, den 12. März, darf auf allgemeine Brotkarten, von denen bereits Gutscheine über 1000 Gramm Brot abgetrennt sind, kein weiteres Brot verabsoldein werden. Der Rest der Brotkarte darf erst von Dienstag, den 13. März, an zum Verkauf von Brot verwendet werden.

Von Dienstag, den 13. März, bis Freitag, den 16. März 1917 dürfen auf Abschnitt G der für die Woche vom 10. bis 16. März 1917 gültigen Warenbezugskarte 350 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden.

Personen, die nicht im Besitze von Kartoffelkarten sind, dürfen den Abschnitt G zum Ankauf von Brot nicht verwenden. Ferner dürfen in der Woche vom 10. bis 16. März 1917 auf jeden mit M bezeichneten Abschnitt der allgemeinen Brotkarte sowie der Schifferbrotkarte statt 40 Gramm 50 Gramm Mehl entnommen und verabsoldein werden. Mehlabchnitte, auf die 50 Gramm Mehl abgegeben sind, sind getrennt von den sonst vereinnahmten Gutscheinen in besonderen Umhüllungen mit der Bezeichnung „Mehlabchnitte über 50 Gramm“ unter Angabe der Stückzahl an die Kontrollstelle, Kahlhöfen 22, einzuliefern.

Die Bestimmung, daß auf die über 50 Gramm lautenden Abschnitte der Zusatzbrotkarte nur 40 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden dürfen, bleibt aufrechterhalten.

3. Abgabe von Steckrüben.

In der Woche vom 10. bis 16. März 1917 dürfen auf Abschnitt E und F der Warenbezugskarte je 3 Pfund Steckrüben abgegeben und entnommen werden. Von dieser Menge darf an den ersten drei Tagen (von Sonnabend bis Montag einschließlich) die eine Hälfte und an den letzten vier Tagen die andere Hälfte abgegeben und entnommen werden.

Auf jede Zusatzkartoffelkarte dürfen 3 Pfund Steckrüben abgegeben und entnommen werden, und zwar auf die Abschnitte d, e und f. Der volle Abschnitt gilt über 1 Pfund, der halbe Abschnitt über 1/2 Pfund.

Die Abschnitte der Kartoffelzusatzkarte, auf die Steckrüben verabsoldein sind, sind getrennt von den Abschnitten, auf die Kartoffeln verabsoldein sind, nach den für die Abgabe der Kartoffelgutscheine geltenden Vorschriften bei der Kartoffelstelle, Neuerwall 10, I., einzureichen.

4. Abgabe von Hafersfabrikaten und Suppenmasse.

Von Montag, den 12. März 1917, dürfen auf den Abschnitt Mühlenfabrikate der Warenbezugskarte 125 Gramm Hafersfabrikate abgegeben und entnommen werden. Der Preis wird festgesetzt wie folgt:

125 Gramm	11 Pfennig
250	22
375	33
500	44
625	55
750	66
875	77
1000	88
1125	99
1250	110

Gleichzeitig mit der Abgabe und Entnahme der Hafersfabrikate dürfen auf den Abschnitt A der Warenbezugskarte 50 Gramm kochfertige Suppenmasse (von Knorr und anderen Fabriken) abgegeben und entnommen werden.

Der Preis wird festgesetzt wie folgt:

50 Gramm Suppenmasse	7 Pfennig
100	13
150	20
200	26
250	33
300	39
350	46
400	52
450	59
500	65

5. Abgabe von Schmalz.

Von Donnerstag, den 15. März, bis Sonnabend, den 17. März 1917, werden auf den Kopf der Bevölkerung 30 Gramm Schmalz abgegeben. Der Kleinverkaufspreis für dieses Schmalz beträgt 15 Pfa. für 30 Gramm.

Das Schmalz gelangt zum Verkauf bei den zum Butter- und Margarinehandel vom Hamburgischen Kriegsverorgungsamt zugelassenen Kleinhändlern und darf nur an die als Butterkunden bei dem betreffenden Händler eingetragenen Verbraucher abgegeben werden. Die Abgabe des Schmalzes erfolgt auf den Abschnitt D der für die erwähnte Woche gültigen Warenbezugskarte e. Dieser Abschnitt ist vom Kleinhändler abzutrennen, einzubehalten und mit den Butter- und Streichfettabschnitten an den Großhändler mit der Wochenabgabe abzuliefern. Eine Abgabe von Schmalz auf Kontrollbücher oder Zusatzkarten findet nicht statt.

6. Abgabe von Brot und Kartoffeln an Schiffer.

Auf den ersten Kartoffelabschnitt der Reichslebensmittelkarte für Binnenschiffer dürfen 3 Pfund Kartoffeln, auf den zweiten Abschnitt dieser Karte 350 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden. Die Abgabe von Kartoffeln ist nur zulässig, wenn die Karte bei Vorlage noch beide Abschnitte enthält; die Abgabe von Brot ist erst zulässig, wenn bereits ein Abschnitt abgetrennt ist.

Auf jeden Abschnitt der von den Hafenämtern ausgegebenen Schifferkarten dürfen 1/2 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Hamburg, den 8. März 1917.

Hamburgisches Kriegsverorgungsamt

9. III. 1917

65

Das sogenannte Straßburger System.

Wenn einmal die Geschichte der Kriegswirtschaft geschrieben wird — wären wir doch so weit! —, dann wird man erfahren, wie rasch die Bewirtschaftungsmethoden binnen wenigen Monaten gewechselt haben, je nach den wechselnden Aufgaben der Erzeugung und Verteilung! Mit höchstem Ruhme wird man dann der Stadtvertretungen Deutschlands gedenken, die dem Bedürfnis in weitschauender Voraussicht zuweilen noch vorangeeilt sind wie etwa die Stadt Bremen, die schon im Juni 1915 die Fleischpreise nach Einkommensstufen gestaffelt hat.

Bei dem heutigen Stand der Ernährungsaufgaben ist die Differenzierung und Individualisierung der zu Versorgenden unvermeidlich und unausweichlich geworden. Sie aber setzt der Verwaltung noch ganz andere, noch weit schwierigere Pflichten als die Schablone des Rayons und der Ration. Der Ministerpräsident hat in der Freitagssitzung diese Verwaltungsaufgaben in zwei Fragen zusammengefaßt. Erstens: Wie werden jene Kreise der Bevölkerung erfaßt, welche staatliche Hilfe am dringendsten brauchen, wobei auch die weitere Frage zu beantworten sein wird, auf welche Gebiete sich diese Fürsorge zu erstrecken habe, und zweitens auf welche Art und Weise wird für die Bezugserleichterung und für die Verbilligung der Lebensbedürfnisse am zweckentsprechendsten vorgehrt?

Die Einwohnerschaft eines Verwaltungsgebietes muß, wenn die Unterscheidung durchgeführt werden soll, in Gruppen geteilt werden, die wir am zweckmäßigsten als völlig Mittellose, Minderbemittelte, Bemittelte und allenfalls als Wohlhabende bezeichnen. Die Stadt Straßburg hat diese Gliederung verständigerweise nicht rein obrigkeitlich vollzogen, sondern bedient sich dabei der Hilfe der „Gesellschaft für Volksernährung m. b. H.“. Da die Preise zunächst der Kartoffeln, dann auch der anderen Waren, die diese Gesellschaft vertreibt, nach den Einkommensverhältnissen der Käufer gestaffelt werden, müssen die Einkommensverhältnisse für jeden Haushalt individuell festgesetzt werden — dabei hat man dort auf einer allgemeinen Selbsteinschätzung auf, die überprüft wird. Auf Grund dieser Unterlagen hat man

Strasbourg drei Gruppen gebildet: die erste Gruppe umfaßt alle Haushaltungen mit einem Einkommen von nicht mehr als 2400 Mark, die zweite Gruppe umfaßt die Einkommen von 2400 bis 4200 Mark, die dritte die Einkommen über 4200 Mark. Diese drei Gruppen der Minderbemittelten, Bemittelten und Wohlhabenden kaufen und bezahlen nach die Ware, wenn auch in verschiedenen Preisen. Die Mittellosen müssen Hilfe in anderer Form

Zahlen beweisen.

(Ein Beitrag zur Ernährungsfrage)

Von Bergrat Witte, Recklinghausen.

Nach Zeitungsberichten hat ein Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes in einem Vortrage ausgeführt, die deutsche Landwirtschaft könne für die bürgerliche Bevölkerung höchstens drei Fünftel der durchschnittlichen Friedensrationen zur Verfügung stellen. Derartige Angaben wirken beunruhigend im Inlande und ermutigend auf das feindliche Ausland. Sie sind auch zahlenmäßig unzutreffend, wie eine Berechnung des Bedarfes an Nährwerten und seiner Deckung ergibt.

Es besteht Einigkeit darüber, daß der Bedarf des Heeres und der Angehörigen der Landwirtschaft voll gedeckt ist. Ungedeckter Bedarf kann also nur bei den Verbrauchern oder Versorgungsberechtigten vorliegen. Die Berechnung des Fehlbetrages würde unnötig verwickelt werden, wenn man den besonderen Nahrungsmittelbedarf und die besonderen Nahrungsmittelzulagen, die für Schwer- und Schwerarbeiter in Betracht kommen, berücksichtigen wollte. Von der Gesamtlage der Volksernährung gewinnt man ein vollkommen zutreffendes Bild, wenn man vom normalen Verbraucher ausgeht.

Der Bedarf an Nährwerten, den die bürgerliche Bevölkerung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung hat, beträgt im Durchschnitt, berechnet auf den Kopf und Tag, 2000 Wärmeinheiten (Kalorien). Ein erwachsener Mann braucht mehr — etwa 2500 Einheiten. Kinder verbrauchen je nach dem Alter weniger als der angegebene Durchschnitt. Wie bei den Tieren genauer festgestellt ist, steht der Nährwertverbrauch in bestimmten Beziehungen zum Körpergewicht.

Bei der Berechnung der Deckung des Bedarfes sind die zugeteilten und die im freien Verkehr zu erhaltenden Nahrungsmittel zu unterscheiden. In den Zuteilungen bestehen Verschiedenheiten, die jedoch auf den Gesamtnährwert, nach Einheiten berechnet, keinen großen Einfluß ausüben. Sehr verschieden ist dagegen die Möglichkeit, im freien Verkehr zu annehmbaren Preisen Lebensmittel zu erlangen. In der Beziehung ist in letzter Zeit eine merkbare Verschlechterung eingetreten. In ungünstig versorgten Gemeinden dürfte es gegenwärtig einer Familie mit mittlerem Einkommen möglich sein, sich an zugeteilten und frei käuflichen Nahrungsmitteln soviel zu beschaffen, daß ein Gesamtnährwert von mindestens 1500 Einheiten, berechnet auf den Kopf und den Tag, erreicht wird. Gegenüber dem Durchschnittsbedarfe von 2000 Einheiten besteht ein Fehlbetrag bis zu 500 Einheiten.

Der nachgewiesene Fehlbetrag ist nur dadurch zu beseitigen, daß von den pflanzlichen Nahrungsmitteln mehr als bisher für die menschliche Ernährung in Anspruch genommen wird. Das kann selbstverständlich nur auf Kosten der Tierhaltung geschehen. Da aus wirtschaftlichen Gründen der Pferde- und der Rindviehbestand erhalten werden muß, ergibt sich die Forderung einer Verbrauchsregelung für die Schweine, d. h. einer Beschränkung der Schweinehaltung.

Das Schwein wird als Abfallverwerter bezeichnet. Bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß die hauswirtschaftlichen Nahrungsabfälle von 30 Menschen zur Ernährung eines Schweines noch nicht ausreichen. Von den hauswirtschaftlichen Abfällen einer Bevölkerung von 60 Millionen können also mit gewissen Futterzulagen 2 Millionen Schweine ernährt werden. Außerdem gibt es verschiedenartige Abfälle, von denen schätzungsweise ebenso viel Schweine zu ernähren sind. Ferner wird man für die Speisefettgewinnung und den Heeresbedarf eine beschränkte Zahl von Schweinen unabhängig von der Abfallverwertung aufziehen müssen. Es ist also auch während der Kriegszeit das wirtschaftliche Bedürfnis für einen Bestand von etwa 7 Millionen Schweinen vorhanden. Die über diese Zahl hinaus gehaltenen 10 Millionen Schweine leben auf Kosten der Menschen, oder genauer der 40 Millionen Verbraucher, und zwar teils mittelbar, indem sie dem Rindvieh das Futter wegfressen und dadurch die Milcherzeugung beeinträchtigen, teils unmittelbar, indem sie allen Verfütterungsverboten zum Trotz sich von Kartoffeln und Getreide ernähren.

Der Verlust, der beim Umsatz von Nährwerten im tierischen Körper behufs Gewinnung von Fleisch und Fett entsteht, ist bekannt. Im Durchschnitt wird man gegenwärtig damit rechnen können, daß beim Schweine von den verfütterten Nährwerten ein Viertel ausgenutzt wird, während drei Viertel verloren gehen. Der Verlust beträgt also das dreifache der Ausbeute an Nährwerten. Auf Grund dieser Verhältniszahl ist bestimmbar, welcher Verlust an Nährwerten dadurch entsteht, daß über das wirtschaftlich zulässige Maß der Gesamtierhaltung hinaus 10 Millionen Schweine gehalten werden.

11. III. 1917

53

Die Preisrelation.

In Deutschland gibt das Ernährungsamt jetzt seinen Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr bekannt, in dem offen zugestanden wird, daß die bisherige Preispolitik, die der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittelvorräte zugrunde lag, eine unrichtige war. Das Entscheidende für die Preispolitik ist nämlich das Verhältnis, in dem die Preise, die für die verschiedenen Lebensmittelkategorien festgesetzt werden, zu einander stehen, also das, was man mit einem technischen Ausdruck kurzweg die Preisrelation nennt. Herr v. Batacki erklärt, die geltende Preisrelation müsse geändert werden, und zwar in der Art, daß die Preise der vegetabilischen Nahrung erhöht und die Preise der Fleischnahrung herabgesetzt werden. Daß die übermäßig hohen Viehpreise für die Landwirtschaft die stärkste Verlockung zur Verfütterung von Getreide und Kartoffeln bilden, daß infolgedessen in der Nahrungsmittelkonkurrenz das Vieh den Menschen besiegt — diese traurige Tatsache, die von keiner Seite mehr geleugnet wird, bildet die ernsteste Gefahr für das Volksernährungsweisen im Krieg. Unsere Leser wissen, wie oft und eindringlich in unserem Blatte auf diese Gefahr hingewiesen und die Notwendigkeit einer Aenderung der staatlichen Preispolitik betont wurde. Die Dringlichkeit der Umkehr wird nun durch die offenen Einbekenntnisse der amt-

lichen deutschen Reichsstellen bekräftigt. Dabei ist Deutschland ein viel reicheres Land als Oesterreich, der Fleischkonsum ist dort in viel weiteren Volkskreisen üblich, und wenn nun in Deutschland die übermäßige Bealinstigung der Viehzucht auf Kosten der pflanzlichen Produktion als Schädigung der Volksernährung erkannt wird, um wie viel mehr muß das bei uns der Fall sein, wo der regelmäßige Fleischgenuß nur zu den Lebensgewohnheiten der wohlhabenderen Schichten gehört. Man lese doch die Ziffern der Wiener Einkommens- und Wohnungsstatistik, die der Bürgermeister letzter Tage dem Ernährungsminister unterbreitet hat, um darzutun, welcher Prozentsatz der großstädtischen Bevölkerung zu den „Minderbemittelten“ zu rechnen sei. Diese Ziffern sprechen eine so deutliche Sprache, daß es danach gar keine Meinungsverschiedenheit mehr über die Frage geben kann, welche Art von Nahrungsmitteln dem Großteil dieser Bevölkerung nottut. Nur die billigsten und quantitativ ausgiebigsten Nahrungsmittel kommen da in Betracht, also vegetabilische Nahrung und vor allem Kartoffeln.

Die Regierung hat denn auch bereits den Kartoffelhöchstpreis erhöht, und Dr. Weiskirchner hat eine dreiwöchige Amnestie für Landwirte, die ihre Kartoffelbörre verheimlichten, in Vorschlag gebracht. Man will durch solche Maßnahmen retten, was von der letzten Kartoffelernte noch zu retten ist, aber die bereits an das Vieh verfütterten Kartoffelmengen können dadurch nicht mehr restituiert werden. Jeder Landwirt hat sich eben ausrechnen können, daß ein Kilogramm Kartoffeln, das er im Stall verfüttert, ihm dreimal so viel Nutzen bringt als ein Kilogramm, das er auf den städtischen Markt liefert. Solange die Viehpreise nicht eine gründliche Herabsetzung erfahren, werden alle Bemühungen, unser Ernährungsweisen in vernünftige Ordnung zu bringen, scheitern. Heute haben wir einen relativen Ueberfluß an tierischer und einen absoluten Mangel an pflanzlicher Nährstoffzeugung. Man kann es schließlich den Landwirten nicht verübeln, wenn sie ihre Produktion nach ihrem Vorteil einrichten, aber sie kommen dabei zuletzt auf einen falschen Weg, indem sie die Produktion gerade in der Richtung steigern, wo das Konsumbedürfnis stetig zurück-

geht. Es ist Sache der staatlichen Preispolitik, solchen Verirrungen entgegenzuarbeiten, und das ist um so dringlicher, da ein Fehler im Wirtschaftsplan gleich eine ganze Ernteperiode nachteilig beeinflusst und sich dann nicht so rasch korrigieren läßt. Um das Interesse der Landwirte an pflanzlicher Produktion, die nur der Menschenernährung dient, zu steigern, wird mit einer Herabsetzung der Viehpreise wohl eine mäßige Erhöhung der Getreide- und Kartoffelpreise Hand in Hand gehen müssen. Wer sich aber der Phantasiereise erinnert, die in diesem Winter insgeheim in Wien für Süßfrüchte und Kartoffeln gefordert und bezahlt wurden, wird gegen eine mäßige offizielle Preiserhöhung gewiß nichts einzuwenden haben. Gätten wir nicht mit Freuden ein paar Heller mehr für Kartoffeln gezahlt, wenn wir nur den Markt davon voll gesehen hätten? Nur durch eine wohl-durchdachte Preisrelation läßt sich eine landwirtschaftliche Produktionssteigerung in jener Richtung erzielen, wie sie für die Versorgung der städtischen Volksschichten notwendig ist.

ung

Frankfurter Zeitung

Nummern 40, 41, 42, 43

Preis der Anzeigen

Kolonialzeile 60 & Abendbl. 75
 Reklamen A 2. — Abendbl. 42.50
 Familienanzeigen A 1. — zuzügl.
 10% Kriegszuschlag. Platz- und
 Daten-Vorschrift. ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
 Schillerstr. 20. Mainz: Schillerstr. 3.
 Berlin: Mauernstraße 16/18 Dresden A:
 Waisenhausstr. 25. München: Fern-
 nachstr. 6. Offenbach: Biebererstr. 34.
 Stuttgart: Poststr. 7. Zürich: Nord-
 straße 62. Uns. übr. Agentur.
 u. d. Annonc.-Exp. Ferner im
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430

Ein preussisches Kriegsernährungsamt?

Ein empfindlicher Mangel unserer Organisation.

Dem völligen Mangel an kriegswirtschaftlicher Vorbereitung, mit dem wir im Sommer 1914 in den Kampf eintraten, hat man durch organisatorische Maßnahmen nach und nach abzuwehren versucht. Zuerst zögernd und schrittweise und von der öffentlichen Meinung mehr geschoben als aus eigener Initiative heraus. Man hatte sich über die mögliche Dauer eines Krieges, der durch den Hinzutritt immer neuer Teilnehmer zum lodenden Weltbrand wurde, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch an den leitenden Stellen schwerer Täuschung hingegeben. Nur so ist es zu verstehen, daß wir auf wirtschaftlichem, und vor allem auf dem Gebiete der Volksernährung, mit vollendeter Sorglosigkeit in den Zustand kriegerischer Verwilderung eintraten.

Was im Kriege an Organisation geschaffen worden ist, ist Improvisation mit allen Fehlern und Mängeln einer solchen. Auch da, wo sie gut funktioniert, mußte erst mancherlei Lehrgeld bezahlt, manche Enttäuschung mit in Kauf genommen werden. Trotz alledem wäre es unrecht, die Größe der vollbrachten Leistungen nicht anzuerkennen. Sie wären gewiß viel größer geworden, wenn es möglich gewesen wäre, den privatwirtschaftlichen Egoismus, der sich nur widerwillig dem Zwang unterordnete, auszuspalten. Aber die Träger dieser privatwirtschaftlichen Eigeninteressen konnten in der Gütererzeugung nicht entbehrt, im Vertrieb der Güter nicht ausgeschaltet werden. Im Gegenteil: in der Herstellung der Erzeugnisse mußte der Landwirtschaft so gut wie den Lieferanten für den unmittelbaren Heeresbedarf weites Entgegenkommen in der Preisbemessung bewiesen werden. Hier wie dort wurde der Krieg zur Konjunktur, die es auszuschöpfen galt. Steigerung der Produktion durch den Anreiz hoher Verdienstmöglichkeit wurde allgemeine Lösung. Die überraschend prompte Umstellung der Friedens- in die Kriegsindustrie, die gewaltige Steigerung der Herstellung von Kriegsbedarf aller Art wäre nicht in dem Maße, in dem sie vor sich ging, möglich gewesen ohne den Anreiz hoher Gewinne. Der Appell an die Ethik, an die Pflicht, sich ganz den Erfordernissen des Vaterlandes unterzuordnen, wäre auf die Dauer verhallt. Der Anreiz hat aber seine Grenzen, so wohl in den anzuwendenden Mitteln wie namentlich in den Zwecken, die er verfolgt. Es ist daher auch unrichtig, wenn besonders für die landwirtschaftliche Erzeugung immer wieder mit dem Argument des notwendigen Produktionsanreizes für weitere Preiszugeständnisse bald auf diesem, bald auf jenem Gebiete der Gütererzeugung Stimmung zu machen versucht wird. Man kann die Herstellung von Munition forcieren, wenngleich auch hier die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte und die Menge der vorhandenen Materialien Grenzen setzt; aber man kann mit noch so hohen Preisen für Getreide, Fleisch, Eier, Gemüse, Milch und Butter die Gesamtproduktion an Lebensmitteln nicht wesentlich steigern, wenn der Boden begrenzt, Düngemittel, Arbeitskräfte, Gespanne und andere Hilfsmittel der Produktion nur in beschränktem Maße vorhanden sind. Man kann die Erzeugung von Kartoffeln zu Gunsten eines rentableren Anbaues von Futtergewächsen vernachlässigen, die Milch zur Aufzucht von Vieh anstatt zur Vergabe an den Verbrauch oder zur Butterbereitung verwenden, man kann den Getreideanbau unter Zurückstellung des Anbaues von Brotgetreide verstärken, also je nach der Gewinnchance Verschiebungen innerhalb der landwirtschaftlichen Gütererzeugung vornehmen; aber die Produktion als Ganzes läßt sich unter den gegebenen Verhältnissen plötzlich und unermittelt noch viel weniger steigern, als dies schon im Frieden unter ungleich besseren Arbeitsbedingungen möglich ist. Die Produktionsförderung, die jetzt im Kriege unter unendlich erschwerten Verhältnissen möglich ist, muß auf ganz direktem Wege erfolgen: durch die organisierte Bereitstellung menschlicher, tierischer, maschineller Arbeitskraft, von Dünger, Saatgut u. dergl., indem aller nutzbare Boden in Bearbeitung genommen, alle irgendwie verwertbaren Stoffe ausgenutzt und in Produktionskraft umgesetzt werden. Zur Produktionsförderung im weitesten Sinne darf schließlich auch — und nicht in letzter Reihe — sachverständiger Rat und wohlmeinende Ermahnung gezählt werden, denn letzten Endes kommt es nicht nur darauf an, daß überhaupt erzeugt, sondern auch darauf, was erzeugt wird.

Die vor kurzem für Preußen ins Leben gerufenen Kriegsämter für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sollen diesem Zweck dienen. Ihre Organisation verspricht, in Anlehnung an die kommunalen Verwaltungskörper bis in die einzelnen Gemeinden hinein wirksam zu werden. Die außerordentliche

zuzuweisen. Damit wurde aber der Aufgabe nicht genügt. Selbst die Gemeinden in den Großstädten verlagten, so daß wir zum Beispiel in Wien in den Herbstmonaten nach der Ernte 1916 vor einer ganz entsetzlichen Situation standen. Trotzdem zum Beispiel die Gemeinde Wien mit Mehl überdeckt war, also ein Mehlmangel nicht in Frage kam, war die industrielle Arbeitererschaft gar nicht imstande, sich in den Besitz dieses notwendigen Lebensmittels zu setzen. Beim Arsenal mußten die Arbeiter um zwei Tage Urlaub bitten, damit sie sich um Lebensmittel anstellen konnten. Dadurch erst wurde es klar, daß der übliche Weg der Versorgung nicht imstande sei, die Industriearbeiterschaft zu versorgen und die Aufrechterhaltung des Arbeitsprozesses zu verbürgen. Die Verlegenheit war groß. Die Vertrauensmänner der Wiener Arbeitererschaft bemühten sich, hier Abhilfe zu schaffen. Die Vertreter der Metallarbeiter suchten beim Wiener Bund der Industriellen Führung und in kurzen Vorbesprechungen, wo auf beiden Seiten das Verständnis rasch reifte, wurde ein Plan entwickelt, der staatlichen Verwaltung zu Hilfe zu eilen und die Versorgung der Arbeitererschaft gleichsam autonom zu bewerkstelligen.

Der Grundgedanke dabei geht darauf hinaus: Wir werden das, was die Industriellen und was die Arbeiterorganisationen an Konsumanstalten besitzen, dort die Lebensmittelmagazine, hier die Konsumvereine, organisch zusammenschließen, diesen schon einmal vorhandenen Verteilungsapparat benutzen, um, auf ihm aufbauend, einen geschlossenen Versorgungsapparat für die Industriearbeiterschaft herzustellen. Während diese Beratungen gepflogen wurden, nahmen wir uns vor, zunächst einmal die fertige Tat zu setzen. Es handelte sich bei der Arbeitererschaft einerseits um Mehl und andererseits um Brot. Die damalige Regierung Stürgkh berief das Ministercomité in Ernährungsfragen ein. Man wollte einen Versuch machen, und die Regierung wies uns fünfzehn Waggons Brotmehl, die gleiche Menge Roggenmehl und etwas Fett zu, und binnen drei Tagen wurde die Beschaffung des Brotes in Ordnung, und ebenso gelang die probeweise Verteilung aller anderen Artikel. Daraufhin legten die Unternehmerorganisationen und die Arbeiterorganisationen des Wiener Gebiets der Regierung einen Organisationsentwurf für einen Lebensmittelverband der Kriegsindustrie Wiens vor. Nun sind alle Teile froh, diese Organisation zu besitzen. Der Gemeinde ist dadurch die schwierigste Aufgabe abgenommen, und sie kann mit größerer Sorgfalt an die Versorgung der übrigen Bevölkerungskreise denken. Das klaglose Funktionieren der Organisation ist von der Regierung und von militärischer Seite wiederholt bestätigt worden. Die Arbeiter erhalten von Woche zu Woche ihre Wochenration und sie erhalten sie in der Weise, wie es ihnen am bequemsten ist. Die Organisation ist von dem Arbeiter das Recht hat, zu wählen, ob er am Arbeitsort im Betrieb fassen oder ob er in seinem Wohnort in dem Verschleißlokal des nächsten Konsumvereines fassen will. In Ausnahmefällen sind auch offene Verschleißstellen des Kriegsverbandes; aber bisher war es nicht notwendig, eine solche offene Verschleißstelle zu schaffen. Größere Betriebe, bei denen die nötigen Menschen da sind, haben eigene Abgabestellen gegründet; die Arbeitererschaft des Wiener Arsenals, die zehntausend Köpfe umfaßt, wurde in kurzem Wege mit ihren Familien den Konsumvereinen zugewiesen. Auf diese Weise wurde der Versorgungsstand Wiens auf 450.000 Menschen ausgedehnt, und dieser Körper wird nun bedient durch einen unglaublich kleinen und billigen Apparat.

Der Lebensmittelverband arbeitet heute zur Zufriedenheit der Arbeitererschaft und der Behörden. Soweit er als Verteilungsapparat in Frage kommt, gibt es keine Klage. Weil er nur zum Verteilen da ist, verantwortet er natürlich nicht, wenn zu wenig da ist. Die allseitige Anerkennung ist ein Beweis, daß der Gedanke glücklich und fruchtbringend war. Er beruht darauf, daß der Staat, der sich um alle Kreise zu kümmern hat, der in seinen Bezirkshauptmannschaften nur juristisch vorgebildete Personen beschäftigt, der in den Gemeinden ganz ungenügende Organe besitzt, dadurch entlastet wird, daß die Industrie die Verwaltung der Lebensmittel in ihre autonome Selbstverwaltung übernimmt: die Industrie als selbständige Gemeinde neben allen anderen Gemeinden. Es wäre noch sehr wünschenswert, daß die Industrie die Organisation der Aufbringung an sich ziehe — leider ist es dazu zu spät!

Nun ist es klar, daß eine solche Organisation, die der Kriegsnot und unserer Verwaltungsnot entsprungen ist, auch mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, und die beruhen auf den Gegensätzen des Industrievolkes selbst. Industrie ist niemals der Unternehmer allein, auch nicht der Arbeiter allein. Wir unterscheiden: die Unternehmerschaft, die Arbeitererschaft; und diese beiden Gruppen stehen in einem, wie wir immer so geschienen ist, ganz notwendigen und durch nichts zu verflechtenden Gegensatz der Interessen. Kein Unternehmer oder Arbeiter ist darüber im Zweifel. Aber ebenso gewiß ist, daß beide Gruppen im Gefüge des ganzen Staates wieder gemeinsame Interessen haben, als reine Konsumenten in Bezug auf die Lebensmittel, die sich sehr deutlich abheben von der agrarischen Bevölkerung, und so vielfach auch in der Handelspolitik. Die Kriegsnot hat diese relative Gemeinschaft sichtbar gemacht. Die Zweifel waren von vornherein groß, ob so ein gegensätzliches Gespann auch lebens- und arbeitsfähig sein werde. Weil jetzt im Kriege zunächst uns am allgemeinsten gilt: essen müssen wir, deshalb hat die Industriebevölkerung das dem Unternehmer und Arbeiter Gemeinsame gesucht und gefunden. So haben sich denn diese zusammengefaßt auf einem bestimmten und begrenzten Arbeitsgebiete in Wien.

Das Kriegsministerium hat nun im Dezember an das Volksernährungsamt die Aufforderung gerichtet, den Gedanken der Organisation der Kriegsindustrie weiter auszubauen. Diese Weisung wurde vom Ernährungsamt an die Statthaltereien weitergegeben. Inzwischen

haben sich die Interessenten selbst gerührt, in Niederösterreich (Land), in Oberösterreich und in Steiermark. Der Verband für das Flachland Niederösterreich ist gegründet, ebenso in Oberösterreich und mit dem heutigen Tage in Steiermark. Vor vierzehn Tagen fand in Prag eine große Sitzung von Vertretern der ganzen Industrie Böhmens statt — Unternehmer und Arbeiter —, die einstimmig erklärte, daß man auch in Böhmen zur Schaffung eines Kriegsverbandes schreiten müsse, ebenso in Mähren und in Schlesien.

Diese Organisation schreitet fort und ringt sich durch. Sie erfordert von allen ihren Teilnehmern gewisse Rücksichten und gewisse Vorurteile. Vor allem anderen muß betont werden: Wenn wir die Versorgung der Industrie durchführen, muß die größte Loyalität auf beiden Seiten herrschen. Die Kämpfe, die zu führen sind, die werden im Frieden geführt werden. Auf diesem Gebiet muß man dem Vertrag Treue beweisen. Streitfragen, die auftauchen, dürfen nicht entschieden werden nach dem Gesichtspunkt: Wo gewinnt die Unternehmerorganisation mehr Macht und wo die Arbeitererschaft? sondern nach dem Grundsatz: Was nützt im Augenblick der Versorgung am meisten, wie kann die Versorgung jeden zunächst regelmäßig versorgen? Wenn Streit auftaucht, so wird sich immer noch ein Schiedsrichter finden. Wenn die einzelnen Landesorganisationen fertig sein werden, so wird vielleicht in Wien aus den Industrie- und Arbeiterorganisationen ein paritätisches Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Vertreters des Kriegsministeriums entstehen. Dadurch können wir die Schwierigkeiten der Organisation überwinden. Der zweite Grundsatz für die Organisation ist: Korrektheit und Planmäßigkeit in der Geschäftsführung. Die sogenannte „bevorzugte“ Lieferung für die Arbeitererschaft in der Kriegsindustrie besteht nicht in größeren Portionen gegenüber der Zivilbevölkerung, sondern darin, daß man die Lebensmittelversorgung der Industrie sichert und durch die Regelmäßigkeit und Sicherheit die Kontinuität des Arbeitsprozesses garantiert. Der Vorzug besieht noch darin, daß über besonderen Auftrag des Kriegsministeriums ein Betrieb besonders bedacht wird, wenn es gilt, unter Anspannung aller Kräfte eine bestimmte Arbeit fertigzustellen.

Augenblicklich machen wir eine harte Ernährungsleistung durch; die Zeit war niemals so ernst wie jetzt. Das ist auch der Grund, warum sich der heimische Kriegsverband mit der Aufnahme seiner Arbeit nicht übereilt. Wir stellen eine Organisation fertig und müssen im Augenblick warten. Die im Lande befindlichen Vorräte sind außerordentlich gering. Es läßt sich technisch im Augenblick die Arbeit hier nicht aufnehmen, denn die Voraussetzung hierfür ist, daß Vorräte für vierzehn Tage der Organisation zur Verfügung stehen. Das ist im Augenblick nicht zu bewerkstelligen. Die inländischen Produkte sind so gut wie aufgezehrt, nicht so sehr von den Menschen als von den Haustieren. Die Zufuhren von Ungarn bleiben aus. Das Ernährungsamt hat mit Ungarn Verträge auf Lieferung von 2000 Waggons Mais oder Weizenmehl, aber die Abstellung geht langsam vor sich. Wir werden also gleichsam eine Mühle bauen, aber wir können nicht aufschütten wegen Mangels an Material. Dieser Zustand wird nicht allzulange dauern. Entscheidend ist das Freisein der Donau, was ganz gewiß gegen Ende März sein wird; dann werden größere Vorräte auf einmal einlangen, und bis dahin heißt es gerüstet sein.

Wie in allen Dingen, so auch hier: In der großen Bedrängnis des Krieges hilft nur eines: Organisation. Die Organisation war das Geheimnis, daß wir überhaupt noch leben. Bisher wurden wir höchst mangelhaft versorgt, nun wollen wir darin überall Wandel schaffen. Und so bin ich überzeugt, daß mit der Gründung des Kriegsverbandes der Industrie ein großer Dienst erwiesen wird.

Die Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter.

Ein Vortrag von Dr. Karl Renner.

Am 4. d. fand in Graz unter zahlreicher Beteiligung der Unternehmer und der Arbeitererschaft die gründende Versammlung des Kriegsverbandes steirischer Konsumanstalten und Konsumvereine statt. In der Versammlung nahm ein Vertreter des Kriegsministers und der Statthaltereien teil; das Volksernährungsamt hatte zu der Beratung Renner entsendet. Bisher haben sich zu dem Kriegsverband 257 Betriebe angemeldet; er soll seine Tätigkeit Mitte April aufnehmen. Der Vorstand wird zur Hälfte aus Unternehmern und aus Arbeitern gebildet. In der Versammlung hielt Renner einen Vortrag über die Ernährungsfragen, der auch über den unmittelbaren Anlaß Interesse finden wird. Renner führte aus:

Von allen Aufgaben des staatlichen Ernährungsamtes im Kriege hat sich eine als besonders schwierig und lange Zeit hindurch als beinahe unlöslich gezeigt: die Versorgung der industriellen Arbeitererschaft in jenen großen und mittleren, zum Teil auch kleinen Betrieben, die sich in den zwei Kriegsjahren mächtig ausgebreitet haben. Die Schwierigkeiten dieser Versorgung sind allen Vertretern der Industrie wohlbekannt. Sie wissen, daß die Versorgung durch die Gemeinden geführt werden sollte; sie wissen, in welchem Zustand sich die Gemeindevertretungen befinden: ein Teil der Gemeinden war gerade bei Kriegsbeginn in den Händen der kleinen Händler und Kleinrentner und der andere Teil hatte Vertretungen, die sich als unzulänglich erwiesen, einerseits durch den Mangel an materiellen Hilfsmitteln, andererseits an Personen überhaupt, die vom Ernährungsdienst etwas verstanden. Während sich die Konsumvereine zwanzig und fünfzig Jahre lang mit Ernährungsfragen beschäftigt haben, waren sie den Gemeinden meist fremd und neu. In Industriorten, in denen die Arbeitererschaft zwei Drittel der Einwohnererschaft ausmacht, ist die Gemeindevertretung in den Händen landwirtschaftlicher Kreise, die mehr für ihre Interessen als für die der Konsumenten eingenommen waren. Die Folge davon war, daß die Arbeitererschaft in vielen Industriebetrieben ganz mangelhaft versorgt war. Es kommt vor, daß in einem großen Betriebsbetrieb eine Arbeitermasse arbeitet, die zum Beispiel 20.000 Köpfe umfaßt und die zur Hälfte in der Marktgemeinde und zur anderen Hälfte in zehn bis zwanzig kleinen Dörfern wohnt. Wenn es schon große Mühe macht, die eine Hälfte der Arbeiter in der großen Gemeinde zu versorgen, so kann man es sich leicht vorstellen, wie ungeordnet und unregelmäßig die auf kleine Gemeinden verteilte andere Hälfte der Arbeitererschaft versorgt wurde. Unter solchen Umständen war selbst die Aufrechterhaltung eines geregelten Arbeitsprozesses undenkbar.

Die Schwierigkeiten veranlaßten die Regierung, zunächst an eine Reihe von Betrieben Lebensmittel

Arbe

14. III. 1917

Ernährungsfragen.

N Berlin, 12. März. Im Ernährungsausschuss des Reichstages erklärte der Präsident des Kriegs Ernährungsamtes v. Batoki auf eine völksparteiliche Anfrage über die von Dr. Heim behauptete Zurückhaltung der Gerste, daß die Ablieferung der Gerste sich besonders im Osten infolge der dort herrschenden, besonders schwierigen Verhältnisse verzögert habe. Auf eine fortschrittliche Anregung zur Hebung der Wollherzeugung Futter für die Schafe zu überweisen, erklärte Herr v. Batoki, der Schafzucht werde die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es sei beabsichtigt, die Schaffleischpreise etwas herabzusetzen, um die Abschachtung zu vermindern, und die Wollpreise zu erhöhen, um die Wollproduktion zu heben. Wenn irgend möglich, soll den Schafzüchtern etwas Futter belassen werden. Weiter erklärte Präsident v. Batoki, Schiebungen mit Gerste seien in Westpreußen und Pommern, noch mehr in Bayern vorgekommen. Wegen der Unklarheit der Gersteverordnung hätten nicht alle Schiebungen zur Bestrafung gebracht werden können. Jetzt sei das anders und es werde allen Übertretungen der Lebensmittelverordnungen ohne Ansehen der Person nachgegangen, was auch der preussische Minister des Innern noch besonders zugesagt habe. Die Dr. Heim'schen Behauptungen hätten sich zumeist als nicht richtig erwiesen.

Von der Fortschrittlichen Volkspartei ist beantragt, den Reichskanzler zur Festsetzung folgender Höchstpreise aufzufordern: für die Tonne Weizen 280 Mk., Roggen, Hafer und Gerste 260 Mk., für den Zentner Schwein, Lebendgewicht bis 70 Kg., mit 65 Mark, bis 85 Kg. mit 70 Mark, bis 100 Kg. mit 75 Mark und über 100 Kg. bis 85 Mk. Weiter soll Magermilch und Buttermilch durch größere Zuführung an die Verbraucher oder durch Verarbeitung auf Käse für unmittelbare Volksernährung nutzbar gemacht und ein Teil dieser Milch den Molkereien zu angemessenem Höchstpreis beschlagnahmt werden. Die Zuteilung an die Verbraucher soll gleichmäßig sein und in jeder Gemeinde ein Ausschuss von Vertrauenspersonen bestellt werden, der unter Mitwirkung der Gemeindeverwaltung die rechtzeitige und jaggemäße Ablieferung der beschlagnahmten Nahrungsmittel zu organisieren und zu überwachen, insbesondere für zureichende Verpackung und rechtzeitige Anfuhr an die Bahnstation Sorge zu tragen hat.

Mit dem Grundgedanken dieses Antrags erklärte sich Präsident v. Batoki einverstanden, die Durchführung stehe aber wegen des Personalmangels auf Schwierigkeiten. Ueber die Frage der Reichszuschüsse zu Ernährungsfragen könne durch eine Erklärung nicht dem Reichssekretär vorgegriffen werden. Es werde vielleicht in Aussicht zu nehmen sein, der Reichsgetreidestelle einen Zuschuß zu den Verwaltungskosten zu geben, um so den Brotpreis niedrig zu halten. In den einzelnen Orten seien die Brotpreise zu verschieden, als daß ein bestimmter Einheitspreis durchführbar erscheinen würde.

Der Leiter der preussischen Landesfleischstelle, Unterstaatssekretär Goepfert, führte aus, daß die Viehhandelsverbände den Viehhandel nicht ausschalten, sondern in die Kriegswirtschaft einschalten sollten mit der Funktion, die er bei den Gegenständen des Massenkonsums unter den herrschenden gestörten Verhältnissen allein auszuüben vermöge, nämlich als Agent einer die Aufbringung und Verteilung regelnden Behörde. Die Erhaltung des Handels sei notwendig mit Rücksicht auf die Allgemeinheit. An die Viehhandelsverbände seien unmittelbar nach ihrer Gründung ganz außerordentlich große Aufgaben herangeraten. Sie hätten alsbald den ganzen Viehhandel auf eigene Rechnung übernehmen müssen und hätten so nicht die Zeit und die Möglichkeit gehabt, sich überall ganz so durchzuorganisieren, wie sie geplant gewesen seien. Immerhin funktionierten sie durchweg ordnungsgemäß. Die Provision sei für den Verbraucher ziemlich gegenstandslos. Ein Prozent mehr oder weniger mache nur wenige Pfennige auf das Pfund Fleisch aus. Die Preisunterschieden der Fleischpreise in Nord- und Süddeutschland hängen mit dieser Provision nicht zusammen, sondern mit den Kosten, die auf dem Fleisch nach der Ablieferung durch die Verbände je nach den örtlichen Verhältnissen liegen. Das preussische Landesfleischamt stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Provision so niedrig bemessen werden müsse wie irgend möglich. Das gelte auch für die Vergütung an die Aufkäufer der Verbände, die aber andererseits ihnen ermöglichen müsse, zu bestehen und Interesse am Geschäft zu behalten. Dieses Ziel werde hoffentlich bald erreicht sein. Im übrigen walte größte Sparsamkeit. — Ein anderer Vertreter des Landesfleischamtes wies darauf hin, daß in einzelnen Provinzen für die Verbände 2000 und mehr Viehhändler tätig seien. Da könne der kleine Händler nicht übermäßig verdienen. Wo es doch der Fall sei, werde eingeschritten. Die Vertrauensleute erhielten durchschnittlich nicht mehr als 1000 bis 1100 Mark monatlich, dafür hätten sie Risiken zu tragen und erhebliche Geldvorlagen zu leisten. Von den 7 Prozent der Verbandsprovision erhielten diese Sammelhändler 1/2 Prozent, die Aufkäufer 2 Prozent, die Kommunalverbände 1/2 Prozent, ein weiteres 1/2 Prozent werde für die geringst besoldeten Aufkäufer verwendet. Die Gesamtkosten der Sammelstellen der Verbände einschließlich der Futterkosten, Mieten, Schlachthofgebühren, Verluste usw. beliefen sich auf 2 Prozent. 1/2 Prozent betrügen die laufenden Geschäftskosten einschließlich aller Bankzinsen, so daß letzten Endes den Verbänden 1 Prozent verbleibe. Der Redner gab noch weiter genauen Aufschluß über die Finanzen der Viehhandelsverbände.

Die Versorgung des inneren Marktes.

N Berlin, 13. März. (Priv.-Tel.) Wie seiner Zeit gemeldet, hat das Abgeordnetenhaus in einem Antrage die Staatsregierung ersucht, in der verstärkten Staatshaushaltskommission darüber Auskunft zu geben, wie bei der politischen Lage die Versorgung des inneren Marktes durch die Zentraleinlaufs-gesellschaft gefördert wird. Zur Entgegennahme der in diesem Antrage gewünschten Auskünfte trat der verstärkte Staatshaushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses heute Vormittag zusammen und hielt eine mehrstündige Sitzung ab. Es wurde beschlossen, über die Verhandlungen einen amtlich festgestellten Bericht auszugeben.

17. / III. 1917

77

Minister Höfer an der Arbeit.

Eine Unterredung mit dem Ernährungsminister.

Der vielbeschäftigte, mit Arbeiten überhäufte Minister Generalmajor Anton Höfer hatte die Liebenswürdigkeit, einen Vertreter der „Zeit“ zu empfangen und diesem über die im Vordergrund des Tagesinteresses stehenden Ernährungsfragen eine Reihe von wertvollen Mitteilungen zu machen.

Minister Höfer, der sich der Erledigung seiner weitverzweigten Ressortangelegenheiten mit hingebungsvollem Eifer widmet, erörterte bei dieser Unterredung in erster Linie die vom Volksernährungsamt bewerkstelligten Vorarbeiten für die auf Initiative des Kaisers von der Zentralregierung in Angriff genommene große Notstandsaktion für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten. Nach den Ausführungen des Ministers wird sich diese Aktion über das ganze Reich erstrecken und die Versorgung der ärmeren Bevölkerungskreise mit Fleisch und auch anderen wichtigen Nahrungsmitteln im Auge haben. Für die Zuführung von Fleisch in die minderbemittelten Bevölkerungsschichten bietet die vom Volksernährungsamt eingeleitete großzügige Fleischbeschaffungsaktion eine wertvolle Unterlage. Bei der Approvisionnement ist es ja das Wichtigste, dafür zu sorgen, daß man überhaupt etwas hat. Daher müssen alle Bestrebungen darauf gerichtet werden, Vorräte aufzubringen und diese dann entsprechend zu verteilen. Der Minister führte aus:

„Die Grundlage für die richtige und zweckmäßige Erfassung aller Vorräte ist eine genaue Statistik. Ich bin daran, diese durch die dem Volksernährungsamt anzugliedernden Gemeinde-, Bezirks- und Landeswirtschaftsämter zu schaffen, zu deren Mitarbeit alle Bevölkerungskreise herangezogen werden sollen. Produzenten und Konsumenten werden in diesen neuen Organisationen, denen auch die Aufsicht über die rationelle Bodenausnutzung zusteht, vertreten sein. Ich habe die Absicht, die gesamte nächste Ernte zu erfassen und auf Grund ihres Ergebnisses in der nächsten Kampagne die entsprechenden Dispositionen zu erteilen. Jetzt, wo noch dazu die Ungunst des Wetters uns bei der Approvisionnement so manche Schwierigkeit bereitet — die kaum in Fluß geratene Kartoffeltransporte werden durch die Nachfröste in Böhmen und durch den winterlichen Charakter des Wetters in Galizien und Polen neuerdings behindert —, muß eben getrachtet werden, das Bestehende auszubauen und alle verfügbaren Vorräte herauszuholen und für die Versorgung der Bevölkerung zu verwenden. Wenn daher auch das eine oder das andere Mal nicht alles ganz klappt, so muß man eben bedenken, daß wir im Kriege leben. Nichtsdestoweniger geschieht aber vom Amt alles, um in den schwierigen Fällen Erleichterungen zu schaffen.“

Sinsichtlich der Versorgung mit Brotfrüchten kann ich nur mitteilen, daß sich nun auch schon die rumänischen Getreidezusätze bemerkbar machen. In der nächsten Woche dürfte es wieder möglich sein, anstatt der gekürzten die volle Mehration abzugeben. Es wird nichts unversucht gelassen, was beitragen könnte, Erleichterungen herbeizuführen, aber schließlich sind wir ja den Wechseljahren des Krieges ausgesetzt. Es braucht nur einmal ein Transport irgendwo stecken zu bleiben, und die schönsten Berechnungen sind null und nichtig.

Gegenwärtig beschäftigt sich das Volksernährungsamt auch eingehend mit der Frage der Streckung der Brotmehle, und hat neben der Verwendung von Rüben bei der Brotherstellung auch die Frage der Verwendung der Mele für die menschliche Ernährung ins Kalkül gezogen. So trat Prof. v. Birquet hat diesbezüglich in Berlin Studien betrieben. Es fragt sich aber nur, ob nicht die Anschaffung entsprechender Maschinen der Ausnützung dieser neuen Streckungsmöglichkeiten Schwierigkeiten in den Weg legen könnte. Meleibrot ist nicht nur sehr gut, sondern hat auch einen hohen Nährwert.

Gut vorwärts geht bereits die vom Volksernährungsamt eingeleitete Aktion zur Förderung des Gemüseanbaues. Schon im Herbst hätte mit derselben begonnen werden sollen. Zur Verwertung des Gemüses und des Obstes wird eine eigene Stelle, ich will sie nicht Zentralstelle nennen, geschaffen werden, die nicht die Aufgabe haben wird, den Handel auszuschaftern, sondern gewissermaßen mithelfen soll, die Produktion zu fördern. Auf diese Weise soll auf diesem wichtigen Nahrungsgebiet Ersprießliches geleistet werden. Selbstverständlich wird diese Stelle auch berufen sein, einen entsprechenden Einfluß auf die Preisbildung für Obst und Gemüse auszuüben, damit diese Preise nicht, wie es jetzt

leider, der Fall ist, ins Uferlose anschwellen. Diese Gemüsestelle wird ihr Hauptaugenmerk darauf richten, daß die bestehenden Gemüseböden unter Heranziehung der Berufskreise (Gärtner) voll ausgenützt und auch der Feldgemüsebau entsprechend rationell betrieben wird. Zu diesem Behufe haben wir große Mengen von Gemüsesamen hinausgegeben. Wir rechnen auch damit, daß sich auch die Schulen und Gemeinden zur vollen Mitwirkung an dieser Aktion entschließen werden. Die Samenverwertung wird unter der strengen sachlichen Aufsicht des mit der Leitung dieser Stelle betrauten Generalsekretärs der Gartenbaugesellschaft Dr. Schechner durchgeführt. Zum Gemüsebau werden naturgemäß nur jene Böden herangezogen, die sich hierzu eignen. Projekte, wie den Stadtpark oder den Josefsplatz für den Gemüseanbau zu verwenden, können wohl nur den Laien verständlich sein. Diese Rasenflächen würden die Gemüseaktion nicht sonderlich fördern, weil die betreffenden Böden sich zum Gemüseanbau fast gar nicht eignen.

In Angelegenheit der Kartoffelversorgung hat das Volksernährungsamt nicht nur, um den Landwirten einen Anreiz zum erhöhten Kartoffelbau zu geben, die Grundpreise der Kartoffeln erhöht, sondern auch, um den größeren Städten und Industriezentren die Möglichkeit zu geben, ihre Kartoffelversorgung leichter bewerkstelligen zu können, diese in die Lage versetzt, mit Landwirten oder landwirtschaftlichen Korporationen eigene Kartoffellieferungsverträge abzuschließen. Die Stadt Wien dürfte sich bereits einen Teil ihres Kartoffelbedarfes für die nächstjährige Kampagne durch derartige Verträge gesichert haben. In den übrigen Kronländern werden solche Verträge von Städten und Industriezentren durch die politischen Landesstellen zu genehmigen sein.

Für die übrigen Gebiete wird die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt die verfügbaren Kartoffelvorräte zu requirieren haben. Ob den Landwirten ein Teil ihrer Kartoffelernte — abgesehen von Saatgut und Eigenbedarf — zur freihändigen Verfügung bleiben kann oder nicht, das wird erst der Ausfall der Kartoffelernte zu entscheiden haben.

Was die große Notstandsaktion der Regierung für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten anlangt, so wurde diese geteilt. In Wien wird zunächst eine provisorische Aktion einsehen, die bereits in den allernächsten Tagen wirksam sein dürfte. Für öffentliche Auspeisungen, Kriegs- und Volksküchen wird der Gemeinde vom Volksernährungsamt billiges Fleisch zugewiesen werden. Dadurch werden 150.000 bis 200.000 Menschen zu einer nahrhaften Mittagskost kommen. Das Ackerbauministerium unterstützt diese Aktion mit allem Eifer durch die nötige Viehaufbringung. In drei bis vier Wochen werden wir, wenn wir auf Grund der anzustellenden statistischen Erhebungen wissen, welcher Teil der Bevölkerung unterstützungsbedürftig ist, dazu kommen, die große Aktion in Angriff zu nehmen. Diese Vorarbeiten gestalten sich ungemein schwierig.“

Zum Schluß der Unterredung bemerkte Minister Höfer, daß noch eine Reihe von Plänen im Volksernährungsamt in Arbeit stehen, die teilweise aber sehr langwieriger Vorarbeiten benötigen. Alles das aber, das rasch durchgeführt werden könne und sich als gut erweise, werde sofort in die Tat umgesetzt. Neuestens befaße man sich auch mit einer Bebauung der großen Flächen des Raibacher Moores und der verschiedenen Moore in Kärnten.

18. III. 1917

81

Kriegsküchensettel mit Kochvorschriften.

Von Luise Holte.

Sonntag: Nierenuppe. (Vorschrift schon bekanntgegeben.)
Feine Sauerkrautspitze. Weinschnee mit eingemachten Früchten.

Feine Sauerkrautspitze. Drei mittelgroße Zwiebeln schneidet man fein, brät sie in etwas Schmalz bräunlich, gibt 375 Gr. würfelig geschnittenes Schweine- und Kalbfleisch dazu und brät die Fleischwürfel damit durch. Dann gibt man 3 Löffel eingemachten Tomatenbrei, ein wenig Paprika und 1 Kg. abgewaschenes, aufgesodertes Sauerkraut daran, rührt ein halbe Tasse dicke, saure, vorher gut verquirlte Milch darunter, schmort das Gericht 15 Minuten langsam und stellt es dann 3 Stunden in den Gartocher. Es wird, wenn nötig, mit einigen roh geriebenen Kartoffeln gebunden, in großer, runder, vertiefter Schüssel angerichtet und mit Kartöffelschnee umgeben.

Weinschnee mit eingemachten Früchten. Dreiviertel Liter Apfelwein bringt man mit etwas Zitronenschale und 100 Gr. Zucker ins Kochen, firtut 125 Gr. Grieß hinein und läßt ihn unter Rühren dick ausquellen. Dann gibt man ihn in eine große Schüssel, löst 10 Gr. weiße Gelatine auf, setzt sie dem Grieß bei und schlägt den Grieß, bis er dick und schaumig ist. Dann mengt man vier bis fünf Eßlöffel voll kleinwürfelig geschnittener befeuchteter eingemachter Früchte darunter und füllt den Weinschnee bergförmig in eine Form. Der abgetropfte Saft der eingemachten Früchte wird zu dem Weinschnee als Tunke gereicht.

Montag: Sauerrübenuppe. (Vorschrift in der letzten hauswirtschaftlichen Plauderei gebracht.) Schwarzwurzelpudding mit Pfefferlingtunke.

Schwarzwurzelpudding. 750 Gr. Schwarzwurzeln pult man, schneidet sie in halbfingerlange Stücke und kocht sie in leichtem Salzwasser gar. 500 Gr. Kartoffeln kocht man mit der Schale, zieht sie ab und schneidet sie in Scheiben. In 40 Gr. Fett schmilzt man 65 Gr. Mehl gar, kocht mit $\frac{1}{2}$ Liter Schwarzwurzelkochwasser, in dem man einen Brühwürfel gelöst hat, eine ganz dicke Tunke, kocht 2 Teelöffel Eierparpulver durch, gibt $\frac{1}{4}$ Teelöffel Pfeffer-Fiz (künstlicher Pfefferersatz aus deutschen Pflanzen, der von der Milhy-Gesellschaft, Berlin S.O. 26, hergestellt und in den Handel gebracht wird. Er ist nach meinen Versuchen in mehrer Küche sehr zu empfehlen.) und 2 Teelöffel geriebenen Kräutertee an die Tunke, zieht sie noch zuletzt mit einem Eigelb ab und mischt nun die abgetropften Schwarzwurzelstücke und die Kartoffelscheiben durch. Zuletzt zieht man den steifen Schnee des Eiweiß durch, füllt die Masse in eine vorgeschaltete Puddingform und kocht sie eine Stunde. Der Pudding wird gestürzt und mit einer Pfefferlingtunke gereicht.

Pfefferlingtunke. 50 Gr. getrocknete Pfefferlinge wäscht man mit lauwarmem Wasser gründlich ab und weicht sie in $\frac{1}{2}$ Liter Wasser einige Stunden ein, erhitzt das Einweichwasser, gibt einer halben Brühwürfel, eine halbe kleine geriebene Zwiebel, 10 Gr. Fett und die geweichten Pilze hinein und schmort diese langsam weich. Sie werden aus der Brühe genommen, gründlich gewaschen, wieder hineingegeben, die Tunke etwas gebunden, mit Zitronensaft leicht geschärft und zuletzt mit etwas gehackter Petersilie gewürzt.

Dienstag: Grüne Heringe mit Senftunke, Kartoffeln. Einfache Rhabarberspeise.

Grüne Heringe mit Senftunke. Etwa 12 bis 15 große grüne Heringe pult man gründlich, wäscht sie wiederholt mit frischem Wasser, dem man einige Körnchen übermanganfaures Kali zusetzt, damit sie den ihnen anhaftenden, eigenartig strengen Geruch verlieren, rikt sie am Rücken mit dem Messer leicht ein und salzt sie dann. Man trocknet sie und wendet sie in Mehl um. In

einer eisernen Pfanne brät man die Heringe in etwas heißem Öl etwa 5 Minuten, so daß sie auf beiden Seiten eine köstliche Farbe erhalten. Man legt die Heringe auf die heiß gestellte Anrichteschüssel, kocht den Bratenast mit leichter Fleischbrühe und etwas Zitronensaft los, bindet die Tunke mit Mehl, das man mit etwas Magermilch gut rührt, gibt eine Messerspitze Pfeffer-Fiz und 2 Löffel Senf daran und gießt die Tunke unter die angerichteten Heringe.

Einfache Rhabarberspeise. 500 Gr. zuckerlos eingemachten Rhabarber läßt man abtropfen, durchstreut ihn mit 100 Gr. feinem Zucker und läßt ihn eine Stunde gut damit durchziehen, bevor man ihn in eine vorgeschaltete Auflaufform schüttet. Aus 1 Eigelb, 3 Teelöffel Eierparpulver, Mehl und Milch wird ein Eierkuchenteig zusammengerrührt, dem man 25 Gr. Zucker, eine Prise Salz und etwas abgeriebene Zitronenschale zusetzt und mit dem steifen Eiweißschnee durchzieht. Man füllt den Teig über den Rhabarber und bäckt die Speise bei langamer Hitze 45 Minuten. Die Speise wird in der Form aufgetragen und mit feinem Zucker beim Anrichten bestreut.

Mittwoch: Süße Graupenuppe (Vorschrift bekannt), Stedrübentunke mit Meerrettigtunke.

Stedrübentunke. 750 Gramm gepulte, in Stücke geschnittene Stedrübentunke kocht man ab und dann in leichtem Salzwasser weich, läßt sie abtropfen, dreht sie durch die Maschine, stellt die Stedrübentunke auf einem Siebe auf eine große Schüssel und über Nacht beiseite. Am folgenden Tage preßt man die Stedrübentunke 500 Gr. geschälten, roh geriebenen Kartoffeln in einem Reinerichte gut aus, gibt 4 Eßlöffel kleine, braungebratene Brotwürfel und ebensoviel Zwiebelwürfelchen, Salz, geriebene Muskatnus und soviel Roggen-, Gersten- oder Einheitsmehl dazu, daß man eine gute Knetmasse erhält. Aus ihr werden runde Klöße geformt, in Salzwasser langsam garziehen gelassen — rasches Kochen läßt sie zerfallen. Zu den sehr wohlschmeckenden Stedrübentunken gibt man eine kräftige Meerrettigtunke, deren Bereitung allgemein bekannt sein dürfte.

Donnerstag: Fleischlose Klops, Wurzeln und Kartoffeln, Grießstrudel.

Fleischlose Klops. 100 Gr. altbackenes kleingeschnittenes Brot weicht man in Wasser gut ein und drückt das Brot fest aus. 75 Gr. getrocknete Pilze hat man nach der Vorschrift Pfefferlingtunke vorgerichtet, sie werden nach dem Einweichen und Garschmoren im Weichwasser gehackt und nebst dem eingeweichten ausgedrückten Brot und einer geriebenen Zwiebel in etwas Fett durchgeschmort. Unter den Teig gibt man 1 Ei, Salz, gehackte Petersilie und einige Löffel Bohnenmehl (dies Mehl kommt in verschiedenen Orten, wie mir bekannt geworden, zur Verteilung; kann auch durch Hafer-, Gersten-, Grüntermehl oder Roggenmehl ersetzt werden), so daß man Klopsen davon formen kann. Die Pilzbrühe erhält etwas Zitronensaft und weißen Wein, in ihr werden die fleischlosen Klopsen langsam gekocht, die Brühe zuletzt mit halber Mehlschwitze gebunden und über die Klopsen beim Anrichten gefüllt. Ein einfaches Wurzelgemüse, unter das man Kartoffelstückchen mischt, schmeckt besonders gut zu den fleischlosen Klopsen.

Grießstrudel. Am Tage vor dem Gebrauch kocht man 500 Gr. geriebene Kartoffeln mit der Schale, zieht sie ab und reibt sie am folgenden Tage, worauf man die geriebenen Kartoffeln mit soviel Mehl verknetet, wie sie annehmen. Man wirft nun unter den Teig 1 Ei, Salz und 10 Gr. Butter, rollt ihn auf mehlsbestreutem Brett so dünn wie möglich aus und bestreut die Oberfläche mit Grieß und Zucker, legt Marmeladehäufchen dazwischen und rollt den Strudel auf. Er wird in eine mit Fett ausgestrichene Pfanne gelegt und eine Stunde im Ofen bei sehr mäßiger Hitze gebacken. Nach einer halben Stunde Backzeit gießt

man eine halbe Tasse Magermilch über den Strudel, beim Anrichten bestreut man ihn mit Zimtzucker.

Freitag: Schwäbische Suppe. Gedämpfter Fisch mit Nudeln. Schwäbische Suppe. Aus einigen Fleischbrühwürfeln bereitet man 2 Liter Brühe, gibt 50 Gr. Sago oder kleine Graupen, 100 Gr. ganz feingeschnittene Weißkohl, 150 Gr. streifig geschnittene rohe Kartoffeln und 100 Gr. ebenso zerschnittene Stedrübentunke daran. Die Suppe wird 15 Minuten gekocht und dann drei Stunden in den Gartocher gestellt. Man schmeckt die Suppe mit Salz, Pfeffer und gehackter Petersilie ab.

Gedämpfter Fisch mit Nudeln. Hin und wieder wenigstens taucht jetzt frischer See- oder Flußfisch im Handel auf, die größten Schwierigkeiten hat die Zentralisation des Fischhandels nach diesen ermunternden Anfängen nun hoffentlich überwunden, so daß man — wohl schwerlich täglich — aber doch hoffentlich einmal wöchentlich Fische erhalten kann, die man sich sehr ersieht. Zu dem Fisch mit Nudeln kann man jede Sorte Fisch nehmen, man gebraucht 750 Gr., häutet und entgrätet den vorgereinigten Fisch, zerlegt ihn in Stücke und dampft ihn in $\frac{1}{2}$ Liter Fleischbrühe, in der man Wurzelwert vorher eine Viertelstunde austochte, langsam gar. 375 Gr. klein gebrochene Bandnudeln kocht man für sich in Salzwasser weich und gibt sie zum Abtropfen auf ein Sieb. Die Dampfbrühe der Fischstücke bindet man mit halber Mehlschwitze, gibt einige Löffel Milch und gehackte Petersilie daran, mischt Nudeln und Fischstücke durch und richtet das Gericht dann sofort an.

Sonnabend: Weißkrautsuppe. Einfache Nudelspeise mit Frucht-tunke.

Weißkrautsuppe. Im Suppentopf erhitzt man 30 Gr. Schmalz und brät 125 Gr. würfelig geschnittenes Schweinefleisch und ebensoviel Rindfleisch darin bräunlich, gibt 125 Gr. streifig geschnittene Stedrübentunke, einen kleinen Kopf fein gehacktes Weißkraut, 2 Löffel Grieß und 150 Gr. rohe Kartoffelscheiben dazu, gibt $\frac{1}{2}$ Liter Wasser darüber, kocht die Suppe 20 Minuten an und stellt sie drei Stunden in den Gartocher. Die fertige Suppe wird mit Salz, Pfeffer-Fiz und gehackter Petersilie abgeschmeckt, sie ist ganz vorzüglich.

Einfache Nudelspeise. 250 Gr. klein gebrochene Nudeln kocht man in Salzwasser weich und läßt sie auf einem Siebe gut abtropfen. 150 Gr. altbackenes Brot weicht man ein, drückt es fest ab, brät es in etwas Fett zu einem Kloß über gelindem Feuer ab und mischt unter den Brotkloß 1 Eigelb, 50 Gr. Zucker, etwas Salz, abgeriebene Zitronenschale und 50 Gr. Korinthen. Dann menat man die abgetropften Nudelstücke durch und zieht zuletzt den Eiweißschnee durch die Masse. Man füllt die Nudelspeise in eine vorgeschaltete Puddingform, kocht sie zwei Stunden, stürzt sie und gibt sie mit einer Fruchtunke zu Tisch.

25. II. 1917

108

Etwas für die Hausfrau.

Gute Kriegskost.

Eine kompl. ausgiebige Mittagsmahlzeit aus der Zuckerrübe.

Verbrauch von Rüben für 6 Personen 4-4½ Kg.

Zusammengestellt von Melanie Zsch, Leiterin der Musterküche „Noth“.

Magout-Suppe.

Die Rüben werden mit Wasser gebürstet, gekratzt, in größere Teile geschnitten und mit Wasser bedeckt, dem man etwas Natronpulver beifügt, weichgekocht. (Vorsicht vor Ueberkochung!)

80 Dekagramm gekochte Rübe wird passiert oder fäsiert, mit etwas feingehacktem Zwiebel, grüner Petersilie und 1 bis 2 Dekagramm geriebenen Nüssen angebrüht, mit dem Sudwasser vergossen, gesalzen und 3 bis 5 Minuten verkocht.

Eingebadene Filets.

Die gekochte (zirka 80 Dekagramm) Rübe wird fest ausgedrückt, mit reichlich grüner Petersilie, 20 Dekagramm fäsiertem Volkstindsfleisch, 1 Ei oder 1 Kaffeelöffel dicklich aufgelöstem Bluteiweiß durchmischt, kleine Laibchen geformt, diese in einen dicklichen Tropfteig (aus Wasser und Mehl bereitet) getaucht und in einer mit Fett bloß bepinselten Pfanne auf offenem Feuer oder in der Röhre gebacken.

Milch-Gemüse.

2 Dekagramm getrocknete Schwämme werden gewaschen und über Nacht in Wasser aufgewollt, d. h. in den Naturzustand zurückgeführt; fein gehackt oder fäsiert werden sie nun mit fein gehacktem Zwiebel und Petersilie angeröstet.

Die gekochten Rüben werden über die Gemüsehobel gerissen, zu dem Obigen gegeben, mit Mehl gestäubt oder naturell gelassen, mit dem Pilzwasser aufgeköstet und 5 bis 10 Minuten verkocht.

Kratzauer Auflauf.

Die restlichen gekochten Rüben werden ausgepresst, passiert oder fäsiert, mit zwei bis drei Eßlöffel Polentamehl, 3 Dekagramm geriebenen Nüssen, 1 Messerspitze Kakao, nach Belieben Zucker, etwas Zimmt, Vanillegeschmack, Salz, 1 Ei oder 1 Kaffeelöffel aufgelöstem Bluteiweiß und mit ¼ Backen Backpulver durchrührt.

Nun füllt man die Masse in eine bebröselte Form und backt sie zirka ¼ bis 1 Stunde schön hellbraun.

Mit Obstsaucen serviert.

Das zurückgebliebene Rübenwasser wird zu Cremes und süßen Kindersuppen verwendet. Rezepte hierfür folgen in der nächsten Sonntagsnummer.

Fleischnockerln.

Aus lauem Wasser und Mehl wird ein zarter Nockerlteig gemacht, eine Messerspitze Backpulver hinzugefügt, 5 Minuten stehen gelassen und als Nockerln in Salzwasser eingekocht: sehr langsam kochen lassen!

10 Deka Hammelfleisch wird fäsiert, mit Zwiebel, Petersilie, Majoran und etwas Pfeffer angeröstet und die Nockerln hinzugefügt.

Rüben Gemüse dazu servieren.

Hasenkäse.

Das Hasenklein wird mit Wurzelwerk und Kräutern (am besten in der Kochkiste) weichgedämpft, alles Fleisch von den Knochen gelöst und durch die Fleischmaschine zweimal durchfäsiert, ¼ Kilogramm gekochte, geriebene Kartoffeln, 1 Eßlöffel zerlassenes Fett, 1 Häuptel feingeriebener Zwiebel, etwas feingeschabte Sardelle und Kappern, 2 feingehackte Essiggurken, von ½ Zitrone die feingeriebene Schale, 1 Eßlöffel Mehl, eine Messerspitze Backpulver (eventuell 1 Ei) werden mit dem Fleisch gut verrührt, in eine bebröselte Form gegeben und ¼ Stunden langsam gebacken oder 1 Stunde in der Kochkiste im Dunstbad gekocht.

Kann kalt oder warm zu Gemüse, Saucen, Salaten usw. serviert werden.

Fleisch am Rost, am Spieß oder im Papiersack, ohne Fett.

Ohne Salz und Fett wird das Fleisch, welches vorher gut abgeschlagen wurde, auf den Rost oder in den Papiersack gelegt oder auf den Spieß gesteckt und 15 bis 60 Minuten, je nach Qualität und Größe des Stückes, in mäßig heißer Röhre gebraten. Am besten eignen sich hierzu Gasbadröhren, da diese leicht regulierbar sind.

Mehlnockerln.

10 Deka Mehl, 1 Kaffeelöffel Bluteiweiß in 6 Eßlöffel Wasser aufgelöst, Salz, 1 Messerspitze Natron. Behandlung: Mehl und aufgelöstes Bluteiweiß gut abschlagen und vor dem Einkochen eine Viertelstunde rasten lassen. Geeignet zum Einkochen in Suppe oder behufs Abschmalzen im Wasser.

Gebratenes Fleisch mit Bluteiweiß.

50 Deka Fleisch, 15 Gramm Bluteiweiß in ¼ Liter Wasser aufgelöst. In die Bratpfanne soviel Bluteiweiß geben, daß der

Boden bedeckt ist, darauf das geklopfte, gewürzte Fleisch und im Rohr unter fortwährendem Zugießen der Bluteiweißlösung braten. Fleisch öfters umdrehen und Saft nicht ganz eindünsten lassen, sondern damit servieren.

Selleriecremesuppe.

3 Tassen feingeschnittene Sellerie setzt man mit siedendem Wasser auf, läßt es eine Stunde kochen, dann preßt man, was leicht durch das Sieb geht, hindurch, das Harte und Fasrige läßt man zurück. Nun wird Butter heiß gemacht und mit Mehl eine helle Einbrenne bereitet. Salz dazu, mit der Selleriebrühe aufgefüllt.

M. B.

Süße Gerstflocken.

Die Gerstflocken werden in Trockenmilch (Kochkiste) gut weich gekocht. Nun kann man sie warm oder kalt verwenden. —

1. Warm: Man gibt die Hälfte in eine ausgefettete Schüssel — gut zudern, Zitronensaft oder Vanille vorher begeben, nun etwas Marmelade oder Kompott darauf. Nun die andere Hälfte darüber und eine Haube von recht steif geschlagenem, mit Zucker verzehten Eiklar zulegt. In der Röhre backen, aufgelöste Marmelade oder Suß oder Kompott dazu reichen. — 2. Kalt: Ebenso lagenweise mit Kompott mischen, aber etwas mehr Lagen machen, kalt stellen, Himbeer- oder Johannisbeersaft dazu.

Rübenstrudel.

Goldrüben, sogenannte Karotten, fein schneiden und in Zucker und Fett weich dünsten, dann etwas Marmelade darunter mischen. Einen Strudelteig wie für Apfelstrudel bereiten, ebenso ausziehen, die Rüben daraufstreichen, dann paar Handvoll geriebene Nüsse und Zucker nach Geschmack; dann zusammenrollen wie gewöhnlich und ebenso nicht zu stark backen.

Diska-Auflauf.

Eine feuerfeste Schüssel ein wenig mit Butter ausweichen. Äpfel werden geschält, in feine Scheiben geschnitten; Nüsse gerieben, etwas Zucker mit Vanille gemischt, etwas Zwieback oder ein Rest Kuchen oder Biskuit oder Schwarzbrot in dünne Scheiben geschnitten. Nun kommt eine Reihe Brot oder dergleichen, das mit etwas Wein oder Saft oder Milch bespritzt wird; darauf eine Lage Äpfel, Zucker, Nüsse; wieder Brotmasse, Äpfel oder etwas Marmelade, Nüsse, Zucker; den Schluß bildet Brotmasse, und nun backen. Nüsse jeder Art sind außerordentlich nahrhaft, sie enthalten bis zu 17 Prozent Eiweiß und 62 Prozent Fett! In der herrschenden Fettknappheit bilden sie daher, so z. B. in Verbindung mit Obst und Brot ein ideales Nahrungsmittel. S. R.

27. III. 1917

M

Praktische Nationalwirtschaft von morgen.

Wien, am 26. März.

Die letzten Jahrzehnte standen im Zeichen uferloser Weltwirtschaft. Die Erfahrungen des Weltkrieges erschütterten aufs stärkste das alte Weltwirtschaftsideal, und die Zukunftslösung heißt: Nationalisierung der Volkswirtschaft im Sinne bestmöglicher Selbstgenügsamkeit. Auch Weltwirtschaft — aber erst auf Grundlage bestmöglicher Autarkie der heimischen Volkswirtschaft. Solche Nationalisierung nicht minder aus sozialpolitischen wie politischen und kulturellen Gründen. Welche praktischen Forderungen erwachsen dem neuen Ideal?

Entwicklung der Volkswirtschaft im Sinne nationaler Autarkie bedeutet bei uns in Oesterreich vor allem stärkste Entwicklung der Urproduktion, der Landwirtschaft, nicht nur soweit sie Nahrungsmittel für die Bevölkerung, sondern namentlich auch, insofern sie Rohstoffe für die Industrie beschafft. Jahrzehntlang ist in den beiden Zentralstaaten, speziell in Deutschland, das Großteil der Volkserparnisse dem Weltindustrialismus, der Auslandsfinanzierung zugute gekommen. Berwerten wir künftig die Ersparnisse vor allem zur Entwicklung der heimischen Urproduktion!

In Deutschland macht bereits eine ganze Literatur in diesem Sinn Propaganda. Sie verlangt ebenso sehr aus kulturellen, hygienischen, militärischen wie politischen und volkswirtschaftlichen Gründen stärksten Ausbau der Landwirtschaft. Einen Ausbau, der völlige Selbstversorgung Deutschlands gewähre. Jaffe in München predigt heute die Notwendigkeit solcher wirtschaftlichen Autarkie; sie wird auch gepredigt in einem Sammelwerk von 16 Geheimräten, Professoren usw. („Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan“, Braunschweig 1915), wo betont wird: es komme darauf an, daß wir alle zu leben haben; es komme nicht auf Geld an, sondern auf Brot, Fleisch, Kartoffeln. Nach Sombart gehört die Ausichtslosigkeit des Freihandels und die Wertschätzung der Landwirtschaft zu den wertvollsten Kriegserkenntnissen. In seinem Buch „Händler und Helden“ betont er gar, ein Staat, dessen Bewohner nicht zum größeren Teil der Landwirtschaft angehören, sei eine Mißbildung. Ein beruflich wie England gegliederter Staat sei eine Karikatur, sei gar keine lebendige Einheit mehr, sondern ein Kontor. Im Sinne des „Zurück zur Scholle“ betonen heute deutsche Nationalökonomien, auch liberale wie Oppenheimer und Ballod, es seien in Deutschland noch ganze Provinzen für die Landwirtschaft zu erobern, mehr als ein Sechstel der Nutzfläche werde von Unland eingenommen. Bei entsprechenden Bodenmeliorationen und entsprechender Verbesserung der bisherigen Bewirtschaftungsmethoden könnte Deutschland eine Bevölkerung bis zu 120 Millionen Menschen ernähren.

In Oesterreich-Ungarn ist der Ruf nach stärkstem Ausbau der Landwirtschaft nicht minder angebracht. Die Klagen über die zurückgebliebenen Betriebsmethoden der heimischen Landwirtschaft, die Hinweise auf die Möglichkeit doppelten Ertrags bei Verbesserungen sind ebenso alt wie die Hinweise auf die Notwendigkeit, nicht nur dem Bauernlegen und der Ausdehnung der Jagdparcs ein Ende zu machen, sondern auch Bodenmeliorationen, Rodungen, Aufforstungen, Trockenlegungen großen Stils vorzunehmen. Was wäre aus Dalmatien und Istrien, was aus vielen Gegenden Steiermarks und Tirols bei großzügiger Bodenkultur herauszuholen? Wie vielen Menschen könnte jeweils Arbeit und Heimat geschaffen werden? Ein Fachmann berechnet gelegentlich, obwohl der Landwirtschaft bei uns ein Boden zur Verfügung stehe, den in Europa höchstens der russische an Fruchtbarkeit übertriffe, ein Boden, gegenüber dessen Eigenschaften die gewissen klimatischen Fährnisse geringfügig, stehe doch ihre Produktion gegenüber der anderer Länder außerordentlich zurück. Während beispielsweise in den Jahren 1903

bis 1912 Dänemark auf den Hektar 27.6 Meterzentner, Belgien 24.1, Deutschland 20.2, Norwegen 16.6 Meterzentner geerntet habe, habe Oesterreich auf derselben Fläche nur 13.3, Ungarn nur 12.29 Meterzentner Weizen geerntet. Ähnlich seien die Unterschiede in der Erzeugung von Roggen, Gerste und Hafer. Derselbe Fachmann meint, wenn in Oesterreich nur der Durchschnittsertrag Norwegens erreicht würde, könnten 17 Millionen Meterzentner mehr Weizen, ein Mehrwert von 340 Millionen Kronen — bei einem Preis von 200 Kronen per Tonne — erzielt werden. Welche Riesenschätze, in Oesterreich-Ungarns Erde liegend, warten auf bergende, nützende Menschenkräfte?

Sprechen bei uns nicht auch kulturelle, hygienische, militärische, politische, volkswirtschaftliche Gesichtspunkte für großzügigste Landwirtschaft, wie draußen in Deutschland? Müssen wir nicht im Bauerntum den Rückhalt aller seelischen Gesundheit und Zufriedenheit, aller staats-erhaltenden Gedanken erblicken? Müssen wir nicht im Bauerntum den Jungbrunnen der völkischen Gesundheit erblicken, nachdem nachgewiesen, daß rein städtische Bevölkerungsschichten schon in der dritten Generation auszusterben pflegen? Müssen wir nicht im Bauerntum den Hauptquell und eigentlichen Rückhalt unserer militärischen Kraft erblicken, nachdem erwiesenermaßen die Landbevölkerung verhältnismäßig doppelt so viel Militäraugliche stellt wie die Städte? Müssen wir nicht stärkste Landwirtschaft anstreben im Interesse wahrer politischer Freiheit und Unabhängigkeit — die um so größer, je mehr wirtschaftliche Autarkie; die um so gefährdeter, je mehr Fehlen letzterer? Wollen wir nicht aus der Beichte des Engländers Blatchford lernen: „Der Kapitalismus, der die englische Landwirtschaft zerstört hat, hat zugleich auch die Unabhängigkeit des englischen Staates zerstört“? Wollen wir nicht vom Geständnisse des Lords George Hamilton, schon vor 20 Jahren gemacht, lernen: „Wir Engländer sind — nachdem wir uns ausschließlich der Industrie und dem Welthandel verschrieben haben — in der Lage eines Mannes, der gezwungen ist, zu spielen und seinen Spiel-einsatz fortwährend zu erhöhen, nicht deshalb, weil er das Spiel liebt, sondern weil er jetzt nicht mehr aufhören kann zu spielen, ohne sich dem Untergange und dem Verderben preiszugeben“?

Die Vertreter des Freihandels, der Weltwirtschaft, die Verfechter des Nurindustrialismus gefielen sich in den letzten Jahrzehnten stets in der Behauptung, die neue industrialistische Weltwirtschaft sei nötig, weil hier allein Unterkunft und Einkommen für die wachsende Bevölkerung. So allverbreitet diese Meinung, so falsch ist sie. Je mehr Entwicklung der Industrie, um so mehr Erziehung der Menschenkraft durch die Maschine. In der Industrie drängt alles automatisch zum Großbetrieb; der Großbetrieb aber ersetzt immer mehr Kopf und Hand des Menschen durch mechanisch-technische Kräfte. So massenhaft die Industrie in ihrem Werden Menschen zu beschäftigen vermochte, so sehr schaltet sie mehr und mehr die Menschenkraft aus im Stadium der Fortgeschrittenheit, der technischen Vollendung. 1893 erklärte der Abgeordnete Siemens im deutschen Reichstag, wenn derzeit in Deutschland 250.000 Spinner arbeiteten, so lieferten sie ein Arbeitsprodukt, zu dem 120 Jahre früher 250 Millionen Menschen nötig gewesen wären. Daraus könne der Schluß gezogen werden, daß um das Jahr 2000 etwa 250 Spinner dasselbe Quantum herzustellen vermöchten, das 120 Jahre früher die tausendfache Zahl von Berufsgenossen herstellte. Umgekehrt ist es in der Landwirtschaft: Die lebendige Natur läßt sich in den wichtigsten Belangen nur durch lebendige, vernünftige Kräfte pflegen. Nie wird es Maschinen geben, die automatisch der Bedeutung von Sonnenschein und Sturm in Feld und Garten, der Bedeutung von Rasse, Gesundheit und Krankheit im Stall Rechnung tragen könnten — von anderem ganz abgesehen. Außerdem drängt in der Landwirtschaft der Fortschritt nicht zum Großbetrieb, sondern

Das Herrenhaus zur Ernährungsfrage.

19. Sitzung, Donnerstag, 29. März, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Die Beratung des Etats für 1917 wird fortgesetzt.

Mittlergutsbesitzer v. Herzberg-Lottin spricht über Ernährungsfragen und dankt dem Landwirtschaftsminister für sein erfolgreiches Wirken. Anstatt abzubauen, hat man immer weiter organisiert. Sobald eine neue Gesellschaft gegründet wird, verdrängt die Ware vom Markt. Daher wenden sich die Städter an die noch vorhandene Quelle für Nahrungsmittel: das freie Land. Kann man das den Städtern verdenken? Man muß Sonntag nur die Bäume mit den Hunderten von Berlinern sehen, die, um ihren Hunger zu stillen, sich Kartoffeln, Eier und Fleisch holen, alles natürlich ohne die berühmten Karten. Glücklicherweise sind die Leute noch nicht organisiert, sonst würde auch dieses billige Nahrungsmittel nicht in so reichlichem Maße vorhanden sein. Wir Landwirte leben auch nicht im Überflusse, geben aber gern den Städtern etwas ab. Die fehlenden Kartoffeln sind durch Kohlrüben ersetzt worden. Hoffentlich werden die Städter bald von den Bruten befreit, die früher ja meist verfaulten wurden. Ein Genuß, zumal auf die Dauer, sind Kohlrüben wirklich nicht. (Allseitige Zustimmung.) Das Kriegsernährungsamt geht vielfach zu schroff gegen die Landwirtschaft vor. In der Gewährung von Zuschüssen an Schwer- und Schwerstarbeiter ist man wohl zu weit gegangen. Wie schön wäre es, wenn wir jetzt diese Mengen an Getreide und Kartoffeln hätten! Nichts ist möglich, als die einmal gewährte Nahrungsmittelmenge herabzusetzen. Im Abgeordnetenhaus hat Unterstaatssekretär Michalis behauptet, große Mengen von Getreide seien verfaulten worden. Bewiesen hat er diese Behauptung nicht und deshalb bebauern wir diesen Angriff auf die Landwirtschaft. Aber was soll so ein armer Viehhalter tun, wenn er kein Futter hat? Natürlich gibt es auch Sünder auf dem Lande. Die fortwährenden Preisänderungen wirken verheerlich. Die Deflationen sind zu klein. Wer mit den heutigen Rationen bei seinen Pferden auskommt, kann sich ausstellen lassen. (Heiterkeit.) Es geht nicht, die Pferde müssen mehr Hafer bekommen, und bekommen ihn auch. Man hat das eine Verfündigung am Vaterlande genannt. Offen denn die Landwirte den Hafer selbst? (Heiterkeit.) Durch die höhere Verfütterung von Hafer sorgen die Landwirte nur dafür, daß auch die Pferde ihre vaterländischen Pflichten erfüllen können. (Heiterkeit.) Gewiß sind die Fleischpreise hoch, aber nicht zu hoch angesichts der hohen Futtermittelpreise. Außerdem bekommen ja die Städter so wenig Fleisch, daß der Preis gar nichts ausmacht. Werden die Schweinepreise zu sehr herabgesetzt, so haben wir im kommenden Winter kein Schwein mehr.

Die vielen Kriegsgesellschaften.

Nun die Kriegsgesellschaften. Ist noch einer hier, der aus seinem Hotel noch nicht rausgeschmissen ist? (Heiterer Zustimmung.) In Berlin stehen in den Nebenstraßen viele Häuser ganz leer. Aber nein, für die Gesellschaften sind die besten Hotels gerade gut genug. 243 Kriegsgesellschaften gibt es allein in Berlin. Wegen eines Treibriemens mußte ich drei Monate von Pontius bis Pilatus laufen und dann bekam ich ein Formular zum Ausfüllen. (Heiterkeit.) Nach weiteren vier Wochen bekam ich dann einen — Erschleberzettel. (Heiterkeit.) Ich bin gewiß ein großer Wasserfreund. Aber in diesem Kriege haben sich die Wasserstraßen nicht bewährt, denn sie waren während des ganzen Winters zugefroren. Nur deshalb bekam Pommeren keine Kohlen. Stadt und Land müssen zusammenarbeiten. Wir vom Lande kennen die Not, die in den Großstädten herrscht. Wir müssen einander näherkommen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Koch-Kassel: Diesem Appell schließen wir uns an. Von einem Abbau des gegenwärtigen Systems aber kann gar keine Rede sein, denn im ganzen hat sich trotz aller Mängel das gegenwärtige System durchaus bewährt. Ohne dieses System könnten die Städte nicht bestehen und wir könnten den Krieg nicht weiterführen. Wie denkt sich denn der Vordränger die Möglichkeit, in den kommenden schweren vier Monaten die städtische Bevölkerung arbeitsfähig zu erhalten? Die Sonntagsausflüge der Großstädter aufs Land halten wir nicht für einen idealen Zustand. (Sehr richtig links.) Die Damen, die mit Herrn v. Herzberg zusammen erster Klasse nach Berlin fuhren und so ängstlich auf ihre Eier achteten, waren sicher keine Nahrungsmittelarbeiterinnen und brauchten die Eier nicht. (Sehr richtig.) Ohne öffentliche Bewirtschaftung war das Ernährungsproblem nicht zu lösen. Man darf Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Nicht weil eine Gesellschaft gegründet wird, wird eine Ware knapp, sondern weil eine Ware knapp wird, wird eine Kriegsgesellschaft gegründet. Unerbittlich sind die Mißstände auf dem Gemütsmarkt. Da ist man zum freien Handel zurückgekehrt und die Lage wurde schlimmer, als sie vorher war. Die Landwirte sagen, ihre Produktionsfreudigkeit würde bei zu viel Zwang gelähmt werden. (Sehr richtig rechts.) Von einem Umbauzwang spricht auch kein Mensch. An dem Lieferungszwang aber müssen die Städte festhalten. Der paradiesische Zustand, daß jeder Städter seinen Bedarf auf dem Lande selbst deckt, ist unmöglich. Es muß für die Großstädte ganz einfach auf dem Lande requiriert werden, was die Städter brauchen. (Sehr richtig links.) Gewiß die Landwirte sind patriotisch und viele Landwirte liefern auch freiwillig. Aber nicht alle, und daher geht es nicht ohne Zwang. Wenn das Vieh nicht hinreichend gefüttert werden kann, so müssen wir Städter uns mit der bedauerlichen Tatsache abfinden, daß wir weniger Fleisch und Fett erhalten. Aber das ist immer noch nicht so schlimm, als wenn uns die Grundlagen unserer Ernährung, Brot und Kartoffeln, weiter gekürzt werden. Die öffentliche Erörterung der Ernährungsschwierigkeiten hätte man entweder ganz unterdrücken oder ganz freigeben sollen. Der beliebte Mittelweg war ganz verfehlt.

Zu viel Versprechungen.

Zu spät erfährt der Städter, daß die wahren Ursachen für die Schwierigkeiten in der Sache selbst liegen. Aber es wird noch immer zu viel versprochen. Wenn dann die Versprechungen nicht gehalten werden können, ist die Wirkung verhängnisvoll. Man verspreche nur ein einziges Mal zu wenig, wir wären dankbar dafür. Die teuren Hotels und zahlreichen Klubsessel beweisen nichts gegen das gegenwärtige System. Herr v. Oldenburg freilich will von diesem System nichts wissen. Ohne dieses System hätten wir Kartoffeln in Hülle und Fülle und könnten die Stadtrüben dem Vieh überlassen. Das Wasser läuft einem im Munde zusammen bei dieser Schilderung. (Sehr richtig links.) Wer was ist denn das von Herrn v. Oldenburg so sehr gerühmte System? Es ist das gute alte manchesterliche freijährige System des freien Spiels der Kräfte. Es war schon vor dem Kriege überwunden und soll nun auf einmal im Kriege Wunder leisten. Eugen Richter hätte an Herrn v. Oldenburg seine helle Freude gehabt. Wir sagen: nur jetzt in der schwersten Zeit keinen Systemwechsel! Gewiß, Gut ab vor der Industrieproduktion, die so vorbildlich alle Lasten und Entbehrungen trägt. Nach diesen Kriegserfahrungen wird niemand mehr wagen können, geringfügig über die großstädtischen Massen zu sprechen. (Beifall.)

Graf Mirbach-Corquitten: Das war eine verführerische Rede! Die Landwirtschaft kennt ihre Pflicht. Trotzdem wird sie vielfach in unerhörter Weise angegriffen. Zum ursprünglichen Landwirt-

schaftsminister haben alle Landwirte volles Vertrauen, obwohl er manchmal die Konsumenten etwas zu sehr bevorzugt hat. Aber er hat ein gutes Herz für die Landwirtschaft und volles Verständnis für die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Produkte. Wäre man ihm nur immer gefolgt! Man kann ein 70-Millionen-Volk nicht gleichmäßig mit Lebensmitteln versehen. Der Produzent wird immer etwas für sich übrig behalten.

Angriffe auf die J. C. G.

Mein Vorschlag ist: Konstitution von Getreide und Mehl, im übrigen aber freier Handel, auch für die Kartoffeln. Sobald als möglich sollte mit dem gegenwärtigen System gebrochen werden. Die Geschäftsführung der J. C. G. steht nicht auf der Höhe. In einem großen Handelshaus würden die Kunden viel besser bedient werden. Die J. C. G. sollte von Angehörigen des Handels anstatt von Verwaltungsbeamten geleitet werden. Am meisten Mißtrauen gemacht haben die Gesellschaften mit den Fischen, mit Obst und mit Marmelade. (Allseitige Zustimmung.) Ich bin im letzten Jahr aus drei guten Hotels durch Kriegsgesellschaften hinausgeworfen worden. (Stört! Stört!) In malerischer Schönheit gruppierten sich alle Gesellschaften etwa um das Metropolitentheater herum. (Heiterkeit.) Jetzt, wo liberaler Sparfameit und Einfachheit herrschen sollte, macht das keinen guten Eindruck. (Sehr richtig.) Wir Landwirte wollen in dieser Zeit sogar das Letzte für die Not der Zeit hingeben. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Niemand verkennt die Ernährungsschwierigkeiten in den Städten. Ich habe niemals einseitig die Interessen der landwirtschaftlichen Produzenten wahrgenommen. Sohe Anerkennung verdienen die Leistungen der Oberbürgermeister der Großstädte. Jetzt, wo die entscheidende Stunde für unser Vaterland naht, muß die Landwirtschaft alles Entbehrliche hergeben. Das habe ich übrigens stets gesagt. Auch für die Landwirtschaft gilt der kategorische Imperativ der Pflicht. Eine Aufhebung oder Verringerung des jetzigen Bewirtschaftungssystems wäre jetzt unverantwortlich, ja verhängnisvoll. Die Zeit ist zu ernst und zu kurz zum Experimentieren. Ein Umbauzwang würde nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion führen. Andererseits ist mit der völligen Freiwilligkeit auch nicht auszukommen. Ohne Zwang geht es im Kriege nicht ab, was ich stets gesagt habe. Ein Teil der Presse verschweigt das aber, reißt meine Reden auseinander und zitiert einige Sätze, die konsumentenfeindlich zu sein scheinen. Was ist aber für die Konsumenten jenseits, das läßt diese Presse einfach fort. Die Kluft zwischen Stadt und Land muß überbrückt werden. Es ist nicht so, wie ein großes rheinisches Blatt dieser Tage schrieb, daß es nur widerpenfliche Landwirte gibt. Landwirte und Verbraucher sind aufeinander angewiesen.

Die Lieferungs-pflichten der Landwirte.

Oberbürgermeister Dr. Wilms-Posen: Die Not in den Städten ist außerordentlich groß. Daher muß für die Städte mehr als bisher geschehen. Der kategorische Imperativ der Pflicht muß sich umsetzen in Lieferungs-pflichten der Landwirtschaft. Ab 16. April muß das Vieh an Fleisch und Kartoffeln auch wirklich vorhanden sein. Wir wollen uns doch nichts vormachen: in den Städten kann man teilweise schon von einer organisierten Hungersnot sprechen.

Graf Ransau-Rastorf: Wo ist ein Vertreter des Kriegsernährungsamtes? Auch ich bin gegen die Zentralisierung. Man hätte den freien Handel schalten und walten lassen sollen. Die ärmere Bevölkerung hätte man durch Einrichtung von Massen-speisungen und durch Zuschüsse über die hohen Preise hinweghelfen können. Viel leicht verderbliche Ware ist verloren gegangen. Bei der Herabsetzung der Viehpreise haben theoretische Vorschläge von Professoren den Ausschlag gegeben. Die Theorie ist im Frieden eine angenehme Sache. Im Kriege aber hat die Praxis das erste Wort zu sprechen. Die Landwirtschaft ist ein Gewerbe. Sie arbeitet gegen lohnenden Gewinn. Nur bei angemessenen Viehpreisen wird sie Vieh halten. Das Kriegsernährungsamt aber legt zu großen Wert auf billige Nahrungsmittel. Das Volk aber will reichliche Nahrungsmittel. Das Kriegsernährungsamt legt einen zu großen Wert auf eine gute Wäsche. Es treibt Augenblickspolitik und sieht nicht in die Zukunft. Einen weiten Blick aber besitzt der Landwirtschaftsminister. Seine Verteidigungsreden waren uns aus dem Herzen gesprochen. (Beifall.)

v. Herzberg: Unter dem Zwangssystem leiden doch die Städte mehr als die Landwirte. Wenn die Städte aber mit diesem System zufrieden sind, wir haben nichts dagegen. Wir Landwirte sind nur aus Gründen der Allgemeinheit gegen das Zwangssystem, denn der Zwang ist bei uns undurchführbar. Wir sind an den Zwang auch gar nicht gewöhnt. Warum ist den Stettinern verboten worden, durch Kapitäne neutraler Schiffe Nahrungsmittel und sogar Seife aus Schweden zu beziehen? Wir sollten Nahrungsmittel nehmen, wo wir sie bekommen.

Eine Abbitte an den Handel.

v. Oldenburg-Januschau: Ich habe niemals geschrieben, die Städter brauchten nur zu bezahlen, dann würden sie alles haben. Man darf nicht alles glauben, was über mich in der Zeitung steht. (Heiterkeit.) Ich habe dem Handel viel abzubitten. Er hat gezeigt, was er kann. Ein grüner Tisch kann ihn nicht erschrecken. Er ist in diesem Jahr in der Behandlung der Kartoffeln keine Verringerung ein, dann haben wir im Herbst dieselbe Misere wie jetzt. (Sehr richtig.) Ich habe schon im August 1914 dem Reichskanzler die sofortige Beschlagnahme des Brotgetreides vorgeschlagen. Man sieht also, daß wir Landwirte uns durchaus nicht gegen jeden Zwang wehren. Der heute ausgeübte Zwang aber wird nicht aus der Praxis heraus ausgeübt, sondern aus einem falsch verstandenen Nachgeben gegen Wünsche der Konsumenten. Deshalb sind die Zustände jetzt so geworden, daß wir die Schlinge um die Gurgel haben und weder aus noch ein wissen. Man darf aber die Schuld dafür nicht der Landwirtschaft in die Schuhe schieben. Ich habe die Briefe, die ja durch alle Zeitungen gegangen sind, nicht zu meinem Vergnügen geschrieben. Ich wollte den Konsumenten damit nützen. Die Preisgestaltung erfolgt nicht willkürlich, sondern regelt sich nach Angebot und Nachfrage. Jetzt wird sie allerdings ganz wesentlich beeinflusst durch die Produktionsmangelhaftigkeit. Die Landwirtschaft arbeitet unter den schwierigsten Verhältnissen. Was vor sechs Monaten richtig war, kann heute schon falsch sein. Nun soll gewiß das ganze System nicht auf einmal geändert werden, aber man muß es allmählich abbauen. Es gibt keinen Menschen, und mag er noch so bedeutend sein, der ein Mittel erfinden könnte, 70 Millionen Menschen zu füttern, ohne aufzubauen auf dem, was da ist. (Sehr richtig.) Im Frieden wukten wir mit den Kartoffeln nicht wohn, seit dem Kriege aber besteht eine Kartoffelnot. Das ist doch merkwürdig. Es liegt aber nicht an den Kartoffeln, sondern an der Form, wie sie jetzt verteilt werden. Die Landwirtschaft hatte sich auf bestimmte Preise langsam eingestellt. Da kommt eine Anzahl Professoren und rechnet aus, daß der Preis für Brotgetreide zu niedrig sei, und daß es deshalb für Dinge verfallener werde, die im Preise höher stehen. Gewiß war unser Brotgetreidepreis verhältnismäßig niedrig. Wenn aber jetzt Brotgetreide fehlt, so liegt das nicht an der Verfütterung, sondern ganz einfach daran, daß der Roggen abgeerntet ist. Daran kann kein Mensch etwas ändern. Man sollte Preise erhöhen für Waren, die erst geschaffen werden sollen, also für

Zucker, Kartoffeln und Schweine. Die Kartoffeln sollte man wie im Frieden dem freien Handel überlassen. Gegen die hohen Preise kann man sich dadurch schützen, daß für die Kartoffeln die Beschlagnahme zu einem angemessenen Preis (etwa 9 bis 10 M.) angeordnet wird, die bis zu einem bestimmten Termin im freien Handel nicht abgenommen sind. Solange wir Kartoffeln und Salz haben, brauchen wir nicht zu verhungern. Die Kartoffel wird genügend angebaut werden, wenn für sie Preise gezahlt werden, die es den Bauern wünschenswert erscheinen lassen, keine andere Frucht anzubauen. Wenn meine Vorschläge befolgt werden, dann werde ich noch einmal an den Berliner Oberbürgermeister herantreten und mit der Stadt Berlin ein neues Kartoffelgeschäft machen. Bei dem letzten bin ich ja arg hereingefallen. (Heiterkeit.) Für die Berliner aber war es ein gutes Geschäft. Aber das System soll ja nicht abgebaut, es soll noch fester gezogen werden. Die Lebenshaltung in Stadt und Land soll annähernd die gleiche sein. Man soll aber nichts befehlen, was man nicht kontrollieren kann. (Sehr richtig.) Die Lebenshaltung auf dem Lande läßt sich nicht kontrollieren. Der Kohlenhändler wird noch immer einen warmen Ofen haben, wenn andere Leute schon frieren. (Heiterkeit und Sehr richtig.) Wer die Lebensmittel herstellt, wird immer noch etwas haben, auch wenn die Käufer nichts mehr haben. Aber selbst, wenn es theoretisch möglich wäre, Stadt und Land in der Ernährung gleichzustellen, so würde das das größte nationale Unglück sein, denn dann würde niemand mehr auf dem Lande bleiben. Die Bühne würden ganz kolossal steigen, und für Roggen und Kartoffeln müssen Preise gezahlt werden, von denen man heute keine blasse Ahnung hat.

Die Landwirtschaft will ihre Pflicht tun. Jetzt aber kann sie das nicht, es ist ihr zu viel verboten. Bei der Behandlung der Kartoffeln muß ein anderes System Platz greifen und zwar schnell, noch in den nächsten 14 Tagen, sonst ist es zu spät. (Beifall und Beifall.)

Das Kartoffelgeschäft Berlins mit Herrn v. Oldenburg.

Oberbürgermeister Bernuth-Berlin: Das Kartoffelgeschäft zwischen Berlin und Herrn v. Oldenburg liegt ja lange zurück und das Geschäftsergebnis kann ja jetzt preisgegeben werden. Das Geschäft war damals zum Preise von 3,20 bis 3,50 M. für den Zentner abgeschlossen. Wenn damals schon für den Fall der Beschlagnahme ein Preis von 9 bis 10 M. bestanden hätte, so hätte ich, daß auch Herr v. Oldenburg die Kartoffeln im freien Handel nicht für 3,20 M. an Berlin abgegeben haben würde. (Heiterkeit.)

Oberbürgermeister Matting-Breslau: Also Herr v. Oldenburg will das System radikal ändern. Das geht doch aber jetzt nicht. Die schlesische Landwirtschaftskammer hat einmütig die Oldenburgschen Vorschläge abgelehnt. Die Angriffe von Städtern gegen die Landwirtschaft sollte die Landwirtschaft nicht allzu tragisch nehmen. Es empfinden einer gewissen Kriegspolizei. Auch die Landwirtschaft muß sich verberbliche Eingriffe gefallen lassen. Der städtischen Bevölkerung darf nicht mehr zugemutet werden, als unbedingt notwendig ist. Unsere Pflicht in diesem Hause ist, die Interessen der Städte und ihrer Bewohner zu vertreten. Es geht um die Gesundheit des kommenden Geschlechts.

Graf Schulenburg-Grinthal: Gewiß sind im letzten Jahr Frühkartoffeln verkauft, aber nicht mehr als in anderen Jahren. Das gilt auch für Ost- und Gemüts. Man sollte diesen Segenden in der Dessenlichkeit entgegenreten. Das Kriegsernährungsamt verdient nicht die Angriffe. Zum Vergnügen wird nichts weggenommen. Mit der Stimmung der Bevölkerung muß gerechnet werden, deshalb dürfen die Preise nicht zu sehr steigen. Die Professoren haben eine gesunde Preisrelation hergestellt. Wo sie die Preise heraufgehoben, da haben die Produzenten nichts dagegen eingewendet. (Widerspruch.) Es ist gewiß bedauerlich, daß auch in die Saatkartoffeln eingegriffen werden mußte. Zweifellos wird dadurch die kommende Ernte unglücklich beeinflusst. Noch in fernen Zeiten aber wird man von der Gegenwart als der Kartoffelfellen, der schredlichen Zeit sprechen. So etwas gab es noch nicht. Wenn keine Kartoffeln da sind, müssen eben auch die Saatkartoffeln herangezogen werden. Das Kriegsernährungsamt selbst wäre froh, wenn es überflüssig geworden wäre.

Oberbürgermeister Koch-Kassel: Wenn heute neue Vorschläge kommen, dann bin ich mißtrauisch. In Wirklichkeit geschieht ja die Kartoffelförderung bereits durch den Handel, nur arbeitet er gegen Drohungen und nicht selbständig. Gewiß verdient der Handel Hochachtung. Wer nicht alle Händler sind einseitig und die Höchstpreise werden von ihnen rücksichtslos überschritten. Damit steht und fällt das ganze Oldenburgsche System. Gleichmäßigkeit in der Ernährung ist gewiß nicht möglich, aber sie ist erstrebenswert.

v. Oldenburg-Januschau: Das Kriegsernährungsamt war unendlich. Seine Arbeit hätten die drei Minister für Landwirtschaft, Inneres und Handel in Form eines Komitees machen können. Bei dem Berliner Kartoffelgeschäft hatte ich zu 3,40 Mark abgeschlossen, mußte aber zu 2,75 Mark liefern, weil der Bundesrat den Preis herabsetzte. Wenn damals ein Höchstpreis von 9 bis 10 Mark im Hintergrund gestanden hätte, wären meine Zentner für 3,40 Mark bekommen, Ergellens Vermehrung! (Heiterkeit.) Die Verhältnisse ändern sich eben von Monat zu Monat.

Oberbürgermeister Räte-Königsberg: Sollte tatsächlich das Kriegsernährungsamt auf die Saatkartoffeln zurückgegriffen haben, so wäre das eine höchst ansehnliche Maßnahme. (Sehr richtig.) Sie muß den denkbar schädlichsten Eindruck machen. Wir würden ja dann im nächsten Winter mit den Kartoffeln noch schlechter daran sein als jetzt.

Günstiger Kartoffelstand.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Die letzte Bestandsaufnahme für Kartoffeln hat ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis gehabt. Wenn an einzelnen Stellen an die Saatkartoffeln herangegangen ist, so war das eine Vorichtsmaßnahme, regel lediglich zu dem Zweck, in den nächsten Monaten die Versorgung der Städte mit Kartoffeln sicherzustellen.

Graf Ransau-Rastorf: Graf Schulenburg hatte lieber vom Regierungstisch keine Rede halten sollen. (Heiterkeit.) Er hat bestätigt, daß das Kriegsernährungsamt fürchtet sich davor, daß höhere Preise den Unwillen der Arbeiterbevölkerung hervorzurufen könnten. Es treibt also eine Angstpolitik. In Holstein sind uns sämtliche Saatkartoffeln bereits fortgenommen worden. (Stört! Stört!) Das nenne ich Augenblickspolitik auf Kosten der Zukunft. Die Ernährungsfragen werden nach dem Kriege erst recht schwierig werden. Jetzt erträgt die Bevölkerung die Schwierigkeiten aus Patriotismus. Nach dem Kriege aber wird man schimpfen, zumal dann die im Felde reichlich ernährten Soldaten zurück sein werden. Daher sollte man immer an die Zukunft denken.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Die Reichskartoffelstelle hat sich in der Frage der Kartoffelförderung nicht von einer Augenblickspolitik leiten lassen, sondern von der Erwägung, daß in diesem strengen Winter angesichts der Unmöglichkeit, Kartoffeln auf andere Weise zu beschaffen, Kartoffeln da genommen werden mußten, wo sie waren. Daher die an sich bedauerlichen Eingriffe in die Saatkartoffeln. Jeder bekommt seine Saatkartoffeln zurück, so daß ein wesentlicher

Die Bewirtschaftung unserer Lebensmittel durch Unkundige.

Auffehen erregende Feststellungen im Grazer Gerichtssaale.

Bei einer Gerichtsverhandlung, die eben in Graz gegen Kammerat Vollenhals durchgeführt wird, kamen erbärmliche Sachen ans Licht, die dartun, wie verhängnisvoll es war, den fachlich gebildeten Kaufmannsstand immer mehr und mehr von der Vermittlung der Lebensmittel zwischen Erzeuger und Verbraucher auszuschalten und dafür dieses Geschäft an Außenseiter zu übertragen. Kammerat Vollenhals, über dessen verdienstvolle Verteidigung der kaufmännischen Standesinteressen in der „Reichspost“ wiederholt berichtet wurde, hatte in einer Versammlung am 19. Februar in seiner Kritik der eingerissenen Mißstände auch das unwiderlegt gebliebenen Gerücht Erwähnung getan, daß große Mengen Getreides (50 Waggon) infolge unrichtiger Einlagerung nur mehr als Futtermittel Verwendung finden konnten, teils in das Geschäft der Frau Nur wandern mußten, daß bei Kürbissen durch unrichtige Manipulation russischer Kriegsgefangener dem Zwecke zuwider behandelt wurde und daß Speck durch unrichtige Behandlung verdarb, so daß er nur zur Seifenherzeugung verwendet werden konnte. (Ein Grazer Blatt hatte aus dem Geschäft der Frau Nur „die Nur“ gemacht und berichtet, das verdorbene Getreide wäre in die Nur geschüttet worden.) Auch warf der Redner der Grazer städtischen Abgabestelle „blühende Protektion“ bei der Ausgabe von Kartoffeln und Bohnen vor. Die Grazer Zwischenstelle der Kriegsgetreideverkehrsanstalt bezog die Vorwürfe auf sich und klagte Vollenhals auf Ehrenbeleidigung, während dieser zugleich von der Staatsanwaltschaft wegen Verbreitung beunruhigender Gerüchte belangt wurde. Im Verlaufe des Verfahrens schied die erste Klage aus, da Kammerat Vollenhals den Beweis erbrachte, daß seine Vorwürfe nicht gegen die Kriegsgetreideverkehrsanstalt gerichtet waren. Gegenüber der Anklage des Staatsanwaltes erklärte Kammerat Vollenhals, daß er lediglich die Widerlegung der erwähnten schädlichen Gerüchte, die übrigens in Grazer Blättern verzeichnet waren, gefordert habe. In der gestrigen Gerichtsverhandlung kamen nun bei der Zeugeneinvernahme folgende Tatsachen ans Licht:

Herr Kaufmann Anton v. Avancini, der als Infanterist im Jahre 1915 dem Frauenhilfsausschusse zugeteilt war, machte im Juni 1916 die Wahrnehmung, daß in den Kellereien in der Bürgergasse sehr große Mengen von Kartoffeln infolge gänzlich un-

sachgemäßer Einlagerung total verderben, da sie waggonhoch aufgeschichtet wurden. Der Zeuge machte damals den Landeskulturinspektor Peter auf diesen Umstand aufmerksam. Nichtsdestoweniger wurden stets noch neue Kartoffelmengen zu den verdorbenen dazugeschüttet, so daß auch sie verderben, nur zum kleinen Teil zum menschlichen Genuße verwendet, später aber nicht einmal für Viehfutter benützt werden konnten. Zeuge hat ferner am Glockenspielflaz etwa 50 Faß Fett à 150 Kilogramm verdorben wahrgenommen. Dieses Fett, das hauptsächlich aus Unschlitt bestand, wurde als Schweinesfett abgegeben. Andere Fettmengen wanderten in Parfümeriefabriken.

Zeuge Anschegg, Mühlgangwehrtwächter, hat im Herbst 1916 über eine Fuhr verdorbenes Kraut aus dem Mühlgange gefischt, seine Frau verwendete gleichfalls aus dem Wasser gezogene Mehlmengen als Viehfutter, seine Arbeiter trugen in den Schürzen die Würste fort, die sie „gefischt“ hatten.

Zeuge Redakteur Christian Fischer, Mitglied des städtischen Ernährungsbeirates und des Warenverwaltungs Ausschusses, gibt an, daß im Herbst 1915 Tausende von Waggon Kartoffeln in Ungarn verdorben sind, wovon später nach Graz Lieferungen gemacht wurden, die natürlich dann zu Gerüchten Anlaß gaben. Ähnliches ist mit Mais vorgekommen. Speck ist wegen unsachgemäßer Behandlung schon an den Sammelstellen auf dem Lande verdorben, gegenwärtig wird ein Prozeß wegen 100.000 Kilogramm verdorbenen Sauerkrautes geführt, auf den Grazer Märkten verkauft man im Auftrage der Statthalterei gesundheitschädlichen Spinat usw. Wegen dieses Spinates, der vom Marktamtsvorstand Reeb als ungenießbar beanstandet wurde, hat der Ernährungsbeirat beschlossen, das Protokoll der Sitzung der Staatsanwaltschaft zuzusenden.

Zeuge Werkmeister Müller aus Wagram hat im Sommer 1916 schöne Stücke Rauchspeck und Würste, auch Edelkastanien und große Mengen von Kraut im Mühlgange gesehen, teilweise auch herausgezogen.

Zeuge Hoffmann sah im Oktober 1916 in der Stadtmühle in der Laubgasse eine sehr große Zahl von Säcken mit total verschimmelten Wackelbohnen stehen, die nach Aussage eines Mühlarbeiters „wahrscheinlich in den Mühlgang verschwinden“ werden.

Weitere Zeugen bestätigen, in Fernit stundenlang schönen Hafer im Mühlgange herabschwimmen gesehen zu haben.

Zeuge Kaufmann Weinhandl sagt von den großen Mengen, zirka 30 Waggon, Kraut aus, das im Lagerhause in der Keplerstraße im November oder Dezember 1916 vollkommen ungeschützt im Freien, der schlechten Witterung und damit dem Verderben überantwortet wurde. Ein Teil liegt heute noch dort.

Von den weiteren Zeugen gab der Landsturminfantarist Fröhlich zu Protokoll, daß im Keller am Glockenspielflaz Fett verdorben ist, weil es in Petroleumfässern eingelagert worden war, man wollte es in den Kriegslüchen verwenden, mußte aber schließlich einen Teil an Parfümeriefabriken abgeben. Zeuge hat dies selbst bei etwa 300 Kilogramm Fett gesehen.

Ein anderer Zeuge aus Groß-St. Florian deponierte beim Gerichte eine Probe von den dort eingelangten 6000 Kilogramm total verdorbenen Bohnen. Nach weiteren Einvernahmen erfolgte die Verlesung von Zuschriften der Handelsgenossenschaft Umgebung Graz, der Genossenschaft der Kauf- und Handelsleute in Feldbach, des Gremiums der Kaufmannschaft in Brud, der Genossenschaft der Kaufleute und Händler in Fürstenseld usw., die ausnahmslos das Vorhandensein von Gerüchten über das schlechte Wirtschaften mit Lebensmitteln auch in den Provinzgebieten bestätigten.

Jedes kommentierende Wort würde den Eindruck dieser Zeugenaussagen nur verringern.

Gegen die „Ueberorganisation“

die im Deutschen Reiche sich auf dem Gebiete des Versorgungswesens herausentwickelt hat, beginnt man sich immer entschiedener aufzulehnen. Vor allem wird ein Abbau der Zentralen empfohlen, deren man im Reiche jetzt ungefähr sieben Duzend zählt. Bei aller Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit einer großzügigen Organisation — was zuiel ist, ist zuiel. Höchst zweifelhaft ist es, klagt ein Volkswirtschaftler im „Tag“ vom 29. d., ob es richtig war, die Warenbeschaffung selbst den halbstaatlichen Gesellschaften zu übertragen, mit ihren kostspieligen, viele, viele Millionen verschlingenden Einrichtungen. Gerade aber wegen der ungeheuren Größe der Aufgabe, für ein ganzes Volk die Lebensmittel zu beschaffen, sie zu lagern, zu erhalten und zu verteilen, ist die Frage berechtigt, ob es ein glücklicher Gedanke war, diese ungeheure Arbeit zentralen Stellen zu übertragen, anstatt sie denen zu überlassen, in deren Händen sie immer gewesen ist. Wäre es nicht besser, man beschränkte sich auf die Oberleitung und Preisgestaltung? Das, was tatsächlich geleistet wird, wäre sicher auch mit weniger Aufwand an Zentralgesellschaften erreichbar gewesen. Von diesen Gesellschaften gilt das Bibelwort: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Sie haben die Ware meistens „wegorganisiert“. Wo ist der Käse, wo sind die Eier, wo ist die berühmte Marmelade? Das „Kriegsmus“ wird von

Die lehtjährige Missernte und das Verderben großer Vorräte durch den Frost machen in diesem Frühjahr das Hauptnahrungsmittel der Massen selten. Da die vorhandene Menge bald erschöpft sein wird, brauchen wir Frühgemüse als Ersatz und das früheste, das durch selbstmäßigen Anbau bei uns im großen gewonnen werden kann, ist die Mairübe. Das Ernährungsamt hat die Zweigstellen der Kriegs-Gemüse-Verkehrsanstalt angewiesen, mit Großgrundbesitzungen Anbau- und Lieferungsverträge auf beträchtliche Mengen von Mairübe zu schließen, die in den kargen Wochen vor der Ernte und vor den Frühkartoffeln Abhilfe bringen sollen.

Die Monate, die uns bis zum Schnitt und Drusch bevorstehen, werden naturgemäß zu der härtesten Zeit des Krieges gehören, selbst dann, wenn der Friede geschlossen wird. Denn durch viele Monate nach Friedensschluß werden der Außenhandel und der Seeverkehr auf ihre Wiederbelebung harren, die inländischen Transportmittel aber durch die Abrüstung und durch die Heimkehr der Soldaten und den Austausch der Kriegsgefangenen in Anspruch genommen sein. Mehr als sonst im Frieden werden die Gemüse zur Herstellung einer täglichen Mahlzeit beihelfen müssen. Der Gemüsebau gehört bei uns zu den vernachlässigten Teilen der Bodenkultur. Mit Ausnahme von Görz und einigen Strichen Nördens und Böhmens hat kein Gebiet Oesterreichs den selbstmäßigen Gemüsebau in großen gepflegt, wie er insbesondere in Holland betrieben wird und sehr einträglich ist. Die Landwirte bauen nicht viel mehr als den Eigenbedarf und überlassen diese Pflanzung den Gärtnern in der Nähe großer Verbrauchszentren. Für den billigen Massenkonsum reicht die gartenmäßige Kultur nicht hin, auf die selbstmäßige sind wir nicht geschult und nicht eingerichtet. Die Gemüse- und Obststelle des Ernährungsamtes hat nun den Versuch unternommen, mit Gutswirtschaften günstiger Frachtlage Lieferungsverträge auf große Gemüsemengen abzuschließen, ihnen die Sämereien geliefert und auf Grund eingehender Beratungen ein Preisschema für so gewonnenes Gemüse erstellt, das zugleich für den übrigen freien Verkehr Nichtpreise bietet. Die Lieferungsverträge sollen an Städte, Großverbraucher, Kriegsflächen Genossenschaften und dergleichen weitergegeben werden. Der Erste niederösterreichische Arbeiterkonsumverein hat zum gleichen Ziele eine Gutswirtschaft in der Nähe Wiens gepachtet, um für seine Kriegsküche und seine Mitglieder wenigstens einen Teil des Gemüses zu ziehen und von den Zufälligkeiten des ganz unberechenbaren Marktes sich unabhängiger zu machen. Alle solche Unternehmungen sind Versuch, durch die Bedrängnis des Krieges geboten, in ihrem Erfolg jedoch von mancherlei Umständen abhängig, vor allem von der Beistellung kundiger Arbeitskräfte. Die ersten Ergebnisse können sich indessen erst im Frühjahre zeigen und bis dahin zählen wir noch viele harte Wochen.

Während dieser Zeit müssen die äußersten Anstrengungen gemacht werden, im Inland alles Befähigbare aufzubringen und die Donau als Zufahrtsstraße tatkräftig auszunutzen. Infolge des verschlehten und lädenhaften Getreideregimes haben wir mehr Vieh großgezogen, als unserem Bedürfnis nach Brotfrucht guttat. Nicht daß der Viehstand absolut zu groß wäre, er steht nur nicht im Verhältnis zur Brotfrucht und zum Futtermittelvorrat und dank dieser leider nicht verhüteten Unverhältnismäßigkeit müssen wir Jungvieh in größerer Zahl schlachten. Natürlich darf man sich diesen Vorrat nicht unerschöpflich oder auch nur bedeutend vorstellen, aber er ist immerhin eine Reserve und diese muß nun herangezogen werden. Hier erhebt sich jedoch die Gefahr, daß diese Fleischmengen einfach den Vermögenden eine neuerliche Kostzubeße werden. Das kann nur verhütet werden, wenn endlich der Fleischverbrauch geregelt wird. Dieser aber läßt sich nicht so einfach regeln wie der Mehlverbrauch durch eine einfache, auf den Kopf lautende Bezugskarte. Die verfügbaren Fleischmengen können nicht wild auf den Markt gebracht und nicht erst die Konsumenten durch eine Karte im Ankauf beschränkt werden, die Vieh- und Fleischvorräte selbst müssen rationell bewirtschaftet werden, wobei jedoch jeder Vergleich mit dem Handelsmonopol der Kriegs-Gemüse-Verkehrsanstalt ver sagt ist. Auch hier haben einzelne Kronländer schon wertvolle Vorbilder gegeben.

Soll jedoch das Fleisch wirklich wenigstens zeitweise den Massen als Nahrung zugeführt werden, so muß es zu einem für sie erschwinglichen Preise auf den Markt kommen. Der Abbau der Viehpreise ist bereits, wenn auch sehr zögernd und behutsam, in Angriff genommen worden, auf die Fleischpreise hat er eine ersichtliche Wirkung noch nicht gehabt. Das allermeiste ist hier noch zu schaffen, und zwar in rascher Folge. Zugegeben, daß diese Maßnahmen zu den schwierigsten und heikelsten gehören, sie sind jedoch unvermeidlich und unaufschiebbar und der Ernährungszustand der Massen ver trägt eine Rücksichtnahme auf lokale, berufliche oder gewerbliche Interessen in diesem Punkte nicht länger! In der Spanne zwischen den ersten Frühlings- und den lehten Erntetagen entscheiden sich vielleicht die größten Dinge der Welt, und unverantwortlich wäre es, diesen Entscheidungen irgend welche Sonderinteressen überzuordnen!

Nähe und fernere Sorgen.

Kartoffeln, Gemüse, Fleisch.

Das erste Grüne erscheint auf den Märkten, die ersten sonnigen Tage sind gekommen und der Bann dieses furchtbar langen und harten Winters wird bald endgültig von uns genommen sein. Wie gern öffnet sich das Menschenherz der Hoffnung, zumal dann, wenn es von der Sorge dreifach und vierfach niedergedrückt ist wie zur Stunde, wo der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg diesen noch zu verlängern droht! Wieder keimt eine neue Ernte, die vierte im Kriege, und diese Ernte wird für unser Volk schicksalvoll sein. Von der staatlichen Bewirtschaftung dieser Ernte hängt ein Stück unserer Zukunft, vielleicht unser politisches Dasein ab.

Seit Kriegsbeginn haben wir uns bemüht, die ganze Öffentlichkeit auf die Wichtigkeit organischer Maßnahmen und organisatorischer Vorkehrungen für die Volksernährung hinzuweisen. Als unser Land in den Krieg eintrat, stand es nach oder unmittelbar in der Ernte, und die große, aber einzige Aufgabe der Staatswirtschaft war die Verteilung. Mit dem Fortschreiten des Krieges, mit seiner überlangen Dauer ist diese Aufgabe durch das Problem der Produktion zurückgedrängt worden. Leider ist die Organisation der Verteilung lange noch nicht abgeschlossen und wir mühen uns, wir scheitern selbst an Aufgaben, die schon längst hätten gelöst sein sollen. Im vierten Kalenderjahr des Krieges haben wir den Verkehr und den Verbrauch des Fleisches noch nicht geordnet, ja wir haben diese Regelung noch kaum in Angriff genommen. Und eben jetzt lernen wir erst die Pflicht und die Kunst, nach dem Bedürfnis zu differenzieren, die Minderbemittelten im Preise zu bevorzugen und die Verbrauchsmengen zu staffeln! Und noch jetzt lassen wir die allgemeine Aufmerksamkeit allzusehr abschweifen auf Sensationen, die aus den Mängeln der Organisation entspringen, statt sie auf diese Mängel festzubannen. Inzwischen aber schreien draußen die durchwinterten Schollen nach Pflug und Egge und Saatforn, aber ihr Schrei wird kaum vernommen. In der abgeschiedenen Stille der Feldfluren vollzieht sich in den nächsten Wochen unser Schicksal — aber wer redet davon?

Der Frühjahrsanbau wird sich in diesem Jahre noch weit aus schwieriger gestalten als alle Jahre vorher. Der Boden ist ärmer geworden und die Düngung spärlicher, das Ackergerät ist abgenutzt, die Bepflanzung minder leistungsfähig und die Arbeitskräfte sind seltener. Notwendige Folgen des Krieges! Gebieterisch erhebt sich die Forderung, daß Mannschaften und Zugpferde in ausreichender Zahl beige stellt und diesem Zwecke alle und jede andere Rücksicht hintangeseht wird. Die Vorsorge für Saatgut obliegt der Kriegs-Gemüse-Verkehrsanstalt und in der Durchführung unserer Eisenbahnverwaltung. Das gilt insbesondere für das Kartoffelsaatgut, denn im Getreide entscheidet der Herbstanbau, und wie versichert wird, haben die Saaten trotz der langen Frostzeit gut überwintert. Die Sorge ist nicht von der Hand zu weisen, daß bei der Sommerfrucht, bei Gerste und Hafer, vor allem aber bei den Kartoffeln örtlich ein empfindlicher Saatgutmangel auftritt. Bedauerlicherweise haben wir uns die Vorsicht unserer Altvordern nicht zu eigen gemacht, die alljährlich das Saatgut dem einzelnen Landwirt abgenommen und in Gemeindegemeinschaften aufbewahrt haben. In Hunger epochen, deren frühere Jahrhunderte viele erlebt haben, vernachlässigten diese Vorkehrungen allein das Saatgut vor dem Verbrauch zu schützen. Sie sind unterlassen worden, weil wenige Menschen mit einer solchen Kriegsdauer gerechnet haben; nun aber benötigen wir sie ohne Rücksicht auf die Dauer des Krieges und das Regime der neuen Ernte, wird sie treffen müssen.

Die Verantwortung jener Organe, denen die rechtzeitige Beistellung des Saatgutes obliegt, ist ungeheuer groß. Man muß erwarten, daß sie ihr genügen.

Hamburgs Lebensmittel-Versorgung.

Von Senator Dr. Diefel.

Das im Spätsommer des vergangenen Jahres von Senat und Bürgerchaft eingeleitete hamburgische Kriegsvorsorgungsamt hat seinen Kriegsvorsorger hinter sich, der zugleich der schwerste war von den bisher durchlebten drei Kriegswintern. Die außerordentlich schwere und langandauernde Kälte, verbunden mit der Schwierigkeit, die sich der Heranschaffung der erforderlichen Rohstoffvorräte entgegenstellte, hat unserer Bevölkerung neben allen anderen eine besonders schwere Last auferlegt und ihre Geduld auf eine harte Probe gestellt. Jetzt, wo wir hoffen dürfen, daß der Frühling bei uns einzieht, und damit das Schwerste überwunden ist, wird ein

Rückblick auf die bisherige Tätigkeit des Kriegsvorsorgungsamtes

Das Amt ist nach dem bewährten Muster unserer behördlichen Organisation aus Senatsmitgliedern und bürgerlichen Mitgliedern zusammengesetzt. Die Vorarbeiten für die von dem Amt zu treffenden Entscheidungen werden von insgesamt 15 verschiedenen Abteilungen geleistet, einer Zentralabteilung, einer kaufmännischen Abteilung, der das gesamte umfangreiche Rechnungswesen untersteht, und einer Reihe von Sonderabteilungen, denen die Bearbeitung der auf die einzelnen Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände bezüglichen Aufgaben obliegt. Solche Sonderabteilungen bestehen für Brot und Mehl, für Kartoffeln, für Fleisch und für Fleischverbrauch, für Milch, für Butter, Käse und Fett, für Zucker, Süßstoff und Marmelade, für Eier, für Gemüse, für Kaffee, für Fische, für Kohlen und für Futtermittel. Eine besondere Abteilung besteht noch für die Kartenausgabe und Kartentkontrolle. An der Spitze einer jeden Abteilung stehen entweder Kaufleute, die sich ehrenamtlich zu diesem Dienst zur Verfügung gestellt haben, oder Juristen, die aus der Verwaltung, aus dem Gericht und aus dem Anwaltsstande herangezogen sind. Jeder dieser Abteilungen ist ein Beirat beigegeben, der aus dem Kreise der mit dem betreffenden Gegenstände im Großhandel oder Kleinhandel besonders vertrauten Männer sowie aus Vertretern der Verbraucher gebildet ist. Ein besonderer Beirat ist aus dem Kreise der Verbraucher berufen worden, der regelmäßig in jeder Woche zusammentritt, um über alle Fragen der Ernährung und Versorgung unserer Bevölkerung zu beraten.

Neben dieser unter dem Kriegsvorsorgungsamt gebildeten zentralen Organisation sind für die sämtlichen Teile der Stadt Bezirksstellen eingerichtet, die durchweg von ehrenamtlich tätigen Mitbürgern geleitet werden und die Aufgabe erfüllen sollen, mit allen Kreisen der Bevölkerung Fühlung zu halten, die Verteilung der Lebensmittel und anderer Bedarfsgegenstände zu überwachen, gegen Ueberschneidung des Publikums einzuschreiten, und Beschwerden aus allen Kreisen ihres Bezirks entgegenzunehmen und, soweit sie selbst keine Abhilfe schaffen können, dem Kriegsvorsorgungsamt darüber zu berichten. Sämtliche Vertreter der Bezirksstellen gehören dem Beirat der Verbraucher an und sind somit in der Lage, ohne daß lange schriftliche Auseinandersetzungen notwendig sind, in den regelmäßigen Sitzungen des Beirats über die Beschlüsse in ihrem Bezirk mündlich zu berichten.

Eine ähnliche über die ganze Stadt in einer Reihe von Unterstellen gegliederte Organisation regelt die Milchverteilung und sorgt dafür, daß an allen Stellen, wo ein Bedarf entsteht, aus anderen Bezirken, in denen Ueberschuß vorhanden ist, sofort Abhilfe geschaffen wird.

Während früher die periodisch erfolgende Kartenausgabe in den Schulen erfolgte, die in der Zwischenzeit zwischen diesen Ausgaben erforderlichen Änderungen bei Geburt, Tod, Ab- und Zugang von den Bezirksbüros der Polizeibehörden vorgenommen wurden, sind jetzt an 122 staatlichen Schulen besondere Dienststellen unter der Leitung staatlicher Lehrkräfte eingerichtet, die für jeden Bewohner ihres Bezirks ein Kartenblatt besitzen, auf dem die dem einzelnen ausgegebenen Lebensmittelkarten nebst allen inzwischen eingetretenen Veränderungen vermerkt sind. Auf diese Weise ist es erreicht, eine durchgreifende Kontrolle über das gesamte Kartensystem zu führen. Alle Änderungen, die in bezug auf die einzelnen Karteninhaber eintreten, werden von den Standschätzern oder Polizeibehörden sogleich diesen Dienststellen übermittelt und geben ihnen die Handhabe für die Wiedereinziehung der Karten Verstorbenen, zum Heeresdienst Entzogener oder von Hamburg verzogener Bewohner.

Die Krankenabteilung, die Erkrankten besondere Zusatznahrungsmittel zubilligt, ist seit einiger Zeit von dem Kriegsvorsorgungsamt abgetrennt und dem Medizinalkollegium unterstellt worden.

Für die Tätigkeit des Kriegsvorsorgungsamtes und seine Abteilungen sind in erster Linie die vom Reich ergangenen Anordnungen maßgebend. Wir müssen uns immer wieder daran erinnern, daß vom Reich die Fürsorge für die Ernährung von 67 Millionen Deutschen in die Hand genommen ist und genommen werden mußte, wenn anders derzeit erreicht werden sollte, für alle Glieder unseres Volkes das Durchhalten zu ermöglichen. Was hätte es Hamburg geholfen, wenn dieses Vermöge der ihm zur Verfügung stehenden Mittel eine reichliche Versorgung erreicht hätte und in anderen Gegenden Deutschlands wäre eine Hungersnot ausgebrochen? Der Krieg, in dem wir leben, ist Deutschland ausgezwungen, alle Glieder des Reiches sind von ihm gleichmäßig betroffen. So muß auch die Ernährung aller Glieder gleichmäßig durchgeführt werden. Keine Stadt

und keine Provinz soll einen Vorzug vor anderen Städten und anderen Provinzen haben. Daß diese Aufgabe niemals vollkommen gelöst werden könnte, ist wohl ausgeschlossen, dazu sind die Ansprüche und Lebensgewohnheiten der verschiedenen deutschen Stämme in Nord und Süd, Ost und West, Stadt und Land zu verschieden, aber der Wille besteht, dieses Ziel, soweit Menschenkraft und Geist es vermögen, zu erreichen. Die einzelnen Nahrungsmittel, die vom Reich erfasst und für die Gesamtheit des deutschen Volkes bestimmt sind, werden von den Reichsstellen nach einem „Schlüssel“ auf die einzelnen Teile verteilt, wobei das Bestreben obwaltet, soweit möglich, den Lebensgewohnheiten, klimatischen Verhältnissen und anderen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Es ist nicht richtig, wenn man bei uns häufig der Ansicht begegnet, Hamburg komme bei diesen Zuteilungen in der Regel zu kurz. Wenn dabei lediglich die Friedensgewohnheiten der großstädtischen Bevölkerung zum Vergleich herangezogen werden, dann mag die Ansicht nicht unrichtig erscheinen. Aber wir stehen in einem furchtbaren Kriege, abgeschlossen von aller Außenwelt, ohne Zufahren, und sollen mit dem ausreichen, was der Boden unseres Vaterlandes selbst hervorbringt. Daß gerade Hamburg, der große Einfuhrhafen für ganz Deutschland, die ihm auferlegten Entbehrungen besonders schmerzhaft empfindet, vermag an der Tatsache nichts zu ändern, daß Hamburg heute in Reich und Glied mit allen anderen Bundesstaaten und Großstädten steht und für sich keine Vorzugsstellung beanspruchen kann, die ihm in Friedenszeit dank der Tätigkeit seiner Kaufleute und Reeder erwachsen war.

Die Art der Verteilung.

Der ihnen vom Reich überwiesenen Nahrungsmittel ist Sache der einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden, und hier liegt für das Kriegsvorsorgungsamt das eigentliche Arbeitsfeld. Naturgemäß können Hamburg nicht regelmäßig solche Mengen zugeleitet werden, daß ein Jeder davon seinen gleichen Anteil erhalten kann. Die Zuteilungen richten sich nach den für die Gesamtbevölkerung verfügbaren Mengen. Dann werden entweder die überwiesenen Mengen zurückgehalten, bis mit der nächsten Zuteilung eine gleichmäßige Belieferung der ganzen Bevölkerung erfolgen kann, oder es werden auf denselben Abschnitt der Warenbezugsliste ähnliche Waren verteilt, so kürzlich bei der Verteilung von Sauerkraut und der Verteilung von Honig und Sirup, oder es werden die Waren der „Produktion“ und der „Neuen Gesellschaft“ zum Abgab übergeben, wobei erreicht wird, daß in erster Linie die Bedürftigen unserer Stadt sie erhalten. Handelt es sich um kleinere Mengen, die auch für eine solche Verteilung an bestimmte Bevölkerungskreise nicht ausreichen, dann werden sie den staatlichen Krankenanstalten oder den Kriegsküchen zur Verfügung gestellt.

Wenn aber die Warenmenge ausreicht, um für die Gesamtbevölkerung eine Verteilung zu ermöglichen, dann wird zunächst ein bestimmter Prozentsatz für das Landgebiet ausgeschoben, ein weiterer Teil geht an die Krankenanstalten und viele andere gemeinnützige und wohltätige Institute zur Versorgung ihrer Insassen, ein großer Prozentsatz geht an die Kriegsküchen, Werkstätten und andere Speiseanstalten, und der dann verbleibende Teil wird auf den Kopf der Bevölkerung verteilt. Diese Art der Verteilung, die sich aus der ganzen Kriegswirtschaft, wie sie sich in Hamburg entwickelt hat, mit einer gewissen Notwendigkeit ergibt, muß sich vergegenwärtigen, wer Vergleiche mit den in anderen Stadtgemeinden an die Bevölkerung ausgegebenen Rationen aufstellen will und dabei nicht ganz selten zu dem unzufriedigenden Ergebnis kommt, daß in Hamburg weniger verteilt sei als andertwärts. Eine Stadt, in der die Zahl der Krankenanstalten, der Gefängnisse, vor allem der öffentlichen Speiseanstalten, geringer ist als bei uns, ist hinsichtlich der Verteilung natürlich besser daran als wir, es soll aber nicht vergessen werden, daß wir denen, die es am meisten bedürfen, unseren Kranken und Bedürftigen, das zum Leben Unentbehrliche vor allem zuwenden müssen. Die Belieferung der Kranken in den Anstalten ist zudem vom Reichsgesundheitsamt mit bestimmten Mindestportionen vorgegeschrieben, die die Rationen der Gesunden nicht ganz unerheblich überschreiten.

Eine besondere Bedeutung für die Ernährung unserer Bevölkerung kommt unseren Kriegsküchen zu. Es war eine nicht genug zu rühmende Tat der hamburgischen Kriegshilfe, von dem Tage ihrer Tätigkeit an der Einrichtung der Kriegsküchen ihr Hauptaugenmerk zugewandt zu haben. Aus kleinen Anfängen heraus sind diese Kriegsküchen so gewachsen, daß

täglich bis zu 500 000 Portionen ausgegeben werden. Daneben bestehen die Werkstätten, die von anderen Unternehmern für ihre Angestellten begründeten Mittagstische, die Volkshauskassen und seit kurzem die Kriegsmittagsküche, schließlich die Ernährung bedürftiger Volksschulkinder durch den Wohltätigen Schulverein. Sie alle erhalten ihre Versorgung mit Lebensmitteln zum überwiegenden Teil aus den Beständen des Kriegsvorsorgungsamtes.

Die vorstehend geschilderte Art der Verteilung gilt vor allem für das wichtigste Nahrungsmittel, für Brot und Mehl, ferner für Eier, für Gemüse und Obst, für Zucker, Marmelade und Süßstoff, für Kaffee, Fische und andere Artikel. Dagegen ist für Kartoffeln und Fleisch die Wochenration für jedermann vom Reich bestimmt, nicht immer ohne bedenkliche Enttäuschungen, namentlich in der Kartoffelversorgung, hervorzurufen. Denn das Reich hat zwar den einzelnen Bedarfsgebieten die zur Deckung der festgesetzten Rationen erforderlichen Mengen aus den Ueberschußgebieten zugewiesen, aber diese Lieferungen nicht zu gewährleisten vermocht, so daß wir lange unter dieser Ration leiden mußten und in letzter Zeit in Ermangelung jeglicher Zufuhr überhaupt keine Kartoffeln verteilen konnten. Gerade auf diesem Gebiete hat es sich wiederholt gezeigt, wie bedenklich Versprechungen sind, die nachher nicht eingelöst werden können. So stehen wir auch jetzt wieder vor der unbehaglichen Tatsache, daß die uns vom 15. April ab zugesagten fünf Pfund Kartoffeln einstellweise nicht geliefert werden können, weil die hierfür erforderliche Wochenmenge von 50 000 Zentnern dem Kriegsvorsorgungsamt nicht zur Verfügung steht. Allerdings können wir hoffen, daß, wenn jetzt eine mildere Witterung eintritt, aus den Hamburg zugewiesenen Lieferungsbezirken die Versendung stärker einsetzt wird. In dieser Erwartung hat mit der Osterwoche wieder die Kartoffelausschüttung begonnen, wenn auch zunächst mit den vorhandenen Vorräten entsprechend in bescheidenem Umfange.

Der einzelne, der nur seinen eigenen Kreis überblickt, muß sich vor Augen halten, daß die auf ihn entfallende Menge gleichzeitig an 20 000 Bewohner der Stadt verteilt werden soll. Wer darüber klagt, daß es in der Osterwoche nur zwei Eier für den einzelnen gibt, mag für sich selbst das Exempel machen, wieviel dann auf die ganze Stadt entfallen müssen, was erwägt, welcher Aufwand von Arbeit und Kosten nötig ist, um diese geringen Mengen

rechtzeitig heranzuschaffen und an alle Kleinverkauftstellen so rechtzeitig zu verteilen, daß zur gegebenen Stunde ein Jeder in Hamburg das ihm Zugehörige auch empfangen kann.

Darin liegt ja der Hauptunterschied gegen die Friedenszeit, daß der Handel für die Heranschaffung dieser Bedarfsgegenstände so gut wie ausgeschaltet ist. Wir mögen es beklagen, und für eine Stadt wie Hamburg, die durch den Handel zu allen Zeiten reichlich versorgt zu werden gewohnt war, ist eine solche Lage überaus nachteilig, zu ändern vermögen wir an dieser Sachlage nichts. Eine gewisse, wenn auch gewiß nicht ausreichende Entschädigung ist den Händlern der einzelnen Zweige dadurch gewährt, daß sie, soweit es irgend möglich war, bei der Verteilung der Lebensmittel mittel mit herangezogen werden, indem das Kriegsvorsorgungsamt die Verteilung der einzelnen Lebensmittel durch die Großhändler an die Kleinverkauftstellen erfolgt läßt. Einer übermäßigen Verleinerung ist dabei durch die den letzteren vorgeschriebenen Kleinverkaufspreise vorgebeugt.

Die Erfahrung des letzten Jahres hat gelehrt, wie unentbehrlich für Hamburg eine große Anlage zum Verarbeiten von Kartoffeln und Steckrüben ist, wenn diese nicht mehr in unüberwundenem Zustande der Bevölkerung zugeführt werden können. Aus den Mitteln des Kriegsvorsorgungsamtes ist mit bedeutenden Aufwendungen eine Paranlage auf der Reute errichtet worden, woselbst täglich bis zu 1000 Zentnern Steckrüben und andere Gemüse gedarrt und Kartoffeln verarbeitet werden können. Außerdem bestehen Verträge mit einer Reihe leistungsfähiger Fabriken, die die ihnen von Hamburg überwiesenen Mengen in derselben Weise verarbeiten. Neuerdings hat Hamburg in Gemeinschaft mit Altona, Bandel und Kiel die Errichtung mehrerer Fabrikanlagen in Aussicht genommen, in denen die leicht verderbliche Magermilch zu Pulver getrocknet wird, um in der nächsten Winterzeit der Bevölkerung genügende Milchvorräte liefern zu können. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß durch ein Abkommen mit einer hiesigen großen Fabrik mit Staatsmitteln eine Anlage geschaffen wird, die nach einem neuen Verfahren aus Stroh ein nahrhaftes Futtermittel für Pferde herstellen soll.

Rummehr beginnt mit dem 15. April ein neuer Abschnitt in unserer Ernährungsweise. Die wöchentliche Brotration, die bis dahin mit Einschluß der Mehlabgabe 1850 Gramm betrug,

wird für Hamburg auf 1450 Gramm herabgesetzt werden müssen. Zum Ausgleich für diesen Verlust soll die Wochenration an Fleisch verdoppelt werden. Um auch den weniger Bemittelten den Bezug dieser Ersatznahrung unter allen Umständen zu ermöglichen, haben das Reich und die Bundesstaaten sich zur Vergabe gewaltiger Summen entschlossen, um den Preis dieser Ersatznahrung so billig zu gestalten, daß sie auch für die Armen zu erlangen ist. Die hamburgische Staatskasse offeriert zu diesem Zwecke fünf Millionen Mark für die Zeit bis zum 31. Juli. In gleicher Höhe trägt das Reich zu diesen Kosten bei.

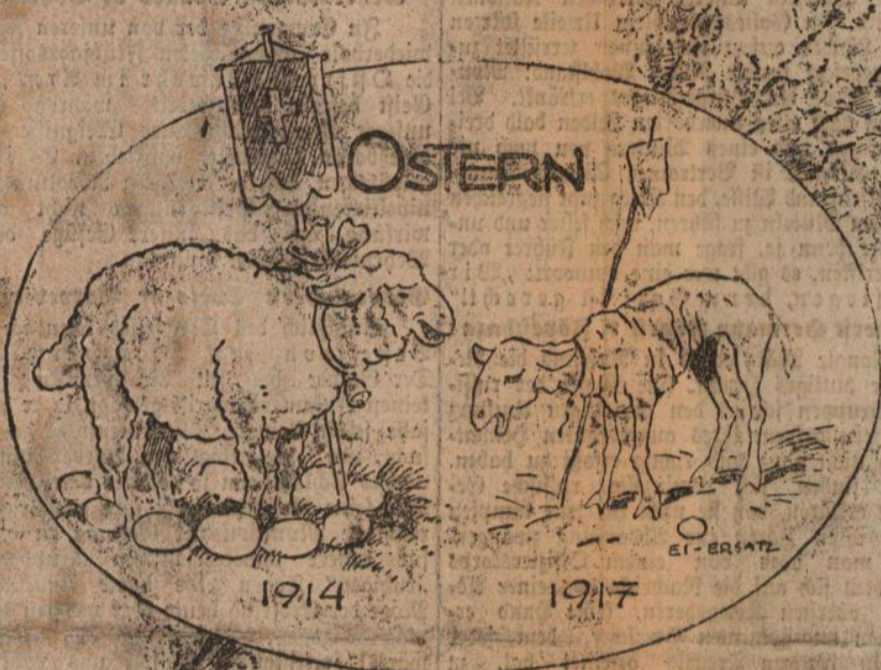
Die Herabsetzung der allgemeinen Brotration trifft auch die arbeitenden Klassen. Dagegen wird die ihnen bisher gewährte Zusatzration an Brot in dem bisherigen Umfange im wesentlichen unverkürzt beibehalten werden können.

Es ist für niemand ein Geheimnis, daß der vergangene Winter unserer Bevölkerung, nicht allein in den Kreisen der Minderbemittelten, schwere Opfer und Entbehrungen auferlegt hat. Wir haben auch das überstanden. Schwereres, als uns die letzten Monate zu fragen gaben, kann uns der Frühling und Sommer nicht bringen, wohl aber eine wesentliche Erleichterung. Und die Hoffnung, die mit der Frühlingswärme in unsere Wohnräume und Herzen eingegangen ist, soll uns in den Stand setzen, auch den kommenden Monaten mutig und getrost entgegenzusehen.



Was man 1917 für K. 300.- erhält!

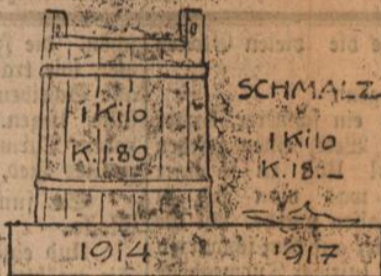
1914 KLEIDER 1917



Ein Beamter, welcher ein Jahreseinkommen von K. 3000.- hat. Wie der gleiche Beamte mit demselben Einkommen 1917 ausschaun müsste!



1914 GASTHAUS 1917



1914 LAJOS BINDFADEN 1917 LAJOS PINTER



1914 SELCHWAREN 1917 1914 DIVIDENDEN 1917

10. IV. 1917

776

Agostino Ghigi aus Siena, der Bankier und Vizekanzler des Papstes Julius II. der bekannteste, wenn auch bei weitem nicht der erfolgreichste. Von Italien verbreitete sich das Geschäft nach Frankreich und Süddeutschland, wo die Zucker und Weiser zweifach verdienten: sie ließen an Fremde und Feinde, und sorgten, was es kostete, zu sehr unerwartlichen Wucherzinsen. Und wenn sie noch geliebert hätten! Demals entstand das böse Wort: daß man nicht durch Pfeffer, sondern durch Nichtpfeffer reich werde. Die Truppen Georgs von Grundsherg stellten einmal mitten während der Schlacht die Arbeit ein, weil ihr Vizekanzler dieses Sprichwort zu wörtlich genommen hatte und die Soldner ärger als gewöhnlich hungern ließ.

Zu vertheidern. Es gelang nicht. Man war damals mit ertappten Staatskennern nicht zimperlich. Die Herren Titus Pomponius und Marcus Postumius wurden zum Tode verurteilt; sie entsagten sich der Vollstreckung durch die Schuld, aber ihre eingesetzten Vermögen gaben dem Staate einigermassen Genugthuung. Das mildere Recht, das dem betrügerischen Vizekanzler oder Preisstreiber den größten Teil seiner Beute läßt, bestand in jener rauhen Zeit noch nicht. Um was einer den Staat betrogen hatte, das mußte er wieder herausgeben. Mander reich geworden, Gauner wurde nicht erreicht; war er aber erwischt, so hieß es nicht reich.

Hatte früher vorwiegend der Grundbesitz gegolten, daß der Krieg den Krieg ernähren müsse, so verbreitete sich jetzt, mit der Umwandlung der umherziehenden Söldnertruppen in stehende Heere, immer mehr und mehr die Auffassung, daß es auf dem Umwege über den Kriegsvizekanzler zu reichen habe. In die Stelle der unmittelbaren Blindernung durch die Söldner trat die mittelbare durch die Kriegsvizekanzler; statt des Söldners nahm der Steuerpächter dem Bürger und dem Bauern die Kriegskosten weg, um den Vizekanzler bezahlen zu können. Es ging in geordneten Formen ab, aber man kann nicht sagen, daß Bürger und Bauer dabei besser weggekommen seien.

Gains Verres, dem durch Ciceros Anklage die unerbittliche Ehre kläffiger Unsterblichkeit zuteil wurde. Die Geschichte der Kriegsvizekanzler des Mittelalters ist in Dunkel gehüllt. Trotzdem darf aus manchen Einzelheiten der Kreuzzüge geschlossen werden, daß sich zumindest die Genuiner und Venetianer diesem unheimlichen und eintügligeren Zweige des Kriegsgewerbes widmeten. Sie scheinen insbesondere als Heeder die Beste des Nachtraumes arg getrieben zu haben, ließen sich aber auch die den Kreuzfahrern unentbehrlichen Lebensmitteln über Gebühr bezahlen. Keinesfalls ist irgendwem zu bemerken, daß sich ihre Seelen in dieser großen Zeit aufschwingen hätten.

Ungeheure Vermögen entstanden. Gleich am Eingange dieser neuen Zeit stehen die Brüder Paris Duverney und Montmartel. Paris Duverney hat es vom Kellner und Bierbedienten als kühner Kriegsvizekanzler zu ungeheuren Reichtum und großer Macht gebracht. Kriegs- und Finanzminister gehorchten seinem Wink, der König hörte auf seinen Rat und schmeichelte ihm, wenn er ein Malchen zu begehren hatte. Er gewann Einfluß und befestigte ihn schon schon auf moderne Art; er verstand es, die Töchter Ludwigs XV. und andere hohe Damen durch Aufmerksamkeiten aller Art und Geschenke für sich zu interessieren

Zu einem wirtschaftlichen Geschäftszweige großer Unternehmer wurde das Ziesern, als die Kriegsführung im Zeitalter der Renaissance zu einer Industrie auf industrieller Grundlage wurde. Caesar Borgia, dem die zeitgenössische Geschichte, die Magd der siegreichen angestammten Truppen so bitteres Unrecht tat, war auch in diesem Belange ungleich besser als seine Widersacher; gerecht gegen das niedere Volk und den gemeinen Soldaten, war er unerbittlich gegen ihre Ausbeuter. Betrügerische Vizekanzler ließ er grausam hinrichten. Es gab eine ganze Reihe oberitalienischer Bankiers, die als Kommandanten der Condottieri reichen Gewinn einsteckten. Unter den Großunternehmern der Kriegsvizekanzler ist

Kriegsgewinner von einst.

Seitdem die Menschen einander todschlugen, um reicher und glücklicher zu werden, gibt es keinen Heber des Krieges, Freibeuter des allgemeinen Unglücks. Da sind zunächst die kleinen Raubräuber, die man Marodeure nennt, nicht viel besser, als die Haszögel, die über dem Schlachtfeld kreisen. Der Marodeur legt sein Leben ein — erwischt, wird er in kurzen Prozeß aufgehängt — um den Gefallenen die Lärchen zu leeren und den Ring vom Finger zu ziehen. Dann gibt es die Großunternehmer des Plünderens. Auch sie kennt man, soweit unser geschichtliches Wissen zurückreicht. Schon im zweiten Punischen Kriege, so erzählt Bloch in seiner Geschichte der sozialen Kämpfe im alten Rom, spielte ein Armeevizekanzlerprozeß skandalösester Art. Zwei Kapitalisten, Titus Pomponius und Marcus Postumius, hatten die Verpflegung des römischen Heeres in Spanien übernommen, und zwar auf Borg. Das galt als ein außerordentlich patriotisches Opfer — man sieht, daß schon damals Armeevizekanzler die Patriotismus umzubringen gewannen den Vorteil des Patriotismus auf sich nehmen mußte. — und man fand es deshalb ganz begrifflich, daß der Staat die Gefahren der Seefahrt auf sich nehmen mußte. Er war, wie gewöhnlich und wie natürlich, etwas weniger gerieben als die Vizekanzler; es mag auch wohl mancher Legionartribun oder Centurio den Verführungskünsten gewandter Unternehmer gegenüber nicht stark genug gewesen sein. Diese behuden ihre Schiffe mit wertvollen Ballast und ließen sie dann auf offenem Meere andöhrren und verzeihen, ein Spiel, das sie zwei Jahre lang fortsetzten, bis die Volkstribune, die wir uns wohl als eine Vereinigung von öffentlichen Meinung und Staatsanwaltschaft vorstellen müssen, endlich den Schwimmbel entdeckten und erlagten. Eine gedruckte öffentliche Meinung gab es noch nicht, sie konnte also weder gefasst noch unterdrückt werden; die Schuldigen suchten deshalb das Strafverfahren mittels einer bewaffneten Bande

Die Reichskalorienkarte.

Wie stellt sich die Wissenschaft eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel vor? — Gleiche durchschnittliche Zuweisung im Krieg. Neue Steuerquellen.

Bei der Lebensmittelzuteilung in unserer schweren Zeit haben eine ganze Reihe von Faktoren bestimmend mitzureden, nur derjenige, den es eigentlich in letzter Linie angeht, wurde um seine Meinung nicht gefragt. Und es war gut so. Denn hätte jeder jeder Verbraucher oder jede Altersstufe derselben, jedes Geschlecht, jeder nach seiner Tätigkeit um die ihm zukommende Nahrungsmenge gefragt werden müssen, so wäre eine Lösung der wichtigen Frage bis heute wahrscheinlich nicht erfolgt. Der Konsument dürfte also gar nicht gefragt werden, während die Erzeuger, die Praktiker der Zuteilung, die verschiedenen Behörden und nicht zuletzt auch die medizinische Physiologie ausschlaggebend waren. Darin liegt natürlich eine große Ungerechtigkeit gegenüber dem Einzelnen, die nur dort nicht sich zu zeigen braucht, wo von selbst ein Ausgleich erfolgt, wie etwa in einer größeren Familie. Immerhin suchte man ja auch behördlicherseits bei gewissen Nahrungsstoffen, wie etwa bei der Milch, die sonstige Wahlosigkeit der Zuteilung durch Abstufung der Mengen nach dem Alter zu mildern. Im allgemeinen gilt aber gewiß der Satz als richtig, daß die individuelle Nahrungsmenge sehr verschieden ist, so daß der eine zu kurz kommt, der andere sich einem relativen Ueberschuß gegenüber findet. Er hätte lieber mehr von dem einen Nahrungsmittel und gäbe dafür von einem anderen etwas ab. Gewöhnung spielt auch eine sehr große Rolle im Haushalt des Körpers. Den Schwerarbeitern wurde eine größere Brot- und Mehlmenge zugestanden; dabei wurde freilich der Begriff Schwerarbeit nur körperlich gefaßt, geistige Hochleistungen wurden gar nicht berücksichtigt, obwohl auch in diesem Vorgang eine Ungerechtigkeit liegt.

Fassen wir die ganze Frage wissenschaftlich und sehen wir ganz von den Mengen und Transportmöglichkeiten derselben ab. Ist ein objektives Zuteilungsmaß möglich? Kann uns die Physiologie sagen, wie viel jedes Alter, jedes Geschlecht, jeder Beruf von jedem Nahrungsmittel braucht? Sollen wir aufrichtig sein, so müssen wir die Frage mit einem glatten „Nein“ beantworten, und wir sind dazu um so mehr berechtigt, als die verschiedenen physiologischen Schulen sich auf diesem Gebiete in der Friedenszeit sehr heftig befehden, während jetzt aus leicht einzusehenden, „weiß“ einleuchtenden Gründen derartige Streitigkeiten etwas verstummt sind. Besonders die Frage nach der notwendigen Eiweißmenge führte zu keiner Einigung. Im allgemeinen kann also die Wissenschaft gerade hier nur mit Näherungswerten arbeiten und Typen der notwendigen Nahrungsmengen aufstellen. Wonach bemißt sie den Wert eines Nahrungsmittels? Sie fragt, wozu die Nahrung dient und bekommt als Antwort: 1. Zur Lieferung der nötigen Körperbaustoffe, die der menschliche Organismus teils zum Ersatz der absterbenden und sich abnutzenden Zellen braucht, teils in der Wachstumszeit zum Aufbau neuer und 2. zur Erzielung einer bestimmten Arbeitsleistung, die sich zusammensetzt aus mechanischer Arbeitsleistung und Wärmeabgabe. Für den ersten Zweck braucht der Körper ein gewisses Eiweißminimum, während für den letzteren die Art der Nahrung gleichgültig ist. Abgesehen davon also, daß der Körper eine bestimmte Eiweißmenge braucht, können die einzelnen Nährstoffe einander beliebig vertreten, wenn sie nur in ihrer Gesamtheit dem Körper eine bestimmte Wärmemenge garantieren. Selbstverständlich müssen gewisse Nährsalze enthalten sein. Auch von bestimmten anderen Stoffen, den Vitaminen, welche den Körper vor der Gefahr einseitiger Ernährung schützen, soll hier die Rede sein. Den Energiewert der Nahrung berechnet man nach Kalorien, das heißt nach Wärmemengen, die ein Kilogramm Wasser um 1° C. erwärmen.

Es wäre daher nur notwendig, neben dem Eiweißminimum die Nahrungsmenge zu erhalten, die eine bestimmte Kalorienmenge liefert, gleichviel wie sie zusammengesetzt ist. Damit nähern wir uns einem objektiven Maß, und dieses macht F. Röhlert in der außerordentlich interessanten Studie „Die Reichskalorienkarte“ zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung. Die menschlichen Nahrungsmittel sind: Wasser, Nährsalze (z. B. Kochsalz), Eiweiß, Kohlehydrate (Stärke, Zucker) und Fett. Ein Gramm Eiweiß liefert 4,1, ein Gramm Kohlehydrate 4,1 und ein Gramm Fett 9,3 Kalorien. „Auf Grund vielfacher Untersuchungen“, so führt Röhlert aus, und an Hand statistischer Zahlenmaterialien wurden die einzelnen Verbrauchsarten im Durchschnitt für einen erwachsenen Menschen von 70 Kilogramm Körpergewicht wie folgt ermittelt: Gesamtkalorienbedarf 3000 Kal. Davon Eiweißminimum 80 Gramm = 328 Kal.; bleibt also ein Rest von 2672 Kal., der anderweitig beigebracht werden muß. In Kriegszeiten muß neben diesen Durchschnittswerten auch die untere Grenze angegeben werden, unter die die Nahrung ohn-

Schädigung des Organismus nicht fallen darf. Sie ist etwa 2700 Kal. Die Nährwerte betragen für Menschen von 5 Jahren etwa 40, bis zu 10 J. 60, bis zu 15 J. 80, bis zu 20 J. 90 vom Hundert der angeführten Menge. Je nach der Beschäftigung schwankt der Bedarf des Mannes zwischen 2450 und 3360 Kal. (nach Rubner), der der Frau zwischen 2000 und 2800 Kal.

Um nun wirklich eine gerechte Verteilung der Nahrung nach Alter, Leistung usw. zu erzielen, schlägt Röhlert die Einführung einer Reichskalorienkarte vor, die nicht nur bestimmte Nahrungsmittel, wie Brot, Fleisch, Mehl, Milch usw., gleichmäßig zuweist, sondern mit der Gesamtheit der überhaupt zur Verfügung stehenden Lebensmittel einem jeden seine auskömmliche Nahrung sichern will. Im folgenden die Grundsätze, nach denen die Nahrungszuteilung erfolgen soll. Jeder hat gleiches Anrecht auf eine aus den Beständen sich ergebende durchschnittliche Lebensmittelmenge, die seinem Alter, Geschlecht und seiner Arbeit entspricht. Nur die in Abschnitte geteilte Kalorienkarte berechtigt zum Bezuge von Lebensmitteln. Damit wäre mit einem Schlage das Reiseproblem erledigt und die Unmöglichkeit einer Doppelversorgung dargestellt. Der Produzent bekommt eine verkürzte Karte oder gar keine, wenn er mehr erzeugt, als ihm zukommt. Jede Marke erhält den Stempel eines bestimmten Tages. Früherer Warenbezug ist nicht statthaft, wohl aber späterer und zwar innerhalb der nächsten Delade. Die Behörden müssen für die Nahrungsmittelbeschaffung, dort wo der freie Handel nicht ausreicht, Sorge tragen. Kann jemand keine Zahlung leisten, so muß er diese in Gestalt von Arbeit entrichten. Vorräte werden nach der Kalorienkarte bewertet und diese entsprechend vermindert. Klagen über Nichteinhaltung des festgesetzten Nährwertes sind durch autorisierte Nahrungsmittelchemiker zu prüfen. Erörterungen über Nahrungsmittelfragen sind in der Presse nach Möglichkeit zu beschränken. (2) Nicht verkaufte oder nicht verkaufliche Nahrungsmittel müssen, soweit es sich um nicht haltbare Waren handelt, sofort den Gemeinden ausgeliefert werden, und zwar zu einem möglichst niedrigen, auf jeden Fall niedriger zu haltenden Preis, als es der Marktlage sonst entspricht. Dazu kommen noch entsprechende Strafbestimmungen. Wie man sieht, außerordentlich praktische Forderungen neben solchen, die wohl für immer rein theoretisch bleiben müssen. Denn der kategorische Imperativ der Produktionshebung wird gar nicht gestellt! Im übrigen redet Röhlert dem freien Handel und nicht Höchstpreisen das Wort. Auch lehnt er voll berechtigt die zwangsweise Einführung der Massenpreisung, „die Feldfläche der Heimat“ ab. Denn mit der ihm zugewiesenen Kalorienmenge kann sich schließlich jeder herstellen, was er will; zur Sparsamkeit zwingt ihn ohnehin die geringe Menge.

Wir haben nun schon längst den Kalorienwert der einzelnen Lebensmittel bestimmt und auf Grund dieser Kenntnisse setzt Röhlert einzelne Beispiele von Kalorienkarten zusammen, die natürlich für Stadt und Land verschieden sein können und müssen. Wenn sich die neue Karte eingebürgert hätte, meint er, könnten auch die bisherigen Mehl-, Brot-, usw. Karten aufhören, denn jeder kann sich die Nahrung nach Belieben aussuchen und bekommt doch nicht mehr als ein anderer. Jedes Nahrungsmittel ist gleichwertig geworden, während jetzt jeder die kontingierten Nahrungsmittel bezieht, der Reiche sich aber noch ein übriges in teuren Nahrungsmitteln bequem dazu verschaffen kann. Alle bisher vorgebrachten Ausführungen gelten mit Röhlert für den Krieg. Aber er folgert auch für den Frieden Wertvolles daraus. „Auch im Frieden sollte jedem einzelnen durch eine Kalorienkarte eine gewisse Nahrungsmittelmenge sichergestellt werden“, und zwar gegen Barzahlung oder Arbeit wie bisher. „Darüber hinaus hat im Frieden jeder das Recht zum weiteren Bezug einer beliebig großen Kalorienmenge. Während die Grundzahl der Kalorienmenge aber frei von allen Abgaben ist, wird die mehr verlangte Kalorienmenge, die einem oder mehreren großen Luxusbedürfnis entspricht, besteuert, und zwar nicht direkt prozentual mit der Menge, sondern progressiv steigend. Dadurch wird ohne Mühe erreicht, was sich durch alle indirekten Lebensmittelsteuern nicht erreichen läßt, nämlich eine gerechte Besteuerung des einzelnen auf Grund seiner Lebenshaltung; je üppiger diese ist, in desto stärkerem Verhältnis steigen die Steuerabgaben.“ Der Aermste sieht daraus, daß die Segnungen des Friedens, jeden gleichmäßig und gerecht belasten, während er im Krieg den gleichen Schutz genießt wie der Besizende. Umgekehrt findet der Besizende im Frieden die moralische Rechtfertigung für seinen erhöhten Lebensgenuß in der erhöhten Steuerabgabe an den Staat und damit an die Gesamtheit, während er bei noch so großem Reichtum im Krieg sich der Tatsache beugen muß, daß der Kriegsgott sich nicht kaufen läßt, und vor ihm jeder gleich ist, eine Tatsache, der er sich zum Schaden der Allgemeinheit bisher vielfach noch nicht fügen wollte! Insofern bedeutet die Einführung der einheitlichen Reichskalorienkarte im Krieg und Frieden einen Schritt dessen Tragweite sich noch kaum übersehen läßt.

Wenn wir auch nicht alle Schlussfolgerungen und Vorschläge des geistvollen Verfassers unterschreiben, so kann doch nicht übersehen werden, daß er der Hauptsache nach den gewünschten Erfolg damit erreichen dürfte, und das wäre ja besonders für die Kriegszeit der größte Gewinn.

Dr. J. St.

*) F. F. Lehmann, München, 1916. Preis geb. M. 1.20
Besorgung durch die Buchhandlung der „Reichspost“.